Ricardo, David

Grundsätze der Volkswirtschaft und...

Jena

1923

98-84438-2
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

Ricardo, David, 1772-1823.
Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung. Aus dem englischen Original und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (3. Aufl., 1821) ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Heinrich Waentig. 3. Aufl. Jena, G. Fischer, 1923.
xxiv, 443 p. (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. 5)

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 10 :1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/11/98 INITIALS: LL

TRACKING #: 33288

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Ricardo, David

Principles of political economy and taxation

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

____ Page(s) missing/not available: ____________

____ Volume(s) missing/not available: ____________

____ Illegible and/or damaged page(s) ____________

____ Page(s) or volume(s) misnumbered: ____________

____ Bound out of sequence: ____________

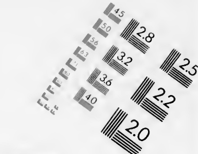
____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: ____________

X Other: pen markings throughout title

____ Inserted material: ____________

TRACKING #: MSH33288

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC



150 mm

100 mm

A5

A4

1.0 1.1 1.25 1.4 1.6 1.8 2.0 2.2 2.5 2.8 3.2 3.6 4.0 4.5 5.0 5.6 6.3

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm 1.5 mm 2.0 mm 2.5 mm

PRECISION[SM] RESOLUTION TARGETS



A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

Sammlung
sozialwissenschaftlicher Meister
Herausgegeben von H. Waentig
V

David Ricardo

Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung

Dritte Auflage



Jena. Verlag von
Gustav Fischer
1923

Sammlung
sozialwissenschaftlicher Meister
Herausgegeben von H. Waentig
V

David Ricardo

Grunds[illegible]chaft
[illegible]
Dritte Auflage



Jena Verlag von
Gustav Fischer
1923


SIGILLVM · COLLEGII · COLVMBIAE · NOVI · EBORACI
IN LVMINE TVO VIDEBIMVS LVMEN

Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister

Herausgegeben von

Prof. Dr. Heinrich Waentig
Halle a. S.

Band 5:

Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung

Von

David Ricardo

Aus dem englischen Original, und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (3. Auflage 1821), ins Deutsche übertragen und eingeleitet von Prof. Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S.

Dritte Auflage



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1923

Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung

Von

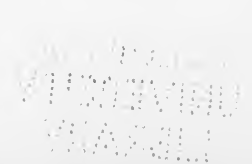
David Ricardo

Aus dem englischen Original, und zwar nach der Ausgabe letzter Hand (3. Auflage 1821), ins Deutsche übertragen und eingeleitet von
Professor Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S.

Dritte Auflage



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1923



Vorwort zur 3. Auflage.

Die zweite Auflage dieser Ricardoausgabe ist überraschend schnell aufgebraucht worden. Um das Erscheinen der dritten nicht über Gebühr zu verzögern, habe ich mich auf Ersuchen des Verlages darauf beschränkt, dem unveränderten Text der Übersetzung in Gestalt eines Druckfehlerverzeichnisses einige Berichtigungen anzufügen. Dagegen wurde die Einleitung völlig umgearbeitet. Möge dieses klassische Werk unserer Wissenschaft auch weiterhin seine Aufgabe als „eine hohe Schule nationalökonomischen Denkens“ in den Händen der akademischen Jugend erfüllen.

W.

Ricardo.

David Ricardo, einer jüdischen Kaufmannsfamilie entstammend, wurde am 19. April 1772 zu London geboren. Sein Vater, schon in früher Jugend aus Holland nach England eingewandert, hatte sich in der neuen Heimat den Geldgeschäften zugewandt und als Börsenmakler durch seine berufliche Tüchtigkeit ein erhebliches Vermögen, durch seine untadelige Rechtschaffenheit ein bedeutendes Ansehen erworben. Der Sohn, das dritte unter zahlreichen Geschwistern, wurde für den gleichen Beruf bestimmt und erhielt demgemäß während seiner Kindheit, die er teils im elterlichen Hause, teils bei Verwandten in Holland verlebte, eine vorwiegend kaufmännische Erziehung. Schon mit vierzehn Jahren trat er in das Erwerbsleben ein, wo er sich alsbald unter seinen Altersgenossen hervortat. Hatte er das geschäftliche Talent und die sittliche Lauterkeit des Vaters geerbt, so machte sich im Laufe der Jahre doch ein immer schärferer Gegensatz zwischen dessen konservativer Gesinnung und des Sohnes liberalen Neigungen geltend, eine Spannung, die schließlich zum offenen Bruche führte, als der jüngere Ricardo, einer Herzensneigung folgend, sich gegen den väterlichen Willen am 20. Dezember 1793, kaum einundzwanzigjährig, mit Priscilla Anna Wilkinson vermählte und bei dieser Gelegenheit auch zum Christentum übertrat.

Diese Heirat und die Loslösung vom Vater zwangen ihn, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, und vielleicht würde er in eine etwas prekäre Lage geraten sein, wenn nicht, ein Zeichen für die Wertschätzung, deren er sich schon damals erfreute, einige angesehene Mitglieder der Londoner Börse ihm bereitwillig beigesprungen wären. Ihr Vertrauen auf sein Können wurde glänzend gerechtfertigt. Seine gründliche Kenntnis der Geschäfte, seine ungewöhnliche Fähigkeit, sich auch in den verwickeltsten Operationen zurechtzufinden, seine Entschlossenheit und seine Kaltblütigkeit, sein Scharfsinn und sein Kombinationsvermögen ermöglichten es ihm innerhalb weniger Jahre, nicht nur allen von ihm eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, sondern durch erfolgreiche Börsenspekulationen in kürzester Zeit auch ein großes Vermögen zu erwerben. Schon mit 25 Jahren war er so ein gemachter Mann.

Gerade um diese wirtschaftliche Unabhängigkeit war es ihm zu tun. Denn so groß seine geschäftlichen Erfolge waren, seine persönlichen Interessen lagen auf ganz anderem Gebiete. Kaum war seine finanzielle Lage einigermaßen geordnet, als er sich wissenschaftlichen Studien zuzuwenden begann. Seine angeborene Vorliebe für abstraktes Denken führte ihn zunächst zur Mathematik. Auch Chemie und Mineralogie fesselten ihn zeitweilig. Volle Befriedigung aber gewährten sie ihm nicht. Jedenfalls ließ er sie leichten Herzens fahren, als ihm im Jahre 1799 auf einer Badereise zufällig Adam Smith's epochemachendes Werk über den Volkswohlstand in die Hände fiel, das ihn alsbald gänzlich gefangen nahm und seinem Wissensdrange neue Bahnen wies. Immerhin vergingen noch weitere zehn Jahre, bevor er zum erstenmal als wissenschaftlicher Schriftsteller an die Öffentlichkeit trat.

Es lag in der Natur der Dinge, daß sein Forschertrieb sich zunächst eines Stoffes bemächtigte, der ihm aus der Praxis

vertraut war, und über den er auf Grund langjähriger Erfahrung als Fachmann sprach. Besonders das im Laufe des Jahres 1809 eingetretene Steigen der Edelmetallpreise und Sinken der Wechselkurse regte ihn zu selbständigem Nachdenken an, dessen Ergebnis er widerstrebend zuerst in einer Reihe von Briefen im „Morning Chronicle“, dann erweitert unter dem Titel „The high price of bullion a proof of the depreciation of Bank notes“ als Broschüre veröffentlichte. Sie machte allgemeines Aufsehen, erlebte in kurzer Frist drei weitere Auflagen und leitete einen lebhaften Meinungsaustausch über gewisse, auch die politische Welt damals beschäftigende Schäden des englischen Geldwesens ein, an dem Ricardo sich rege beteiligte. So bildet denn seine 1811 erschienene Streitschrift „Reply to Mr. Bosanquet's Practical observations on the Report of the Bullion Committee“ gewissermaßen eine Ergänzung zu jener ersten Untersuchung, während er seine grundsätzlichen Anschauungen über das Währungsproblem erst einige Jahre später in der 1816 veröffentlichten und ebenfalls mehrmals neu aufgelegten Abhandlung „Proposals for an economical and secure currency, with observations on the profits of the Bank of England“ abschließend formulierte.

War Ricardo's persönliches Ansehen bis dahin vorwiegend auf die Geschäftswelt beschränkt gewesen, so brachte ihn seine literarische Tätigkeit ganz naturgemäß in Berührung mit einzelnen der führenden Geister seines Landes. Insbesondere knüpften sich damals jene Bande inniger Freundschaft mit Jeremy Bentham, dem Philosophen, James Mill, dem Historiker, Robert Malthus, dem Nationalökonomen, Beziehungen, die, allen wissenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, ihm bis an sein Lebensende unverändert erhalten geblieben sind. Wer weiß, ob er sich ohne solche Geburtshelfer jemals zur Veröffentlichung seines Hauptwerkes hätte entschließen können! Freilich, je tiefer er sich in theoretische Studien versenkte, um so schwerer mußte

die Bürde der Alltagsgeschäfte auf ihm lasten. Schon Ende 1813 hatte er die Besitzung Gatcomb Park in der Grafschaft Gloucester gekauft. Ein Jahr später zog er sich ganz dorthin zurück, um sich in der Stille des Landlebens ausschließlich seinen geistigen Interessen zu widmen.

Aber auch jetzt war es eine Frage der Wirtschaftspolitik, das Problem der Getreidezölle, das seinen kritischen Geist zu grundsätzlichen Betrachtungen anregte, diesmal über die Entstehung und das Wesen der Grundrente. Anknüpfend an die 1777 zuerst von Anderson entwickelten, dann von West und Malthus fortgebildeten Anschauungen über die Rente, erklärte er sich in dem 1815 veröffentlichten „Essay on the influence of a low price of corn on the profits of stock, with remarks on Mr. Malthus' last two publications", mit dem Hinweis auf die schädlichen Folgen hoher Getreidepreise für die Einkommensverteilung, gegen die damals in England vorherrschende Strömung agrarischer Schutzzollpolitik. Ein Standpunkt, den er in beharrlicher Gegnerschaft zu Malthus einige Jahre später in der 1822 erschienenen glänzenden Schrift „On protection to agriculture" noch wirksamer zu vertreten suchte, völlig unbekümmert um die Tatsache, daß die von ihm theoretisch verfochtene Politik seinen persönlichen Interessen als Großgrundbesitzer zuwiderlief.

Ricardo's Weltruf in der Nationalökonomie aber begründeten erst seine 1817 vollendeten „Principles of Political economy and taxation". Eine Sammlung von Essays, alles andere als ein System, nur lose zusammenhängend im Ganzen in den Einzelheiten sogar widerspruchsvoll, enthalten sie die Quintessenz seines Denkens und Forschens auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung, die bei längerer Dauer seines vorzeitig abgebrochenen Lebens wohl noch zu höherer Klarheit und größerer Reife gediehen wäre. Stets blieb er bereit, — ich verweise hier nur auf die im 31. Kapitel der „Principles" enthaltenen Ausführungen über das Maschinenwesen, — seine Ansichten einer erneuten Prüfung zu unterziehen und sie gegebenenfalls von Grund aus zu ändern. Trotz der hohen Ansprüche, die dieses Hauptwerk nach Form und Inhalt an den Leser stellt, ist es noch zu Lebzeiten des Verfassers zweimal neu aufgelegt und auch in fremde Sprachen übersetzt worden.

Bezeichnend für Ricardo war es übrigens, daß ihm auf die Dauer ein ausschließlich wissenschaftlichen Studien gewidmetes Leben in ländlicher Zurückgezogenheit doch nicht genügte. So beschloß er denn, nachdem er sich vom Erwerbsleben endgültig losgesagt, einen Teil seiner Kräfte der Politik zu widmen, in der er sich, wie seine posthume Schrift „Observations on Parliamentary Reform" bezeugt, auch schriftstellerisch zu betätigen suchte. Als Vertreter des kleinen irischen Fleckens Portarlington trat er 1819 ins Unterhaus ein, wo er sich wiederum, und zwar als Anhänger der Linken, binnen kurzem eine einflußreiche Stellung zu erringen wußte. Nicht, daß er hier als Redner oder gar als Parteiführer große Triumphe gefeiert hätte. Daß ihm die hierzu erforderlichen Gaben versagt waren, wußte niemand besser als er selbst. Je seltener er aber seine Stimme erhob, desto größer war jedesmal seine Wirkung, zumal er sich regelmäßig nur an der Erörterung von Fragen beteiligte, in denen er Meister war, und er mit der Rede weit besser noch als mit der Feder auch der verwickeltsten Materien Herr zu werden verstand.

Die oben bereits erwähnte Abhandlung „On protection to agriculture" abgerechnet, hat Ricardo in dieser letzten Periode seines Lebens keine größeren wissenschaftlichen Arbeiten mehr veröffentlicht. Zu nennen wären noch der als Beitrag zur „Encyclopaedia Britannica" gedachte „Essay on the Funding system" aus dem Jahre 1820 und eine nachgelassene Schrift „Plan for the establishment of a National Bank". Als wichtige Quellen für das Verständnis seiner

Lehren kommen endlich seine später veröffentlichten Briefe an Robert Malthus, an Hutches Trower, an Mac Culloch und an Jean Baptiste Say in Betracht, welcher letzteren Wert durch den Umstand erhöht wird, daß uns auch die Antworten des Adressaten zur Verfügung stehen.

Schon seit Jahren kränkelte er. Ein Ohrenleiden, dem er selber keine Bedeutung beimaß, sollte ihm verhängnisvoll werden. Zwar vermochte er im Jahre 1822 eine Reise nach dem Kontinent, die ihn über Holland und den Rhein nach der Schweiz, Oberitalien und Frankreich führte, noch ungestört zu beenden und im darauffolgenden Jahre auch seine parlamentarischen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Anfang September aber verschlimmerte sich sein Zustand. In dem erkrankten Ohre hatte sich ein Abszeß gebildet, und nach vorübergehender Besserung zeigten sich die bedrohlichen Symptome einer Gehirnaffektion. Am 11. September 1823 machte der Tod seinem Leiden ein Ende.

Unter allen nationalökonomischen Denkern der Vergangenheit ist Ricardo wohl derjenige, über dessen Bedeutung die Meinungen am stärksten geschwankt haben. Er selber neigte gewiß nicht zur Überschätzung seiner Leistungen. Weit höhere Fähigkeiten als die seinen, meint er im Vorwort zu seinem Hauptwerke, seien erforderlich, um die Aufgabe zu lösen, die er sich gestellt, nämlich die Gesetze zu erforschen, nach denen sich die Verteilung des Produktionsertrages unter die verschiedenen Gesellschaftsklassen vollziehe. Falls die von ihm für richtig gehaltenen Grundsätze sich als solche bewähren sollten, werde es Befähigteren als ihm vorbehalten sein, ihnen bis zu ihren wichtigsten Konsequenzen nachzugehen. Jedenfalls ist einer Periode blinder Verherrlichung, — noch der jugendliche John Stuart Mill steht ganz unter seinem Einfluß, — seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, namentlich auch in Deutschland, eine Zeit der absprechenden Kritik gefolgt, die, zum Teil mit sachlichen

Gründen, zum Teil mit den Mitteln der sittlichen Entrüstung arbeitend, das Maß des Berechtigten bei weitem überschritten hat.

Als Vertreter einer „jüdisch-kaledonischen Theorie“ hatte ihn 1847 schon Bernhardi gebrandmarkt; als zynischen Vorkämpfer des mobilen Kapitals, der die Nationalökonomie zu einer „gefügigen Dienerin“ seiner ausschließenden Interessen erniedrigen wolle, hat ihn drei Jahrzehnte später dann Held hingestellt. Selbst Schmoller, etwas vorsichtiger, hat ihn noch 1900 in seinem Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre mit der kurzen Bemerkung abtun zu können geglaubt, daß er den Versuch gemacht habe, aus der Smith'schen, immerhin weit ausgreifenden Darstellung das, was ihm als Bankier und Geldmann geläufig war, auszuscheiden und daraus, sowie aus den Erfahrungen seines Geschäftslebens, eine Einkommens-, Geld- und Wertlehre zu machen, die in der Form allgemeiner Begriffe und abstrakter Lehrsätze mit einer gewissen Schärfe operierte, teils zu einer logischeren Formulierung der Smith'schen Gedanken, teils zu schiefen und falschen, nicht mehr auf empirischer Grundlage ruhenden Schlüssen führte.

Schon Roscher, der ewig Besonnene, hatte sich gegen dieses Treiben verwahrt. In der Vorrede zu seinen Grundlagen der Nationalökonomie macht er die Bemerkung, daß die neuere Wissenschaft mit Erfolg bemüht gewesen sei, die der Ricardo'schen und Malthus'schen Formulierung gewisser „Gesetze“ der Volkswirtschaftslehre widersprechenden Tatsachen zu erforschen und ihre Formeln demgemäß zu erweitern. Auch sei es begreiflich, daß während dieses Läuterungsprozesses die meisten Gelehrten, zumal solche, die mehr dogmatischen als historischen Sinn besitzen, jene beiden Koryphäen mehr auf die kleinen Mängel als auf die großen Verdienste ihrer Entdeckung angesehen. Er selbst aber zweifele durchaus nicht daran, daß nach gründlicher

Beendigung des erwähnten Läuterungsprozesses die fernere Zukunft beide in ihre volle Ehre als nationalökonomische Forscher und Entdecker von allererstem Rang wieder einsetzen werde.

Die Tatsachen haben ihm rechtgegeben. Denn nicht nur in England (Ashley) und in Amerika (Hollander), nein, auch in Deutschland ist Ricardo glänzend rehabilitiert. Und wie skeptisch man sich einzelnen seiner Grundlehren gegenüber verhalten möge, wer seine überragende Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft leugnen wollte, der würde sich heute nur lächerlich machen, obwohl jener „Läuterungsprozeß" noch im vollen Gange ist. So kommt es, daß das letzte Wort über Ricardo wohl auch jetzt noch nicht gesprochen ist.

Die politische Ökonomie, sagt Marx, der von den Späteren seelisch Ricardo vielleicht am nächsten steht, habe sich in Smith zu einer „großen Totalität" entwickelt, gewissermaßen das Terrain, das sie umfaßt, abgeschlossen. Doch bewege sich jener selbst mit großer Naivität in einem fortwährenden Widerspruch. Auf der einen Seite verfolge er den inneren Zusammenhang der ökonomischen Kategorien oder den verborgenen Bau des bürgerlichen ökonomischen Systems; auf der anderen stelle er daneben den Zusammenhang, wie er scheinbar in den Erscheinungen der Konkurrenz gegeben sei und sich also dem unwissenschaftlichen Beobachter darstelle, ganz ebensogut wie den in dem Prozeß der bürgerlichen Produktion Befangenen und Interessierten. Diese beiden Auffassungen nun, wovon die eine in den inneren Zusammenhang, sozusagen in die Physiologie, des bürgerlichen Systems eindringe, die andere nur beschreibe, katalogisiere, erzähle und unter schematisierende Begriffsbestimmungen bringe, was sich in dem Lebensprozeß äußerlich zeige, so wie es sich zeige und erscheine, liefen bei Smith nicht nur unbefangen nebeneinander, sondern durcheinander und widersprächen sich fortwährend. Doch sei dieser durchaus gerechtfertigt, mit Ausnahme einzelner Detailuntersuchungen, wie vom Geld, da sein Geschäft in der Tat ein doppeltes gewesen: einerseits der Versuch, in die innere Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen, anderseits aber zum Teil erst ihre äußerlich erscheinenden Lebensformen zu beschreiben. So könnten nun Smith's Nachfolger, soweit sie nicht die Reaktion älterer, überwundener Auffassungsweisen gegen ihn darstellten, in ihren Detailuntersuchungen und Betrachtungen ungestört fortgehen und doch stets ihn als ihre Unterlage betrachten, sei es nun, daß sie an den esoterischen oder exoterischen Teil seines Werkes anknüpften, oder, was immer der Fall, beides durcheinanderwürfen.

Ricardo aber trete endlich dazwischen und rufe der Wissenschaft ein Halt! zu. Die Grundlage, der Ausgangspunkt der Physiologie des bürgerlichen Systems — des Begreifens seines inneren organischen Zusammenhanges und Lebensprozesses — sei die Bestimmung des Wertes durch die Arbeitszeit. Davon gehe Ricardo aus und zwinge nun die Wissenschaft, ihren bisherigen Schlendrian zu verlassen und sich Rechenschaft darüber abzulegen, wie weit die übrigen von ihr entwickelten, dargestellten Kategorien — Produktions- und Verkehrsverhältnisse — dieser Grundlage, dem Ausgangspunkt entsprächen oder widersprächen, wie weit überhaupt die bloß die Erscheinungsformen des Prozesses wiedergebende, reproduzierende Wissenschaft, also auch diese Erscheinungen selbst, der Grundlage entsprächen, auf der der innere Zusammenhang, die wirkliche Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft beruhe, oder die ihren Ausgangspunkt bilde, wie es sich überhaupt mit diesem Widerspruch zwischen der scheinbaren und der wirklichen Bewegung des Systems verhalte. Das sei die große historische Bedeutung Ricardo's für die Wissenschaft, womit eng zu-

sammenhänge, daß er den ökonomischen Gegensatz der Klassen, wie ihn der innere Zusammenhang zeige, aufdecke, ausspreche, und daher in der Ökonomie der geschichtliche Kampf und Entwicklungsprozeß in seiner Wurzel aufgefaßt werde, entdeckt werde.

Anderseits liege die wissenschaftliche Mangelhaftigkeit seines Verfahrens auf der Hand; daher auch die außerordentlich sonderbare und notwendig verkehrte Architektonik seines Werkes. Denn die theoretische Befriedigung, welche wegen ihrer Originalität, Einheit der Grundanschauung, Einfachheit, Konzentriertheit, Tiefe, Neuheit und viel umfassenden Knappheit die zwei ersten Kapitel seines Werkes (über den Wert und über die Grundrente) gewährten, verliere sich notwendig in seinem Fortgang. Dieser sei keine Fortentwicklung mehr; vielmehr errege das Ganze Abspannung und Langeweile. Wo es nicht aus eintöniger, formeller Anwendung derselben Prinzipien auf verschiedenes, äußerlich hereingeholtes Material bestehe, oder aus polemischer Geltendmachung jener Prinzipien, werde nur entweder wiederholt oder nachgeholt, höchstens, in den letzten Teilen, hie und da eine frappante Schlußfolgerung gezogen.

Marx hat in den aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Kautsky herausgegebenen „Theorien über den Mehrwert“ namentlich Ricardo's Theorien von Profit und Rente einer kritischen Prüfung unterzogen. Unter den neueren deutschen Nationalökonomen ist, das Untersuchungsgebiet erweiternd, besonders Karl Diehl diesem Beispiel gefolgt. Trotz aller Einwendungen gegen seine Methode sowohl wie gegen zahlreiche Ergebnisse seiner Forschung, hat er ihn schließlich als „den unzweifelhaft einflußreichsten Nationalökonomen des 19. Jahrhunderts“ bezeichnet. In seinen sozialphilosophischen und politischen Anschauungen von Bentham, in seinen nationalökonomischen von Smith beeinflußt, mit dem er viele verwandte Züge aufweise, namentlich in der grundsätzlichen Forderung persönlicher wirtschaftlicher Freiheit und in der Verwerfung der Staatseinmischung auf wirtschaftlichem Gebiete übereinstimme, sei Ricardo als Theoretiker doch ganz eigene, von denen Smith's grundverschiedene Wege gegangen. Tatsächlich liege seine Hauptleistung auf einem Gebiete, auf dem jener nur schwächliche Ansätze gezeigt. Sie bestehe vorwiegend in der scharfen Herausarbeitung gewisser Hauptgesetze der volkswirtschaftlichen Verteilung. Um zu diesen zu gelangen, habe er eine klare Theorie des Wertes, Preises, Zinses, Lohnes, Profits und der Rente entwerfen und fernerhin die Bewegungstendenzen und gegenseitige Bedingtheit von Arbeitslohn, Profit und Rente darlegen müssen. Und wenn die Einseitigkeit seiner Prämissen ihn auch vielfach zu einseitigen Schlußfolgerungen geführt, so seien manche seiner Theorien, richtig aufgefaßt und mit unwesentlichen Modifikationen versehen, doch auch heute noch unbedingt gültige wissenschaftliche Erkenntnisse. Nicht als einen Epigonen des Adam Smith, als einen völlig originalen Denker müsse man ihn darum bezeichnen.

Tiefer noch als Diehl, wenn auch auf ihm fußend, hat dann Götz Briefs das Ricardoproblem angepackt. Man habe Ricardo vor allen Dingen als Überwinder der Physiokratie gepriesen, in deren Gedankengängen Smith wie Malthus befangen geblieben seien. Und doch sei seine Profittheorie die physiokratische, seine Rententheorie keine Widerlegung der physiokratischen; denn er habe nur die Metaphysik ihrer Soziallehre abgestreift und damit die physiokratische Rente aus der Dignität einer natürlichen Sozialkategorie zurückgedrängt auf eine rein physische Kategorie. Die eigentliche Überwindung der Physiokratie, die er vollbracht, liege in ganz anderer Sphäre: auf dem Gebiete der Sozialtheorie, in der Frage nach der Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens. Ricardo sei nämlich der erste Schriftsteller, der das dyna-

mische Problem entdeckt und in seiner Weise gelöst habe. Die Physiokratie (abgesehen von Turgot) kenne nur den naturgemäßen und insofern ewigen, normalen und also statischen Zustand der Sozialwirtschaft. Demgegenüber bedeute auch Smith kaum einen Fortschritt. Ricardo sei es vorbehalten gewesen, die erste dynamische Theorie, wenn nicht vollständig auszubauen, so doch in ihren Voraussetzungen festzulegen und teilweise ganz im Grundbau zu skizzieren. Er als erster habe das Material an Voraussetzungen geliefert, das konsequent entwickelt und einheitlich geschlossen, eine dynamische Theorie der Sozialwirtschaft darstelle, eine Theorie, welche die Entwicklung der Gesellschaft, ihre soziale Differenzierung und ihre Verfassung dynamisch erkläre. Um ein weiteres wichtiges Gedankenferment habe Ricardo die politische Ökonomie durch die Idee der Überwindung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsform bereichert; die Idee, daß der Kapitalismus umschlage in eine völlig andere Wirtschaftsorganisation. Gewiß habe Ricardo diesen Gedanken nicht ausführlich entwickelt; aber es genüge, daß er ihn angedeutet, an jenen Stellen nämlich, wo er die Möglichkeit der absoluten Rente zugebe. Mit den gegebenen Voraussetzungen sei er dann leicht zu Ende zu denken.

Der Zustand, auf welchen Smith und Ricardo die ältere Theorie begründet, hat Bücher gelegentlich betont, ist derjenige der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft. Die Erscheinungen und Gesetze der Arbeitsteilung, des Kapitals, des Preises, des Arbeitslohnes, der Grundrente, des Kapitalprofits bildeten ihren Hauptinhalt. Die ganze Lehre von der Produktion, namentlich aber von der Konsumtion, werde stiefmütterlich behandelt. Alle Aufmerksamkeit konzentriere sich auf die Güterzirkulation, in welche auch die Güterverteilung einbegriffen werde. Mit einem Worte, die englische Nationalökonomie sei im wesentlichen Verkehrstheorie. Das ist richtig und gilt in ganz besonderem Maße gerade von Ricardo.

Innerhalb dieser Grenzen aber, nämlich als erster Theoretiker der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, als Begründer einer ökonomischen „Physiologie" der bürgerlichen Gesellschaft, deren Statik er weiterhin ausgebaut, deren Dynamik er erstmalig umrissen, erscheint er recht eigentlich als der Bahnbrecher einer theoretischen Sozialökonomik.

Freilich, die entwicklungsgeschichtliche Bedeutung des Gesellschaftszustandes, den er seiner Theorie zugrunde gelegt, ist ihm, genauer betrachtet, verborgen geblieben. „Der Mensch wächst von der Jugend zur Mannheit heran, dann altert er und stirbt. Allein die Entwicklung der Völker gestaltet sich nicht so. Sind sie erst einmal in das Stadium der größten Kraft gelangt, so kann einem weiteren Fortschreiten allerdings Einhalt geboten werden; aber in ihrem natürlichen Streben wollen sie auf Jahrhunderte noch ihren Wohlstand und ihre Bevölkerung unverändert beibehalten": das ist im Grunde alles, was die „Principles", in denen so häufig von einem natürlichen „Fortschreiten" der Gesellschaft und ihren verschiedenen „Entwicklungsstufen" gesprochen wird, über diese wichtige Frage enthalten. Auch die von Briefs hervorgehobene Bemerkung über eine künftige „Götterdämmerung" des kapitalistischen Wirtschaftssystems infolge des allmählichen Zusammenschrumpfens der Profitrate reicht nicht über gewisse vage Andeutungen hinaus, die weder recht zu Ende gedacht, noch gar in ihrer grundsätzlichen Tragweite erfaßt werden. Und selbst von einer folgerichtigen Verknüpfung der gegebenen Wirtschaftsordnung mit ihren Vorstufen ist nirgends die Rede.

Deshalb hat Ricardo auch das eigentliche Wesen der „Volkswirtschaft" als geschichtlicher „Wirtschaftsstufe" verkannt. Ihre geschlossene Einheit ist ihm nur bei Erörterung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Kolonie und Mutterland einigermaßen zum Bewußtsein gekommen, und allenfalls unter dem Gesichtspunkt der Staatswirtschaft. Doch

hat er gerade auch auf finanztheoretischem Gebiete epochemachendes geleistet. Verdienste, die erstaunlicherweise in Vergessenheit geraten sind. Hat er doch zuerst in die dunkle Problematik der Steuerüberwälzung hineingeleuchtet und schon damals die Lotterwirtschaft leichtfertiger Kriegsfinanzierung an den Pranger gestellt. „Aber wir haben leider weder Klugheit noch Tapferkeit genug", heißt es in den Principles resigniert, um uns durch resolute Vermögensopfer aus der Schuldenmasse herauszuarbeiten! Wieviel weiter könnte die moderne Finanzwissenschaft sein, wenn sie in seinem Geiste fortgearbeitet hätte.

In einem gewissen Gegensatz zu Smith, mehr noch zu dem ausgesprochenen Empiriker Malthus, der sich mit deutlich erkennbarer Spitze gegen den hochgeschätzten Freund über die „Neigung einiger Hauptschriftsteller der politischen Ökonomie zu vorzeitiger Generalisierung" beklagte, hat sich Ricardo bei seiner Beweisführung vorwiegend der abstrakten Methode bedient. Daß diese Methode der psychologisch-isolierenden Deduktion bei der Kompliziertheit der wirtschaftlichen Erscheinungen nur „hypothetische" Erkenntniswerte liefert, daß ihre Ergebnisse nur „relative" Gültigkeit besitzen und stets der nachträglichen Bestätigung durch die Erfahrung bedürfen, wer wollte es bestreiten. Schon Mill hat ihre Anwendbarkeit auf die Sozialwissenschaften zu begrenzen, sie unter Comte's Einfluß durch die „invers deduktive" oder „historische" Methode zu ergänzen gesucht. Aber hatte Ricardo der seinen auch schon alles das abgewonnen, was sie ihm bestenfalls hätte leisten können?

Es sei von Adam Smith richtig bemerkt worden, so enden die „Principles", daß keine in den Gewerben angewandte gleiche Menge produktiver Arbeit jemals eine so große Reproduktion hervorrufen könne, als im Ackerbau. Wenn Adam Smith vom Werte spreche, so sei er im Recht; spreche er aber vom Reichtum, und das sei der wichtige

Punkt, so befinde er sich im Irrtum; denn er selbst habe ja den Reichtum als in Bedarfsartikeln, Annehmlichkeiten und Genüssen des menschlichen Lebens bestehend definiert. „Eine Gruppe von Bedarfsartikeln und Annehmlichkeiten gestattet keinen Vergleich mit einer anderen Gruppe; der Gebrauchswert kann nicht an irgendeinem bekannten Maßstabe gemessen werden; er wird von verschiedenen Personen verschieden geschätzt." Der Widerspruch zwischen der Subjektivität des „Gebrauchswertes" der Güter und der Objektivität ihres „Tauschwertes", den Adam Smith konstatiert, bleibt sonach bestehen, obwohl der auf „Nützlichkeit" beruhende erstere, wie Ricardo betont, für den letzteren „absolut wesentlich" ist. Als Bentham's Schüler hätte er den Weg beschreiten können, den Jevons und die Österreicher nach ihm gegangen sind. Wie anders hätte sich dann seine ganze Theorie gestaltet!

So bietet Ricardo's Werk, groß im Ganzen, im Einzelnen so zahlreiche Angriffsflächen, daß es selbst unbedeutenden Schriftstellern ein Leichtes war, ihn da und dort mit Erfolg zu „widerlegen". Aber kommt es in der Geschichte der Wissenschaft wirklich so sehr darauf an, ob Theorien „richtig" sind, oder „falsch"? Mit der bloßen „Richtigkeit", hat Werner Sombart jüngst wieder bemerkt, locke man keinen Hund vom Ofen. Neu müßten die Ideen sein oder wenigstens als solche erscheinen. Und bemißt man Ricardo schließlich nach der Kraft der Anregung, die andere von seinen Ideen empfangen haben, so gehört er zweifellos zu den fruchtbarsten Autoren aller Zeiten.

W.

Druckfehlerverzeichnis.

S. 6 Z. 11 statt „verschieden zu sein" lies: „verschieden sein".

S. 17 Z. 1 „ „deckung" lies: „Entdeckung".

S. 18 Z. 28 „ „Viertel" lies: „Quarter".

S. 29 Z. 9 „ „auch die gleiche Menge stehenden und umlaufenden Kapitals verlangte; und zwar stehenden Kapitals von gleicher Dauerhaftigkeit" lies: „welche die gleiche Menge stehenden und umlaufenden Kapitals, und stehenden Kapitals von gleicher Dauerhaftigkeit verlangte".

S. 48 Z. 6 statt „daß aus den schon erwähnten Ursachen, nämlich den verschiedenen Arbeitsmengen, die nötig sind, um sie zu erzeugen, sowie den Umstand, daß sie durch eine Veränderung in dem Geldwert selbst verändert werden, die Warenpreise verändert werden" lies: „daß durch die schon von mir erwähnten Ursachen, nämlich die verschiedenen Arbeitsmengen, die nötig sind, um sie zu erzeugen, die Preise von Waren verändert werden, sowie daraus, daß sie durch eine Veränderung im Geldwert selbst verändert werden".

S. 57 Z. 32 statt „Zusatzpacht lies: „zusätzliche Rente".

S. 58 Z. 22 statt „unaufhörlich" lies: „unbeschränkt".

S. 69 Z. 8 „ „jeder" lies: „jedem".

S. 70 Z. 28 „ „jede" lies: „irgendeine".

S. 71 Z. 10 statt „die allmähliche Verwendung von Kapitalsteilen auf denselben oder auf neuen Böden gewonnen wird“ lies: „die aufeinanderfolgenden Teile auf denselben oder auf neuen Boden verwandten Kapitals erlangt wird“.
S. 73 Z. 7 statt „irgend jemand“ lies: „jedermann“.
S. 76 Z. 22 „ „davor gewarnt“ lies: „ermahnt“.
S. 108 Z. 19 „ „mit Ausnahme der Lebensmittel“ lies: „neben den Lebensmitteln“.
S. 120 Z. 10 statt „wenn“ lies: „da“.
S. 122 Z. 18 „ „ergänzt“ lies: „geliefert“.
S. 125 Z. 27 und 28 statt „wenn man“ lies „indem es“.
S. 136 Z. 11 statt „und daß in der Tat“ lies: „und zwar derart, daß“.
S. 198 Z. 18 statt „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
S. 199 Z. 4 „ „Böden“ lies: „Bauplätze“.
„ „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
Z. 14 „ „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
Z. 20 „ „Grundbesitzer“ lies: „Bauplatzeigentümer“.
S. 200 Z. 13 „ „Grundbesitzer“ lies: „Bauplatzeigentümer“.
Z. 22 „ „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
Z. 23 „ „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
Z. 24 „ „Landpacht“ lies: „Grundrente“.
Z. 34 „ „Grundrente“ lies: „Bauplatzrente“.
„ „Landpacht“ lies: „Grundrente“.
S. 207 Z. 32 „ „welches“ lies: „welche“.
S. 210 Z. 5 „ „Landwirt“ lies: „Pächter“.
Z. 9 „ „Landwirte“ lies: „Pächter“.
S. 240 Z. 13 „ „in direkten“ lies: „indirekten“.
S. 258 Z. 24 „ „Renten der Güter“ lies: „Pachtzinsen“.
S. 297 Z. 15 „ „angenommen“ lies: „ausgenommen“.
S. 352 Z. 27 „ „es nicht zu“ lies: „es zu“.
S. 391 Z. 14 „ „bei einer etwaigen“ lies: „durch“.
S. 415 Z. 13 „ „der Fruchtbarkeit“ lies: „die Fruchtbarkeit“.
S. 427 Anm. Z. 5 statt „noch“ lies: „nach“.

GRUNDSÄTZE DER VOLKSWIRTSCHAFT UND BESTEUERUNG

VON

D. RICARDO

DRITTE AUFLAGE

LONDON 1821

S. 71 Z. 10 statt „die allmähliche Verwendung von Kapitalsteilen auf denselben oder auf neuen Böden gewonnen wird" lies: „die aufeinanderfolgenden Teile auf denselben oder auf neuen Boden verwandten Kapitals erlangt wird".
S. 73 Z. 7 statt „irgend jemand" lies: „jedermann".
S. 76 Z. 22 „ „davor gewarnt" lies: „ermahnt".
S. 108 Z. 19 „ „mit Ausnahme der Lebensmittel" lies: „neben den Lebensmitteln".
S. 120 Z. 10 statt „wenn" lies: „da".
S. 122 Z. 18 „ „ergänzt" lies: „geliefert".
S. 125 Z. 27 und 28 statt „wenn man" lies „indem es".
S. 136 Z. 11 statt „und daß in der Tat" lies: „und zwar derart, daß".
S. 198 Z. 18 statt „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
S. 199 Z. 4 „ „Böden" lies: „Bauplätze".
„ „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
Z. 14 „ „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
Z. 20 „ „Grundbesitzer" lies: „Bauplatzeigentümer".
S. 200 Z. 13 „ „Grundbesitzer" lies: „Bauplatzeigentümer".
Z. 22 „ „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
Z. 23 „ „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
Z. 24 „ „Landpacht" lies: „Grundrente".
Z. 34 „ „Grundrente" lies: „Bauplatzrente".
„ „Landpacht" lies: „Grundrente".
S. 207 Z. 32 „ „welches" lies: „welche".
S. 210 Z. 5 „ „Landwirt" lies: „Pächter".
Z. 9 „ „Landwirte" lies: „Pächter".
S. 240 Z. 13 „ „in direkten" lies: „indirekten".
S. 258 Z. 24 „ „Renten der Güter" lies: „Pachtzinsen".
S. 297 Z. 15 „ „angenommen" lies: „ausgenommen".
S. 352 Z. 27 „ „es nicht zu" lies: „es zu".
S. 391 Z. 14 „ „bei einer etwaigen" lies: „durch".
S. 415 Z. 13 „ „der Fruchtbarkeit" lies: „die Fruchtbarkeit".
S. 427 Anm. Z. 5 statt „noch" lies: „nach".

GRUNDSÄTZE DER VOLKSWIRTSCHAFT UND BESTEUERUNG

VON

D. RICARDO

DRITTE AUFLAGE

LONDON 1821

Inhalt.

Vorwort.

Der Ertrag der Erde, — alles, was von ihrer Oberfläche durch die vereinte Anwendung von Arbeit, Maschinerie und Kapital gewonnen wird, verteilt sich unter drei Klassen des Gemeinwesens, nämlich den Eigentümer des Bodens, den Besitzer des Vermögensstammes oder Kapitals, das zu seinem Anbau erforderlich ist, und die Arbeiter, durch deren Fleiß er bebaut wird.

Doch werden auf verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen die jeder dieser Klassen aus dem Gesamtertrage der Erde als Rente, Profit und Lohn zufallenden Anteile wesentlich verschieden zu sein, insofern sie hauptsächlich von der jeweiligen Fruchtbarkeit des Bodens, von der Ansammlung von Kapital und Bevölkerung, sowie von der im Ackerbau angewandten Geschicklichkeit, Erfindungsgabe und Technik abhängen.

Die Gesetze aufzufinden, welche diese Verteilung bestimmen, ist das Hauptproblem der Volkswirtschaftslehre. Wie sehr die Wissenschaft auch durch die Schriften von Turgot, Stuart, Smith Say, Sismondi und anderen bereichert worden ist, so bieten diese in bezug auf die natürliche Bewegung von Rente, Profit und Lohn sehr wenig befriedigende Aufklärung.

Im Jahre 1815 brachte Herr Malthus der Welt in seiner „Inquiry into the Nature and Progress of Rent", und fast gleichzeitig ein Fellow der Universität Oxford in seinem „Essay on the Application of Capital to Land", die wahre Grundrentenlehre, ohne deren Kenntnis es unmöglich ist, die Wirkung des Wohlstandsfortschrittes auf Profit und Lohn zu verstehen, oder den Einfluß der Besteuerung auf die verschiedenen Klassen des Gemeinwesens erschöpfend zu erklären; besonders wenn die besteuerten Güter unmittelbare Erzeugnisse der Erdoberfläche sind. Adam Smith und die anderen fähigen Schriftsteller, auf die ich angespielt habe, haben, da sie die Grundsätze der Rente nicht richtig erkannten, wie mir scheint, manche wichtige Wahrheit, die erst gefunden werden kann, nachdem man das Wesen der Rente völlig erfaßt hat, übersehen.

Um diesem Mangel abzuhelfen, sind weit höhere Fähigkeiten erforderlich, als sie der Verfasser der folgenden Zeilen besitzt. Nachdem er jedoch mit Hilfe der Werke der oben erwähnten hervorragenden Schriftsteller und auf Grund der wertvollen Erfahrung, welche einige der letzten Jahre der heutigen Generation in einer Fülle von Tatsachen geboten, seine besten Kräfte diesem Gegenstande gewidmet hat, wird es, darauf vertraut er, von ihm nicht als vermessen angesehen werden, wenn er seine Ansichten über die Gesetze von Profit und Lohn, sowie über die Wirkung der Besteuerung offen ausspricht. Falls die von ihm für richtig gehaltenen Grundsätze sich als solche bewähren sollten, wird es anderen Befähigteren als er vorbehalten sein, ihnen bis in alle ihre wichtigen Konsequenzen nachzugehen.

Der Verfasser hat es, indem er überlieferte Meinungen bekämpfte, notwendig gefunden, auf jene Stellen in den Schriften Adam Smith's ganz besonders einzugehen, von welchen er abzuweichen Grund sieht; doch hofft er deswegen nicht in den Verdacht zu geraten, daß er nicht, wie alle diejenigen, welche von der großen Bedeutung der Volkswirtschaftslehre durchdrungen sind, dem tiefangelegten Werke dieses berühmten Schriftstellers die so wohlverdiente Bewunderung zolle.

Dieselbe Bemerkung kann übrigens auch auf die ausgezeichneten Werke Herrn Say's angewandt werden, der nicht bloß der erste war, oder zu den ersten Schriftstellern des Kontinents zählte, welche die Grundsätze Smith's richtig würdigten und anwandten, und der selbst mehr als alle übrigen Schriftsteller des Kontinents zusammengenommen getan hat, um die Grundsätze jenes aufgeklärten und wohltätigen Systems den Völkern Europas zu empfehlen; sondern dem es auch gelungen ist, diese Wissenschaft in eine logischere und instruktivere Ordnung zu bringen, und der sie durch mehrere originelle, präzise und tief durchdachte Erörterungen bereichert hat.[1]) Indessen hat den Verfasser die Achtung, welche er vor den Schriften dieses Herrn hat, nicht gehindert, solche Stellen der „Economie politique", die verschieden von seinen eigenen Ideen schienen, mit der Freimütigkeit zu kommentieren, welche, wie er glaubt, die Interessen der Wissenschaft fordern.

[1]) Insbesondere enthält Kap. 15, Teil 1, „Des débouchés" einige sehr wichtige Grundsätze. welche meines Erachtens von diesem ausgezeichneten Schriftsteller zuerst klargelegt wurden.

Kapitel I.

Über den Wert.

Abschnitt 1.

Der Wert eines Gutes oder die Menge irgend eines anderen, für welches es sich austauschen läßt, hängt von der verhältnismäßigen Menge der zu seiner Produktion erforderlichen Arbeit ab und nicht von der größeren oder geringeren Vergütung, die für diese Arbeit bezahlt wird.

Es ist von Adam Smith bemerkt worden, daß „das Wort Wert zwei verschiedene Bedeutungen hat und bald die Nützlichkeit eines bestimmten Gegenstandes bezeichnet, bald die Macht, andere Waren zu erstehen, welche der Besitz jenes Gegenstandes verleiht. Die eine möge *Gebrauchswert* genannt werden; die andere *Tauschwert*. Die Dinge", fährt er fort, „welche den größten Gebrauchswert haben, haben häufig geringen oder keinen Tauschwert; und umgekehrt haben jene, die den größten Tauschwert haben, geringen oder keinen Gebrauchswert." Wasser und Luft sind ungemein nützlich; sie sind für unsere Existenz in der Tat unentbehrlich; dennoch kann man unter normalen Umständen nichts im Austausch für sie erlangen. Gold umgekehrt, obwohl es im Vergleich mit Luft oder Wasser nur wenig Nutzen hat, wird sich gegen eine große Menge anderer Waren austauschen.

Nützlichkeit ist demnach nicht der Maßstab des Tauschwertes, obgleich sie für ihn unbedingt wesentlich ist. Wenn ein Gut in keiner Weise nützlich wäre, — mit anderen Worten, wenn es in keiner Weise zu unserem Wohlbefinden beitragen könnte, — so würde es jedes Tauschwertes bar sein, wie groß auch seine Seltenheit, oder eine wie große Menge von Arbeit auch nötig wäre, um es zu beschaffen.

Sind Güter nützlich, so leiten sie ihren Tauschwert von zwei Quellen her: von ihrer Seltenheit und von der Arbeitsmenge, welche man zu ihrer Erlangung benötigt.

Es gibt einige Güter, deren Wert ausschließlich durch ihre Seltenheit bestimmt wird. Keine Arbeit kann die Quantität solcher Güter vermehren, und darum kann ihr Wert nicht durch eine vermehrte Zufuhr herabgesetzt werden. Einige auserlesene Bildsäulen und Gemälde, seltene Bücher und Münzen, eigenartige Weine, die nur von einer auf besonders geeignetem und an Größe sehr beschränktem Boden gedeihenden Traubenart gewonnen werden können, gehören sämtlich zu dieser Gattung. Ihr Wert ist von der ursprünglich zu ihrer Erzeugung erforderlichen Arbeitsmenge völlig unabhängig und wechselt mit der Veränderlichkeit des Wohlstandes und der Neigungen derjenigen, welche sie zu besitzen begehren.

Doch bilden diese Güter einen sehr kleinen Teil der Gütermassen, die täglich auf dem Markte ausgetauscht werden. Den bei weitem größten Teil jener Waren, die Gegenstände des Begehrens sind, verschafft man sich durch Arbeit; und sie können nicht nur in einem einzigen Lande, sondern in vielen, fast ohne irgendeine nachweisbare Grenze vermehrt werden, wenn wir bereit sind, die Arbeit aufzuwenden, die nötig ist, um sie zu erlangen.

Wenn wir also von Gütern, von ihrem Tauschwert und von den ihre verhältnismäßigen Preise regelnden Gesetzen sprechen, so verstehen wir darunter immer nur Güter, deren Menge durch

menschliche Arbeitsleistung beliebig vermehrt werden kann, und auf deren Produktion die Konkurrenz ohne Beschränkung einwirkt.

Auf den frühen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung ist der Tauschwert dieser Güter, oder die Regel, welche bestimmt, wieviel von einem im Tausche für ein anderes hingegeben werden soll, fast ausschließlich von der verhältnismäßigen Arbeitsmenge abhängig, die auf jedes verwandt worden ist.

„Der wirkliche Preis eines jeden Dinges", bemerkt Adam Smith, „nämlich das, was jedes Ding den Menschen, der es zu erwerben wünscht, tatsächlich kostet, ist die Beschwerde und Mühe, es zu erwerben. Was ein jedes Ding für denjenigen wirklich wert ist, der es erworben hat, und der es veräußern oder gegen etwas anderes austauschen will, ist die Mühe und Beschwerde, welche es ihm ersparen, und die es auf andere Leute abwälzen kann." „Arbeit war der erste Preis — das ursprüngliche Kaufgeld, welches für alle Dinge bezahlt wurde." Ferner, „in jenem frühen und rohen Zustande der Gesellschaft, welcher sowohl der Bildung eines Vermögensstammes als auch der Aneignung von Grund und Boden vorausgeht, scheint das Verhältnis zwischen den zur Erlangung verschiedener Gegenstände erforderlichen Arbeitsmengen der einzige Umstand zu sein, der irgendeine Regel für ihren gegenseitigen Austausch abgeben kann. Wenn in einem Jägervolke z. B. die Erlegung eines Bibers gewöhnlich doppelt soviel Arbeit kostete als die Erlegung eines Hirsches, so mußte natürlich ein Biber für zwei Hirsche ausgetauscht werden, oder soviel wert sein. Es ist natürlich, daß das Erzeugnis zweitägiger oder zweistündiger Arbeit doppelt soviel wert sein sollte, als was gewöhnlich das Erzeugnis eintägiger oder einstündiger Arbeit wert ist."[1]

[1]) Buch I, Kap. 5.

Daß dies wirklich die Grundlage des Tauschwertes aller Dinge ist, mit Ausnahme von solchen, die durch menschlichen Fleiß nicht beliebig vermehrt werden können, ist eine Lehre von größter Wichtigkeit in der Volkswirtschaftslehre; denn aus keiner Quelle rühren so viele Irrtümer und Meinungsverschiedenheiten in jener Wissenschaft her, als aus den unbestimmten Ideen, die an das Wort Wert geknüpft werden.

Wenn die in Gütern verkörperte Arbeitsmenge ihren Tauschwert bestimmt, so muß jede Vermehrung des Arbeitsquantums den Wert des Gutes, auf das sie verwendet wird, erhöhen, wie jede Verminderung ihn erniedrigen muß.

Adam Smith, der die ursprüngliche Quelle des Tauschwertes so genau erklärte, und der dementsprechend verpflichtet war, zu behaupten, daß alle Dinge mehr oder weniger wertvoll würden, je nachdem mehr oder weniger Arbeit auf ihre Produktion verwendet würde, hat selbst noch ein zweites Normalmaß des Wertes aufgestellt und spricht von Dingen, die mehr oder weniger wertvoll sind, je nachdem sie sich für mehr oder weniger dieses Normalmaßes austauschen werden. Manchmal spricht er von Getreide, andere Male von Arbeit als einem Normalmaß; nicht die Arbeitsmenge, welche auf die Herstellung irgendeines Gegenstandes verwendet wird, sondern die Menge, über die er auf dem Markte verfügen kann: als ob diese zwei gleichwertige Ausdrücke wären, und als ob, weil eines Mannes Arbeit doppelt so ergiebig geworden wäre, und er daher die doppelte Quantität eines Gutes erzeugen könnte, er notwendig auch das Doppelte der früheren Menge im Tausche dafür erhalten würde.

Wenn dem wirklich so wäre, wenn der Lohn des Arbeiters immer im Verhältnis stände zu dem, was er erzeugte, würde die Arbeitsmenge, die auf ein Gut verwandt wird, und die Arbeitsmenge, die dieses Gut erstände, gleich sein,

und jedes von beiden könnte die Veränderungen anderer Dinge genau messen; aber sie sind nicht gleich; die erstere ist unter vielen Umständen ein unveränderlicher Maßstab, der die Veränderungen anderer Dinge genau angibt; die letztere ist ebenso vielen Schwankungen unterworfen, als die Güter, die damit verglichen werden. Adam Smith hat, nachdem er auf sehr geschickte Weise die Unzulänglichkeit eines veränderlichen Maßgutes, wie z. B. Gold und Silber, zu dem Zwecke, den sich verändernden Wert anderer Dinge zu bestimmen, gezeigt, selbst, indem er bei Korn oder Arbeit stehen blieb, ein nicht weniger veränderliches Maßgut gewählt.

Gold und Silber sind infolge der Entdeckung neuer und reicherer Bergwerke zweifellos Schwankungen unterworfen; aber solche Entdeckungen sind selten, und ihre Wirkungen, obwohl bedeutend, beschränken sich auf Zeiträume von verhältnismäßig kurzer Dauer. Auch sind sie infolge von Verbesserungen in der Geschicklichkeit und Maschinerie womit die Bergwerke betrieben werden, Schwankungen unterworfen; da infolge solcher Verbesserungen eine größere Menge mit derselben Arbeit erlangt werden kann. Außerdem sind sie infolge des abnehmenden Ertrages der Minen, nachdem diese der Welt für eine Reihe von Jahren eine Zufuhr gewährt haben, Schwankungen ausgesetzt. Aber von welcher dieser Quellen von Schwankung ist das Getreide ausgenommen? Wechselt das nicht auch einerseits infolge von Verbesserungen in der Landwirtschaft, infolge verbesserter Maschinerie und Gerätschaften, die in der Landwirtschaft gebraucht werden, sowie infolge der Entdeckung von neuen Strichen fruchtbaren Bodens, die in anderen Ländern in Anbau genommen werden können und den Wert des Getreides auf jedem Markte, wo die Einfuhr frei ist, beeinflussen werden? Ist es nicht anderseits Werterhöhungen ausgesetzt infolge von Einfuhrverboten, infolge Steigens der Bevölke-

rung und des Reichtums und der größeren Schwierigkeit, in Anbetracht der zusätzlichen Arbeitsmenge, welche die Bebauung geringerer Böden erfordert, die gesteigerten Zufuhren zu erhalten? Ist nicht der Wert der Arbeit ebenso veränderlich; da er nicht nur, wie alle übrigen Dinge, durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, welches mit jeder Veränderung in der Lage des Gemeinwesens beständig wechselt, sondern auch durch den wechselnden Preis von Nahrung und anderen Bedarfsartikeln beeinflußt wird, für welche die Arbeitslöhne verausgabt werden?

In ein und demselben Lande kann zur Produktion einer gegebenen Menge von Nahrung und Bedarfsartikeln zu einer Zeit das Doppelte der Arbeitsmenge benötigt werden, die nötig sein mag zu einer anderen und späteren Zeit; dennoch kann sich die Vergütung des Arbeiters möglicherweise nur sehr wenig vermindert haben. Wenn der Lohn des Arbeiters in dem früheren Zeitabschnitt in einer bestimmten Menge von Nahrung und Bedarfsartikeln bestand, so hätte er wahrscheinlich nicht fortexistieren können, falls jene Quantität verringert worden wäre. Nahrung und Bedarfsartikel werden in diesem Falle um 100% gestiegen sein, wenn man sie nach der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeits*menge* schätzt, während sie sich in ihrem Werte kaum erhöht haben werden, wenn man sie an derjenigen Arbeitsmenge mißt, für welche sie sich *austauschen* werden.

Dieselbe Bemerkung kann hinsichtlich zweier oder mehr Länder gemacht werden. In Amerika und Polen wird die jährliche Arbeit einer gegebenen Anzahl von Menschen auf dem zuletzt in Anbau genommenen Boden mehr Getreide produzieren, als auf einem Boden in England unter gleichen Verhältnissen. Nehmen wir nun an, alle übrigen Bedarfsartikel wären in den drei Ländern gleich wohlfeil; würde es dann nicht ein großer Fehler sein, zu folgern, daß die dem

Arbeiter gewährte Getreidemenge in jedem Lande zu der Leichtigkeit der Produktion im Verhältnis stände?

Wenn die Schuhe und Kleider des Arbeiters durch Verbesserungen in der Maschinerie mit dem vierten Teile der zu ihrer Produktion jetzt erforderlichen Arbeit hergestellt werden könnten, so würden sie wahrscheinlich um 75% sinken; aber es ist so weit entfernt davon, wahr zu sein, daß der Arbeiter dadurch instand gesetzt würde, dauernd vier Röcke oder vier Paar Schuhe anstatt eines zu verbrauchen, daß sein Lohn sich wahrscheinlich in kurzer Zeit durch die Wirkungen der Konkurrenz und den Ansporn zur Bevölkerung dem neuen Werte der Bedarfsartikel, für welche er verausgabt wurde, angepaßt haben würde. Falls sich diese Verbesserungen auf alle für den Konsum des Arbeiters bestimmten Gegenstände erstreckten, so würden wir ihn wahrscheinlich am Ende von wenigen Jahren im Besitz von nur einer geringen, wenn überhaupt einer Zunahme seiner Genüsse finden, obwohl der Tauschwert jener Güter, verglichen mit irgendeinem anderen Gute, bei dessen Produktion keine derartige Verbesserung eingetreten wäre, eine recht erhebliche Verminderung erfahren hätte; und obwohl sie der Ertrag einer bedeutend verminderten Arbeitsmenge sein würden.

Es kann darum nicht richtig sein, mit Adam Smith zu sagen, „daß, weil die Arbeit bald eine größere, bald eine geringere Quantität an Gütern zu *erstehen* vermag, es ihr Wert ist, der wechselt, nicht der der Arbeit, die sie ersteht“, und folglich, „daß, weil die Arbeit *allein sich niemals in ihrem eigenen Werte ändert*, sie allein der letzte und wirkliche Maßstab ist, mit welchem der Wert aller Güter zu allen Zeiten und an allen Orten geschätzt und verglichen werden kann“; — aber es ist richtig, zu sagen, wie Adam Smith früher gesagt hatte, „daß das Verhältnis zwischen den Arbeitsmengen, die zur Erlangung verschiedene

Gegenstände erforderlich sind, der einzige Umstand zu sein scheint, welcher irgend eine Regel, um sie untereinander auszutauschen, abgeben kann"; oder mit anderen Worten, daß es die verhältnismäßige Menge von Gütern, die Arbeit produzieren wird, ist, welche ihren gegenwärtigen oder früheren verhältnismäßigen Wert bestimmt, und nicht die vergleichsweisen Gütermengen, welche dem Arbeiter im Austausch für seine Arbeit gegeben werden.

Gesetzt, wir wollen erfahren, wenn zwei Güter ihren verhältnismäßigen Wert ändern, bei welchem von beiden die Veränderung tatsächlich eingetreten ist. Wenn wir den augenblicklichen Wert des einen mit Schuhen, Strümpfen, Hüten, Eisen, Zucker und allen anderen Gütern vergleichen, so finden wir, daß es sich für genau dieselbe Menge aller dieser Dinge wie zuvor austauschen wird. Vergleichen wir das andere mit denselben Gütern, so finden wir, daß es sich in bezug auf sie alle verändert hat: wir können dann mit großer Wahrscheinlichkeit den Schluß ziehen, daß die Veränderung bei diesem Gute erfolgt ist, und nicht bei denen, mit welchen wir es verglichen haben. Wenn wir noch mehr im einzelnen in all die Umstände eindringen, die mit der Produktion dieser verschiedenen Güter verknüpft sind, und finden, daß genau dieselbe Menge von Arbeit und Kapital zur Herstellung der Schuhe, Strümpfe, Hüte, des Eisens, Zuckers usw. erforderlich ist, die nämliche Menge wie früher jedoch nicht mehr zur Erzeugung jenes einzelnen Gutes gebraucht wird, dessen verhältnismäßiger Wert sich verändert hat, so geht die Wahrscheinlichkeit in Gewißheit über, und wir dürfen mit völliger Sicherheit die Veränderung ausschließlich in dem einzelnen Gute vermuten; wir entdecken dann auch die Ursache seiner Veränderung.

Wenn ich fände, daß eine Unze Gold für eine geringere Menge aller oben genannten und noch vieler anderer Güter ausgetauscht würde, und ich außerdem fände, daß durch die

deckung einer neuen und ergiebigeren Mine oder durch die besonders vorteilhafte Verwendung von Maschinerie eine bestimmte Quantität Gold mit einer geringeren Arbeitsmenge produziert werden könnte, so würde ich mit Recht behaupten, daß die Ursache der Wertveränderung von Gold in bezug auf andere Güter in der größeren Leichtigkeit seiner Produktion oder in der zu seiner Erlangung erforderlichen geringeren Arbeitsmenge läge. In gleicher Weise würde ich, wenn die Arbeit, im Verhältnis zu allen anderen Dingen, sehr erheblich im Werte fiele, und wenn ich fände, daß dieses Sinken von einem großen Angebot herrührte, welches durch die große Leichigkeit befördert würde, mit der Getreide und die übrigen Bedarfsartikel des Arbeiters produziert werden, glaube ich, mit Recht behaupten können, Getreide und Bedarfsartikel seien deshalb im Werte gesunken, weil zu ihrer Produktion eine geringere Arbeitsmenge benötigt wird; und daß dieser Leichtigkeit der Versorgung des Arbeiters mit seinem Unterhalt ein Sinken des Arbeitswertes gefolgt sei. Nein, sagen Adam Smith und Malthus, in dem das Gold betreffenden Falle konntest du mit Recht die Veränderung des Goldes als ein Sinken seines Wertes bezeichnen, weil sich damals Getreide und Arbeit nicht verändert hatten; und da Gold ein geringeres Quantum als zuvor nicht nur von ihnen, sondern auch von allen anderen Dingen zu erstehen vermöchte, so dürfte man mit Recht sagen, daß alle Dinge unverändert geblieben wären, und daß Gold allein sich geändert hätte. Aber wenn Getreide und Arbeit herabgehen, Dinge, die wir zu unserem festen Wertmesser gewählt haben, trotz aller Veränderungen, denen sie anerkanntermaßen unterworfen sind, so wäre es höchst unrichtig, so zu sprechen. Korrekterweise wird man zu sagen haben, daß Getreide und Arbeit unverändert geblieben, nur die übrigen Güter im Werte gestiegen sind.

Gerade gegen diese Ausdrucksweise lege ich nun Verwahrung ein. Ich finde, daß genau wie beim Golde der Grund der Veränderung zwischen Getreide und anderen Dingen die geringe Arbeitsmenge ist, die nötig ist, um es zu produzieren, und daher muß ich folgerichtig die Veränderung von Getreide und Arbeit als ein Sinken ihres Wertes bezeichnen und nicht als ein Steigen des Wertes derjenigen Güter, mit welchen sie verglichen werden. Wenn ich einen Arbeiter für eine Woche zu mieten habe, und wenn ich ihm statt 10 Schillinge bloß 8 zahle, ohne daß eine Veränderung in dem Wert des Geldes vor sich gegangen ist, so kann der Arbeiter wahrscheinlich mit seinen 8 Schillingen mehr Nahrungs- und Bedarfsartikel erlangen, als vorher mit 10. Das aber rührt nicht, wie Adam Smith und neuerdings Malthus meinten, von einem Steigen des wirklichen Wertes seines Lohnes her, sondern von einem Sinken des Wertes derjenigen Dinge, für welche der Lohn verausgabt wird; vollkommen verschiedene Dinge. Und doch sagt man von mir, ich nehme, weil ich dies ein Sinken des wirklichen Lohnwertes nenne, eine neue und ungewöhnliche Ausdrucksweise an, welche mit den wahren Grundsätzen der Wissenschaft unvereinbar sei. Mir will es scheinen, als ob die ungewöhnliche und wirklich ungereimte Ausdrucksweise diejenige ist, die von meinen Gegnern angewendet wird.

Nehmen wir an, ein Arbeiter werde für das Werk einer Woche mit einem Scheffel Getreide bezahlt, wenn der Kornpreis auf 80 Schillinge pro Quarter steht, und mit einem Scheffel und einem Viertel, wenn der Preis auf 40 Schillinge fällt. Nehmen wir ferner an, er verzehre in seinem eigenen Haushalte wöchentlich einen halben Scheffel, und tausche den Rest für andere Dinge aus, wie Brennstoff, Seife, Lichte, Tee, Zucker, Salz usw.; wenn ihm nun die $^3/_4$ Scheffel, welche für ihn übrig bleiben werden, nicht ebenso viel von den oben genannten Gütern in dem einen Falle verschaffen können, wie ein halber Scheffel in dem anderen, was aber nicht zutrifft, wird dann die Arbeit im Werte gestiegen oder gesunken sein? Gestiegen, müßte Adam Smith sagen, weil sein Maßstab das Getreide ist, und der Arbeiter für eine Woche Arbeit mehr Korn erhält. Gesunken müßte derselbe Adam Smith sagen, „weil der Wert eines Dinges von der Kraft, andere Gütern zu erstehen abhängt, welche der Besitz dieses Gegenstandes verschafft", und die Arbeit hat eine geringere Kraft, solche andere Güter zu kaufen.

Abschnitt 2.

Verschieden qualifizierte Arbeit wird verschieden vergütet, was jedoch keine Ursache der Veränderung im verhältnismäßigen Wert von Gütern ist.

Wenn ich jedoch von der Arbeit als der Grundlage alles Wertes spreche und von der relativen Arbeitsmenge als des fast ausschließlichen Bestimmungsgrundes für den relativen Wert von Gütern, so muß man mir nicht unterstellen, ich bemerkte nicht die verschiedenen Qualitäten von Arbeit und die Schwierigkeit, eine einstündige oder eintägige Arbeit in einer Beschäftigung mit derselben Dauer von Arbeit in einer anderen zu vergleichen. Die Wertschätzung, in der verschiedene Qualitäten von Arbeit stehen, wird auf dem Markte bald mit genügender Genauigkeit für alle praktischen Zwecke bestimmt und hängt viel ab von der verhältnismäßigen Geschicklichkeit des Arbeiters und der Intensität der geleisteten Arbeit. Ist die Skala einmal gebildet, so unterliegt sie nur geringer Veränderung. Wenn das Tagewerk eines arbeitenden Goldschmiedes wertvoller ist, als das eines gewöhnlichen Arbeiters, so ist es schon seit langem so geschätzt worden und ist in die ihm gehörige Stellung der Wertskala eingestellt worden.[1])

[1]) „Aber obschon Arbeit der wirkliche Maßstab für den Tauschwert aller Güter ist, so ist sie doch nicht derjenige, nach

Vergleicht man daher den Wert ein und desselben Gutes zu verschiedenen Zeitabschnitten, so braucht die relative Geschicklichkeit und Intensität der Arbeit, die für jenes besondere Gut nötig ist, kaum in Betracht gezogen zu werden, weil sie in beiden Zeitabschnitten gleich wirkt. Eine Arbeitsart zu der einen Zeit wird hier mit der nämlichen in einer anderen verglichen; hat man den zehnten, fünften oder vierten Teil hinzu gefügt, oder weggenommen, so wird dadurch eine im geraden Verhältnis zur Ursache stehende Wirkung auf den relativen Wert des betreffenden Gutes erzeugt werden.

Wenn ein Stück Tuch jetzt zwei Stück Linnen wert ist, und wenn nach zehn Jahren, von jetzt ab gerechnet, der

---

welchem deren Wert gewöhnlich geschätzt wird. Es ist oft schwierig, das Verhältnis zwischen zwei verschiedenen Arbeitsmengen zu bestimmen. Die Zeit, welche auf zwei verschiedene Arten von Werk verwendet wird, wird nicht immer allein dieses Verhältnis bestimmen. Die verschiedenen Grade der ausgestandenen Mühe und Beschwerde, sowie der ausgeübten Geistestätigkeit müssen gleichfalls mit in Betracht gezogen werden. So kann mehr Arbeit in dem beschwerlichen Werke einer Stunde enthalten sein, als in der leichten Beschäftigung von 2 Stunden; oder in einem einstündigen Betrieb eines Gewerbes, dessen Erlernung 10 Jahre Arbeit kostet, als in dem Fleiße eines Monats bei einer gewöhnlichen und alltäglichen Beschäftigung. Aber es ist nicht leicht, irgendeinen genauen Maßstab, sei es für körperliche Anstrengung oder für geistige Arbeit, zu finden. Wenn man in der Tat die verschiedenen Erzeugnisse verschiedener Arten von Arbeiten untereinander tauscht, wird für beide gewöhnlich ein gewisser Spielraum gelassen. Er wird jedoch nicht mit Hilfe eines genauen Maßes richtig gestellt, sondern mittels des auf dem Markte üblichen Handelns und Feilschens, nach jener Art und Weise roher Gleichheit, die zwar nicht genau ist, aber doch hinreicht, um die Geschäfte des täglichen Lebens abzuwickeln." — Wealth of Nations, Buch I, Kap. 10.

gewöhnliche Wert eines Stückes Tuch gleich vier Stücken Linnen sein sollte, so kann man mit Sicherheit daraus schließen, daß entweder mehr Arbeit zur Herstellung des Tuches oder weniger zu der des Linnens erforderlich ist, oder daß beide Ursachen gewirkt haben.

Da sich die Untersuchung, auf die ich des Lesers Aufmerksamkeit hinlenken möchte, auf die Wirkung der Veränderungen im relativen Werte von Gütern und nicht in ihrem absoluten Werte bezieht, so wird es von wenig Bedeutung sein, den relativen Grad von Wertschätzung zu untersuchen, in dem die verschiedenen Arten von menschlicher Arbeit stehen. Wir können ruhig schließen, daß, welcherlei Ungleichheit auch unter ihnen ursprünglich bestanden habe, wieviel mehr Talent, Geschicklichkeit oder Zeit auch zur Erlernung irgendeines speziellen Handwerks im Vergleich mit einem anderen erforderlich gewesen sein mag, das von einer Generation zur anderen nahezu gleich geblieben ist; oder wenigstens, daß die Veränderung von Jahr zu Jahr ganz unbedeutend ist und für kurze Perioden daher nur einen geringen Einfluß auf den relativen Wert von Gütern haben kann.

„Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Raten von Lohn wie Profit bei den verschiedenen Anwendungen von Arbeit und Vermögen scheint, wie bereits bemerkt worden ist, durch Reichtum oder Armut, durch Fortschritt, Stillstand oder Rückschritt der Gesellschaft nicht sehr beeinflußt zu werden. Obgleich derartige Umwälzungen im Volkswohlstande auf die allgemeinen Raten von Lohn und Profit einwirken, so müssen sie das doch schließlich in allen verschiedenen Unternehmungen gleichmäßig tun. Infolgedessen muß ihr gegenseitiges Verhältnis dasselbe bleiben und kann durch irgendwelche solche Umwälzungen wenigstens für eine irgendwie beträchtliche Zeit nicht gut geändert werden."[1]

---

[1] Wealth of Nations, Buch I, Kap. 10.

Abschnitt 3.

Nicht bloß die unmittelbar auf die Güter verwendete Arbeit beeinflußt deren Wert, sondern auch die in den Geräten, Werkzeugen und Gebäuden, welche dieser Arbeit dienen, enthaltene.

Selbst in jenem frühen Zustande, auf den sich Adam Smith bezieht, würde für den Jäger etwas Kapital, mag er es sich auch selbst beschafft und angesammelt haben, erforderlich sein, damit er sein Wild erlegen kann. Ohne eine Waffe könnte weder der Biber noch der Hirsch getötet werden, weshalb der Wert dieser Tiere nicht allein durch die Zeit und Arbeit, welche zu ihrer Erlegung notwendig ist, bestimmt werden würde, sondern auch durch die Zeit und Arbeit, welche zur Beschaffung des Kapitals des Jägers notwendig war, d. h. der Waffen, mit deren Hilfe ihre Erlegung ausgeführt wurde.

Nehmen wir an, die zur Tötung des Bibers notwendige Waffe sei mit viel mehr Arbeit hergestellt worden als jene, die nötig ist, um den Hirsch zu töten, wegen der größeren Schwierigkeit, dem genannten Tiere nahe zu kommen, und wegen der daraus folgenden Notwendigkeit, genauer zu treffen; alsdann würde natürlich ein Biber mehr wert sein als zwei Hirsche, und gerade aus dem Grunde, weil zu seiner Erlegung im ganzen mehr Arbeit nötig wäre. Oder nehmen wir an, dieselbe Arbeitsmenge sei zur Anfertigung beider Waffen erforderlich gewesen, aber ihre Haltbarkeit sei sehr ungleich; von dem dauerhafteren Gerät würde nur ein kleiner Teil seines Wertes auf das betreffende Gut übergehen, während ein viel größerer Teil des Wertes des weniger haltbaren Gerätes in dem Gute, zu dessen Produktion es beitrug, verkörpert werden würde.

Alle zur Erlegung des Bibers und Hirsches erforderlichen Geräte könnten einer einzigen Klasse von Menschen zugehören, und die zu ihrer Erlegung benötigte Arbeit könnte von einer anderen geliefert werden; dennoch würden ihre relativen Preise immer noch im Verhältnis zu der in Wirklichkeit sowohl auf die Kapitalbildung als auch auf die Erlegung verwendeten Arbeit stehen. Unter verschiedenen Umständen von Überfluß oder Mangel an Kapital im Vergleich mit der Arbeit, unter verschiedenen Umständen von Fülle oder Knappheit der für den menschlichen Unterhalt wesentlichen Nahrung und Bedarfsartikel, könnten diejenigen, welche für die eine oder andere Beschäftigung einen gleichen Kapitalwert lieferten, die Hälfte, ein Viertel oder ein Achtel von dem erzielten Ertrage erhalten, während der Rest als Lohn an jene bezahlt werden würde, welche die Arbeit verrichtet hätten; trotzdem könnte diese Verteilung den relativen Wert dieser Güter nicht beeinflussen; denn, ob auch der Kapitalprofit größer oder geringer wäre, ob er 50, 20 oder 10 Prozent betrüge, oder ob sich der Arbeitslohn hoch oder niedrig stellte, so würden sie doch gleichmäßig auf beide Beschäftigungen einwirken.

Wenn man sich nun die gesellschaftlichen Beschäftigungen ausgedehnter vorstellt, daß etliche Kähne und Takelwerk, das zum Fischen notwendig ist, andere das Saatgut und jene rohen Geräte lieferten, wie man sie anfänglich beim Ackerbau benutzte, so würde sich doch noch immer derselbe Grundsatz bewahrheiten, daß der Tauschwert der erzeugten Güter im Verhältnis zu der auf ihre Produktion verwandten Arbeit stände; und zwar nicht nur auf ihre unmittelbare Erzeugung, sondern auf alle jene Geräte oder Maschinen, die erforderlich sind, der speziellen Arbeit, für welche sie gebraucht wurden, Erfolg zu verleihen.

Wenn wir einen Gesellschaftszustand betrachten, in dem größere Verbesserungen gemacht worden sind, und in dem Künste und Handel blühen, so werden wir immer noch finden, daß Güter sich diesem Grundsatze gemäß im Wert ändern:

schätzen wir beispielsweise den Tauschwert von Strümpfen, so werden wir finden, daß ihr Wert, im Vergleich mit anderen Dingen, von der gesamten Arbeitsmenge abhängt, welche, um sie zu produzieren und auf den Markt zu bringen, erforderlich ist. Da ist erstens Arbeit zur Bebauung des Bodens notwendig, auf dem die rohe Baumwolle gezogen wird; zweitens die Arbeit für den Transport der Rohbaumwolle nach dem Lande, wo die Strümpfe fabriziert werden sollen, was zugleich einen Teil der Arbeit einschließt, die zum Bau des Schiffes verwandt wurde, in welchem sie transportiert wird, und die in der Fracht der Waren in Anrechnung kommt; drittens die Arbeit des Spinners und Webers; viertens ein Bruchteil der Arbeit des Maschinenbauers, Schmiedes und Zimmermanns, welche die Gebäude und Maschinen aufstellten, mit deren Hilfe sie gemacht werden; fünftens die Arbeit des Kleinhändlers und vieler anderer, die noch weiter einzeln aufzuzählen, unnötig ist. Die Gesamtsumme dieser verschiedenen Arbeitsarten bestimmt das Quantum anderer Dinge, für welche diese Strümpfe ausgetauscht werden, während dieselbe Berücksichtigung der auf jene anderen Dinge verwandten verschiedenen Arbeitsmengen in gleicher Weise den betreffenden Teil von ihnen regeln wird, der für die Strümpfe hingegeben werden wird.

Um uns davon zu überzeugen, daß dies die wirkliche Grundlage des Tauschwertes ist, wollen wir annehmen, daß irgend eine Verbesserung in den Methoden zur Abkürzung der Arbeit in irgendeinem der verschiedenen Prozesse gemacht worden wäre, durch welche die Rohbaumwolle hindurchgehen muß, ehe die fertigen Strümpfe auf den Markt kommen, um gegen andere Dinge ausgetauscht zu werden; und beobachten wir nun die Wirkungen, die folgen werden. Wenn man weniger Leute benötigte, um die Rohbaumwolle anzubauen, oder wenn weniger Seeleute für die Schiffahrt erforderlich wären, oder weniger Schiffbauer für die Herstellung des

Schiffes, auf welchem sie uns zugeschickt wurde; wenn man weniger Hände zur Herstellung der Gebäude und Maschinen benötigte, oder wenn letztere nach ihrer Aufstellung wirksamer gemacht würden, alsdann würden die Strümpfe unbedingt im Werte sinken und folglich auch über weniger andere Dinge verfügen. Sie würden sinken, weil eine kleinere Arbeitsmenge zu ihrer Produktion erforderlich war, und würden sich deshalb gegen eine geringere Menge jener Dinge austauschen, bei denen eine solche Arbeitsabkürzung nicht stattgefunden hätte.

Sparsamkeit bei der Anwendung von Arbeit verfehlt niemals, den relativen Wert eines Gutes zu reduzieren, mag die Ersparnis nun bestehen in der Arbeit, die zur Herstellung des Gutes selbst erforderlich ist, oder in jener für die Bildung des Kapitals notwendigen, mit dessen Hilfe es produziert wird. In jedem Falle würde der Preis der Strümpfe sinken, ob nun weniger Menschen als Bleicher, Spinner und Weber, Personen, die unmittelbar zur ihrer Fabrikation notwendig sind; oder als Seeleute, Frachtführer, Maschinenbauer und Schmiede, Personen, die mehr indirekt dabei in Betracht kommen, verwendet wurden. In dem einen Falle käme die gesamte Arbeitsersparnis den Strümpfen zugute, weil jener Arbeitsteil vollständig auf die Strümpfe beschränkt war; in dem anderen würde nur ein Teil auf die Strümpfe entfallen, da der Rest allen jenen anderen Gütern zufiele, zu deren Produktion die Gebäude, Maschinen und Fahrzeuge dienten.

Nehmen wir an, daß auf den frühen Stufen der Gesellschaft die Bögen und Pfeile des Jägers von gleichem Werte und gleicher Dauer wie der Kahn und die Geräte des Fischers wären, da sie beide das Produkt derselben Arbeitsmenge wären. Unter solchen Umständen würde der Wert des Hirsches, der Ertrag der Tagesarbeit des Jägers, genau gleich dem Werte des Fisches sein, des Ertrages der Tagesarbeit des Fischers. Der verhältnismäßige Wert des Fisches und des

Wildes würde gänzlich durch die in jedem der beiden verkörperte Arbeitsmenge bestimmt werden; welches auch immer das produzierte Quantum sein, oder wie hoch oder niedrig im allgemeinen auch Lohn oder Profit sein möchten. Wenn z. B. die Kähne und Geräte des Fischers den Wert von 100 £ hätten, und ihre Dauer auf 10 Jahre berechnet wäre, und wenn er 10 Personen beschäftigte, deren jährliche Arbeit 100 £ kostete, und die in einem Tage durch ihre Arbeit 20 Salme erlangten; wenn andererseits die vom Jäger benutzten Waffen ebenfalls 100 £ wert wären, und ihre Dauer auf 10 Jahre berechnet wäre, und wenn er auch 10 Personen beschäftigte, deren jährliche Arbeit 100 £ kostete, und die für ihn in einem Tage 10 Hirsche erbeuteten; dann würde der natürliche Preis eines Hirsches gleich 2 Salmen sein, gleichgültig, ob der vom Gesamtertrage auf die Leute, welche ihn erzielten, entfallende Anteil groß oder klein wäre. Der etwa als Lohn bezahlte Anteil ist für die Profitfrage von der allergrößten Bedeutung; denn es muß sofort erkannt werden, daß der Profit hoch oder niedrig sein würde, genau im Verhältnis wie der Lohn niedrig oder hoch wäre. Aber das könnte den relativen Wert von Fisch und Wild nicht im geringsten beeinflussen, da der Lohn zur selben Zeit in beiden Beschäftigungen gleich hoch oder niedrig wäre. Wenn der Jäger die Ausrede geltend machte, er hätte einen großen Teil seines Wildes oder den Wert eines großen Teiles als Lohn bezahlen müssen, um den Fischer zu veranlassen, ihm mehr Fische im Austausch für sein Wild zu geben, so würde der letztere feststellen, daß er durch dieselbe Sache in gleicher Weise betroffen würde; und darum würde die natürliche Austauschrate bei allen Lohn- und Profitveränderungen, bei allen Wirkungen von Kapitalsansammlung, solange beide fortfahren, durch die Arbeit eines Tages jeder die nämliche Menge Fisch und die nämliche Menge Wild zu erlangen, ein Hirsch für zwei Salme sein.

Wenn mit dem gleichen Arbeitsquantum eine geringere Menge Fisch oder eine größere Menge Wild erzielt wäre, so würde der Wert des Fisches im Vergleich mit dem des Wildes steigen. Wenn dagegen mit demselben Arbeitsquantum eine kleinere Menge Wild oder eine größere Menge Fisch erlangt wäre, so würde das Wild im Vergleich mit dem Fisch steigen.

Wenn es irgendein in seinem Werte unveränderliches anderes Gut gäbe, dann könnten wir durch Vergleichung des Wertes von Fisch und Wild mit diesem Gute bestimmen, inwieweit die Veränderung einer Ursache zuzuschreiben wäre, welche den Wert des Fisches beeinflußte, und inwieweit einer Ursache, die den Wert des Wildes beeinflußte.

Angenommen, das Geld wäre dieses Gut. Wenn ein Salm 1 £, und ein Hirsch 2 £ wert wäre, so würde ein Hirsch den Wert von zwei Salmen haben. Aber ein Hirsch könnte den Wert von drei Salmen erhalten, weil, um den Hirsch zu erlegen, mehr, oder um den Salm zu fangen, weniger Arbeit erforderlich wäre, oder beide Ursachen könnten zu gleicher Zeit wirken. Hätten wir diesen unveränderlichen Maßstab, dann könnten wir leicht feststellen, in welchem Grade jede dieser Ursachen wirkte. Wenn man Salm weiter für 1 £ verkaufte, während Hirsch auf 3 £ stiege, so könnten wir daraus schließen, daß um den Hirsch zu erlegen, mehr Arbeit erforderlich wäre. Wenn Hirsch denselben Preis von 2 £ beibehielte, und Salm für 13 sh. 4 d. verkauft würde, so könnten wir versichert sein, daß man zum Fange des Salmes weniger Arbeit benötigte; und wenn Hirch auf 2 £ 10 sh. stiege, und Salm auf 16 sh. 8 d. sänke, würden wir überzeugt sein, daß beide Ursachen gewirkt hätten, die Änderung des relativen Wertes dieser Waren hervorzubringen.

Keine Veränderung im Arbeitslohn könnte irgend eine Veränderung im relativen Wert dieser Güter hervorbringen; denn angenommen, er stiege, so würde trotzdem kein

größeres Arbeitsquantum in einer der beiden Beschäftigungen erforderlich sein, sondern es würde zu einem höheren Preise bezahlt werden. und die nämlichen Gründe, welche den Jäger und Fischer veranlassen müßten, den Wert ihres Wildes und Fisches zu erhöhen, würden den Minenbesitzer bestimmen, den Wert seines Goldes zu steigern. Da dieses Moment mit derselben Stärke auf alle diese drei Berufe wirken würde, und da die relative Lage der in ihnen Tätigen vor und nach dem Steigen des Lohnes dieselbe wäre, so würde der relative Wert von Wild, Fisch und Gold auch ferner unverändert bleiben. Ohne die geringste Veränderung im relativen Wert dieser Güter zu verursachen, könnte der Lohn um 20 % hinauf, und der Profit folglich in einem größeren oder geringeren Verhältnis hinabgehen.

Angenommen nun, man könnte mit derselben Arbeit und demselben stehenden Kapital zwar mehr Fisch, jedoch nicht mehr Gold oder Wild produzieren, dann würde der relative Wert von Fisch im Vergleich mit Gold oder Wild sinken. Wenn der Ertrag eines Tagewerkes, statt 20, 25 Salme wäre, dann würde sich der Preis des Salmes statt auf 1 £, auf 16 sh. belaufen, und statt 2 Salme würden 2½ im Tausche für einen Hirsch hingegeben werden, aber der Hirschpreis würde immer noch auf 2 £ wie zuvor stehen. Auf dieselbe Weise würde, wenn mit demselben Kapital und derselben Arbeit weniger Fische gefangen werden könnten, Fisch in seinem verhältnismäßigen Werte steigen. Fisch würde also im Tauschwerte steigen oder sinken, nur weil man mehr oder weniger Arbeit zum Fange eines bestimmten Quantums benötigte; und er könnte niemals über oder unter die entsprechend vermehrte oder verminderte Arbeitsmenge, welche dazu erforderlich wäre, steigen oder sinken.

Hätten wir also einen unveränderlichen Maßstab, mit dem wir die Veränderungen in anderen Gütern messen könnten, so würden wir finden, daß die äußerste Grenze, bis zu der

sie, falls unter den angenommenen Umständen produziert, dauernd zu steigen vermöchten, dem zu ihrer Herstellung erforderlichen Zusatzquantum von Arbeit proportional wäre; und daß sie überhaupt nicht in irgendwelchem Grade steigen könnten, wenn nicht mehr Arbeit für ihre Produktion benötigt wäre. Eine Lohnerhöhung würde sie weder im Geldwerte, noch in bezug auf irgendwelche anderen Güter steigern, deren Produktion kein Zusatzquantum von Arbeit erforderte, auch die gleiche Menge stehenden und umlaufenden Kapitals verlangte; und zwar stehenden Kapitals von gleicher Dauerhaftigkeit. Wenn man zur Produktion des anderen Gutes mehr oder weniger Arbeit benötigte, so wird das, wie wir bereits betont, sofort eine Veränderung in seinem relativen Werte zur Folge haben; doch rührt eine solche Veränderung nicht etwa vom Steigen des Lohnes, sondern von der veränderten Menge erforderlicher Arbeit her.

Abschnitt 4.

Der Grundsatz, daß die auf die Produktion von Gütern verwendete Arbeitsmenge deren verhältnismäßigen Wert bestimmt, wird durch die Anwendung von Maschinen und anderen stehenden und dauerhaften Kapitalien wesentlich modifiziert.

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir angenommen, daß die Geräte und Waffen, die erforderlich sind, um den Hirsch und Salm zu töten, gleich dauerhaft und das Ergebnis derselben Arbeitsmenge wären, und wir haben gesehen, daß die Veränderungen im relativen Werte von Hirsch und Salm einzig und allein von den wechselnden Arbeitsmengen abhingen, die nötig sind, um sie zu erlangen; aber auf jeder gesellschaftlichen Entwicklungsstufe können die in verschiedenen Berufszweigen benutzten Werkzeuge, Geräte, Gebäude und Maschinen von verschiedenen Graden der Dauerhaftigkeit

sein und, um sie herzustellen, verschiedene Arbeitsmengen beanspruchen. Außerdem können die Quoten des zum Unterhalt der Arbeit bestimmten und des in Werkzeugen, Maschinen und Gebäuden investierten Kapitals verschiedenartig kombiniert sein. Dieser Unterschied im Grade der Dauerhaftigkeit des stehenden Kapitals und diese Mannigfaltigkeit in den Verhältnissen, in welchen die beiden Arten von Kapital kombiniert werden können, bedingen neben der für die Produktion von Gütern erforderlichen größeren oder geringeren Arbeitsmenge eine weitere Ursache für die Veränderungen in ihrem relativen Wert, nämlich das Steigen oder Sinken im Arbeitswerte.

Die vom Arbeiter konsumierte Nahrung und Kleidung, die Gebäude, in denen er arbeitet, die Geräte, die seine Arbeit unterstützen, sind sämtlich vergänglicher Natur. Doch besteht hinsichtlich der Dauerhaftigkeit dieser verschiedenen Kapitalien ein großer Unterschied: eine Dampfmaschine hält gewöhnlich länger vor als ein Schiff; ein Schiff länger als die Kleidung des Arbeiters, und die Kleidung des Arbeiters länger als die von ihm verzehrte Nahrung.

Je nachdem Kapital schnell vergänglich ist und häufig wieder ersetzt werden muß, oder einer langsamen Abnutzung unterliegt, bezeichnet man es als umlaufendes oder stehendes Kapital.[1]) Von einem Bauer, dessen Gebäude und Maschinen wertvoll und dauerhaft sind, sagt man, daß er einen großen Teil stehenden Kapitals verwendet; wogegen man von einem Schuhmacher, dessen Kapital hauptsächlich zur Bezahlung der für Nahrung und Kleidung verausgabten Löhne verwendet wird, also für Güter, die vergänglicher als Gebäude und Maschinen sind, sagt, daß er einen großen Teil seines Kapitals als umlaufendes verwendet.

---

[1]) Eine unwesentliche Einteilung, bei welcher sich auch die Grenzlinie nicht genau ziehen läßt.

Auch ist zu beobachten, daß das umlaufende Kapital in sehr ungleichen Zeitabschnitten umlaufen oder seinem Verwender wieder ersetzt werden kann. Der Weizen, den ein Landwirt als Saatgut ersteht, ist im Vergleich mit dem Weizen, den ein Bäcker zum Brotbacken kauft, ein stehendes Kapital. Der eine vertraut ihn dem Boden an und kann innerhalb eines Jahres kein Entgelt dafür erhalten; der andere kann ihn in Mehl vermahlen lassen, es seinen Kunden als Brot verkaufen und so sein Kapital binnen einer Woche für die nämliche oder irgendeine andere Verwendung wieder zur freien Verfügung zu haben.

Zwei Gewerbe können also dieselbe Menge von Kapital verwenden; aber es kann sehr verschieden verteilt sein in bezug auf das Verhältnis zwischen stehendem und umlaufendem.

In einem Gewerbe kann vielleicht sehr wenig Kapital als umlaufendes Kapital, d. h. für den Unterhalt der Arbeit, verwendet werden; es kann hauptsächlich in Maschinen, Geräten, Gebäuden, usw. Kapital von relativ stehendem und dauerndem Charakter investiert sein. In einem anderen Gewerbe kann zwar derselbe Kapitalbetrag gebraucht werden, aber es kann in erster Linie zum Unterhalt von Arbeit verwendet, und sehr wenig kann in Geräten, Maschinen und Gebäuden angelegt werden. Ein Steigen in dem Arbeitslohn wird dann unfehlbar die unter so verschiedenartigen Umständen produzierten Güter ungleich treffen.

Andererseits wiederum können zwei Fabrikanten zwar denselben Betrag an stehendem wie an umlaufendem Kapital verwenden; doch kann die Dauerhaftigkeit ihrer stehenden Kapitalien sehr ungleich sein. Der eine kann vielleicht Dampfmaschinen im Werte von 10 000 £, der andere Schiffe vom selben Werte haben.

Wenn die Menschen zur Produktion keine Maschinen, sondern nur Arbeit verwendeten, und alle dieselbe Zeit in

Anspruch nähmen, ehe sie ihre Güter zu Markte brächten, dann würde der Tauschwert ihrer Ware genau im Verhältnis zu der Menge verwendeter Arbeit stehen.

Wenn sie stehendes Kapital von gleichem Werte und gleicher Dauerhaftigkeit benutzten, dann würde ebenfalls der Wert der erzeugten Güter derselbe bleiben, und sie würden mit der auf ihre Produktion verwandten größeren oder kleineren Arbeitsmenge variieren.

Aber obschon unter ähnlichen Umständen produzierte Güter ihr gegenseitiges Wertverhältnis aus keinem anderen Grunde ändern würden, als infolge einer Zu- oder Abnahme der zur Produktion der einen oder anderen erforderlichen Arbeitsmenge, so würden sie doch, verglichen mit anderen, die nicht mit derselben verhältnismäßigen Menge stehenden Kapitals erzeugt wären, auch aus dem anderen, vorhin von mir erwähnten Grunde variieren; nämlich infolge eines Steigens des Arbeitswertes, obgleich weder mehr noch weniger Arbeit zur Produktion irgendeines von ihnen verwandt worden wäre. Gerste und Hafer würden bei jeder Lohnveränderung immer noch im selben Verhältnisse zueinander stehen. Baumwollwaren und Tuch ebenfalls, falls auch sie unter einander genau gleichen Umständen produziert wären; dennoch könnte infolge eines Steigens oder Sinkens des Lohnes Gerste im Vergleich mit Baumwollwaren, und Hafer im Vergleich mit Tuch mehr oder weniger wert sein.

Nehmen wir an, von zwei Personen beschäftige jede für die Dauer eines Jahres 100 Mann beim Bau zweier Maschinen, und eine andere Person dieselbe Anzahl von Leuten beim Anbau von Getreide, dann wird am Ende des Jahres jede der Maschinen genau so viel wert sein als das Korn; denn sie werden beide durch dieselbe Arbeitsmenge entstanden sein. Angenommen, einer von den Besitzern einer der Maschinen benutze sie, um mit Hilfe von 100 Mann im folgenden

Jahre Tuch zu fabrizieren, und der Besitzer der anderen Maschine benutze auch die seine, um mit Hilfe von ebenfalls 100 Mann Baumwollenzeug herzustellen, während der Landwirt genau wie zuvor 100 Mann im Getreidebau beschäftigt. Im zweiten Jahre werden dann zwar alle dieselbe Arbeitsmenge angewandt haben, aber die Waren nebst der Maschine des Tuchmachers und ebenso des Baumwollenzeugfabrikanten werden das Ergebnis der Arbeit von 200 Mann in einem Jahre, oder besser gesagt, der Arbeit von 100 Mann in 2 Jahren sein; wogegen das Getreide durch die Arbeit von 100 Mann in einem Jahre produziert werden wird. Wenn folglich das Getreide 500 £ wert wäre, dann sollte eigentlich die Maschine nebst dem Tuch des Tuchmachers den Wert von 1000 £, und die Maschine nebst dem Baumwollenzeug des Baumwollenzeugfabrikanten ebenfalls den doppelten Wert des Getreides haben. Aber sie werden von mehr als dem zweifachen Wert des Getreides sein, weil der Profit aus dem, den Tuch- und Baumwollenzeugfabrikanten gehörenden Kapital vom ersten Jahre zu ihren Kapitalien hinzugeschlagen, während der des Landwirtes verausgabt und verbraucht worden ist. Die Güter werden also nach den verschiedenen Graden der Dauerhaftigkeit ihrer Kapitalien oder, was dasselbe ist, nach der Zeit, die vergehen muß, bis ein Posten der Güter auf den Markt gebracht werden kann, bewertet, und zwar nicht genau im Verhältnis zu der auf sie verwandten Arbeitsmenge, d. h. nicht im Verhältnis wie 2 : 1, sondern etwas höher, um den größeren Zeitraum auszugleichen, der verstreichen muß, ehe das Wertvollste davon auf den Markt gebracht werden kann.

Angenommen, es wären für die Leistung jedes Arbeiters jährlich 50 £ bezahlt, oder 5000 £ Kapital wären angewandt, und der Profit wäre 10 %, dann würde am Ende des ersten Jahres der Wert einer jeden der beiden Maschinen, ebenso wie der des Getreides, 5500 £ sein. Im zweiten Jahre werden

die Fabrikanten und der Landwirt beide wieder 5000 £ für den Unterhalt der Arbeit verwenden und deshalb auch ihre Waren wieder für 5500 £ verkaufen. Doch müssen die Leute, welche die Maschinen benutzen, um mit dem Landwirt gleichzustehen, für die gleichen, auf Arbeit verwendeten Kapitalien von 5000 £ nicht bloß 5500 £ erhalten, sondern noch einen weiteren Betrag von 550 £ für den Profit aus 5500 £, den sie in die Maschinen gesteckt haben, weshalb ihre Waren für 6050 £ verkauft werden müssen. Hier sehen wir also Kapitalisten, die zwar jährlich genau dieselbe Arbeitsmenge auf die Produktion ihrer Güter verwenden, deren Erzeugnisse sich aber trotzdem wegen der verschiedenen Mengen stehenden Kapitals oder angesammelter Arbeit, die von jedem entsprechend angewandt wurden, in ihrem Werte unterscheiden. Das Tuch und Baumwollenzeug haben denselben Wert, weil sie das Produkt gleicher Arbeitsmengen und gleicher Mengen stehenden Kapitals sind; das Getreide aber hat nicht denselben Wert wie diese Güter, weil es in bezug auf das stehende Kapital unter anderen Umständen erzeugt wird.

Wie aber wird ihr relativer Wert durch ein Steigen des Arbeitswertes beeinflußt werden? Offenbar werden die relativen Werte von Tuch und Baumwollenzeug keine Veränderung erleiden; denn alles, was unter den angenommenen Umständen auf jenes einwirkt, muß auch auf das andere einwirken. Ebenso wird auch der relative Wert von Weizen und Gerste keine Veränderung erfahren, denn beide werden, soweit es das stehende und umlaufende Kapital anbetrifft, unter den nämlichen Umständen erzeugt. Wohl aber muß sich der relative Wert des Getreides zum Tuch oder zum Baumwollenzeug durch ein Steigen der Arbeit ändern.

Nirgends kann ein Steigen des Arbeitswertes ohne ein Sinken des Profits erfolgen. Wenn das Getreide zwischen dem Landwirt und dem Arbeiter geteilt werden muß, wird, je größer der Anteil ist, der dem letzteren gegeben wird, um so

weniger für den ersteren übrig bleiben. Ebenso bleibt, wenn Tuch und Baumwollenzeug zwischen dem Arbeiter und seinem Verwender geteilt wird, ersterem die größere Quote, während letzterem die kleinere verbleibt. Nehmen wir also an, der Profit ginge infolge einer Lohnerhöhung von 10 auf 9 % herab, dann würden die Fabrikanten zum gewöhnlichen Preise ihrer Waren, d. h. zu 5500 £, statt 550 £ an Profit ihres stehenden Kapitals nur 9 % auf diese Summe oder 495 £ hinzuschlagen, folglich würde der Preis 5995 £ statt 6050 £ betragen. Da das Getreide auch ferner noch für 5500 £ verkauft würde, so würden die Manufakturwaren, auf welche mehr stehendes Kapital verwandt wurde, fallen, im Vergleich mit dem Getreide oder mit irgendeinem anderen Gute, in das ein kleinerer Betrag stehenden Kapitals eingetreten wäre. Infolge eines Steigens oder Sinkens der Arbeit würde der Grad der Veränderung im relativen Werte der Güter von dem Verhältnis abhängen, in welchem das stehende zum gesamten verwendeten Kapitale stände. Alle Güter, die mit sehr wertvoller Maschinerie oder in besonders wertvollen Gebäuden hergestellt werden, oder die endlich eine sehr beträchtliche Spanne Zeit in Anspruch nehmen, ehe sie auf den Markt gebracht werden können, würden im relativen Werte sinken, während alle diejenigen, welche hauptsächlich durch Arbeit produziert wären, oder die sich schnell auf den Markt bringen ließen, im relativen Werte steigen würden.

Indessen sollte der Leser bemerken, daß diese Ursache der Veränderung der Güter in ihren Wirkungen verhältnismäßig geringfügig ist. Bei einem derartigen Steigen des Lohnes, welches ein Sinken des Profits um 1 % zur Folge haben müßte, würden die unter den angenommenen Umständen erzeugten Waren im relativen Werte nur um 1 % variieren; sie sinken mit einem so großen Sinken des Profits von 6050 £ auf 5995 £ herab. Die größten Wirkungen, welche infolge einer Lohnerhöhung auf die relativen Preise dieser Waren

ausgeübt werden könnten, vermöchten 6 oder 7% nicht zu übersteigen; denn wahrscheinlich könnte der Profit unter keinen Umständen einen größeren allgemeinen und dauernden Rückgang, als bis zu diesem Betrage gestatten.

Nicht so verhält es sich mit der anderen großen Ursache der Veränderung in dem Werte der Güter, nämlich mit der Zu- oder Abnahme der Arbeitsmenge, die erforderlich ist, um sie zu produzieren. Wenn statt 100 Mann bloß 80 für den Anbau von Getreide benötigt werden sollten, würde der Wert des Getreides um 20% oder von 5500 £ auf 4400 £ sinken. Würde zur Herstellung von Tuch die Arbeit von 80, statt von 100 Mann genügen, so würde es von 6050 £ auf 4950 £ herabgehen. Eine Veränderung in der ständigen Profitrate um einen erheblichen Betrag ist die Wirkung von Ursachen, welche sich erst im Verlauf von Jahren durchsetzen, wogegen Veränderungen in der zur Produktion von Gütern erforderlichen Arbeitsmenge tagtäglich geschehen. Jede Verbesserung in Maschinen, Werkzeugen, Gebäuden und bei der Gewinnung des Rohmaterials erspart Arbeit und setzt uns in den Stand, das Gut, welchem die Verbesserung zugute kommt, mit größerer Leichtigkeit zu produzieren, weshalb sich sein Wert ändert. Erwägen wir demnach die Ursachen der Veränderungen im Werte von Gütern, so würde es ebenso unrichtig sein, die Wirkung, welche durch ein Steigen oder Sinken der Arbeit erzeugt wird, gänzlich außer acht zu lassen, als ihr große Bedeutung beizumessen. Infolgedessen werde ich im kommenden Teile dieser Abhandlung, obschon ich auf jene Veränderungsursache gelegentlich noch zurückkomme, alle die großen Veränderungen, die in dem relativen Werte der Güter Platz greifen, als durch die zu ihrer Produktion zeitweilig erforderlichen größeren oder geringeren Arbeitsmenge hervorgerufen ansehen.

Es ist kaum nötig zu sagen, daß Güter, auf deren

Produktion dieselbe Arbeitsmenge verwandt ist, im Tauschwert sich unterscheiden werden, wenn sie nicht in derselben Zeit auf den Markt gebracht werden können.

Angenommen, ich beschäftige bei der Herstellung eines Gutes 20 Mann auf ein Jahr für 1000 £ und am Ende des Jahres wiederum 20 Mann auf ein weiteres Jahr bei einem weiteren Aufwande von 1000 £, um das nämliche Gut zu vollenden oder zu vervollkommen, und ich bringe es nach Verlauf der beiden Jahre auf den Markt. Wenn denn der Profit 10% ausmacht, muß ich mein Gut für 2310 £ verkaufen; denn ich habe in einem Jahre 1000 £ und in einem weiteren Jahre 2100 £ hineingesteckt. Ein anderer wendet genau dieselbe Arbeitsmenge an, aber er wendet sie alle im ersten Jahre an. Er verwendet also 40 Mann für 2000 £ und verkauft das Gut am Ende des ersten Jahres mit 10% Profit, d. h. für 2200 £. Hier haben wir demnach zwei Güter, auf welche zwar genau dieselbe Arbeitsmenge verwandt wurde, von denen aber das eine für 2310 £, das andere für 2200 £ verkauft wird.

Dieser Fall scheint sich von dem letzten zu unterscheiden, ist aber tatsächlich derselbe. In beiden Fällen ist der höhere Preis eines Gutes auf den größeren Zeitraum zurückzuführen, der vergehen muß, ehe es auf den Markt gebracht werden kann. Im ersteren Falle hatten die Maschinen und das Tuch mehr als den doppelten Wert des Getreides, obgleich nur die doppelte Arbeitsmenge auf sie verwandt wurde. Im zweiten ist ein Gut mehr wert als ein anderes, obschon zu seiner Produktion mehr Arbeit nicht benötigt wurde. Der Wertunterschied entspringt in beiden Fällen aus der Kapitalisierung des Profits und ist nur eine gerechte Entschädigung für die Zeit, während welcher der Profit vorenthalten wurde.

Es zeigt sich also, daß die in verschiedenen Gewerben vorgenommene Teilung des Kapitals in verschiedene Anteile von stehendem und umlaufendem Kapital eine erhebliche

Modifikation der Regel bedingt, welche allgemein anzuwenden ist, sobald Arbeit fast ausschließlich zur Produktion verwendet wird; nämlich, daß sich Güter niemals in Werte ändern, wenn nicht eine größere oder geringere Arbeitsmenge auf ihre Produktion verwendet wird, da in diesem Abschnitte gezeigt worden ist, daß ohne irgendwelche Veränderung der Arbeitsmenge das Steigen des Arbeitswertes nur ein Sinken im Tauschwerte jener Güter veranlassen wird, zu deren Produktion stehendes Kapital verwendet wird. Je größer der Betrag des stehenden Kapitals, desto größer wird das Sinken sein.

Abschnitt 5.

Der Grundsatz, daß sich der Wert nicht mit dem Steigen oder Sinken der Löhne ändert, wird auch durch die ungleiche Dauerhaftigkeit des Kapitals modifiziert und durch die ungleiche Geschwindigkeit, mit der es seinem Verwender zurückerstattet wird.

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir angenommen, daß von zwei gleichen Kapitalien in zwei verschiedenen Gewerben die Anteile von stehenden und umlaufenden Kapitalien ungleich wären. Nunmehr wollen wir annehmen, sie ständen zwar im selben Verhältnis zueinander, wären aber von ungleicher Dauerhaftigkeit. Je nachdem das stehende Kapital weniger dauerhaft ist, nähert es sich der Natur des umlaufenden Kapitals. Es wird verbraucht, und sein Wert innerhalb einer kürzeren Zeit reproduziert werden, um das Kapital des Fabrikanten zu erhalten. Wir haben soeben gesehen, daß in dem Maße, als das stehende Kapital in einer Manufaktur überwiegt, der Wert der in ihr erzeugten Güter bei steigendem Lohne relativ niedriger ist, als der Wert von Gütern, die in Manufakturen hergestellt werden, wo umlaufendes Kapital überwiegt. Im Verhältnis zur geringeren Dauerhaftigkeit

des stehenden Kapitals und dessen Annäherung an die Natur des umlaufenden Kapitals, wird dieselbe Wirkung durch die nämliche Ursache erzeugt werden.

Wenn stehendes Kapital keinen dauerhaften Charakter besitzt, wird es eine große Menge Arbeit im Jahre erfordern, um es auf seinem ursprünglichen Stand der Wirksamkeit zu halten; doch kann die so verwendete Arbeit in Wirklichkeit als für das fabrizierte Gut verausgabt betrachtet werden, das dann einen dieser Arbeit entsprechenden Wert erhalten muß. Wenn ich eine Maschine im Werte von 20 000 £ hätte, mittels welcher sehr wenig Arbeit zur Produktion von Gütern benötigt würde, und wenn die Abnutzung einer derartigen Maschine geringfügiger Art wäre, und die allgemein übliche Profitrate 10 % betrüge, dann brauchte ich auf Rechnung der Verwendung meiner Maschine nicht viel mehr als 2000 £ zu dem Preise der Waren hinzuzuschlagen. Wenn jedoch die Abnutzung der Maschine erheblich wäre, und die für ihre Instandhaltung erforderliche Arbeitsmenge der von 50 Mann im Jahre entspräche, müßte ich einen Zusatzpreis für meine Waren fordern gleich demjenigen, welcher von irgendeinem anderen Fabrikanten erzielt würde, der für die Produktion anderer Waren 50 Mann verwendete und überhaupt keine Maschine benutzte.

Doch würde ein Steigen im Arbeitslohne Güter, die mit schnell sich abnutzenden Maschinen, und solche, die mit langsam sich abnutzenden fabriziert werden, nicht in gleicher Weise beeinflussen. Bei der Produktion der einen Art würde ein großes Arbeitsquatum beständig in das erzeugte Gut übergehen, bei der anderen würde nur sehr wenig so übergehen. Daher würde jede Lohnsteigerung oder, was dasselbe ist, jedwedes Sinken des Profits den relativen Wert derjenigen Güter, die mit einem Kapitale von dauerhaftem Charakter produziert wären, vermindern, und den relativen Wert jener anderen, die mit einem vergänglicheren

Kapitale erzeugt wurden, entsprechend erhöhen. Ein Sinken des Lohnes hätte gerade die entgegengesetzte Wirkung zur Folge.

Ich habe bereits bemerkt, daß stehendes Kapital von verschiedenen Graden der Dauerhaftigkeit ist. Nehmen wir eine Maschine an, die in irgendeinem besonderen Gewerbe verwendet werden könnte, um die Arbeitsleistung von 100 Mann im Jahre zu verrichten, und daß sie nur ein Jahr lang vorhielte; nehmen wir ferner an, die Maschine koste 5000 £, und der jährliche Lohn für 100 Mann betrage auch 5000 £, dann ist es offenbar, daß es für den Fabrikanten völlig belanglos sein würde, ob er die Maschine kaufte, oder ob er die Leute verwendete. Aber gesetzt, die Arbeit stiege, und der Lohn von 100 Mann erhöhte sich infolgedessen für ein Jahr auf 5500 £, so ist es klar, daß der Fabrikant jetzt nicht mehr länger zögern würde, es würde in seinem Interesse liegen, die Maschine zu kaufen und seine Arbeit für 5000 £ verrichten zu lassen. Wird aber die Maschine nicht ebenfalls im Preise steigen, wird sie nicht infolge des Steigens der Arbeit ebenfalls 5500 £ wert sein? Sie würde im Preise steigen, wenn man auf ihre Konstruktion kein Kapital verwendet, und ihrem Erbauer keinen Profit zu bezahlen wäre. Wäre die Maschine z. B. das Arbeitsprodukt von 100 Mann, die bei einem Lohne von 50 £ pro Mann ein Jahr daran arbeiteten, und ihr Preis demnach 5000 £, so würde sie, falls dieser Lohn auf 55 £ steigen sollte, 5500 £ kosten. Aber das kann nicht der Fall sein. Weniger als 100 Mann werden verwendet, oder sie könnte nicht für 5000 £ verkauft werden; denn aus den 5000 £ muß der Profit des Kapitals bezahlt werden, das die Leute verwendete. Nehmen wir also an, es wären bloß 85 Mann, jeder zu 50 £, verwendet, oder 4250 £ im Jahre, und die 750 £, die der Verkauf der Maschine über den den Leuten vorgeschossenen Lohn abwerfen würde, bildeten den Profit vom Kapitale des Maschinenbauers. Stiege der Lohn um 10 %, so würde er genötigt sein, ein Zusatzkapital von 425 £ anzuwenden, und er würde statt 4250 £ daher 4675 £ verwenden, von welchem Kapitale er nur noch einen Profit von 325 £ erzielen würde, falls er seine Maschine auch ferner für 5000 £ verkaufte. Aber genau so verhält es sich mit allen Fabrikanten und Kapitalisten; das Steigen der Löhne betrifft sie alle. Wenn daher der Maschinenbauer den Preis der Maschine infolge einer Lohnerhöhung steigern sollte, so würde eine außergewöhnliche Menge an Kapital auf den Bau solcher Maschinen verwendet werden, bis ihr Preis nur noch die gewöhnliche Profitrate abwürfe.[1]) Wir sehen also, daß Maschinen infolge einer Lohnsteigerung nicht im Preise steigen würden.

Indessen würde der Fakrikant, der bei einer allgemeinen Lohnsteigerung zu einer Maschine seine Zuflucht nehmen kann, welche die Produktionskosten seines Gutes nicht vermehren wird, besondere Vorzüge genießen, wenn er denselben Preis für seine Waren weiter fordern könnte; doch würde er, wie wir bereits gesehen haben, genötigt werden, den

[1]) Wir sehen hier, warum alte Länder beständig nach Anwendung von Maschinen, und junge nach Anwendung von Arbeit streben. Mit jeder weiteren Erschwerung bei der Beschaffung des menschlichen Lebensunterhaltes steigt die Arbeit notwendigerweise im Preise, und mit jedem Steigen des Arbeitspreises werden neue Versuchungen für den Gebrauch von Maschinen geboten. Diese Schwierigkeit in bezug auf die Beschaffung des menschlichen Lebensunterhaltes ist in alten Ländern ständig wirksam, wogegen in neuen eine sehr erhebliche Zunahme der Bevölkerung ohne die geringste Steigerung der Arbeitslöhne erfolgen kann. Es kann ebenso leicht sein, für die siebente, achte und neunte Million Menschen zu sorgen, als für die zweite, dritte und vierte.

Preis seiner Güter herabzusetzen, oder Kapital würde so lange in sein Gewerbe strömen, bis sein Profit auf das allgemeine Niveau gesunken wäre. Darin also liegt die Wohltat des Maschinenwesens für die Allgemeinheit: diese stummen Kräfte sind stets das Produkt von weit weniger Arbeit, als die, welche sie ersetzen, selbst wenn sie den gleichen Geldwert haben. Durch ihren Einfluß werden weniger Personen von einer Steigerung der Lebensmittelpreise, welche die Löhne in die Höhe treibt, betroffen; es werden, wie in dem obigen Beispiele, statt 100 Mann bloß 85 reichen, und die daraus folgende Ersparnis kommt in dem herabgesetzten Preise des fabrizierten Gutes zum Ausdruck. Weder Maschinen noch die durch sie produzierten Güter steigen im wirklichen Werte, sondern alle Güter, die mit Hilfe von Maschinen hergestellt sind, fallen, und zwar im Verhältnis zu deren Dauerhaftigkeit.

Man wird daher auf den frühen Stufen der Gesellschaft, ehe viel Maschinen oder dauerhaftes Kapital benutzt wurde, finden, daß die durch gleiche Kapitalien erzeugten Güter nahezu von gleichem Werte zu sein und im Vergleich miteinander nur infolge der größeren oder geringeren Arbeitsmenge, die zu ihrer Produktion erforderlich ist, zu steigen oder zu sinken pflegen. Aber nach der Einführung dieser kostspieligen und dauerhaften Werkzeuge werden die durch Verwendung gleicher Kapitalien produzierten Güter sehr ungleich im Werte sein; und obwohl sie immer noch im Verhältnis zueinander einem Steigen oder Sinken, je nach der für ihre Herstellung notwendig werdenden größeren oder geringeren Arbeitsmenge, unterliegen werden, so werden sie doch noch einer weiteren, wenn auch unerheblicheren, Veränderung infolge des Steigens oder Sinkens der Löhne und Profite unterworfen sein. Da Waren, welche für 5000 £ verkauft werden, das Produkt eines Kapitals sein können, das seinem Betrage nach gleich ist dem, von welchem andere Waren produziert

werden, die zu einem Preise von 10000 £ verkauft werden, so werden die bei ihrer Herstellung erzielten Profite dieselben sein. Doch würden jene Profite sich ungleich gestalten, wenn die Preise der Waren sich nicht mit einem Steigen oder Sinken der Profitrate veränderten.

Zudem zeigt es sich, daß, je nach der Dauerhaftigkeit des in irgendeinem Produktionszweige angewandten Kapitals, die relativen Preise solcher Güter, auf welche ein derartig dauerhaftes Kapital verwendet wird, sich umgekehrt wie die Arbeitslöhne verändern werden. Sie werden sinken, je nachdem die Löhne steigen, und steigen, je nachdem die Löhne sinken; und umgekehrt werden solche Güter, die hauptsächlich durch Arbeit und mit weniger stehendem Kapital, oder mit stehendem Kapital von geringerer Dauerhaftigkeit als das Maßgut, nach welchem man die Preise schätzt, produziert werden, steigen, je nachdem die Löhne steigen, und sinken, je nachdem die Löhne sinken.

Abschnitt 6.

Über einen unveränderlichen Wertmaßstab.

Wenn Güter sich im relativen Werte änderten, würde es wünschenswert sein, die Mittel zu besitzen, um zu bestimmen, welche von ihnen im wirklichen Werte sänken, und welche stiegen, und das könnte nur dadurch geschehen, daß man sie nacheinander mit irgendeinem unveränderlichen Normalwertmaßstab vergliche, der jedoch selbst dauernden, andere Güter beeinflussenden Schwankungen unterworfen sein dürfte. Einen solchen Maßstab können wir uns unmöglich verschaffen, weil kein einziges Gut vorhanden ist, das nicht selbst den nämlichen Veränderungen wie diejenigen Dinge unterliegt, deren Wert wir bestimmen wollen. Mit anderen Worten, es gibt kein Gut, das zu seiner Produktion nicht mehr oder weniger Arbeit beanspruchte. Aber

selbst, wenn diese Veränderungsursache im Werte eines Maßgutes beseitigt werden könnte, wenn es möglich wäre, daß bei der Produktion unseres Geldes z. B. zu allen Zeiten ein und dieselbe Arbeitsmenge erforderlich wäre, so würde es noch immer kein vollendetes Normalmaß, kein unveränderlicher Wertmaßstab sein, weil es, wie ich bereits auseinanderzusetzen suchte, relativen Veränderungen infolge des Steigens oder Sinkens der Löhne unterworfen sein würde, wegen der verschiedenen Anteile stehenden Kapitals, das zu seiner eigenen sowie auch zur Produktion jener anderen Güter erforderlich werden möchte, deren Wertveränderung wir festzustellen wünschen. Es könnte aus demselben Grunde noch wegen der verschiedenen Grade von Dauerhaftigkeit des stehenden Kapitals, das auf es selbst und die mit ihm zu vergleichenden Güter verwendet wurde, Veränderungen unterworfen sein — oder die Zeit, welche, um das eine auf den Markt zu bringen, nötig ist, könnte länger oder kürzer ausfallen, als die Zeit, die nötig ist, um die anderen Güter auf den Markt zu bringen, deren Veränderungen zu bestimmen wären. Alle diese Umstände machen jedes Gut, das man etwa für einen vollkommen genauen Wertmaßstab halten könnte, hierzu ungeeignet.

Wenn wir z. B. das Gold als Normalmaß festsetzen sollten, so würde es doch offenbar nur ein Gut sein, das unter denselben Zufälligkeiten, wie irgendein anderes, gewonnen wurde, und das zu seiner Produktion Arbeit und stehendes Kapital benötigte. Wie bei jedem anderen Gute, könnten auch bei seiner Produktion Verbesserungen zwecks Arbeitsersparnis vorgenommen werden, weshalb es im relativen Werte anderen Dingen gegenüber schon wegen größerer Produktionserleichterung sinken könnte.

Wenn wir annehmen, daß diese Veränderungsursache beseitigt, und stets dieselbe Arbeitsmenge benötigt wäre, um dieselbe Menge Gold zu erhalten, so würde Gold

doch noch immer kein vollkommener Wertmaßstab sein, mit dessen Hilfe wir die Wertveränderungen aller übrigen Dinge genau bestimmen könnten, weil es weder mit genau denselben Zusammensetzungen stehenden und umlaufenden Kapitals, wie alle übrigen Dinge, erzeugt werden würde, noch mit stehendem Kapitale von derselben Dauerhaftigkeit; noch würde es genau dieselbe Zeit in Anspruch nehmen, ehe es auf den Markt gebracht werden könnte. Es würde ein vollkommener Wertmaßstab für alle diejenigen Dinge sein, die unter genau denselben Umständen, wie es selbst, produziert wurden; nicht aber für andere. Wenn es z. B. unter denselben Umständen, die, wie wir angenommen haben, notwendig sind, um Tuch und Baumwollenzeug herzustellen, produziert worden wäre, so würde es allerdings ein vollendeter Wertmaßstab für jene Dinge sein; aber nicht so für Getreide, Kohlen und andere Güter, die entweder mit einem kleineren oder mit einem größeren Anteil stehenden Kapitals erzeugt wurden, weil, wie wir gezeigt haben, jede Veränderung der ständigen Profitrate eine Wirkung auf den relativen Wert aller dieser Güter ausüben würde, unabhängig von irgendeiner Veränderung in der zu ihrer Produktion angewandten Arbeitsmenge. Aus denselben Gründen würde Gold, wenn es unter denselben Umständen wie Getreide produziert worden wäre, ja, selbst wenn sich diese niemals änderten, kein vollkommener Wertmaßstab für Tuch und Baumwollenzeug zu allen Zeiten sein. Es kann daher weder Gold noch irgendein anderes Gut jemals einen vollendeten Wertmaßstab für alle Dinge bilden. Allein, ich habe bereits bemerkt, daß die von einer Veränderung des Profits herrührende Wirkung auf die relativen Preise der Dinge verhältnismäßig gering ist; daß bei weitem die wichtigsten Wirkungen durch die wechselnden Arbeitsmengen hervorgerufen werden, die für die Produktion benötigt werden. Wenn wir daher annehmen, daß diese wichtige Ur-

sache der Veränderung von der Goldproduktion entfernt sei, so werden wir wahrscheinlich eine so große Annäherung an einen festen Normalwertmaßstab erreichen, als sie theoretisch ersonnen werden kann. Kann man Gold nicht als ein Gut betrachten, welches mit solchen Anteilen der beiden Kapitalsarten produziert wird, daß sie der zur Erzeugung der meisten Güter angewandten Durchschnittsmenge am nächsten kommen? Können diese Anteile nicht so nahezu gleich weit von den beiden Extremen, dem einen, wo wenig stehendes Kapital, dem anderen, wo wenig Arbeit benötigt wird, entfernt sein, daß sie gerade die Mitte zwischen ihnen bilden?

Wenn ich also annehmen kann, ein Normalmaß zu besitzen, das sich einem unveränderlichen so weit nähert, so liegt der Vorteil darin, daß ich dadurch von den Veränderungen anderer Dinge sprechen darf, ohne mich bei jeder Gelegenheit durch die Betrachtung der etwaigen Wertveränderung des Maßgutes, nach welchem Preis und Wert geschätzt werden, verwirren zu lassen.

Um also den Gegenstand dieser Untersuchung zu vereinfachen, werde ich das Geld, obschon ich vollkommen zugebe, daß das aus Gold hergestellte Geld den meisten Veränderungen der anderen Dinge unterworfen ist, als unveränderlich annehmen und infolgedessen alle Preisveränderungen als durch irgendwelche Veränderung im Werte desjenigen Gutes verursacht betrachten, von welchen ich gerade spreche.

Ehe ich diesen Gegenstand verlasse, mag es zu bemerken angebracht sein, daß Adam Smith und all die Schriftsteller, die ihm gefolgt sind, soviel ich weiß, ausnahmslos behauptet haben, ein Steigen des Arbeitspreises würde gleichmäßig ein Steigen der Preise aller Güter zur Folge haben. Ich hoffe zur Genüge bewiesen zu haben, daß für eine derartige Ansicht keine Gründe vorhanden sind, und daß nur jene Güter steigen würden, auf die weniger stehendes Kapital

verwandt worden wäre als auf das Maßgut, nach welchem der Preis geschätzt wurde, und daß alle diejenigen, auf die mehr verwandt wäre, bei steigenden Löhnen im Preise wirklich sinken würden. Dagegen würden, wenn der Lohn fiele, nur solche Güter sinken, auf die ein geringeres Verhältnis stehenden Kapitals verwandt worden wäre, als auf das Maßgut, nach welchem der Preis geschätzt wurde, während alle diejenigen, auf die mehr verwandt wäre, tatsächlich im Preise steigen würden.

Auch muß ich unbedingt noch bemerken, daß ich nicht gesagt habe, daß, weil auf ein Gut Arbeit verwandt worden ist, die 1000 £, und auf ein anderes Arbeit, die 2000 £ kostet, darum nun das eine 1000 £, das andere 2000 £ wert sein würde. Wohl aber habe ich gesagt, daß sich ihr beiderseitiger Wert wie 2 : 1 verhalten wird, und daß man sie in diesen Verhältnissen auszutauschen pflegt. Für die Wahrheit dieser Lehre ist es von keiner Bedeutung, ob das eine von diesen Gütern nun für 1100 £, und das andere für 2200 £ verkauft wird, oder das eine für 1500 £, und das andere für 3000 £. Diese Frage erörtere ich gegenwärtig nicht. Ich betone nur, daß sich ihre relativen Werte nach den relativen Arbeitsmengen richten werden, die zu ihrer Produktion verwandt wurden.[1])

[1]) Herr Malthus bemerkt in bezug auf diese Lehre: „Wir haben allerdings die Macht, willkürlich diejenige Arbeit, welche auf ein Gut verwandt worden ist, seinen wirklichen Wert zu nennen. Aber wenn wir das tun, gebrauchen wir Worte in einem anderen Sinne, als man es gewöhnlich tut. Wir verwirren dadurch sofort die äußerst wichtige Unterscheidung zwischen *Kosten* und *Wert* und machen es fast unmöglich, den hauptsächlichste Ansporn zur Erzeugung von Reichtum deutlich zu erklären; was in der Tat von dieser Unterscheidung abhängt.“ Herr Malthus scheint zu glauben, daß es ein Teil meiner Lehre ist, daß die Kosten und der Wert eines Dinges dasselbe wären. Das ist der Fall, wenn er unter Kosten „Produktionskosten“, einschließlich des Profits, versteht. In den obigen Zeilen meint er das aber nicht, und deshalb hat er mich nicht klar verstanden.

Abschnitt 7.

Verschiedene Wirkungen infolge der Veränderung im Werte des Geldes, d. h. des Maßgutes, in welchem der *Preis* stets ausgedrückt wird, oder infolge der Veränderung im Werte der Güter, welche man mit Geld erstehen kann.

Obschon ich, wie bereits bemerkt, noch Gelegenheit haben werde, das Geld als in seinem Werte unveränderlich zu betrachten, um die Ursachen der relativen Veränderungen im Werte anderer Dinge genauer zu bestimmen, so kann es nützlich sein, die verschiedenen Wirkungen zu erwähnen, welche sich daraus ergeben werden, daß aus den schon erwähnten Ursachen, nämlich den verschiedenen Arbeitsmengen, die nötig sind, um sie zu erzeugen, sowie dem Umstand, das sie durch eine Veränderung in dem Geldwert selbst verändert werden, die Warenpreise verändert werden.

Da das Geld ein veränderliches Gut ist, so wird das Steigen des Geldlohnes häufig durch ein Sinken des Geldwertes veranlaßt. Ein Steigen der Arbeitslöhne aus diesem Grunde wird in der Tat unabänderlich von einem Steigen der Güterpreise begleitet sein. Doch wird man in solchen Fällen stets finden, daß sich Arbeit und alle Güter nicht in Beziehung zueinander geändert haben, sondern daß sich die Veränderung allein auf das Geld beschränkt hat.

Das Geld ist unaufhörlichen Veränderungen unterworfen, weil es ein Gut ist, welches man aus einem fremden Lande bezieht, weil es das allgemeine Tauschmittel aller zivilisierten Länder bildet; und weil es unter jene Länder in Verhältnissen verteilt ist, die sämtlich mit jeder Verbesserung im Handel und Maschinenwesen, sowie mit jeder weiteren Schwierigkeit bei der Beschaffung von Nahrung und Bedarfsmitteln für eine wachsende Bevölkerung beständig wechseln. Wenn wir daher die Grund-

sätze, welche Tauschwert und Preis regeln, feststellen wollen, sollten wir sorgfältig zwischen jenen Veränderungen unterscheiden, die dem Gute selbst eigentümlich sind, und jenen, die durch eine Veränderung in dem Maßgut, in dem der Wert geschätzt oder der Preis ausgedrückt wird, verursacht werden.

Ein Steigen der Löhne infolge einer Veränderung in dem Werte des Geldes übt eine allgemeine Wirkung auf den Preis aus und hat aus jenem Grunde auf Profite überhaupt keinen wirklichen Einfluß. Dagegen bewirkt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine Lohnsteigerung infolge des Umstandes, daß der Arbeiter reichlicher belohnt wird, oder einer Schwierigkeit, die Bedürfnisse zu befriedigen, für welche der Lohn verausgabt wird, keine Preiserhöhung, sondern eine fühlbare Profitverminderung. In dem einen Falle wird kein größerer Teil der jährlichen Arbeit des Landes dem Unterhalte der Arbeiter gewidmet; in dem anderen Falle wird ein größerer Teil dem gewidmet.

Nach der Verteilung des Gesamtertrages vom Grund und Boden irgendeines beliebigen Landgutes unter die drei Klassen der Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter haben wir das Steigen oder Sinken von Rente, Profit und Lohn zu beurteilen und nicht nach dem Werte, zu welchem sich jener Ertrag in einem Maßgute, das zweifellos veränderlich ist, schätzen läßt.

Nicht nach dem absoluten Ertragsquantum, das jede Klasse erlangt, können wir die einzelne Rate von Profit, Rente und Lohn richtig beurteilen, sondern nach der Arbeitsmenge, welche zur Erzeugung jenes Ertrages erforderlich ist. Durch Maschinen- und Bodenkulturverbesserungen kann sich der Gesamtertrag verdoppeln; wenn sich aber Lohn, Rente und Profit auch verdoppeln, so werden diese drei dieselben Verhältnisse untereinander zeigen wie vordem, und man könnte von keinem sagen, es hätte sich verhältnis-

mäßig verändert. Wenn der Lohn jedoch nicht an dem Gesamtzuwachse teilnähme, wenn er, anstatt verdoppelt zu werden, nur um die Hälfte zugenommen hätte; wenn die Rente, anstatt verdoppelt zu werden, nur um $^3/_4$ zugenommen hätte, und der übrig bleibende Zuwachs käme zum Profit, dann würde es, glaube ich, für mich korrekt sein, zu sagen, daß Rente und Lohn gesunken, der Profit aber gestiegen wäre. Denn besäßen wir nun ein unveränderliches Normalmaß, mit dem wir den Wert dieses Ertrages messen könnten, so würden wir finden, daß ein geringerer Wert der Klasse der Arbeiter und Grundbesitzer zugefallen wäre, und ein größerer, als vorher gegeben worden war, der Klasse der Kapitalisten. Wir könnten z. B. finden, daß, obwohl die absolute Menge von Gütern verdoppelt worden wäre, sie das Produkt von genau der früheren Menge von Arbeit wären. Wenn von je 100 produzierten Hüten, Röcken und Quarter Getreide

	die Arbeiter vorher	25
	die Grundbesitzer	25
und	die Kapitalisten	50
	zusammen	100 erhalten hätten;

und wenn, nachdem sich diese Güter an Menge verdoppelt, von je 100:

	die Arbeiter	nur	22
	die Grundbesitzer	„	22
und	die Kapitalisten		56
	zusammen		100 bekämen,

dann würde ich in jenem Falle sagen, daß Lohn und Rente gesunken, der Profit aber gestiegen wäre, obgleich sich infolge der Fülle von Gütern die Menge, die dem Arbeiter und dem Grundbesitzer bezahlt würde, vermehrt haben würde im Verhältnis von 25 : 44. Lohn ist nach seinem wirklichen Werte, d. h. nach der Menge von Arbeit und Kapital zu veranschlagen,

die zu seiner Erzeugung angewandt wurde, und nicht nach seinem nominellen Werte, entweder in Röcken, Hüten, Geld oder Getreide. Unter den Umständen, die ich eben vorausgesetzt habe, würden die Güter auf die Hälfte ihres früheren Wertes, und falls sich das Geld nicht im Werte verändert hätte, auch auf die Hälfte ihres früheren Preises gesunken sein. Wenn man also nach diesem Maßgute, das sich im Werte nicht verändert hätte, finden sollte, daß der Lohn des Arbeiters gefallen wäre, so würde dies noch nicht im geringsten ein wirkliches Sinken bedeuten, weil er ihm eine größere Menge von billigen Gütern, als sein früherer Lohn, verschaffen könnte.

Mag die Veränderung im Geldwerte auch noch so groß sein, so macht sie doch noch keine Differenz in der Profit*rate* aus. Denn nehmen wir an, die Waren des Fabrikanten steigen von 1000 £ auf 2000 £ oder um 100 %, so wird seine Profitrate dieselbe bleiben, wenn sein Kapital, auf welches die Veränderungen des Geldwertes ebenso sehr einwirken, wie auf den Wert des Produktes, wenn seine Maschinen, Gebäude und sein Warenvorrat auch um 100 % steigen, und er wird vom Ertrage der Arbeit des Landes dasselbe Quantum und nicht mehr zu seiner Verfügung haben.

Wenn er mit einem Kapital von bestimmtem Werte die Produktionsmenge durch Arbeitsersparnis verdoppeln kann, und diese auf die Hälfte ihres früheren Preises herabgeht, so wird sie im selben Verhältnis zum Kapitale, das sie hervorbrachte, wie zuvor stehen, und folglich wird der Profit noch auf gleicher Höhe sein.

Sinkt der Geldwert zur selben Zeit, wo er das Produktionsquantum durch Anwendung des nämlichen Kapitals verdoppelt, infolge irgendeines zufälligen Ereignisses um die Hälfte, so wird das Produkt für den doppelten Geldwert als vorher verkauft. Aber das zu seiner Erzeugung angewandte Kapital wird ebenfalls den doppelten Geldwert wie

früher haben; und darum wird auch in diesem Falle der Wert des Erzeugnisses im selben Verhältnis wie vorher zum Werte des Kapitals stehen; und obschon der Ertrag verdoppelt ist, werden Rente, Lohn und Profit sich nur ändern, je nachdem sich die Verhältnisse ändern, nach denen dieser doppelte Ertrag unter die daran partizipierenden drei Klassen verteilt werden mag.

Kapitel II.

Über die Rente.

Es bleibt uns indessen zu betrachten übrig, ob die Aneignung von Grund und Boden, sowie die daraus folgende Entstehung der Rente, in dem relativen Werte der Güter irgendeine Veränderung erzeugen wird, die von der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeitsmenge unabhängig ist. Um diese Seite des Gegenstandes zu verstehen, müssen wir die Natur der Rente und die Gesetze untersuchen, welche ihr Steigen oder Sinken bestimmen.

Die Rente ist der Teil vom Ertrage der Erde, welcher dem Grundbesitzer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird. Sie wird jedoch oft mit dem Zins und Kapitalprofit verwechselt und in populärer Ausdrucksweise wird die Bezeichnung auf das angewendet, was von dem Landwirt überhaupt alljährlich an seinen Grundbesitzer bezahlt wird. Wenn das eine von zwei angrenzenden Landgütern von gleicher Größe und von derselben natürlichen Fruchtbarkeit alle Annehmlichkeiten von Wirtschaftsgebäuden hätte und außerdem entsprechend drainiert, gedüngt und vorteilhaft durch

Hecken, Zäune und Wälle eingeteilt wäre, während das andere keinen von diesen Vorteilen besäße, so würde man natürlich für die Benutzung des einen eine größere Vergütung als für die des anderen bezahlen; dennoch nennte man diese Vergütung in beiden Fällen Rente. Doch ist es offenbar, daß man nur einen Teil des Geldes, welches für das im besseren Zustande befindliche Landgut alljährlich bezahlt werden müßte, für die ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens entrichten würde; der andere Teil würde für die Benutzung desjenigen Kapitals bezahlt, das zur Verbesserung der Bodenqualität und zur Errichtung solcher Gebäude, die nötig wären, um den Ertrag zu sichern und zu bewahren, verwandt worden wäre. Adam Smith spricht von Rente bisweilen in dem strengen Sinne, auf welchen ich sie gerne beschränkt haben möchte, weit öfter jedoch im populären Sinne, in dem man das Wort gewöhnlich gebraucht. Er berichtet uns, daß die Nachfrage nach Bauholz und sein daraus folgender hoher Preis in den südlicheren Ländern Europas bewirkte, daß eine Rente für die Wälder in Norwegen bezahlt werden mußte, die früher keine Rente abwerfen konnten. Ist es indes nicht klar, daß die Person, die das, was er so Rente nennt, zahlte, es in Anbetracht des wertvollen Gutes zahlte, das damals auf dem Boden stand, und daß sie sich in Wirklichkeit durch den Verkauf des Bauholzes mit einem Profite wieder bezahlte? Wenn dem Grundbesitzer nach Fortschaffung des Holzes in der Tat noch irgendeine Entschädigung bezahlt worden sein sollte für die Benutzung des Bodens zu dem Zwecke, Holz anzupflanzen oder irgendein anderes Produkt, mit einer Aussicht auf künftige Nachfrage, dann könnte man mit Recht jene Entschädigung Rente nennen, weil sie für die produktiven Kräfte des Bodens bezahlt würde. Aber in dem von Adam Smith festgestellten Falle wurde die Vergütung für das Recht, das Holz fortzuschaffen und zu verkaufen, bezahlt, und nicht für

das Recht, es anzupflanzen. Er spricht auch von der Rente von Kohlengruben und Steinbrüchen, auf welche dieselbe Bemerkung paßt, daß die für die Grube oder den Steinbruch gegebene Entschädigung für den Wert der Kohle und des Steines bezahlt wird, welcher aus ihnen fortgeschafft werden kann, und keine Beziehung zu den ursprünglichen und unzerstörbaren Kräften des Bodens hat. Das ist eine Unterscheidung von großer Wichtigkeit bei einer Untersuchung über Rente und Profit; denn es hat sich herausgestellt, daß die Gesetze welche die Entwicklung der Rente regeln, von jenen, die die Profitentwicklung regeln, weit verschieden sind und selten in derselben Richtung wirken. In allen fortgeschrittenen Ländern bleibt das, was alljährlich dem Grundbesitzer bezahlt wird, da es an beiden Erscheinungen, Rente und Profit, teilhat, infolge der Wirkungen entgegengesetzter Ursachen bisweilen stationär. Zu anderen Zeiten schreitet es, je nachdem die eine oder die andere dieser Ursachen überwiegt, vor oder weicht zurück. So oft ich also in den folgenden Seiten von der Grundrente spreche, wünsche ich so verstanden werden, als spreche ich von jener Entschädigung, welche dem Grundbesitzer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird.

Bei der ersten Besiedlung eines Landes, wo es eine Fülle von reichem und fruchtbarem Boden gibt, von dem nur ein sehr geringer Teil für den Unterhalt der vorhandenen Bevölkerung bebaut zu werden braucht, oder mit dem der Bevölkerung zur Verfügung stehendem Kapitale tatsächlich bebaut werden kann, wird es keine Rente geben. Denn niemand würde etwas für die Benutzung des Bodens bezahlen, wenn eine große Fülle noch nicht angeeignet, und infolgedessen zur Verfügung eines jeden wäre, der ihn bebauen möchte.

Nach den gewöhnlichen Grundsätzen von Angebot und Nachfrage könnte man für solchen Boden keine Rente be-

zahlen, aus dem festgestellten Grunde, weil nichts gegeben wird für die Benutzung von Luft und Wasser oder für eine andere der Gaben der Natur, die in grenzenloser Menge vorhanden sind. Maschinen können mit einer gegebenen Menge von Materialien und mit Hilfe des Atmosphärendruckes und der Spannkraft des Dampfes Arbeit leisten und menschliche Arbeit in sehr erheblichem Maße abkürzen; aber durch die Benutzung dieser natürlichen Hilfsmittel entstehen keine Kosten, weil sie unerschöpflich sind und zu jedermanns Verfügung stehen. Auf dieselbe Weise gebraucht der Brauer, Brenner oder Färber unausgesetzt Luft und Wasser für die Erzeugung seiner Güter. Da aber der Vorrat davon unbegrenzt ist, haben sie keinen Preis.[1]) Wenn jeder Boden dieselben Eigenschaften besäße, wenn er an Menge unbegrenzt und an Güte gleich wäre, dann könnte für seine Benutzung nichts gefordert werden, außer, wo er besondere Vorteile der Lage besäße. Also nur weil der Boden an Menge nicht unbegrenzt und an Qualität nicht gleich ist, und weil bei der Zunahme der Bevölkerung Boden von geringerer Qualität oder weniger vorteilhafter Lage in Anbau genommen wird, wird für seine Benutzung jemals eine Rente bezahlt.

---

[1]) „Wie wir bereits gesehen haben, ist die Erde nicht die einzige Naturkraft, welche eine produktive Kraft hat. Wohl aber ist sie die einzige, oder nahezu die einzige, welche sich eine bestimmte Klasse von Menschen mit Ausschluß aller anderen aneignet, und deren Nutzen sie infolgedessen sich aneignen können. Das Wasser der Flüsse und Seen hat auch eine produktive Kraft durch die Fähigkeit, die sie besitzen, Bewegung unseren Maschinen zu verleihen, unsere Boote zu treiben, unsere Fische zu ernähren; der Wind, der unsere Mühlen in Bewegung setzt, und selbst die Sonnenwärme arbeitet für uns. Aber glücklicherweise konnte bisher noch niemand sagen, „der Wind und die Sonne gehören mir, und der Dienst, den sie leisten, muß bezahlt werden." — J. B. Say, Économie Politique, Bd. II, S. 124.

Wenn bei dem Fortschritt der Gesellschaft Boden von Fruchtbarkeit zweiten Grades bebaut wird, entsteht auf dem erstklassigen sofort eine Rente, deren Betrag von der Differenz der Qualität dieser beiden Bodenarten abhängen wird.

Wird Boden der dritten Qualität in Anbau genommen, so beginnt Rente sofort auf dem zweiten, und wird wie vorher reguliert durch die Differenz in ihren produktiven Kräften. Gleichzeitig wird auch die Rente der ersten Qualität steigen, denn sie muß infolge des Unterschiedes des Ertrages, den sie mit einem bestimmten Quantum an Kapital und Arbeit liefern, stets mehr als die der zweiten ausmachen Bei jeder weiteren Bevölkerungszunahme, welche ein Land zwingen muß, zu Boden von schlechterer Qualität seine Zuflucht zu nehmen, um es in den Stand zu setzen, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken, wird die Rente auf all dem fruchtbareren Boden steigen.

Nehmen wir also an, Boden Nr. 1, 2 und 3 bringe bei gleicher Verwendung von Kapital und Arbeit einen Reinertrag von 100, 90 und 80 Quarter Getreide. Dann wird in einem jungen Lande, wo fruchtbarer Boden im Vergleich zur Bevölkerung reichlich vorhanden ist, und wo infolgedessen nur Nr. 1 bebaut zu werden braucht, der ganze Reinertrag dem Landwirte gehören und wird der Profit des Kapitals sein, das er anlegt. Sobald aber die Bevölkerung derartig zugenommen hatte, daß auch Boden Nr. 2, von dem nach Abzug des Unterhaltes für die Arbeiter nur 90 Quarter geerntet werden können, bebaut werden muß, würde auf Nr. 1 eine Rente entstehen. Denn entweder muß es jetzt zwei Profitraten vom landwirtschaftlichen Kapitale geben, oder es müssen 10 Quarter, oder deren Wert, für irgendeinen anderen Zweck von dem auf Nr. 1 erzielten Ertrage in Abzug gebracht werden. Mag der Grundeigentümer oder irgend jemand anders Nr. 1 bebauen, jene 10 Quarter würden doch immer eine Rente bilden; denn der Landwirt von Nr. 2 würde

mit seinem Kapitale dasselbe Resultat erzielen, ob er nun Nr. 1 bebaute und 10 Quarter Rente zahlte, oder ob er Nr. 2 noch weiter bebaute, ohne Rente zu entrichten. In gleicher Weise ließe sich zeigen, daß, wenn Nr. 3 in Anbau gebracht wird, die Rente von Nr. 2 10 Quarter oder deren Wert betragen müßte, während die Rente von Nr. 1 auf 20 Quarter steigen würde. Denn der Landwirt von Nr 3. würde denselben Profit beziehen, gleichgültig, ob er nun 20 Quarter Rente von Nr. 1, oder 10 Quarter von Nr. 2 zahlte, oder aber ob er Nr. 3 frei von aller Rente bebaute.

Es tritt oft und tatsächlich auch allgemein ein, daß, ehe man Klasse 2, 3, 4 oder 5, oder die schlechteren Böden anbaut, Kapital produktiver verwendet werden kann auf jene Böden, die bereits in Anbau genommen sind. Vielleicht kann man finden, daß sich der Ertrag durch Verdoppelung des ursprünglich in Boden Nr. 1 gesteckten Kapitals, wenn auch nicht gerade verdoppeln oder um 100 Quarter vermehren, so doch immerhin um 85 Quarter steigern läßt, und daß diese Menge noch diejenige überschreitet, die erlangt werden könnte, wenn man dasselbe Kapital auf Boden Nr. 3 verwendet.

In dem Falle pflegt man das Kapital lieber dem alten Boden zuzuwenden, und es wird gleichfalls eine Rente schaffen; denn Rente ist stets der Ertragsunterschied, welcher sich aus der Anwendung zweier gleicher Mengen an Kapital und Arbeit ergibt. Wenn ein Pächter mit einem Kapitale von 1000 £ von seinem Boden 100 Quarter Weizen und durch Verwendung eines zweiten Kapitals von 1000 £ einen weiteren Ertrag von 85 Quarter ernten würde, dann würde sein Grundeigentümer die Macht haben, beim Erlöschen seiner Pacht ihn zu verpflichten, 15 Quarter oder einen gleichen Wert als Zusatzpacht zu zahlen; denn es kann nicht zwei Profitraten geben. Gibt sich jener mit einer Verminderung von 15 Quarter im Ertrage seiner zweiten 1000 £ zufrieden, so tut er das

nur, weil sich keine vorteilhaftere Verwendung dafür findet. Die allgemeine Profitrate würde in jenem Verhältnis sein, und wenn sich der ursprüngliche Pächter weigerte, würde sich bald eine andere Person finden, die willig wäre, alles das, was über jene Profitrate hinausging, dem Besitzer des Bodens, von welchem er sie ableitete, zu geben.

In diesem Falle sowohl als in dem anderen zahlt das zuletzt verwendete Kapital keine Rente. Für die größeren produktiven Kräfte der ersten 1000 £ werden 15 Quarter als Rente bezahlt, für die Verwendung der zweiten 1000 £ aber überhaupt keine Rente. Würde nun noch ein drittes Kapital von 1000 £, mit einem Ertrag von 75 Quarter auf den selben Boden verwendet werden, so wird für die zweiten 1000 £ eine Rente bezahlt werden, und diese gleich dem Unterschiede zwischen dem Ertrage dieser beiden, oder 10 Quarter sein; und gleichzeitig wird die Rente der ersten 1000 £ von 15 auf 25 Quarter steigen, während die letzten 1000 £ überhaupt keine Rente bezahlen werden.

Wenn also guter Boden in einem viel reichlicheren Maße existierte, als die Produktion von Nahrung für eine wachsende Bevölkerung forderte, oder wenn man Kapital ohne Ertragsverminderung unaufhörlich auf dem alten Boden verwenden könnte, dann könnte es kein Steigen der Rente geben. Denn die Rente geht unveränderlich aus der Verwendung einer Zusatzmenge von Arbeit bei verhältnismäßig geringerem Ertrage hervor.

Der fruchtbarste und am günstigsten gelegene Boden wird zuerst bebaut zu werden, und der Tauschwert seines Erzeugnisses wird in der gleichen Weise bestimmt werden, wie der Tauschwert aller anderen Güter, durch die gesamte Arbeitsmenge, die in verschiedenen Formen von Anfang bis zu Ende benötigt wurde, um es zu erzeugen und auf den Markt zu bringen. Wird Boden von geringerer Qualität in Anbau genommen, so wird der Tauschwert des Roh-

erzeugnisses steigen, weil zu seiner Produktion mehr Arbeit erforderlich ist.

Der Tauschwert aller Güter, ob sie nun fabriziert werden, oder die Ausbeute von Bergwerken, oder der Ertrag des Bodens sind, wird nicht durch die geringere Arbeitsmenge bestimmt, welche zu ihrer Erzeugung bei besonders günstigen Umständen ausreichen wird, die ausschließlich von denjenigen genossen werden, die sich besonderer Produktionserleichterungen erfreuen; sondern durch die größere Arbeitsmenge, welche zu ihrer Erzeugung notwendig von denen angewandt wird, die solche Erleichterungen nicht haben; durch diejenigen, die sie fortwährend unter den ungünstigsten Umständen produzieren, d. h. unter den ungünstigsten Umständen, unter denen die Produktion in Anbetracht der erforderlichen Ertragsmenge noch fortgeführt werden muß.

So werden bei einer milden Stiftung, wo die Armen mit einem von Wohltätern gewidmeten Fonds beschäftigt werden, die allgemeinen Preise der Güter, die das Produkt solcher Arbeit sind, nicht durch die besonderen Erleichterungen bestimmt, die diesen Arbeitern gewährt werden, sondern durch die gewöhnlichen, durchschnittlichen und natürlichen Schwierigkeiten, mit denen jeder andere Fabrikant zu kämpfen haben wird. Der Fabrikant der sich keiner dieser Erleichterungen erfreut, könnte in der Tat gänzlich vom Markte verdrängt werden, wenn das Angebot, das durch diese begünstigten Arbeiter gemacht wird, all den Bedürfnissen der Gesamtheit gleich wäre. Führte er aber das Gewerbe fort, so würde es nur unter der Bedingung sein, daß er aus ihm die übliche und allgemeine Rate von Kapitalsprofit beziehen würde; und das könnte nur geschehen, wenn sich sein Gut zu einem Preise verkaufte, welcher im Verhältnis zu der auf seine Produktion verwandten Arbeitsmenge stände. [1])

[1]) Hat nicht Herr Say in der folgenden Stelle vergessen, daß es gerade die Produktionskosten sind, die letzthin den Preis

Es ist wahr, daß auf dem besten Boden derselbe Ertrag noch erlangt werden würde mit derselben Arbeit wie zuvor, aber sein Wert würde infolge der geringen Erträge erhöht worden sein, die von jenen Personen erzielt werden, welche neue Arbeit und neues Kapital auf dem weniger fruchtbaren Boden verwendeten. Trotzdem also die Vorteile von fruchtbaren über geringere Böden in keinem Falle verloren sind, sondern nur vom Landwirt oder vom Konsumenten auf den Grundbesitzer übergegangen sind, so wird doch, weil auf den geringeren Böden mehr Arbeit erforderlich ist, und weil wir nur von

bestimmen? „Das Produkt der auf den Boden verwandten Arbeit hat diese besondere Eigentümlichkeit, daß es bei zunehmender Seltenheit nicht teurer wird, weil die Bevölkerung sich immer zu derselben Zeit vermindert, wie die Nahrungsmittel abnehmen, und folglich die begehrte Menge dieser Produkte sich zu derselben Zeit vermindert, wie die angebotene Menge. Außerdem ist nicht zu beobachten, daß Getreide an jenen Plätzen, wo es eine Menge von unbebautem Boden gibt, teurer ist, als in vollständig kultivierten Ländern. England und Frankreich waren im Mittelalter weit unvollkommener angebaut, als jetzt, und lieferten viel weniger Bodenprodukte. Nichtsdestoweniger wurde Getreide, soweit wir dies durch Vergleich mit dem Werte anderer Dinge feststellen können, damals nicht teurer verkauft. War der Ertrag geringer, so war es auch die Bevölkerung; die Schwäche der Nachfrage hielt der des Angebotes die Wage." (Bd. II, S. 338.) — Indem Herr Say von der Ansicht durchdrungen ist, daß der Preis der Güter durch den Preis der Arbeit bestimmt wird, und sehr richtig vermutet, daß milde Stiftungen aller Art die Tendenz haben, die Bevölkerung über ihr sonstiges Maß zu vermehren und infolgedessen die Löhne zu drücken, sagt er weiter: „Ich vermute, daß die Wohlfeilheit der von England kommenden Güter zum Teil durch die zahlreichen milden Stiftungen verursacht wird, die in jenem Lande vorhanden sind." (Bd. II, S. 277.) — Dies ist eine folgerichtige Meinung bei einem, der behauptet, daß die Löhne den Preis bestimmen.

solchem Lande unseren gesteigerten Bedarf an Rohprodukten zu decken vermögen, der verhältnismäßige Wert jenes Erzeugnisses über seinem früheren Stande beharren und zur Folge haben, daß mehr Hüte, Kleider, Schuhe usw., zu deren Produktion ein derartiges Zusatzquantum von Arbeit nicht nötig ist, dafür getauscht werden.

Der Grund, warum Rohprodukte im verhältnismäßigen Werte steigen, besteht also darin, daß mehr Arbeit verwendet wird zur Erzeugung des zuletzt gewonnenen Anteiles, nicht darin, daß dem Grundbesitzer eine Rente bezahlt wird. Der Wert des Getreides wird durch die Arbeitsmenge bestimmt, welche zwecks seiner Produktion auf jene Bodenqualität oder mit jenem Kapitalsbetrage angewandt wird, der keine Rente bezahlt. Der Getreidepreis ist nicht hoch, weil eine Rente entrichtet wird, sondern eine Rente wird bezahlt, weil der Getreidepreis hoch steht. Mit Recht ist bemerkt worden, daß kein Rückgang im Getreidepreis eintreten würde, auch wenn die Grundbesitzer auf den gesamten Betrag ihrer Rente verzichten sollten. Solch eine Maßnahme würde nur einige Landwirte in den Stand setzen, wie Herren zu leben, aber würde nicht die Arbeitsmenge vermindern, die nötig ist, um auf dem zur Bebauung unergiebigsten Boden Rohprodukte zu erzeugen.

Nichts ist alltäglicher als von den Vorteilen zu hören, welche der Boden besitzt gegenüber jeder anderen Quelle nützlicher Erzeugnisse wegen des Überschusses, den er in Gestalt der Rente hervorbringt. Doch wenn der Boden am reichlichsten, ertragfähigsten und fruchtbarsten ist, bringt er keine Rente. Erst wenn seine Kräfte nachlassen, wenn er weniger als Entgeld für die Arbeit hervorbringt, wird ein Teil des ursprünglichen Ertrages auf den fruchtbaren Strichen als Rente beiseite gelegt. Es ist seltsam, daß diese Eigenschaft des Bodens, die doch eigentlich als eine Unvollkommenheit hätte bezeichnet werden sollen, im Vergleich

mit den natürlichen Hilfskräften, durch die Fabrikanten unterstützt werden, als Grund seiner besonderen Überlegenheit aufgezeigt werden könnte. Hätten Luft, Wasser, die Dampfkraft und der Atmosphärendruck verschiedene Qualitäten, könnten sie angeeignet werden, und existierte jede Qualität nur in beschränkter Menge, dann würden sie, je nachdem die nacheinanderfolgenden Qualitäten in Gebrauch gebracht wären, geradeso gut wie der Boden eine Rente abwerfen. Mit jeder angewandten schlechteren Qualität würde der Wert der Güter steigen, zu deren Fabrikation man sie benutzte, weil dann gleiche Arbeitsmengen weniger produktiv sein würden. Der Mensch würde durch seiner Stirne Schweiß mehr, und die Natur weniger verrichten, und der Boden würde nicht mehr länger wegen seiner beschränkten Kräfte hervorragen.

Ist der Mehrertrag, den der Boden in Gestalt der Rente liefert, ein Vorteil, so ist es wünschenswert, daß die neu erbauten Maschinen mit jedem Jahre weniger wirksam wären, als die alten, und das würde ohne Zweifel den Gütern, die nicht nur mit jenen Maschinen, sondern mit all den anderen Maschinen im Königreich hergestellt werden, einen größeren Tauschwert geben; und eine Rente würde allen denjenigen bezahlt werden, die die produktivsten Maschinen besäßen.

[1]) „Auch beim Ackerbau," sagt Adam Smith, „arbeitet die Natur mit dem Menschen gemeinsam, und obschon ihre Arbeit keine Unkosten bereitet, hat doch ihr Erzeugnis ebensogut seinen Wert, als das des kostspieligsten Arbeiters." Man zahlt für die Arbeit der Natur, nicht weil sie viel, sondern weil sie wenig leistet. Im Verhältnis, wie sie mit ihren Gaben geizig wird, fordert sie einen höheren Preis für ihr Werk. Wo sie sehr freigebig ist, arbeitet sie immer umsonst. „Das arbeitende Vieh, welches in der Landwirtschaft verwendet wird, bewirkt nicht nur die Reproduktion eines Wertes, der seinem eigenen Verbrauch

Das Steigen der Rente ist stets die Folge des zunehmenden Wohlstandes eines Landes und der Schwierigkeit,

oder dem es beschäftigenden Kapital samt dem Profit seines Eigentümers gleichkommt, sondern eines viel größeren Wertes. Über das Kapital des Landwirts und all seinen Profit hinaus bewirkt es regelmäßig die Wiedererzeugung der Rente des Grundbesitzers. Diese Rente kann als das Produkt jener Kräfte der Natur angesehen werden, deren Benutzung der Grundbesitzer dem Landwirt leiht. Sie ist größer oder geringer je nach der vermutlichen Ausdehnung dieser Kräfte, oder, mit anderen Worten, der angenommenen natürlichen oder künstlichen Fruchtbarkeit des Bodens entsprechend. Sie ist die Leistung der Natur, die verbleibt, wenn man alles, was als Leistung des Menschen betrachtet werden kann, in Abzug oder in Anrechnung bringt. Selten ist sie weniger als ein Viertel, oft mehr als ein Drittel des Gesamtertrages. Keine gleich große Menge produktiver Arbeit, die in den Gewerben angewendet wird, kann je eine so große Reproduktion bewirken. *In diesen leistet die Natur nichts, der Mensch alles;* und die Reproduktion muß stets im Verhältnis zur Stärke der Kräfte, die sie bewirken, stehen. Das in der Landwirtschaft verwendete Kapital setzt daher nicht nur ein größeres Quantum produktiver Arbeit als irgendein in Gewerben verwendetes gleiches Kapital in Bewegung, sondern es fügt außerdem, der produktiven Arbeitsmenge entsprechend, welche es beschäftigt, zum jährlichen Ertrag von Boden und Arbeit des Landes, zu dem *wirklichen* Vermögen und Einkommen seiner Bewohner, einen viel größeren Wert hinzu. Von allen Möglichkeiten, unter welchen ein Kapital verwendet werden kann ist dies bei weitem die für die Gesellschaft vorteilhafteste." (Buch II, Kap. 5, p 15.) — Leistet die Natur in Gewerben nichts für den Menschen? Sind die Kräfte von Wind und Wasser, welche unsere Maschinen treiben und der Schiffahrt dienen, nichts? Der Druck der Atmosphäre und die Dampfkraft, die uns in der Stand setzen, die seltsamsten Maschinen in Gang zu bringen — sind sie nicht die Gaben der Natur? Von den Wirkungen der Wärme beim Erweichen und Schmelzen der Metalle, von der

Nahrungsmittel zu beschaffen für seine gewachsene Bevölkerung. Es ist ein Anzeichen, niemals jedoch eine Ursache des Wohlstandes; denn dieser wächst oft am schnellsten, während die Rente entweder stationär oder gar im Sinken begriffen ist. Die Rente steigt am schnellsten, wenn der verfügbare Boden in seinen produktiven Kräften nachläßt. Der Wohlstand nimmt am schnellsten in solchen Ländern zu, wo der verfügbare Boden am fruchtbarsten, die Einfuhr am wenigsten behindert ist, und wo die Produktion durch landwirtschaftliche Verbesserungen ohne irgendwelche Erhöhung der verhältnismäßigen Arbeitsmenge gehoben werden kann, und wo infolgedessen die Zunahme der Rente sehr langsam vor sich geht.

Zersetzungskraft der Luft beim Färbe- und Gärungsprozeß gar nicht zu reden. Es läßt sich wohl kein Gewerbe nennen, in welchem die Natur nicht ihre Unterstützung dem Menschen gewährt, und sie auch freigebig und umsonst gibt.

Zu der Stelle, welche ich Adam Smith entlehnt habe, meint Herr Buchanan: „Ich habe mit den Bemerkungen über produktive und unproduktive Arbeit, die im vierten Bande enthalten sind, zu zeigen versucht, daß die Landwirtschaft nicht mehr wie jeder andere Zweig gewerblicher Tätigkeit das Volksvermögen vermehrt. Indem Dr. Smith darauf besteht, daß die Reproduktion der Rente ein so großer Vorteil für die Gesellschaft ist, bedenkt er nicht, daß die Rente eine Folge hoher Preise ist, und daß das, was der Grundbesitzer auf diese Weise gewinnt, er nur auf Kosten der Gesamtheit im großen gewinnt. Mit der Reproduktion der Rente ist kein absoluter Gewinn für die Gesellschaft verknüpft; hierbei profitiert nur die eine Klasse auf Kosten der anderen. Die Ansicht, daß der Ackerbau einen Ertrag und folglich eine Rente aus dem Grunde liefere, weil die Natur mit dem Fleiße des Menschen im Bebauungsprozesse zusammenwirkt, ist eine bloße Einbildung. Nicht vom Ertrage, sondern vom Verkaufspreise des Ertrages rührt die Rente her; und dieser Preis wird nicht deshalb erlangt, weil die Natur bei der Produktion mitwirkt, sondern weil es der Preis ist, welcher den Verbrauch dem Angebot anpaßt."

Wäre der hohe Getreidepreis die Wirkung, und nicht die Ursache der Rente, so würde der Preis in dem Maße beeinflußt werden, als die Renten hoch oder niedrig wären, und die Rente würde dann einen Bestandteil des Preises bilden. Allein, dasjenige Getreide, welches man mit der größten Arbeitsmenge produziert, ist der Regulator des Getreidepreises; und die Rente wird und kann nicht im geringsten Maße einen Bestandteil seines Preises ausmachen.[1]) Deshalb kann Adam Smith nicht recht haben, wenn er annimmt, daß die ursprüngliche Regel, welche den Tauschwert der Güter bestimmte, nämlich die für ihre Produktion erforderliche, verhältnismäßige Arbeitsmenge, durch Aneignung von Grund und Boden und Bezahlung einer Rente überhaupt verändert werden kann. Das Rohmaterial tritt in die Zusammensetzung der meisten Güter ein, aber der Wert jenes Rohmaterials wird ebenso wie der des Getreides durch die Produktivität des Teiles von Kapital bestimmt, der zuletzt auf den Boden verwendet wurde, und keine Rente bezahlt; und deshalb ist die Rente kein Bestandteil des Preises der Güter.

Wir haben bisher die Wirkungen der natürlichen Entwicklung des Wohlstandes und der Bevölkerung auf die Rente innerhalb eines Landes betrachtet, wo der Boden von verschiedenen produktiven Kräften ist; und wir haben gesehen, daß mit jedem Teil von Zusatzkapital, der notwendigerweise auf den Boden mit einem geringeren Produktionsertrage angewandt werden muß, die Rente steigen würde. Aus denselben Grundsätzen folgt, daß jede beliebigen Umstände in der Gesellschaft, welche es unnötig machen sollten, dieselbe Kapitalsmenge für den Boden zu verwenden, und welche daher den zuletzt

[1]) Die klare Erfassung dieses Grundsatzes ist nach meiner Überzeugung für die Volkswirtschaftslehre von allergrößter Bedeutung.

verwendeten Teil produktiver gestalten sollten, die Rente erniedrigen würden. Jede erhebliche Abnahme des Kapitals eines Landes, welche die Mittel, die für den Unterhalt der Arbeit bestimmt sind, vermindern müßte, würde natürlich diese Wirkung haben. Die Bevölkerung reguliert sich nach den zu ihrer Beschäftigung verfügbaren Mitteln selbst, weshalb sie stets mit der Zu- oder Abnahme des Kapitals wächst oder schwindet. Daher hat jede Kapitalsabnahme notwendigerweise eine weniger wirksame Nachfrage nach Getreide zur Folge sowie auch ein Sinken des Preises und einen Rückgang des Ackerbaues. In der umgekehrten Anordnung zu jener, in welcher die Anhäufung von Kapital die Rente erhebt, wird die Verminderung desselben sie herabdrücken. Boden von einer weniger unproduktiven Qualität wird allmählich aufgegeben, der Tauschwert des Ertrages wird fallen, und Land von besserer Qualität wird der Boden sein, der zuletzt noch angebaut werden und dann keine Rente bezahlen wird.

Dieselben Wirkungen können indes hervorgebracht werden, wenn der Wohlstand und die Bevölkerung eines Landes zunimmt, und wenn solche Zunahme begleitet wird von hervorragenden landwirtschaftlichen Verbesserungen, die dieselbe Wirkung haben werden, die Notwendigkeit, ärmere Böden zu bebauen, zu vermindern oder denselben Betrag von Kapital zur Bebauung der fruchtbareren Teile auszugeben.

Wenn eine Million Quarter Getreide für den Unterhalt einer bestimmten Bevölkerung nötig ist und von Boden erster, zweiter und dritter Güte gewonnen wird, und wenn später eine Verbesserung entdeckt würde, durch welche dieses Quantum von Nr. 1 und Nr. 2 gewonnen werden kann, ohne Nr. 3 zu verwenden, so ist es klar, daß die unmittelbare Wirkung davon ein Sinken der Rente sein muß. Denn nunmehr wird Nr. 2 statt Nr. 3 rentenlos bebaut, und die Rente von Nr. 1 wird, anstatt den Ertragsunterschied von

Nr. 1 und Nr. 3 zu bilden, nur noch die Differenz zwischen Nr. 1 und Nr. 2 ausmachen. Bei ein und derselben Bevölkerung kann keine Nachfrage nach einem Zusatzquantum von Getreide entstehen. Arbeit und Kapital, die man sonst auf Nr. 3 verwandte, werden der Produktion anderer, für die Gesellschaft wünschenswert erscheinender Güter gewidmet und können keine Wirkung auf das Steigen der Rente haben, es sei denn, das Rohmaterial, aus dem sie hergestellt werden, könne ohne unvorteihaftere Kapitalsverwendung auf dem Boden nicht gewonnen werden; in welchem Falle Nr. 3 allerdings wieder bebaut werden müßte.

Es ist unzweifelhaft wahr, daß ein Sinken des verhältnismäßigen Preises des Rohproduktes infolge von Verbesserungen in der Landwirtschaft, oder vielmehr infolge der Tatsache, daß weniger Arbeit zu ihrer Produktion verwendet wird, naturgemäß zu größerer Kapitalsanhäufung führen würde; denn der Kapitalsprofit würde erheblich vermehrt sein. Diese Anhäufung würde zu einer erhöhten Arbeitsnachfrage führen, zu höheren Löhnen, zu einer größeren Bevölkerung, zu einer weiteren Nachfrage nach Rohprodukten und zu intensiverem Ackerbau. Doch wäre die Rente lediglich nach einer Zunahme der Bevölkerung so hoch wie früher; d. h. nachdem man Nr. 3 wieder in Anbau genommen hätte. Inzwischen würde aber ein erheblicher Zeitraum verstrichen sein, begleitet von einer tatsächlichen Verminderung der Rente.

Nun sind aber Verbesserungen in der Landwirtschaft von zweierlei Art: solche, welche die Produktivkräfte des Bodens erhöhen, und solche, die uns durch Verbesserung unserer Maschinen in den Stand setzen, seinen Ertrag mit weniger Arbeit zu gewinnen. Beide führen ein Sinken des Preises der Rohprodukte herbei und beeinflussen die Rente, aber sie tun es nicht in gleichem Maße. Wenn sie kein Sinken des Preises der Rohprodukte verursachten, wären sie keine Verbesserungen; denn das wesentliche Merkmal einer Ver-

besserung ist, die vorher zur Erzeugung eines Gutes erforderliche Arbeitsmenge herabzumindern; und diese Verminderung kann ohne ein Sinken seines Preises oder relativen Wertes nicht eintreten.

Zu den Verbesserungen, welche die produktiven Kräfte des Bodens steigerten, gehören z. B. ein geeigneterer Fruchtwechsel oder eine bessere Wahl in der Anwendung von Dungstoffen. Diese Verbesserungen setzen uns durchaus in den Stand, denselben Ertrag von einem kleineren Stück Land zu erlangen. Wenn ich durch Einführung eines Rübenschlages außer der Gewinnung meines Getreides meine Schafe füttern kann, so wird der Boden, auf welchem ich vorher meine Schafe fütterte, entbehrlich, und dieselbe Menge Roherzeugnisse läßt sich durch Bewirtschaftung eines kleineren Stück Landes gewinnen. Erfinde ich einen Dünger, der mich in den Stand setzen wird, ein Stück Land 20 % mehr Getreide hervorbringen zu lassen, so kann ich zum mindesten einen Teil meines Kapitals aus dem unfruchtbarsten Teil meines Gutes zurückziehen. Um aber die Rente zum Sinken zu bringen, braucht, wie ich bereits bemerkt, jener Boden noch nicht brach zu liegen. Um diese Wirkung zu erzielen, genügt es, daß aufeinanderfolgende Teile von Kapital auf denselben Boden mit verschiedenen Erträgen verwendet werden, und daß der Teil, der den geringsten Ertrag gibt, zurückgezogen würde. Wenn ich durch Einführung des Rübenbaues oder durch Anwendung eines kräftigeren Düngers mit weniger Kapital denselben Ertrag erzielen kann, und zwar ohne dadurch den Unterschied der produktiven Kräfte der aufeinanderfolgenden Teile des Kapitals zu stören, so werde ich die Rente herabmindern; denn ein verschiedener und produktiverer Teil wird derjenige sein, der den Maßstab bilden wird, nach welchem jeder andere geschätzt wird. Lieferten z. B. die aufeinanderfolgenden Teile des Kapitals 100, 90, 80 und 70 Quarter, dann würde bei Anwendung dieser

vier Teile meine Rente 60 Quarter oder die Differenz betragen von

70	und	100	gleich	30		100
70	„	90	„	20	während der Ertrag 340	90
70	„	80	„	10	ausmachen würde:	80
						70
				60,		340;

und während ich diese Teile verwendete, würde die Rente dieselbe bleiben, obschon der Ertrag von jeder eine gleiche Vermehrung zeigen würde. Wenn der Ertrag von 100, 90, 80 und 70 auf 125, 115, 105 und 95 gestiegen sein sollte, dann wäre die Rente immer noch gleich 60 oder gleich der Differenz von

95	und	125	gleich	30		125
95	„	115	„	20	während der Ertrag auf	115
95	„	105	„	10	440 vermehrt sein würde:	105
						95
				60,		440.

Aber bei einer solchen Zunahme des Ertrages, ohne eine Zunahme der Nachfrage[1]), läge kein Grund zur Anwendung von soviel Kapital auf den Boden vor; ein Teil würde zurückgezogen werden, weshalb der letzte Teil des Kapitals statt

[1]) Ich hoffe, man hat mich nicht dahin verstanden, daß ich die Bedeutung aller Arten von Verbesserungen in der Landwirtschaft für die Grundbesitzer gering schätze. Ihre unmittelbare Wirkung ist, die Rente zu veringern. Aber da dieselben einen großen Ansporn zur Vermehrung der Bevölkerung geben und uns gleichzeitig in den Stand setzen, ärmere Böden mit weniger Arbeit zu bebauen, gereichen sie den Grundbesitzern letzthin zu ungemeinem Vorteile. Jedoch muß bis dahin erst ein gewisser Zeitraum vergehen, währenddessen sie sich für ihn tatsächlich nachteilig erweisen.

95 Scheffel 105 einbringen würde, und die Rente auf 30 fallen würde, oder die Differenz zwischen

105 u. 125 gleich 20	während der Ertrag immer noch den Bedürfnissen der Bevölkerung gleich sein wird, denn es würde 345 Quarter sein, oder	125
105 „ 115 „ 10		115
		105
30,		345,

während sich die Nachfrage nur auf 340 Quarter beliefe.

Aber es gibt auch Verbesserungen, welche den relativen Wert des Ertrages, ohne die Getreiderente zu erniedrigen, obwohl sie die Geldrente des Bodens erniedrigen werden, herabmindern können. Derartige Verbesserungen vermehren die produktiven Kräfte des Bodens nicht, sondern setzen uns in den Stand, seinen Ertrag mit weniger Arbeit zu gewinnen. Sie sind eher auf die Bildung des auf den Boden angewandten Kapitals gerichtet, als auf die Bebauung des Bodens selbst. Hierzu gehören Verbesserungen der landwirtschaftlichen Geräte, wie z. B. der Pflug und die Dreschmaschine, Ersparnis im Gebrauche von Ackerpferden und bessere Kenntnis in der Tierheilkunde. Weniger Kapital oder, was dasselbe ist, weniger Arbeit wird zwar auf den Boden verwendet werden, aber zur Erzielung desselben Ertrages kann nicht weniger Boden bebaut werden. Ob jedoch solche Verbesserungen auf die Getreiderente einwirken, muß von der Frage abhängen, ob die Differenz zwischen dem Ertrag, den man durch die Verwendung der verschiedenen Teile des Kapitals erzielt, vermehrt wird, ob sie unverändert bleibt, oder vermindert wird. Wenn vier Kapitalsteile: 50, 60, 70 und 80, auf den Boden verwendet werden, von denen jeder dieselben Ergebnisse liefert, und jede Verbesserung in der Bildung solches Kapitals mich in den Stand setzen würde, von jedem 5 zurückzuziehen, so daß sie nur noch 45, 55, 65 und 75 sein würden, dann würde

die Getreiderente keine Veränderung erfahren haben. Wären aber die Verbesserungen derartig, daß ich die ganze Ersparnis an dem Kapitalsteil machen könnte, der am wenigsten produktiv verwendet ist, so würde die Getreiderente sofort sinken, weil die Differenz zwischen dem produktivsten und unproduktivsten Kapitale herabgemindert sein würde, und es gerade diese Differenz ist, welche die Rente bildet.

Ohne die Beispiele zu vermehren, hoffe ich, daß genug gesagt worden ist, um zu zeigen, daß alles, was die Ungleichheit des Ertrages verringert, der durch die allmähliche Verwendung von Kapitalsteilen auf denselben oder auf neuen Böden gewonnen wird, darauf hinwirkt, die Rente zu verringern, und daß alles, was jene Ungleichheit vermehrt, notwendigerweise eine entgegengesetzte Wirkung hat, und darauf gerichtet ist, sie zu heben.

Indem wir von der Rente des Grundbesitzers sprachen, haben wir sie vornehmlich als den Teil des Ertrages betrachtet, den man mit einem gewissen Kapitale auf einem bestimmten Landgute erzielt, ohne irgendwelche Bezugnahme auf seinen Tauschwert. Da aber dieselbe Ursache, d. h. die Erschwerung der Produktion, den Tauschwert des Rohproduktes und ebenso den verhältnismäßigen Teil desselben erhöht, welcher dem Grundbesitzer als Rente bezahlt wird, so ist es einleuchtend, daß der Gutsbesitzer durch die Erschwerung der Produktion doppelt begünstigt ist. Erstens erhält er einen größeren Anteil, und zweitens hat das Gut, mit dem er bezahlt wird, einen größeren Wert.[1])

[1]) Um dies einleuchtend zu machen und zu zeigen, in welchem Grade sich die Getreide- und die Geldrente verändern wird, wollen wir annehmen, es würden durch die Arbeit von 10 Mann 180 Quarter Weizen auf einem Boden von bestimmter Qualität geerntet, und ihr Wert wäre 4 £ pro Quarter oder 720 £; und durch die Arbeit von noch 10 Mann würden nur 170 weitere Quarter von demselben oder irgendeinem anderen Boden ge-

wonnen. Dann würde Weizen von 4 £ auf 4 £ 4 sh. 8 d. steigen, denn es verhält sich 170 : 180 wie 4 £ : 4 £ 4 sh. 8 d.; oder, da in dem einen Falle die Arbeit von 10 Mann zur Gewinnung von 170 Quarter erforderlich ist, und im anderen nur die von 9,44, so würde das Steigen wie 9,44 zu 10 oder wie 4 £ zu 4 £ 4 sh. 8 d. sein. Würden noch 10 Mann beschäftigt und beliefe sich der Ertrag auf

160 Quarter, so wird der Preis steigen auf 4 £ 10 sh. — d.,
150 „ „ „ „ „ „ „ 4 „ 16 „ — „
140 „ „ „ „ „ „ „ 5 „ 2 „ 10 „

Wenn nun für den Boden, der 180 Quarter bei einem Weizenpreise von 4 £ pro Quarter lieferte, keine Rente gezahlt wäre, dann würde der Wert von 10 Quarter als Rente entrichtet worden sein, falls man nur 170 ernten könnte, was, zu 4 £ 4 sh. 4 d., 42 £ 7 sh. 6 d. ausmachen würde.

20 Quart. bei 160 Quart. Ertrag, was zu 4 £ 10 sh. — d. = 90 £ wäre,
30 „ „ 150 „ „ „ „ 4 „ 16 „ — „ = 144 „ „
40 „ „ 140 „ „ „ „ 5 „ 2 „ 10 „ = 205 „ 13 sh. 4 d. wäre.

Die Getreiderente würde also steigen im Verhältnis von:	und die Geldrente im Verhältnis von:
100	100
200	212
300	340
400;	485

Kapitel III.

Über die Bergwerksrente.

Die Metalle, wie andere Dinge, werden durch Arbeit gewonnen. In Wirklichkeit produziert sie zwar die Natur, aber dennoch ist es die menschliche Arbeit, welche sie aus

dem Innern der Erde fördert und sie für unseren Dienst zubereitet.

Im allgemeinen bringen Bergwerke, ebenso wie Grund und Boden, ihrem Besitzer eine Rente ein, und diese ist, ebenso wie die Bodenrente, stets die Wirkung, niemals aber die Ursache des hohen Wertes ihres Ertrages.

Wären gleich ergiebige Bergwerke, die sich irgend jemand aneignen könnte, im Überfluß vorhanden, dann vermöchten sie keine Rente abzuwerfen. Der Wert ihres Ertrages würde von der Arbeitsmenge abhängen, welche notwentig ist, um das Metall aus der Grube zu fördern und auf den Markt zu bringen.

Aber es gibt Minen von verschiedenen Qualitäten, welche bei gleichen Arbeitsmengen verschiedene Ergebnisse liefern. Doch muß das aus dem ärmsten, im Betriebe befindlichen Bergwerke gewonnene Metall zum wenigsten einen Tauschwert haben, der nicht nur ausreicht, um alle die Kleider, Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel zu beschaffen, die von denen verbraucht werden, die damit beschäftigt sind, es auszubeuten und den Ertrag auf den Markt zu bringen, sondern auch um demjenigen den allgemein und üblichen Profit einzubringen, der das für den Betrieb des Unternehmens erforderliche Kapital vorschießt. Die Vergütung für das Kapital des ärmsten Bergwerks, das keine Rente abwirft, würde die Rente aller übrigen von größerer Produktivität bestimmen. Von diesem Bergwerk wird angenommen, daß es den gewöhnlichen Kapitalprofit abwirft. Alles, was die anderen Bergwerke darüber hinaus produzieren, wird den Besitzern notwendigerweise als Rente bezahlt werden. Da aber dieser Grundsatz genau der nämliche ist. den wir bereits für den Boden niedergelegt haben, so brauchen wir uns wohl nicht weiter über ihn zu verbreiten.

Es wird genügen, zu bemerken, daß dieselbe allgemeine Regel, welche den Wert der Rohprodukte und gewerblichen

Güter bestimmt, auch auf die Metalle anwendbar ist. Ihr Wert hängt weder von der Profitrate, noch von der Lohnrate, noch endlich von der Bergwerksrente ab, sondern von der gesamten Arbeitsmenge, die erforderlich ist, um das Metall zu gewinnen und auf den Markt zu bringen.

Der Wert der Metalle ist, wie der jedes anderen Gutes, Veränderungen unterworfen. Verbesserungen an den Werkzeugen und Maschinen, die im Bergbau benutzt werden, mögen gemacht werden, die die Arbeit erheblich abkürzen können; neue und ergiebigere Bergwerke mögen entdeckt werden, aus denen mehr Metall mit derselben Arbeit gewonnen werden kann; oder die Erleichterungsmittel, sie zu Markt zu bringen, mögen vermehrt werden. In jedem dieser Fälle würden die Metalle im Werte sinken und infolgedessen gegen eine geringere Menge anderer Dinge ausgetauscht werden. Andererseits könnte ihr Wert, verglichen mit dem anderer Dinge, infolge zunehmender Erschwerung in der Metallgewinnung, welche vielleicht durch größere Tiefe, in welcher das Bergwerk in Betrieb gesetzt werden muß, durch Ansammlung von Wasser oder durch irgendeinen anderen Umstand entsteht, beträchtlich vermehrt werden.

Man hat daher sehr richtig bemerkt, daß, wie sehr auch immer die Münze eines Landes ihrem Normalmaß entsprechen möge, das Gold- und Silbergeld in derselben Weise, wie andere Güter, immer noch Wertschwankungen ausgesetzt sei, nicht nur zufälligen und vorübergehenden, sondern dauernden und natürlichen Veränderungen.

Durch die Entdeckung Amerikas und der reichen Minen, an denen es Überfluß hat, wurde der natürliche Preis der Edelmetalle ganz erheblich beeinflußt. Viele glauben, daß diese Wirkung selbst heute noch nicht zu Ende sei. Wahrscheinlich haben jedoch alle durch die Entdeckung Amerikas hervorgerufenen Wirkungen auf den Wert der Metalle längst aufgehört; und wenn in den letzten Jahren ein Sinken ihres

Wertes stattgefunden hat, so muß es den Verbesserungen in der Art, die Bergwerke auszubeuten, zugeschrieben werden.

Von welcher Ursache dies auch immer herrühren mag, die Wirkung ist so langsam und allmählich gewesen, daß man im praktischen Leben, wo Gold und Silber das allgemeine Maßgut bilden, nach welchem der Wert aller anderen Dinge geschätzt wird, wenig Unannehmlichkeiten davon verspürt hat. Obwohl zweifellos ein veränderlicher Wertmaßstab, so gibt es wahrscheinlich doch kein einziges Gut, das geringeren Schwankungen unterworfen ist. Dieser und die übrigen Vorteile, welche diese Metalle besitzen, wie z. B. ihre Härte, ihre Formbarkeit, Teilbarkeit und viele andere mehr, haben ihnen überall mit Recht den Vorrang als Normalmaß für das Geld zivilisierter Länder zugesichert.

Wenn man mit gleichen Arbeitsmengen und gleichen Mengen stehenden Kapitals aus dem Bergwerke, das keine Rente abwarf, stets gleiche Mengen Goldes gewinnen könnte, dann würde das Gold fast ein solcher unveränderlicher Wertmaßstab sein, wie wir ihn der Natur der Dinge nach besitzen könnten. Zwar würde die Menge mit der Nachfrage steigen, doch bliebe sein Wert dabei unverändert, und es würde sich ausgezeichnet dazu eignen, die Wertveränderungen aller anderen Dinge zu messen. In einem vorhergehenden Teile dieses Buches habe ich bereits das Gold als mit dieser Gleichförmigkeit begabt betrachtet, und ich werde im folgenden Kapitel diese Annahme bestehen lassen. Wenn ich daher von Preisveränderungen rede, so ist die Veränderung stets als in dem Gute selbst geschehen aufzufassen, niemals aber in dem Maßgute, in welchem es geschätzt wird.

Kapitel IV.

Über den natürlichen und Marktpreis.

Wenn wir die Arbeit zur Grundlage des Wertes der Güter und die zu ihrer Produktion erforderliche, verhältnismäßige Arbeitsmenge zur Regel machten, welche die entsprechenden, im Tausch gegeneinander hinzugebenden Güterquantitäten bestimmt, so muß man doch nicht annehmen, daß wir die zufälligen und zeitweiligen Abweichungen des augenblicklichen oder Marktpreises der Güter von diesem, ihrem ursprünglichen und natürlichen Preise leugneten.

Im gewöhnlichen Lauf der Ereignisse gibt es kein Gut, welches für jedwede Länge der Zeit in dem Grade der Fülle, welche die Bedürfnisse und Wünsche der Menschheit verlangen, vorhanden ist, und deshalb gibt es auch kein einziges Gut, das nicht zufälligen und zeitweiligen Preisveränderungen unterworfen wäre.

Nur infolge solcher Veränderungen wird das Kapital genau in der erforderlichen Menge und nicht darüber hinaus auf die Produktion der verschiedenen Güter verteilt, nach welchen gerade Bedarf vorhanden ist. Mit dem Steigen oder Sinken des Preises werden die Profite über ihren allgemeinen Stand gehoben, oder unter denselben herabgedrückt, und das Kapital wird entweder zur Beteiligung angeregt, oder davor gewarnt, aus irgendeiner besonderen Anlage, in welcher die Veränderung stattgefunden hat, auszuscheiden.

Solange es jedermann frei steht, sein Kapital zu verwenden, wie es ihm gefällt, wird er natürlich die Verwendung, die am vorteilhaftesten ist, aussuchen; er wird natürlich von einem Profit von 10 % unbefriedigt sein, wenn er durch Verschiebung seines Kapitals einen Profit von

15 % erhalten kann. Dieses rastlose Bemühen seitens all der Kapitalsverwender, das darauf gerichtet ist, ein weniger gewinnbringendes Geschäft mit einem vorteilhafteren zu vertauschen, hat eine starke Tendenz, die Profitrate aller zu nivellieren, oder sie in solchen Verhältnissen festzusetzen, daß sie nach Schätzung der Parteien einen Ersatz bieten für irgendeinen Vorteil, den einer über einen anderen haben mag, oder scheinbar hat. Es ist vielleicht sehr schwer, den Gang zu bezeichnen, durch den diese Veränderung bewirkt wird; sie wird wahrscheinlich dadurch verursacht, daß ein Fabrikant sein Unternehmen nicht gänzlich ändert, sondern nur die Quantität von Kapital, die er in jenem Unternehmen hat, verringert. In allen reichen Ländern gibt es eine gewisse Anzahl von Menschen, welche die sogenannte Kapitalistenklasse bilden; diese Leute sind in keinem Gewerbe beschäftigt, sondern leben von den Zinsen ihres Geldes, welches bei Wechselgeschäften oder bei Darlehnsgewährungen an den geschäftigeren Teil der Gesellschaft Verwendung findet. Außerdem legen auch die Bankiers große Kapitalien zu denselben Zwecken an. Das so verwendete Kapital bildet ein umlaufendes Kapital von gewaltigem Umfange und wird in größeren oder kleineren Beträgen von all den verschiedenen Gewerben eines Landes benutzt. Vielleicht gibt es keinen noch so reichen Fabrikanten, der sein Geschäft auf die Ausdehnung begrenzte, die ihm seine eigenen Mittel allein gestatten. Er hat immer einen Teil dieses fließenden Kapitals, der im Verhältnis zur Lebhaftigkeit der Nachfrage nach seinen Gütern zu- oder abnimmt. Wenn die Nachfrage nach Seidenstoffen steigt, und jene nach Tuch nachläßt, geht der Tuchfabrikant mit seinem Kapitale nicht etwa zur Seidenfabrikation über, sondern er entläßt einige seiner Arbeiter und stellt seine Forderung nach Anleihen beim Bankier oder den Kapitalisten ein; wogegen sich die Lage des Seidenfabrikanten gerade umgekehrt gestaltet: er wünscht, mehr

Arbeiter anzustellen, und so erhöht sich sein Wunsch, zu borgen. Er entleiht mehr, und so wandert das Kapital aus einem Unternehmen in das andere, ohne daß dabei ein Fabrikant seine gewöhnliche Beschäftigung aufzugeben brauchte. Wenn wir die Märkte einer großen Stadt betrachten und beobachten, wie regelmäßig sie sowohl mit einheimischen als auch mit fremdländischen Gütern in der Menge, in der sie verlangt werden, versehen sind, und zwar unter allen Möglichkeiten einer wechselnden Nachfrage, die durch die Laune des Geschmacks oder eine Veränderung in der Bevölkerungsgröße entstehen, ohne daß sie dadurch öfters die Wirkungen einer Überfüllung wegen allzu reichlichen Angebots, oder einen übermäßig hohen Preis infolge eines ungleichen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage hervorrufen, so müssen wir zugeben, daß der Grundsatz, welcher jedem Gewerbe Kapital genau in dem erforderlichen Maße zuteilt, wirksamer ist, als man gewöhnlich annimmt!

Ein Kapitalist wird naturgemäß beim Suchen nach einer gewinnbringenden Verwendung seines Vermögens alle Vorteile, welche die eine Anlage vor den übrigen voraus hat, in Erwägung ziehen. Er kann daher wohl geneigt sein, auf einen Teil seines Geldprofits zu verzichten, in Anbetracht der Sicherheit, Sauberkeit, Bequemlichkeit oder irgendeines anderen wirklichen oder auch nur scheinbaren Vorteils, den die eine Anlage vor der anderen besitzen mag.

Wenn infolge einer Berücksichtigung dieser Umstände die Kapitalprofite sich vielleicht so gestalteten, daß sie in dem einen Gewerbe 20 %, in einem anderen 25 % und in einem dritten 30 % ausmachten, dann würden sie wahrscheinlich bei jenem relativen Unterschiede, und bei jenem Unterschiede allein, dauernd verharren. Denn wenn der Profit aus einem dieser Gewerbe infolge irgendeiner Ursache um 10 % steigen sollte, so würde dieser Profit entweder nur vorübergehend sein und würde bald herabsinken auf seinen gewöhnlichen Stand, oder

die Profite der anderen würden in demselben Verhältnis erhöht werden.

Unsere Zeit scheint von der Richtigkeit dieser Bemerkung eine Ausnahme zu bilden. Die Beendigung des Krieges hat die Verteilung, welche vorher innerhalb der europäischen Kapitalsanlagen bestand, so in Verwirrung gebracht, daß jeder Kapitalist bei der neuen Verteilung, die nunmehr nötig geworden ist, seinen Platz noch nicht gefunden hat.

Wir wollen annehmen, daß alle Güter auf ihrem natürlichen Preise stehen, und folglich daß die Kapitalprofite in allen Unternehmungen genau die gleiche Rate zeigen, oder sich nur um so viel voneinander unterschieden, als nach Ansicht der Parteien irgendwelchem tatsächlichen oder scheinbaren Vorteile, den sie besitzen oder entbehren, entspricht. Angenommen nun, daß ein Modewechsel die Nachfrage nach Seidenstoffen vermehrte und die nach Wollstoffen verminderte, so würde zwar ihr natürlicher Preis, d. h. die zu ihrer Produktion erforderliche Arbeitsmenge, unverändert bleiben, aber der Marktpreis der Seidenstoffe würde steigen, und der der Wollstoffe sinken; und folglich stände der Profit des Seidenfabrikanten über, der des Wollfabrikanten unter der allgemeinen und nivellierten Profitrate. Nicht bloß die Profite, auch die Löhne der Arbeiter würden in diesen Unternehmungen betroffen werden. Doch würde diese erhöhte Nachfrage nach Seidenstoffen durch die Verschiebung von Kapital und Arbeit aus der Woll- in die Seidenfabrikation bald gedeckt werden; worauf sich die Marktpreise der Seiden- und Wollstoffe ihren natürlichen Preisen wieder nähern, und dann von den betreffenden Fabrikanten jener Waren auch bald wieder die gewöhnlichen Profite erzielt werden würden.

Daher bewahrt das Streben, das jeder Kapitalist hat, sein Vermögen aus einem weniger vorteilhaften Unter-

nehmen in ein gewinnbringenderes hinüberzuleiten, den Marktpreis der Güter davor, für eine irgendwie längere Zeit bedeutend über, oder viel unter deren natürlichen Preis zu stehen. Dieser Wettbewerb gleicht den wechselnden Wert von Gütern so aus, daß nach Bezahlung der Löhne für die zur Produktion erforderliche Arbeit und aller übrigen Kosten, die erforderlich sind, um das angelegte Kapital in seinen ursprünglichen Zustand der Wirksamkeit zu versetzen, der übrigbleibende Wert oder Überschuß in jedem Gewerbe im Verhältnis zum Werte des angewandten Kapitals stehen wird.

Alles, was diese Frage betrifft, ist im 7. Kapitel des „Wealth of Nations" sehr geschickt behandelt worden. Nachdem wir die zeitweiligen Wirkungen in vollem Maße anerkannt haben, welche in einzelnen Kapitalsanlagen durch zufällige Ursachen auf die Preise der Güter, sowie auf die Arbeitslöhne und Kapitalprofite ausgeübt werden können, ohne daß dadurch der allgemeine Preis der Güter, Löhne und Profite beeinflußt würden, weil diese Wirkungen auf allen Stufen der Gesellschaft gleichmäßig erfolgen, wollen wir sie gänzlich aus unserer Betrachtung ausschließen, während wir die Gesetze behandeln, die die natürlichen Preise, die natürlichen Löhne und die natürlichen Profite regeln; Wirkungen, die vollständig unabhängig von diesen zufälligen Ursachen sind. Wenn ich also vom Tauschwert der Güter oder von der irgendeinem Gute innewohnenden Kaufkraft spreche, so meine ich damit stets jene Kraft, welche es, wenn es nicht durch irgendeine zufällige oder vorübergehende Ursache gestört werden sollte, besitzen würde, und die sein natürlicher Preis ist.

Kapitel V.

Über den Lohn.

Arbeit hat, wie alle übrigen Dinge, die man kauft oder verkauft, und die an Menge vermehrt oder vermindert werden können, ihren natürlichen und ihren Marktpreis. Der natürliche Preis der Arbeit ist jener Preis, welcher nötig ist, die Arbeiter in den Stand zu setzen, einen wie den anderen, sich zu erhalten und ihr Geschlecht fortzupflanzen ohne Vermehrung oder Verminderung.

Die Fähigkeit des Arbeiters, sich selbst und die Familie zu ernähren, welche nötig sein mag, um die Arbeiterzahl aufrecht zu erhalten, hängt nicht von der Geldmenge ab, die er als Lohn empfangen mag, sondern von der Menge an Lebensmitteln, Bedarfsartikeln und Annehmlichkeiten, die aus Gewohnheit wesentlich für ihn werden, und welche dieses Geld zu erstehen pflegt. Daher hängt der natürliche Preis der Arbeit von dem Preise der Lebensmittel, Bedarfsartikel und Annehmlichkeiten ab, die zum Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie notwendig sind. Mit einem Steigen des Preises von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln wird der natürliche Preis der Arbeit steigen; mit dem Sinken ihres Preises wird der natürliche Preis der Arbeit sinken.

Mit dem Fortschreiten der Gesellschaft hat der natürliche Preis der Arbeit immer die Tendenz zu steigen, weil eins der hauptsächlichsten Güter, durch welches ihr natürlicher Preis reguliert wird, eine Tendenz hat, teurer zu werden, infolge der größeren Schwierigkeit, es zu produzieren. Da jedoch die Verbesserungen in der Landwirtschaft, die Entdeckung neuer Märkte, von denen Lebensmittel eingeführt werden können, die Tendenz zu einem Steigen im Preise der Bedarfsartikel zeitweilig aufzuhalten vermögen und sogar ihren

natürlichen Preis sinken lassen können, so werden dieselben Ursachen auf den natürlichen Preis der Arbeit die entsprechenden Wirkungen auszuüben.

Der natürliche Preis aller Güter, ausgenommen Rohprodukte und Arbeit, hat bei dem Fortschreiten von Reichtum und Bevölkerung eine sinkende Tendenz. Denn obgleich sie einerseits durch das Steigen des natürlichen Preises des Rohmaterials, aus welchem sie verfertigt werden, in ihrem wirklichen Werte erhöht werden, so wird dies andererseits durch die Verbesserungen der Maschinerie, durch die bessere Arbeitsteilung und -verteilung, sowie durch die höhere Ausbildung der Produzenten in Wissenschaft und Technik mehr als ausgeglichen.

Der Marktpreis der Arbeit ist derjenige Preis, der wirklich für die Arbeit auf Grund des natürlichen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bezahlt wird. Die Arbeit ist teuer, wenn sie selten ist, und billig, wenn sie reichlich ist. Wie weit auch immer der Marktpreis der Arbeit von ihrem natürlichen Preise abweichen mag, so hat er, wie die Güter, eine Tendenz sich ihm anzupassen.

Erst wenn der Marktpreis der Arbeit ihren natürlichen Preis übersteigt, wird die Lage des Arbeiters eine gedeihliche und glückliche, hat er es in seiner Macht, über einen größeren Anteil von Bedarfsartikeln und Lebensgenüssen zu verfügen und daher eine gesunde und zahlreiche Familie zu ernähren. Wenn sich jedoch die Zahl der Arbeiter durch den Antrieb, welchen ein hoher Lohn für die Bevölkerungszunahme bildet, vermehrt, sinkt der Lohn wieder auf seinen natürlichen Preis und sinkt bisweilen infolge eines Rückschlages tatsächlich darunter.

Steht der Marktpreis der Arbeit unter ihrem natürlichen Preise, so gestaltet sich die Lage der Arbeiter am elendsten; dann raubt ihnen die Armut selbst noch jene Genüsse, welche die Gewohnheit zu absoluten Notwendigkeiten macht.

Erst nachdem ihre Entbehrungen ihre Zahl vermindert haben, oder nachdem die Nachfrage nach Arbeit gestiegen ist, wird der Marktpreis der Arbeit wieder auf ihren natürlichen Preis steigen, und der Arbeiter wird die bescheidenen Annehmlichkeiten haben, die ihm die natürliche Lohnrate zu gewähren pflegt.

Trotz der Tendenz des Lohnes, sich seiner natürlichen Rate anzupassen, kann sich seine Marktrate in einer sich vervollkommenden Gesellschaft auf unbestimmte Zeit beständig darüber befinden. Denn dem Antriebe, den vermehrtes Kapital einer neuen Nachfrage nach Arbeit erteilt, mag nicht eher stattgegeben werden, als ein weiterer Kapitalszuwachs dieselbe Wirkung ausüben mag. Auf diese Weise kann die Nachfrage nach Arbeit, wenn die Zunahme des Kapitals allmählich und stetig erfolgt, einen dauernden Ansporn für die Vermehrung der Bevölkerung bieten.

Kapital ist derjenige Teil des Reichtums eines Landes, welcher zur Produktion verwandt wird, und besteht aus Nahrungsmitteln, Kleidern, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinen, kurz, aus allem, was nötig ist, um die Arbeit wirksam zu machen.

Kapital kann an Menge zu derselben Zeit zunehmen, wo sein Wert steigt. Ein Zuwachs kann zu der Nahrung und Kleidung eines Landes zu derselben Zeit geschaffen werden, wo mehr Arbeit als vorher erforderlich sein mag, um diese Zusatzmenge zu erzeugen; in diesem Falle wird nicht nur die Menge, sondern auch der Wert des Kapitals steigen.

Andererseits kann sich Kapital auch vermehren, ohne daß sein Wert steigt, und sogar während sein Wert wirklich abnimmt; nicht nur kann ein Zuwachs zu der Nahrung und Kleidung eines Landes geschaffen werden, sondern der Zuwachs kann mit Hilfe von Maschinen auch ohne jede Vermehrung, ja selbst bei einer absoluten Verminderung in der verhältnismäßigen Arbeitsmenge geschaffen werden, die zu

ihrer Erzeugung erforderlich ist. Die Menge an Kapital kann steigen, während es weder insgesamt noch irgendein Teil davon einen höheren Wert als früher besitzen wird, tatsächlich sogar einen geringeren haben kann.

Im ersteren Falle wird der natürliche Preis der Arbeit, der immer vom Preise der Nahrungsmittel, Kleidung und der übrigen Bedarfsartikel abhängt, steigen; im zweiten wird er unverändert bleiben oder sinken. Doch wird in beiden Fällen die Marktrate des Lohnes steigen; denn im Verhältnis zu der Zunahme des Kapitals wird die Zunahme der Nachfrage nach Arbeit stehen; im Verhältnis zu der Arbeit, die getan werden muß, wird die Nachfrage nach denen stehen, die sie verrichten sollen.

Außerdem wird in beiden Fällen der Marktpreis der Arbeit über ihren natürlichen Preis steigen, und in beiden Fällen wird er eine Tendenz haben, sich ihrem natürlichen Preise anzupassen. Aber im ersteren Falle wird diese Übereinstimmung schnellstens erfolgen. Zwar wird sich die Lage des Arbeiters dabei verbessern, doch nicht um vieles; denn der erhöhte Preis für Lebensmittel und Bedarfsartikel wird einen großen Teil seines erhöhten Lohnes in Anspruch nehmen. Infolgedessen wird schon ein kleines Arbeitsmehrangebot oder ein unbedeutender Zuwachs der Bevölkerung den Marktpreis bald wieder auf den nunmehr gestiegenen natürlichen Preis der Arbeit zurückführen.

Im zweiten Falle wird die Lage des Arbeiters sehr erheblich gebessert werden. Er wird einen höheren Geldlohn erhalten, ohne einen höheren Preis bezahlen zu brauchen; ja vielleicht sogar einen niedrigeren Preis für die Güter, die er und seine Familie verzehren; und erst nachdem die Bevölkerung bedeutend zugenommen hat, wird der Marktpreis der Arbeit wieder auf ihren nunmehr niedrigen und reduzierten natürlichen Preis sinken.

So wird also der Marktlohn der Arbeit mit jeder Vervollkommnung der Gesellschaft, mit jedem Zuwachs ihres Kapitals zu steigen; allein die Dauer seines Steigens wird von der Frage abhängen, ob der natürliche Preis der Arbeit ebenfalls gestiegen ist; und dies wiederum wird von dem Steigen des natürlichen Preises derjenigen Bedarfsartikel abhängen, für welche die Arbeitslöhne verausgabt werden.

Das heißt nicht, daß der natürliche Preis der Arbeit selbst wenn er in Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln geschätzt wird, absolut fest und unveränderlich ist. Er wechselt in einem und demselben Lande zu verschiedenen Zeiten und unterscheidet sich sehr wesentlich in den verschiedenen Ländern.[1] Im wesentlichen hängt er von den Gewohnheiten und Gebräuchen des Volkes ab. Einem englischen Arbeiter würde sein Lohn unter seinem natürlichen Rate und für den Unterhalt einer Familie zu kärglich vorkommen, wenn er damit keine anderen Nahrungsmittel als Kartoffeln erstehen, und in keiner besseren Wohnung als in einer Lehmhütte leben könnte. Dennoch werden diese natürlichen Ansprüche oft in solchen Ländern ausreichend erachtet, wo „das Leben des Menschen billig ist", und sein Bedarf leicht befriedigt wird. Manche Annehmlich-

[1] „Das Obdach und die Kleidung, die in dem einen Lande unerläßlich sind, mögen in einem anderen keineswegs nötig sein; und ein Arbeiter in Hindostan kann mit voller Kraft zu arbeiten fortfahren, obgleich er als seinen natürlichen Lohn nur solch einen Vorrat von Kleidung erhält, der nicht ausreichend sein würde, um einen Arbeiter in Rußland vor dem Untergange zu bewahren. Selbst in Ländern, die in demselben Klima gelegen sind, werden verschiedene Lebensgewohnheiten oft Veränderungen im natürlichen Preis der Arbeit erzeugen, die ebenso beträchtlich sind als diejenigen, die durch natürliche Ursachen hervorgerufen werden." R. Torrens, An Essay on the External Corn Trade, S. 68. — Der Gegenstand ist von Oberst Torrens durchweg sehr geschickt dargestellt worden.

keiten, die man heutzutage in einer englischen Hütte genießt, hätte man in einer früheren Periode unserer Geschichte für Luxus gehalten.

Infolge des Umstandes, daß mit dem Fortschreiten der Gesellschaft Fabrikate stets sinken, und Rohprodukte beständig steigen, wird schließlich in ihrem relativen Werte ein solches Mißverhältnis geschaffen, daß in reichen Ländern ein Arbeiter durch Verzicht auf einen sehr geringen Teil allein seiner Nahrungsmittel alle seine übrigen Bedürfnisse reichlich zu befriedigen imstande ist.

Unabhängig von den Veränderungen im Geldwerte, die zwar notwendigerweise den Geldlohn treffen, aber von denen wir angenommen haben, daß sie keinen Einfluß haben, da wir das Geld als dauernd gleichwertig betrachtet haben, scheint also der Lohn aus folgenden zwei Gründen einem Steigen oder Sinken unterworfen zu sein:

1. Das Angebot und die Nachfrage von Arbeitern;
2. Der Preis der Güter, für welche der Arbeitslohn verausgabt wird.

Auf verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaft geschieht die Ansammlung von Kapital oder von den zur Beschäftigung der Arbeit dienenden Mitteln mehr oder weniger schnell und muß in allen Fällen von den produktiven Kräften der Arbeit abhängen. Die produktiven Kräfte der Arbeit sind im allgemeinen am größten, wenn fruchtbarer Boden im Überflusse vorhanden ist. In solchen Perioden ist die Ansammlung oft so rasch, daß Arbeiter nicht mit derselben Geschwindigkeit wie Kapital beschafft werden können.

Man hat berechnet, daß sich die Bevölkerung unter günstigen Umständen in 25 Jahren verdoppeln kann; aber unter gleich günstigen Umständen könnte sich das gesamte Kapital eines Landes möglicherweise in noch kürzerer Zeit verdoppeln. In jenem Falle würde der Lohn die ganze Zeit

über eine Tendenz, zu steigen, haben, weil die Nachfrage nach Arbeit noch schneller als das Angebot zunehmen würde.

In neuen Ansiedlungen, wo die Künste und die Wissenschaft kulturell weit fortgeschrittener Länder eingeführt werden, hat wahrscheinlich das Kapital eine Tendenz, sich schneller zu vermehren als die Menschheit; und wenn der Mangel an Arbeitern nicht aus bevölkerteren Ländern gedeckt würde, würde diese Tendenz den Preis der Arbeit ganz bedeutend in die Höhe treiben. Im Verhältnis, wie solche Länder volkreich werden, und Boden von einer geringeren Qualität in Bebauung genommen wird, nimmt die Tendenz zur Kapitalvermehrung ab. Denn der Ertragsüberschuß, welcher nach Befriedigung der Bedürfnisse der vorhandenen Bevölkerung übrig bleibt, muß notwendigerweise im Verhältnis zur Leichtigkeit der Produktion, d. h. zur kleineren Anzahl der bei der Produktion beschäftigten Personen, stehen. Obgleich es also wahrscheinlich ist, daß unter den günstigsten Umständen die Produktivkraft noch größer ist, als die der Bevölkerung, so wird das doch nicht lange so bleiben. Denn da der Boden an Quantität beschränkt und an Qualität verschieden ist, so wird bei jedem weiteren auf ihn verwandten Kapitalsteile die Produktionsrate abnehmen, während die Bevölkerungskraft stets dieselbe bleibt.

In jenen Ländern, wo eine Fülle fruchtbaren Bodens ist, wo aber infolge der Unwissenheit, Trägheit und Barbarei der Einwohner sie allen Übeln des Mangels und der Hungersnot preisgegeben sind, und wo die Bevölkerung, wie man gesagt hat, gegen die Subsistenzmittel preßt, müßte ein ganz anderes Heilmittel angewandt werden, als das, welches in lang besiedelten Ländern nötig ist, wo man infolge der abnehmenden Rate des Angebots von Rohprodukten alle Übel einer zusammengedrängten Bevölkerung aus Erfahrung kennen gelernt hat. In dem einen Falle rührt das Übel von einer schlechten Regierung, von der Unsicherheit des Eigen-

tums und von einem Erziehungsmangel in allen Schichten des Volkes her. Um glücklicher zu werden, brauchen sie nur besser regiert und erzogen zu werden, denn die Vermehrung des Kapitals über die Zunahme der Bevölkerung hinaus würde die unvermeidliche Folge davon sein. Kein Zuwachs der Bevölkerung kann jemals zu groß werden, da die Produktivkräfte noch größer sind. In dem anderen Falle nimmt die Bevölkerung schneller zu, als die für ihre Existenz erforderlichen Mittel. Jede Anwendung von Fleiß wird, sofern sie nicht mit einer verminderten Zuwachsrate der Bevölkerung Hand in Hand geht, das Übel nur noch vermehren, denn die Produktion kann nicht damit Schritt halten.

Bei einer Bevölkerung, die gegen die Subsistenzmittel preßt, sind die einzigen Heilmittel entweder eine Volksverminderung oder eine schnellere Kapitalsansammlung. Doch ist in reichen Ländern, wo aller fruchtbarer Boden bereits bebaut ist, das letztere Mittel weder besonders praktisch, noch wünschenswert, weil seine Wirkung sein würde, wenn man es sehr weit triebe, alle Klassen gleich arm zu machen. Aber in armen Ländern, wo Produktionsmittel im Überfluß vorrätig sind, da noch nicht aller fruchtbare Boden in Anbau genommen ist, ist es das einzige sichere und wirksame Mittel, das Übel zu entfernen, zumal da seine Wirkung sein würde, alle Klassen des Volkes zu heben.

Die Menschenfreunde können nur wünschen, daß die arbeitenden Klassen in allen Ländern Sinn für Annehmlichkeiten und Genüsse haben, und daß sie in ihren Bemühungen, sich diese zu verschaffen, durch alle gesetzlichen Mittel angespornt werden möchten. Eine bessere Sicherheit gegen eine übergroße Bevölkerung gibt es nicht. In solchen Ländern, wo die arbeitenden Klassen die wenigsten Bedürfnisse haben und sich mit den billigsten Nahrungsmitteln begnügen, ist das Volk den größten Wechselfällen und Nöten ausgesetzt.

Sie haben keinen Zufluchtsort gegen das Unglück; sie können auch in keiner tieferen Lebenslage Sicherheit suchen; sie stehen schon so tief, daß sie nicht tiefer sinken können. Bei jedem Mangel am hauptsächlichsten Bedarfsartikel für ihre Subsistenz gibt es nur wenige Ersatzmittel, mit denen sie sich behelfen können, und Teurung ist für sie fast von allen Übeln einer Hungersnot begleitet.

Beim natürlichen Fortschreiten der Gesellschaft wird der Arbeitslohn, insofern er durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, eine sinkende Tendenz haben; denn das Angebot von Arbeitern wird im gleichen Maße, die Nachfrage nach ihnen jedoch in einem geringeren weiter steigen. Wenn der Lohn z. B. durch eine jährliche Kapitalszunahme zum Satze von 2 % reguliert wäre, so würde er, wenn es sich nur zum Satze von 1½ % ansammelte, heruntergehen. Er würde noch tiefer sinken, falls das Kapital nur zum Satze von 1 % oder ½ % wüchse, und würde weiter fallen, bis das Kapital stationär geworden wäre; in welchem Falle auch der Lohn stationär geworden wäre und gerade hinreichen würde, die Zahl der vorhandenen Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Ich sage, daß unter diesen Umständen der Arbeitslohn, wenn er sich nur nach Angebot und Nachfrage der Arbeiter richtete, sinken würde; doch dürfen wir nicht vergessen, daß der Lohn auch durch die Preise derjenigen Güter bestimmt wird, für welche man ihn verausgabt.

Wenn die Bevölkerung sich vermehrt, werden diese Bedarfsartikel dauernd im Preise steigen, weil mehr Arbeit für ihre Produktion erforderlich wird. Wenn also der Geldlohn der Arbeit sinken sollte, während jedes Gut, für das man den Arbeitslohn verausgabte, im Preise stiege, so würde der Arbeiter doppelt getroffen und bald aller Subsistenzmittel beraubt werden. Infolgedessen würde also der Geldlohn der Arbeit, anstatt zu fallen, steigen, aber er würde doch nicht genügend steigen, um den Arbeiter in den Stand zu setzen,

soviel Annehmlichkeiten und Bedarfsartikel zu erstehen, als er es vor dem Steigen des Preises jener Güter konnte. Hätte sein jährlicher Lohn vorher 24 £ oder 6 Quarter Getreide bei einem Preise von 4 £ pro Quarter betragen, so würde er, falls das Getreide auf 5 £ stiege, wahrscheinlich nur den Wert von 5 Quarter erhalten. Doch würden jetzt 5 Quarter 25 £ kosten; er bekäme also an Geldlohn einen Zusatz, obgleich er mit diesem Zusatz nicht imstande sein würde, sich mit derselben Menge an Getreide und anderen Gütern, die er mit seiner Familie vorher konsumiert hatte, zu versorgen.

Trotzdem also der Arbeiter in Wirklichkeit schlechter bezahlt sein würde, würde dieser Zuwachs seines Lohnes doch notwendigerweise die Profite des Fabrikanten herabmindern; denn der letztere würde seine Waren zu keinem höheren Preise verkaufen, und doch würden die Kosten ihrer Produktion gestiegen sein. Dies aber wird betrachtet werden bei unserer Untersuchung der Grundsätze, welche die Profite regulieren.

Es scheint demnach, daß die nämliche Ursache, welche die Rente in die Höhe treibt, nämlich die zunehmende Schwierigkeit, mit der im Verhältnis gleichen Arbeitsmenge eine Zusatzmenge Nahrungsmittel zu beschaffen, auch den Lohn steigern wird; wenn daher Geld von unveränderlichem Werte ist, werden sowohl Rente wie Lohn mit der Zunahme des Reichtums und der Bevölkerung eine steigende Tendenz haben.

Aber zwischen dem Steigen der Rente und dem Steigen des Lohnes besteht folgender wesentliche Unterschied. Das Steigen des Geldwertes der Rente wird begleitet von einem größeren Anteile am Ertrage. Nicht nur ist die Geldrente des Grundbesitzers größer, sondern auch seine Getreiderente. Er wird mehr Getreide erhalten, und jedes bestimmte Maß dieses Getreides wird für eine größere Menge aller übrigen Güter, deren Wert sich nicht gehoben hat, ausgetauscht werden. Dagegen wird sich das Los des Arbeiters

weniger glücklich gestalten. Zwar wird er mehr Geldlohn erhalten, aber sein Getreidelohn wird ein geringerer sein; und nicht bloß seine Verfügung über Getreide, sondern auch seine allgemeine Lage wird insofern verschlechtert werden, als es für ihn schwieriger ist, die Marktrate des Lohnes über seiner natürlichen Rate zu behaupten. Während der Getreidepreis um 10 % steigt, wird der Lohn immer weniger als 10 % steigen, aber die Rente wird immer mehr steigen. Die Lage des Arbeiters wird sich allgemein verschlechtern, und die des Grundherrn wird immer verbessert werden.

Angenommen, der Lohn des Arbeiters beliefe sich bei einem Weizenpreise von 4 £ pro Quarter auf 24 £ im Jahre, also auf den Wert von 5 Quarter Weizen, und er gäbe von seinem Lohne die eine Hälfte für Weizen, die zweite, oder 12 £, für andere Dinge aus. Dann würde er erhalten

	bei einem Weizenpreise von:	oder den Wert von:
24 £ 14 sh. — d.	4 £ 4 sh. 8 d.	5,83 Quarter
25 „ 10 „ — „	4 „ 10 „ — „	5,66 „
26 „ 8 „ — „	4 „ 16 „ — „	5.50 „
27 „ 8 „ 6 „	5 „ 2 „ 10 „	5,33 „

Er würde diesen Lohn empfangen, um ihn in den Stand zu setzen so gut und nicht besser leben können als vorher, denn bei einem Getreidepreise von 4 £ pro Quarter würde er für

3 Quarter Getreide à 4 £	12 £ ausgeben
und für andere Dinge	12 „
	24 £.

Wenn Weizen 4 £ 4 sh. 8 d. kostete, würden die 3 Quarter,

welche er und seine Familie verzehrte	12 £ 14 sh. kosten
andere Dinge, die nicht im Preise verändert wären . . . , ...	12 „ — „
	24 £ 14 sh.

Bei 4 £ 10 sh. würden 3 Quarter Weizen	13 £ 10 sh. kosten
und andere Dinge	12 „ — „
	25 £ 10 sh.

Bei 4 £ 16 sh. kosteten ihn 3 Quarter Weizen	14 £ 8 sh.
andere Dinge	12 „ — „
	26 £ 8 sh.

Bei 5 £ 2 sh. 10 d. würden 3 Quarter Getreide	15 £ 8 sh. 6 d. kosten
andere Dinge	12 „ — „ — „
	27 £ 8 sh. 6 d.

Er würde also im selben Verhältnisse, wie das Getreide teuer würde, einen niedrigeren Getreidelohn beziehen, aber sein Geldlohn würde immer steigen, während seine Genüsse, unter der obigen Voraussetzung genau dieselben sein würden. Da jedoch andere Güter in dem Verhältnis, als in ihre Zusammensetzung Rohprodukte eingingen, entsprechend im Preise steigen würden, so hätte er für etliche von ihnen mehr zu bezahlen. Obschon sein Tee, Zucker, Seife, Lichte und Miete wahrscheinlich kaum teurer sein würden, würde er mehr für seinen Speck, Käse, Butter, Leinewand, Schuhe und Tuch bezahlen; und deshalb würde sich seine Lage selbst bei obiger Lohnerhöhung verhältnismäßig schlechter gestalten. Aber man kann sagen, daß ich die Wirkung des Lohnes auf den Preis nur unter der Voraussetzung betrachtet habe, daß das Gold oder das Metall, aus welchem das Geld verfertigt wird, das Erzeugnis desjenigen Landes sei, in dem sich der Lohn veränderte; und daß die Folgerungen, welche ich abgeleitet habe, wenig mit dem wirklichen Zustand der Dinge übereinstimmen, weil Gold ein Metall von ausländischer Produktion ist. Indessen wird der Umstand, daß Gold ein ausländisches Erzeugnis ist, die Richtigkeit des Beweises nicht umstoßen, da gezeigt werden kann,

daß die Wirkungen zuletzt und selbst unmittelbar genau dieselben sein würden, ob man nun das Gold im Lande selbst gewonnen, oder von auswärts eingeführt hätte.

Wenn der Lohn steigt, so geschieht es im allgemeinen, weil das Anwachsen des Reichtums und Kapitals eine neue Nachfrage nach Arbeit veranlaßt hat, was unfehlbar mit einer vermehrten Produktion von Gütern verbunden sein wird. Um diese Zusatzgüter in Umlauf zu setzen, selbst zu den nämlichen Preisen wie vorher, ist mehr Geld erforderlich, mehr von diesem ausländischen Gute, aus dem das Geld hergestellt wird, und das nur durch Import erlangt werden kann. Wenn immer ein Gut in größerer Menge verlangt wird als früher, so steigt sein relativer Wert im Vergleich mit jenen Gütern, vermittels deren es gekauft wird. Wenn mehr Hüte verlangt würden, so würde ihr Preis steigen, und mehr Gold für sie hingegeben werden. Wenn mehr Gold verlangt würde, so würde Gold steigen, und Hüte im Preise sinken, da nunmehr eine größere Menge von Hüten und von all den anderen Dingen nötig sein würde, um dieselbe Menge Goldes zu erstehen. Aber in dem angenommenen Falle sagen, die Güter steigen, weil der Lohn steigt, heißt einen offenbaren Widerspruch behaupten. Denn erstens sagen wir, daß Gold infolge der Nachfrage in seinem relativen Werte steigen, und zweitens, daß es, weil die Preise steigen werden, in seinem relativen Werte sinken wird, zwei Wirkungen, die sich durchaus nicht miteinander vereinbaren lassen. Zu sagen, daß die Güter im Preise erhöht werden, bedeutet dasselbe, als zu sagen, daß das Geld im relativen Werte herabgesetzt wird; denn der relative Wert des Goldes wird nach Gütern geschätzt. Stiegen daher alle Güter im Preise, so könnte Gold nicht von auswärts kommen, um solche teueren Güter zu kaufen, sondern es würde hinauswandern und mit Vorteil zum Kauf der verhältnismäßig billigeren ausländischen Güter verwandt werden. Es scheint denn,

daß das Steigen des Lohnes nicht die Preise der Güter heben wird, gleichgültig, ob das Metall, aus welchem das Geld hergestellt wird, im Inland oder im Ausland produziert ist. Alle Güter können ohne Vermehrung der Geldmenge nicht gleichzeitig steigen. Wie wir bereits gezeigt haben, könnte ein solcher Zuwachs weder im Inlande gewonnen, noch vom Auslande bezogen werden. Um irgendeine Zusatzmenge an Gold vom Auslande zu kaufen, müssen die einheimischen Güter billig, nicht teuer sein. Der Import von Gold und ein Steigen des Preises aller im Inlande erzeugten Güter, mit denen Gold gekauft oder bezahlt wird, sind Wirkungen, die sich völlig ausschließen. Der ausgiebige Gebrauch von Papiergeld ändert diese Frage nicht; denn das Papiergeld stimmt, oder sollte wenigstens mit dem Werte des Goldes übereinstimmen, weshalb sein Wert nur durch solche Ursachen beeinflußt wird, die den Wert jenes Metalles beeinflussen.

Das also sind die Gesetze, die den Lohn bestimmen, und von welchen das Glück des weitaus größten Teiles jeder Gesellschaft beherrscht wird. Wie alle übrigen Verträge, so sollte auch der Lohn dem ordentlichen und freien Wettbewerbe des Marktes überlassen bleiben und niemals durch das Eingreifen der Gesetzgebung eingeschränkt werden.

Die klare und direkte Tendenz der Armengesetze steht mit diesen einleuchtenden Grundsätzen in offenbarem Widerspruch: sie dienen nicht, wie es die Gesetzgebung in wohlwollender Weise beabsichtigte, die Lage der Armen zu heben, sondern die der Reichen wie der Armen zu verschlechtern; statt die Armen reich zu machen, sind sie darauf berechnet, die Reichen arm zu machen; und solange die gegenwärtigen Gesetze in Kraft bleiben, liegt es ganz in der natürlichen Ordnung der Dinge, daß der Fonds für den Unterhalt der Armen nach und nach so anwachsen muß, bis er das gesamte Reineinkommen des Landes oder zum

mindesten doch so viel davon in sich aufgesaugt hat, als uns der Staat nach Befriedigung seines nie aufhörenden Bedarfs für den öffentlichen Aufwand noch übrig lassen wird.[1])

Diese verderbliche Tendenz dieser Gesetze ist für uns kein Geheimnis mehr, seitdem sie durch die geschickte Hand von Herrn Malthus völlig entwickelt worden ist; und jeder Freund der Armen muß ihre Abschaffung sehnlichst herbeiwünschen. Doch sind sie unglücklicherweise schon so lange festgelegt, und die Gewohnheiten der Armen sind so auf ihre Wirksamkeit eingestellt worden, daß es die vorsichtigste und geschickteste Behandlung erfordert, um sie mit Sicherheit aus unserem politischen Systeme auszumerzen. Alle, die einer Aufhebung dieser Gesetze sehr freundlich gesinnt sind, stimmen darin überein, daß, wenn es wünschenswert sei, die niederdrückendste Notlage von denen abzuwenden zu deren Wohlfahrt sie irrtümlicherweise eingeführt wurden, ihre Abschaffung auf das Behutsamste vorgenommen werden müßte.

Es ist eine Wahrheit, welche nicht einen Zweifel zuläßt, daß die Annehmlichkeiten und das Wohlergehen der Armen auf die Dauer nicht gesichert werden können, ohne eine gewisse Rücksichtnahme ihrerseits oder einige Anstrengung von seiten der Gesetzgebung, das Anwachsen ihrer Zahl zu regulieren und frühe und unüberlegte Heiraten unter ihnen zu vermeiden. Die Wirkung des Systems der Armengesetze ist

---

[1]) Mit Herrn Buchanan stimme ich in der folgenden Stelle, wenn sie sich auf vorübergehende Notlagen bezieht, insofern überein, „daß das große Übel in der Lage des Arbeiters Armut ist, die entweder aus Mangel an Nahrungsmitteln oder an Arbeit entspringt, und in allen Ländern sind zahllose Gesetze zu seiner Unterstützung erlassen worden. Doch gibt es im sozialen Zustande allerhand Elend, dem die Gesetzgebung nicht abhelfen kann, und daher ist es nützlich ihre Grenzen zu erkennen, damit wir nicht, indem wir nach Unausführbarem streben, das Gute verfehlen, was wirklich in unserer Gewalt ist“. Buchanan, S. 61.

diesem direkt entgegen gewesen. Sie haben die Zurückhaltung überflüssig gemacht und haben die Unklugheit noch dadurch gefördert, daß sie ihr einen Teil des Lohnes der Klugheit und des Fleißes opferten.[1])

Die Natur des Übels weist auf das Heilmittel hin. Durch die allmähliche Einschränkung des Wirkungskreises der Armengesetze, durch die Erweckung der Wertschätzung von Unabhängigkeit im Armen, durch die Belehrung, sich nicht auf eine systematische oder zufällige Mildtätigkeit zu verlassen, sondern auf ihre eigenen Anstrengungen für Unterhalt, Klugheit und Vorsicht weder als unnötige, noch als unnütze Tugenden anzusehen, werden wir uns nach und nach einem gesünderen und heilsameren Zustande nähern.

Kein Plan zur Verbesserung der Armengesetze verdient die mindeste Beachtung, der nicht ihre Aufhebung als letztes Ziel hat; und derjenige ist der beste Freund der Armen und der Sache der Menschheit, der ausfindig machen kann, wie dieses Endziel mit der größten Sicherheit und zu gleicher Zeit mit der geringsten Gewaltsamkeit erreicht werden kann. Das Übel läßt sich nicht durch irgendeine besondere, von

[1]) Der Fortschritt der Erkenntnis, der sich über diesen Gegenstand seit 1796 im House of Commons offenbart hat, ist glücklicherweise nicht gerade sehr unbedeutend gewesen, wie man aus der Gegenüberstellung des letzten Komissionsberichtes über die Armengesetze und der nachfolgenden Gefühlsausbrüche des Herrn Pitt in jenem Jahre ersehen kann. — „Laßt uns," sagte er, „in Fällen Abhilfe schaffen, wo eine reiche Kinderschar, statt ein Grund von Schmach und Schande zu sein, Rechts- und Ehrensache ist. Das wird einer großen Familie nicht zum Fluch, sondern zum Segen gereichen; und das wird eine geeignete Unterscheidungslinie zwischen denjenigen ziehen, die sich durch ihre Arbeit selbst ernähren können, und denjenigen, welche, nachdem sie ihr Vaterland mit einer Anzahl Kinder bereichert haben, einen Anspruch auf seine Unterstützung für Versorgung haben." — Hansard's Parliamentary History, Vol. 32, p. 710.

der heutigen verschiedene Erhebungsform für die Bildung des Fonds, aus dem die Armen unterstützt werden, mildern. Es würde nicht bloß keine Besserung sein, sondern sogar eine Verschlimmerung des Elends, welches wir gern beseitigt sehen möchten, wenn der Fonds in seinem Betrage vermehrt, oder neuerlichen Vorschlägen gemäß als allgemeiner Fonds vom Lande im großen erhoben würde. Die gegenwärtige Art seiner Ansammlung und Verwendung hat dazu gedient, seine schädlichen Wirkungen zu mildern. Jedes Kirchspiel erhebt einen besonderen Fonds zur Unterstützung seiner eigenen Armen. Dadurch wird es ein Gegenstand von größerem Interesse und größerer praktischer Bedeutung, die Sätze niedrig zu halten, als wenn ein allgemeiner Fonds für die Unterstützung der Armen des ganzen Königreichs erhoben würde. Ein Kirchspiel ist an einer ökonomischen Aufbringung der Rate und an einer sparsamen Verteilung der Unterstützung mehr interessiert, wenn die ganze Ersparnis zu seinem eigenen Vorteil sein wird, als wenn Hunderte von anderen Kirchspielen daran teilhätten.

Dieser Ursache müssen wir die Tatsache zuschreiben, daß die Armengesetze noch nicht das ganze Reineinkommen des Landes verschlungen haben. Es ist nur der Strenge, mit der sie gehandhabt werden, zuzuschreiben, daß sie nicht übermäßig drückend geworden sind. Wenn jeder Unterstützungsbedürftige sicher sein könnte, sie zu erlangen und sie in einem solchen Grade zu erlangen, daß er dadurch das Leben erträglich angenehm machen könnte, würde uns die Theorie dazu führen, zu erwarten, daß alle übrigen Steuern zusammengenommen im Vergleich mit der einzigen Armensteuer leicht wären. Das Gravitationsgesetz ist nicht gewisser, als die Tendenz solcher Gesetze, Reichtum und Macht in Elend und Schwäche zu verwandeln; die Arbeitsanstrengungen von jedem Gegenstand, ausgenommen der Sorge für den bloßen Unterhalt abzulenken; jeden

geistigen Unterschied zu vernichten; die Seele fortwährend mit der Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse zu beschäftigen; bis schließlich alle Klassen mit der Plage allgemeiner Armut behaftet wären. Glücklicherweise haben diese Gesetze während einer Periode zunehmenden Wohlstandes ihre Wirksamkeit entfaltet, wo die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel regelmäßig gewachsen sind, und wo eine natürliche Nachfrage nach einer Zunahme der Bevölkerung vorhanden sein mußte. Wenn aber unser Fortschritt sich verlangsamen sollte; wenn wir den stationären Zustand erreichen sollten, von dem wir, wie ich glaube, noch sehr weit entfernt sind, dann wird die verderbliche Natur dieser Gesetze offenkundiger und beängstigender werden, und dann wird außerdem ihre Beseitigung durch viele weitere Schwierigkeiten behindert werden.

Kapitel VI.

Über den Profit.

Nachdem gezeigt worden ist, daß die Kapitalprofite in verschiedenen Unternehmungen im Verhältnis zueinander stehen, und daß sie alle eine Tendenz haben sich in demselben Grade und nach derselben Richtung hin zu verändern, bleibt es für uns übrig, zu betrachten, was die Ursache der dauernden Veränderungen in der Profitrate und der daraus folgenden fortwährenden Veränderungen des Zinsfußes ist.

Wir haben gesehen, daß der Preis [1]) des Getreides durch die Arbeitsmenge bestimmt wird, welche zu seiner Produktion mit dem Kapitalteile, welcher keine Rente zahlt, erforderlich ist. Wir haben ferner gesehen, daß alle Fabrikate im Preise fallen oder steigen, je nachdem zu ihrer Herstellung mehr oder weniger Arbeit nötig wird. Weder der Landwirt, welcher jene Bodenfläche bebaut, die den Preis bestimmt, noch der Fabrikant, welcher Waren erzeugt, opfert irgend einen Teil des Ertrages für Rente. Der Gesamtwert ihrer Güter wird nur in zwei Teile zerlegt: der eine besteht aus dem Kapitalprofit, der andere aus dem Arbeitslohn.

Gesetzt, Getreide und Manufakturwaren ließen sich stets zum selben Preise verkaufen, so würden sich die Profite hoch oder niedrig gestalten, je nachdem der Lohn niedrig oder hoch wäre. Nehmen wir aber an, Getreide steige im Preise, weil seine Produktion mehr Arbeit erfordert; jene Ursache wird nicht den Preis der Manufakturwaren heben, zu deren Herstellung man keine Zusatzmenge von Arbeit benötigt. Blieben nun die Löhne dieselben, so würden es auch die Profite der Fabrikanten. Wenn der Lohn jedoch, was vollkommen sicher ist, mit dem Getreidepreise steigen sollte, dann würden ihre Profite notwendigerweise sinken.

Wenn ein Fabrikant seine Waren stets für dasselbe Geld, z. B. für 1000 £, verkaufte, würde sein Profit vom Preise der Arbeit abhängen, die zur Herstellung jener Waren nötig wäre. Sein Profit würde geringer ausfallen, wenn sich der Lohn auf 800 £ beliefe, als wenn er bloß 600 £ bezahlte. Somit würden also die Profite im selben Verhältnis sinken, wie die Löhne steigen würden. Wenn jedoch der Preis des Rohproduktes sich erhöhen würde, so kann man fragen, ob nicht wenigstens der Landwirt dieselbe Profitrate beziehen würde, obschon er eine Zusatzsumme für Lohn zu bezahlen hätte? Sicherlich nicht; denn er wird nicht bloß,

[1]) Es ist wünschenswert, daß der Leser im Sinn behält, daß ich das Geld, um den Gegenstand klarer zu machen, als in seinem Werte unveränderlich betrachte, und daß infolgedessen jede Preisveränderung auf eine Veränderung im Werte des Gutes zurückzuführen ist.

7*

im Verein mit dem Fabrikanten, jedem Arbeiter, welchen er verwendet, einen Lohnzuschlag zu bezahlen haben, sondern er wird auch gezwungen sein, entweder eine Rente zu entrichten, oder eine Zusatzzahl von Arbeitern zu beschäftigen, um denselben Ertrag zu erzielen; und die Preiserhöhung des Rohproduktes wird also nur im Verhältnis zu jener Rente oder zu jener Zusatzzahl stehen und ihm für die Lohnsteigerung keine Entschädigung gewähren.

Wenn beide, der Fabrikant und der Landwirt, 10 Mann bei einem Lohn beschäftigten, der im Jahre von 24 £ auf 25 £ pro Mann stiege, so würde die Gesamtsumme, die jeder bezahlte, statt 240 £, 250 £ betragen. Dies ist jedoch der gesamte Zuschuß, den der Fabrikant bezahlen würde, um dieselbe Gütermenge zu erhalten; dagegen würde der Landwirt auf jungfräulichem Boden wahrscheinlich genötigt sein, einen weiteren Mann zu beschäftigen und infolgedessen eine Zusatzsumme von 25 £ für Lohn auszugeben; und der Landwirt auf dem alten Boden würde genötigt sein, genau dieselbe Zusatzsumme von 25 £ für Rente zu bezahlen, ohne welche Zusatzarbeit weder das Getreide noch die Zusatzrente gestiegen sein würde. Der eine wird daher 275 £ allein für Lohn zu bezahlen haben, der andere für Lohn und Rente zusammen; und zwar jeder 25 £ mehr als der Fabrikant. Für diese letzteren 25 £ wird der Landwirt durch die Erhöhung des Preises des Rohproduktes entschädigt, weshalb sein Profit noch immer mit dem des Fabrikanten übereinstimmt. Da diese Behauptung wichtig ist, werde ich mich bemühen, sie noch weiter zu erläutern.

Wir haben gezeigt, daß sowohl der Anteil des Grundbesitzers als der des Arbeiters am *Werte* des Ertrages der Erde auf den frühen Stufen der Gesellschaft nur klein ausfallen, und daß er im Verhältnis zu dem Fortschritt des Reichtums und der Schwierigkeit, Nahrungsmittel zu ver-

schaffen, steigen würde. Wir haben auch gezeigt, daß sich der tatsächliche Anteil des Arbeiters verringern wird, obwohl der Wert des Anteiles des Arbeiters durch den hohen Wert der Nahrungsmittel erhöht werden wird; während derjenige des Grundbesitzers nicht nur an Wert, sondern auch an Menge zunehmen wird.

Die übrig bleibende Menge des Bodenproduktes gehört, nachdem der Grundbesitzer und der Arbeiter bezahlt sind, notwendigerweise dem Landwirt und bildet den Profit seines Kapitals. Allein man kann behaupten, daß der Landwirt, obschon sein Anteil am Gesamtertrage bei fortschreitender Gesellschaft vermindert sein wird, ebensogut wie der Grundbesitzer und der Arbeiter, da der Anteil im Werte steigt, trotzdem einen größeren Wert erhalten mag.

Man kann z. B. sagen, daß 180 Quarter vom besten Boden, falls das Getreide von 4 £ auf 10 £ stiege, für 1800 £ statt 720 £ verkauft würden, und daß infolgedessen der Wert des Profits des Landwirts ebenfalls noch zugenommen haben könnte, obschon sich für den Grundbesitzer und Arbeiter ein größerer Wert an Rente und Lohn ergeben hätte. Dies ist jedoch unmöglich, wie ich mich nun zu zeigen bemühen werde.

Erstens würde der Preis des Getreides nur im Verhältnis zur größeren Schwierigkeit steigen, mit der es sich auf einem Boden von geringerer Qualität anbauen ließe.

Es ist schon bemerkt worden, daß, wenn die Arbeit von 10 Mann auf Boden von bestimmter Qualität 180 Quarter Weizen erzielt, und sein Wert 4 £ pro Quarter, also 720 £ beträgt, und wenn die Arbeit von 10 weiteren Mann auf demselben oder irgend einem anderen Boden nur 170 Zusatzquarter produzieren wird, Weizen dann von 4 £ auf 4 £ 4 sh. 8 d. steigen würde; denn 170 verhält sich zu 180 wie 4 £ zu 4 £ 4 sh. 8 d. Mit anderen Worten, da in dem einen Falle die Arbeit von 10 Mann zur Gewinnung von

170 Quarter nötig ist, und im anderen nur die von 9,44, so würde die Steigerung sich wie 9,44 zu 10 oder wie 4 £ zu 4 £ 4 sh. 8 d. verhalten. Auf dieselbe Weise könnte gezeigt werden, daß der Preis, wenn man mit der Arbeit von 10 weiteren Mann nur 160 Quarter ernten würde, weiter auf 4 £ 10 sh. steigen würde; wenn 150 Quarter, auf 4 £ 16 sh. usw. usw.

Wenn aber auf dem Boden, der keine Rente abwirft, 180 Quarter geerntet würden, und sein Preis sich auf 4 £ beliefe, so würde das Getreide verkauft für	720 £.
Und wenn 170 Quarter auf dem Boden, der keine Rente abwirft, geerntet würden und der Preis auf 4 £ 4 sh. 8 d. stiege, immer noch für . .	720 £.
Ebenso bringen 160 Quarter zu 4 £ 10 sh. hervor	720 £.
Und 150 Quarter zu 4 £ 16 sh. dieselbe Summe von	720 £.

Nun ist es klar, daß sich die Profitrate des Landwirts im Verhältnis zur Erhöhung des Kornpreises vermindern wird, wenn er gezwungen ist, aus diesen gleichen Werten Lohn zu bezahlen, der sich das eine Mal durch den Weizenpreis zu 4 £, und zu anderen Zeiten nach höheren Preisen bestimmt.

In diesem Falle glaube ich somit deutlich gezeigt zu haben, daß ein Steigen des Getreidepreises, welches den Geldlohn des Arbeiters vermehrt, den Geldwert des Profits des Landwirtes vermindert.

Doch wird der Fall beim Landwirte des alten und besseren Bodens keineswegs anders liegen. Auch er wird höheren Lohn zu bezahlen haben und vom Werte des Ertrages, wie hoch sich dessen Preis auch immer gestalten mag, niemals mehr zurückbehalten als 720 £, die zwischen ihm und seinen an Zahl stets gleichen Arbeitern verteilt

werden müssen. Daher muß er im selben Verhältnis, als sie mehr bekommen, weniger für sich behalten.

Als der Getreidepreis auf 4 £ stand, gehörten sämtliche 180 Quarter dem Landwirte, und er verkaufte sie für 720 £. Als das Getreide auf 4 £ 4 sh. 8 d. stieg, mußte er den Wert von 10 Quartern aus seinen 180 Quartern als Rente bezahlen; folglich brachten ihm die übrigen 170 nicht mehr als 720 £ ein. Als es weiter auf 4 £ 10 sh. stieg, bezahlte er 20 Quarter oder deren Wert als Rente, und er behielt infolgedessen nur 160 Quarter übrig, welche dieselbe Summe von 720 £ abwarfen.

Man wird also sehen, daß, welche Steigerung immer im Getreidepreise eintreten mag, eine solche Steigerung infolge der Notwendigkeit, zur Gewinnung einer bestimmten Zusatzmenge an Produkten mehr Arbeit und Kapital zu verwenden, im Werte durch die Zusatzrente oder verwendete Zusatzarbeit stets wieder ausgeglichen wird; so daß der Landwirt für das, was ihm nach Bezahlung der Rente übrig bleibt, denselben wirklichen Wert erhalten wird, mag er nun das Getreide für 4 £, für 4 £ 10 sh. oder für 5 £ 2 sh. 10 d. verkaufen. Somit sehen wir, daß er stets dieselbe Summe von 720 £ erhält, gleichgültig ob der Ertrag 180, 170, 160 oder 150 Quarter beträgt, da der Preis im umgekehrten Verhältnis zur Menge steigt.

Hieraus folgt also, daß die Rente stets den Konsumenten belastet und niemals den Landwirt; denn wenn sich der Ertrag seines Gutes gleichmäßig auf 180 Quarter beziffern sollte, so würde er bei steigendem Preise den Wert einer kleineren Menge für sich selbst übrig behalten und seinem Gutsherrn den Wert einer größeren geben. Doch würde der Abzug derartig sein, daß ihm stets die nämliche Summe von 720 £ bliebe.

Man wird außerdem gesehen haben, daß in allen Fällen dieselbe Summe von 720 £ in Lohn und Profit geteilt werden

muß. Wenn der Wert des Rohproduktes vom Boden diesen Wert übersteigt, so gehört der Mehrbetrag zur Rente, wie groß er auch immer sein mag. Ist kein Überschuß vorhanden, so wird es auch keine Rente geben. Mag der Lohn oder der Profit steigen, oder fallen, sie müssen beide doch stets aus dieser Summe von 720 £ genommen werden. Einerseits kann der Profit niemals so hoch steigen, bis er soviel von diesen 720 £ für sich beansprucht, daß nicht mehr genug übrig bleibt, um die Arbeiter mit den unbedingt notwendigen Bedarfsartikeln zu versorgen; andererseits kann der Lohn niemals so hoch steigen, daß er keinen Teil dieser Summe als Profit übrig läßt.

So werden also in jedem Falle die landwirtschaftlichen wie die gewerblichen Profite durch ein Steigen des Preises des Rohproduktes herabgesetzt, wenn es von einem Steigen des Lohnes begleitet wird.[1]) Wenn der Landwirt für das Getreide, das ihm nach Bezahlung der Rente übrig bleibt, keinen Zusatzwert erhält, wenn auch der Fabrikant für die Waren, welche er verfertigt, keinen Zusatzwert bekommt, und wenn beide gezwungen sind, einen größeren Wert an Lohn zu zahlen, kann dann irgend etwas klarer feststehen, als daß die Profite bei einem Steigen der Löhne sinken müssen?

Der Landwirt hat jedoch ein entschiedenes Interesse daran, die Rente oder vielmehr den natürlichen Preis des Produktes niedrig zu halten, obwohl er keinen Teil von der Rente seines Gutsherrn zahlt, da diese stets durch den Preis des Produktes bestimmt wird und unabänderlich den Kon-

[1]) Der Leser wird merken, daß wir die zufälligen Veränderungen außer acht lassen, welche von schlechten und guten Jahren oder von steigender oder fallender Nachfrage infolge einer plötzlichen Einwirkung auf den Stand der Bevölkerung herrühren. Wir sprechen von dem natürlichen und ständigen, nicht von dem zufälligen und schwankenden Getreidepreis.

sumenten zur Last fällt. Als ein Konsument des Rohproduktes und solcher Dinge, in welche das Rohprodukt als Bestandteil eingeht, wird er genau wie alle übrigen Konsumenten daran interessiert sein, den Preis niedrig zu halten. Aber hauptsächlich geht ihn der hohe Getreidepreis an, da dieser auf den Lohn wirkt. Bei jeder Erhöhung des Getreidepreises wird er aus ein und derselben unveränderlichen Summe von 720 £ den 10 Mann, die er, wie wir annahmen, ständig beschäftigt, eine Zusatzsumme an Lohn zu zahlen haben. Als wir von den Löhnen sprachen, sahen wir, daß sie mit dem Steigen des Preises des Rohproduktes unabänderlich steigen. Man wird auf Grund der auf Seite 92 vorgenommenen Berechnung erkennen, daß der Jahreslohn 24 £ betragen muß, wenn der Weizenpreis auf 4 £ pro Quarter steht.

Wenn der Weizen steht auf:	würde der Lohn betragen:
4 £ 4 sh. 8 d.	24 £ 14 sh. — d.
4 „ 10 „ — „	25 „ 10 „ — „
4 „ 16 „ — „	26 „ 8 „ — „
5 „ 2 „ 10 „	27 „ 8 „ 6 „

Nun werden aus dem unveränderlichen Fonds von 720 £ den Arbeitern und Landwirten zugeteilt,

wenn der Weizenpreis steht auf	den Arbeitern	den Landwirten
4 £ — sh. — d.	240 £ — sh.	480 £ — sh.
4 „ 4 „ 8 „	247 „ — „	473 „ — „
4 „ 10 „ — „	255 „ — „	465 „ — „
4 „ 16 „ — „	264 „ — „	456 „ — „
5 „ 2 „ 10 „	274 „ 5 „	445 „ 15 „[1])

[1]) Die 180 Quarter Getreide würden sich bei den oben genannten Veränderungen im Getreidewerte in den folgenden Ver-

Und wenn wir annehmen, daß das ursprüngliche Kapital des Landwirts 3000 £ wäre, so würde sich der Profit seines Kapitals, da er im ersten Beispiel 480 £ betrüge, auf 16 % belaufen. Wenn sein Profit auf 473 £ fiele, würde sich seine Rate auf 15,7 % stellen.

Bei 465 £ auf 15,5 %
„ 456 „ „ 15,2 „
„ 445 „ „ 14,8 „

Allein, die *Profitrate* wird noch weiter sinken, weil das Kapital des Landwirts, wie man sich erinnern muß, zum großen Teile aus Rohprodukten, wie sein Getreide, Heuvorrat, sein ungedroschener Weizen und Gerste, sowie seinen Pferden und Kühen besteht, die sich infolge des Steigens des Pro-

---

hältnissen zwischen Grundbesitzern, Landwirten und Arbeitern verteilen:

Preis pro Quart.	Rente (in Weizen)	Profit (in Weizen)	Lohn (in Weizen)	Zusammen
4 £ — sh. — d.	— Quart.	120 Quart.	60 Quart.	180 Quart.
4 „ 4 „ 8 „	10 „	111,7 „	58,3 „	180 „
4 „ 10 „ — „	20 „	103,4 „	56,6 „	180 „
4 „ 16 „ — „	30 „	95 „	55 „	180 „
5 „ 2 „ 10 „	40 „	86,7 „	55,3 „	180 „

und unter denselben Umständen würde sich Rente, Lohn und Profit in Geld wie folgt gestalten:

Preis pro Quart.	Rente	Profit	Lohn	Zusammen
£ sh. d.	£ sh. d.	£ sh. d.	£ sh. d.	£ sh. d.
4 — —	keine	480 — —	240 — —	720 — —
4 4 8	42 7 6	473 — —	247 — —	762 7 6
4 10 —	90 — —	465 — —	255 — —	810 — —
4 16 —	144 — —	456 — —	264 — —	864 — —
5 2 10	205 13 4	445 15 —	274 5 —	925 13 4

duktes alle im Preise erhöhen würden. Sein absoluter Profit ginge also von 480 £ auf 445 £ 15 sh. herab; sollte jedoch sein Kapital aus dem oben erwähnten Grunde von 3000 £ auf 3200 £ steigen, so würde seine Profitrate bei einem Getreidepreise von 5 £ 2 sh. 10 d. unter 14 % stehen.

Hätte ein Fabrikant in sein Geschäft ebenfalls 3000 £ gesteckt, so würde er infolge der Lohnsteigerung gezwungen werden, sein Kapital zu erhöhen, um in den Stand gesetzt zu werden, dasselbe Geschäft weiter zu führen. Wenn sich seine Güter früher zu 720 £ verkaufen ließen, würden sie sich auch ferner noch zu demselben Preis verkaufen lassen; doch würde der Arbeitslohn, der vorher 240 £ betrug, bei einem Getreidepreise von 5 £ 2 sh. 10 d. auf 274 £ 5 sh. steigen. Im ersten Falle würde er von den 3000 £ ein Saldo von 480 £ Profit haben, im zweiten von dem vergrößerten Kapital nur ein solches von 445 £ 15 sh.; folglich würde sein Profit mit der veränderten Profitrate des Landwirts übereinstimmen.

Es gibt wenig Güter, die in ihren Preisen durch ein Steigen des Rohproduktes nicht mehr oder weniger betroffen werden, weil irgendein dem Boden abgewonnenes Rohmaterial in die Zusammensetzung der meisten Güter eingeht. Baumwollzeug, Leinen und Tuch werden sämtlich mit dem Steigen des Weizens im Preise steigen. Doch steigen sie, weil auf das Rohmaterial, aus dem sie verfertigt sind, eine größere Arbeitsmenge verwandt wurde; nicht aber, weil der Fabrikant seinen Arbeitern, die er für diese Güter beschäftigte, mehr bezahlte.

In allen Fällen steigen die Güter, weil man auf sie mehr Arbeit verwendet, und nicht, weil die auf sie verwendete Arbeit höher im Werte steht. Geschmeide, Eisen-, Silber- und Kupfersachen würden nicht steigen, weil keines der auf der Erdoberfläche erzeugten Rohprodukte in ihre Zusammensetzung eingeht.

Man kann sagen, daß ich es für zugestanden gehalten habe, daß der Geldlohn wohl bei steigenden Rohproduktenpreisen in die Höhe gehen würde, daß dies jedoch keineswegs eine unbedingte Folge sei, da sich ja der Arbeiter mit weniger Genüssen zufriedengeben könnte. Sicherlich kann der Arbeitslohn vorher hoch gestanden und nun einen Rückgang erlitten haben. Wenn dem so ist, wird das Sinken des Profits gehemmt werden; doch ist es unmöglich, zu begreifen, daß der Geldpreis des Lohnes bei allmählich steigendem Preise der Bedarfsartikel sinken oder stationär bleiben sollte; und deshalb kann man es für zugestanden hinnehmen, daß unter gewöhnlichen Umständen ein dauerndes Steigen im Preise der Bedarfsartikel nicht stattfindet, ohne ein Steigen des Lohnes zu veranlassen, oder ohne daß eine Lohnerhöhung vorhergegangen ist.

Die auf die Profite ausgeübten Wirkungen würden dieselben oder nahezu dieselben gewesen sein, wenn irgendein Steigen im Preise jener anderen Bedarfsartikel, für welche der Arbeitslohn verausgabt wird, mit Ausnahme der Lebensmittel stattgefunden hätte. Der Zwang, unter dem der Arbeiter stehen würde, für solche Bedarfsartikel einen höheren Preis zu bezahlen, würde ihn zwingen, mehr Lohn zu verlangen; und was immer den Lohn hebt, drückt den Profit notwendig herab. Aber nehmen wir an, der Preis von Seide, Samt, Hausrat und irgendwelchen Gütern, nach denen der Arbeiter kein Verlangen zeigt, steige, weil man auf sie mehr Arbeit verwenden muß, würde das nicht die Profite beeinflussen? Sicherlich nicht: denn außer der Lohnerhöhung kann nichts auf die Profite einwirken. Seide und Samt werden vom Arbeiter nicht konsumiert und können daher den Lohn nicht in die Höhe treiben.

Man muß sich darüber klar sein, daß ich vom Profit im allgemeinen spreche. Ich habe bereits bemerkt, daß der Marktpreis eines Gutes seinen natürlichen oder notwendigen

Preis übersteigen mag, da es in geringerer Fülle, als der neue Bedarf danach erheischt, produziert werden kann. Das ist jedoch nur eine vorübergehende Wirkung. Natürlich werden die hohen Profite des zur Produktion jenes Gutes verwandten Kapitals Kapital in diesen Gewerbezweig ziehen, und sobald der erforderliche Fonds verschafft ist, und die Gütermenge gehörig vermehrt worden ist, wird sein Preis sinken, und die Profite des Gewerbes mit dem allgemeinen Stand übereinstimmen. Ein Fallen in der allgemeinen Profitrate ist mit einem teilweisen Steigen der Profite in einzelnen Unternehmungen durchaus nicht unvereinbar. Das Kapital wird infolge der Ungleichheit der Profite aus dem einen Unternehmen in das andere hinübergeleitet. Während also die allgemeinen Profite sinken und sich infolge der Lohnsteigerung und wachsenden Schwierigkeit, eine zunehmende Bevölkerung mit Bedarfsmitteln zu versorgen, allmählich auf einen niedrigeren Stand stellen, können sich die Profite des Landwirts für eine Zeit von kurzer Dauer über dem früheren Stand halten. Ein außergewöhnlicher Antrieb kann auf gewisse Zeit auch einem besonderen Zweig des auswärtigen oder kolonialen Handels gegeben werden; doch entkräftet das Zugeständnis dieser Tatsache keineswegs die Theorie, daß der Profit von hohem oder niedrigem Lohn, der Lohn vom Preise der Bedarfsartikel, und der Preis der Bedarfsartikel hauptsächlich vom Preise der Lebensmittel abhängt, weil alle anderen Erfordernisse fast ohne Grenze vermehrt werden können.

Man sollte sich daran erinnern, daß die Preise auf dem Markte fortwährend schwanken, und zwar in erster Linie wegen des verhältnismäßigen Standes von Angebot und Nachfrage. Obschon Tuch für 40 sh. pro Elle geliefert werden und die gewöhnlichen Kapitalsprofite abwerfen könnte, so vermag es doch wegen eines allgemeinen Modewechsels oder einer anderen Ursache, die plötzlich und un-

erwartet die Nachfrage steigern oder den Vorrat verringern sollte, auf 60 sh. oder 80 sh. in die Höhe zu gehen. Die Tuchfabrikanten werden zeitweilig ungewöhnliche Profite beziehen, aber das Kapital wird naturgemäß dieser Fabrikation so lange zufließen, bis Angebot und Nachfrage wieder ihr richtiges Gleichgewicht erlangt haben; in welchem Falle der Preis des Tuches wieder auf 40 sh., seinen natürlichen oder notwendigen Preis, zurückgehen wird. Auf dieselbe Weise kann das Getreide bei jeder Steigerung der Nachfrage so hoch steigen, daß es dem Landwirt mehr als die allgemeinen Profite abwirft. Ist fruchtbarer Boden im Überflusse vorhanden, so wird der Preis des Getreides auf seinen früheren Stand zurücksinken, nachdem zu seiner Produktion die entsprechende Kapitalsmenge verwandt worden ist, und die Profite werden genau wie vorher sein; ist aber nicht genug fruchtbarer Boden vorhanden, so wird, wenn zur Erzeugung dieser Zusatzmenge mehr als die gewöhnliche Menge an Kapital und Arbeit benötigt wird, das Getreide nicht auf seinen früheren Stand sinken. Sein natürlicher Preis wird erhöht werden, und der Landwirt wird sich gezwungen sehen, statt dauernd größere Profite zu beziehen, mit der verringerten Rate zufrieden zu sein, welche die unvermeidliche Folge einer durch das Steigen der Bedarfsartikel hervorgerufenen Lohnerhöhung ist.

Die natürliche Tendenz des Profits ist demnach zu fallen; denn bei dem Fortschreiten der Gesellschaft und des Reichtums wird die erforderliche Zusatzmenge an Nahrungsmitteln durch das Opfer von immer mehr Arbeit erlangt. Diese Tendenz, dieses Gravitieren, sozusagen, der Profite, wird glücklicherweise in sich wiederholenden Zwischenräumen durch die Verbesserungen der Maschinerie, wie sie mit der Produktion von Bedarfsartikeln verbunden ist, gehemmt, sowie durch Entdeckungen in der Agrikulturwissenschaft, die uns in den Stand setzen, einen Teil der vorher erforderlichen

Arbeitsmenge aufzugeben und infolgedessen den Preis des hauptsächlichsten Bedarfsartikels des Arbeiters zu erniedrigen. Doch ist das Steigen des Preises der Bedarfsartikel und des Arbeitslohnes begrenzt; denn sobald der Lohn, wie in dem früheren Beispiele 720 £, der Gesamteinnahme des Landwirtes, gleichkommen sollte, müßte die Kapitalsanhäufung aufhören, weil dann kein Kapital noch irgendwelchen Profit abwerfen, und keine Zusatzarbeit verlangt werden kann, und infolgedessen wird die Bevölkerung ihren höchsten Punkt erreicht haben. Lange freilich vor dieser Periode wird die sehr niedrige Profitrate alle Kapitalsanhäufung zum Stillstand gebracht haben, und nahezu der Gesamtertrag des Landes wird nach Bezahlung der Arbeiter das Eigentum der Grundeigentümer und der Empfänger von Zehnten und Steuern sein.

Greifen wir nun auf die frühere, sehr unvollkommene Basis als Grundlage meiner Berechnung zurück, so würde es scheinen, daß das ganze Reineinkommen des Landes den Grundherren gehören würde, falls das Getreide auf 20 £ pro Quarter stände; denn dann würde dieselbe Arbeitsmenge, die ursprünglich zur Produktion von 180 Quarter erforderlich war, nötig sein, um 36 Quarter zu erzeugen, da sich 20 £ zu 4 £ verhält, wie 180 zu 36. Der Landwirt also, der 180 Quarter erzeugte (wenn es irgend einen solchen gäbe; denn das in den Boden gesteckte alte und neue Kapital würde so durcheinander geraten sein, daß es in keiner Weise unterschieden werden könnte), würde verkaufen:

180 Quarter zu 20 £ pro Quarter	3600 £
abzüglich des Wertes von 144 Quarter, die als Differenz von 36 und 180 Quarter dem Grundbesitzer als Rente gehören	2880 £
36 Quarter	720 £

Der Wert von 36 Quarter den Arbeitern 10 an Zahl	720 £,

so daß überhaupt nichts als Profit übrig bleibt.

Ich habe angenommen, daß die Arbeiter zu diesem Preise von 20 £ auch fernerhin 3 Quarter pro Mann im Jahre konsumieren, oder	60 £
und daß sie für die übrigen Güter	12 £
ausgeben würden. Für jeden Arbeiter machte das	72 £,
weshalb 10 Arbeiter im Jahre kosten würden	720 £.

Bei all diesen Berechnungen bin ich nur darauf bedacht gewesen, das Prinzip zu erläutern, und es ist kaum nötig, zu bemerken, daß meine ganze Grundlage aufs Geratewohl und bloß zum Zwecke der Erläuterung angenommen ist. Obwohl im Grade verschieden, würden die Resultate im Prinzip doch dieselben gewesen sein, wenn ich die Differenz in der Zahl der Arbeiter, die zur Gewinnung der für eine wachsende Bevölkerung immer größer werdenden Getreidemenge notwendig sind, den Konsum der Familie des Arbeiters usw. auch noch so genau angesetzt hätte. Meine Absicht ist gewesen, den Gegenstand zu vereinfachen, und deshalb habe ich, abgesehen von den Nahrungsmitteln des Arbeiters, die Preiserhöhung der anderen Bedarfsartikel unberücksichtigt gelassen; eine Zunahme, die die Folge des zunehmenden Wertes der Rohmaterialien sein würde, aus denen sie gemacht werden, und die natürlich den Lohn noch weiter in die Höhe treiben und den Profit drücken würde.

Ich habe schon gesagt, daß lange bevor dieser Stand der Preise dauernd geworden wäre, kein Anlaß zur Kapitalsansammlung vorhanden sein würde; denn niemand sammelt an, außer mit der Absicht, seine Ansammlung produktiv zu machen; denn nur so angewandt, wirkt sie auf den Profit. Ohne einen Beweggrund könnte keine Ansammlung stattfinden, und demnach auch kein derartiger Stand der Preise eintreten. Der Landwirt und der Fabrikant können ohne Profit ebensowenig weiterleben, als der Arbeiter ohne Lohn. Ihr Antrieb zur Ansammlung wird sich bei jeder Profitverminderung vermindern und gänzlich aufhören, falls ihre Profite so niedrig sind, daß sie ihnen keine angemessene Vergütung mehr für ihre Mühe und das Risiko gewähren, dem sie notwendigerweise bei der produktiven Verwendung ihres Kapitals begegnen müssen.

Abermals muß ich bemerken, daß die Profitrate viel schneller, als ich bei meiner Berechnung angenommen habe, sinken würde; denn bei einem Werte des Produkts, wie ich ihn unter den angenommenen Umständen voraussetzte, würde der Wert des dem Landwirte gehörenden Kapitals beträchtlich erhöht werden, weil dieses notwendigerweise aus vielen von den Gütern besteht, die an Wert gestiegen wären. Ehe das Getreide von 4 £ auf 12 £ steigen könnte, würde sich wahrscheinlich sein Kapital im Tauschwert verdoppelt haben und statt 3000 £ 6000 £ wert sein. Wenn also sein Profit von seinem ursprünglichen Kapital 180 £ oder 6 % wäre, so würde der Profit zu jener Zeit in Wirklichkeit auf keinem höheren *Satze* stehen als 3 %; denn 6000 £ zu 3 % ergeben 180 £; und nur unter diesen Bedingungen könnte ein neuer Landwirt mit 6000 £ in seiner Tasche in das landwirtschaftliche Geschäft eintreten.

Viele Gewerbe würden aus derselben Quelle mehr oder weniger Nutzen ziehen. Der Brauer, der Destillateur, der Tuch- oder Leinenfabrikant würden wohl für die Verringerung ihrer Profite durch die Werterhöhung ihres Kapitals an Rohmaterialien und Fertigwaren zum Teil entschädigt worden sein; allein ein Fabrikant von Kurzwaren, Schmucksachen und von manchen anderen Gütern, sowie auch alle diejenigen, deren Kapitalien gänzlich aus Geld beständen, würden dem völligen Sinken der Profitrate ausgesetzt sein, ohne irgend einen Ersatz dafür.

Der Wert von 36 Quarter den Arbeitern 10 an Zahl	720 £,

so daß überhaupt nichts als Profit übrig bleibt.

Ich habe angenommen, daß die Arbeiter zu diesem Preise von 20 £ auch fernerhin 3 Quarter pro Mann im Jahre konsumieren, oder	60 £
und daß sie für die übrigen Güter	12 £
ausgeben würden. Für jeden Arbeiter machte das	72 £,
weshalb 10 Arbeiter im Jahre kosten würden	720 £.

Bei all diesen Berechnungen bin ich nur darauf bedacht gewesen, das Prinzip zu erläutern, und es ist kaum nötig, zu bemerken, daß meine ganze Grundlage aufs Geratewohl und bloß zum Zwecke der Erläuterung angenommen ist. Obwohl im Grade verschieden, würden die Resultate im Prinzip doch dieselben gewesen sein, wenn ich die Differenz in der Zahl der Arbeiter, die zur Gewinnung der für eine wachsende Bevölkerung immer größer werdenden Getreidemenge notwendig sind, den Konsum der Familie des Arbeiters usw. auch noch so genau angesetzt hätte. Meine Absicht ist gewesen, den Gegenstand zu vereinfachen, und deshalb habe ich, abgesehen von den Nahrungsmitteln des Arbeiters, die Preiserhöhung der anderen Bedarfsartikel unberücksichtigt gelassen; eine Zunahme, die die Folge des zunehmenden Wertes der Rohmaterialien sein würde, aus denen sie gemacht werden, und die natürlich den Lohn noch weiter in die Höhe treiben und den Profit drücken würde.

Ich habe schon gesagt, daß lange bevor dieser Stand der Preise dauernd geworden wäre, kein Anlaß zur Kapitalsansammlung vorhanden sein würde; denn niemand sammelt an, außer mit der Absicht, seine Ansammlung produktiv zu machen; denn nur so angewandt, wirkt sie auf den Profit. Ohne einen Beweggrund könnte keine Ansammlung stattfinden, und demnach auch kein derartiger Stand der Preise eintreten. Der Landwirt und der Fabrikant können ohne Profit ebensowenig weiterleben, als der Arbeiter ohne Lohn. Ihr Antrieb zur Ansammlung wird sich bei jeder Profitverminderung vermindern und gänzlich aufhören, falls ihre Profite so niedrig sind, daß sie ihnen keine angemessene Vergütung mehr für ihre Mühe und das Risiko gewähren, dem sie notwendigerweise bei der produktiven Verwendung ihres Kapitals begegnen müssen.

Abermals muß ich bemerken, daß die Profitrate viel schneller, als ich bei meiner Berechnung angenommen habe, sinken würde; denn bei einem Werte des Produkts, wie ich ihn unter den angenommenen Umständen voraussetzte, würde der Wert des dem Landwirte gehörenden Kapitals beträchtlich erhöht werden, weil dieses notwendigerweise aus vielen von den Gütern besteht, die an Wert gestiegen wären. Ehe das Getreide von 4 £ auf 12 £ steigen könnte, würde sich wahrscheinlich sein Kapital im Tauschwert verdoppelt haben und statt 3000 £ 6000 £ wert sein. Wenn also sein Profit von seinem ursprünglichen Kapital 180 £ oder 6 % wäre, so würde der Profit zu jener Zeit in Wirklichkeit auf keinem höheren *Satze* stehen als 3 %; denn 6000 £ zu 3 % ergeben 180 £; und nur unter diesen Bedingungen könnte ein neuer Landwirt mit 6000 £ in seiner Tasche in das landwirtschaftliche Geschäft eintreten.

Viele Gewerbe würden aus derselben Quelle mehr oder weniger Nutzen ziehen. Der Brauer, der Destillateur, der Tuch- oder Leinenfabrikant würden wohl für die Verringerung ihrer Profite durch die Werterhöhung ihres Kapitals an Rohmaterialien und Fertigwaren zum Teil entschädigt worden sein; allein ein Fabrikant von Kurzwaren, Schmucksachen und von manchen anderen Gütern, sowie auch alle diejenigen, deren Kapitalien gänzlich aus Geld beständen, würden dem völligen Sinken der Profitrate ausgesetzt sein, ohne irgend einen Ersatz dafür.

Auch sollten wir erwarten, daß, wie sehr sich auch die Profitrate des Kapitals infolge der Kapitalansammlung auf dem Boden und des Steigens des Lohnes vielleicht verringern könnte, die Gesamtsumme der Profite dennoch zunehmen würde. Wenn wir also voraussetzten, daß die Profitrate bei wiederholten Ansammlungen von 100 000 £ von 20 auf 19, auf 18, auf 17 % heruntergingе, eine beständig abnehmende Rate, so sollten wir erwarten, daß die gesamte Profitsumme, die von jenen aufeinanderfolgenden Kapitaleigentümern empfangen würde, immer progressiv sein würde; daß sie also größer sein würde, wenn das Kapital 200 000 £ ausmachte, als wenn es sich auf 100 000 £ bezifferte, und noch größer, falls es sich auf 300 000 £ beliefe, und daß sie mit jedem neuen Kapitalzuwachse weiter stiege, obschon zu einer abnehmenden Rate. Diese Progression ist jedoch nur für eine gewisse Zeit wahr: so sind z. B. 19 % von 200 000 £ mehr als 20 % von 100 000 £, und 18 % von 300 000 £ sind wiederum mehr als 19 % von 200 000 £. Aber nachdem sich das Kapital zu einem großen Betrage angehäuft hat, und die Profite gesunken sind, so verringert jede weitere Ansammlung den Gesamtprofit. Nehmen wir demnach an, die Ansammlung beliefe sich auf 1 000 000 £, und der Profit auf 7 %, so wird die Gesamtsumme der Profite 70 000 £ betragen. Wenn jetzt ein weiterer Zuwachs von 100 000 £ Kapital zu der Million treten und der Profit auf 6 % fallen sollte, so werden die Kapitaleigentümer 66 000 £ oder um 4000 £ weniger erhalten, obgleich die Gesamtsumme des Kapitals von 1 000 000 £ auf 1 100 000 £ gestiegen sein wird.

Indessen kann keine Ansammlung von Kapital, solange das Kapital überhaupt noch einen Profit abwirft, geschehen, ohne daß dadurch nicht nur eine Vermehrung im Ertrage, sondern auch eine Vermehrung im Werte bewirkt wird. Bei einer Verwendung von 100 000 £ Zusatzkapital wird

kein Teil des früheren Kapitals weniger produktiv gestaltet. Der Ertrag des Bodens und der Arbeit des Landes muß zunehmen, und sein Wert wird nicht nur durch den Wert des Zusatzes, den die frühere Produktionsmenge erfahren hat, erhöht werden, sondern auch durch den neuen Wert, welcher dem Gesamtertrage des Grund und Bodens wegen der größeren Schwierigkeit, den letzten Teil davon zu gewinnen, verliehen wird. Falls jedoch die Ansammlung von Kapital sehr groß wird, wird es trotz dieses erhöhten Wertes so verteilt werden, daß dem Profit ein geringerer Wert als vorher zukommen wird, während der Wert des auf Rente und Lohn entfallenden Betrages vermehrt werden wird. So werden die jährlich erzielten Produktionen bei nacheinanderfolgenden Zusätzen von 100 000 £ zum Kapital, bei einem Sinken der Profitrate von 20 auf 19, auf 18, auf 17 % usw., an Menge zunehmen und mehr wert sein, als der gesamte Wertzuwachs beträgt, welchen das Zusatzkapital der Berechnung nach erzeugt. Von 20 000 £ wird der Profit auf mehr als 39 000 £ und dann auf mehr als 57 000 £ steigen, und falls das verwendete Kapital, wie wir vorher annahmen, 1 000 000 £ beträgt, werden, wenn 100 000 £ noch weiter zugelegt werden, und die Gesamtheit des Profites wirklich niedriger ist als vorher, trotzdem mehr als 6000 £ dem Einkommen des Landes zugeführt werden, aber dem Einkommen der Grundbesitzer und Arbeiter. Sie werden mehr als den Ertragszuwachs erhalten und infolge ihrer Lage imstande sein, sogar die früheren Gewinne der Kapitalisten zu beeinträchtigen. Nehmen wir z. B. an, daß der Getreidepreis auf 4 £ pro Quarter stände, und daß der Landwirt infolgedessen nach unserer früheren Berechnung von je 720 £, die er nach Bezahlung seiner Rente übrig hat, 480 £ für sich zurückbehielte und 240 £ seinen Arbeitern bezahlte; stiege nun der Preis auf 6 £ pro Quarter, so wäre er gezwungen, seinen Arbeitern 300 £ zu bezahlen und bloß 420 £

als Profit für sich zu behalten: er würde sich genötigt sehen, Ihnen 300 £ zu zahlen, damit sie dieselbe Menge an Bedarfsartikeln wie zuvor und nicht mehr konsumieren könnten. Wenn nun das verwendete Kapital so groß wäre, daß es 100000 mal 720 £, oder 72000000 £ einbrächte, so würde die Gesamtsumme der Profite 48000000 £ ausmachen, falls der Weizen auf 4 £ pro Quarter stände; und wenn durch Verwendung eines noch größeren Kapitals 105000 mal 720 £ bei einem Weizenpreise von 6 £ erzielt wurden, oder 75600000 £, so würden die Profite tatsächlich von 48000000 £ auf 44100000 £, oder 105000 mal 420 £ sinken, und der Lohn von 24000000 £ auf 31500000 £ steigen. Der Lohn stiege, weil mehr Arbeiter im Verhältnis zum Kapital verwendet würden; und jeder Arbeiter würde mehr Geldlohn erhalten; die Lage des Arbeiters würde sich jedoch, wie wir bereits zeigten, insofern verschlechtert haben, als er über eine geringere Menge vom Ertrage des Landes verfügen könnte. Die einzigen wirklichen Gewinner würden die Grundherren sein. Sie würden höhere Renten erhalten, erstens, weil der Ertrag von einem höheren Werte sein würde, und zweitens, weil sie einen erheblich größeren Anteil von jenem Ertrage haben würden.

Obschon ein größerer Wert erzeugt wird, so wird ein größerer Teil von dem, was von diesem Werte nach Bezahlung der Rente übrig bleibt, von den Produzenten konsumiert, und dieser allein ist es, der die Profite bestimmt. Solange der Boden reiche Erträge abwirft, kann der Lohn zeitweilig steigen, und die Produzenten mehr als ihren gewöhnlichen Anteil konsumieren. Aber der Antrieb, welcher dadurch der Bevölkerung erteilt werden wird, wird die Arbeiter schnell wieder auf ihren üblichen Konsum herabdrücken. Falls jedoch arme Böden in Bebauung genommen, oder mehr Kapital und mehr Arbeit auf den alten Boden bei einem geringeren Produktionsertrage verwandt werden, muß die

Wirkung dauernd sein. Ein größerer Anteil von dem Teile des Ertrages, welcher übrig bleibt, um nach Bezahlung der Rente zwischen den Kapitaleigentümern und den Arbeitern verteilt zu werden, wird den letzteren zugeteilt werden. Jeder einzelne kann und wird wahrscheinlich eine absolut kleinere Menge haben; da jedoch im Verhältnis zum gesamten, vom Landwirte zurückbehaltenen Ertrage mehr Arbeiter verwendet werden, so wird der Wert eines größeren Teiles des Gesamtertrages von dem Lohn in Anspruch genommen werden, und folglich der Wert eines kleineren Teiles den Profiten zufallen. Dies wird notwendigerweise dauernd gemacht werden durch die Naturgesetze, welche die produktiven Kräfte des Landes beschränkt haben.

Somit kommen wir wieder zu demselben Schluß, den wir vorher festzustellen suchten: — daß in allen Ländern und zu allen Zeiten die Profite von derjenigen Arbeitsmenge abhängen, die nötig ist, um für die Arbeiter Bedarfsartikel zu beschaffen, auf jenem Boden oder mit jenem Kapital, das keine Rente abwirft. Die Wirkungen der Ansammlung werden dann in verschiedenen Ländern verschieden sein und hauptsächlich von der Fruchtbarkeit des Bodens abhängen. Wie groß auch immer ein Land, wo der Boden von geringer Qualität, und der Import von Nahrungsmitteln verboten ist, sein mag, so werden doch die bescheidensten Ansammlungen des Kapitals von bedeutenden Rückgängen der Profitrate und einem schnellen Steigen der Rente begleitet werden. Dagegen kann ein kleines aber fruchtbares Land, besonders wenn es die Einfuhr von Nahrungsmitteln frei erlaubt, ein großes Kapital ohne irgend welche erhebliche Verringerung der Profitrate oder ein bedeutendes Steigen der Grundrente anhäufen. In dem Kapitel über den Lohn haben wir zu zeigen versucht, daß sich der Geldpreis der Güter durch eine Lohnsteigerung nicht erhöhen würde, gleichgültig, ob Gold, das Wertmaß des

Geldes, das Produkt dieses Landes wäre, oder ob es von auswärts importiert wäre. Wenn dem jedoch anders wäre, wenn die Preise der Güter dauernd durch hohen Lohn erhöht würden, so würde die Behauptung nicht weniger wahr sein, welche versichert, daß ein hoher Lohn die Verwender der Arbeit durch Entziehung eines Teiles ihrer wirklichen Profite unabänderlich trifft. Angenommen, der Hutmacher, Strumpfwirker und Schuhmacher bezahlten jeder zur Herstellung einer gewissen Menge ihrer Güter 10 £ mehr Lohn, und der Preis der Hüte, Strümpfe und Schuhe stiege um eine Summe, die ausreichend wäre, um dem Gewerbetreibenden die 10 £ wieder zu zahlen, so würde ihre Lage nicht besser sein, als wenn ein solches Steigen nicht eingetreten wäre. Wenn der Strumpfwirker seine Strümpfe statt für 100 £ für 110 £ verkaufte, würden seine Profite genau denselben Geldbetrag wie vorher ausmachen; da er aber im Tausch für diese gleiche Summe 1/10 weniger an Hüten, Schuhen und jedes anderen Gutes erhielte, und da er mit seinem früheren Betrag an Ersparnissen weniger Arbeiter zu höherem Lohn verwenden und weniger Rohmaterialien zu höheren Preisen erstehen könnte, so würde er sich in keiner besseren Lage befinden, als wenn sich seine Geldprofite im Betrage tatsächlich verringert, und jedes Ding seinen früheren Preis beibehalten hätte. Somit habe ich also zu beweisen versucht, daß erstens eine Lohnerhöhung den Preis der Güter nicht steigern würde, sondern unabänderlich die Profite drücken würde; und daß zweitens, wenn die Preise aller Güter erhöht werden könnten, die Wirkung auf die Profite immer noch dieselbe bleiben würde; und daß in Wirklichkeit nur der Wert desjenigen Mittels, nach welchem die Preise und Profite geschätzt werden, herabgesetzt würde.

Kapitel VII.

Über den auswärtigen Handel.

Keine Ausdehnung des auswärtigen Handels wird sofort den Wertbetrag in einem Lande vermehren, obschon er sehr kräftig dazu beitragen wird, die Gütermasse und folglich auch die Summe der Genüsse zu vermehren. Da der Wert aller ausländischen Waren nach der Menge des Ertrages unseres Bodens und unserer Arbeit gemessen wird, welche im Austausch für sie gegeben wird, so würden wir keinen größeren Wert erlangen, wenn wir durch die Entdeckung neuer Märkte die doppelte Menge der ausländischen Waren für eine bestimmte Menge der unserigen erhielten. Wenn ein Kaufmann durch den Ankauf englischer Waren im Betrage von 1000 £ eine Menge fremder Güter bekommen kann, die er auf dem englischen Markt für 1200 £ wieder zu verkaufen vermag, so wird er bei einer solchen Verwendung seines Kapitals 20 % verdienen; aber weder seine Gewinne, noch der Wert der eingeführten Güter wird durch die größere oder geringere Menge der erlangten ausländischen Waren vermehrt oder vermindert werden. Ob er z. B. 25 oder 50 Faß Wein einführt, so kann sein Verdienst doch in keiner Weise dadurch beeinflußt werden, wenn er zu einer Zeit die 25 und zur andern die 50 Faß für die nämlichen 1200 £ verkauft. In jedem Falle wird sein Profit auf 200 £ oder auf 20 % seines Kapitals beschränkt werden, und in jedem Falle wird derselbe Wert nach England importiert werden. Ließen sich die 50 Faß für mehr als 1200 £ verkaufen, so würden die Profite dieses einzelnen Kaufmanns die allgemeine Profitrate übersteigen, und das Kapital naturgemäß in diesen vorteilhaften Geschäftszweig so lange einströmen, bis das Sinken des

Weinpreises jedes Ding wieder auf seinen früheren Stand zurückgebracht hätte.

Es ist in der Tat behauptet worden, daß die großen Profite, welche manchmal durch einzelne Kaufleute im auswärtigen Handel gemacht werden, die allgemeine Profitrate im Lande heben, und daß die Abwendung des Kapitals von anderen Verwendungen, um an dem neuen und vorteilhaften auswärtigen Handel teilzunehmen, die Preise im allgemeinen steigern und dadurch die Profite erhöhen werden. Es ist von hoher Autorität gesagt worden, daß, wenn notwendigerweise weniger Kapital zum Anbau von Getreide, zur Fabrikation von Kleidern, Hüten, Schuhen usw. verwendet werden sollte, während die Nachfrage dieselbe bleibt, der Preis dieser Güter so erhöht werden wird, daß der Landwirt, der Hut-, Kleider- und Schuhmacher ebenso einen Profitzuwachs, wie der Importeur haben werden.[1])

Diejenigen, welche diese Ansicht vertreten, stimmen mit mir darin überein, daß die Profite der verschiedenen Verwendungen eine Tendenz haben, einander auszugleichen; zusammen vor- und rückwärts zu schreiten. Unsere Meinungsverschiedenheit besteht hierin: sie behaupten, daß das Gleichmaß der Profite durch das allgemeine Steigen der Profite herbeigeführt werden wird; und ich bin der Meinung, daß die Profite des meistbegünstigten Handels schnell wieder auf das allgemeine Niveau herabgehen werden.

Denn erstens bestreite ich, daß man notwendigerweise weniger Kapital zum Anbau von Getreide oder zur Fabrikation von Tuch, Hüten, Schuhen usw. verwenden wird, falls sich nicht die Nachfrage nach diesen Gütern vermindert; und wenn dem so ist, wird deren Preis nicht steigen. Man wird zum Ankauf ausländischer Güter entweder den gleichen, einen größeren oder einen geringeren Teil des Er-

[1]) Siehe Adam Smith Buch I, Kapitel 9.

trages von Englands Boden und Arbeit verwenden. Wird derselbe Betrag auf diese Weise verwendet, so wird die nämliche Nachfrage nach Tuch, Schuhen, Getreide und Hüten wie vorher bestehen, und derselbe Kapitalbetrag ihrer Produktion gewidmet werden. Wenn infolge davon, daß der Preis von ausländischen Gütern billiger ist, ein geringerer Teil des jährlichen Ertrages des Bodens und der Arbeit von England zum Kauf der ausländischen Güter verwendet wird, wird mehr zum Kauf anderer Dinge bleiben. Ist eine größere Nachfrage nach Hüten, Schuhen, Getreide usw. als früher vorhanden, was der Fall sein kann, da die Konsumenten ausländischer Güter einen weiteren Teil ihres Einkommens verfügbar haben, dann ist das Kapital, mit welchem der größere Wert an ausländischen Gütern vorher erstanden wurde, ebenfalls verfügbar, so daß mit der erhöhten Nachfrage nach Getreide, Schuhen usw. zugleich auch die Mittel für die Beschaffung eines höheren Angebots existieren, und deshalb können weder die Preise noch die Profite dauernd steigen. Wenn zum Ankauf ausländischer Güter mehr vom Ertrage von Englands Boden und Arbeit verwandt wird, kann weniger im Ankauf anderer Dinge angelegt werden; folglich werden weniger Hüte, Schuhe usw. begehrt werden. Zur selben Zeit, wo Kapital aus der Produktion von Schuhen, Hüten usw. befreit wird, muß mehr verwendet werden, um diejenigen Güter zu fabrizieren, mit denen man ausländische Güter kauft; und folglich wird in allen Fällen die Nachfrage nach aus und inländischen Gütern zusammengenommen, so weit der Wert in Frage kommt, durch das Einkommen und Kapital des Landes begrenzt. Wenn eins wächst, muß das andere sich verringern. Wenn die Menge Wein verdoppelt wird, welche für die nämliche Menge englischer Güter importiert wird, so kann das englische Volk entweder doppelt soviel Wein als vorher konsumieren oder die gleiche Menge Wein und eine größere an englischen Gütern. Wenn mein Einkommen 1000 £ ge-

wesen wäre, und ich hätte damit jährlich ein Faß Wein für 100 £ und eine gewisse Menge englischer Güter für 900 £ gekauft, dann könnte ich, falls der Wein auf 50 £ pro Faß fiele, die erübrigten 50 £ entweder zum Ankauf eines weiteren Fasses Wein oder einer größeren Menge englischer Güter verwenden. Wenn ich mehr Wein kaufte, und jeder Weintrinker das gleiche täte, so würde der auswärtige Handel dadurch nicht im mindesten gestört werden; wir würden dieselbe Menge englischer Güter gegen Wein ausführen und würden wohl die doppelte Menge, nicht aber den doppelten Wert, an Wein erhalten. Begnügte ich mich jedoch, wie viele andere, mit derselben Weinmenge wie vorher, dann würden weniger englische Güter exportiert werden, und die Weintrinker könnten dann entweder die Güter, welche vorher exportiert wurden, oder irgendwelche andern, für die sie eine Neigung hätten, konsumieren. Das zu ihrer Produktion erforderliche Kapital würde durch das aus dem auswärtigen Handel freigewordene ergänzt werden.

Es gibt zwei Wege, auf denen Kapital angesammelt werden kann: Man kann es entweder infolge vermehrten Einkommens oder geringerer Konsumtion ersparen. Wenn meine Profite von 1000 £ auf 1200 £ steigen, während meine Ausgaben dieselben bleiben, so sammle ich im Jahre 200 £ mehr als früher an. Wenn ich von meinen Ausgaben 200 £ spare, während meine Profite dieselben bleiben, so wird dieselbe Wirkung hervorgebracht werden; 200 £ werden zu meinem Kapitale jährlich hinzugefügt werden. Der Kaufmann, welcher Wein importierte, nachdem die Profite von 20 % auf 40 % gestiegen waren, muß seine englischen Waren, statt für 1000 £, nunmehr für 857 £ 2 sh. 10 d. einkaufen, falls er den Wein, welchen er gegen jene Waren einführt, auch ferner noch für 1200 £ absetzt; oder er müßte, wenn er seine englischen Waren weiter für 1000 £ einkaufte, den Preis seines Weines auf 1400 £ erhöhen; er würde so

40 statt 20 % Profit von seinem Kapital erlangen; wenn aber er und alle übrigen Konsumenten infolge der Wohlfeilheit aller Güter, für die er sein Einkommen verausgabte, von je 1000 £, die sie vorher ausgaben, den Wert von 200 £ ersparen könnten, so würden sie zum wirklichen Wohlstande des Landes wirksamer beitragen; in dem einen Falle würden die Ersparnisse infolge eines Einkommenszuwachses, im anderen infolge von eingeschränkter Ausgabe gemacht werden.

Wenn der größte Teil der Güter, für welche das Einkommen verausgabt wurde, durch die Einführung von Maschinen um 20 % im Werte fielen, so würde ich imstande sein, ebenso wirksam zu sparen, als ob mein Einkommen um 20 % gestiegen wäre; doch ist in dem einen Falle die Profitrate stationär geblieben, während sie im anderen um 20 % stieg. Wenn ich infolge des Imports billiger ausländischer Waren 20 % von meinen Ausgaben ersparen kann, wird der Erfolg genau derselbe sein, als ob die Maschinen ihre Produktionskosten verringert hätten; aber die Profite würden nicht erhöht worden sein.

Daher wird die Profitrate nicht infolge der Ausdehnung des Marktes in die Höhe getrieben, obwohl eine solche Ausdehnung gleichfalls darauf hinwirken kann, die Masse der Güter zu vermehren und uns dadurch in den Stand setzen kann, die für den Unterhalt der Arbeit bestimmten Mittel und die Materialien, auf welche sich die Arbeit verwenden läßt, zu erhöhen. Es ist für das Wohl der Menschheit ebenso wichtig, daß unsere Genüsse durch bessere Arbeitsverteilung erhöht werden sollten, d. h. dadurch, daß ein jedes Land solche Güter erzeugt, für welche es sich infolge seiner Lage, seines Klimas und seiner anderen natürlichen oder künstlichen Vorteile eignet, und daß man sie für die Güter anderer Länder austauscht, als daß sie durch ein Steigen der Profitrate vermehrt werden sollten.

Es ist mein Bestreben gewesen, in diesem ganzen Werke zu zeigen, daß die Profitrate nur durch ein Sinken des Lohnes wachsen, und ein dauerndes Sinken des Lohnes nicht anders erfolgen kann, als durch ein Sinken der Bedarfsartikel, für welche der Lohn verausgabt wird. Wenn daher die Nahrungsmittel und Bedarfsartikel des Arbeiters durch die Erweiterung des ausländischen Handels oder durch maschinelle Verbesserungen zu einem niedrigeren Preise auf den Markt gebracht werden können, werden die Profite steigen. Wenn wir, anstatt unser Getreide selbst zu bauen und die Kleider nebst anderen Bedarfsartikeln des Arbeiters selbst herzustellen, einen neuen Markt entdecken, von dem wir uns mit diesen Gütern zu einem billigeren Preise versorgen können, so wird der Lohn sinken, und der Profit steigen. Sind aber die durch die Erweiterung des auswärtigen Handels oder durch maschinelle Verbesserung zu einem billigeren Satze erhaltenen Güter ausschließlich die Güter, die von den Reichen konsumiert werden, so wird in der Profitrate keine Veränderung eintreten. Die Lohnrate würde nicht beeinflußt werden, wenn auch Wein, Samt, Seide und andere kostspielige Güter um 50% im Preise sinken sollten: und folglich würden die Profite unverändert bleiben.

Obgleich also der auswärtige Handel einem Lande sehr zum Segen gereicht, da er die Menge und Mannigfaltigkeit der Dinge, für welche das Einkommen verausgabt werden kann, vermehrt und durch den Überfluß und die Wohlfeilheit der Güter zur Sparsamkeit und Kapitalansammlung anregt, so besitzt er doch keine Tendenz, die Kapitalprofite zu heben, wenn die importierten Güter nicht zu jener Klasse zählen, für welche der Arbeitslohn ausgegeben wird.

Die Bemerkungen, die über den auswärtigen Handel gemacht worden sind, treffen auch auf den einheimischen zu. Niemals wird die Profitrate durch bessere Arbeitsverteilung, durch maschinelle Erfindungen, Wege- und Kanalbauten oder durch

irgendwelche anderen Mittel erhöht, welche die Arbeit entweder bei der Fabrikation oder bei der Beförderung von Waren abkürzen. Das sind Ursachen, die auf den Preis wirken und den Konsumenten immer höchst vorteilhaft sind, weil sie diese in den Stand setzen, mit derselben Arbeit oder mit dem Werte des Ertrages der nämlichen Arbeit im Tausch eine größere Menge des Gutes zu erlangen, auf welches die Verbesserung angewandt wird; aber auf den Profit haben sie keinerlei Einfluß. Andererseits hebt wohl jede Verminderung des Arbeitslohnes die Profite, aber bringt keine Wirkung auf den Preis der Güter hervor. Das eine gereicht allen Klassen zum Vorteil; denn alle Klassen sind Konsumenten. Das andere ist nur den Produzenten vorteilhaft; sie verdienen mehr, aber jedes Ding bleibt bei seinem früheren Preis. Im ersteren Falle erlangen sie soviel als zuvor; doch ist jedes Ding, für welches ihre Gewinne ausgegeben werden, im Tauschwerte zurückgegangen.

Dieselbe Regel, welche den relativen Wert der Güter in einem Lande bestimmt, reguliert nicht den relativen Wert derjenigen Güter, die zwischen zwei oder mehreren Ländern ausgetauscht werden.

Unter einem System von vollständig freiem Handel widmet natürlicherweise jedes Land sein Kapital und seine Arbeit solchen Verwendungen, die jedem am segensreichsten sind. Dieses Verfolgen des individuellen Nutzens ist wunderbar mit der allgemeinen Wohlfahrt der Gesamtheit verbunden. Indem es den Fleiß anregt, wenn man die Erfindungsgabe belohnt, und wenn man am erfolgreichsten die besonderen Kräfte, die von der Natur verliehen sind, ausnutzt, verteilt es die Arbeit am wirksamsten und wirtschaftlichsten; während es durch die Vermehrung der allgemeinen Masse der Produktionen allgemeinen Segen verbreitet und die Universalgesellschaft der Nationen der zivilisierten Welt durch ein gemeinsames Band des Interesses und Verkehrs miteinander

verbindet. Dieser Grundsatz ist es, welcher bestimmt, daß Wein in Frankreich und Portugal bereitet, Getreide in Amerika und Polen gebaut, und Kurz- und andere Waren in England verfertigt werden sollen.

In ein und demselben Lande befinden sich die Profite im allgemeinen stets auf demselben Niveau, oder unterscheiden sich nur insofern voneinander, als die Kapitalsverwendung mehr oder weniger sicher und angenehm ist. Unter verschiedenen Ländern ist das jedoch nicht der Fall. Wenn die Profite des in Yorkshire verwendeten Kapitals die des in London verwendeten übersteigen sollte, würde das Kapital schnell von London nach Yorkshire strömen und eine Gleichmäßigkeit der Profite würde bewirkt werden. Sollten aber infolge der verminderten Rate des Ertrages der Ländereien Englands, infolge der Vermehrung des Kapitals und der Bevölkerung die Löhne steigen, und die Profite sinken, so würde daraus nicht folgen, daß Kapital und Bevölkerung notwendigerweise von England nach Holland, Spanien oder Rußland, wo die Profite vielleicht höher wären, wandern würden.

Hätte Portugal mit anderen Ländern keine Handelsbeziehung, so würde es gezwungen sein, statt einen großen Teil seines Kapitals und seines Fleißes zur Erzeugung von Weinen zu verwenden, mit denen es für seinen eigenen Konsum Tuch- und Kurzwaren anderer Länder ersteht, einen Teil dieses Kapitals in der Fabrikation dieser Güter anzulegen, die es wahrscheinlich auf diese Weise in geringerer Qualität und Quantität erhalten würde.

Diejenige Weinmenge, welche es im Tausche gegen englisches Tuch hingeben muß, wird nicht durch die betreffenden Arbeitsmengen bestimmt, welche der Produktion jedes dieser Güter gewidmet wird, wie das der Fall wäre, wenn beide Güter in England oder in Portugal erzeugt würden.

England kann vielleicht so gestellt sein, daß man zur

Tuchfabrikation der Arbeit von 100 Mann auf ein Jahr bedarf; und wenn es versuchte, den Wein zu erzeugen, möchte die Arbeit von 120 Mann für dieselbe Zeit nötig sein. Infolgedessen läge es in Englands eigenem Interesse, Wein zu importieren und durch die Ausfuhr von Tuch zu erstehen.

Um den Wein in Portugal zu produzieren, könnte vielleicht die Arbeit von nur 80 Mann im Jahre erforderlich sein, und um das Tuch daselbst zu fabrizieren, die von 90 Mann in derselben Zeit. Daher würde es für Portugal vorteilhaft sein, Wein zu exportieren im Tausche für Tuch. Dieser Tausch könnte sogar stattfinden, trotzdem das von Portugal eingeführte Gut dort mit weniger Arbeit als in England produziert werden könnte. Obwohl es das Tuch mit der Arbeit von 90 Mann herstellen könnte, würde es dieses doch aus einem Lande importieren, wo man zu seiner Fabrikation die Arbeit von 100 Mann benötigte, weil es für Portugal vorteilhafter sein würde, sein Kapital zur Produktion von Wein zu verwenden, für welchen es von England mehr Tuch erhalten würde, als es durch Ablenkung eines Teiles seines Kapitals vom Weinbau zur Tuchmanufaktur produzieren könnte.

Auf diese Weise würde England das Arbeitsprodukt von 100 Mann für das Arbeitsprodukt von 80 hingeben. Ein solcher Austausch könnte zwischen einzelnen Personen eines und desselben Landes nicht stattfinden. Die Arbeit von 100 Engländern kann nicht für die von 80 gegeben werden; wohl aber kann das Arbeitsprodukt von 100 Engländern für dasjenige von 80 Portugiesen, 60 Russen oder 120 Ostindiern hingegeben werden. Der hierbei in Betracht kommende Unterschied zwischen einem einzigen Lande und mehreren ist leicht zu ermessen, wenn man die Schwierigkeit in Betracht zieht, mit welcher sich das Kapital, um eine einträglichere Verwendung zu suchen, aus einem Lande in ein anderes fort-

bewegt, und die Leichtigkeit, mit der es in demselben Lande unaufhörlich aus der einen Provinz in die andere wandert.[1])

Zweifellos würde es für die englischen Kapitalisten und für die Konsumenten beider Länder vorteilhaft sein, daß unter solchen Umständen Wein und Tuch beide in Portugal gemacht würden, und daß infolgedessen das Kapital und die Arbeit, die in England bei der Herstellung von Tuch Verwendung finden, zu dem Zwecke nach Portugal hinübergeleitet würden. In jenem Falle würde der relative Wert dieser Güter nach demselben Grundsatze bestimmt werden, als wenn das eine das Erzeugnis von Yorkshire und das andere das von London wäre. Und in jedem anderen Falle, nämlich wenn sich das Kapital ungehindert nach solchen Ländern zöge, wo es am vorteilhaftesten verwendet werden könnte, wäre kein Unterschied in der Profitrate, und in dem wirklichen oder Arbeitspreise der Güter kein anderer Unterschied möglich, als die Zusatzmenge von Arbeit, die erforderlich wäre, um sie nach den verschiedenen Märkten, wo sie verkauft werden sollten, zu schicken.

[1]) Es wird daher einleuchten, daß ein Land, welches sehr bedeutende Vorteile im Maschinenwesen und in der Technik besitzt und deshalb imstande sein kann, gewisse Güter mit viel weniger Arbeit als seine Nachbarn zu erzeugen, gegen solche Güter einen Teil des für seinen Konsum notwendigen Getreides importieren kann, selbst wenn sein Boden fruchtbarer wäre, und das Getreide sich mit weniger Arbeit als in dem Lande, woher es importiert wurde, erbauen ließe. Zwei Menschen können sowohl Schuhe wie Hüte herstellen, und doch ist der eine dem anderen in beiden Beschäftigungen überlegen. Aber in der Herstellung von Hüten kann er seinen Konkurrenten nur um $^1/_5$ oder um 20 % übertreffen und in der von Schuhen um $^1/_3$ oder um 33 %. Wird es dann nicht im Interesse beider liegen, daß der Überlegenere sich ausschließlich auf die Schuhmacherei und der weniger Geschickte auf die Hutmacherei legen sollte?

Indessen zeigt die Erfahrung, daß die eingebildete oder tatsächliche Unsicherheit des Kapitals, wenn es nicht unter der unmittelbaren Aufsicht seines Eigentümers steht, zusammen mit der natürlichen Abneigung, die jeder Mensch hat, das Land seiner Geburt und seiner Beziehungen zu verlassen, um sich mit all seinen eingewurzelten Gewohnheiten einer fremden Regierung und neuen Gesetzen anzuvertrauen, die Auswanderung des Kapitals hemmen. Diese Gefühle, deren Schwinden ich nur bedauern würde, bestimmen die meisten Menschen von Vermögen, sich lieber mit einer niedrigen Profitrate in ihrer Heimat zu begnügen, als nach einer vorteilhafteren Verwendung ihres Vermögens bei fremden Nationen zu suchen.

Da man das Gold und Silber nun einmal zum allgemeinen Maßgut der Zirkulation gewählt hat so werden beide durch den Wettbewerb im Handel in solchen Mengen unter die verschiedenen Länder der Erde verteilt, daß sie sich dem natürlichen Verkehr, welcher eintreten würde, wenn keine derartigen Metalle existierten, und der Handel zwischen den Ländern ein bloßer Tauschhandel wäre, von selbst anpassen.

Daher kann man also nach Portugal kein Tuch einführen, wenn man es daselbst nicht für mehr Gold verkaufen kann, als es in demjenigen Lande kostet, aus dem es eingeführt wurde. Ebenso läßt sich kein Wein nach England einführen, wenn man ihn daselbst nicht für mehr verkaufen kann, als er in Portugal kostet. Wäre der Handel ein bloßer Tauschhandel, so könnte er nur so lange bestehen, als England das Tuch derartig billig herzustellen vermöchte, daß es mit einer bestimmten Arbeitsmenge bei der Verfertigung von Tuch eine größere Weinmenge erzielte, als durch das Anbauen von Reben; und als auch die Industrie von Portugal den umgekehrten Wirkungen unterläge. Nehmen wir nun an, England erfände zur Weinerzeugung ein solches Ver-

fahren, so daß es mehr sein Interesse sein würde, ihn anzubauen, als ihn einzuführen; es würde dann natürlich einen Teil seines Kapitals aus dem auswärtigen Handel in den einheimischen hinüberleiten; es würde aufhören, Tuch zur Ausfuhr herzustellen, und würde Wein für sich selber anbauen. Der Geldpreis dieser Güter würde dementsprechend reguliert werden; während das Tuch seinen früheren Preis behauptete, würde bei uns der Weinpreis sinken, und in Portugal würde eine Veränderung in dem Preise keines von beiden Gütern eintreten. Man würde eine Zeitlang fortfahren, Tuch aus diesem Lande zu exportieren, weil sein Preis auch ferner noch in Portugal höher stehen würde als hier; doch würde man, statt Wein, Geld dafür eintauschen, und zwar so lange, bis die Ansammlung des Geldes bei uns und seine Abnahme in Portugal derartig auf den relativen Wert des Tuches in den beiden Ländern einwirken müßte, daß es aufhören würde, vorteilhaft zu sein, es auszuführen. Würde die Verbesserung in der Weingewinnung von außerordentlicher Bedeutung sein, so könnte es beiden Ländern zum Nutzen gereichen, ihre bisherigen Beschäftigungen zu vertauschen; nämlich so, das England allen Wein, und Portugal alles Tuch, das von ihnen verbraucht wurde, herstellte; aber dies könnte nur durch eine neue Verteilung der Edelmetalle bewirkt werden, welche den Tuchpreis in England heben, und ihn in Portugal drücken müßte. Der relative Preis des Weines würde in England wegen des durch die Verbesserung seiner Fabrikation erlangten wirklichen Vorteils sinken; d. h. sein natürlicher Preis würde sinken; der relative Preis des Tuches würde dort der Geldansammlung zufolge steigen.

Gesetzt also, der Weinpreis beliefe sich in England vor der Verbesserung in der Weinbereitung auf 50 £ pro Faß, und der Preis einer bestimmten Tuchmenge auf 45 £, während der Preis derselben Weinmenge in Portugal 45 £, und der

der nämlichen Tuchmenge 50 £ betrüge; so würde man Wein aus Portugal mit einem Profit von 5 £ und Tuch aus England mit einem Profit von demselben Betrage exportieren.

Nehmen wir an, der Wein ginge nach der Verbesserung in England auf 45 £ herab, und das Tuch bliebe auf demselben Preis stehen. Jeder Umsatz im Handel ist ein unabhängiger Umsatz. Solange ein Kaufmann in England Tuch für 45 £ erstehen und mit dem gewöhnlichen Profit in Portugal verkaufen kann, wird er fortfahren, es aus England zu exportieren. Sein Geschäft besteht einfach darin, englisches Tuch zu kaufen und es mit einem Wechsel zu bezahlen, den er mit portugiesischem Gelde ersteht. Für ihn ist es von keiner Bedeutung, was aus diesem Gelde wird: er hat seine Schuld durch Übersendung des Wechsels beglichen. Sein Umsatz wird zweifellos durch die Bedingungen bestimmt, unter welchen er diesen Wechsel erhalten kann; aber diese sind ihm zurzeit bekannt; und die Ursachen, welche vielleicht den Marktpreis der Wechsel, oder den Wechselkurs, beeinflussen können, kümmern ihn nicht.

Wenn die Märkte für den Weinexport von Portugal nach England günstig sind, wird der Weinexporteur als Verkäufer eines Wechsels auftreten, welcher entweder vom Tuchimporteur oder von demjenigen erstanden wird, der ihm seinen Wechsel verkaufte; und auf diese Weise werden die Exporteure, ohne daß Geld notwendig aus einem der beiden Länder wandert, in jedem Lande für ihre Waren bezahlt werden. Ohne daß irgendein unmittelbarer Umsatz zwischen ihnen besteht, wird das vom Tuchimporteur in Portugal bezahlte Geld dem portugiesischen Weinexporteur ausbezahlt werden; und in England wird durch die Begebung desselben Wechsels der Tuchexporteur berechtigt sein, seinen Wert vom Weinimporteur in Empfang zu nehmen.

Ständen aber die Weinpreise derartig, daß kein Wein

nach England exportiert werden könnte, so würde der Tuchimporteur in gleicher Weise einen Wechsel kaufen. Doch würde der Preis dieses Wechsels höher sein infolge der Kenntnis, welche der Verkäufer davon haben würde, daß kein Gegenwechsel auf dem Markte vorhanden wäre, durch den er schließlich die zwischen den beiden Ländern bestehenden Umsätze erledigen könnte. Vielleicht könnte er wissen, daß das Gold- oder Silbergeld, welches er im Tausch für seinen Wechsel erhielt, tatsächlich an seinen Geschäftsfreund in England geschickt werden müßte, um ihn in den Stand zu setzen, die Forderung zu zahlen, zu welcher er jemanden auf sich ermächtigt hatte; und er könnte daher alle die Kosten, die ihm erwachsen, zusammen mit seinem angemessenen und gewöhnlichen Profit auf den Preis seines Wechsels schlagen.

Wenn nun diese Prämie für einen Wechsel auf England dem am Tuchimport erzielten Gewinne gleich kommen sollte, so würde natürlich die Einfuhr aufhören. Beliefe sich jedoch die Prämie für den Wechsel nur auf 2 %, d. h. müßte man, um eine Schuld von 100 £ in England begleichen zu können, in Portugal 102 £ bezahlen, während Tuch bei 45 £ Kosten für 50 £ verkauft würde, so würde man Tuch einführen, Wechsel kaufen und Geld ausführen, bis die Abnahme des Geldes in Portugal und seine Ansammlung in England einen Preisstand hervorgerufen hätte, der es nicht länger vorteilhaft machen würde, diese Umsätze fortzusetzen.

Allein, die Abnahme des Geldes in dem einen Lande und seine Zunahme in einem anderen, wirken nicht auf den Preis eines einzigen Gutes ein, sondern auf die Preise aller; und deshalb werden die Preise von Wein und Tuch beide in England gehoben, und beide in Portugal gedrückt werden. Der Tuchpreis, der in dem einen Lande auf 45 £ und im anderen auf 50 £ gestanden hat, würde wahrscheinlich in

Portugal auf 49 £ oder 48 £ sinken, und in England auf 46 £ oder 47 £ steigen und nach Bezahlung einer Wechselprämie keinen genügenden Profit mehr abwerfen, um einen Kaufmann zu veranlassen, jenes Gut einzuführen.

Auf diese Weise wird das Geld jedes Landes ihm nur in solchen Mengen zugeteilt werden, wie nötig ist, um einen vorteilhaften Tauschhandel zu regeln. England exportierte Tuch gegen Wein, weil, indem es so handelte, seine eigene Arbeit produktiver gestaltet wurde; es besaß mehr Tuch und Wein, als wenn es beides für sich selbst fabriziert hätte; und Portugal importierte Tuch und führte Wein aus, weil die Arbeit von Portugal in der Weinerzeugung für beide Länder nutzbringender angewandt werden konnte. Lassen wir einmal bei der Tuchfabrikation in England oder bei der Weinproduktion in Portugal eine größere Schwierigkeit eintreten, oder lassen wir eine größere Erleichterung für England in der Wein-, oder für Portugal in der Tuchfabrikation eintreten, und der Handel muß sofort aufhören.

In den Verhältnissen Portugals tritt dann keinerlei Veränderung ein; aber England findet heraus, daß es seine Arbeit produktiver zur Weinerzeugung anwenden kann; und augenblicklich ändert sich der Tauschhandel zwischen den beiden Ländern. Nicht nur wird der Weinexport von Portugal eingestellt, sondern es tritt auch eine neue Verteilung der Edelmetalle ein, und sein Tuchimport wird ebenfalls verhindert.

Wahrscheinlich würden beide Länder einsehen, daß es in ihrem eigenen Interesse läge, ihren eigenen Wein und ihr eigenes Tuch herzustellen; aber dieses sonderbare Ergebnis würde eintreten: obwohl in England der Wein billiger sein würde, würde das Tuch im Preise erhöht werden, von dem Konsumenten würde mehr dafür bezahlt werden; während die Konsumenten in Portugal, die von Tuch wie Wein, imstande wären, diese Güter billiger zu kaufen. In

demjenigen Lande, wo die Verbesserung eingetreten wäre, würden die Preise erhöht werden; in jenem, wo keine Veränderung stattgefunden hätte, aber wo sie eines einträglichen Zweiges auswärtigen Handels beraubt worden wären, würden die Preise fallen.

Das ist jedoch für Portugal nur ein scheinbarer Vorteil; denn die Menge von Tuch und Wein zusammengenommen, die in jenem Lande produziert wird, würde verringert werden, während die in England produzierte Menge vermehrt werden würde. Das Geld würde seinen Wert in beiden Ländern bis zu einem gewissen Grade geändert haben. In England würde es gesunken und in Portugal gestiegen sein. In Geld geschätzt, würde das Gesamteinkommen Portugals zurückgegangen sein; dasjenige Englands, in demselben Maßgut geschätzt, gestiegen sein.

So scheint es denn, daß die Verbesserung einer Fabrikation in irgendeinem Lande die Tendenz hat, die Verteilung der Edelmetalle unter die Nationen der Welt zu ändern; sie strebt, die Gütermenge zu vermehren, während sie gleichzeitig allgemein die Preise in dem Lande, wo die Verbesserung stattfindet, hebt.

Zur Vereinfachung dieser Frage habe ich angenommen, daß sich der Handel zwischen zwei Ländern nur auf zwei Güter, auf Wein und Tuch, beschränkte; aber es ist wohl genugsam bekannt, daß viele und verschiedene Artikel auf der Import- und Exportliste stehen. Durch den Abfluß des Geldes aus dem einen Lande, und seine Ansammlung in einem anderen werden die Preise aller Güter betroffen; und darum ist der Ausfuhr von viel mehr Gütern außer Geld eine Anregung gegeben, welche darum hindern wird, daß eine solch große Wirkung auf den Geldwert in den beiden Ländern ausgeübt wird, wie es sonst erwartet werden könnte.

Abgesehen von den Verbesserungen in der Technik und im Maschinenwesen, gibt es noch verschiedene andere Ursachen,

welche den natürlichen Gang des Handels fortwährend beeinflussen und auf den Gleichgewichtszustand, sowie den relativen Wert des Geldes störend wirken. Ein- oder Ausfuhrprämien, neue Steuern auf Güter stören bald durch ihre direkte bald durch ihre indirekte Einwirkung den natürlichen Tauschhandel und bewirken eine dauernde Notwendigkeit, Geld ein- oder auszuführen, damit die Preise dem natürlichen Gange des Handels angepaßt werden können; und diese Wirkung wird nicht allein in demjenigen Lande hervorgerufen, wo die störende Ursache eintritt, sondern in größerem oder geringerem Grade auch in jedem Lande der Handelswelt.

Das wird uns einigermaßen den verschiedenen Wert des Geldes in verschiedenen Ländern verständlich machen; es wird uns erklären, warum die Preise inländischer Güter, und jener von großem Volumen, obgleich von verhältnismäßig geringem Werte, unabhängig von anderen Ursachen, in Ländern, wo die Gewerbe blühen, höher sind. Von zwei Ländern, welche genau dieselbe Bevölkerung haben, und dieselbe Bodenfläche von gleicher Fruchtbarkeit, auch mit derselben Kenntnis der Landwirtschaft, im Anbau haben, werden die Preise des Rohproduktes in demjenigen am höchsten stehen, wo man die größere Geschicklichkeit und die besseren Maschinen bei der Herstellung von Exportgütern verwendet. Wahrscheinlich wird sich die Profitrate nur um weniges unterscheiden; denn der Lohn oder die dem Arbeiter tatsächlich bezahlte Vergütung kann in beiden dieselbe sein. Doch werden sich Löhne wie Rohprodukte in dem Lande höher in Geld stellen, wo infolge der mit seiner Geschicklichkeit und Maschinerie verknüpften Vorteile eine Fülle von Geld im Austausch für seine Waren eingeführt wird.

Besäße das eine der beiden Länder in der Fabrikation einer bestimmten Warenqualität eine gewisse Überlegenheit, und das zweite in der Herstellung von Waren einer anderen Qualität, so würde sich in keinem von ihnen ein erheblicher

Zustrom der Edelmetalle bemerkbar machen; doch würde jene Wirkung unvermeidlich sein, wenn der Vorteil sehr stark zugunsten des einen überwöge.

Im vorhergehenden Teile dieses Werkes haben wir zum Zwecke der Beweisführung angenommen, daß das Geld seinen Wert stets beibehalte. Wir bemühen uns nun, zu zeigen, daß außer den gewöhnlichen Veränderungen des Geldwertes und jenen, welche der ganzen Handelswelt gemeinsam sind, es auch noch teilweise Veränderungen gibt, welchen das Geld in einzelnen Ländern unterworfen ist; und daß in der Tat der Geldwert in irgendwelchen zwei Ländern nie derselbe ist, da er von der verhältnismäßigen Besteuerung, gewerblichen Geschicklichkeit, den Vorteilen des Klimas, natürlichen Produktionsmitteln und vielen anderen Ursachen abhängt.

Wenn auch das Geld derartigen Veränderungen fortwährend ausgesetzt ist, und infolgedessen auch die Preise derjenigen Güter, welche den meisten Ländern gemeinsam sind, bedeutendem Unterschiede unterworfen sind, so wird doch weder durch den Zufluß, noch durch den Abfluß des Geldes eine Wirkung auf die Profitrate ausgeübt werden. Das Kapital wird nicht zunehmen, weil sich das Umlaufsmittel vermehrt hat. Wenn die seitens des Landwirts an seinen Grundherrn entrichtete Rente und der an seine Arbeiter bezahlte Lohn in dem einen Lande um 20 % höher als in dem anderen stehen, und wenn gleichzeitig der nominelle Wert des dem Landwirte gehörenden Kapitals 20 % mehr beträgt, wird der letztere genau dieselbe Profitrate beziehen, auch wenn er sein Rohprodukt 20 % höher verkaufen sollte.

Der Profit, das kann nicht genug wiederholt werden, hängt vom Lohn ab; nicht vom nominellen Lohne, sondern vom wirklichen; nicht von der Anzahl Pfunde, die dem Arbeiter jährlich bezahlt werden mögen, sondern von der Anzahl Werktage, die zur Erlangung dieser Pfunde notwendig

sind. Daher kann der Lohn in zwei Ländern genau derselbe sein; auch kann er im selben Verhältnisse zur Rente und zu dem ganzen Ertrage, der von dem Boden erzielt wird, stehen, auch wenn der Arbeiter in dem einen Lande vielleicht 10 sh. in der Woche, im anderen 12 sh. empfangen sollte.

Auf den frühen Stufen der Gesellschaft, wo die Gewerbe geringen Fortschritt gemacht haben, und das Erzeugnis aller Länder, da es in massigen und nützlichsten Gütern besteht, fast gleich ist, wird der Geldwert in verschiedenen Ländern hauptsächlich durch ihre Entfernung von denjenigen Bergwerken bestimmt werden, welche den Bedarf an Edelmetallen decken. Aber in dem Maße, wie Künste und Verbesserungen der Gesellschaft fortschreiten, und sich verschiedene Völker in besonderen Gewerben hervortun, wird der Wert der Edelmetalle, obwohl die Entfernung noch in die Berechnung eingehen wird, hauptsächlich durch die Überlegenheit in jenen Gewerben bestimmt werden.

Angenommen, alle Völker produzierten nur Getreide, Vieh und Grobtuch, und Gold könnte nur durch die Ausfuhr solcher Güter erlangt werden von den Ländern, welche sie erzeugten, oder von denen, welche sie in Abhängigkeit hielten, so würde Gold natürlich in Polen einen höheren Tauschwert als in England besitzen, und zwar wegen der größeren Kosten, ein so massiges Gut, wie das Getreide, den weiteren Weg zu transportieren, sowie auch wegen der größeren Ausgaben, welche mit der Versendung von Gold nach Polen verbunden wären.

Dieser Unterschied im Goldwerte oder, was dasselbe ist, dieser Unterschied im Getreidepreise in den beiden Ländern würde auch bestehen, wenn die Leichtigkeit, Getreide in England zu produzieren, infolge der größeren Fruchtbarkeit des Bodens und der Überlegenheit in der Geschicklichkeit und in den Gerätschaften des Arbeiters diejenige Polens weit übertreffen sollte.

Sollte jedoch Polen das erste Land sein, das seine Fabrikation verbesserte, gelänge es ihm, ein Gut herzustellen, das bei großem Werte und kleinem Volumen überall begehrt würde, oder sollte es mit irgendeinem besonderen Naturerzeugnis gesegnet sein, das man allgemein begehrte, und das sich nicht im Besitze anderer Länder befände, dann würde es für dieses Gut eine Zusatzmenge an Gold im Tausche bekommen, was den Preis seines Getreides, Viehes und Grobtuches beeinflussen würde. Der Nachteil der Entfernung würde wahrscheinlich durch den Vorteil, ein exportfähiges Gut von hohem Werte zu besitzen, mehr als ausgeglichen sein, und das Geld würde in Polen dauernd niedriger im Werte als in England stehen. Läge dagegen der Vorteil in bezug auf Geschicklichkeit und Maschinenwesen auf seiten Englands, so würde noch ein anderer Grund zu dem, der vorher existierte, hinzugefügt werden, warum das Gold in England weniger wertvoll als in Polen sein, und das Getreide, Vieh und Tuch im ersteren Lande einen höheren Preis haben müßte.

Das, glaube ich, sind die beiden einzigen Ursachen, welche den verhältnismäßigen Geldwert in den verschiedenen Ländern der Welt bestimmen. Denn obschon die Besteuerung eine Störung in dem Gleichgewicht des Geldes erzeugt, so geschieht dies doch nur dadurch, daß sie dem Lande, welchem sie auferlegt wird, etliche Vorteile entzieht, die es infolge von Geschicklichkeit, Fleiß und Klima besitzt.

Es ist mein Bestreben gewesen, zwischen einem niedrigen Geldwerte und einem hohen Werte von Getreide oder irgendeinem anderen Gute, mit dem sich das Geld vergleichen läßt, sorgfältig zu unterscheiden. Beide hat man gewöhnlich für ein und dasselbe angesehen; aber es ist klar, daß, wenn Getreide von 5 auf 10 sh. pro Scheffel steigt dies entweder von einem Sinken des Geldwertes oder von einem Steigen des Getreidewertes herrühren kann. So haben wir gesehen,

daß, infolge der Notwendigkeit nach und nach zu Boden von schlechterer und schlechterer Qualität seine Zuflucht zu nehmen, um eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, Getreide im verhältnismäßigen Werte zu anderen Dingen steigen muß. Wenn daher Geld dauernd denselben Wert behält, wird Getreide für mehr von diesem Gelde getauscht werden, d. h. es wird im Preise steigen. Dasselbe Steigen in dem Getreidepreis wird durch solche Maschinenverbesserungen in den Gewerben hervorgerufen werden, vermittels deren wir Güter mit besonderen Vorteilen zu fabrizieren vermögen; denn der Geldzufluß wird die Folge sein; das Geld wird im Werte sinken und folglich für weniger Getreide hingegeben werden. Doch sind die von einem hohen Getreidepreise herrührenden Wirkungen, wenn sie durch ein Steigen des Getreidewertes erzeugt, und wenn sie durch ein Sinken des Geldwertes verursacht werden, vollständig verschieden. In beiden Fällen wird zwar der Geldpreis des Lohnes steigen; geschieht das aber dem Sinken des Geldwertes zufolge, dann werden nicht nur Lohn und Getreide, sondern auch alle anderen Güter steigen. Hat der Fabrikant mehr an Lohn zu bezahlen, so wird er auch für seine verfertigten Waren mehr erhalten, und die Profitrate wird unverändert bleiben. Aber wenn das Steigen im Getreidepreise die Wirkung der Schwierigkeit der Produktion ist, dann werden die Profite sinken; denn der Fabrikant wird mehr Lohn bezahlen müssen und wird nicht in den Stand gesetzt sein, sich schadlos zu halten, indem er den Preis seines verfertigten Gutes erhöht.

Jede zur Erleichterung des Minenbetriebes vorgenommene Verbesserung, durch welche die Edelmetalle mit einer geringeren Arbeitsmenge gewonnen werden können, wird den Wert des Geldes im allgemeinen herabzudrücken. Man wird es dann in allen Ländern für weniger Güter eintauschen. Wenn jedoch irgendein besonderes Land sich durch Fabrikation

auszeichnet, so daß es einen Geldzufluß zu sich herbeiführt, so wird in jenem Land der Geldwert niedriger, und der Getreide- und Arbeitspreis verhältnismäßig höher als in irgendeinem anderen sein.

Dieser höhere Geldwert wird nicht durch den Wechselkurs angezeigt werden; die Wechsel können weiter al pari begeben werden, auch wenn der Getreide- und Arbeitspreis in dem einen Lande um 10, 20 oder 30 % höher sein sollte, als in dem anderen. Unter den angenommenen Umständen ist ein solcher Preisunterschied die natürliche Ordnung der Dinge, und der Wechselkurs kann nur dann al pari stehen, wenn eine genügende Geldmenge in das Land, das sich durch Fabrikation auszeichnet, eingeführt wird, so daß sich dadurch der Preis seines Getreides und seiner Arbeit erhöht. Wenn fremde Länder die Geldausfuhr verbieten sollten und die Befolgung eines solchen Gesetzes mit Erfolg erzwingen könnten, dann wäre es ihnen allerdings möglich, das Steigen des Getreide- und Arbeitspreises in dem Industrielande zu verhindern; denn ein solches Steigen kann nur nach dem Zufluß von Edelmetall stattfinden, vorausgesetzt, daß kein Papiergeld gebraucht wird; doch könnten sie nicht verhindern, daß der Wechselkurs für sie sehr ungünstig stände. Wäre England das Industrieland, und wäre es möglich, die Geldeinfuhr zu verhindern, so könnte sein Wechselkurs mit Frankreich, Holland und Spanien auf 5, 10 oder 15 % gegen diese Länder stehen.

Wann immer der Geldumlauf gewaltsam angehalten wird, und das Geld daran gehindert wird, seinen richtigen Stand zu erlangen, dann gibt es keine Grenzen für die möglichen Veränderungen des Wechselkurses. Die Wirkungen sind denen ähnlich, welche entstehen, wenn ein Papiergeld, welches nicht nach Belieben des Inhabers gegen bar einlösbar ist, Zwangskurs erhält. Ein solches Umlaufsmittel ist notwendigerweise auf dasjenige Land beschränkt, wo es in Umlauf gesetzt wird; es kann also, wenn es zu reichlich ist, sich nicht in anderen Ländern verbreiten. Das Gleichgewicht der Zirkulation ist gestört, und der Wechselkurs wird unvermeidlich dem Lande, wo es in übermäßiger Menge vorhanden ist, ungünstig sein. Genau so würden sich die Wirkungen eines metallischen Umlaufsmittels gestalten, wenn das Geld durch Zwangsmittel, durch nicht zu umgehende Gesetze, in einem Lande zurückgehalten werden sollte, während es die Strömung im Handel nach anderen Ländern triebe.

Besitzt jedes Land genau die Geldmenge, welche es haben sollte, so wird zwar sicherlich das Geld nicht in jedem denselben Wert haben; denn es kann in bezug auf viele Güter um 5, 10 oder 20 % differieren; doch wird der Wechselkurs al pari stehen. Ein Hundert Pfund in England oder die in 100 £ enthaltene Menge Silber wird einen auf 100 £ lautenden Wechsel oder eine gleiche Menge Silber in Frankreich, Spanien oder Holland erstehen.

Wenn wir von dem Wechselkurse und dem verhältnismäßigen Werte des Geldes in verschiedenen Ländern sprechen, dürfen wir das nicht im mindesten auf den nach Gütern geschätzten Geldwert in jedem Lande beziehen. Der Wechselkurs läßt sich niemals durch Schätzung des verhältnismäßigen Geldwertes in Getreide, Tuch oder welchem Gut immer feststellen, sondern indem man den Wert des Umlaufsmittels eines Landes in dem Umlaufsmittel eines anderen schätzt.

Man kann ihn auch durch Vergleichung mit irgendeinem beiden Ländern gemeinsamen Maßstabe feststellen. Wenn ein auf England lautender 100 £-Wechsel dieselbe Warenmenge in Frankreich oder Spanien ersteht, die man mit einem auf Hamburg lautenden Wechsel vom gleichen Betrage ersteht, wird der Wechselkurs zwischen Hamburg und England al pari stehen. Wenn man aber mit

einem auf England lautenden 130 £-Wechsel nicht mehr zu kaufen vermag, als mit einem 100 £-Wechsel auf Hamburg, so steht der Kurs gegen England auf 30 %.

In England kann man vielleicht mit 100 £ einen Wechsel oder das Recht erstehen, in Holland 101 £, in Frankreich 102 £ und in Spanien 105 £ dafür zu erlangen. In dem Falle, sagt man, steht der Wechselkurs Englands gegen Holland auf 1 %, gegen Frankreich auf 2 % und gegen Spanien auf. 5 %. Dies zeigt an, daß der Stand der Umlaufsmittel größer ist, als er in diesen Ländern sein sollte, und der verhältnismäßige Wert von ihren und Englands Umlaufsmitteln würde sich durch einen Geldabfluß ihrerseits oder durch einen Geldzufluß nach England sogleich wieder auf pari stellen.

Diejenigen, welche behaupteten, unser Umlaufsmittel sei während der letzten 10 Jahre entwertet, als der Wechselkurs zwischen 20 und 30 % gegen unser Land schwankte, haben, wie man ihnen vorgeworfen hat, damit niemals sagen wollen, daß das Geld im Vergleich mit verschiedenen Gütern in dem einen Lande nicht mehr wert sein könnte, als in dem anderen. Wohl aber behaupteten sie, daß sich 130 £ in England nicht zurückhalten ließen, wenn es nicht entwertet wäre, wo es, in hamburgischem oder holländischem Gelde geschätzt, nicht mehr als 100 £ in Barren wert war.

Durch Verschicken von 130 guter englischer Pfund Sterling nach Hamburg würde ich dort, selbst bei 5 £ Unkosten, 125 £ erhalten; was könnte mich also veranlassen, einzuwilligen, für einen Wechsel 130 £ zu bezahlen, für den ich in Hamburg nur 100 £ bekommen würde, als der Umstand, daß meine Pfund eben keine guten Pfund Sterling waren? Sie waren verschlechtert, in ihrem inneren Werte unter die hamburgischen Pfund Sterling herabgesetzt, und wenn ich sie wirklich mit 5 £ Unkosten dorthin schickte, ließen sie sich nur für 100 £ veräußern. Zweifellos würden

mir meine 130 £ in Metall 125 £ in Hamburg verschaffen, aber für Papier-Pfund Sterling kann ich nur 100 £ bekommen; und dennoch wurde behauptet, 130 £ in Papier hätten denselben Wert, wie 130 £ in Silber oder Gold.

Weit vernünftiger behaupteten allerdings einige, daß zwar 130 £ in Papier nicht denselben Wert wie 130 £ in Metall besäßen, daß es jedoch lediglich das Metallgeld und nicht das Papiergeld wäre, welches sich in seinem Werte verändert hätte. Sie wollten die Bedeutung des Wortes Entwertung auf ein wirkliches Sinken des Wertes beschränkt wissen und nicht auf einen vergleichsweisen Unterschied zwischen dem Werte des Geldes und dem Normalmaß, an dem es gesetzlich gemessen wird. Früher hatten 100 £ englischen Geldes denselben Wert und waren imstande, 100 hamburgische £ zu erstehen; man konnte in jedem anderen Lande mit einem 100 £-Wechsel auf England oder Hamburg genau dieselbe Gütermenge erstehen. Um die nämlichen Dinge zu erhalten, war ich kürzlich gezwungen, 130 £ englischen Geldes zu bezahlen, als man sie in Hamburg noch für 100 £ hamburgischen Geldes erlangen konnte. Hatte damals das englische Geld seinen früheren Wert behalten, so mußte das hamburgische im Werte gestiegen sein. Wo aber ist der Beweis dafür? Wie läßt sich feststellen, ob das englische Geld gesunken, oder das hamburgische gestiegen ist? es gibt doch keinen Maßstab, nach welchem dies bestimmt werden kann. Es ist eine Vermutung, die keinen Beweis gestattet und sich weder mit Sicherheit bestätigen, noch widerlegen läßt. Die Völker der Erde müssen früh zu der Überzeugung gelangt sein, daß es in der Natur kein Normalmaß des Wertes gebe, an das man sich unentwegt halten könnte, und deshalb wählten sie ein Maßgut, das ihnen im großen und ganzen weniger veränderlich als irgendein anderes Gut erschien.

Nach diesem Normalmaß müssen wir uns nun richten,

bis das Gesetz geändert ist, und bis irgendein anderes Gut entdeckt ist, vermittelst dessen wir ein vollkommeneres Normalmaß als das, das wir festgesetzt haben, erhalten werden. Solange Gold bei uns ausschließlich das Normalmaß ist, wird das Geld entwertet sein, wenn ein Pfund Sterling nicht den gleichen Wert wie 5 dwts. und 3 grs. Standard Gold hat, und zwar gleichgültig, ob Gold in seinem allgemeinen Werte steigt, oder sinkt.

Kapitel VIII.

Über Steuern.

Steuern sind ein Teil vom Ertrage des Bodens und der Arbeit eines Landes, der der Regierung zur Verfügung gestellt wird, und werden letzthin immer entweder aus dem Kapital oder aus dem Einkommen des betreffenden Landes bezahlt.

Wir haben bereits gezeigt, daß das Kapital eines Landes entweder stehendes oder umlaufendes ist, je nachdem es von mehr oder weniger dauerhafter Natur ist. Es ist schwer genau festzustellen, wo die Unterscheidung zwischen umlaufendem und stehendem Kapitale beginnt; denn es gibt fast unendliche Grade in der Dauerhaftigkeit des Kapitals. Die Nahrungsmittel eines Landes werden mindestens einmal im Jahre konsumiert und wieder erzeugt; die Kleidung des Arbeiters wird wahrscheinlich in nicht weniger als zwei Jahren verbraucht und wieder erzeugt; während seine Wohnung und Einrichtung für die Dauer eines Zeitraums von zehn oder zwanzig Jahren berechnet sind.

Wenn die jährlichen Erzeugnisse eines Landes seinen

jährlichen Verbrauch mehr als ersetzen, sagt man, daß es sein Kapital vermehre. Wird aber sein jährlicher Verbrauch durch seine jährliche Produktion nicht wenigstens ersetzt, so sagt man, daß es sein Kapital vermindere. Kapital kann also durch erhöhte Produktion oder verringerte unproduktive Konsumtion vergrößert werden.

Wenn der Verbrauch der Regierung in dem Falle, wo er durch die Erhebung von weiteren Steuern zunimmt, entweder durch gesteigerte Produktion oder verminderte Konsumtion vom Volke aufgebracht wird, dann werden die Steuern auf das Einkommen fallen, und das Nationalkapital wird unvermindert bleiben. Erfolgt aber auf seiten des Volkes keine Vermehrung der Produktion oder Verringerung der unproduktiven Konsumtion, dann werden die Steuern notwendigerweise das Kapital treffen, d. h. den Fonds, der für die produktive Konsumtion bestimmt ist, beeinträchtigen.[1])

Im Verhältnis, wie das Kapital eines Landes vermindert wird, werden seine Erzeugnisse notwendigerweise vermindert werden. Bestehen also die nämlichen unproduktiven Ausgaben seitens des Volkes und Staates fort, und sind sie mit

---

[1]) Man muß sich darüber klar sein, daß alle Erzeugnisse eines Landes konsumiert werden. Aber der denkbar größte Unterschied liegt darin, ob sie von denen, die einen anderen Wert reproduzieren, oder von denjenigen, welche nicht reproduzieren, verbraucht werden. Wenn wir sagen, das Einkommen wird erspart und zum Kapitale geschlagen, so meinen wir, daß der Teil des Einkommens, welcher dem Kapital sozusagen hinzugefügt wird, eine Konsumtion erfährt durch produktive statt unproduktive Arbeiter. Es kann keinen größeren Irrtum geben, als anzunehmen, das Kapital vermehre sich durch Nichtkonsumtion. Sollte der Preis der Arbeit so hoch steigen, daß trotz der Kapitalzunahme nicht mehr verwandt werden könnte, so müßte ich sagen, eine solche Kapitalsvermehrung würde immer noch unproduktiv verbraucht werden.

einer dauernd abnehmenden jährlichen Reproduktion verbunden, so werden die Hilfsquellen von Volk und Staat mit wachsender Schnelligkeit versiegen, und Elend und Verfall werden folgen.

Trotz der kolossalen Ausgaben der englischen Regierung in den letzten 20 Jahren, kann wenig Zweifel darüber sein, daß sie durch die gestiegene Produktion seitens des Volkes mehr als ausgeglichen worden sind. Nicht nur ist das nationale Kapital unberührt geblieben, es hat sich auch bedeutend vermehrt, und das jährliche Volkseinkommen ist selbst nach der Bezahlung seiner Steuern heutzutage wahrscheinlich immer noch größer, als zu irgendeiner früheren Zeit unserer Geschichte.

Zum Beweise dafür ließen sich die Zunahme der Bevölkerung, die Ausdehnung des Ackerbaues, die Vermehrung von Schiffahrt und Gewerbe, die Erbauung von Docks, die Eröffnung zahlreicher Kanäle, sowie viele andere kostspielige Unternehmungen anführen, die alle auf eine Zunahme sowohl des Kapitals als auch der jährlichen Produktion hindeuten.

Dennoch ist es sicher, daß dieses Anwachsen des Kapitals ohne Besteuerung noch viel größer gewesen sein würde. Es gibt keine Steuern, die nicht eine Tendenz haben, die Kraft, Kapital anzusammeln, zu verringern. Alle Steuern müssen entweder das Kapital oder das Einkommen treffen. Wenn sie Kapital schmälern, dann müssen sie den Vermögensfonds, nach dessen Größe sich stets die Ausdehnung des produktiven Fleißes des Landes richtet, in entsprechendem Maße vermindern; und fallen sie auf das Einkommen, dann müssen sie entweder die Ansammlung verringern, oder die Steuerzahler zwingen, den Steuerbetrag durch entsprechende Einschränkung ihrer früheren unproduktiven Konsumtion an Bedarfs- und Luxusartikeln des Lebens zu ersparen. Einzelne Steuern werden diese Wirkungen in weit höherem Grade als andere hervorbringen; doch liegt das Hauptübel der

Besteuerung nicht so sehr in einer Auswahl ihrer Objekte, als vielmehr in der allgemeinen Menge ihrer Wirkungen zusammengenommen.

Die Steuern brauchen nicht notwendigerweise Kapitalsteuern zu sein, weil sie auf das Kapital, noch Einkommensteuern, weil sie auf das Einkommen gelegt werden. Wenn ich von meinem Einkommen von 1000 £ im Jahre 100 £ Steuern zahlen muß, wird dies in Wirklichkeit eine Steuer auf mein Einkommen sein, falls ich mit der Verausgabung der übrigen 900 £ zufrieden sein sollte. Aber es wird eine Steuer auf Kapital sein, wenn ich fortfahre, 1000 £ auszugeben.

Das Kapital, aus dem ich mein Einkommen von 1000 £ beziehe, kann vielleicht 10 000 £ wert sein. Eine einprozentige Steuer von diesem Kapital würde dann 100 £ betragen. Doch bliebe mein Kapital unangetastet, wenn ich mich nach Bezahlung dieser Steuer in gleicher Weise mit einer Ausgabe von 900 £ zufrieden gäbe.

Der Wunsch, den jedermann besitzt, seine Stellung im Leben zu behalten und seinen Wohlstand auf derjenigen Höhe zu behaupten, die er einmal erreicht hat, verursacht, daß die meisten Steuern, gleichgültig, ob man sie auf das Kapital oder auf das Einkommen umlegt, aus dem Einkommen bezahlt werden; und deshalb müssen sich die jährlichen Genüsse des Volkes, in dem Maße als die Besteuerung fortschreitet, oder die Regierung ihre Ausgaben vermehrt, verringern; es sei denn, daß es sein Kapital und Einkommen entsprechend erhöhen könnte. Es müßte die Politik der Regierungen sein, eine Neigung in dem Volke, dies zu tun, zu stärken und niemals solche Steuern aufzuerlegen, die das Kapital unvermeidlich treffen werden; denn, wenn sie so handeln, schmälern sie die Mittel für den Unterhalt der Arbeit und verringern dadurch die künftige Produktion des Landes.

In England ist diese Politik vernachlässigt worden, als

man die Testamente besteuerte, in der Erbschaftssteuer, sowie in all den Steuern, die die Übertragung des Eigentums vom Toten auf den Lebenden betreffen. Wenn eine Erbschaft von 1000 £ einer Steuer von 100 £ unterliegt, so betrachtet der Erbe seine Erbschaft nur als 900 £ wert, und er spürt keine besondere Veranlassung, die 100 £ Steuern von seinen Ausgaben zu sparen; auf diese Weise vermindert sich das Kapital des Landes. Hätte er jedoch in Wirklichkeit 1000 £ erhalten und die 100 £ als eine Steuer auf sein Einkommen oder auf Wein, Pferde oder Bediente entrichten müssen, so würde er wahrscheinlich seine Ausgaben eingeschränkt oder vielmehr nicht um jene Summe vermehrt haben. Infolgedessen würde das Kapital des Landes unvermindert geblieben sein.

„Steuern auf die Übertragung des Eigentums vom Toten auf den Lebenden,“ sagt Adam Smith, „fallen letzthin wie sofort auf die Personen, auf die das Eigentum übertragen wird. Steuern auf den Verkauf von Boden treffen gänzlich den Verkäufer. Letzterer steht fast immer unter dem Zwange, zu verkaufen, und muß daher einen Preis nehmen, wie er ihn bekommen kann. Der Käufer steht selten unter der Notwendigkeit, zu kaufen, und wird daher nur einen solchen Preis geben, wie er mag. Er überlegt, was ihm das Land an Steuer und Kaufpreis zusammen kosten wird. Je mehr er an Steuern bezahlen muß, desto weniger wird er als Preis zu geben geneigt sein. Folglich treffen solche Steuern fast immer eine notleidende Person, und müssen daher sehr grausam und drückend sein.“ „Stempel- und Registrierungsgebühren von Schuldverschreibungen und Kontrakte über geborgtes Geld fallen gänzlich auf den Borgenden und werden in der Tat auch stets von ihm bezahlt. Gebühren derselben Art bei Prozeßsachen treffen die Prozessierenden. Sie vermindern den Kapitalwert des Streitobjektes für beide Teile. Je mehr es kostet, ein Eigentum zu erwerben, desto

geringer muß sein Nettowert sein, nachdem man es erworben hat. Alle Steuern auf Eigentumsübertragungen jeder Art streben, soweit sie den Kapitalswert jenes Eigentums herabmindern, die für den Unterhalt der Arbeit bestimmten Mittel zu verringern. Sie sind alle mehr oder weniger schädliche Steuern, die das Einkommen des Herrschers vermehren, das selten andere als unproduktive Arbeiter unterhält, und zwar auf Kosten des Kapitals des Volkes, das nur produktive unterhält.

Aber das ist nicht der einzige Einwand gegen die Steuern auf die Übertragung von Eigentum. Sie verhindern, daß das nationale Kapital in der für die Gesamtheit dienlichsten Art und Weise verteilt werde. Im Hinblick auf die allgemeine Wohlfahrt kann dem Verkehr und Austausch von Eigentum jeglicher Art nicht genug Erleichterung gewährt werden, da hierdurch jede Art Kapital am besten seinen Weg zu denjenigen findet, die es am vorteilhaftesten zur Hebung der Produktionen des Landes verwenden werden. „Warum,“ fragt Herr Say, „wünscht jemand seinen Boden zu verkaufen? Doch nur deshalb, weil er eine andere Verwendung in Aussicht hat, bei welcher sein Vermögen produktiver sein wird. Warum wünscht ein anderer, den nämlichen Boden zu kaufen? Weil er ein Kapital verwenden will, daß ihm zu wenig einbringt, oder das brach lag, oder endlich dessen Gebrauch er einer Verbesserung fähig erachtet. Dieser Austausch wird das Einkommen der Gesamtheit erhöhen, da er das Einkommen dieser Teilnehmer vermehrt. Wenn aber die Kosten so unmäßig sind, daß sie den Tausch verhindern, dann werden sie für die Vermehrung des Einkommens der Gesamtheit zu einem Hemmnis.“ Allerdings lassen sich diese Steuern leicht erheben; und manche glauben, daß dies einigen Ausgleich für ihre schädlichen Wirkungen gewährt.

Kapitel IX.

Steuern auf Rohprodukte.

In einem der vorhergehenden Teile dieses Werke glaube ich zur Genüge den Grundsatz dargetan zu haben, daß der Preis des Getreides durch die Kosten seiner Produktion ausschließlich auf demjenigen Boden, oder besser gesagt, ausschließlich mit dem Kapital, bestimmt wird, das keine Rente bezahlt. Es wird daraus folgen, daß alles, was die Produktionskosten erhöhen kann, auch den Preis erhöhen wird, und alles, was sie herabmindern kann, den Preis drücken wird. Die Notwendigkeit, ärmeren Boden zu bebauen, oder einen geringeren Ertrag mit einem gegebenen Zusatzkapital auf einem bereits in Bebauung befindlichen Boden zu erzielen, wird den Tauschwert der Rohprodukte unvermeidlich in die Höhe treiben. Die Erfindung von Maschinen, welche den Landwirt instand setzen werden, sein Getreide mit geringeren Produktionskosten zu erzielen, wird natürlich seinen Tauschwert herabdrücken. Jede Steuer, welche dem Landwirt in Gestalt von Grundsteuern, Zehnten oder einer Steuer vom erzielten Ertrage auferlegt werden kann, wird die Produktionskosten und folglich auch den Preis der Rohprodukte erhöhen.

Stiege der Preis der Rohprodukte nicht derartig, um den Landmann für die Steuer zu entschädigen, so würde dieser natürlich ein Geschäft aufgeben, in welchem sein Profit unter den allgemeinen Stand der Profite gesunken wäre. Dies würde so lange eine Verminderung des Angebots verursachen, bis die ungeschwächte Nachfrage eine derartige Preiserhöhung der Rohprodukte bewirkt haben würde, daß dadurch ihr Anbau ebenso einträglich gemacht würde, als die Anlage von Kapital in irgendeinem anderen Gewerbe.

Eine Preiserhöhung ist das einzige Mittel, durch das er die Steuer bezahlen und aus der Verwendung seines Kapitals den üblichen und allgemeinen Profit fortbeziehen könnte. Er wäre nicht imstande, die Steuer von seiner Rente in Abzug zu bringen und seinen Gutsherrn zu nötigen, sie selbst zu bezahlen, denn er entrichtet keine Rente. Auch würde er sie nicht von seinem Profit abziehen, denn es liegt kein Grund vor, warum er ein Unternehmen, das einen kleinen Profit abwirft, weiter fortführen sollte, wenn alle anderen größere abwerfen. Daher kann es keine Frage sein, daß er die Macht haben wird, den Preis der Rohprodukte zu steigern, durch eine Summe, die der Steuer gleich ist.

Eine Steuer auf Rohprodukte würde nicht vom Grundeigentümer bezahlt werden; sie würde nicht von dem Landwirt bezahlt werden; sondern sie würde in Gestalt eines höheren Preises vom Konsumenten bezahlt werden.

Rente, daran sollte man sich erinnern, ist die Differenz zwischen dem Ertrag, der durch gleiche Mengen von Arbeit und Kapital, das auf Boden von demselben oder verschiedenen Qualitäten angewandt wird, gewonnen wird. Man sollte sich auch daran erinnern, daß sich die Geldrente und die Getreiderente des Bodens nicht im selben Verhältnis ändern.

In dem Falle einer Steuer auf Rohprodukte, einer Grundsteuer oder von Zehnten wird die Getreiderente variieren, während die Geldrente genau dieselbe wie zuvor bleiben wird.

Wenn der in Bebauung befindliche Boden, wie wir vorhin angenommen haben, von dreierlei Qualität wäre, und wenn man bei gleichem Kapitalsbetrage

180 Quarter Getreide vom Boden Nr. 1
170 „ „ „ „ „ 2
160 „ „ „ „ „ 3

erzielen würde, dann beliefe sich die Rente von Nr. 1 auf 20 Quarter, die Differenz zwischen Nr. 1 und Nr. 3; und die von Nr. 2 auf 10 Quarter, die Differenz zwischen Nr. 2 und Nr. 3, während Nr. 3 überhaupt keine Rente zahlen würde.

Stände nun der Getreidepreis auf 4 £ pro Quarter, dann würde die Geldrente von Nr. 1 = 80 £, und die von Nr. 2 = 40 £ sein.

Angenommen, man würde eine Getreidesteuer von 8 sh. pro Quarter erheben; dann würde der Preis auf 4 £ 8 sh. steigen; und wenn die Grundbesitzer dieselbe Getreiderente wie früher erhielten, würde sich die Rente von Nr. 1 auf 88 £ und die von Nr. 2 auf 44 £ belaufen. Sie würden jedoch nicht dieselbe Getreiderente bekommen; die Steuer würde Nr. 1 schwerer als Nr. 2, und Nr. 2 schwerer als Nr. 3 belasten, weil man sie von einer größeren Getreidemenge erheben würde. Die Schwierigkeit der Produktion auf Boden Nr. 3 ist es, welche den Preis bestimmt; und Getreide steigt auf 4 £ 8 sh., damit der Profit des in Nr. 3 investierten Kapitals mit dem allgemeinen Kapitalprofit auf gleicher Höhe stehen kann.

Der Ertrag und die Steuer auf die drei Bodenqualitäten würden sich, wie folgt, gestalten:

Nr. 1 trägt 180 Quarter zu 4 £ 8 sh. . . . . . . 792 £
davon der Wert von 16,3 Quarter oder 8 sh.
pro Quarter auf 180 Quarter . . . . . 72 £

Reinertrag an Getreide 163,7 Qu.; Reinertrag an Geld 720 £.

Nr. 2 trägt 170 Quarter, zu 4 £ 8 sh. . . . . . . 748 £
davon der Wert von 15,4 Quarter, zu 4 £ 8 sh.
oder 8 sh. auf 170 Quarter . . . . . 68 £

Reinertrag an Getreide 154,6 Qu.; Reinertrag an Geld 680 £.

Nr. 3 trägt 160 Quarter, zu 4 £ 8 sh. . . . . . . 704 £
davon der Wert von 14,5 Quarter, zu 4 £ 8 sh.
oder 8 sh. pro Quarter auf 160 Quarter . 64 £

Reinertrag an Getreide 145,5 Qu.; Reinertrag an Geld 640 £.

Die Geldrente von Nr. 1 würde 80 £ oder die Differenz von 720 £ und 640 £ weiter betragen; und die von Nr. 2 40 £ oder die Differenz von 680 £ und 640 £, genau so viel wie vorher; aber die Getreiderente wird auf Nr. 1 von 20 Quarter auf 18,2 Quarter, die Differenz von 163,7 und 145,5; und die auf Nr. 2 von 10 Quarter auf 9,1 Quarter, die Differenz von 154,6 und 145,5 Quarter, zurückgegangen sein.

Eine Getreidesteuer würde also die Konsumenten treffen und seinen Wert, verglichen mit allen übrigen Gütern, in einem der Steuer entsprechenden Grade erhöhen. Je nachdem die Rohprodukte in die Zusammensetzung anderer Güter eingingen, würde ihr Wert auch erhöht werden, falls nicht die Steuer durch andere Ursachen wieder ausgeglichen wäre. Sie würden in der Tat indirekt besteuert werden, und ihr Wert würde der Steuer entsprechend in die Höhe gehen.

Indessen würde eine Steuer auf Rohprodukte und auf die Bedarfsartikel des Arbeiters eine andere Wirkung haben: sie würde den Lohn steigern. Infolge der Wirkung des Bevölkerungsprinzips auf die Vermehrung der Menschheit hält sich der Lohn der untersten Klasse niemals bedeutend über demjenigen Betrag, welchen die Natur und Gewohnheit für den Unterhalt der Arbeiter erheischt. Diese Klasse ist nie imstande, einen beträchtlichen Teil der Besteuerung zu tragen, und deshalb könnte sie, falls sie für jeden Quarter Weizen 8 sh. und für andere Bedarfsartikel einen kleineren Satz mehr zu bezahlen hätte, nicht mehr mit demselben Lohn wie zuvor auskommen und die Rasse der Arbeiter aufrecht erhalten. Der Lohn würde unvermeidlich und notwendiger-

weise steigen; und in dem Maße, wie er stiege, würde der Profit sinken. Die Regierung würde von all dem Getreide, das im Lande-konsumiert wird, eine Steuer von 8 sh. pro Quarter erhalten, von dem ein Teil direkt von den Getreidekonsumenten bezahlt würde; der andere Teil würde indirekt von denen beglichen werden, welche Arbeit verwendeten, und würde den Profit in derselben Weise beeinflussen, als ob der Lohn infolge erhöhter Nachfrage nach Arbeit im Vergleich mit dem Angebote oder infolge größerer Schwierigkeit, die für den Arbeiter notwendigen Nahrungs- und Bedarfsartikel zu beschaffen, gestiegen wäre.

Insofern die Steuer die Konsumenten treffen könnte, würde sie eine gleiche Steuer sein; insofern sie aber die Profite treffen würde, würde sie eine Partialsteuer sein; denn sie würde weder den Grundbesitzer noch den Kapitalisten treffen, weil sie auch ferner dasselbe erhalten würden: der eine dieselbe Geldrente, der andere dieselben Gelddividenden als vorher. Eine Steuer auf das Erzeugnis des Bodens würde daher wie folgt wirken:

1. würde sie den Preis der Rohprodukte um einen der Steuer gleichen Betrag erhöhen und deshalb jeden Konsumenten seinem Verbrauche entsprechend treffen;
2. würde sie den Arbeitslohn in die Höhe treiben und die Profite drücken.

Gegen solche Steuern kann man also einwenden:

1. Daß, weil sie die Arbeitslöhne steigert, und die Profite drückt, sie eine ungleiche Steuer ist, da sie das Einkommen des Landwirts, Händlers und Fabrikanten trifft und das Einkommen des Grundbesitzers, Kapitalisten, sowie aller derjenigen, die ein festes Einkommen beziehen, unbesteuert läßt.
2. Daß zwischen dem Steigen des Getreidepreises und dem des Lohnes ein beträchtlicher Zeitraum liegen würde, während dessen viel Not durch den Arbeiter erlitten worden sein würde.
3. Daß ein Steigen des Lohnes und ein Sinken des Profits eine Entmutigung für die Ansammlung ist und auf dieselbe Art wirkt wie natürliche Armut des Bodens.
4. Daß durch die Preiserhöhung der Rohprodukte die Preise aller Güter, in welche das Rohprodukt eingeht, erhöht werden würden, und daß wir darum dem auswärtigen Fabrikanten nicht unter gleichen Bedingungen auf dem Weltmarkte begegnen würden.

In bezug auf den ersten Einwand, nämlich daß die Steuer infolge ihrer Arbeitslohnsteigerung und Profitverminderung ungleich wirkt, da sie das Einkommen des Landwirts, Kaufmanns und Fabrikanten trifft, dagegen das des Grundbesitzers, Kapitalisten, sowie aller übrigen, die ein festes Einkommen beziehen, unbesteuert läßt, — kann geantwortet werden, daß, wenn die Wirkung der Steuer ungleich ist, es Sache der Gesetzgebung ist, sie gleich zu machen, indem man die Grundrente und die Dividenden vom Kapital direkt besteuert. Wenn das geschähe, würden alle Ziele einer Einkommensteuer erreicht werden, ohne daß dabei die Unannehmlichkeit bestände, seine Zuflucht zu der verhaßten Maßnahme nehmen zu müssen, jedermanns Angelegenheiten zu erforschen und Beamte mit Befugnissen auszustatten, die den Gewohnheiten und Gefühlen eines freien Landes zuwider laufen.

Hinsichtlich des zweiten Einwandes, nämlich daß zwischen dem Steigen des Getreidepreises und dem des Lohnes ein beträchtlicher Zeitraum liegen würde, währenddessen viel Not durch die ärmeren Klassen erlitten werden würde, — antworte ich, daß der Lohn unter verschiedenen Umständen dem Rohproduktenpreis in sehr verschiedenen Schnelligkeitsgraden folgt; daß in einigen Fällen überhaupt kein Einfluß

auf den Lohn durch eine Erhöhung des Getreidepreises ausgeübt wird, während in anderen das Steigen des Lohnes der Erhöhung des Getreidepreises vorhergeht. Ferner tritt in einigen die Wirkung auf den Lohn langsam, in anderen schneller zutage.

Diejenigen, welche behaupten, daß der Preis der Bedarfsartikel den Arbeitspreis bestimmt, immer unter Berücksichtigung des besonderen Fortschrittsgrades, in dem die Gesellschaft sich befinden mag, scheinen zu bereitwillig zugegeben zu haben, daß auf ein Steigen oder Sinken des Preises der Bedarfsartikel sehr langsam ein Steigen oder Sinken des Lohnes folgen wird. Ein hoher Preis der Lebensmittel kann von sehr verschiedenen Ursachen herrühren und kann demnach auch sehr verschiedene Wirkungen hervorbringen. Er kann entstehen durch:

1. Ein ungenügendes Angebot.
2. Allmählich wachsende Nachfrage, die schließlich mit erhöhten Produktionskosten befriedigt werden mag.
3. Ein Sinken des Geldwertes.
4. Steuern auf Bedarfsartikel.

Diese vier Ursachen haben die nicht genügend unterschieden und getrennt, die den Einfluß eines hohen Preises der Bedarfsartikel auf den Lohn untersucht haben. Wir wollen sie, jede für sich, einer Prüfung unterziehen.

Eine schlechte Ernte wird einen hohen Preis der Lebensmittel hervorrufen, und der hohe Preis ist das einzige Mittel, durch das der Konsum gezwungen wird, sich dem Stande des Angebots anzupassen. Wären alle Käufer des Getreides reich, so könnte der Preis zu jeder Höhe steigen; das Resultat aber bliebe unverändert. Der Preis würde schließlich so hoch stehen, daß die am wenigsten Reichen genötigt wären, auf den Gebrauch eines Teiles der Menge, welche

sie gewöhnlich konsumierten, zu verzichten, da die Nachfrage allein durch verringerten Verbrauch in die Grenzen des Angebots zurückgedrängt werden könnte. Unter solchen Umständen kann keine Politik verkehrter sein, als den Geldlohn gewaltsam nach dem Preise der Nahrungsmittel zu regulieren, wie es infolge falscher Anwendung der Armengesetze häufig vorgekommen ist. Eine derartige Maßnahme gewährt dem Arbeiter keine wirkliche Erleichterung, weil ihre Wirkung ist, den Getreidepreis noch höher zu schrauben, und der Arbeiter schließlich doch gezwungen werden muß, seinen Konsum dem begrenzten Angebot entsprechend einzuschränken. Beim natürlichen Verlauf der Dinge würde ein durch schlechte Zeiten entstandenes ungenügendes Angebot ohne einen schädlichen und unklugen Eingriff keine Steigerung des Lohnes zur Folge haben. Die Lohnerhöhung besteht nur nominell für diejenigen, die sie empfangen; sie erhöht die Konkurrenz auf dem Getreidemarkte, und ihre letzte Wirkung ist, die Profite der Getreidebauer und Getreidehändler zu erhöhen. Der Arbeitslohn wird in Wirklichkeit durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der Bedarfsartikel, und Angebot und Nachfrage der Arbeit bestimmt; und Geld ist bloß das Maßgut oder der Maßstab, in welchem der Lohn ausgedrückt wird. In diesem Falle ist daher das Elend des Arbeiters unvermeidlich, und keine Gesetzgebung kann ein Heilmittel dagegen bieten; ausgenommen durch die Einführung von mehr Nahrungsmitteln oder durch Annahme der geeignetsten Ersatzmittel.

Wenn ein hoher Getreidepreis die Folge erhöhter Nachfrage ist, ist ihm stets eine Lohnsteigerung vorhergegangen, da die Nachfrage ohne eine Vermehrung der Mittel des Volkes, um das zu zahlen, was es begehrt, nicht wachsen kann. Eine Ansammlung von Kapital erzeugt natürlich eine erhöhte Konkurrenz unter den Verwendern von Arbeit und folglich auch eine Steigerung ihres Preises. Der höhere

Lohn wird nicht immer sogleich für Lebensmittel ausgegeben, sondern wird zuerst dazu benutzt, um zu den anderen Genüssen des Arbeiters beizutragen. Indessen verleitet ihn seine bessern Lage und ermöglicht es ihm, zu heiraten, und dann verdrängt die Nachfrage nach Lebensmitteln für den Unterhalt seiner Familie die nach jenen anderen Genüssen, für welche er eine Zeitlang seinen Lohn verausgabte. Das Getreide steigt also im Preise, weil die Nachfrage danach wächst, weil Leute in der Gesellschaft vorhanden sind, die erhöhte Mittel haben, dafür zu zahlen; und die Profite des Landwirts werden über das allgemeine Profitniveau gehoben werden, bis die erforderliche Kapitalmenge auf seinen Anbau verwandt worden ist. Ob nun das Getreide, nachdem dies geschehen ist, auf seinen ehemaligen Preis wieder zurücksinken muß, oder ob es dauernd höher bleiben muß, wird von der Qualität desjenigen Bodens abhängen, von dem die vermehrte Menge an Getreide geliefert worden ist. Wurde es von einem Boden geerntet, von derselben Fruchtbarkeit wie der, welcher zuletzt in Bebauung war, und zwar mit keinen größeren Arbeitskosten, dann wird der Preis auf seinen früheren Stand zurückgehen; wenn aber von ärmerem Boden, wird er sich dauernd höher stellen. Der hohe Arbeitslohn rührte zuvörderst von einer Vermehrung in der Nachfrage nach Arbeit her: insofern er zur Verheiratung ermunterte und Kinder ernährte, brachte er die Wirkung hervor, das Arbeitsangebot zu vermehren. Falls aber der Bedarf gedeckt ist, wird der Lohn wieder auf seinen früheren Preis sinken, wenn das Getreide auf seinen früheren Preis gefallen ist: auf einen höheren als den vormaligen Preis, wenn die größere Getreidemenge von Boden von geringerer Qualität erzeugt worden ist. Ein hoher Preis ist keineswegs unvereinbar mit einem starken Angebot: der Preis steht dauernd hoch, nicht weil die Menge nicht ausreicht,

sondern weil vermehrte Produktionskosten entstanden sind. Allerdings geschieht es gewöhnlich, daß, wenn der Bevölkerung ein Ansporn gegeben worden ist, eine Wirkung erzielt wird, die über das hinausgeht, was die Lage erfordert; die Bevölkerung kann und wird sich im allgemeinen so stark vermehrt haben, daß sie trotz der gestiegenen Arbeitsnachfrage in einem größeren Verhältnis zu den dem Unterhalt der Arbeiter dienenden Mitteln als vor der Kapitalsvermehrung steht. In diesem Falle wird eine Reaktion eintreten; der Lohn wird unter seinen natürlichen Stand sinken, und wird darin fortfahren, bis das gewöhnliche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wieder hergestellt worden ist. In diesem Falle geht also dem Steigen des Getreidepreises eine Lohnerhöhung voraus und zieht für den Arbeiter deshalb keine üblen Folgen nach sich.

Ein Sinken des Geldwertes infolge eines Zuflusses von Edelmetallen von den Bergwerken oder durch Mißbrauch der Bankprivilegien ist eine weitere Ursache für das Steigen des Preises der Nahrungsmittel; sie führt aber keine Veränderung in der produzierten Menge herbei. Sie läßt auch die Zahl der Arbeiter, sowie die Nachfrage nach ihnen unberührt, da weder ein Zuwachs, noch eine Abnahme von Kapital vorhanden sein wird. Die Menge der dem Arbeiter zukommenden Bedarfsartikel hängt von dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der Bedarfsartikel im Vergleich mit dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der Arbeit ab, da das Geld nur das Maßgut ist, in welchem die Menge ausgedrückt wird; und da sich keins von beiden verändert hat, so wird sich auch die wirkliche Vergütung des Arbeiters nicht anders gestalten. Der Geldlohn wird zwar steigen, aber er wird ihn nur in den Stand setzen, sich mit derselben Menge von Bedarfsartikeln wie früher zu versorgen. Diejenigen, welche diesen Grundsatz bestreiten, sind zu zeigen verpflichtet, warum eine Zunahme des Geldes

nicht dieselbe Wirkung auf die Steigerung des Preises der Arbeit, deren Menge sich nicht vermehrt hat, ausüben sollte, die sie, wie sie selbst zugeben, auf den Preis von Schuhen, Hüten und Getreide haben würde, wenn sich die Menge dieser Güter nicht vermehrt hätte. Der relative Marktwert von Hüten und Schuhen wird durch Angebot und Nachfrage von Hüten verglichen mit Angebot und Nachfrage von Schuhen bestimmt, und Geld ist nur das Maßgut, in welchem ihr Wert ausgedrückt wird. Wenn Schuhe im Preise verdoppelt werden, werden auch Hüte im Preise verdoppelt werden, und sie werden denselben verhältnismäßigen Wert behalten. So wird auch die Arbeit, wenn sich Getreide und alle Bedarfsartikel des Arbeiters im Preise verdoppeln, ebenfalls den doppelten Preis annehmen; und solange keine Unterbrechung in der gewöhnlichen Nachfrage und im Angebot von Bedarfsartikeln und Arbeit erfolgt, kann kein Grund vorliegen, warum dieselben ihren relativen Wert nicht bewahren sollten.

Weder ein Sinken des Geldwertes, noch eine Steuer auf Rohprodukte, obwohl jedes den Preis erhöhen wird, wird *notwendigerweise* die Menge der Rohprodukte oder die Zahl der Personen beeinträchtigen, welche sie sowohl zu kaufen imstande, als zu konsumieren geneigt sind. Es ist sehr leicht zu begreifen, warum, wenn das Kapital eines Landes sich unregelmäßig vermehrt, der Lohn steigen sollte, während der Getreidepreis stationär bleibt oder in geringerem Grade steigt; und warum, wenn das Kapital eines Landes abnimmt, der Lohn sinken sollte, während das Getreide stationär bleibt oder in weit geringerem Maße sinkt, und zwar noch dazu auf geraume Zeit. Der Grund liegt darin, daß die Arbeit ein Gut ist, das weder beliebig vermehrt noch vermindert werden kann. Wenn auf dem Markte zu wenig Hüte für den Bedarf vorhanden sind, so wird der Preis steigen, doch nur auf kurze Zeit; denn im Laufe eines

Jahres kann die Menge der Hüte durch Verwendung von mehr Kapital in jenem Gewerbe jeden denkbaren Zuwachs erfahren, weshalb ihr Marktpreis ihren natürlichen auf längere Zeit nicht um sehr viel übersteigen kann. Mit den Menschen verhält sich das aber nicht so. Man kann ihre Zahl in ein bis zwei Jahren nicht erhöhen, falls eine Kapitalsvermehrung stattgefunden hat, noch läßt sich ihre Zahl schnell vermindern, wenn das Kapital im Rückgang begriffen ist. Da also die Zahl der Hände sich langsam vermehrt oder abnimmt, während sich die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel schnell vermehren oder vermindern, so muß eine beträchtliche Zwischenzeit verstreichen, ehe der Preis der Arbeit durch den Preis des Getreides und der Bedarfsartikel genau reguliert wird. Aber im Falle eines Sinkens des Geldwertes oder einer Getreidesteuer tritt notwendigerweise noch kein Überangebot in der Arbeit, noch auch eine Schwächung in der Nachfrage ein, und darum kann es keinen Grund geben, warum der Arbeiter eine wirkliche Lohnverkürzung erfahren sollte.

Eine Getreidesteuer vermindert die Menge des Getreides nicht unbedingt, sie treibt nur seinen Geldpreis in die Höhe. Sie verringert auch nicht notwendigerweise die Nachfrage nach Arbeit im Vergleich zum Angebot. Warum sollte sie also den dem Arbeiter gezahlten Anteil verkürzen? Angenommen, es sei wahr, daß sie tatsächlich die dem Arbeiter gegebene Menge verminderte; mit anderen Worten, sie steigerte seinen Geldlohn nicht in demselben Verhältnis, wie die Steuer den Preis des von ihm konsumierten Getreides erhöhte; würde dann das Angebot von Getreide nicht die Nachfrage übersteigen? würde es nicht im Preise sinken? und würde der Arbeiter nicht so seinen gewöhnlichen Anteil erhalten? In solchem Falle würde in der Tat der Landwirtschaft Kapital entzogen werden; denn wenn der Preis nicht um den Gesamtbetrag der Steuer er-

höht würde, würden die landwirtschaftlichen Profite unter dem allgemeinen Niveau der Profite stehen und das Kapital sich eine vorteilhaftere Verwendung aussuchen. Was also eine Steuer auf Rohprodukte anbetrifft, welcher Punkt zur Erörterung steht, so würde, scheint mir, zwischen dem Steigen des Preises der Rohprodukte und dem Steigen des Lohnes des Arbeiters keine Zwischenzeit verstreichen, die der Arbeiter als drückend empfinden könnte, weshalb kein anderes Ungemach von dieser Klasse erlitten würde als das, welches sie von jeder anderen Steuerart erleiden würde; nämlich die Gefahr, daß die Steuer vielleicht die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel beeinträchtigen und somit die Nachfrage danach hemmen oder drücken könnte.

Bezüglich des dritten Einwandes gegen die Rohproduktensteuern, nämlich, daß der steigende Lohn und der sinkende Profit eine Abschreckung für die Ansammlung ist und wie eine natürliche Armut des Bodens wirkt, — so habe ich in einem anderen Teil dieses Werkes zu zeigen versucht, daß sich Ersparnisse ebensogut bei den Ausgaben, als bei der Produktion machen lassen; infolge einer Herabsetzung des Wertes der Güter wie eines Steigens der Profitrate. Wenn ich meine Profite von 1000 £ auf 1200 £ erhöhe, während dieselben Preise bestehen bleiben, so wächst meine Fähigkeit, mein Kapital durch Sparen zu vermehren. Doch wächst sie nicht so sehr, wie es der Fall sein würde, wenn meine Profite dieselben blieben, während die Güter so im Preise erniedrigt wären, daß mir 800 £ ebensoviel davon verschaffen würden, als früher 1000 £ erstanden.

Nun muß aber die durch die Steuer geforderte Summe erhoben werden, und es ist einfach die Frage, ob derselbe Betrag einzelnen Personen genommen werden soll, indem man ihre Profite vermindert, oder indem man die Preise der Güter erhöht, für welche ihre Profite ausgegeben zu werden pflegen.

Besteuerung in jeder Form ist nichts weiter als eine Wahl von Übeln. Trifft sie nicht den Profit oder andere Einkommensquellen, so muß sie auf die Ausgaben wirken; und vorausgesetzt, daß die Last gleichmäßig getragen wird und die Reproduktion nicht zurückgedrängt, so ist es, gleichgültig, worauf sie gelegt wird. Produktions- oder Kapitalprofitsteuern, mögen sie nun die Profite unmittelbar oder indirekt durch Besteuerung des Bodens oder seines Ertrages treffen, haben anderen Steuern gegenüber den Vorteil voraus, daß ihnen keine Klasse der Gesellschaft entgehen kann, und jeder nach seinen Kräften Tribut zollen muß, vorausgesetzt, daß alles übrige Einkommen besteuert wird.

Den Aufwandsteuern kann sich ein Geizhals entziehen; er hat vielleicht ein jährliches Einkommen von 10 000 £ und verbraucht davon nur 300 £. Den Profitsteuern aber, mögen sie nun direkt oder indirekt sein, kann er nicht entgehen. Entweder wird er zu ihnen dadurch beitragen, daß er einen Teil oder den Wert eines Teiles seines Ertrages opfert, oder daß er infolge erhöhter Preise derjenigen Bedarfsartikel, welche für die Produktion unerläßlich sind, unfähig sein wird, in derselben Rate wie bisher anzusammeln. Er kann zwar ein Einkommen von gleichem Werte beziehen, aber er wird nicht dieselbe Verfügungskraft über die Arbeit, noch über eine gleiche Menge von Materialien haben, an denen solche Arbeit betätigt werden kann.

Wenn ein Land von allen anderen isoliert liegt und mit keinem seiner Nachbarn Handel unterhält, so kann es auch in keiner Weise irgendeinen Teil seiner Steuern von sich abwälzen. Ein Teil vom Ertrage seines Bodens und seiner Arbeit wird dem Dienste des Staates gewidmet werden; und ich kann nicht umhin zu glauben, daß es, vorausgesetzt, es belaste jene Klasse nicht ungleich, welche ansam-

melt und spart, von geringer Bedeutung sein wird, ob die Steuern auf Profite, auf landwirtschaftliche oder auf gewerbliche Güter gelegt werden. Wenn mein jährliches Einkommen 1000 £ beträgt, und ich Steuern im Betrage von 100 £ zahlen muß, so ist es von geringer Bedeutung, ob ich ihn aus meinem Einkommen bestreite und dadurch für mich nur 900 £ übrig habe, oder ob ich für meine landwirtschaftlichen Güter oder meine fabrizierten Waren 100 £ mehr ausgebe. Wenn 100 £ mein rechtmäßiger Anteil an den Ausgaben des Landes ist, so besteht die Vortrefflichkeit der Besteuerung darin, daß ich sicher bin, genau diese 100 £, und nicht mehr oder weniger, bezahlen zu müssen; was in keiner Weise so sicher geschehen kann, als durch Steuern auf Löhne, Profite oder Rohprodukte.

Der vierte und letzte Einwand, welcher noch zu bemerken übrig bleibt, besteht darin, daß infolge des Steigens des Rohproduktenpreises die Preise aller Güter, in welche Rohprodukte eingehen, in die Höhe getrieben werden, und daß wir infolgedessen dem ausländischen Fabrikanten auf dem Weltmarkte nicht unter gleichen Bedingungen begegnen werden.

Zunächst könnten Getreide und *alle* heimischen Güter ohne einen Zufluß von Edelmetallen nicht erheblich im Preise erhöht werden; denn ein und dieselbe Menge Geldes könnte nicht dieselbe Menge Güter zu hohen wie zu niedrigen Preisen in Umlauf setzen, und die Edelmetalle könnten nie mit teueren Gütern gekauft werden. Braucht man mehr Gold, so muß es dadurch erlangt werden, daß man wohl mehr, aber nicht weniger Güter dafür hingibt. Auch könnte der Geldmangel nicht durch Papier ersetzt werden; denn nicht das Papier bestimmt den Wert des Goldes als Gut, sondern das Gold bestimmt den Wert des Papieres. Wenn also der Wert des Goldes nicht herabgemindert werden könnte, so könnte kein Papier dem Umlaufsmittel hinzugefügt werden, ohne entwertet zu werden. Und daß der Wert des Goldes nicht herabgemindert werden könnte, erscheint klar, wenn wir bedenken, daß der Wert des Goldes als Gut durch diejenige Warenmenge geregelt werden muß, welche den Ausländern im Tausche dafür gegeben werden muß. Ist Gold billig, sind Güter teuer; und ist Gold teuer, so sind Güter billig und sinken im Preise. Da nun kein Grund gezeigt worden ist, warum Ausländer ihr Gold billiger als gewöhnlich verkaufen sollten, so ist es nicht wahrscheinlich, daß überhaupt ein Goldzufluß erfolgen würde. Ohne einen solchen Zufluß kann aber keine Vermehrung der Menge, kein Sinken seines Wertes, kein Steigen des allgemeinen Warenpreises stattfinden.[1])

Die wahrscheinliche Wirkung einer Steuer auf Rohprodukte würde sein, die Preise der Rohprodukte und aller Güter, in welche die Rohprodukte eingehen, zu steigern, aber keineswegs im Verhältnis zu der Steuer. Dagegen würden andere Güter, in welche keine Rohprodukte eingingen, wie metallene oder irdene Artikel, im Preise sinken, so daß dieselbe Geldmenge wie früher zum gesamten Umlaufe genügen würde.

Eine Steuer, welche eine Preissteigerung aller inländischen Erzeugnisse bewirken sollte, würde den Export nicht lähmen, ausgenommen auf eine sehr begrenzte Zeit. Wenn sie im Inlande im Preise gestiegen wären, dann könnten sie in der Tat nicht unmittelbar mit Gewinn exportiert werden, weil sie hier einer Auflage unterworfen wären, von der sie im Auslande frei wären. Die Steuer würde dieselbe Wirkung wie eine Veränderung des Geldwertes erzeugen,

[1]) Man kann darüber im Zweifel sein, ob Güter, welche bloß infolge von Besteuerung im Preise gestiegen sind, für ihren Umlauf irgendwelchen Mehrbetrag in Geld erfordern würden. Ich glaube, daß dies nicht der Fall wäre.

die jedoch nicht allgemein und allen Ländern gemeinsam wäre, sondern sich nur auf ein einziges beschränkte. Würde England dieses Land sein, so wäre es nicht imstande zu verkaufen, aber es könnte kaufen, weil einführbare Güter nicht im Preis erhöht sein würden. Unter diesen Umständen könnte man gegen ausländische Güter nichts als Geld ausführen, aber dies ist ein Handel, welcher nicht lange anhalten könnte. Der Geldvorrat einer Nation läßt sich nicht erschöpfen; denn nachdem eine gewisse Menge sie verlassen hat, wird der Wert des zurückbleibenden steigen, und ein solcher Güterpreis wird die Folge sein, daß sie wieder fähig sein werden, mit Gewinn ausgeführt zu werden. Wenn das Geld also gestiegen wäre, würden wir es nicht länger mehr gegen Waren exportieren, sondern wir würden diejenigen Fabrikate ausführen, welche infolge einer Preiserhöhung der Rohprodukte, aus denen man sie herstellte, zuerst eine Preissteigerung erfahren hätten und nun durch die Geldausfuhr wieder gesunken wären.

Hiergegen läßt sich jedoch einwenden, daß, wenn das Geld derartig im Werte stiege, es in bezug auf ausländische Güter ebenso wie auf inländische steigen, und infolgedessen jeder Antrieb, ausländische Waren zu importieren, aufhören würde. Angenommen also, wir importierten Waren, die im Auslande 100 £ kosteten und sich bei uns für 120 £ absetzen ließen, so müßten wir aufhören, sie einzuführen, wenn der Geldwert in England derartig gestiegen wäre, daß sie hier nur für 100 £ verkauft würden; dieses jedoch könnte niemals eintreten. Der Grund, welcher uns veranlaßt, ein Gut zu importieren, ist die Entdeckung seiner verhältnismäßigen Wohlfeilheit im Ausland; es ist der Vergleich seines Preises im Ausland mit seinem Preise im Inlande. Wenn ein Land Hüte exportiert und Tuch einführt, so geschieht das, weil es durch die Herstellung von Hüten und deren Austausch gegen Tuch mehr Tuch erhalten kann, als wenn

es selbst Tuch fabrizierte. Verursacht das Steigen der Rohprodukte in der Hutmanufaktur erhöhte Produktionskosten, so würde es auch erhöhte Kosten in der Tuchfabrikation verursachen. Wenn man daher beide Güter im Inlande erzeugte, würden beide steigen. Da es jedoch ein Gut ist, das wir einführen, so würde es nicht steigen, auch würde es nicht sinken, falls der Geldwert stiege; denn dadurch, daß es nicht sänke, würde es sein natürliches Verhältnis dem Exportgut gegenüber zurückerlangen. Das Steigen der Rohprodukte läßt einen Hut von 30 auf 33 sh. steigen oder um 10 %; dieselbe Ursache würde das Tuch, falls wir es selbst herstellten, von 20 sh. auf 22 sh. pro Elle steigen lassen. Diese Erhöhung zerstört jedoch das Verhältnis zwischen Tuch und Hüten nicht; ein Hut war und ist auch ferner noch 1½ Elle Tuch wert. Wenn wir aber Tuch importieren, wird sein Wert unverändert auf 20 sh. pro Elle stehen bleiben, unberührt zuerst vom Sinken und dann vom Steigen des Geldwertes; während Hüte, die von 30 auf 33 sh. gestiegen waren, wieder von 33 sh. auf 30 sh. herabgehen werden, bei welchem Punkte das Verhältnis zwischen Tuch und Hüten wieder hergestellt sein wird.

Um die Betrachtung dieses Gegenstandes zu vereinfachen, habe ich angenommen, daß ein Steigen des Wertes der Rohmaterialien alle heimischen Güter in gleichem Verhältnis treffen würde; daß, wenn die Wirkung auf das eine wäre, es um 10 % zu erhöhen, es alle um 10 % erhöhen würde. Da aber der Wert der Güter sehr verschieden aus Rohmaterial und Arbeit zusammengesetzt ist; da etliche Güter, wie z. B. alle diejenigen, welche man aus Metallen verfertigt, durch das Steigen der von der Erdoberfläche gewonnenen Rohprodukte unberührt bleiben würden, so ist es klar, daß durch eine Rohproduktensteuer die größte Mannigfaltigkeit in den Wirkungen entstände, welche auf den Wert

der Güter ausgeübt werden. Insofern diese Wirkung einträte, würde sie zum Export besonderer Güter anspornen oder ihn verzögern, und zweifellos mit derselben Unannehmlichkeit verbunden sein, welche eine Begleiterscheinung der Güterbesteuerung ist: sie würde das natürliche Verhältnis zwischen dem Werte jedes einzelnen zerstören. Auf diese Weise könnte der natürliche Preis eines Hutes statt dasselbe wie 1½ Elle Tuch zu sein, nur von dem Werte von 1¼ Elle, oder er könnte von dem Werte von 1¾ Elle sein; und darum könnte dem auswärtigen Handel leicht eine andere Richtung gegeben werden. Alle diese Unannehmlichkeiten würden wahrscheinlich den Wert der Ein- und Ausfuhr nicht berühren; sie würden nur die bestmögliche Verteilung des Kapitals in der ganzen Welt hindern, die niemals so gut geregelt ist, als wenn sich jedes Gut frei nach seinem natürlichen Preise richten kann, ungefesselt durch künstlichen Zwang.

Obschon also das Steigen des Preises der meisten unserer eigenen Güter zeitweilig den Export im allgemeinen beeinträchtigen würde und vielleicht die Ausfuhr einiger weniger Güter dauernd zu hindern vermöchte, so könnte es doch den auswärtigen Handel nicht wesentlich stören, und würde uns auch keinem verhältnismäßigen Nachteile aussetzen, soweit der Wettbewerb auf auswärtigen Märkten in Frage käme.

Kapitel X.

Steuern auf Rente.

Eine Steuer auf Rente würde nur die Rente treffen; sie fiele gänzlich auf die Grundbesitzer und könnte auf

keine Klasse der Konsumenten abgewälzt werden. Dem Grundbesitzer wäre es nicht möglich, seine Rente zu steigern, weil er die Differenz zwischen dem Produkt, das von dem im Anbau befindlichen wenigst ergiebigen Boden erlangt wurde, und dem von Boden jeder anderen Qualität unverändert lassen würde. Drei Sorten von Boden, Nr. 1, 2 und 3 befinden sich im Anbau und liefern bei gleicher Arbeit entsprechend 180, 170 und 160 Quarter Weizen. Aber Nr. 3 bringt keine Rente und bleibt infolgedessen unbesteuert. Es läßt sich also weder die Rente von Nr. 2 über den Wert von 10 Quarter, noch die von Nr. 1 über den Wert von 20 Quartern erhöhen. Da der Landwirt von Boden Nr. 3 weder Rente noch Steuer bezahlt, so könnte eine solche Steuer den Preis der Rohprodukte nicht steigern, weil er in keiner Weise in den Stand gesetzt sein würde, den Preis des erzeugten Gutes zu erhöhen. Eine Steuer auf Rente würde vom Anbau jungfräulichen Bodens nicht abschrecken; denn solcher Boden wirft keine Rente ab und würde daher unbesteuert bleiben. Wenn Boden Nr. 4 in Anbau genommen würde und 150 Quarter lieferte, so würde keine Steuer für solches Land gezahlt werden; wohl aber würde auf Boden Nr. 3 eine Rente von 10 Quarter entstehen, welche nun beginnen würde, die Steuer zu zahlen.

Eine Steuer auf die Rente, wie die Rente gebildet ist, würde den Anbau entmutigen, weil sie eine Steuer auf den Profit des Grundbesitzers wäre. Die Bezeichnung Grundrente wird, wie ich anderswo bemerkt habe, auf den gesamten Wertbetrag angewandt, den der Landwirt an seinen Gutsherrn zahlt, wovon, genau genommen, nur ein Teil die eigentliche Rente ist. Die Gebäude, das Inventar und andere Ausgaben, die vom Grundbesitzer bezahlt werden, bilden, genau genommen, einen Teil des Gutsvermögens und müßten vom Pächter geliefert worden sein, wenn der Grundbesitzer nicht für sie gesorgt hätte. Die

Rente ist derjenige Betrag, der dem Grundeigentümer für die Benutzung des Bodens bezahlt wird, und zwar für die Benutzung des Bodens allein. Die weitere Summe, die ihm unter dem Namen Rente bezahlt wird, ist eine Entschädigung für die Benutzung der Gebäude usw. und bildet in Wirklichkeit den Profit von des Grundbesitzers Kapital. Würde man bei der Besteuerung der Rente keinen Unterschied machen zwischen demjenigen Teile, welcher für die Benutzung des Bodens, und dem, der für die Benutzung von des Grundbesitzers Kapital bezahlt wird, so träfe ein Teil der Steuer den Profit des Grundbesitzers und würde infolgedessen vom Anbau abschrecken, wenn nicht der Preis der Rohprodukte stiege. Allerdings könnte dem Grundbesitzer auf dem Boden, für dessen Benutzung keine Rente entrichtet würde, unter demselben Namen eine Entschädigung für die Benutzung seiner Gebäude zuteil werden. Denn man würde weder diese Gebäude errichtet, noch Rohprodukte auf solchem Boden gezogen haben, bis der Preis, zu dem sie verkauft würden, nicht nur alle gewöhnlichen Ausgaben, sondern auch diese weitere für die Steuer bezahlt machte. Dieser Teil der Steuer trifft weder den Gutsherrn noch den Landwirt, sondern den Konsumenten der Rohprodukte.

Es kann wenig Zweifel bestehen, daß die Grundbesitzer, wenn eine Steuer auf die Rente gelegt wäre, bald einen Weg finden würden, um zwischen dem zu unterscheiden, was ihnen für die Benutzung des Bodens, und dem, was ihnen für die Benutzung der Gebäude und der Verbesserungen, die durch das Kapital des Grundbesitzers gemacht worden sind, bezahlt wird. Letzteres würde entweder Häuser- oder Gebäuderente genannt werden, oder es würden auf allem neuen Boden, der in Bebauung genommen wird, solche Gebäude und Verbesserungen durch den Pächter, und nicht durch den Grundbesitzer gemacht werden. Das Kapital des Grundbesitzers könnte in der Tat zu solchem Zweck

verwendet werden; nominell könnte es durch den Pächter ausgegeben werden, während der Grundbesitzer ihm die Mittel liefern würde, sei es in Gestalt eines Darlehens, oder durch Kauf einer Annuität für die Dauer der Pacht. Ob man es unterscheidet, oder nicht, so besteht doch ein wirklicher Unterschied zwischen der Natur der Vergütungen, die der Grundbesitzer für jene verschiedenen Gegenstände erhält; und es ist ganz sicher, daß eine Steuer auf die wirkliche Grundrente gänzlich den Grundbesitzer trifft, daß aber eine Steuer auf die Vergütung, die der Grundbesitzer für die Benutzung seines in das Gut gesteckten Kapitals empfängt, in einem fortschreitenden Lande auf den Konsumenten der Rohprodukte fällt. Wenn man die Rente mit einer Steuer belasten und keine Methode festlegen würde, die Vergütung, die heute dem Grundbesitzer seitens des Pächters unter dem Namen der Rente gezahlt wird, zu zergliedern, dann würde die Steuer, soweit sie die Rente von Gebäuden und Inventar beträfe, für längere Zeit niemals auf den Grundbesitzer, sondern auf den Konsumenten fallen. Das für solche Gebäude usw. verausgabte Kapital muß den üblichen Kapitalprofit abwerfen; aber es würde aufhören, diesen Profit auf dem zuletzt angebauten Boden zu gewähren, wenn die Ausgaben für jene Gebäude usw. nicht dem Pächter zufielen. Und wenn sie es täten, würde der Pächter dann aufhören, seinen gewöhnlichen Kapitalprofit zu machen, falls er sie nicht auf den Konsumenten abwälzen könnte.

Kapitel XI.

Zehnten.

Zehnten sind eine Steuer auf den Rohertrag des Bodens und fallen wie die Rohproduktensteuern gänzlich auf den Konsumenten. Sie unterscheiden sich von einer Steuer auf die Rente insofern, als sie Boden belasten, den eine solche Steuer nicht erreichen würde, und den Preis der Rohprodukte steigern, welchen jene Steuer nicht ändern würde. Böden von der geringsten Qualität entrichten ebensogut Zehnten, wie die von der besten, und zwar genau im Verhältnis der auf ihnen erzielten Ertragsmenge. Daher sind die Zehnten eine gleichmäßige Steuer.

Wenn Boden letzter Qualität oder derjenige, welcher keine Rente abwirft und den Getreidepreis bestimmt, eine genügende Menge trägt, um dem Landwirt den üblichen Kapitalprofit einzubringen, wenn der Weizenpreis 4 £ pro Quarter ist, so muß der Preis auf 4 £ 8 sh. steigen, ehe derselbe Profit nach der Erhebung der Zehnten erzielt werden kann, weil der Landwirt für jeden Quarter Weizen 8 sh. an die Kirche abzugeben hat; und wenn er den nämlichen Profit nicht bekommt, liegt kein Grund vor, weshalb er sein Unternehmen nicht aufgeben sollte, wenn er ihn in anderen Gewerben bekommen kann.

Der einzige Unterschied zwischen Zehnten und Rohproduktensteuern besteht darin, daß jene eine veränderliche, diese eine feste Geldsteuer sind. Bei einem stationären Zustande der Gesellschaft, wo es weder eine vermehrte noch verminderte Leichtigkeit gibt, Getreide zu produzieren, werden beide in ihren Wirkungen genau übereinstimmen; denn in einem solchen Zustande wird das Getreide einen unveränderlichen Preis haben, und die Steuer wird darum auch unveränderlich sein. In einem rückschrittlichen Zustande

wie in einem Zustande, wo große Verbesserungen in der Landwirtschaft gemacht werden, wo folglich die Rohprodukte im Vergleich mit anderen Dingen im Werte sinken, werden Zehnten eine leichtere Abgabe sein als eine feste Geldsteuer; denn falls der Getreidepreis von 4 £ auf 3 £ sinken sollte, würde die Steuer von 8 sh. auf 6 sh. sinken. In einem fortschrittlichen Zustande der Gesellschaft, doch ohne bemerkenswerte Verbesserungen in der Landwirtschaft, würde der Getreidepreis steigen, und die Zehnten eine drückendere Last sein als eine feste Geldsteuer. Wenn Getreide von 4 £ auf 5 £ stiege, würden sich auch die Zehnten desselben Bodens von 8 sh. auf 10 sh. erhöhen.

Weder Zehnten noch eine Geldsteuer werden die Geldrente des Grundbesitzers treffen, wohl aber werden beide die Getreiderenten wesentlich beeinflussen. Wir haben bereits bemerkt, wie eine Geldsteuer auf Getreiderenten wirkt, und es ist gleichfalls einleuchtend, daß eine ähnliche Wirkung durch Zehnten erzeugt werden würde. Wenn die Böden Nr. 1, 2 und 3 einen entsprechenden Ertrag von 180, 170 und 160 Quarter lieferten, dann könnten sich die Renten von Nr. 1 auf 20 und von Nr. 2 auf 10 Quarter belaufen. Nach der Abgabe von Zehnten aber würden sie dieses Verhältnis nicht länger bewahren: nimmt man nämlich von jedem den zehnten Teil, so wird der übrigbleibende Ertrag 162, 153 und 144 Quarter sein, und folglich wird die Getreiderente von Nr. 1 auf 18, und die von Nr. 2 auf 9 Quarter reduziert werden. Doch würde der Getreidepreis von 4 £ auf 4 £ 8 sh 10 2/3 d. steigen; denn 144 Quarter verhalten sich zu 4 £, wie 160 Quarter zu 4 £ 8 sh. 10 2/3 d., und folglich würde die Geldrente unverändert bleiben; denn auf Nr. 1 würde sie 80 £ und auf Nr. 2 40 £ betragen.[1])

---

[1]) 18 Quarter zu 4 £ 8 sh. 10 2/3 d. und 9 Quarter zu 4 £ 8 sh. 10 2/3 d.

Der Haupteinwand gegen Zehnten ist: daß sie keine dauernde und feste Steuer sind, sondern an Wert steigen, im Verhältnis, als die Schwierigkeit, Getreide zu produzieren, wächst. Wenn jene Schwierigkeiten den Getreidepreis zu 4 £ bestimmen sollten, beläuft sich die Steuer auf 8 sh.; sollten sie ihn jedoch auf 5 £ steigern, so ist die Steuer gleich 10 sh., und bei 6 £ gleich 12 sh. Sie steigen nicht nur im Werte, sondern wachsen auch im Betrage: als nämlich Nr. 1 bebaut wurde, wurde die Steuer nur von 180 Quarter erhoben; als Nr. 2 bebaut wurde, wurde sie von 180 + 170 oder von 350 Quarter erhoben; und als Nr. 3 bebaut wurde von 180 + 170 + 160, also von 510 Quarter. Wenn der Ertrag von einer Million auf zwei Millionen Quarter gestiegen ist, erhöht sich die Steuersumme nicht allein von 100 000 Quarter auf 200 000, sondern der relative Wert der Rohprodukte ist in Anbetracht der größeren Arbeit, welche nötig ist, um die zweite Million zu produzieren, derartig gestiegen, daß die 200 000 Quarter, obgleich sie an Menge nur das Doppelte ausmachen, trotzdem an Wert das Dreifache der 100 000 Quarter betragen können, die vorher bezahlt wurden.

Wenn durch irgendwelche anderen Mittel für die Kirche ein gleicher Wertbetrag erhoben würde, der in derselben Weise wie die Zehnten im Verhältnis zu der Anbauschwierigkeit wüchse, dann würde die Wirkung dieselbe sein, und darum ist es ein Fehler anzunehmen, daß sie, weil sie vom Boden erhoben werden, den Ackerbau mehr entmutigen, als dies ein gleicher Betrag tun würde, wenn er auf irgendeine andere Weise erhoben würde. In beiden Fällen würde die Kirche beständig einen größeren Teil vom Reinertrag des Bodens und der Arbeit des Landes erhalten. In einem fortschreitenden Zustand der Gesellschaft geht der Reinertrag des Bodens stets im Verhältnis zu seinem Rohertrage zurück; und doch werden alle Steuern letzthin vom Reineinkommen des Landes bezahlt, in einem fortschreitenden ebenso wie in einem stationären Lande. Eine Steuer, die mit dem Roheinkommen steigt und das Reineinkommen trifft, muß notwendigerweise eine sehr drückende und unerträgliche Steuer sein. Zehnten sind der zehnte Teil vom Rohertrage und nicht vom Reinertrage des Bodens, und müssen darum, wenn die Gesellschaft an Wohlhabenheit zunimmt, trotz ihres gleichen Verhältnisses zum Rohertrage, eine immer größer und größer werdende Quote des Reinertrages werden.

Allerdings kann man die Zehnten für die Grundbesitzer insofern als nachteilig bezeichnen, als sie wie eine Prämie auf die Einfuhr dadurch wirken, daß sie das Wachstum inländischen Getreides besteuern, während der Import fremden Getreides ungefesselt bleibt. Und wenn nun auch das eingeführte Getreide, um die Grundeigentümer vor den Wirkungen der verringerten Nachfrage nach Boden zu schützen, welche solch eine Prämie begünstigen muß, in gleichem Maße, wie das im Inlande produzierte, besteuert würde, und der Ertrag dem Staate zuflösse, so könnte es keine billigere und gerechtere Maßnahme geben. Denn alles, was dem Staate durch diese Steuer bezahlt wäre, würde die anderen Steuern, welche die Ausgaben der Regierung erfordern, herabmindern. Wenn aber eine solche Steuer nur dazu diente, den für die Kirche bezahlten Fonds zu vermehren, so könnte sie wohl im ganzen die Produktionsmasse heben, doch würde sie den Teil von ihr vermindern, der den produktiven Klassen zufiele.

Wenn der Tuchhandel völlig frei gelassen wäre, dann könnten unsere Fabrikanten vielleicht imstande sein, Tuch billiger zu verkaufen, als wir es importieren könnten. Wenn man den inländischen Fabrikanten, und nicht den Tuchimporteur, mit einer Steuer belastete, so könnte das Kapital in nachteiliger Weise aus der Tuchfabrikation in die Fabrikation eines anderen Gutes getrieben werden, da Tuch dann billiger eingeführt, als im Inlande hergestellt

werden könnte. Sollte aber importiertes Tuch auch besteuert werden, so würde Tuch wieder im Inlande verfertigt werden. Zuerst kaufte der Konsument das Tuch im Inlande, weil es billiger als ausländisches Tuch war; dann kaufte er ausländisches Tuch, weil es als unbesteuerte Ware billiger als inländische besteuerte war; schließlich kaufte er es wieder im Inlande, weil es wohlfeiler war, als man beide, sowohl inländisches wie ausländisches Tuch, besteuerte. Gerade im letzten Falle bezahlt er für sein Tuch den höchsten Preis, aber all seine zusätzliche Bezahlung bekommt der Staat. Im zweiten Falle bezahlt er mehr als im ersten, aber alles, was er mehr zahlt, wird nicht vom Staat empfangen. Es ist ein durch Produktionserschwerung verursachter höherer Preis, welcher dadurch entstanden ist, daß uns die besten Produktionsmittel, weil sie mit einer Steuer belastet sind, entzogen sind.

Kapitel XII.

Grundsteuer.

Eine Grundsteuer, die im Verhältnis zur Grundrente erhoben wird, und die sich mit jeder Veränderung der Rente verändert, ist in der Wirkung eine Steuer auf die Rente. Und da eine solche Steuer weder den Boden, der keine Rente abwirft, noch den Ertrag des Kapitals belangen wird das des bloßen Profites halber auf den Boden verwendet wird, und das niemals eine Rente zahlt, so wird sie den Preis der Rohprodukte in keiner Weise beeinflussen, sondern gänzlich die Grundbesitzer belasten. Eine derartige Steuer würde sich in keiner Hinsicht von einer Rentensteuer unter-

scheiden. Wird jedoch von allem bebauten Boden eine Grundsteuer erhoben, so wird sie sich, mag die Steuer auch noch so mäßig sein, als eine Ertragssteuer darstellen und deshalb den Preis der Produkte in die Höhe treiben. Wenn Nr. 3 der zuletzt in Kultur genommene Boden ist, so kann er, obschon er keine Rente zu bezahlen hätte, nach der Steuer doch nicht bebaut werden und die allgemeine Profitrate einbringen, falls nicht der Preis der Produkte der Steuer entsprechend stiege. Entweder wird das Kapital von einer solchen Verwendung abgehalten werden, bis der Getreidepreis infolge der Nachfrage genügend hoch gestiegen sein wird, um den üblichen Profit abzuwerfen; oder aber es wird den Boden, falls man es bereits darauf verwendet hätte, verlassen, um sich eine vorteilhaftere Verwendung auszusuchen. Die Steuer kann nicht auf den Grundbesitzer abgewälzt werden, denn nach der Voraussetzung empfängt er keine Rente. Eine solche Steuer kann im Verhältnis zur Qualität des Bodens und zur Menge seines Ertrages stehen, und dann unterscheidet sie sich in keiner Hinsicht von den Zehnten; oder sie kann endlich eine feste Steuer pro Acker von allem bebauten Boden bilden, gleichgültig welcher Qualität derselbe sein mag.

Eine Grundsteuer dieser letzteren Art würde eine sehr ungleiche Steuer sein und dem einen der vier Prinzipien der Besteuerung im allgemeinen widersprechen, mit welchen nach Adam Smith alle Steuern übereinstimmen sollten. Diese vier Grundsätze sind folgende:

1. „Die Untertanen jedes Staates sollten zum Unterhalt der Regierung so genau als möglich nach Verhältnis ihrer besonderen Fähigkeiten beisteuern."
2. „Die Steuer, welche jeder einzelne zu zahlen verpflichtet ist, sollte bestimmte und nicht willkürlich sein."

3. „Jede Steuer sollte zu der Zeit oder auf die Weise erhoben werden, bei der es dem Steuerzahler aller Voraussicht nach am angenehmsten ist, sie zu bezahlen.“
4. „Jede Steuer sollte so eingerichtet sein, daß sie so wenig wie möglich mehr als das, was sie der öffentlichen Schatzkammer des Staates einbringt, den Taschen des Volkes entnimmt oder davon abwendet.“

Eine gleichmäßige Grundsteuer, die unterschiedslos und ohne Rücksicht auf die Unterscheidung seiner Qualität von allem angebauten Boden erhoben wird, wird den Getreidepreis erhöhen im Verhältnis zu der Steuer, welche der Landwirt des geringwertigsten Bodens entrichtet. Böden von verschiedener Qualität werden bei Anwendung ein und desselben Kapitals sehr verschiedene Mengen an Rohprodukten zu liefern. Wenn auf den Boden, der mit einem bestimmten Kapitale 1000 Quarter Getreide trägt, eine Steuer von 100 £ gelegt wird, wird das Getreide um 2 sh. pro Quarter steigen, um dem Landwirt für die Steuer einen Ersatz zu gehen. Mit demselben Kapitale können aber vielleicht auf Boden besserer Qualität 2000 Quarter geerntet werden, was bei 2 sh. Aufschlag pro Quarter 200 £ ausmachen würde. Doch wird die Steuer, da sie beide Böden gleich belastet, 100 £ vom besseren wie vom schlechteren betragen, und folglich wird der Getreidekonsument besteuert werden, nicht nur um die Bedürfnisse des Staates zu bezahlen, sondern auch um dem Bewirtschafter des besseren Bodens während dessen Pachtzeit 100 £ im Jahre zu geben und später die Rente des Grundbesitzers um diesen Betrag in die Höhe zu treiben. Eine Steuer dieser Art würde also dem 4. Grundsatze Adam Smith’s zuwider sein, sie würde den Taschen des Volkes mehr entziehen, als sie der Staatskasse einbrächte. Die taille in Frankreich vor der Revolution war

eine Steuer dieser Art; nur diejenigen Böden wurden besteuert, welche in nicht adliger Pacht bewirtschaftet wurden. Der Preis der Rohprodukte stieg in einem der Steuer entsprechenden Maße, und infolgedessen wurden alle diejenigen, deren Böden nicht besteuert waren, durch eine Erhöhung ihrer Rente bereichert. Rohproduktensteuern wie Zehnten sind von diesem Einwande frei; sie heben zwar den Preis der Roherzeugnisse, nehmen aber von jeder Bodenqualität eine Abgabe, die im Verhältnis zum wirklichen Ertrage steht und nicht im Verhältnis zum Ertrage desjenigen, der am wenigsten produktiv ist.

Aus der eigentümlichen Ansicht, welche Adam Smith von der Rente hatte, und da er nicht beobachtet hatte, daß viel Kapital in jedem Lande verwendet wird auf Boden, für den keine Rente gezahlt wird, schloß er, daß alle Steuern auf den Boden, mögen sie nun von diesem selbst in Gestalt der Grundsteuer oder Zehnten erhoben werden, oder vom Ertrage des Bodens, oder endlich von den Profiten des Landwirts, unabänderlich vom Grundbesitzer insgesamt bezahlt würden, und daß dieser in allen Fällen der wirkliche Steuerzahler wäre, obwohl die Steuer im allgemeinen nominell durch den Pächter entrichtet wurde. „Steuern auf den Ertrag des Bodens,“ sagt er, „sind in Wirklichkeit Steuern auf die Rente; und wenn sie auch ursprünglich vom Landwirt aufgebracht werden mögen, so bezahlt sie letzthin doch der Grundeigentümer. Wenn ein bestimmter Teil des Ertrages für die Steuer bezahlt werden muß, so berechnet der Landwirt, so gut er kann, wie hoch sich der Wert dieses Teiles ein Jahr ums andere belaufen wird, und macht dann einen entsprechenden Abzug von der Rente, die er dem Grundbesitzer zu zahlen einwilligt. Es gibt keinen Landwirt, welcher nicht zuvor berechnete, wie hoch sich der Kirchenzehnt, der eine Grundsteuer dieser Art ist, ein Jahr ums andere wahrscheinlich belaufen wird.“ Es ist zweifellos

richtig, daß der Landwirt, wenn er mit seinem Gutsherrn wegen der Rente seines Gutes verhandelt, seine voraussichtlichen Ausgaben jeglicher Art veranschlägt, und wenn er nicht für den an die Kirche gezahlten Zehnten oder für die Steuer auf den Bodenertrag durch das Steigen des relativen Wertes der Erzeugnisse seines Gutes entschädigt wäre, so würde er natürlich versuchen, sie von der Rente abzuziehen. Aber dies ist gerade die Frage, über die man streitet, ob er sich eventuell von seiner Rente abziehen wird, oder ob er durch einen höheren Preis der Produkte entschädigt wird. Aus den Gründen, die ich schon angegeben habe, kann ich nicht den geringsten Zweifel darüber hegen, daß sie den Preis der Produkte erhöhen würden, und daß Adam Smith infolgedessen einen falschen Standpunkt in dieser wichtigen Frage eingenommen hat.

Dr. Smith's Ansicht über diesen Gegenstand ist wahrscheinlich der Grund, warum er „den Zehnten und jede andere Grundsteuer dieser Art als unter dem Anschein vollkommener Gleichheit sehr ungleiche Steuern" geschildert hat, „da ein gewisser Teil des Ertrages in verschiedenen Fällen einem sehr verschiedenen Teile der Rente entspricht". Ich habe zu zeigen versucht, daß solche Steuern die einzelnen Klassen der Landwirte oder Gutsherrn nicht ungleich belasten, da beide durch das Steigen der Rohprodukte entschädigt werden und zur Steuer nur in dem Maße, als sie Konsumenten von Rohprodukten sind, beitragen. Insofern allerdings, als der Lohn und durch den Lohn die Profitrate getroffen wird, bilden die Grundbesitzer, statt daß sie ihren vollen Anteil zu einer derartigen Steuer beitragen, eine Klasse, die besonders verschont bleibt. Die Kapitalprofite sind es, von welchen der Teil der Steuer herrührt, der jene Arbeiter belastet, die infolge der Unzulänglichkeit ihrer Mittel außerstande sind, Steuern zu bezahlen. Dieser Teil wird ausschließlich von allen denen

getragen, deren Einkommen aus der Kapitalsverwendung bezogen wird, weshalb er den Grundbesitzern in keiner Weise zur Last fällt.

Aus dieser Ansicht über die Zehnten und die Steuern, welche auf den Boden und seinen Ertrag umgelegt werden, kann man nicht schließen, daß sie nicht vom Anbau abschrecken. Alles, was den Tauschwert der Güter irgendwelcher Art hebt, nach denen eine allgemeine Nachfrage vorhanden ist, zielt darauf hin, beides Anbau und Produktion zu entmutigen. Das aber ist ein von jeder Besteuerung unzertrennliches Übel, das sich nicht auf die speziellen Steuern, von welchen wir jetzt sprechen, allein beschränkt.

In der Tat kann man das als den unvermeidlichen Nachteil ansehen, der allen vom Staate erhobenen und verausgabten Steuern anhaftet. Jede neue Steuer wird eine neue Last für die Produktion und treibt den natürlichen Preis in die Höhe. Ein Teil der Arbeit des Landes, über den der Steuerzahler vorher verfügte, wird zur Verfügung des Staates gestellt und kann daher nicht produktiv verwendet werden. Dieser Teil kann vielleicht so groß werden, daß ein genügender Überschuß nicht mehr übrig gelassen werden mag, um die Anstrengungen jener anzufeuern, die gewöhnlich durch ihre Ersparnisse das Kapital des Staates vermehren. Glücklicherweise ist die Besteuerung bisher in keinem freien Lande soweit getrieben worden, daß sich dessen Kapital dadurch von Jahr zu Jahr beständig verringert hätte. Ein derartiger Zustand der Besteuerung ließe sich nicht lange ertragen; oder wenn ertragen würde, würde dadurch vom jährlichen Ertrage des Landes fortwährend soviel verschlungen werden, daß dadurch der ausgedehnteste Schauplatz von Elend, Hungersnot und Entvölkerung entstände.

„Eine Grundsteuer," sagt Adam Smith, „welche ähnlich wie die von Großbritannien auf jeden Distrikt nach einem

bestimmten unveränderlichen Kanon umgelegt wird, gestaltet sich notwendigerweise, mag sie auch zur Zeit ihrer ersten Erhebung gleichmäßig sein, infolge der ungleichen Grade der Verbesserung oder Vernachlässigung des Ackerbaues in den verschiedenen Teilen des Landes, im Laufe der Zeit ungleich. In England war die Einschätzung, nach welcher im vierten Regierungsjahre Wilhelms und Marias die verschiedenen Grafschaften und Kirchspiele zur Grundsteuer herangezogen wurden, selbst bei ihrer ersten Festsetzung sehr ungleichmäßig. Daher verstößt diese Steuer gegen den ersten der oben erwähnten vier Grundsätze. Mit den drei anderen stimmt sie aber vollkommen überein. Sie ist durchaus bestimmt. Da der Zeitpunkt der Bezahlung der Steuer derselbe ist als der der Rente, ist sie für den Steuerzahler so bequem wie möglich. Obgleich der Grundeigentümer in allen Fällen der wirkliche Steuerzahler ist, so wird doch die Steuer gewöhnlich vom Pächter vorgeschossen, dem der Gutsherr verpflichtet ist, sie bei der Bezahlung der Rente in Anrechnung zu bringen."

Wenn durch den Pächter die Steuer nicht auf den Grundbesitzer, sondern auf den Konsumenten abgewälzt wird, dann kann sie, wenn sie nicht zuerst ungleich war, es niemals werden; denn der Preis des Ertrages ist auf einmal der Steuer entsprechend erhöht worden und wird sich nachher nicht mehr über diesen Betrag hinaus verändern. Wenn sie ungleich ist, was sie, wie ich zu zeigen versucht habe, sein wird, kann sie gegen den vierten oben erwähnten Grundsatz verstoßen; aber sie wird nicht gegen den ersten verstoßen. Sie mag vielleicht den Taschen des Volkes mehr entziehen, als sie der öffentlichen Schatzkammer des Staates zuführt, doch wird sie keine besondere Klasse der Steuerzahler ungleich belasten. Herr Say, will mir scheinen, hat die Natur und die Wirkungen der englischen Grundsteuer mißverstanden, wenn er sagt: „Viele schreiben

dieser festen Veranlagung das mächtige Gedeihen der englischen Landwirtschaft zu. Daß sie sehr viel dazu beigetragen hat, darüber kann kein Zweifel bestehen. Was aber müßten wir von einer Regierung sagen, die, indem sie sich an einen kleinen Händler wendete, so sprechen wollte: „Mit einem kleinen Kapital kannst du nur einen begrenzten Handel fortführen, und deine direkte Steuerlast ist infolgedessen sehr gering. Borge und sammle Kapital, erweitere deinen Handel, damit er dir gewaltige Profite einbringt, und du sollst dennoch nie einen größeren Beitrag zahlen. Noch mehr, wenn deine Nachfolger deinen Gewinn erben werden und ihn weiterhin vermehrt haben sollten, sollen sie nicht höher eingeschätzt werden als du; und deine Erben sollen keinen größeren Teil der öffentlichen Lasten tragen."

„Zweifellos würde dies eine große Aufmunterung sein, die den Fabrikaten und dem Handel gegeben wurde; aber würde es gerecht sein? Könnte ihr Fortkommen nicht um einen anderen Preis erreicht werden? Hat nicht in England selbst Gewerbe und Handel seit der nämlichen Zeit sogar größere Fortschritte gemacht, ohne daß beide mit so viel Parteilichkeit ausgezeichnet wurden? Ein Grundbesitzer vermehrt sein jährliches Einkommen durch seinen Fleiß, Sparsamkeit und Geschicklichkeit um 5000 Fr. Wenn nun der Staat den fünften Teil seines vermehrten Einkommens fordert, bleiben alsdann nicht noch 4000 Fr. an Zuwachs übrig, um seine weiteren Anstrengungen anzuspornen?"

Herr Say nimmt an: „Ein Grundbesitzer mag sein jährliches Einkommen durch seinen Fleiß, Sparsamkeit und Geschicklichkeit um 5000 Fr. erhöhen." Aber ein Grundbesitzer hat ja gar keine Gelegenheit, seinen Fleiß, Sparsamkeit und Geschicklichkeit auf seinen Boden zu verwenden, wenn er selbst nicht auch als Landwirt tätig ist; und dann

nimmt er die Verbesserung in seiner Eigenschaft als Kapitalist und Landwirt vor, und nicht als Grundbesitzer. Es ist unverständlich, wie er den Ertrag seines Gutes durch eine *besondere* Geschicklichkeit seinerseits vermehren könnte, ohne vorher die Menge des darauf verwandten Kapitals zu erhöhen. Wenn er das Kapital vermehrte, könnte sein größeres Einkommen immer noch im selben Verhältnis zu seinem erhöhten Kapitale, wie das Einkommen aller übrigen Landwirte zu ihren Kapitalien stehen.

Würde man den Vorschlag Herrn Say's befolgen, und forderte der Staat den fünften Teil vom vermehrten Einkommen des Landwirtes, so wäre das eine Sondersteuer auf die Landwirte, die ihre Profite träfe und nicht die Profite derjenigen in anderen Unternehmen. Die Steuer würde von allen Böden bezahlt werden, von denen, die kärglich lieferten, sowohl als von denen, die reichlich lieferten, und bei etlichen könnte dafür keine Entschädigung in Gestalt eines Abzuges von der Rente erlangt werden, weil überhaupt keine Rente von ihnen entrichtet wird. Eine Sondersteuer auf die Profite trifft niemals das Gewerbe, auf das sie gelegt wird; denn entweder wird der Unternehmer sein Geschäft aufgeben, oder er wird sich für die Steuer schadlos halten. Nun könnten aber diejenigen, welche keine Rente bezahlen, nur durch ein Steigen der Produktenpreise entschädigt werden, und somit würde die von Herrn Say vorgeschlagene Steuer den Konsumenten belasten, nicht aber den Grundeigentümer oder den Landwirt.

Wenn die vorgeschlagene Steuer erhöht wäre im Verhältnis zu der vermehrten Menge oder dem Wert des auf dem Boden erzielten Rohertrages, so würde sie sich in nichts von den Zehnten unterscheiden und in gleicher Weise auf den Konsumenten abgewälzt werden. Ob sie dann den Roh- oder den Reinertrag des Bodens träfe, so wäre sie doch ebenfalls eine Konsumtionssteuer

und würde den Grundbesitzer und Landwirt nur in derselben Weise, wie die anderen Steuern auf Rohprodukte, belasten.

Hätte man überhaupt keine Steuer auf den Boden gelegt, und wäre die nämliche Summe durch irgendwelche anderen Mittel aufgebracht worden, so würde sich die Landwirtschaft wenigstens ebenso, wie es tatsächlich geschehen ist, entfaltet haben; denn es ist unmöglich, daß irgendeine Bodensteuer ein *Ansporn* zur Landwirtschaft sein kann. Zwar kann und wird auch wahrscheinlich eine mäßige Steuer die Produktion nicht besonders abschrecken, aber sie kann sie auch nicht anspornen. Die englische Regierung hat sich solcher Ausdrucksweise nicht bedient, wie Herr Say angenommen hat. Sie versprach nicht, die landwirtschaftliche Klasse und deren Nachkommen von aller künftigen Besteuerung zu befreien und den weiteren Bedarf, welchen der Staat benötigen möchte, von den anderen Klassen der Gesellschaft aufzubringen. Sie sagte bloß: „Auf diese Art und Weise wollen wir den Boden nicht weiter belasten; wir behalten uns aber die vollständigste Freiheit vor, dich auf irgendeinem anderen Wege zur Zahlung deines vollen Beitrages für die künftigen Bedürfnisse des Staates heranzuziehen."

Indem er von Naturalsteuern oder einer Steuer von einer bestimmten Proportion zu dem Produkte, was genau dasselbe als der Zehnte ist, spricht, sagt Herr Say: „Diese Besteuerungsform scheint die gerechteste zu sein, und doch gibt es keine, die das weniger ist: Sie nimmt auf die vom Produzenten gemachten Auslagen durchaus keine Rücksicht; sie steht im Verhältnis zum Roh-, und nicht zum Reineinkommen. Zwei Landwirte bauen verschiedene Arten von Rohprodukten an. Der eine baut Getreide auf mittlerem Boden an, wobei sich seine jährlichen Ausgaben im Durchschnitt auf 8000 Fr. belaufen. Den Rohertrag seiner

Ländereien verkauft er für 12 000 Fr. Er hat also ein Reineinkommen von 4000 Fr."

„Sein Nachbar hat Weide- oder Waldboden, der in jedem Jahre die nämliche Summe von 12 000 Fr. einbringt; seine Kosten beziffern sich jedoch nur auf 2000 Fr. Infolgedessen bezieht er im Durchschnitt ein Reineinkommen von 10 000 Fr."

„Nun befiehlt ein Gesetz, daß ein Zwölftel vom Ertrage aller Bodenfrüchte in natura erhoben werde, gleichgültig, welcher Art sie auch sein mögen. Diesem Gesetz zufolge wird vom ersten Getreide im Werte von 1000 Fr. gefordert, und vom zweiten Heu, Vieh oder Holz im selben Werte von 1000 Fr. Was ist geschehen? Dem einen hat man ein Viertel seines Reineinkommens von 4000 Fr. entzogen, dem anderen, dessen Reineinkommen 10 000 Fr. betrug, ist nur ein Zehntel genommen. Einkommen ist der Reingewinn, welcher übrig bleibt, nachdem man das Kapital genau in seinen früheren Zustand zurückversetzt hat. Entspricht das Einkommen eines Kaufmanns vielleicht sämtlichen Verkäufen, die er im Laufe eines Jahres erzielt? Sicherlich nicht. Nur derjenige Betrag bildet sein Einkommen, den er bei seinen Verkäufen über seine Auslagen hinaus erlöst, und nur von diesem Überschusse sollten die Einkommensteuern erhoben werden."

Herrn Say's Irrtum in der obigen Stelle liegt in der Annahme, daß sich das Reineinkommen der Landwirte um denselben Betrag unterscheiden wird, weil der Wert des Ertrages des einen dieser beiden Güter nach Amortisation des Kapitals größer ist als der Wert des Ertrages des anderen. Das vom Waldboden erzielte Reineinkommen der Grundbesitzer und Pächter zusammen kann vielleicht bedeutend größer sein, als das Reineinkommen der Grundbesitzer und Pächter vom Getreideboden; das liegt aber an der Differenz der Rente und nicht an der Differenz der

Profitrate. Herr Say hat gänzlich die Betrachtung des verschiedenen Betrages der Rente, welche diese Landwirte zu bezahlen haben würden, außer acht gelassen. In ein und demselben Gewerbe kann es zwei Profitraten nicht geben, und deshalb ist es, wenn der Wert des Ertrages in verschiedenen Verhältnissen zum Kapital steht, die Rente, welche zu differieren pflegt, und nicht der Profit. Unter welchem Vorwande dürfte jemand mit einem Kapitale von 2000 Fr. aus seinem Unternehmen einen Reingewinn von 10 000 Fr. beziehen, während ein anderer mit einem Kapital von 8000 Fr. nur 4000 Fr. erlangen würde? Herr Say möge einmal einen angemessenen Abzug für Rente in Anschlag bringen; er möge ferner die Wirkung mit in Betracht ziehen, die eine solche Steuer auf jene verschiedenen Arten von Rohprodukten erzeugen würde, und er wird dann einsehen, daß das keine ungleiche Steuer ist, und weiter, daß die Produzenten selbst zu ihr nicht anders beisteuern werden, als irgendeine andere Klasse der Konsumenten.

Kapitel XIII.

Steuern auf Gold.

Das Steigen des Güterpreises infolge von Besteuerung oder Produktionserschwerung wird in allen Fällen zuletzt eintreten. Doch wird die Dauer der Zwischenzeit, bevor der Marktpreis sich dem natürlichen Preise anpassen wird, von der Natur des Gutes abhängen und von der Leichtigkeit, mit der es an Menge verringert werden kann. Wenn die Menge des besteuerten Gutes nicht vermindert, wenn das Kapital des Landwirts oder Hutmachers z. B.

nicht auf andere Unternehmungen übertragen werden könnte, so würde es ohne Belang sein, daß ihre Profite einer Steuer zufolge unter den allgemeinen Stand gesunken wären. Falls nicht die Nachfrage nach ihren Gütern steigen sollte, würden sie niemals imstande sein, den Marktpreis des Getreides und der Hüte auf deren erhöhten, natürlichen Preis zu heben. Ihre Drohungen, ihre Unternehmen aufzugeben und ihre Kapitalien zu begünstigteren Gewerben zu überführen, würden als eine leere Drohung behandelt werden, die nicht zur Wirkung gebracht werden könnte; und daher würde der Preis nicht durch verminderte Produktion erhöht werden. Jedoch können Güter aller Arten an Menge verringert werden, und das Kapital kann von Gewerben, die weniger vorteilhaft sind, zu denjenigen überführt werden, die es mehr sind, aber mit verschiedenen Schnelligkeitsgraden. Je nachdem sich das Angebot irgendeines besonderen Gutes leichter reduzieren läßt, ohne daß dem Produzenten dadurch Unzuträglichkeiten entstehen, wird sein Preis schneller steigen, nachdem seine Herstellung durch Besteuerung oder durch andere Mittel erschwert worden ist. Da das Getreide ein für jedermann unbedingt notwendiges Gut ist, so wird seine Nachfrage durch eine Steuer kaum getroffen werden, und darum könnte das Angebot wahrscheinlich nicht lange übermäßig sein, selbst wenn die Erzeuger große Schwierigkeit hätten, ihre Kapitalien vom Boden zurückzuziehen. Aus dem Grunde wird der Getreidepreis durch die Besteuerung schnell in die Höhe getrieben werden, und der Landwirt wird in den Stand gesetzt sein, die Steuer von sich auf den Konsumenten abzuwälzen.

Lägen die Bergwerke, welche uns mit Gold versehen, in unserem Lande, und wäre das Gold besteuert, so könnte es nicht im verhältnismäßigen Wert zu anderen Dingen steigen, als bis sich seine Menge verringert hätte. Dies würde besonders stark der Fall sein, wenn man das Gold

ausschließlich zu Geldzwecken benutzte. Zweifellos könnten dann die unproduktivsten Bergwerke, d. h. die, welche keine Rente bezahlten, nicht länger betrieben werden, da sie die gewöhnliche Profitrate nicht eher zu bieten vermöchten, bis der verhältnismäßige Wert des Goldes um eine der Steuer gleiche Summe gestiegen wäre. Die Menge des Goldes, und folglich auch die des Geldes, würde langsam verringert werden; sie würde ein wenig vermindert in einem Jahre, ein wenig mehr in einem anderen, und schließlich würde der Goldwert der Steuer entsprechend gestiegen sein. Aber in der Zwischenzeit würden die Eigentümer oder Inhaber, da sie die Steuer bezahlen würden, die Leidtragenden sein, nicht jedoch diejenigen, welche das Geld benutzten. Wenn der Staat von je 1000 Quarter Weizen im Lande und von jedem 1000 Quarter, das in Zukunft produziert wird, 100 Quarter an Steuer fordern sollte, dann würden die übrigbleibenden 900 Quarter gegen dieselbe Menge anderer Güter getauscht werden, wie die 1000 vorher. Würde aber das nämliche auch beim Golde eintreten, könnte der Staat von je 1000 £ Geldes, die jetzt im Land sind oder künftig herein kämen, 100 £ an Steuer einziehen, so würden die übrigen 900 £ sehr wenig mehr erstehen, als früher 900 £ erstanden. Die Steuer würde denjenigen treffen, dessen Eigentum in Gelde bestände, und zwar so lange, bis sich seine Menge im Verhältnis zu seinen durch die Steuer gestiegenen Produktionskosten verringert hätte.

Vielleicht würde das bei einem als Geld gebrauchten Metalle mehr noch als bei irgendeinem anderen Gute der Fall sein, weil die Nachfrage nach Geld sich nicht, wie die Nachfrage nach Tuch oder Nahrungsmitteln, auf eine bestimmte Menge beschränkt. Die Geldnachfrage richtet sich ganz nach seinem Werte und sein Wert nach seiner Menge. Wenn das Gold von doppeltem Wert wäre, so würde die halbe Menge davon dieselben Umlaufsfunk-

tionen erfüllen; und wäre es von halbem Werte, so würde die doppelte Menge notwendig sein. Wenn der Marktwert des Getreides infolge von Besteuerung oder Produktionserschwerung um ein Zehntel stiege, so ist es zweifelhaft, ob dadurch überhaupt eine Wirkung auf die konsumierte Menge ausgeübt werden würde, weil sich der Bedarf eines jeden Menschen auf eine bestimmte Menge richtet, und er infolgedessen, wenn er die Mittel zu kaufen hat, dasselbe wie vorher konsumieren wird. Beim Gelde aber entspricht die Nachfrage genau seinem Werte. Niemand könnte die doppelte Menge seines Getreides, die für seinen Lebensunterhalt nötig ist, konsumieren; wohl aber kann jeder, der nur dieselbe Menge an Waren kauft oder verkauft, gezwungen werden, das Doppelte, Dreifache oder irgendein Vielfaches derselben Menge Geldes zu verwenden.

Die von mir soeben angewandte Beweisführung bezieht sich jedoch nur auf solche Zustände der Gesellschaft, wo die Edelmetalle als Geld gebraucht werden, und wo Kreditpapier nicht eingeführt ist. Der Wert des Metalls Gold wird, wie der aller übrigen Güter, auf dem Markte letzthin durch die verhältnismäßige Leichtigkeit oder Schwierigkeit seiner Produktion geregelt; und obschon es wegen seiner dauerhaften Natur und der Schwierigkeit, seine Menge zu reduzieren, nicht leicht zu Veränderungen in seinem Marktwerte neigt, so wird diese Schwierigkeit doch durch den Umstand bedeutend erhöht, daß es als Geld gebraucht wird. Wäre die Menge des auf dem Markte für Handelszwecke benutzten Goldes 10000 Unzen, und beliefe sich sein Verbrauch in unseren Fabrikationen auf 2000 Unzen im Jahre, so könnte es durch das Zurückhalten der jährlichen Zufuhr in seinem Werte um ein Viertel oder um 25% gehoben werden. Aber wenn infolge davon, daß es als Geld benutzt würde, die verwendete Menge 100000 Unzen wäre, so würde sein Wert in weniger als 10 Jahren nicht um ein

Viertel steigen. Da sich Papiergeld an Menge leicht verringern läßt, so würde sein Wert, obschon sein Normalmaß Gold bildete, so rasch vermehrt werden, als der des Metalls selbst vermehrt werden würde, wenn das Metall, da es einen sehr kleinen Teil der Umlaufsmittel bildete, sehr wenig Beziehung mit Geld hätte.

Wäre Gold das Erzeugnis nur eines einzigen Landes und allgemein als Geld gebräuchlich, so könnte es mit einer recht erheblichen Steuer belastet werden, die kein einziges Land anders treffen würde, als in dem Maße, in welchem man es in der Industrie und für Gerätschaften benutzte. Von demjenigen Teile, der als Geld diente, würde niemand eine Steuer zahlen, obschon eine solche in beträchtlicher Höhe erhoben werden könnte. Dies ist eine Eigenschaft, die dem Geld eigen ist. Alle anderen Güter, von denen eine beschränkte Menge existiert und die durch Wettbewerb nicht vermehrt werden können, sind hinsichtlich ihres Wertes vom Geschmack, von der Laune und der wirtschaftlichen Lage der Käufer abhängig. Das Geld aber ist ein Gut, welches kein Land zu vermehren den Wunsch oder die Notwendigkeit hat: aus dem Gebrauch von 20 Millionen an Umlaufsmitteln erwächst kein größerer Vorteil als aus dem von 10 Millionen. Ein Land könnte vielleicht ein Monopol in Seide oder Wein besitzen, und dennoch könnten die Preise von Seide und Wein sinken, weil Tuch und Branntwein infolge von Laune oder Mode oder Geschmack vorgezogen und an ihre Stelle gesetzt werden könnten. Dieselbe Wirkung könnte bis zu einem gewissen Grade auch beim Golde insofern stattfinden, als sich dessen Verbrauch auf die Industrie beschränkte. Solange aber das Geld als das allgemeine Tauschmittel gilt, ist die Nachfrage danach niemals eine Sache der Wahl, sondern stets der Notwendigkeit. Man muß es für seine Waren als Entgelt annehmen, und deshalb ist die Menge, welche einem im auswärtigen Handel aufgezwungen

werden kann, wenn es im Werte fällt, ohne Grenzen, und es gibt keine Verminderung, der man sich nicht unterwerfen muß, wenn es steigt. Du kannst in der Tat Papiergeld als Ersatz geben, aber dadurch kann und wird man die Geldmenge nicht verringern; denn die wird reguliert durch den Wert des Maßgutes, für welches es austauschbar ist. Nur durch Erhöhung der Preise der Güter kann man verhindern, daß sie aus einem Lande, wo sie mit wenig Geld gekauft werden, in ein Land, wo sie für mehr verkauft werden können, ausgeführt werden, und eine solche Steigerung ist nur durch Einfuhr von Metallgeld aus dem Auslande oder durch Schaffung oder Vermehrung von Papiergeld im Inlande möglich. Wenn also der König von Spanien, vorausgesetzt, er wäre im ausschließlichen Besitz der Minen, und Gold allein wäre als Geld zu brauchen, eine hohe Steuer auf das Gold legen sollte, so würde er dessen natürlichen Wert ganz bedeutend erhöhen, und da sein Marktwert in Europa letzthin durch seinen natürlichen Wert in Spanisch-Amerika bestimmt wird, würden mehr Güter von Europa für eine gegebene Menge Gold gegeben werden. Doch würde in Amerika nicht die nämliche Menge Goldes erzeugt werden, da sich sein Wert nur im Verhältnis zur Verringerung der Menge erhöhte, die eine Folge seiner gestiegenen Produktionskosten wäre. Man würde also in Amerika für alles exportierte Gold nicht mehr Waren als vorher erhalten, und deshalb kann man fragen, wo dann der Vorteil für Spanien und seine Kolonien bliebe? Der Vorteil würde darin bestehen, daß, wenn man weniger Gold produzierte, weniger Kapital zu seiner Produktion verwandt werden würde; derselbe Warenwert würde aus Europa durch Anwendung eines kleineren Kapitals importiert werden, der vorher vermittels eines größeren bezogen wurde; und infolgedessen würden alle Produkte, welche man durch die Verwendung des aus den Bergwerken zurückgezogenen Kapitals erzielt hätte, ein

Vorteil sein, den Spanien infolge der Steuerauflage gewinnen würde, und welchen es in solcher Fülle oder mit solcher Sicherheit nicht erlangen könnte, wenn es das Monopol irgendeines anderen Gutes besäße. Von einer derartigen Steuer würden die europäischen Völker, soweit das Geld in Betracht käme, überhaupt kein Ungemach erleiden: sie würden dieselben Warenmengen und folglich auch dieselben Genußmittel wie früher haben, doch würden diese Waren mittels einer kleineren, weil höher bewerteten, Geldmenge in Umlauf gesetzt werden.

Wenn der Steuer zufolge nur ein Zehntel der gegenwärtigen Goldmenge aus den Bergwerken gewonnen würde, so würde dieses Zehntel von gleichem Werte sein, wie die heutigentags produzierten zehn Zehntel. Allein der König von Spanien ist nicht ausschließlich im Besitz der Edelmetallminen; und wäre er es doch, so würde der aus ihrem Besitze und seiner Steuerhoheit fließende Vorteil durch die Einschränkung der Nachfrage und Konsumtion in Europa infolge des in größerem oder geringerem Maße eintretenden allgemeinen Ersatzmittels, des Papiergeldes, sehr erheblich geschmälert werden. Die Übereinstimmung der Markt- und natürlichen Preise aller Güter hängt zu allen Zeiten von der Leichtigkeit ab, mit der das Angebot vermehrt oder vermindert werden kann. Bei Gold, Häusern und Arbeit, sowie auch bei vielen anderen Dingen, kann diese Wirkung unter gewissen Umständen nicht schnell erzeugt werden. Aber bei solchen Gütern, die von Jahr zu Jahr konsumiert und reproduziert werden, wie Hüte Schuhe, Getreide und Tuch, ist das anders; sie lassen sich wenn nötig, verringern, und es kann nicht lange dauern, bis das Angebot im Verhältnis zu den erhöhten Produktionskosten eingeschränkt ist.

Eine Steuer auf Rohprodukte von der Erdoberfläche wird, wie wir gesehen haben, den Konsumenten treffen und die Rente gänzlich unberührt lassen; es sei denn,

daß sie durch eine Verminderung der zum Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel den Lohn kürzt, die Bevölkerung herabgesetzt und die Nachfrage nach Getreide verringert. Aber eine Steuer auf den Ertrag von Goldminen muß notwendigerweise die Nachfrage nach Gold durch Erhöhung des Wertes dieses Metalls vermindern und muß daher das Kapital von der Beschäftigung, zu der es verwandt wird, unbedingt abdrängen. Trotzdem also Spanien alle Vorteile, die ich erwähnt habe, von einer Steuer auf Gold zugute kämen, würden doch die Eigentümer derjenigen Bergwerke, aus welchen das Kapital zurückgezogen wurde, ihre ganze Rente verlieren. Dies würde ein Verlust für Einzelpersonen, aber kein nationaler Verlust sein, da die Rente keine Neuschöpfung, sondern bloß eine Übertragung von Vermögen ist: Der König von Spanien und die Besitzer von Bergwerken, die weiter in Betrieb wären, würden zusammen nicht nur alles das erhalten, was das freigewordene Kapital produzierte, sondern noch alles dazu, was die anderen Eigentümer einbüßten.

Gesetzt, es befänden sich die Bergwerke der 1., 2. und 3. Qualität im Betriebe und produzierten entsprechend 100, 80 und 70 Pfund Gold, und die Rente beliefe sich also von Nr. 1 auf 30 Pfund, und von Nr. 2 auf 10 Pfund. Nehmen wir nun an, daß die Steuer von jeder betriebenen Mine 70 Pfund Gold im Jahre wäre, und daß infolgedessen Nr. 1 allein mit Vorteil betrieben werden könnte; so ist einleuchtend, daß alle Rente sogleich verschwinden würde. Vor der Auflage der Steuer wurden aus den von Nr. 1 produzierten 100 Pfund 30 Pfund Rente bezahlt, und der Bergwerksunternehmer behielt noch 70, welche Summe dem Ertrage der am wenigsten produktiven Mine gleichkam. Demnach müßte also der Wert von dem, was für den Kapitalisten der Mine Nr. 1 übrig bleibt, derselbe wie vorher sein, oder er würde den üblichen Kapitalprofit nicht erlangen; und folglich muß, nachdem er 70 von seinen 100 Pfund als Steuer bezahlt

hat, der Wert der übrigbleibenden 30 Pfund ebenso groß sein, als der von 70 Pfund vorher, und deshalb auch der Wert der vollen 100 Pfund ebenso groß, als der von 233 Pfund früher. Ihr Wert könnte höher, aber er könnte nicht niedriger sein, oder selbst diese Mine würde ihren Betrieb einstellen. Da es ein monopolisiertes Gut ist, könnte es seinen natürlichen Wert übersteigen, und dann würde es eine Rente einbringen, die diesem Überschuß gleich wäre; doch würde man auf die Mine keine Mittel verwenden, wenn es unter diesem Werte stände. Spanien würde für ein Drittel der in den Minen verwendeten Arbeit und Kapitalien soviel Gold erhalten, daß es dafür dieselbe oder nahezu dieselbe Menge Güter wie vorher eintauschte. Es würde um den Ertrag der von dem Minenbetriebe frei gewordenen 2/3 reicher sein. Wenn der Wert von 100 Pfund Gold dem der früher gewonnenen 250 Pfund gleich sein sollte, so würde der Anteil des Königs von Spanien, seine 70 Pfund, gleich 175 Pfund zu früherem Werte sein: nur ein kleiner Teil der königlichen Steuer würde die eigenen Untertanen treffen, während der größere durch die bessere Kapitalsverteilung erlangt werden würde.

Die Rechnung Spaniens würde so stehen:

Früher produziert:		
250 Pfund Gold im (angenommenen) Werte von	10 000	Ellen Tuch.
Jetzt produziert:		
Von den beiden Kapitalisten, welche die Minen aufgaben, derselbe Wert als 140 Pfund Gold, früheren Tauchwertes, gleich	5 600	„ „
Vom Kapitalisten, der Mine Nr. 1 weiter betreibt, 30 Pfund Gold, die		

	Transport:	5600 Ellen Tuch.
an Wert im Verhältnis wie 1 : 2½ gestiegen und daher jetzt wert sind		3000 „ „
Steuer an den König in der Höhe von 70 Pfund, die im Werte ebenfalls wie 1 : 2½ gestiegen und infolgedessen jetzt wert sind		7000 „ „
	Zusammen:	15600 Ellen Tuch.

Zu den vom Könige empfangenen 7000 würde das spanische Volk nur 1400 beisteuern, und 5600 würden reiner Gewinn sein, bewirkt durch das freigewordene Kapital.

Wenn die Steuer, anstatt eine bestimmte Summe pro Bergwerksbetrieb zu sein, ein bestimmter Teil seines Ertrages wäre, so würde die Menge dadurch nicht unmittelbar verringert werden. Zöge man von jeder Mine die Hälfte, ein Drittel oder Viertel als Steuer ein, so läge es trotzdem im Interesse der Besitzer, zu erzielen, daß ihre Minen so reiche Erträge wie vorher gäben; wenn sich aber die Menge nicht verringert hätte, sondern nur ein Teil derselben vom Eigentümer auf den König übergegangen wäre, so würde ihr Wert nicht steigen; die Steuer träfe die Kolonialbevölkerung, und es würde kein Vorteil gewonnen sein. Eine derartige Steuer würde die Wirkung haben, welche nach Adam Smith die Steuern auf Rohprodukte in bezug auf die Grundrente haben würden: sie würde gänzlich auf die Rente der Mine fallen. Triebe man die Steuer etwas weiter, so würde sie tatsächlich nicht bloß die ganze Rente aufsaugen, sondern dem Minenunternehmer auch den üblichen Kapitalprofit entziehen, und dieser würde infolgedessen sein Kapital aus der Goldproduktion zurückziehen. Dehnte man sie noch weiter aus, würde die Rente noch besserer Minen aufgesaugt werden, und das Kapital würde weiter zurückgezogen werden; und auf diese Weise würde die Menge

beständig verringert, und ihr Wert erhöht werden, und es würden dieselben Wirkungen eintreten, auf welche wir bereits hingewiesen haben. Ein Teil der Steuer würde von dem Volk der spanischen Kolonien bezahlt werden, und der andere Teil würde eine neue Schöpfung von Ertrag sein dadurch, daß er die Kraft des als Tauschmittel benutzten Werkzeuges erhöhte.

Steuern auf Gold sind zweierlei Art: die eine auf die Menge von Gold, die tatsächlich im Umlauf ist, die andere auf die Menge, die jährlich aus den Minen gewonnen wird. Beide haben eine Tendenz, die Menge des Goldes zu vermindern und seinen Wert zu heben; doch wird sein Wert von keiner der beiden eher erhöht, als bis die Menge reduziert worden ist, und deshalb werden solche Steuern zeitweilig, bis sich das Angebot verringert hat, die Geldeigentümer treffen. Aber schließlich wird doch der Teil, welcher die Gesamtheit dauernd belasten wird, vom Eigentümer der Mine in Gestalt einer Renteneinbuße bezahlt werden, sowie auch von den Käufern desjenigen Teiles von Gold, welcher als ein Gut gebraucht wird, das zu den Vergnügungen der Menschheit beiträgt, und nicht ausschließlich als ein Umlaufsmittel beiseite gestellt wird.

Kapitel XIV.

Häusersteuern.

Außer dem Golde gibt es noch andere Güter, die an Menge nicht leicht verringert werden können; jede Steuer auf sie wird daher den Eigentümer treffen, wenn die Preiserhöhung die Nachfrage schwächen sollte.

Häusersteuern sind von dieser Art. Obwohl sie auf den Benutzer umgelegt werden, werden sie doch häufig den Grundbesitzer in Gestalt einer Rentenverminderung belasten. Der Bodenertrag wird, wie so viele andere Güter, von Jahr zu Jahr konsumiert und reproduziert. Da sie darum schnell mit der Nachfrage auf gleiche Höhe gebracht werden können, so können sie ihren natürlichen Preis nicht lange übersteigen. Insofern sich jedoch eine Häusersteuer unter dem Gesichtspunkte eines vom Mieter bezahlten Rentenzuwachses auffassen läßt, wird ihre Tendenz sein, die Nachfrage nach Häusern von gleichen Jahresrenten zu verringern, ohne dadurch deren Angebot zu verringern. Demnach wird die Rente sinken, und ein Teil der Steuer vom Grundbesitzer indirekt bezahlt werden.

„Die Rente eines Hauses,“ sagt Adam Smith, „kann in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine sehr wohl als die Gebäuderente bezeichnet werden kann, während der andere gewöhnlich die Grundrente genannt wird. Die Gebäuderente ist der Zins oder Gewinn aus dem Kapitale, das zum Bau des Hauses verwandt worden ist. Um das Gewerbe eines Bauunternehmers mit anderen Gewerben auf gleiche Stufe zu stellen, muß diese Rente unbedingt groß genug sein, um ihm erstens denselben Zins einzubringen, den er für sein Kapital erlangt haben würde, wenn er es auf gute Sicherheit verliehen hätte; und zweitens, um das Haus in gutem Stande zu erhalten, oder, was auf dasselbe hinausläuft, um in einer gewissen Reihe von Jahren das Kapital zu ersetzen, welches er auf seinen Bau verwendet hatte.“ — „Bringt das Baugewerbe zu irgend welcher Zeit einen weit höheren Profit im Verhältnis zum Geldzins ein, so wird es bald so viel Kapital aus anderen Gewerben an sich reißen, daß dadurch der Profit auf seinen eigentlichen Stand zurückgeführt wird. Wenn es aber zeitweilig bedeutend weniger abwirft, werden ihm andere Gewerbe bald so viel Kapital entziehen, daß der

Profit dadurch wieder gehoben wird. Derjenige Teil der ganzen Rente eines Hauses, der über das hinausgeht, was genügt, um diesen angemessenen Profit zu gewähren, kommt natürlich der Grundrente zugute; und da, wo Grundeigentümer und Hauseigentümer zwei verschiedene Personen sind, wird er meist vollständig dem ersteren bezahlt. Bei Landhäusern, in einiger Entfernung von irgendeiner großen Stadt, wo eine große Auswahl von Boden ist, ist die Grundrente kaum von Bedeutung oder beträgt nicht mehr, als der Platz, auf dem das Haus steht, wenn er zum Ackerbau verwendet würde, einbringen würde. Bei Landvillen in der Nachbarschaft einer großen Stadt ist sie zuweilen erheblich höher, und die besondere Annehmlichkeit oder Schönheit der Lage wird hier oft sehr hoch bezahlt. Am höchsten sind die Grundrenten gewöhnlich in der Hauptstadt, und in jenen besonderen Teilen von ihr, wo gerade die größte Nachfrage nach Häusern ist, was auch immer der Grund für diese Nachfrage ist, sei es nun Handel und Geschäft, Vergnügen und Gesellschaft, oder bloße Eitelkeit und Mode.“ Eine Steuer auf die Hausrente kann entweder den Benutzer, oder den Grundbesitzer, oder endlich den Hausbesitzer treffen. In gewöhnlichen Fällen kann man aber annehmen, daß die gesamte Steuer unmittelbar wie zuletzt vom Benutzer bezahlt wird.

Ist die Steuer mäßig, und liegen die Umstände des Landes so, daß es entweder stationär oder fortschreitend ist, so wäre für den Benutzer eines Hauses wenig Grund vorhanden, sich mit einem von schlechterer Art zu begnügen. Wenn aber die Steuer hoch wäre, oder wenn irgend welche anderen Umstände die Nachfrage nach Häusern verringern sollten, dann würde das Einkommen des Grundherrn sinken; denn der Benutzer würde für die Steuer teilweise durch eine Herabsetzung der Rente entschädigt werden. Es ist jedoch schwer zu sagen, in welchen Verhältnissen der Teil der Steuer, der von dem Benutzer durch ein Fallen der Rente

gespart ward, auf die Gebäuderente und Grundrente fallen würde. Es ist wahrscheinlich, daß im ersten Falle beide betroffen würden; da aber Häuser, wenn auch langsam, so doch sicher vergänglich sind, und da man keine mehr errichten würde, ehe der Profit des Erbauers seinen gewöhnlichen Stand wieder erreicht hätten, so würde die Gebäuderente nach einer Zwischenzeit wieder auf ihren natürlichen Preis gebracht werden. Da der Erbauer nur so lange eine Rente empfängt, als das Gebäude dauert, so könnte er unter den widerwärtigsten Umständen keinen Teil der Steuer auf längere Zeit bezahlen.

Demnach würde also die Bezahlung dieser Steuer schließlich dem Benutzer und Grundbesitzer zufallen, aber „in welchem Verhältnis sich diese endgültige Bezahlung zwischen ihnen teilen würde," bemerkt Adam Smith, „läßt sich wohl nicht allzu leicht bestimmen. Wahrscheinlich fiele die Teilung unter verschiedenen Umständen sehr verschieden aus, und eine Steuer dieser Art könnte je nach jenen verschiedenen Umständen sowohl den Bewohner des Hauses, wie den Eigentümer des Bauplatzes sehr ungleich treffen." (Buch V. Kap. II.)

Adam Smith hält die Grundrenten für besonders geeignete Besteuerungsobjekte. „Sowohl die Grundrenten, wie auch die gewöhnliche Landpacht," sagt er, „sind eine Art des Einkommens, welche der Eigentümer in vielen Fällen ohne irgend welche eigene Mühe und Sorge bezieht. Wenn ihm auch ein Teil von diesem Einkommen, um die Staatsausgaben zu decken, wieder genommen werden sollte, so wird dadurch keinerlei Art von Gewerbefleiß entmutigt werden. Der jährliche Ertrag von Boden und Arbeit der Gesellschaft, der wirkliche Wohlstand und das wirkliche Einkommen der großen Masse des Volkes, könnte nach einer solchen Steuer genau derselbe bleiben, wie zuvor. Daher sind die Grundrenten und die gewöhnlichen Landpachten

vielleicht diejenigen Einkommensarten, welche eine Spezialbesteuerung am besten ertragen können." Man muß zugeben, daß sich die Wirkungen dieser Steuern so, wie sie Adam Smith beschrieben hat, gestalten würden; aber sicherlich wäre es sehr ungerecht, das Einkommen irgend einer besonderen Klasse der Gesellschaft ausschließlich zu besteuern. Die Staatslasten sollten von allen im Verhältnis zu ihren Mitteln getragen werden; das ist einer von den vier Grundsätzen, die nach Adam Smith die ganze Besteuerung beherrschen sollten. Oft gehört die Rente solchen Leuten, welche nach manchen Jahren von Arbeit ihren Verdienst realisiert und ihr Vermögen im Kaufe von Land oder Häusern ausgegeben haben; und es würde gewiß eine Verletzung des Prinzips der Sicherheit des Eigentums sein, daß immer hochgehalten werden sollte, wenn man sie einer ungleichen Besteuerung unterwerfen wollte. Man muß es bedauern, daß die Stempelabgabe, mit der die Übertragung von Grundeigentum belastet ist, dessen Übergang in solche Hände, wo es sich wahrscheinlich am produktivsten gestalten würde, wesentlich beeinträchtigt. Und wenn man bedenkt, daß der Boden, als ein taugliches Objekt für ausschließliche Besteuerung betrachtet, nicht allein zur Entschädigung für das Risiko dieser Besteuerung im Preise zurückgehen, sondern im Verhältnis zur unbestimmten Natur und zum unsicheren Werte des Risikos, ein geeigneter Gegenstand für Spekulationen werden würde, die mehr die Natur des Spieles als die des nüchternen Handels besäßen, so wird es wahrscheinlich einleuchten, daß die Hände, in welche der Boden in jenem Falle am leichtesten geraten würde, die Hände derjenigen sein wären, welche mehr die Eigenschaften des Spielers als die Eigenschaften des nüchtern denkenden Eigentümers besitzen, der seinen Boden voraussichtlich zum größten Vorteil verwenden würde.

Kapitel XV.

Profitsteuern.

Steuern auf solche Güter, welche man gewöhnlich als Luxusgegenstände bezeichnet, treffen nur diejenigen, welche von ihnen Gebrauch machen. Eine Weinsteuer wird vom Weinkonsumenten bezahlt. Eine Steuer auf Luxuspferde oder Equipagen tragen die, welche sich derartige Genüsse verschaffen, und zwar genau in dem Maße, als sie sich dieselben verschaffen. Dagegen belasten Steuern auf Bedarfsartikel deren Konsumenten nicht bloß im Verhältnis der Menge, die von ihnen verbraucht werden mag, sondern oftmals in einem weit höheren Verhältnis. Wir haben beobachtet, daß eine Getreidesteuer nicht nur den Fabrikanten in dem Maße trifft, als er mit seiner Familie Getreide konsumiert, sondern daß sie die Kapitalprofitrate verändert und folglich auch sein Einkommen beeinträchtigt. Alles, was den Arbeitslohn hebt, drückt den Kapitalprofit; daher hat jede Steuer, welche irgendein Konsumgut des Arbeiters belastet, die Tendenz, die Profitrate zu drücken.

Eine Steuer auf Hüte wird den Preis der Hüte steigern; eine Steuer auf Schuhe den Preis der Schuhe. Wenn dem nicht so wäre, würde die Steuer schließlich vom Fabrikanten bezahlt werden; seine Profite würden unter den gewöhnlichen Stand sinken, und er würde sein Gewerbe aufgeben. Eine Sondersteuer auf Profite wird den Preis desjenigen Gutes steigern, auf welches sie fällt: eine Steuer auf die Profite des Hutmachers beispielsweise würde den Preis der Hüte erhöhen; denn wären seine Profite besteuert, nicht aber die irgendeines anderen Gewerbes, so würden seine Profite, wenn er den Preis seiner Hüte nicht heraufsetzte, unter der üblichen Profitrate stehen, und er würde seine Beschäftigung für eine andere aufgeben.

Auf dieselbe Weise würde eine Steuer auf die Profite des Landwirtes den Getreidepreis erhöhen; eine Steuer auf die Profite des Tuchmachers den Preis des Tuches; und wenn man eine den Profiten entsprechende Steuer auf alle Gewerbe umlegte, würde jedes Gut im Preise erhöht werden. Läge jedoch die Mine, welche uns mit dem Normalmaß unseres Geldes versorgte, in unserem Lande, und wären die Profite des Berwerksunternehmers ebenfalls besteuert, so würde der Preis keines einzigen Gutes steigen, weil dann jedermann einen verhältnismäßig gleichen Teil von seinem Einkommen abgeben würde, und alles beim alten bleiben würde.

Wenn Geld unbesteuert wäre und darum seinen Wert behalten dürfte, während sonst jedes Ding besteuert wäre und im Werte stiege, so würde der Hutmacher, der Landwirt und Tuchmacher, falls jeder von ihnen die gleichen Kapitalien verwendete und dieselben Profite bezöge, denselben Steuerbetrag bezahlen. Beläuft sich die Steuer auf 100 £, so werden die Hüte, das Tuch und das Getreide je um 100 £ im Werte erhöht werden. Verdient der Hutmacher an seinen Hüten 1100 £ statt 1000 £, so wird er an die Regierung 100 £ Steuern entrichten und daher immer noch 1000 £ für Waren seines eigenen Verbrauchs auszugeben haben. Da aber Getreide, Tuch und alle übrigen Güter aus demselben Grunde im Preise steigen werden, so wird er für seine 1000 £ nicht mehr als vorher für 910 £ erhalten und so wird er durch Verminderung seiner Ausgaben zur Deckung des Staatsbedarfes beitragen. Er wird durch die Bezahlung der Steuer einen Teil des Ertrages von Boden und Arbeit des Landes, statt ihn selbst zn verbrauchen, zur Verfügung der Regierung gestellt haben. Wenn er seine 1000 £, statt sie zu verausgaben, zu seinem Kapitale hinzufügt, wird er an dem Steigen des Lohnes und den höheren Kosten der Rohmaterialien und Maschinen merken, daß seine Ersparnis

von 1000 £ sich nicht auf mehr beläuft, als eine Ersparnis von 910 £ früher betrug.

Wird Geld besteuert, oder wird sein Wert durch irgendeine andere Ursache verändert, und bleiben alle Güter bei genau demselben Preis wie zuvor, so werden auch die Profite des Fabrikanten und des Landwirtes genau wie früher stehen, sie werden auch ferner 1000 £ betragen; und da ein jeder von ihnen 100 £ an die Regierung zu zahlen haben wird, so werden sie für sich nur 900 £ zurückbehalten, welche Summe ihnen über den Ertrag von Boden und Arbeit des Landes eine geringere Verfügung gewähren wird, ob sie dieselbe nun auf produktive oder unproduktive Arbeit verwenden. Die Regierung wird genau das gewinnen, was sie verlieren. Im ersten Falle würde der Steuerzahler für 1000 £ eine ebenso große Menge von Waren wie zuvor für 910 £ haben; im zweiten würde er nur soviel haben, wie für 900 £ zuvor; denn der Warenpreis würde unverändert bleiben, und er würde nur 900 £ auszugeben haben. Das folgt aus dem Unterschiede in dem Betrage der Steuer; im ersten Falle ist er nur ein Elftel seines Einkommens, im zweiten ein Zehntel, da in den beiden Fällen das Geld von verschiedenem Wert ist.

Obgleich aber alle Güter, wenn das Geld unbesteuert bleibt und seinen Wert nicht ändert, im Preise steigen werden, werden sie doch nicht in demselben Verhältnis steigen. Nach der Besteuerung werden sie nicht mehr in demselben verhältnismäßigen Wert zueinander stehen, wie sie es vor der Steuer taten. In einem früheren Teile dieses Werkes erörterten wir die Wirkungen, welche die Teilung des Kapitals in stehendes und umlaufendes, oder vielmehr in dauerhaftes und vergängliches, auf die Güterpreise zur Folge hat. Wir zeigten, daß zwei Fabrikanten wohl genau denselben Betrag an Kapital verwenden und auch genau denselben Betrag an Profit daraus erzielen könnten, daß sie aber ihre Güter dennoch für sehr verschiedene Summen

Geldes verkaufen würden, je nachdem die Kapitalien, die sie verwendeten, rasch oder langsam konsumiert und reproduziert würden. Der eine könnte seine Waren vielleicht für 4000 £, der andere für 10 000 £ verkaufen, und doch könnten beide nur ein Kapital von 10 000 £ anwenden und einen Profit von 20 % oder 2000 £ beziehen. Das Kapital des einen könnte beispielsweise 2000 £ umlaufendes, das reproduziert werden müßte, und 8000 £ stehendes, in Gebäuden und Maschinen, betragen; das Kapital des anderen dagegen 8000 £ umlaufendes, und nur 2000 £ stehendes an Maschinen und Gebäuden. Wenn nun jede von den Personen mit 10 % ihres Einkommens oder mit 200 £ besteuert werden sollte, müßte der eine seine Waren von 10 000 £ auf 10 200 £ erhöhen, damit ihm sein Geschäft den üblichen Profitsatz einbrächte; der andere würde ebenfalls genötigt sein, den Preis seiner Waren von 4000 £ auf 4200 £ hinaufzusetzen. Vor der Steuer waren die Waren, die von einem dieser Fabrikanten verkauft waren, 2 ½ mal mehr wert als die Waren des anderen; nach der Steuer werden sie es nur noch 2,42 mal soviel sein. Der eine Artikel wird um 2 %, der andere um 5 % gestiegen sein: infolgedessen würde eine Einkommensteuer, solange das Geld im Werte unverändert bliebe, die relativen Preise und Werte der Güter verändern. Dies würde auch wahr sein, wenn die Steuer statt auf die Profite auf die Güter selbst gelegt wäre. Angenommen, man besteuerte sie im Verhältnis zum Werte desjenigen Kapitals, das man zu ihrer Herstellung verwendete, so würden sie, wie auch immer ihr Wert sein möchte, in gleichem Maße steigen und folglich nicht mehr im selben Verhältnis wie früher zueinander stehen. Ein Gut, welches von 10 000 auf 11 000 Pfund stieg, würde nicht mehr dieselbe Beziehung wie vorher zu einem anderen haben, das sich von 2000 £ auf 3000 £ erhöhte. Wenn unter diesen Umständen das Geld, aus welchem Grunde immer, im Werte stiege, so würde es

die Preise der Güter nicht im selben Grade beeinflussen. Die nämliche Ursache, welche den Preis des einen von 10 200 £ auf 10 000 £ oder um weniger als 2 % herabdrücken würde, würde den Preis des anderen von 4200 £ auf 4000 £ oder um 4 3/4 % erniedrigen. Wenn sie in irgend einem anderen Verhältnis fielen, würden die Profite nicht gleich sein; denn um sie gleich zu machen, müßte der Preis des zweiten Gutes, falls der des ersten Gutes auf 10 000 £ stände, 4000 £ betragen; und wenn der Preis des ersten 10 200 £ wäre, müßte der des anderen 4200 £ sein.

Die Berücksichtigung dieser Tatsache wird zum Verständnis eines sehr wichtigen Grundsatzes führen, welcher, wie ich glaube, noch niemals hervorgehoben worden ist. Es ist der, daß in einem Lande, wo keine Besteuerung existiert, die Veränderung des Geldwertes, welche aus Mangel oder Überfluß entsteht, auf die Preise aller Güter in gleichem Maße einwirken wird; daß, wenn ein Gut im Werte von 1000 £ auf 1200 £ steigt, oder auf 800 £ sinkt, ein Gut von 10 000 £ Wert auf 12 000 £ steigen, oder auf 8000 £ sinken wird. Aber in einem Lande, wo die Preise durch die Besteuerung künstlich in die Höhe getrieben sind, wird ein durch Zuströmen entstandener Überfluß an Geld oder ein durch Ausfuhr infolge auswärtiger Nachfrage hervorgerufener Mangel an Geld nicht im selben Maße auf die Preise aller Güter einwirken; etliche werden um 5, 6 oder 12 % steigen oder sinken, andere um 3, 4 oder 7 %. Wenn ein Land nicht besteuert wäre, und das Geld im Werte sinken sollte, so würde sein Überfluß auf jedem einzelnen Markte ähnliche Wirkungen erzeugen. Stiege das Fleisch um 20 %, so würde sich auch Brot, Bier, Schuhe, Arbeit, überhaupt jedes Gut um 20 % erhöhen. Es ist notwendig, daß sie das täten, um jedem Gewerbe dieselbe Profitrate zu sichern. Doch ist dies nicht länger wahr, wenn irgendeins von diesen Gütern besteuert wird. Wenn sie in dem Falle sämtlich

im Verhältnis zum Sinken des Geldwertes steigen sollten, so würden sich die Profite ungleich gestalten. In dem Falle, wo die Güter besteuert würden, würden die Profite über den allgemeinen Stand gehoben werden, und das Kapital würde von einem Gewerbezweige zum anderen übertragen werden, bis sich der Gleichgewichtszustand der Profite wieder hergestellt hätte, was nur geschehen könnte, nachdem die verhältnismäßigen Preise verändert wären.

Wird dieser Grundsatz nicht die verschiedenen Wirkungen erklären, welche, wie man beobachtet hat, zurzeit der Bankrestriktion vom veränderten Geldwerte auf die Preise der Güter ausgeübt wurden? Man hat denjenigen, die behaupteten, daß das Umlaufsmittel in jener Periode wegen allzugroßen Überflusses an Papiergeld entwertet wäre, entgegnet, daß, wenn dem so wäre, alle Güter im selben Verhältnis hätten steigen müssen. Man fand aber, daß sich manche viel mehr als andere geändert hatten, und daraus folgerte man, daß das Steigen der Preise einem gewissen Etwas, das den Wert der Güter beeinflußte, zuzuschreiben wäre, nicht aber irgendeiner Wertveränderung des Umlaufsmittels. Indessen stellt es sich, wie wir soeben gesehen haben, heraus, daß in einem Lande, wo sie der Besteuerung unterliegen, nicht alle Güter ihren Preis im selben Verhältnis ändern werden, sei es nun infolge eines Steigens oder eines Sinkens des Wertes des Umlaufsmittels.

Wenn die Profite aller Gewerbe, ausgenommen die Profite des Landwirts, besteuert wären, würden alle Waren, die Rohprodukte ausgenommen, im Geldwerte steigen. Der Landwirt würde dasselbe Einkommen an Getreide wie früher haben und auch sein Getreide für denselben Geldpreis verkaufen. Da er aber genötigt sein würde, einen Zusatzpreis für alle Güter mit Ausnahme des Getreides, welches er verbrauchte, zu bezahlen, so würde dies für ihn eine Aufwandsteuer sein. Er würde auch nicht von dieser Steuer durch

eine Veränderung des Geldwertes befreit werden; denn eine Änderung im Geldwerte könnte alle besteuerten Güter auf ihren früheren Preis herabdrücken, aber das unbesteuerte würde unter seinen früheren Stand sinken; und daher würde der Landwirt, obwohl er seine Güter zum selben Preise wie früher erstehen würde, weniger Geld haben, mit welchem er sie erstehen könnte.

Genau in derselben Lage würde sich auch der Grundbesitzer befinden; wenn alle Güter im Preise stiegen, und das Geld seinen Wert beibehielte, würde er dieselbe Getreide- und die nämliche Geldrente wie vorher beziehen; und wenn alle Güter bei demselben Preise verblieben, würde er zwar dieselbe Getreiderente, aber eine kleinere Geldrente haben. Demnach würde er also auf jeden Fall zu dem umgelegten Gelde indirekt beisteuern, obgleich sein Einkommen direkt nicht besteuert wäre.

Nehmen wir jedoch an, die Profite des Landwirts würden ebenfalls besteuert, dann befände er sich in derselben Lage wie die anderen Gewerbetreibenden: seine Rohprodukte würden steigen, so daß er, nachdem er die Steuer bezahlt hätte, dasselbe Geldeinkommen haben würde, aber für alle Güter die er konsumierte, einschließlich der Rohprodukte, würde er einen Zusatzpreis bezahlen.

Dagegen würde der Grundherr anders gestellt sein. Er würde aus der Steuer auf seines Pächters Profite Nutzen ziehen, da er für den Zusatzpreis, zu welchem er die fabrizierten Güter, wenn diese im Preise stiegen, kaufen würde, entschädigt werden würde; und er würde dasselbe Geldeinkommen haben, wenn die Güter infolge eines Steigens des Geldwertes zu ihrem früheren Preise verkauft würden. Eine Steuer auf die Profite des Landwirts ist nicht eine Steuer, die im Verhältnis zum Rohertrage des Bodens steht, sondern zu seinem Reinertrage, nach der Bezahlung von Rente, Lohn und allen übrigen Kosten. Da die Be-

wirtschafter der einzelnen Arten von Boden Nr. 1, 2 und 3 genau dieselben Kapitalien anwenden, so werden sie auch genau dieselben Profite erzielen, wie groß sich auch immer die Menge des Rohertrages, die der eine vielleicht mehr als der andere gewinnt, gestalten mag; und folglich werden sie alle gleichmäßig besteuert sein. Angenommen, der Rohertrag von Bodenqualität Nr. 1 belaufe sich auf 180 Quarter, der von Nr. 2 auf 170 und von Nr. 3 auf 160 Quarter, und jeder sei mit 10 Quarter Steuer belastet, so wird die Differenz zwischen dem Ertrag von Nr. 1, 2 und 3 nach Bezahlung der Steuer dieselbe wie früher sein. Wird nämlich Nr. 1 auf 170, Nr. 2 auf 160, und Nr. 3 auf 150 Quarter reduziert, so wird die Differenz zwischen Nr. 1 und Nr. 3 genau wie vorher 20 Quarter betragen, und die von Nr. 2 und Nr. 3 10 Quarter. Wenn die Preise des Getreides und jedes anderen Gutes nach Einführung der Steuer genau die früheren sein sollten, dann würde die Geldrente ebenso wie die Getreiderente unverändert bleiben. Sollte jedoch der Preis des Getreides und jedes anderen Gutes infolge der Steuer steigen, so wird sich auch die Geldrente im selben Verhältnis erhöhen. Wenn der Getreidepreis auf 4 £ pro Quarter stände, würde die Rente von Nr. 1 80 £, und die von Nr. 2 40 £ betragen; wenn aber das Getreide um 5% oder auf 4 £ 4 sh. stiege, dann würde die Geldrente ebenfalls um 5% steigen; denn 20 Quarter Getreide würden nun 84 £, und 10 Quarter 42 £ wert sein, so daß in jedem Falle der Grundbesitzer von einer solchen Steuer unberührt bleiben wird. Eine Kapitalprofitsteuer läßt die Getreiderente stets unverändert und daher wechselt die Geldrente mit dem Getreidepreise; aber eine Steuer auf Rohprodukte oder Zehnten läßt die Getreiderente niemals unverändert, läßt aber im allgemeinen die Geldrente in dem Stande wie vorher. In einem anderen Teile dieses Werkes habe ich bemerkt, daß, wenn eine Grundsteuer von demselben Geldbetrag auf jede Art von in Bebauung be-

findlichem Boden gelegt wäre, ohne Rücksicht auf einen Unterschied der Fruchtbarkeit, sie in ihrer Wirkung sehr ungleich sein würde, da sie ein Gewinn für den Grundbesitzer der fruchtbareren Böden sein würde. Sie würde den Getreidepreis im Verhältnis zu der von dem Landwirt des schlechtesten Bodens getragenen Bürde erhöhen. Da jedoch dieser Zusatzpreis für die größere Ertragsmenge, welche der bessere Boden einbrächte, erzielt worden wäre, so würden die Landwirte eines solchen Bodens zwar während ihrer Pachtzeit einen Vorteil genießen, aber dieser würde nachher dem Grundbesitzer in Gestalt einer Rentenerhöhung zugutekommen. Die Wirkung einer gleichen Steuer auf die *Profite* des Landwirtes ist genau dieselbe; sie treibt die Geldrente der Grundbesitzer, wenn das Geld denselben Wert beibehält, in die Höhe. Da aber die Profite aller übrigen Gewerbe ebenso besteuert werden als jene des Landwirtes, und demnach die Preise aller Waren ebenso wie das Getreide erhöhen, so verliert der Grundbesitzer infolge des höheren Geldpreises der Waren und des Getreides, für die er seine Rente verausgabt, genau soviel, als er durch das Steigen seiner Rente gewinnt. Sollte das Geld im Werte steigen, und sollten alle Dinge nach Einführung einer Kapitalprofitsteuer auf ihre früheren Preise herabgehen, so würde auch die Rente genau dieselbe wie vorher sein. Der Grundbesitzer würde dieselbe Geldrente bekommen und würde alle Güter erhalten, für die er sie zu ihrem früheren Preise verausgabte, so daß er unter allen Umständen unbesteuert bleiben würde.[1])

Dieser Umstand ist sonderbar. Man belastet den Land-

[1]) Den Grundbesitzern würde es zu besonderem Vorteile gereichen, wenn nur die Profite des Landwirtes besteuert werden sollten, dagegen nicht die Gewinne irgendeines anderen Kapitalisten. Das würde tatsächlich eine Steuer auf die Konsumenten der Rohprodukte, teils zum Nutzen des Staates, teils zum Nutzen der Grundbesitzer sein.

wirt durch eine Besteuerung seines Profits nicht mehr, als wenn man seine Profite von der Steuer befreite; und der Grundbesitzer hat ein entschiedenes Interesse daran, daß die Profite seines Pächters besteuert werden, da er selbst nur unter dieser Bedingung tatsächlich steuerfrei bleibt.

Eine Kapitalprofitsteuer würde auch den Kapitalisten treffen, wenn alle Güter im Verhältnis zur Steuer steigen sollten, obwohl seine Zinsen unbesteuert blieben. Wenn jedoch infolge der Veränderung des Geldwertes alle Güter auf ihren früheren Preis herabgehen sollten, dann würde der Kapitalist nichts für die Steuer zahlen. Er würde seine gesamten Güter zum selben Preise kaufen und dieselben Geldzinsen weiter beziehen.

Wenn man zugibt, daß, wenn man die Profite eines einzigen Farikanten besteuert, der Preis seiner Waren steigen würde, damit er mit den übrigen Fabrikanten auf gleicher Stufe stände, und daß durch die Besteuerung der Profite zweier Fabrikanten die Preise zweier Arten von Waren in die Höhe gehen müßten, so sehe ich nicht ein, wie man noch bestreiten kann, daß die Preise aller Waren durch eine Besteuerung der Profite aller Fabrikanten steigen würden; vorausgesetzt, daß sich das Bergwerk, welches uns mit Geld versorgte, in unserem Lande befände und steuerfrei bliebe. Da aber das Geld, oder der Maßstab des Geldes, ein vom Auslande importiertes Gut ist, so könnten die Preise aller Waren nicht steigen; denn eine derartige Wirkung könnte ohne eine Zusatzmenge von Geld nicht eintreten,[1]) die sich

[1]) Bei weiterer Überlegung bezweifle ich, ob für den Umlauf derselben Gütermenge mehr Geld erforderlich werden würde, wenn ihre Preise nicht durch Produktionserschwerung, sondern durch Besteuerung gesteigert wären. Angenommen, 100000 Quarter Getreide würden zu einer gewissen Zeit einem bestimmten Kreise für 4 £ pro Quarter verkauft, und der Getreidepreis stiege infolge einer direkten Steuer in der Höhe von 8 sh. pro Quarter

wiederum, wie auf Seite 94 gezeigt ist, für teure Waren nicht erlangen ließe. Wäre jedoch ein solches Steigen möglich, so könnte es nicht von Dauer sein; denn es würde einen mächtigen Einfluß auf den auswärtigen Handel ausüben. Als Entgelt für eingeführte Güter könnten diese teuren Waren nicht exportiert werden, und darum müßten wir, obgleich wir zu verkaufen aufhörten, zeitweilig weiter kaufen und Geld oder Barren so lange ausführen, bis die verhältnismäßigen Preise der Güter nahezu dieselben wie vorher wären. Es scheint mir absolut sicher, daß eine gut geregelte Profitsteuer schließlich die Güter, einheimischen wie fremden Fabrikats, wieder auf denselben Geldpreis, den sie, bevor die Steuer auferlegt ward, hatten, zurückführen würde.

Da Rohproduktensteuern, Zehnten, Lohnsteuern und Steuern auf die Bedarfsartikel des Arbeiters dadurch, daß sie den Lohn erhöhen, die Profite herunterdrücken, so werden sie alle, wenn auch nicht in gleichem Maße, von denselben Wirkungen begleitet zu sein.

---

auf 4 £ 8 sh., dann, glaube ich, würde dieselbe Geldmenge und nicht mehr erforderlich sein, dieses Getreide zum höheren Preise in Umlauf zu setzen. Wenn ich vorher 11 Quarter zu 4 £ kaufte und der Steuer zufolge gezwungen wäre, meinen Konsum auf 10 Quarter einzuschränken, so werde ich nicht mehr Geld brauchen; denn ich werde in allen Fällen für mein Getreide 44 £ bezahlen. In der Tat würde das Volk ein Elftel weniger konsumieren, und diese Menge würde die Regierung verbrauchen. Das Geld, welches, um es zu kaufen, erforderlich wäre, würde von den 8 sh. pro Quarter herrühren, die die Landwirte in Gestalt einer Steuer aufzubringen hätten; doch würde ihnen die erhobene Summe zur selben Zeit für ihr Getreide bezahlt werden. Infolgedesser ist die Steuer in Wirklichkeit eine Naturalsteuer und macht es nötig, daß mehr Geld gebraucht werden müßte; oder, wenn doch, nur so wenig, daß diese Menge ruhig unberücksichtigt bleiben kann.

Die Erfindung von Maschinen, welche die heimischen Gewerbe wesentlich hebt, hat stets die Tendenz, den verhältnismäßigen Wert des Geldes zu steigern und demnach seine Einfuhr zu fördern. Dagegen strebt jede Besteuerung jede vermehrte Erschwerung, die entweder den Fabrikanten, oder den Rohproduzenten trifft, den verhältnismäßigen Wert des Geldes zu verringern und folglich auch seine Ausfuhr zu fördern.

Kapitel XVI.

Lohnsteuern.

Lohnsteuern werden den Lohn erhöhen und infolgedessen die Kapitalprofitrate herabmindern. Wir haben bereits gesehen, daß eine Steuer auf Bedarfsartikel ihren Preis in die Höhe treiben und eine Lohnsteigerung zur Folge haben wird. Der einzige Unterschied zwischen einer Steuer auf Bedarfsartikel und einer Lohnsteuer besteht darin, daß notwendigerweise wohl die erstere, nicht aber die letztere, mit einer Preiserhöhung der Bedarfsartikel verbunden ist; daher werden weder der Kapitalist, noch der Grundbesitzer, noch irgendeine andere Gesellschaftsklasse, sondern nur die Arbeitgeber zu einer Lohnsteuer beitragen. Eine Lohnsteuer ist durchweg eine Steuer auf Profite; eine Steuer auf Bedarfsartikel ist teilweise eine Profitsteuer und teilweise eine Steuer auf reiche Konsumenten. Die letzten Wirkungen, welche aus solchen Steuern folgen werden, sind also genau dieselben wie die, welche aus einer direkten Steuer auf die Profite hervorgehen.

„Der Lohn der unteren Arbeiterklassen,“ sagt Adam Smith, „wird überall, wie ich im ersten Buche zu zeigen versucht

habe, notwendigerweise durch zwei verschiedene Umstände bestimmt: durch die Nachfrage nach Arbeit und durch den gewöhnlichen oder durchschnittlichen Preis der Lebensmittel. Je nachdem die Nachfrage nach Arbeit zunimmt, stationär bleibt, oder abnimmt, oder je nachdem sie eine wachsende, stationäre oder zurückgehende Bevölkerung verlangt, reguliert sie den Unterhalt des Arbeiters und entscheidet, inwieweit er reichlich, mäßig oder kärglich ausfallen soll. Der *gewöhnliche oder durchschnittliche* Preis der Lebensmittel bestimmt diejenige Menge Geldes, welche dem Arbeiter bezahlt werden muß, damit dieser imstande ist, sich ein Jahr wie das andere diesen reichlichen, mäßigen oder kärglichen Lebensunterhalt zu verschaffen. Solange also die Nachfrage nach Arbeit und der Preis der Lebensmittel unverändert bleibt, kann eine direkte Steuer auf den Arbeitslohn keine andere Wirkung haben, als ihn etwas höher zu treiben als die Steuer."

Gegen die Behauptung, wie sie hier von Dr. Smith aufgestellt wird, macht Herr Buchanan zwei Einwände geltend. Erstens leugnet er, daß sich der Geldlohn der Arbeit nach dem Preise der Lebensmittel richtet; und zweitens leugnet er, daß eine Steuer auf den Arbeitslohn den Arbeitspreis erhöhen würde. In bezug auf den ersten Punkt ist Herrn Buchanan's Beweisführung (S. 59) die folgende: „Der Arbeitslohn besteht, wie bereits bemerkt, nicht in Geld, sondern in dem, was das Geld ersteht, nämlich in Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln; und die dem Arbeiter aus dem gemeinen Vermögensfonds gezahlte Vergütung wird stets im Verhältnis zum Angebot stehen. Wo die Lebensmittel *billig und reichlich* vorhanden sind, fällt sein Anteil größer aus; und wo sie *kärglich und teuer* sind, wird er geringer sein. Sein Lohn wird und kann ihm nicht mehr als stets seinen gerechten Anteil gewähren. Es ist zwar eine von Dr. Smith und den meisten anderen Schriftstellern vertretene Ansicht, daß der Geldpreis der Arbeit durch den Geld-

preis der Lebensmittel bestimmt wird, und daß der Lohn bei steigenden Preisen der Lebensmittel entsprechend in die Höhe geht. Allein es ist klar, daß der Preis der Arbeit mit dem der Nahrungsmittel in keiner notwendigen Beziehung steht, weil er gänzlich vom Angebot der Arbeiter im Vergleich zur Nachfrage abhängt. Außerdem ist noch zu bemerken, daß der hohe Preis der Lebensmittel ein gewisses Anzeichen für ein mangelhaftes Angebot ist und sich beim natürlichen Verlauf der Dinge einstellt, um den Verbrauch zu verlangsamen. Ein kleineres Angebot an Nahrungsmitteln, das sich unter dieselbe Anzahl von Konsumenten verteilt, wird einem jeden offenbar einen kleineren Anteil lassen, und der Arbeiter muß seinen Anteil an dem allgemeinen Mangel tragen. Um diese Bürde gleichmäßig zu verteilen und den Arbeiter daran zu hindern, daß er den Lebensunterhalt so unbesorgt wie früher verbraucht, steigt der Preis. Doch scheint es, als ob der Lohn mit ihm in die Höhe gehen muß, damit er auch ferner dieselbe Menge eines selteneren Gutes verbrauchen kann; und auf diese Art wird die Natur so dargestellt, als ob sie ihren eigenen Zwecken entgegenwirke, indem sie zuerst den Preis der Nahrungsmittel steigere, um den Konsum herabzumindern, und nachher den Lohn erhöhe, um dem Arbeiter denselben Vorrat wie früher zu geben."

In dieser Beweisführung von Herrn Buchanan scheint mir eine starke Mischung von Wahrheit und Irrtum zu sein. Weil ein hoher Preis der Lebensmittel zuweilen von einem ungenügenden Angebot herrührt, hält ihn Herr Buchanan für ein sicheres Anzeichen eines ungenügenden Angebots. Er schreibt einer einzigen Ursache das ausschließlich zu, was von vielen herrühren kann. Es ist zweifellos richtig, daß im Falle eines mangelhaften Angebots eine kleinere Menge unter dieselbe Anzahl von Konsumenten verteilt werden wird, und ein kleinerer Anteil auf jeden fallen wird. Um diesen

Verlust gleichmäßig zu verteilen und den Arbeiter zu hindern, seinen Unterhalt so reichlich wie früher in konsumieren, steigt der Preis. Man muß infolgedessen Herrn Buchanan zugestehen, daß ein durch ein mangelhaftes Angebot verursachtes Steigen der Lebensmittelpreise den Geldlohn der Arbeit nicht unbedingt in die Höhe treiben wird, da der Verbrauch eingeschränkt werden muß, was nur durch eine Verringerung der Kaufkraft der Konsumenten bewirkt werden kann. Aber gerade weil der Preis der Lebensmittel durch ein unzulängliches Angebot gehoben wird, sind wir keineswegs ermächtigt, was Herr Buchanan zu tun scheint, zu schließen, daß nicht ein reichliches Angebot bei einem hohen Preise bestehen kann; nicht einem hohen Preise in bezug auf Geld allein, sondern in bezug auf alle anderen Dinge.

Der natürliche Preis der Güter, welcher letzthin stets ihren Marktpreis bestimmt, hängt von der Leichtigkeit der Produktion ab; doch steht die erzeugte Menge nicht im Verhältnis zu jener Leichtigkeit. Obgleich die heute in Anbau befindlichen Böden den Böden, die vor 300 Jahren in Anbau waren, bei weitem nachstehen, und die Produktionserschwerung daher zugenommen hat, wer kann irgendwie im Zweifel sein, daß die jetzt produzierte Menge die damals produzierte ganz bedeutend übertrifft? Nicht nur ist ein hoher Preis vereinbar mit einem vermehrten Angebot, sondern er verfehlt auch selten, dasselbe zu begleiten. Wenn sich also der Preis der Lebensmittel infolge einer Besteuerung oder Produktionserschwerung erhöht, und die Menge sich nicht vermindert, wird der Geldlohn der Arbeit steigen; denn Herr Buchanan hat sehr richtig bemerkt: „Der Arbeitslohn besteht nicht in Geld, sondern in dem, was das Geld ersteht, nämlich in Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln; und die dem Arbeiter aus dem gemeinen Vermögensfonds gezahlte Vergütung wird stets im Verhältnis zum Angebot stehen.“

Hinsichtlich des zweiten Punktes, ob eine Steuer auf den Arbeitslohn den Arbeitspreis erhöhen würde, sagt Herr Buchanan: „Nachdem der Arbeiter den ihm zukommenden Lohn für seine Arbeit erhalten hat, wie kann er sich an seinen Arbeitgeber für dasjenige halten, was er nachher an Steuern abgeben muß? Einen solchen Schluß rechtfertigt kein Gesetz oder Prinzip des menschlichen Verkehrs. Nachdem der Arbeiter seinen Lohn empfangen hat, ist dieser in seinem eigenen Besitz, und er muß, soweit er dazu imstande ist, die Lasten aller Forderungen tragen, denen er später ausgesetzt ist; denn er hat offenbar kein Mittel, um diejenigen zur Rückerstattung zu zwingen, welche ihm bereits den vollen Preis seiner Arbeit bezahlt haben.“ Herr Buchanan hat mit großem Beifall die folgende treffliche Stelle aus Herrn Malthus' Werk über die Bevölkerung angeführt, die mir seinen Einwand erschöpfend zu beantworten scheint: „Der Preis der Arbeit ist, wenn man es ihm überläßt, seinen natürlichen Stand zu finden. ein äußerst wichtiges politisches Barometer, welches die Beziehung zwischen dem Angebot von Lebensmitteln und Nachfrage nach ihnen, zwischen der Menge, die konsumiert werden kann; und der Konsumentenzahl anzeigt; und im Durchschnitt genommen, unabhängig von Zufälligkeiten, drückt er außerdem die Bedürfnisse der Gesellschaft bezüglich der Bevölkerung klar aus; d. h. der Preis der Arbeit wird, wie groß auch immer auf eine Ehe die Kinderzahl sein mag, die notwendig ist, um die gegenwärtige Bevölkerung sicher zu stellen, doch gerade hinreichen, um diese Zahl zu erhalten, oder er wird darüber oder darunter sein, je nachdem der Stand der tatsächlichen Mittel, welche dem Unterhalt der Arbeit dienen, stationär bleibt, zu- oder abnimmt. Aber anstatt ihn in diesem Lichte zu betrachten, sehen wir ihn als ein gewisses Etwas an, das wir nach Belieben herauf- oder heruntersetzen können, als ein Etwas, das hauptsächlich von Seiner Majestät Friedensrichtern abhängt. Wenn

ein Steigen im Preise der Lebensmittel schon ausdrückt, daß die Nachfrage für das Angebot zu groß ist, erhöhen wir den Preis der Arbeit, um den Arbeiter in dieselbe Lage wie früher zu versetzen, d. h. wir vergrößern die Nachfrage und sind dann sehr erstaunt, daß der Preis der Lebensmittel weiter steigt. Wir verfahren hierbei gerade so, als wenn wir das Quecksilber, falls es im gewöhnlichen Wetterglase auf *stürmisch* stände, durch einen gewaltsamen Druck auf beständig schön brächten, und dann sehr verwundert wären, daß es fortfährt, zu regnen."

„Der Preis der Arbeit wird die Bedürfnisse der Gesellschaft hinsichtlich der Bevölkerung klar auszudrücken"; er wird gerade ausreichend sein, um die Bevölkerung zu unterhalten, welche der jeweilige Stand der dem Unterhalt der Arbeiter dienenden Mittel verlangt. Wenn der Lohn des Arbeiters vorher nur genügte, um die notwendige Bevölkerung zu unterhalten, so wird er, nach der Steuer, jenem Unterhalte nicht mehr gemäß sein; denn er wird nicht mehr dieselben Mittel haben, um sie für seine Familie auszugeben. Infolgedessen wird die Arbeit steigen, weil die Nachfrage anhält; und nur durch die Erhöhung des Preises wird das Angebot nicht gehemmt.

Nichts kann man häufiger sehen, als daß Hüte oder Malz, wenn sie besteuert werden, steigen; sie steigen, weil das erforderliche Angebot nicht erfolgen würde, wenn sie nicht stiegen. So verhält es sich auch mit der Arbeit; wenn der Lohn besteuert wird, steigt ihr Preis, weil sonst die notwendige Bevölkerungszahl nicht aufrecht erhalten würde. Gibt Herr Buchanan nicht alles, was behauptet ist, zu, wenn er sagt: „Wäre er (der Arbeiter) tatsächlich bis auf eine bloße Notdurft an Bedarfsartikeln herabgedrückt, so würde er keine weitere Lohnverkürzung mehr aushalten, da er unter solchen Bedingungen sein Geschlecht nicht fortpflanzen könnte." Angenommen, die Verhältnisse des Landes lägen so, daß selbst die geringsten Arbeiter nicht bloß angeregt werden, ihr Geschlecht fortzupflanzen, sondern es zu vermehren, dann würde sich ihr Lohn entsprechend gestalten. Können sie sich in dem erforderlichen Maße vermehren, wenn ihnen die Steuer einen Teil ihres Lohnes entzieht und sie auf die notwendigsten Bedarfsartikel beschränkt?

Es ist zweifellos wahr, daß ein besteuertes Gut nicht der Steuer entsprechend steigen wird, wenn die Nachfrage danach abnimmt, und die Menge nicht vermindert werden kann. Wäre das Metallgeld im allgemeinen Gebrauche, so würde sich sein Wert durch eine Steuer nicht auf längere Zeit im Verhältnis zu dem Betrag der Steuer erhöhen, weil sich bei höherem Preise wohl die Nachfrage, nicht aber die Menge verringern würde; und zweifellos wirkt dieselbe Ursache häufig auf den Arbeitslohn ein. Die Zahl der Arbeiter läßt sich im Verhältnis zur Zu- oder Abnahme der sie beschäftigenden Mittel nicht schnell vermehren oder vermindern. Aber in dem angenommenen Falle ist keine notwendige Abnahme der Nachfrage nach Arbeit vorhanden, und wenn sie vermindert wäre, läßt die Nachfrage nicht der Steuer entsprechend nach. Herr Buchanan vergißt, daß die von der Regierung durch die Steuer aufgebrachten Mittel zum Unterhalt von Arbeitern verwandt werden; von unproduktiven zwar, aber doch von Arbeitern. Wenn die Arbeit bei einer Lohnbesteuerung nicht steigen sollte, würde ein großes Anwachsen im Weltbewerb um Arbeit stattfinden, weil die Besitzer von Kapital, welche zu einer solchen Steuer nichts beizutragen hätten, dieselben Mittel für Arbeitsverwendung besitzen würden, während die Regierung, welche die Steuer empfinge, einen Zusatzfonds zu dem nämlichen Zweck hätte. Regierung und Volk werden auf diese Weise Konkurrenten, und die Folge ihrer Konkurrenz ist eine Steigerung des Arbeitspreises. Zwar wird nur dieselbe An-

zahl von Menschen beschäftigt werden, aber sie werden zu höheren Löhnen verwendet werden.

Wäre die Steuer sofort auf die Kapitalistenklasse umgelegt worden, so würde ihr dem Unterhalt der Arbeit dienender Fonds im selben Grade abgenommen haben, als sich der Fonds der Regierung für den nämlichen Zweck vermehrt hätte; und infolgedessen würden die Löhne keine Steigerung erfahren haben; denn, obgleich dieselbe Nachfrage vorhanden wäre, so würde doch nicht derselbe Wettbewerb bestehen. Wenn die Regierung den Ertrag der Steuer sogleich, nachdem sie erhoben wäre, einem fremden Staate als Unterstützungsgelder zuführte, und wenn also diese Mittel der Erhaltung fremder, und nicht englischer Arbeiter, wie Soldaten, Matrosen usw., gewidmet würden, dann würde allerdings eine verminderte Nachfrage nach Arbeit bestehen, und die Löhne könnten, obschon sie besteuert wären, nicht steigen. Aber dasselbe geschähe, wenn die Steuer auf Konsumgüter, auf die Kapitalprofite umgelegt worden wäre, oder wenn man die nämliche Summe für jene Subsidien auf irgendeine andere Weise aufgebracht hätte: weniger Arbeit könnte im Inlande verwendet werden. In dem einen Falle sind die Löhne am Steigen gehindert; im anderen müssen sie unbedingt sinken. Nehmen wir jedoch an, es würde der Ertrag einer Lohnsteuer, nachdem man sie von den Arbeitern erhoben hätte, ihren Arbeitgebern umsonst überwiesen, so würde sie zwar ihren Geldfonds für den Unterhalt der Arbeit vermehren, aber sie würde weder die Güter noch die Arbeit vermehren. Folglich würde sie nur die Konkurrenz unter den Arbeitgebern vermehren, und die Steuer würde schließlich weder für den Herrn noch für den Arbeiter mit einem Verlust begleitet sein. Der Herr würde einen höheren Preis für die Arbeit bezahlen; der Zusatz, den der Arbeiter empfinge, würde an die Regierung als Steuer entrichtet und darauf seinem Herrn wieder zurück-

erstattet werden. Doch muß man hierbei nicht vergessen, daß der Ertrag der Steuern im allgemeinen ziemlich verschwenderisch ausgegeben wird, daß sie auf Kosten der Annehmlichkeiten und Genüsse des Volkes erlangt werden und gewöhnlich entweder das Kapital vermindern oder dessen Ansammlung hemmen. Dadurch, daß sie das Kapital verringern, streben sie, die dem Unterhalt der Arbeit wirklich dienenden Mittel zu verringern und deshalb die wirkliche Nachfrage nach Arbeit herabzusetzen. Im allgemeinen verringern also die Steuern, insofern sie das wirkliche Kapital des Landes beeinträchtigen, die Nachfrage nach Arbeit, und daher ist es wohl eine wahrscheinliche, nicht aber eine notwendige, noch eine besondere Begleiterscheinung einer Lohnsteuer, daß, obwohl der Lohn steigen würde, er nicht um eine Summe, die der Steuer genau gleich ist, steigen würde.

Adam Smith hat, wie wir gesehen haben, vollkommen zugegeben, daß die Wirkung einer Lohnsteuer sein würde, den Lohn um eine Summe zu erhöhen, die zum wenigsten der Steuer gleichkommt, und die, wenn auch nicht unmittelbar, so doch letzthin von dem Arbeitgeber bezahlt werden würde. Soweit stimmen wir vollkommen überein; aber in bezug auf die nachfolgende Wirkung einer solchen Steuer weichen unsere Ansichten wesentlich voneinander ab.

„Eine direkte Steuer auf den Arbeitslohn könnte daher," sagt Adam Smith, „obgleich der Arbeiter sie vielleicht eigenhändig bezahlen könnte, eigentlich nicht als von ihm auch nur vorgeschossen bezeichnet werden; wenigstens dann nicht, wenn die Arbeitsnachfrage und der durchschnittliche Lebensmittelpreis nach Einführung der Steuer derselbe wie vorher bliebe. In allen solchen Fällen würde nicht bloß die Steuer, sondern in Wirklichkeit noch etwas mehr von demjenigen vorgeschossen, welcher ihn unmittelbar verwendete. Die schließliche Bezahlung würde in verschiedenen Fällen verschiedenen Personen zufallen. Die Lohnerhöhung für Manufakturarbeit,

die eine solche Steuer verursachen könnte, würde vom Fabrikanten vorgeschossen werde, *der dann berechtigt und genötigt sein würde, sie mit einem Profit auf den Preis seiner Waren zu schlagen.* Die Lohnerhöhung, die solch eine Steuer für Landarbeit veranlassen könnte, würde vom Landwirt vorgeschossen werden, welcher sich genötigt sähe, ein größeres Kapital anzuwenden, um dieselbe Anzahl von Arbeitern wie früher zu unterhalten. Um aber dieses größere Kapital *samt dem üblichen Kapitalprofit* wieder zurückzuerlangen, würde es nötig sein, daß er einen großen Teil oder, was auf dasselbe hinauskommt, den Preis eines größeren Teiles vom Bodenertrage behielte, und daß er deshalb an den Gutsherrn weniger Rente zahlte. Die schließliche Bezahlung dieser Lohnerhöhung würde in diesem Falle dem Grundbesitzer zufallen, *zusammen mit dem Zusatzprofit des Landwirtes, der ihn vorgeschossen hätte.* Eine direkte Steuer auf den Arbeitslohn müßte in allen Fällen mit der Zeit sowohl eine größere Schmälerung der Grundrente, als auch ein größeres Steigen des Manufakturwarenpreises bewirken, als aus der angemessenen Erhebung einer dem Ertrage der Steuer gleichen Summe gefolgt wäre, die teilweise auf die Grundrente, teilweise auf Konsumgüter gelegt wäre.“ (Bd. III S. 337.) An dieser Stelle wird behauptet, daß zwar der von den Landwirten gezahlte Zusatzlohn schließlich auf die Grundbesitzer fallen wird, die dann eine kleinere Rente bekommen werden, daß aber der von Fabrikanten gezahlte Zusatzlohn ein Steigen des Preises der Manufakturwaren verursachen und infolgedessen auf die Konsumenten jener Güter fallen wird.

Nehmen wir nun einmal eine Gesellschaft an, die aus Grundbesitzern, Fabrikanten, Landwirten und Arbeitern besteht. Zugegeben, die Arbeiter würden für die Steuer entschädigt werden. Aber von wem? — Wer würde denjenigen Teil bezahlen, welcher nicht auf die Grundbesitzer fiele? Die Fabrikanten könnten keinen Teil davon bezahlen; denn, wenn der

Preis ihrer Güter im Verhältnis zu dem von ihnen gezahlten Zusatzlohn steigen sollte, würden sie sich nach der Steuer in einer besseren Lage als vorher befinden. Wenn die Tuch- Hut- und Schuhmacher usw. imstande sein sollten, den Preis ihrer Waren um 10 % zu erhöhen, — vorausgesetzt, diese 10 % entschädigten sie für den von ihnen gezahlten Zusatzlohn vollständig, — „wenn sie,“ wie Adam Smith sagt, „berechtigt und genötigt wären, den Zusatzlohn *mit einem Profit* auf den Preis ihrer Waren zu schlagen,“ so könnte ein jeder von ihnen ebensoviel wie früher von den Waren des anderen konsumieren, und deshalb würden sie zur Steuer nichts beitragen. Wenn der Tuchmacher für seine Hüte und Schuhe mehr bezahlte, würde er auch für sein Tuch mehr bekommen, und wenn der Hutmacher für seine Schuhe und Kleider mehr bezahlte, würde er auch für seine Hüte mehr erhalten. Sie würden also alle Manufakturgüter ebenso vorteilhaft wie vorher kaufen, und insofern das Getreide, wie Dr. Smith's Vermutung ist, nicht im Preise stiege, würden sie, während sie eine Zusatzsumme auf seinen Ankauf anzulegen hätten, wohl einen Vorteil, nicht aber einen Nachteil von einer solchen Steuer haben.

Wenn also weder die Arbeiter noch die Fabrikanten zu einer derartigen Steuer beitragen würden, und auch die Landwirte durch ein Sinken der Rente entschädigt würden, so müßten die Grundbesitzer nicht nur ihre ganze Last tragen, sondern auch noch zu den höheren Gewinnen der Fabrikanten beisteuern. Um dies zu tun, müßten sie jedoch alle Manufakturgüter im Lande konsumieren; denn der Zusatzpreis auf die Gesamtmasse beträgt wenig mehr, als die den Arbeitern in den Fabriken ursprünglich auferlegte Steuer.

Nun wird wohl nicht bestritten werden, daß der Tuchmacher, der Hutmacher und die übrigen Fabrikanten die Konsumenten ihrer gegenseitigen Waren sind, und man wird auch nicht bestreiten, daß aller Art Arbeiter Seife,

Tuch, Schuhe, Kerzen und verschiedene andere Güter verbrauchen. Folglich ist es unmöglich, daß die Gesamtlast dieser Steuern nur auf die Grundbesitzer fallen sollte.

Allein, wenn die Arbeiter keinen Anteil der Steuer zahlen, und die Fabrikate dennoch im Preise steigen, so müssen die Löhne steigen, nicht allein um sie für die Steuer zu entschädigen, sondern auch für den höheren Preis fabrizierter Bedarfsartikel, was, insofern es die landwirtschaftliche Arbeit betrifft, ein weiteres Sinken der Rente, und, insofern es die gewerbliche Arbeit betrifft, ein weiteres Steigen des Warenpreises verursachen wird. Diese Erhöhung des Warenpreises wird wieder den Lohn beeinflussen, und die Wirkung und Rückwirkung zuerst von dem Lohn auf die Waren und dann von den Waren auf den Lohn wird ohne jede nachweisbaren Grenzen ausgedehnt werden. Die Argumente, durch welche diese Theorie gestützt wird, führen zu so absurden Schlüssen, daß man auf den ersten Blick sehen kann, daß der Grundsatz nicht zu verteidigen ist.

Alle die Wirkungen, welche beim natürlichen Fortschreiten der Gesellschaft und bei wachsender Produktionserschwerung durch ein Steigen der Rente und der Bedarfsartikel auf den Kapitalprofit und den Arbeitslohn ausgeübt werden, werden ebenfalls bei einem Steigen des Lohnes infolge von Besteuerung in Erscheinung treten; und daher werden die Genüsse des Arbeiters ebenso wie die seiner Arbeitgeber durch die Steuer verkürzt werden, und zwar nicht nur durch diese Steuer speziell, sondern durch jede andere, welche einen gleichen Betrag erheben sollte, da sie alle dazu neigen würden, die für den Unterhalt der Arbeit bestimmten Mittel zu verringern.

Adam Smith's Irrtum rührt in erster Linie von seiner Annahme her, daß alle vom Landwirt bezahlten Steuern unbedingt den Gutsherrn in Gestalt eines Abzuges von der Rente

treffen müssen. Über diesen Gegenstand habe ich mich auf das erschöpfendste ausgelassen, und ich hoffe, zur Zufriedenheit des Lesers gezeigt zu haben, daß kein Abzug von der Rente möglich ist, weil viel Kapital auf den Boden verwendet ist, der keine Rente bezahlt, und weil gerade der mit diesem Kapitale erzielte Ertrag es ist, welcher den Preis der Rohprodukte bestimmt; und folglich wird dem Landwirt für eine Lohnsteuer entweder keine Entschädigung gewährt werden, oder wenn doch, muß sie durch einen Aufschlag auf den Preis der Rohprodukte erfolgen.

Belasten die Steuern den Landwirt ungleichmäßig, so wird er imstande sein, den Preis der Rohprodukte zu erhöhen, damit er sich mit denen, welche andere Gewerbe betreiben auf eine Stufe stellt. Allein eine Lohnsteuer, die ihn nicht mehr als jedes andere Gewerbe treffen würde, könnte durch einen hohen Preis der Rohprodukte nicht beseitigt oder ausgeglichen werden; denn derselbe Grund, welcher ihn veranlassen sollte, den Getreidepreis zu erhöhen, nämlich der, daß er sich für die Steuer zu entschädigen sucht, würde den Tuchmacher bestimmen, den Preis des Tuches zu steigern, den Schuhmacher, Hutmacher und Schreiner den Preis der Schuhe, Hüte und Möbel.

Wenn sie auch alle den Preis ihrer Waren derartig erhöhen könnten, daß sie sich mit einem Profit für die Steuer schadlos zu halten vermöchten, so ist es doch offenkundig, daß die Steuer niemals bezahlt werden könnte, weil sie alle die gegenseitigen Konsumenten ihrer Güter sind; denn wer würden die Steuerzahler sein, wenn alle entschädigt wären?

Somit hoffe ich, daß es mir gelungen ist, zu zeigen, daß jede Steuer, welche die Wirkung haben wird, den Lohn zu erhöhen, in Gestalt einer Profitverminderung bezahlt werden wird, und daß infolgedessen eine Lohnsteuer im Grunde genommen eine Profitsteuer ist.

Dieser Grundsatz von der Teilung des Ertrages von Arbeit und Kapital in Lohn und Profit, den ich aufzustellen versucht habe, erscheint mir so sicher, daß es für mich, von den unmittelbaren Wirkungen abgesehen, von geringer Bedeutung sein könnte, ob der Kapitalprofit oder der Arbeitslohn besteuert wäre. Durch eine Besteuerung des Kapitalprofits würde man wahrscheinlich die Rate ändern, nach welcher sich die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel vermehren; und die Löhne würden sich dadurch, daß sie zu hoch wären, in einem Mißverhältnis zum Stande dieses Fonds befinden. Durch eine Besteuerung des Lohnes würde die dem Arbeiter bezahlte Vergütung dem Stande jenes Fonds ebenfalls nicht entsprechen, weil sie zu niedrig wäre. In dem einen Falle würde das natürliche Gleichgewicht zwischen Profit und Lohn durch ein Sinken, in dem anderen durch ein Steigen des Geldlohnes wieder hergestellt werden. Eine Lohnsteuer trifft also nicht den Grundbesitzer, sondern den Kapitalprofit; sie „berechtigt oder zwingt den Fabrikherrn nicht, sie mit einem Profit auf die Preise seiner Waren zu schlagen"; denn er wird außerstande sein, deren Preis zu erhöhen; und deshalb muß er eine solche Steuer voll und ohne Entschädigung selbst bezahlen.[1])

Wenn sich die Wirkung von Lohnsteuern so gestaltet, wie ich beschrieben habe, dann verdienen sie auch nicht den Tadel, welcher über sie durch Dr. Smith ausgesprochen worden ist. Von solchen Steuern bemerkt er: „Diese und einige

[1]) Herr Say scheint sich der allgemeinen Meinung über diesen Gegenstand angeschlossen zu haben. Wo er von Getreide spricht, sagt er: „Daher kommt es, daß sein Preis den Preis *aller* übrigen Güter beeinflußt. Ein Landwirt, Fabrikant oder Kaufmann verwendet eine gewisse Anzahl von Arbeitern, die alle Gelegenheit haben, eine bestimmte Menge Getreide zu konsumieren. Wenn der Getreidepreis steigt, so ist er gezwungen, den Preis seiner Produkte in entsprechendem Maße zu erhöhen." (Bd. I S. 255.)

andere Steuern derselben Art sollen den größeren Teil der Fabriken von Holland durch Steigerung des Arbeitspreises ruiniert haben. Ähnliche Steuern, wenn auch nicht ganz so drückend, finden sich im Mailändischen, in den genuesischen Staaten, den Herzogtümern Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, sowie im Kirchenstaate. Ein französischer Schriftsteller von einiger Bedeutung hat den Vorschlag gemacht, die Finanzen seines Landes dadurch zu reformieren, daß man diese verderblichste aller Steuern an die Stelle anderer setzt. „Nichts ist so absurd," sagt Cicero, „daß es nicht bisweilen von einigen Philosophen behauptet worden wäre." Und an einer anderen Stelle sagt er: „Steuern auf Bedarfsartikel streben notwendig, indem sie den Arbeitslohn steigern, den Preis aller Waren zu erhöhen und folglich die Ausdehnung ihres Absatzes und ihres Verbrauches zu vermindern." Sie würden diesen Tadel nicht verdienen, selbst wenn Dr. Smith's Grundsatz richtig wäre, daß solche Steuern die Preise von Fabrikaten in die Höhe trieben; denn eine derartige Wirkung könnte nur zeitweilig bestehen und würde unserem auswärtigen Handel keinen Schaden zufügen. Wenn irgendeine Ursache den Preis einiger weniger Fabrikate erhöhen würde, so würde sie ihren Export hindern oder hemmen; wenn jedoch die nämliche Ursache allgemein auf sie sämtlich einwirkte, so würde die Wirkung nur eine nominelle sein und würde weder ihren relativen Wert beeinflussen, noch in irgend welcher Weise die Anregung zu einem Tauschhandel schwächen, als welcher sich in Wirklichkeit aller Handel, auswärtiger wie inländischer, darstellt.

Ich habe bereits zu zeigen versucht, daß, wenn irgendeine Ursache die Preise aller Güter hebt, die Wirkungen nahezu einem Sinken des Geldwertes ähnlich sind. Sinkt das Geld im Werte, so steigen alle Güter im Preise; und wenn sich die Wirkung auf ein einziges Land beschränkt, wird sie dessen auswärtigen Handel in derselben Weise treffen, wie

ein durch allgemeine Besteuerung verursachter hoher Güterpreis. Untersuchen wir daher die Wirkungen eines niedrigen Geldwertes, welcher sich auf ein Land beschränkt, so untersuchen wir damit zugleich auch die Wirkungen eines hohen Güterpreises, der auf ein Land beschränkt ist. Allerdings war sich Adam Smith der Ähnlichkeit zwischen diesen beiden Fällen vollkommen bewußt, und er behauptete demgemäß, daß der niedrige Wert des Geldes oder, wie er es nennt, des Silbers in Spanien infolge des Verbots seiner Ausfuhr für die Industrie und den auswärtigen Handel von Spanien außerordentlich nachteilig war. „Allein jene Herabsetzung des Silberwertes, welche, da sie die Wirkung der besonderen Lage oder der politischen Einrichtungen eines besonderen Landes ist, nur in jenem Lande Platz greift, ist eine Sache von sehr großer Bedeutung, die, weit davon entfernt, dazu zu dienen, irgend jemanden wirklich reicher zu machen, dazu dient, jeden wirklich ärmer zu machen. *Das Steigen des Geldpreises aller Güter, welches jenem Lande in diesem Falle eigentümlich ist,* hat die Tendenz, allen Unternehmungsgeist, der daselbst vorhanden ist, mehr oder weniger zu entmutigen und fremde Nationen durch ihre Fähigkeit, fast sämtliche Warenarten für eine geringere Silbermenge zu liefern, als es die einheimischen Unternehmer können, in den Stand zu setzen, letztere nicht bloß auf dem fremden, sondern sogar auf dem inländischen Markte zu unterbieten." (Bd. II S. 278.)

Der eine und, wie ich glaube, auch der einzige von den Nachteilen eines niedrigen Silberwertes, welcher in einem Lande aus einem aufgezwungenen Überfluß entsteht, ist von Dr. Smith trefflich erklärt worden. Wenn der Handel in Gold und Silber frei wäre, „dann würde das Gold und Silber, welches ins Ausland ginge, nicht für umsonst ins Ausland gehen, sondern einen gleichen Wert an Waren, dieser oder jener Art, zurückbringen. Zudem würden diese Waren

nicht bloß Gegenstände des Luxus und Aufwandes sein, zum Konsum von müßigen Leuten, die als Entgelt für ihren Konsum nichts produzieren. Da sich das wirkliche Vermögen und Einkommen von müßigen Leuten durch diese außergewöhnliche Ausfuhr von Gold und Silber nicht vermehrte, so würde auch ihr Konsum dadurch nicht gehoben werden. Wahrscheinlich würde der größere Teil jener Waren, und sicher ein Teil davon, in Materialien, Werkzeugen und Lebensmitteln bestehen für die Verwendung und den Unterhalt fleißiger Menschen, welche den vollen Wert ihres Konsums mit einem Profit reproduzieren würden. Auf diese Weise würde ein Teil des toten Kapitals der Gesellschaft in lebendiges verwandelt, und eine größere Menge von Gewerbfleiß, als vorher verwendet worden war, in Bewegung gesetzt werden."

Indem man nicht einen Freihandel in Edelmetallen erlaubt, wenn die Güterpreise entweder infolge von Besteuerung oder infolge des Zuflusses der Edelmetalle erhöht sind, hält man einen Teil des toten Kapitals der Gesellschaft davon ab, daß es in tätiges Kapital umgewandelt wird, man verhindert, daß eine größere Menge von Gewerbfleiß verwendet wird. Das aber ist die ganze Größe des Übels; ein Übel, welches die Länder niemals fühlen, in denen die Silberausfuhr entweder gestattet, oder doch geduldet wird.

Die Wechselkurse stehen zwischen den Ländern nur so lange al pari, als diese genau diejenige Menge an Umlaufsmitteln besitzen, welche sie, nach dem jeweiligen Stande der Dinge haben sollten, um die Zirkulation ihrer Güter zu bewerkstelligen. Wäre der Handel mit den Edelmetallen gänzlich frei, und wäre es möglich, das Geld ohne jede Kosten zu exportieren, so stände der Wechselkurs in jedem Lande nicht anders als al pari. Wäre der Handel mit den Edelmetallen völlig frei, würden sie allgemein im

Umlauf benutzt, so könnte, selbst mit den Kosten, um sie zu transportieren, der Wechselkurs in einem Lande niemals um mehr vom Paristande abweichen, als diese Kosten betragen würden. Diese Grundsätze, glaube ich, werden jetzt nirgends mehr bestritten. Wenn ein Land Papiergeld gebrauchte, das uneinlösbar und folglich auch durch keinen festen Maßstab reguliert wäre, so könnte in ihm der Wechselkurs im selben Verhältnis vom Paristande abweichen, als sein Geld über diejenige Menge vermehrt werden könnte, welche ihm nach dem allgemeinen Handelsstande zugekommen wäre, wenn der Geldhandel freigewesen wäre, und die Edelmetalle entweder als Geld oder als der Maßstab des Geldes gebraucht worden wären.

Wenn der Anteil Englands bei den allgemeinen Handelsoperationen 10 Millionen Pfund Sterling von bekanntem Gewicht und Feingehalt betragen sollte, und 10 Millionen Papierpfund an ihre Stelle gesetzt würden, so würde das auf den Wechselkurs keine Wirkung ausüben. Wenn jedoch durch Mißbrauch der Befugnis, Papiergeld auszugeben, 11 Millionen Pfund im Umlauf verwendet werden sollten, würde der Wechselkurs auf 9% gegen England stehen; wenn 12 Millionen verwendet würden, würde der Wechselkurs 16% sein; und wenn 20 Millionen, würde der Wechselkurs 50% gegen England sein. Um diese Wirkung zu erzeugen, ist es aber nicht nötig, daß Papiergeld verwendet werden müßte; jede Ursache, welche eine größere Menge von Pfunden im Umlauf zurückhält, als zirkuliert haben würden, wenn der Handel frei, und die Edelmetalle von bekanntem Gewicht und Feingehalt als Geld oder als Maßstab des Geldes benutzt worden wären, würde genau dieselben Wirkungen hervorbringen. Angenommen, jedes Pfund enthielte durch Beschneidung des Geldes nicht diejenige Menge Gold oder Silber, welche es nach dem Gesetz enthalten sollte, so könnte eine größere

Anzahl solcher Pfunde im Umlauf Verwendung finden, als wenn sie nicht beschnitten wären. Wäre von jedem Pfunde ein Zehntel entfernt worden, so könnten statt 10 nunmehr 11 Millionen gebraucht werden; wenn ²/₁₀ fortgenommen wären, so könnten 12 Millionen verwendet werden; und wenn die Hälfte fortgenommen wäre, könnten 20 Millionen nicht überflüssig gefunden werden. Wäre die letztere Summe statt 10 Millionen im Gebrauch, so würde jedes Gut in England auf das Doppelte seines ursprünglichen Preises erhöht sein, und der Wechselkurs würde 50% gegen England sein. Das würde jedoch keine Störung im auswärtigen Handel verursachen, noch die Fabrikation irgendeines Gutes beeinträchtigen. Stiege das Tuch z. B. in England von 20 £ auf 40 £ pro Stück, so würden wir es nach wie vor dem Steigen gerade so gut ausführen; denn dem fremden Käufer würde eine Entschädigung von 50% im Wechselkurs erwachsen, so daß er mit 20 £ seines Geldes einen Wechsel erstehen könnte, der ihn in den Stand setzen würde, eine Schuld von 40 £ in England zu begleichen. Auf dieselbe Weise würde er, wenn er ein Gut exportierte, welches daheim 20 £ kostete und sich in England für 40 £ absetzen ließe, nur 20 £ bekommen, denn 40 £ in England vermöchten bloß einen 20 £-Wechsel auf ein fremdes Land zu kaufen. Die nämlichen Wirkungen würden sich ergeben, wenn, bei Erfordernis von nur 10 Millionen, das Geschäft des Umlaufes in England, gleichgültig aus welchem Grunde, zwangsweise durch 20 Millionen bewerkstelligt werden konnte. Wenn ein so absurdes Gesetz, wie das Ausfuhrverbot von Edelmetallen, erzwungen werden könnte, und als Folge eines solchen Verbotes ein Umlauf von 11 Millionen guter, frisch geprägter Pfunde an Stelle von 10 Millionen zu erzwingen wäre, so würde der Wechselkurs auf 9% gegen England stehen; bei 12 Millionen auf 16%; und bei 20 Millionen auf 50% gegen England. Aber den

Gewerben von England würde kein Hindernis in den Weg gelegt werden; würden die einheimischen Güter in England zu einem hohen Preise verkauft, so würden es auch die fremden Güter; und ob sie hoch oder niedrig ständen, würde für den ausländischen Exporteur und Importeur solange von wenig Bedeutung sein, als er genötigt sein würde, wenn seine Güter teuer verkauft würden, eine Entschädigung im Wechselkurse zu gewähren, und er andererseits dieselbe Vergütung bekommen würde, falls er englische Güter zu einem hohen Preise einkaufen müßte. Der einzige Nachteil also, welcher einem Lande dadurch erwachsen könnte, daß es infolge von Prohibitivgesetzen eine größere Menge Gold und Silber im Umlauf zurückhielte, als sonst dort verbleiben würde, würde der Verlust sein, den es erleiden würde, weil es einen Teil seines Kapitals, statt produktiv, unproduktiv verwendete. In der Form von Geld bringt dieses Kapital keinen Profit; in der Form von Materialien, Maschinen und Nahrungsmitteln, für welche es ausgetauscht werden könnte, würde es Einkommen bildend wirken und den Reichtum und die Hilfsquellen des Staates vermehren. So hoffe ich denn, zur Genüge bewiesen zu haben, daß ein infolge von Besteuerung verhältnismäßig niedriger Preis der Edelmetalle oder, mit anderen Worten, ein im allgemeinen hoher Preis der Güter von keinem Nachteil für einen Staat sein würde, da ein Teil der Metalle ausgeführt werden würde, was die Preise der Güter durch Erhöhung ihres Wertes wieder herunterdrücken müßte. Und ferner, daß die Wirkung auf den Wechselkurs, wenn sie nicht ausgeführt würden, wenn sie durch Prohibitivgesetze in einem Lande zurückgehalten werden könnten, der Wirkung hoher Preise das Gleichgewicht halten würde. Wenn also die Steuern auf Bedarfsartikel und Löhne die Preise aller Güter, für welche die Arbeit ausgegeben wird, nicht erhöhen würden, so können sie aus solchen Gründen auch nicht

verworfen werden; und weiter, selbst wenn die von Adam Smith vertretene Ansicht, sie hätten eine derartige Wirkung, wohl begründet wäre, so würden sie deshalb in keiner Weise schädlich sein. Sie würden aus keinem anderen Grunde zu tadeln sein, als aus denen, die mit Recht gegen Steuern jeglicher Art geltend gemacht werden könnten.

Die Grundbesitzer als solche würden von der Steuerlast befreit sein; aber insofern sie aus ihren Einkünften durch den Unterhalt von Gärtnern, Dienstboten usw. direkte Arbeitsbeschäftigung gewährten, würden sie dieser Wirkung unterworfen sein.

Es ist zweifellos wahr, daß „Steuern auf Luxusgegenstände den Preis keinerlei anderer Güter zu erhöhen streben, als den der besteuerten Güter“; aber es ist nicht wahr, „daß Steuern auf Bedarfsartikel durch Steigerung des Arbeitslohnes den Preis aller Fabrikate notwendigerweise zu steigern streben“. Es ist wahr, daß „Steuern auf Luxusartikel zuletzt immer von den Konsumenten der besteuerten Güter ohne jede Rückerstattung bezahlt werden. Sie treffen unterschiedslos jede Art des Einkommens: Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente“; aber es ist nicht wahr, „daß Steuern auf Bedarfsartikel, *insofern sie den arbeitenden Armen treffen*, letzthin teilweise von den Grundbesitzern durch eine verringerte Rente ihrer Böden und teilweise von den reichen Konsumenten, mögen sie nun Grundbesitzer, oder andere sein, durch den erhöhten Preis der Manufakturwaren bezahlt werden“; denn *insofern diese Steuern den arbeitenden Armen treffen*, werden sie fast gänzlich in Gestalt verringerter Kapitalprofite bezahlt werden, da die Arbeiter selbst nur einen kleinen Teil davon in der verminderten Nachfrage nach Arbeit zu tragen hätten, welche jede Art von Besteuerung hervorzubringen strebt.

Infolge seiner irrtümlichen Ansichten von der Wirkung dieser Steuer ist Dr. Smith zu dem Schluß gelangt, daß „die

mittleren und höheren Volksschichten, wenn sie ihren eigenen Vorteil verständen, sich stets allen Steuern auf die Bedarfsartikel des Lebens, sowie auch allen direkten Steuern auf den Arbeitslohn, widersetzen sollten.“ Dieser Schluß folgt aus seiner Erwägung, „daß die schließliche Bezahlung der einen wie der anderen ganz und gar auf sie selbst fällt, und zwar stets mit einem erheblichen Aufschlage. Am schwersten treffen sie die Grundbesitzer, [1]) die stets in einer doppelten Eigenschaft zahlen: als Grundbesitzer, durch Verminderung ihrer Rente, und als reiche Konsumenten, durch Vermehrung ihrer Ausgaben. Die Bemerkung Sir Matthew Decker's, daß sich gewisse Steuern im Preise bestimmter Waren zuweilen vier- oder fünfmal wiederholen und anhäufen, ist in betreff der Steuern auf die Bedarfsartikel des Lebens vollkommen richtig. In dem Preise des Leders z. B. muß man nicht bloß die Steuer auf das Leder seiner eigenen Schuhe, sondern auch einen Teil derjenigen auf die des Schuhmachers und Gerbers bezahlen. Außerdem hat man für die Steuer auf Salz, Seife und Kerzen zu bezahlen, welche jene Handwerker, während sie in unserem Dienste verwendet werden, verbrauchen, sowie für die Steuer auf das Leder, welches der Salzsieder, Seifensieder und Kerzenzieher verbrauchen, während sie in ihrem Dienst verwendet werden.

Da jedoch Dr. Smith nicht behauptet, daß der Gerber, der Salzsieder, der Seifensieder und der Kerzenzieher aus der Steuer auf Leder, Salz, Seife und Lichte Vorteil haben werden, und da es sicher ist, daß die Regierung nicht mehr als die auferlegte Steuer empfangen wird, so ist es unmöglich, zu begreifen, daß vom Volke, gleichgültig wen die Steuer auch immer treffen mag, mehr bezahlt werden kann. Zwar können und werden auch tatsächlich die reichen Konsumenten für den

[1]) Weit entfernt, dies zu tun, würden sie die Grundbesitzer und Kapitalisten kaum berühren.

armen Konsumenten zahlen, aber sie werden nicht mehr als den Gesamtbetrag der Steuer bezahlen, und es liegt nicht in der Natur der Dinge, daß sich „die Steuer vier- oder fünfmal wiederholen und anhäufen sollte“.

Ein Besteuerungssystem kann fehlerhaft sein; es kann vom Volke mehr erhoben werden, als in den Staatssäckel fließt, da ein Teil infolge seiner Wirkung auf die Preise vielleicht von denjenigen empfangen werden kann, welche wegen der besonderen Art, in der Steuern erhoben werden, im Vorteile sind. Solche Steuern sind schädlich und sollten daher nicht gefördert werden; denn es läßt sich der Grundsatz aufstellen, daß die Steuern, wenn sie gerecht wirken, mit dem ersten von Dr. Smith's Grundsätzen übereinstimmen und dem Volke so wenig wie möglich mehr, als das entziehen sollen, was in die öffentliche Schatzkammer des Staates wandert. Herr Say sagt: „Andere empfehlen Finanzprojekte und schlagen Mittel vor, den Säckel des Herrschers ohne jede Belastung seiner Untertanen zu füllen. Wenn aber ein Finanzplan nicht die Natur eines Handelsunternehmens hat, so kann er der Regierung nicht mehr geben, als er anderen Personen oder der Regierung selbst unter irgendeiner anderen Form entzieht. Wie durch den Schlag eines Zauberstabes läßt sich nicht Etwas aus Nichts machen. Auf welche Art und Weise ein Vorgehen auch verkleidet werden mag, in was für Formen wir auch einen Wert zwängen mögen, welcher Verwandlung wir ihn auch aussetzen mögen, können wir doch nur zu einem Werte gelangen, indem wir ihn schaffen oder anderen entziehen. Der allerbeste aller Finanzpläne ist, wenig auszugeben, und die beste aller Steuern ist diejenige, welche dem Betrage nach die geringste ist.“

Dr. Smith behauptet durchweg und, wie ich glaube, auch mit Recht, daß die arbeitenden Klassen zu den Staatslasten nicht wesentlich beisteuern können. Infolgedessen wird eine Steuer auf Bedarfsartikel oder auf Lohn von den

Armen auf die Reichen abgewälzt werden; geht also Dr. Smith's Ansicht dahin, „daß sich gewisse Steuern oft vier- oder fünfmal im Preise bestimmter Waren wiederholen und häufen", nur um diesen Zweck zu erfüllen, nämlich zur Überwälzung der Steuer von den Armen auf die Reichen, so können sie aus dem Grunde keinem Tadel unterworfen sein.

Angenommen, der gerechte Steueranteil eines reichen Konsumenten beliefe sich auf 100 £, und daß er sie direkt zahlen würde, wenn die Steuer auf Einkommen, Wein oder irgendeinen anderen Luxusartikel umgelegt wäre, so würde er kein Unrecht leiden, wenn er durch die Besteuerung von Bedarfsartikeln nur mit 25 £ belangt werden sollte, soweit es seinen eigenen Verbrauch von Bedarfsartikeln und den seiner Familie anbeträfe; diese Steuer aber dreimal wiederholen müßte, indem er einen Zusatzpreis für andere Güter zahlte, um die Arbeiter oder deren Arbeitgeber für die Steuer zu entschädigen, welche sie vorzustrecken gehabt haben. Selbst in dem Falle ist der Schluß nicht bündig; denn, wenn nicht mehr bezahlt werden sollte, als von der Regierung verlangt wird, von welcher Bedeutung kann es für den reichen Konsumenten sein, ob er die Steuer durch Zahlung eines höheren Preises für einen Luxusgegenstand direkt, oder indirekt durch einen höheren Preis für Bedarfsartikel und andere Güter, die er konsumiert, entrichtet? Bezahlt das Volk nicht mehr, als die Regierung einnimmt, so wird der reiche Konsument nur seinen gerechten Anteil entrichten; wird mehr bezahlt, dann hätte Adam Smith feststellen sollen, von wem es empfangen wird. Seine ganze Argumentation gründet sich jedoch auf einen Irrtum; denn die Güterpreise würden durch solche Steuern nicht erhöht werden.

Es scheint mir nicht, daß Herr Say dem einleuchtenden Grundsatz treu geblieben ist, den ich aus seinem trefflichen Werke zitiert habe; denn schon auf der nächsten Seite, wo er von der Besteuerung spricht, sagt er: „Wird sie zu weit getrieben, so bringt sie diese beklagenswerte Wirkung hervor, daß sie den Steuerzahler eines Teiles seines Vermögens beraubt, ohne den Staat dadurch zu bereichern. Das läßt sich begreifen, wenn wir in Betracht ziehen, das jedermanns Kraft zu konsumieren, produktiv oder nicht, durch sein Einkommen beschränkt wird. Er kann also nicht eines Teiles seines Einkommens beraubt werden, ohne gezwungen zu sein, seinen Konsum entsprechend einzuschränken. Daraus entspringt eine Verminderung der Nachfrage nach solchen Waren, die er nicht mehr konsumiert, und besonders nach denjenigen, auf welche die Steuer gelegt ist. Aus dieser Verminderung der Nachfrage folgt eine Verringerung der Produktion und infolgedessen der steuerpflichtigen Güter. Der Steuerzahler wird daher einen Teil seiner Genüsse einbüßen; der Produzent einen Teil seiner Profite; und die Schatzkammer einen Teil ihrer Einnahmen."

Herr Say führt die Salzsteuer in Frankreich vor der Revolution an, die, wie er sagt, die Salzproduktion um die Hälfte verminderte. Wenn jedoch weniger Salz verbraucht wurde, so wurde auch weniger Kapital zu seiner Produktion verwendet; und deshalb würde der Produzent, obgleich er aus der Salzgewinnung einen geringeren Profit ziehen würde, bei der Produktion anderer Dinge mehr verdienen. Trifft eine Steuer, so drückend sie auch sein mag, das Einkommen und nicht das Kapital, so vermindert sie nicht die Nachfrage, sie ändert nur die Natur derselben. Sie setzt die Regierung in den Stand, vom Ertrage des Bodens und der Arbeit des Landes soviel zu verbrauchen, als vorher von den Personen, die zur Steuer beitragen, konsumiert wurde; ein Übel, welches, ohne Übertreibung, schon groß genug ist. Beläuft sich mein jährliches Einkommen auf 1000 £, und bin ich im Jahre mit 100 £ für eine Steuer veranlagt, so werde ich nur imstande sein, neun Zehntel von der Menge von Waren, die ich vorher konsumierte, zu fordern,

aber ich befähige die Regierung, das andere Zehntel zu fordern. Wäre das besteuerte Gut Getreide, so ist es nicht nötig, daß ich meine Nachfrage nach Getreide verminderte, da ich ja lieber 100 £ im Jahre mehr für mein Getreide ausgeben und meinen Bedarf an Wein, Möbeln und anderem Luxus bis zu demselben Betrag einschränken kann.[1]) Infolgedessen wird zwar im Wein- oder Möbelgeschäft weniger Kapital verwendet werden, aber mehr in der Fabrikation solcher Güter, für welche die von der Regierung erhobenen Steuern werden verausgabt werden.

Herr Say bemerkt, Herr Turgot habe durch die Herabsetzung der Marktzölle für Fische *(les droits d'entrée et de halle sur la marée)* in Paris auf die Hälfte den Betrag ihres Ertrages nicht beeinträchtigt, weshalb sich der Fischkonsum verdoppelt haben müsse. Er schließt daraus, daß die Profite des Fischers und derjenigen, die sich an diesem Gewerbe beteiligten, sich auch verdoppelt haben müssen, und daß sich das Einkommen des Landes um den Gesamtbetrag dieser erhöhten Profite vermehrt haben müsse; und dadurch, daß es einen Antrieb zur Kapitalsansammlung gegeben, die Einnahmequellen des Staates vermehrt haben müsse.[2])

[1]) Herr Say sagt, „daß die Steuer, die dem Preise eines Gutes zugeschlagen wird, seinen Preis steigert. Jede Preiserhöhung eines Gutes verringert notwendigerweise die Zahl derjenigen, welche es kaufen können, oder doch wenigstens die Menge, welche diese davon konsumieren werden". Das ist keineswegs eine notwendige Folge. Ich glaube nicht, daß wenn Brot besteuert wäre, sich der Brotkonsum mehr verringern würde, als wenn man Tuch, Wein oder Seife besteuert hätte.

[2]) Die folgende Bemerkung desselben Schriftstellers scheint mir ebenfalls irrig: „Wenn ein hoher Zoll auf Baumwolle gelegt wird, vermindert sich die Produktion solcher Waren, für welche Baumwolle die Grundlage bildet. Beliefe sich der Gesamtwert, welcher der Baumwolle in ihren verschiedenen Fabrikationszweigen

Ohne mich auf die Politik, welche diese Änderung der Steuer diktierte, näher einzulassen, hege ich meine Zweifel, ob sie irgendeinen großen Antrieb zur Kapitalsansammlung gab. Wenn sich die Profite des Fischers und der anderen, die sich an dem Gewerbe beteiligten, infolge davon, daß mehr Fisch verbraucht worden wäre, verdoppelt hätten, so müßte man anderen Anlagen Kapital und Arbeit entzogen haben, um sie bei diesem besonderen Gewerbe zu verwenden. Aber in jenen Anlagen erzeugten Kapital und Arbeit Profite, welche, wenn sie entzogen wurden, haben aufgegeben werden müssen. Die Fähigkeit des Landes, Kapital anzusammeln, wurde nur um die Differenz der Profite vermehrt, die man aus dem Geschäft erzielte, in welchem das Kapital neu angelegt wurde, und jenen, die in dem erzielt wurden, aus dem es zurückgezogen wurde.

Mögen die Steuern nun dem Einkommen oder dem Kapital entnommen werden, sie verringern die steuerbaren Güter des Staates. Wenn ich aufhöre, 100 £ für Wein auszugeben, weil ich die Regierung durch Bezahlung einer Steuer von diesem Betrage in den Stand gesetzt habe, 100 £ auszugeben, statt sie selber auszugeben, so wird notwendigerweise ein Güterwert von einhundert Pfund von der Liste der steuerbaren Güter gestrichen. Wenn sich das Einkommen der Bewohner eines Landes auf 10 Millionen beläuft, werden sie wenigstens einen Wert von 10 Millionen steuerbarer Güter haben. Wird durch Besteuerung einiger der Regierung eine Million zur Verfügung gestellt, so wird zwar

in einem einzelnen Lande zugefügt wird, auf 100 Millionen Fr. im Jahre, und wäre die Wirkung der Steuer, den Verbrauch auf die Hälfte zu verringern, dann würde die Steuer diesem Lande alljährlich 50 Millionen Fr. entziehen, wozu noch die von der Regierung erhobene Summe käme." (Bd. II S. 314.)

ihr Einkommen nominell immer noch 10 Millionen betragen, aber sie werden nur noch einen Wert von 9 Millionen an steuerbaren Gütern übrig behalten. Es gibt keine Umstände, unter welchen eine Besteuerung nicht die Genüsse derjenigen verkürzt, auf welche die Steuern schließlich fallen, und keine Mittel, wodurch diese Genüsse wieder vermehrt werden können, als die Ansammlung von neuem Einkommen.

Die Besteuerung kann nie so gleichmäßig angewandt werden, daß sie auf den Wert aller Güter im selben Verhältnis einwirkt und sie im selben verhältnismäßigen Werte erhält. Häufig wirkt sie sehr verschieden von der Absicht der Gesetzgebung durch ihre in direkten Wirkungen. Wir haben schon gesehen, daß die Wirkung einer direkten Steuer auf Getreide und Rohprodukte ist, falls auch das Geld in dem betreffenden Lande erzeugt wird, den Preis aller Güter, in dem Verhältnis, als Rohprodukte in ihre Zusammensetzung eingehen, zu erhöhen und dadurch die natürliche Beziehung, die vorher zwischen ihnen bestand, zu zerstören. Eine andere indirekte Wirkung ist, daß sie den Lohn steigert und die Profitrate drückt; und in einem anderen Teile dieses Werkes haben wir auch gesehen, daß die Wirkung eines Steigens der Löhne und eines Fallens der Profite ist, die Geldpreise derjenigen Güter herabzusetzen, welche in höherem Grade durch die Verwendung stehenden Kapitals produziert werden.

Daß ein Gut, wenn es besteuert ist, nicht mehr so gewinnbringend exportiert werden kann, ist so wohl verstanden worden, daß man auf ihre Ausfuhr häufig eine Rückvergütung bewilligt und einen Zoll auf ihre Einfuhr gelegt hat. Wenn diese Rückvergütungen und Zölle genau gelegt werden, nicht nur auf die betreffenden Güter selbst, sondern auch auf alle diejenigen, welche sie indirekt beeinflussen können, dann allerdings wird keine Störung im

Werte der Edelmetalle eintreten. Da wir ein Gut nach dessen Besteuerung ebenso leicht exportieren könnten als vorher, und da der Einfuhr keine besondere Erleichterung gewährt werden würde, so würden die Edelmetalle nicht mehr als vorher in die Liste der ausführbaren Güter eintreten.

Von allen Gütern eignen sich wohl keine zu Besteuerungszwecken so gut als diejenigen, welche entweder auf natürlichem oder auf künstlichem Wege mit besonderer Leichtigkeit erzeugt werden. In bezug auf fremde Länder können solche Güter unter die eingereiht werden, deren Preis sich nicht nach der Menge der auf sie verwendeten Arbeit richtet, sondern vielmehr nach Liebhaberei, Geschmack und Kaufkraft der Käufer. Besäße England ergiebigere Zinnminen als andere Länder, oder hätte es infolge besserer Maschinen oder Brennstoffe besondere Erleichterungen bei der Fabrikation von Baumwollwaren, dann würden die Preise von Zinn und von Baumwollwaren in England auch ferner durch die verhältnismäßige Menge von Arbeit und Kapital bestimmt werden, die zu ihrer Produktion erforderlich wäre, und sie würden sich wegen der Konkurrenz unserer Kaufleute für den fremden Konsumenten kaum erheblich teuerer gestalten. Vielleicht könnte unser Vorteil in der Erzeugung dieser Güter so entschieden sein, daß sie wahrscheinlich auf dem fremden Markt einen recht beträchtlichen Preiszuschlag zu ertragen vermöchten, ohne daß sich ihr Verbrauch dadurch wesentlich verringerte. Solange aber bei uns freier Wettbewerb herrschte, könnten sie diesen Preis niemals anders erlangen, als durch eine Steuer auf ihren Export. Diese Steuer würde gänzlich die auswärtigen Konsumenten treffen, und auf diese Weise würde ein Teil der Ausgaben der englischen Regierung mit einer Steuer auf den Boden und die Arbeit anderer Länder bestritten werden. Die Teesteuer, welche das englische Volk gegenwärtig bezahlt, und die zur Deckung

der Ausgaben der englischen Regierung beiträgt, könnte der Bezahlung der Ausgaben der chinesischen Regierung zugute kommen, falls man sie in China der Teeausfuhr auferlegte.

Luxussteuern haben den Steuern auf Bedarfsartikel gegenüber einigen Vorteil voraus. Sie werden im allgemeinen aus dem Einkommen bestritten und reduzieren infolgedessen das produktive Kapital des Landes nicht. Wenn der Wein infolge von Besteuerung bedeutend im Preise stiege, würde man wahrscheinlich lieber auf den Genuß von Wein verzichten, als irgendwelche bedeutenden Eingriffe in sein Kapital machen, um imstande zu sein, ihn zu kaufen. Sie werden so mit dem Preise identifiziert, daß der Steuerzahler kaum gewahr wird, daß er eine Steuer zahlt. Aber sie haben auch ihre Nachteile. Erstens treffen sie niemals das Kapital, und doch kann es bei einigen außergewöhnlichen Gelegenheiten geboten sein, daß selbst das Kapital zu den öffentlichen Lasten beitrage; und zweitens bieten sie keine Sicherheit für den Betrag der Steuer, weil diese vielleicht nicht einmal das Einkommen trifft. Jemand, der die Absicht hat, zu sparen, wird sich von einer Steuer auf Wein dadurch frei machen, daß er es aufgibt, ihn zu verbrauchen. Das Einkommen des Landes kann unvermindert bleiben, und doch kann der Staat außerstande sein, auch nur einen Schilling durch die Steuer aufzubringen.

Was immer die Gewohnheit genußreich gemacht hat, wird mit Widerwillen aufgegeben werden und wird weiter trotz einer sehr erheblichen Steuer verbraucht. Aber dieser Widerwillen hat seine Grenzen und die Erfahrung lehrt tagtäglich, daß eine Erhöhung des nominellen Betrages der Steuer oft den Ertrag verringert. Jemand, der dieselbe Weinmenge weiter trinken würde, obgleich der Preis einer jeden Flasche um 3 Schilling gestiegen wäre, würde doch lieber auf diesen Genuß verzichten, als 4 dafür

bezahlen. Ein anderer wird zufrieden sein, 4 zu bezahlen, aber sich weigern, 5 Schilling zu bezahlen. Dasselbe kann von anderen Luxussteuern gesagt werden. Viele, die für die Annehmlichkeit, welche ein Pferd gewährt, gern eine Steuer von 5 £ bezahlten, würden eine solche von 10 £ oder 20 £ nicht mehr entrichten. Sie geben den Gebrauch von Wein und Pferden nicht deshalb auf, weil sie nicht mehr bezahlen können, sondern weil sie nicht mehr bezahlen wollen. Jedermann hat in seinem Kopfe einen Maßstab, nach dem er den Wert seiner Genüsse schätzt; aber dieser Maßstab ist so verschieden, wie der menschliche Charakter. Ein Land, dessen finanzielle Lage durch seine schädliche Politik hinsichtlich der Anhäufung einer großen nationalen Schuld und einer daraus folgenden kolossalen Besteuerung äußerst gekünstelt geworden ist, ist besonders der Unannehmlichkeit, die diese Art, Steuern zu erheben, begleitet, ausgesetzt. Nachdem die ganze Reihe der Luxusgegenstände mit einer Steuer bedacht worden ist; nachdem Pferde, Kutschen, Wein, Diener und alle übrigen Annehmlichkeiten des Reichen eine Besteuerung erfahren haben; wird schließlich ein Minister dahin geführt, zu mehr direkten Steuern, wie Einkommens- und Vermögenssteuern, seine Zuflucht zu nehmen und dadurch die goldene Regel Herrn Say's außer acht zu lassen, „daß der allerbeste aller Finanzpläne ist, wenig auszugeben, und die beste aller Steuern diejenige ist, welche dem Betrage nach die geringste ist".

Kapitel XVII.

Steuern auf andere Güter als Rohprodukte.

Nach demselben Grundsatze, demzufolge eine Getreidesteuer den Getreidepreis steigern würde, würde eine Steuer

auf irgendein anderes Gut den Preis jenes Gutes in die Höhe treiben. Stiege das Gut nicht um eine der Steuer gleiche Summe, so würde es seinem Produzenten nicht denselben Gewinn einbringen, den er vorher hatte, und er würde sein Kapital einem anderen Gewerbezweige zuwenden.

Die Besteuerung aller Güter, mögen es Bedarfsartikel oder Luxusgegenstände sein, wird ihre Preise, solange das Geld seinen unveränderten Wert behält, um einen der Steuer zum wenigsten gleichen Betrag zu erhöhen.[1]) Eine Steuer auf die fabrizierten Bedarfsartikel des Arbeiters würde dieselbe Wirkung auf den Lohn zur Folge haben, wie eine Steuer auf Getreide, welche sich ja von den anderen Bedarfsartikeln nur dadurch unterscheidet, daß es als erstes

[1]) Herr Say bemerkt, „daß ein Fabrikant nicht imstande sei, den Konsumenten zur Zahlung der gesamten, auf sein Gut gelegten Steuer zu veranlassen, weil sein höherer Preis seinen Verbrauch vermindern wird.“ Sollte das der Fall sein, sollte der Verbrauch abnehmen, wird sich dann das Angebot nicht ebenso schnell verringern? Warum sollte der Fabrikant sein Gewerbe fortführen, wenn sein Profit unter dem allgemeinen Stande steht? Herr Say scheint auch hier die Lehre vergessen zu haben, die er anderwärts verteidigt, nämlich, „daß die Produktionskosten den Preis bestimmen, unter welchen die Güter auf längere Zeit nicht sinken können, weil sonst die Produktion entweder eingestellt oder vermindert werden würde“. (Bd. II S. 26.) — „Die Steuer trifft also in diesem Falle teilweise den Konsumenten, welcher für das besteuerte Gut mehr geben muß, und teilweise den Produzenten, der nach Abzug der Steuer weniger erhalten wird. Der öffentlichen Schatzkammer wird das zugute kommen, was der Käufer mehr bezahlt, sowie auch das Opfer, welches der Produzent durch Hingabe eines Teiles von seinem Profit bringen muß. Die Kraft des Schießpulvers wirkt zu gleicher Zeit auf die Kugel, die sie fortschleudert, und auf das Geschütz, welches es zurückweichen läßt.“ (Bd. II S. 333.)

und wichtigstes von ihnen obenan steht; und genau dieselben Wirkungen würde sie auch auf den Kapitalprofit und den auswärtigen Handel ausüben. Aber eine Steuer auf Luxusgegenstände würde keine andere Wirkung haben, als ihren Preis zu erhöhen. Sie würde gänzlich auf den Konsumenten fallen und könnte weder den Lohn steigern, noch die Profite herabdrücken.

Steuern, die dem Lande für die Führung eines Krieges oder für die ordentlichen Ausgaben des Staates auferlegt werden, und die hauptsächlich für den Unterhalt unproduktiver Arbeiter bestimmt sind, werden der produktiven Industrie des Landes entzogen; und jedwede Ersparnis, die sich bei solchen Ausgaben machen läßt, wird im allgemeinen dem Einkommen, wenn nicht dem Kapital, der Steuerzahler hinzugefügt werden. Wenn für die Kosten eines Kriegsjahres 20 Millionen mittels einer Anleihe aufgebracht werden, so entzieht man diese 20 Millionen dem produktiven Kapitale der Nation. Die Million pro Jahr, welche zur Bezahlung der Zinsen dieser Anleihe durch Steuern erhoben wird, geht nur von denen, die sie bezahlen, zu denen über, die sie empfangen, d. h. von dem Steuerzahler zu dem Staatsgläubiger. Die wirkliche Ausgabe bilden die 20 Millionen und nicht die Zinsen, welche dafür bezahlt werden müssen.[1])

[1]) „Melon sagt, daß die Staatsschulden Schulden sind, die von der rechten Hand in die linke gehen, wodurch der Körper nicht geschwächt wird. Sicherlich wird das Nationalvermögen durch die Bezahlung der Zinsen von Schuldrückständen nicht verringert; denn die Zinsen bilden einen Wert, der aus der Hand des Steuerzahlers in die des Staatsgläubigers übergeht. Ob es der Staatsgläubiger oder der Steuerzahler ist, der sie ansammelt oder verbraucht, das, gebe ich zu, ist für die Gesamtheit kaum von Bedeutung. Aber das Kapital der Schuld — was ist aus ihm geworden? Es existiert nicht mehr. Der Verbrauch, welcher der Anleihe folgte, hat ein Kapital vernichtet, welches niemals

Ob die Zinsen nun bezahlt, oder nicht bezahlt werden, das Land wird darum weder reicher noch ärmer sein. Die Regierung hätte die 20 Millionen auf einmal in der Gestalt von Steuern einfordern können; in welchem Falle es nicht nötig gewesen sein würde, alljährlich Steuern im Betrage von einer Million zu erheben. Das würde jedoch die Natur des Übereinkommens nicht geändert haben. Statt jemanden zur Zahlung von 100 £ pro Jahr aufzufordern, hätte man ihn zwingen können, 2000 £ ein für allemal zu entrichten. Möglicherweise hätte es ihm auch besser gepaßt, sich diese 2000 £ zu leihen und dafür alljährlich 100 £ Zinsen an den Verleiher zu zahlen, als die größere Summe aus seinen eigenen Mitteln zu erübrigen. In dem einen Falle ist es ein privates Übereinkommen zwischen A. und B., im anderen leistet die Regierung dem B. für die Zahlung der Zinsen Gewähr, für die A. ebenfalls aufzukommen hat. Wäre das Übereinkommen privater Natur gewesen, so würde keine öffentliche Urkunde darüber ausgefertigt sein, und es würde für das Land eine Sache von verhältnismäßiger Gleichgültigkeit sein, ob A. seinen Kontrakt dem B. getreulich hielte, oder ob er die 100 £ im Jahre widerrechtlich in seinem eigenen Besitz behielte. Allerdings würde das Land an der getreuen Einhaltung eines Kontraktes ein allgemeines Interesse haben, aber hinsichtlich des Volkswohlstandes

mehr Einkommen spenden wird. Die Gesellschaft ist nicht um den Betrag der Zinsen gebracht worden, denn diese gehen aus der einen Hand in die andere über, sondern um das Einkommen aus einem vernichteten Kapital. Wenn dieses Kapital von demjenigen produktiv verwendet worden wäre, der es dem Staate lieh, so würde es ihm ebenfalls ein Einkommen eingebracht haben, aber jenes Einkommen würde aus einer wirklichen Produktion hervorgegangen sein und nicht der Tasche eines Mitbürgers entnommen worden sein.“ (Say, Bd. II S. 357.) Das ist im wahren Geiste der Wissenschaft aufgefaßt und ausgedrückt.

würde es kein anderes Interesse haben, als ob A. oder B. diese 100 £ am produktivsten anlegen würde. Allein über diese Frage zu entscheiden, würde es weder ein Recht, noch die nötige Fähigkeit haben. Es wäre möglich, daß A. die Summe, falls er sie für seinen eigenen Gebrauch zurückbehielte, nutzlos verschwendete, und daß, wenn sie an B. bezahlt wäre, dieser sie seinem Kapitale zuführen und produktiv verwendete. Und auch das Umgekehrte würde möglich sein: B. könnte sie verschwenden und A. produktiv verwenden. Im Hinblick auf den Volkswohlstand allein möchte es gleich oder mehr wünschenswert sein, daß A. sie bezahlte, oder nicht. Aber die Ansprüche von Gerechtigkeit und Treu und Glauben, ein höheres Gut, dürfen nicht gezwungen werden, denen eines geringeren zu weichen; und demnach würden, wenn der Staat zur Entscheidung angerufen würde, die Gerichtshöfe den A. zwingen, seinen Kontrakt zu erfüllen. Eine durch die Nation garantierte Schuld unterscheidet sich in keiner Hinsicht von dem obigen Übereinkommen. Gerechtigkeit und Treu und Glauben gebieten, daß die Zinsen einer Staatsschuld fortlaufend bezahlt werden müssen, und daß man von denjenigen, welche ihre Kapitalien zu Zwecken des Gemeinwohls vorgestreckt haben, nicht verlangen darf, auf ihre berechtigten Forderungen unter dem Vorwande der Zweckmäßigkeit Verzicht zu leisten.

Aber, unabhängig von dieser Überlegung, ist es noch keinesfalls sicher, daß durch die Aufopferung politischer Rechtschaffenheit ein politischer Vorteil gewonnen würde; es folgt noch keineswegs daraus, daß der von der Zahlung der Staatsschuldzinsen entbundene Teil sie produktiver verwenden würde, als die, welchen sie fraglos zukommen. Durch Aufhebung der Staatsschuld könnte vielleicht das Einkommen jemandes von 1000 £ auf 1500 £ gesteigert werden, aber das eines andern würde dann von 1500 £ auf 1000 £ herab-

gesetzt werden. Die Einkommen dieser beiden Personen belaufen sich jetzt auf 2500 £, sie würde sich dann nicht auf mehr belaufen. Wenn es die Aufgabe der Regierung wäre, Steuern zu erheben, so würde in dem einen Falle genau so viel steuerbares Kapital und Einkommen vorhanden sein, als im andern. Also nicht durch die Zinszahlung für die Staatsschuld wird ein Land ins Elend gestürzt, noch kann ihm mit der Entlastung von der Zahlung geholfen werden. Nur durch Ersparnis vom Einkommen und durch Einschränkung der Ausgaben kann das Nationalkapital vermehrt werden, und durch Aufhebung der Staatsschuld würde man weder das Einkommen erhöhen, noch die Ausgaben verringern. Durch verschwenderische Ausgaben seitens der Regierung und einzelner Personen und durch Anleihen verarmt das Land; daher wird jede Maßnahme, welche darauf gerichtet ist, öffentliche und private Sparsamkeit zu fördern, die öffentliche Notlage lindern. Aber es ist Irrtum und Täuschung, anzunehmen, daß eine wirkliche nationale Schwierigkeit behoben werden kann, wenn man sie von den Schultern der einen Klasse der Allgemeinheit, welche sie gerechterweise zu tragen hätte, auf die Schultern einer andern abwälzt, welche nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht mehr als ihren Anteil tragen sollte.

Aus dem Gesagten darf man jedoch nicht schließen, daß ich das Borgsystem für das am besten geeignete halte, um die außerordentlichen Ausgaben des Staates zu bestreiten. Es ist ein System, das uns weniger haushälterisch zu machen, uns für unsere tatsächliche Lage blind zu machen strebt. Wenn sich die Kosten eines Krieges auf 40 Millionen im Jahre belaufen, und der Anteil, welchen jemand zur Deckung dieser jährlichen Ausgabe beizusteuern hätte, 100 £ ausmachte, so würde der Betreffende, falls man ihn aufforderte, seinen Anteil auf einmal zu bezahlen, die 100 £ bald aus seinem Einkommen zu erübrigen suchen. Bei dem Anleihe-

system soll er nur die Zinsen von diesen 100 £ oder 5 £ im Jahre bezahlen, und er glaubt, genug zu tun, wenn er diese 5 £ von seinen Ausgaben erspart, und wiegt sich dann in dem Glauben, daß er ebenso reich sei, wie zuvor. Wenn das ganze Volk in dieser Weise denkt und handelt, spart es nur die Zinsen von 40 Millionen oder 2 Millionen, und es verliert dabei nicht bloß allen Zins oder Gewinn, welchen 40 Millionen Kapital bei produktiver Verwendung einbringen würden, sondern auch noch 38 Millionen dazu, d. h. die Differenz zwischen seinen Ersparnissen und Ausgaben. Wenn, wie ich vorhin bemerkte, ein jeder seine eigene Anleihe zu besorgen und mit seinem vollen Anteile zu den Bedürfnissen des Staates beizusteuern hätte, dann würde die Besteuerung aufhören, sobald der Krieg zu Ende wäre, und wir würden sofort in einen natürlichen Stand der Preise zurücksinken. A. könnte vielleicht aus seinen privaten Mitteln dem B. die Zinsen für das Geld zu bezahlen haben, das er von ihm während des Krieges entlieh, um seinen Anteil an den Ausgaben entrichten zu können; aber damit würde die Nation nichts zu tun haben.

Ein Land, das eine große Schuld angehäuft hat, befindet sich in einer sehr künstlichen Lage; und obschon es wegen des Betrages der Steuern und des gestiegenen Preises der Arbeit in Vergleich mit fremden Ländern keinem anderen Nachteil ausgesetzt sein mag und, wie ich glaube, auch tatsächlich ausgesetzt ist, als dem unvermeidlichen, diese Steuern bezahlen zu müssen, so erheischt es doch das Interesse eines jeden Steuerzahlers, seine Schultern von dieser Last zu befreien und die Bezahlung von sich auf einen anderen abzuwälzen; und die Versuchung, mit seinem Kapitale in ein anderes Land überzusiedeln, wo er von derartigen Lasten frei sein wird, wird schließlich unwiderstehlich und besiegt das natürliche Widerstreben, welches jedermann vor dem Verlassen des Ortes seiner Geburt und des

Schauplatzes seiner Jugenderinnerungen empfindet. Ein Land, das sich in die mit diesem künstlichen Systeme verbundenen Schwierigkeiten verwickelt hat, würde klug daran tun, sich von ihnen durch Aufopferung eines Teiles seines Eigentums, der zur Tilgung seiner Schuld nötig sein könnte, frei zu machen. Was für einen Einzelnen weise ist, ist es auch für ein Volk. Jemand, der 10000 £ besitzt, die ihm ein Einkommen vor 500 £ zahlen, aus welchem er jährlich 100 £ für Schuldzinsen zu zahlen hat, ist in Wirklichkeit nur mit 8000 £ zu bewerten und würde gleich reich bleiben, ob er 100 £ im Jahre weiter bezahlte, oder ein für allemal 2000 £ opferte. Aber wo, fragt man, würde der Käufer des Eigentums sein, welches der Betreffende, um diese 2000 £ zu erlangen veräußern müßte? Die Antwort ist klar: Der Staatsgläubiger, der diese 2000 £ erhalten soll, wird eine Anlage für sein Geld brauchen und daher geneigt sein, es entweder dem Grundbesitzer oder dem Fabrikanten zu leihen, oder aber ihnen einen Teil des zu ihrer Verfügung stehenden Eigentums abzukaufen. Selbst die Kapitalisten würden zu einer solchen Zahlung reichlich beisteuern. Dieser Plan ist schon öfters anempfohlen worden, aber wir haben leider weder Klugheit noch Tapferkeit genug, um ihn anzunehmen. Indessen muß man zugeben, daß während des Friedens unsere unablässigen Bemühungen darauf gerichtet sein sollten, den Teil der Schuld, der während des Krieges kontrahiert worden ist, zurückzuzahlen, und daß uns kein Befreiungsversuch, kein Verlangen zur Flucht vor dem gegenwärtigen und hoffentlich nur vorübergehenden Ungemach verleiten sollte, in unserem Streben nach jenem großen Ziele nachzulassen.

Kein Tilgungsfonds kann dem Zwecke, die Schuld herabzumindern, dienen, wenn er nicht aus dem Überschuß der öffentlichen Einnahmen über die öffentlichen Ausgaben gebildet wird. Es ist zu bedauern, daß der Tilgungsfonds in unserem Lande nur dem Namen nach ein

solcher ist; denn bei uns ist ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben nicht vorhanden. Durch Sparsamkeit sollte man das aus ihm machen, wofür er ausgegeben wird, einen tatsächlich wirksamen Fonds für die Bezahlung der Schuld. Wenn wir unsere Schuld beim Ausbruch eines zukünftigen Krieges nicht sehr erheblich herabgesetzt haben werden, so muß eins von zweien geschehen; entweder müssen die Gesamtkosten jenes Krieges durch Steuern, die von Jahr zu Jahr erhoben werden, bestritten werden, oder wir müssen am Ende jenes Krieges, wenn nicht schon vorher, einen Staatsbankerott erleiden. Nicht, daß wir außerstande sein werden, irgendwelche größere Schuldvermehrung zu tragen; es würde schwer fallen, den Kräften eines großen Volkes Schranken zu setzen; sondern weil sicherlich der Preis seine Grenzen hat, welchen in der Form einer dauernden Besteuerung Individuen bloß für das Recht zu zahlen gewillt sein werden, in ihrem Vaterlande leben zu können.[1])

Wenn ein Gut einen Monopolpreis hat, so steht es auf dem höchsten Preis, zu welchem die Käufer es zu erstehen ge-

[1]) „Der Kredit ist im allgemeinen gut, da er den Kapitalien solche Hände zu verlassen gestattet, wo sie nicht nützlich verwendet werden, und sie in die überleitet, in denen sie produktiv gestaltet werden: er lenkt ein Kapital aus einer Verwendung, in der es, wie eine Anlage in Staatspapieren, nur für einen Kapitalisten gewinnbringend ist, in die Hände der wirtschaftlich Tätigen ab, um es produktiv zu gestalten. Er erleichtert die Verwendung aller Kapitalien und läßt keines unverwendet liegen.“ (Économie Politique, 4. Auflage, Bd. II, S. 463.) Das muß ein Versehen von Herrn Say sein. Das Kapital des Kapitalisten kann niemals produktiv gemacht werden — es ist in Wirklichkeit kein Kapital. Wenn derselbe seine Papiere verkaufen und das dafür erhaltene Kapital produktiv anlegen sollte, so könnte er das nur in der Weise ermöglichen, daß er das Kapital des Käufers seiner Papiere von einer produktiven Verwendung ableitet.

willt sind. Güter haben nur dann einen Monopolpreis, wenn sich ihre Menge durch keinen irgend möglichen Plan vermehren läßt, und wenn sich infolgedessen die Konkurrenz ganz auf einer Seite, auf der der Käufer, befindet. Der Monopolpreis eines Zeitraumes kann bedeutend höher oder niedriger als der Monopolpreis eines anderen sein, weil der Wettbewerb unter den Käufern von ihrem Wohlstande, ihren Geschmacksrichtungen und Launen abhängen muß. Jene besonderen Weine, welche in sehr beschränkter Menge gewonnen werden, und jene Kunstwerke, welche infolge ihrer Vortrefflichkeit oder Seltenheit einen fabelhaften Wert angenommen haben, werden für eine sehr verschiedene Menge von dem Erzeugnis gewöhnlicher Arbeit ausgetauscht werden, je nachdem die Gesellschaft reich oder arm ist, Fülle oder Mangel an solchem Erzeugnis hat, oder sich in einem rohen oder kultivierten Zustande befindet. Daher wird der Tauschwert eines Gutes, das einen Monopolpreis hat, nirgends durch seine Produktionskosten bestimmt.

Die Rohprodukte besitzen keinen Monopolpreis, weil sich der Marktpreis von Gerste oder Weizen ebenso sehr nach ihren Produktionskosten richtet, als der Marktpreis von Tuch und Leinen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß nur ein Teil des in der Landwirtschaft verwendeten Kapitals den Getreidepreis bestimmt, nämlich jener Teil, welcher keine Rente bezahlt, während bei der Produktion von Fabrikaten jeder Teil des Kapitals mit denselben Ergebnissen verwendet wird; und da kein Teil eine Rente bezahlt, so ist jeder Teil in gleicher Weise ein Preisregulator. Auch lassen sich Getreide und andere Rohprodukte durch Verwendung von mehr Kapital auf den Boden an Menge vermehren, und schon deshalb haben sie keinen Monopolpreis. Der Wettbewerb herrscht hier unter den Verkäufern ebenso, wie unter den Käufern. Bei der Produktion jener seltenen Weine und wertvollen Kunstwerke, von welchen wir ge-

sprochen haben, ist das nicht der Fall; ihre Menge kann nicht vermehrt werden, und ihr Preis wird nur durch die Ausdehnung der Kaufkraft und des Willens der Käufer beschränkt. Die Rente dieser Weinberge kann über jede einigermaßen bestimmbaren Grenzen erhöht werden, weil, da kein anderer Boden imstande ist, solche Weine zu produzieren, keiner mit ihnen in Wettbewerb gebracht werden kann.

Allerdings lassen sich Getreide und Rohprodukte eines Landes zeitweilig zu Monopolpreisen verkaufen; aber das können sie nur dann dauernd tun, wenn sich kein Kapital mehr mit Profit auf die Böden verwenden, und ihr Ertrag sich infolgedessen nicht vergrößern läßt. Zu solcher Zeit wird jeder Teil des Bodens, der in Anbau ist, und jeder auf den Boden verwendete Teil des Kapitals eine Rente einbringen, die sich in der Tat im Verhältnis zur Differenz im Ertrage unterscheidet. Zu einer solchen Zeit wird auch jede dem Landwirt etwa auferlegte Steuer die Rente und nicht den Konsumenten treffen. Er kann den Preis seines Getreides nicht erhöhen, weil es der Voraussetzung nach schon auf dem höchsten Preise steht, zu welchem die Käufer kaufen wollen oder können. Er wird nicht mit einer niedrigeren Profitrate, als der, die von anderen Kapitalisten bezogen wird, zufrieden sein, und deshalb wird er nur die Wahl haben, einen Rentenabzug zu erwirken, oder sein Unternehmen aufzugeben.

Herr Buchanan glaubt, Getreide und Rohprodukte hätten einen Monopolpreis, weil sie eine Rente abwerfen. Er vermutet, daß alle Güter, die eine Rente abwerfen, einen Monopolpreis haben; und daraus schließt er, daß alle Steuern auf Rohprodukte den Grundbesitzer und nicht den Konsumenten treffen würden. „Da der Preis des Getreides," sagt er, „welches stets eine Rente bringt, keineswegs durch seine Produktionskosten beeinflußt wird, müssen jene Ausgaben aus der Rente

bezahlt werden; und wenn sie daher steigen oder sinken, so ist die Folge nicht ein höherer oder niedrigerer Preis, sondern eine höhere oder niedrigere Rente. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, sind alle Steuern auf Gesinde, Pferde, oder die Ackergeräte in Wirklichkeit Grundsteuern; wobei während seiner Pachtzeit die Last auf den Landwirt fällt, und wenn die Pacht erneuert werden muß, auf den Gutsbesitzer. In gleicher Weise verringern alle jene verbesserten landwirtschaftlichen Geräte, die dem Landwirt Kosten ersparen, wie Dresch- und Mähmaschinen, und alles, was ihm leichteren Zutritt zum Markte gibt, wie gute Wege, Kanäle und Brücken, nicht den Marktpreis des Getreides, obschon sie die ursprünglichen Produktionskosten des Getreides verringern. Alles, was daher mit jenen Verbesserungen erspart wird, gehört dem Gutsbesitzer als Teil seiner Rente.“

Es ist klar, daß, wenn wir Herrn Buchanan die Grundlage, auf welcher seine Beweisführung aufgebaut ist, einräumen, nämlich, daß der Getreidepreis stets eine Rente abwirft, natürlich alle die Folgerungen, die er behauptet, sich ergeben würden. Steuern auf den Landwirt würden dann nicht auf den Konsumenten, sondern auf die Rente fallen, und alle Verbesserungen in der Landwirtschaft würden die Rente erhöhen. Aber ich hoffe, es hinreichend klargelegt zu haben, daß bis zu der Zeit, wo ein Land in jedem seiner Teile, und zwar bis zum höchsten Grade, in Anbau genommen worden ist, stets ein auf den Boden verwendeter Kapitalteil vorhanden ist, welcher keine Rente einbringt, und daß gerade dieser Kapitalteil, dessen Ertrag, genau wie bei gewerblichen Unternehmungen, in Profit und Lohn zerfällt, den Getreidepreis bestimmt. Da also der Preis des Getreides, welches keine Rente gewährt, durch seine Produktionskosten beeinflußt wird, so können jene Kosten nicht aus der Rente bezahlt werden. Die Folge von jenen stei-

genden Kosten ist demnach ein höherer Preis, und keine niedrigere Rente. [1])

Es ist bemerkenswert, daß beide, Adam Smith wie Herr Buchanan, welche darin völlig übereinstimmen, daß die Rohproduktensteuern, eine Grundsteuer und Zehnten sämtlich die Grundrente und nicht die Konsumenten der Rohprodukte treffen, dennoch zugestehen müssen, daß Malzsteuern auf den Bierkonsumenten und nicht auf die Rente des Grundbesitzers fallen würden. Adam Smith's Beweisführung ist eine so gelungene Darstellung der Ansicht, welche ich von der Malzsteuer und jeder anderen Steuer auf Rohprodukte hege, daß ich nicht umhin kann, sie der Aufmerksamkeit des Lesers zu unterbreiten

„Die Rente und Profite von Gerstenboden müssen stets den von anderem, ebenso fruchtbarem und ebenso gut bebautem Boden nahezu gleich sein. Wären sie geringer, so würde bald ein Teil des Gerstenbodens zu anderen Zwecken verwandt werden; und wären sie größer, so würde bald mehr Boden zum Anbau von Gerste verwandt. Wenn der ordentliche Preis eines speziellen Bodenproduktes ein sogenannter Monopolpreis ist, mindert eine darauf gelegte Steuer die Rente und den Profit [2])

---

[1]) „Die Industrie vermehrt ihren Ertrag im Verhältnis zur Nachfrage, und der Preis sinkt; *aber der Ertrag des Bodens läßt sich nicht so vermehren;* und ein hoher Preis ist noch notwendig, um einem Steigen des Verbrauchs über das Angebot vorzubeugen.“ (Buchanan, Bd. IV S. 40.) Ist es möglich, daß Herr Buchanan allen Ernstes behaupten kann, der Ertrag des Bodens ließe sich, wenn die Nachfrage steigt, nicht vermehren?

[2]) Ich wünschte, das Wort „Profit“ wäre ausgelassen worden. Dr. Smith muß annehmen, daß die Profite der Pächter dieser kostbaren Weinberge über der allgemeinen Profitrate stehen. Wäre das nicht der Fall, so würden sie die Steuer nicht bezahlen, falls sie diese nicht entweder auf den Grundbesitzer oder auf den Konsumenten abwälzen könnten.

des Bodens, auf dem es wächst, notwendigerweise herab. Eine Steuer auf die Produkte jener kostbaren Weinberge, deren Weine hinter der vorhandenen Nachfrage so sehr zurückbleiben, daß ihr Preis stets unverhältnismäßig höher ist, als der der Produkte von anderem, gleich fruchtbarem und gleich gut bestelltem Boden, würde notwendigerweise die Rente und den Profit [1]) dieser Weinberge herabsetzen. Da der Preis der Weine schon der höchste ist, der für die Menge, die gewöhnlich zu Markte gesandt wird, erzielt werden könnte, so könnte er, ohne jene Menge zu verringern, nicht höher getrieben werden; und die Menge ließe sich ohne noch größeren Verlust nicht verkleinern, weil die Böden nicht auf ein anderes, gleich wertvolles Produkt verwandt werden könnten. Infolgedessen würde die ganze Last der Steuer auf Rente und Profit [1]) fallen; eigentlich auf die *Rente* des Weinberges." „Der ordentliche Preis der Gerste ist aber nie ein Monopolpreis gewesen, und die Rente und der Profit des Gerstenbodens haben niemals über ihrem natürlichen Verhältnis zu denen von anderem, gleich fruchtbarem und gleich gut bebautem Boden gestanden. Die verschiedenen Steuern, welche auf Malz, Bier und Ale gelegt worden sind, *haben nie den Gerstenpreis gedrückt;* haben niemals die Rente und den Profit [1]) des Gerstenbodens vermindert. Der Malzpreis ist für den Brauer fortwährend im Verhältnis zu den darauf gelegten Steuern gestiegen, und jene Steuern haben im Verein mit den verschiedenen Bier- und Alezöllen den Preis dieser Güter für den Konsumenten stets erhöht oder, was auf dasselbe hinausläuft, die Qualität jener Güter verschlechtert. Die schließliche Bezahlung jener Steuern ist immer dem Konsumenten zur Last gefallen und nicht dem Produzenten." Zu dieser Stelle bemerkt Herr Buchanan: „Ein Malzzoll könnte niemals den Gerstenpreis herabsetzen, weil die erforderliche Menge nicht zu Markte gebracht werden würde, wenn durch das Malzen der

[1]) Siehe Note S. 255.

Gerste nicht ebensoviel zu verdienen wäre, als wenn man sie ungemalzt verkaufte. Es ist deshalb klar, daß der Preis des Malzes der darauf gelegten Steuer entsprechend steigen muß, da sonst die Nachfrage nicht gedeckt werden könnte. Indessen ist der Preis der Gerste gerade so gut ein Monopolpreis, wie der des Zuckers; beide werfen eine Rente ab, und der Marktpreis von beiden hat gleichmäßig jede Beziehung zu den ursprünglichen Kosten verloren."

Es scheint demnach Herrn Buchanan's Meinung zu sein, daß eine Malzsteuer den Malzpreis erhöhen, daß aber eine Steuer auf Gerste, aus der Malz bereitet wird, den Gerstenpreis nicht steigern würde, und daß darum, wenn Malz besteuert wird, die Steuer vom Konsumenten bezahlt werden wird, wenn Gerste besteuert wird, sie vom Grundbesitzer bezahlt werden wird, da er eine verminderte Rente empfangen wird. Nach Herrn Buchanan besitzt also die Gerste einen Monopolpreis, d. h. den höchsten Preis, den die Käufer dafür zu geben gewillt sind; wogegen das aus Gerste hergestellte Malz keinen Monopolpreis hat, weshalb es auch den etwa darauf gelegten Steuern entsprechend gesteigert werden kann. Diese Ansicht Herrn Buchanan's von den Wirkungen einer Malzsteuer scheint mir in direktem Widerspruch zu der Ansicht zu stehen, die er über eine ähnliche Steuer, eine Brotsteuer, geäußert hat: „Eine Brotsteuer wird letzthin nicht in Gestalt einer Preiserhöhung, sondern eine Rentenverkürzung bezahlt werden." [1]) Wenn eine Malzsteuer den Bierpreis steigern würde, müßte eine Brotsteuer den Brotpreis steigern.

Die folgende Beweisführung Herrn Say's gründet sich auf dieselben Anschauungen, wie die Herrn Buchanan's: „Die Menge Wein oder Getreide, welche ein Stück Land erzeugen wird, wird nahezu die gleiche bleiben, gleichgültig, was für eine Steuer es auch belastet. Die Steuer

[1]) Bd. III, S. 355.

des Bodens, auf dem es wächst, notwendigerweise herab. Eine Steuer auf die Produkte jener kostbaren Weinberge, deren Weine hinter der vorhandenen Nachfrage so sehr zurückbleiben, daß ihr Preis stets unverhältnismäßig höher ist, als der der Produkte von anderem, gleich fruchtbarem und gleich gut bestelltem Boden, würde notwendigerweise die Rente und den Profit[1]) dieser Weinberge herabsetzen. Da der Preis der Weine schon der höchste ist, der für die Menge, die gewöhnlich zu Markte gesandt wird, erzielt werden könnte, so könnte er, ohne jene Menge zu verringern, nicht höher getrieben werden; und die Menge ließe sich ohne noch größeren Verlust nicht verkleinern, weil die Böden nicht auf ein anderes, gleich wertvolles Produkt verwandt werden könnten. Infolgedessen würde die ganze Last der Steuer auf Rente und Profit[1]) fallen; eigentlich auf die *Rente* des Weinberges." „Der ordentliche Preis der Gerste ist aber nie ein Monopolpreis gewesen, und die Rente und der Profit des Gerstenbodens haben niemals über ihrem natürlichen Verhältnis zu denen von anderem, gleich fruchtbarem und gleich gut bebautem Boden gestanden. Die verschiedenen Steuern, welche auf Malz, Bier und Ale gelegt worden sind, *haben nie den Gerstenpreis gedrückt;* haben niemals die Rente und den Profit[1]) des Gerstenbodens vermindert. Der Malzpreis ist für den Brauer fortwährend im Verhältnis zu den darauf gelegten Steuern gestiegen, und jene Steuern haben im Verein mit den verschiedenen Bier- und Alezöllen den Preis dieser Güter für den Konsumenten stets erhöht oder, was auf dasselbe hinausläuft, die Qualität jener Güter verschlechtert. Die schließliche Bezahlung jener Steuern ist immer dem Konsumenten zur Last gefallen und nicht dem Produzenten." Zu dieser Stelle bemerkt Herr Buchanan: „Ein Malzzoll könnte niemals den Gerstenpreis herabsetzen, weil die erforderliche Menge nicht zu Markte gebracht werden würde, wenn durch das Malzen der

[1]) Siehe Note S. 255.

Gerste nicht ebensoviel zu verdienen wäre, als wenn man sie ungemalzt verkaufte. Es ist deshalb klar, daß der Preis des Malzes der darauf gelegten Steuer entsprechend steigen muß, da sonst die Nachfrage nicht gedeckt werden könnte. Indessen ist der Preis der Gerste gerade so gut ein Monopolpreis, wie der des Zuckers; beide werfen eine Rente ab, und der Marktpreis von beiden hat gleichmäßig jede Beziehung zu den ursprünglichen Kosten verloren."

Es scheint demnach Herrn Buchanan's Meinung zu sein, daß eine Malzsteuer den Malzpreis erhöhen, daß aber eine Steuer auf Gerste, aus der Malz bereitet wird, den Gerstenpreis nicht steigern würde, und daß darum, wenn Malz besteuert wird, die Steuer vom Konsumenten bezahlt werden wird, wenn Gerste besteuert wird, sie vom Grundbesitzer bezahlt werden wird, da er eine verminderte Rente empfangen wird. Nach Herrn Buchanan besitzt also die Gerste einen Monopolpreis, d. h. den höchsten Preis, den die Käufer dafür zu geben gewillt sind; wogegen das aus Gerste hergestellte Malz keinen Monopolpreis hat, weshalb es auch den etwa darauf gelegten Steuern entsprechend gesteigert werden kann. Diese Ansicht Herrn Buchanan's von den Wirkungen einer Malzsteuer scheint mir in direktem Widerspruch zu der Ansicht zu stehen, die er über eine ähnliche Steuer, eine Brotsteuer, geäußert hat: „Eine Brotsteuer wird letzthin nicht in Gestalt einer Preiserhöhung, sondern eine Rentenverkürzung bezahlt werden." [1]) Wenn eine Malzsteuer den Bierpreis steigern würde, müßte eine Brotsteuer den Brotpreis steigern.

Die folgende Beweisführung Herrn Say's gründet sich auf dieselben Anschauungen, wie die Herrn Buchanan's: „Die Menge Wein oder Getreide, welche ein Stück Land erzeugen wird, wird nahezu die gleiche bleiben, gleichgültig, was für eine Steuer es auch belastet. Die Steuer

[1]) Bd. III, S. 355.

mag die Hälfte oder sogar drei Viertel seines Reinertrages oder, wenn man will, seiner Rente verschlingen; doch würde das Land nichtsdestoweniger der Hälfte oder des Viertels wegen, das die Steuer übrig läßt, bebaut werden. Die Rente, d. h. der Anteil des Grundbesitzers, würde bloß etwas kleiner ausfallen. Der Grund dafür läßt sich erkennen, wenn wir in Betracht ziehen, daß die im angenommenen Falle vom Boden erzielte und zu Markte gebrachte Ertragsmenge trotz alledem dieselbe bleiben wird. Andererseits bleiben auch die Motive, auf welchen die Nachfrage nach dem Ertrag beruht, genau dieselben."

„Wenn nun die angebotene und die verlangte Ertragsmenge trotz der Einführung oder der Erhöhung der Steuer notwendigerweise dieselbe bleibt, wird sich der Preis jenes Ertrages nicht ändern; und wenn sich der Preis nicht ändert, wird der Konsument nicht den kleinsten Teil dieser Steuer bezahlen."

„Will man behaupten, daß der Landwirt, der Arbeit und Kapital liefert, mit dem Grundbesitzer zusammen die Last dieser Steuer tragen wird? Sicherlich nicht; weil die Tatsache der Steuer weder die Zahl der zu verpachtenden Güter verringert, noch die Zahl der Landwirte vermehrt hat. Da in diesem Falle auch Angebot und Nachfrage dieselben bleiben, so müssen die Renten der Güter auch dieselben bleiben. Das Beispiel des Salzsieders, der die Konsumenten nur zwingen kann, einen Teil der Steuer zu bezahlen, und das des Grundbesitzers, der sich auch nicht das Geringste zurückerstatten lassen kann, zeugen von dem Irrtum derjenigen, welche im Gegensatz zu den Nationalökonomen behaupten, daß alle Steuern letzthin den Konsumenten belasten." (Bd. II S. 338.)

Wenn die Steuer „die Hälfte oder sogar drei Viertel vom Reinertrage des Bodens verschlang", und der Preis des Ertrages nicht stieg, wie konnten jene Landwirte,

welche sehr mäßige Renten zahlten, die gewöhnlichen Kapitalprofite erzielen, da sie jene Bodenqualität hatten, die einen viel größeren Teil Arbeit beanspruchte, um einen bestimmten Erfolg zu erzielen, als Boden von größerer Fruchtbarkeit? Wenn ihnen die ganze Rente erlassen bliebe, würden sie immer noch geringere Profite erzielen, als die in anderen Gewerben, und infolgedessen ihren Boden nicht weiter bewirtschaften; es sei denn, sie könnten den Preis seines Ertrages steigern. Träfe die Steuer die Landwirte, so würden weniger Landwirte zur Pachtung eines Gutes bereit sein; träfe sie die Grundbesitzer, so würden viele Güter überhaupt nicht verpachtet werden; denn sie würden keine Rente bringen. Aber aus welchem Fonds würden diejenigen die Steuer bezahlen, die Getreide bauen, ohne jegliche Rente zu bezahlen? Es ist ganz klar, daß die Steuer auf den Konsumenten fallen muß. Wie vermöchte ein solcher Boden, wie ihn Herr Say in der folgenden Stelle schildert, eine Steuer von der Hälfte oder drei Vierteln seines Ertrages zu bezahlen?

„Wir sehen in Schottland so von dem Eigentümer arme Böden bewirtschaftet, die von niemand sonst bewirtschaftet werden könnten. Ebenso sehen wir in den inneren Provinzen der Vereinigten Staaten weite und fruchtbare Ländereien, deren Ertrag allein für den Unterhalt des Besitzers nicht ausreichen würde. Trotzdem werden diese Böden bewirtschaftet; aber das muß durch den Eigentümer selbst geschehen, oder, mit anderen Worten, er muß zur Rente, die wenig oder nichts beträgt, den Verdienst aus seinem Kapital und Fleiß hinzuschlagen, um es sich zu ermöglichen, auskömmlich zu leben. Es ist wohl bekannt, daß auch bebauter Boden dem Grundbesitzer kein Einkommen gewährt, wenn kein Landwirt eine Rente dafür zu zahlen gewillt ist; was ein Beweis dafür ist, daß ein solcher Boden nur den Verdienst aus dem Kapital und dem Fleiß

gewähren wird, welche für seine Bebauung nötig sind.“ (Say, Bd. II S. 127.)

Kapitel XVIII.

Armensteuern.

Wir haben gesehen, daß Steuern auf Rohprodukte und auf den Profit des Landwirts den Konsumenten der Rohprodukte treffen werden; weil, falls er es nicht in seiner Hand hätte, sich in Gestalt einer Preiserhöhung schadlos zu halten, die Steuer seinen Profit unter den allgemeinen Stand herabdrücken und ihn selbst zwingen würde, sein Kapital irgendeinem anderen Gewerbe zuzuwenden. Wir haben ferner gesehen, daß er, indem er sie von seiner Rente abzöge, die Steuer nicht auf seinen Gutsherren abwälzen könnte; weil auch derjenige Landwirt, der keine Rente bezahlte, gleich dem Bewirtschafter besseren Bodens, der Steuer unterworfen wäre, ob diese nun auf Rohprodukte oder auf die Profite des Landwirtes umgelegt wäre. Auch habe ich zu zeigen versucht, daß eine Steuer, wenn sie allgemein wäre und alle Profite, gewerbliche oder landwirtschaftliche, gleichmäßig träfe, auf den Preis weder von Waren noch Rohprodukten einwirken, sondern sofort wie zuletzt von den Produzenten bezahlt werden würde. Eine Grundrentensteuer, ist bemerkt worden, würde nur auf den Grundbesitzer fallen und würde unter keinen Umständen auf den Pächter abgewälzt werden können.

Die Armensteuer ist eine Steuer, welche die Natur aller dieser Steuern teilt und unter verschiedenen Umständen den Konsumenten von Rohprodukten und Waren, den Kapitalprofit und die Grundrente trifft. Sie stellt sich als eine Steuer dar, die mit besonderem Gewicht auf den Profit des Landwirts fällt und infolgedessen als von Einfluß auf den Rohproduktenpreis betrachtet werden kann. In dem Grade, als sie die gewerblichen und landwirtschaftlichen Profite gleichmäßig belastet, wird sie sich zu einer allgemeinen Kapitalprofitsteuer gestalten und wird keine Veränderung im Preise der Rohprodukte und Fabrikate verursachen. Im Verhältnis zu des Landwirts Unfähigkeit, sich für denjenigen Teil der Steuer, welcher ihn speziell trifft, an einer Erhöhung des Rohproduktenpreises schadlos zu halten, wird sie eine Rentensteuer sein und vom Grundbesitzer bezahlt werden. Um also die Wirkung der Armensteuer zu irgendeiner besonderen Zeit kennen zu lernen, müssen wir feststellen, ob sie zu jener Zeit die Profite des Landwirts und Fabrikanten in gleichem oder ungleichem Grade trifft; und auch, ob die Umstände derartig liegen, daß sie dem Landwirte die Möglichkeit bieten, den Preis der Rohprodukte zu erhöhen.

Die Armensteuern sollen eingestandenermaßen vom Landwirt im Verhältnis zu seiner Rente erhoben werden; und demgemäß sollte derjenige Landwirt, welcher eine sehr geringe oder überhaupt keine Rente bezahlte, wenig oder keine Steuer bezahlen. Wenn das wahr wäre, würden die Armensteuern, soweit sie von der ländlichen Klasse bezahlt werden, gänzlich den Grundbesitzer belasten und könnten auf den Konsumenten der Rohprodukte nicht abgewälzt werden. Allein, ich glaube, daß es nicht wahr ist; die Armensteuer wird nicht entsprechend der Rente erhoben, die ein Landwirt seinem Gutsherrn jeweilen bezahlt; sie steht im Verhältnis zum Jahreswerte seines Bodens, mag jener Jahreswert ihm nun durch das Kapital des Gutsherrn oder des Pächters verliehen sein.

Wenn zwei Landwirte in derselben Gemeinde Land von zwei verschiedenen Qualitäten pachteten, wobei der eine

für 50 Acker des fruchtbarsten Bodens eine Jahresrente von 100 £, und der andere die nämliche Summe für 1000 Acker des am wenigsten fruchtbaren bezahlte, so würden sie, falls keiner von beiden versuchte, den Boden zu verbessern, denselben Betrag an Armensteuern entrichten. Wenn sich jedoch der Landwirt des armen Bodens, in der Erwartung einer sehr langen Pachtzeit, bestimmen lassen sollte, die produktiven Kräfte seines Bodens durch Düngen, Entwässern, Einhegen usw. mit großen Kosten zu heben, so würde er zu den Armensteuern nicht im Verhältnis zu der von ihm an den Gutsherrn gezahlten jeweiligen Rente beitragen, sondern zum jeweiligen Jahreswerte des Bodens. Die Steuer könnte der Rente gleich sein, oder diese übersteigen; aber ob sie es täte, oder nicht, kein Teil dieser Steuer würde vom Grundbesitzer bezahlt werden. Sie würde vom Pächter vorher veranschlagt worden sein; und wenn der Produktenpreis nicht genügend wäre, um ihn für alle seine Kosten zusammen mit dieser Zusatzbelastung für Armensteuern zu entschädigen, so würde er die Verbesserungen nicht vorgenommen haben. Die Steuer wird also in diesem Falle offenbar vom Konsumenten bezahlt; denn wäre keine Steuer vorhanden gewesen, so würden dieselben Verbesserungen ausgeführt worden sein, und man würde bei einem niedrigeren Getreidepreise die allgemein übliche Profitrate vom verwendeten Kapital erzielt haben.

Auch würde es in dieser Frage nicht den geringsten Unterschied ausmachen, wenn der Gutsherr diese Verbesserungen selbst vorgenommen und infolgedessen seine Rente von 100 £ auf 500 £ erhöht hätte. Die Steuer würde dem Konsumenten in gleicher Weise aufgebürdet werden; denn ob der Gutsherr eine große Summe Geldes für seinen Boden verausgaben sollte, würde von der Rente, oder von dem, was man Rente nennt, abhängen, die er als Entschädigung dafür erhalten würde; und diese wiederum würde vom Preise

des Getreides oder anderer Rohprodukte abhängen, der genügend hoch stehen müßte, um nicht nur diese Zusatzrente, sondern auch die Steuer zu decken, der der Boden unterworfen sein würde. Wenn gleichzeitig auch alles gewerbliche Kapital zu den Armenlasten beisteuerten, und zwar im selben Verhältnis, als das vom Landwirt oder Grundbesitzer für Bodenverbesserung verausgabte Kapital, dann würden sie nicht länger eine Spezialsteuer auf die Profite des Kapitals des Landwirtes oder des Gutsbesitzers, sondern eine Steuer auf das Kapital aller Produzenten sein; und daher könnten sie auch nicht länger weder auf den Konsumenten der Rohprodukte noch den Grundbesitzer abgewälzt werden. Die Profite des Landwirts würden die Wirkung der Steuer nicht mehr spüren, als die des Fabrikanten, und der erstere könnte sie ebensowenig wie dieser zum Vorwande eines Preisaufschlages seines Gutes benutzen. Nicht der absolute, sondern der relative Rückgang der Profite ist es, der verhindert, daß Kapital in irgendeinem besonderen Gewerbe verwendet wird: Die Profitdifferenz ist es, welche Kapital von der einen Anlage zur anderen befördert.

Indessen muß man anerkennen, daß beim augenblicklichen Stande der Armensteuern ein weit größerer Betrag den Landwirt als den Fabrikanten im Verhältnis zu ihren entsprechenden Profiten trifft, da der Landwirt nach den jeweiligen Erträgen, die er erzielt, veranlagt wird, der Fabrikant bloß nach dem Werte der Gebäude, in denen er arbeitet, ohne Rücksicht auf den Wert der Maschinen, der Arbeit oder des Kapitals, das er verwenden mag. Aus diesem Umstand folgt, daß der Landwirt imstande sein wird, den Preis seines Produktes um diese gesamte Differenz zu erhöhen. Denn, da die Steuer seine Profite ungleichmäßig und besonders belastet, würde er weniger Grund haben, sein Kapital dem Boden zu widmen, als es in einem anderen Gewerbe zu

verwenden, wenn nicht der Preis der Rohprodukte gestiegen wäre. Hätte die Steuer dagegen den Fabrikanten schwerer als den Landwirt belastet, so würde jener imstande gewesen sein, aus dem nämlichen Grunde, aus welchem unter ähnlichen Umständen der Landwirt den Rohproduktenpreis steigern konnte, den Preis seiner Waren um den Betrag der Differenz zu erhöhen. In einer Gesellschaft also, welche ihre Landwirtschaft ausdehnt, werden die Armensteuern, falls sie den Boden besonders stark belasten, teilweise von den Kapitalverwendern in Gestalt einer Verminderung ihres Kapitalprofits, und teilweise von dem Konsumenten der Rohprodukte in der Form höherer Preise bezahlt werden. Bei einem derartigen Stande der Dinge kann die Steuer unter gewissen Umständen für die Grundbesitzer sogar eher vorteilhaft als nachteilig sein; denn ist die vom Bewirtschafter des schlechtesten Bodens entrichtete Steuer im Verhältnis zu der darauf gewonnenen Ertragsmenge höher als die von den Landwirten der fruchtbareren Böden bezahlte, so wird das Steigen des Getreidepreises, welches sich auf alles Getreide erstrecken wird, die letzteren mehr als genug für die Steuer entschädigen. Dieser Vorteil wird ihnen während der ganzen Dauer ihrer Pacht bleiben, nachher aber auf ihre Gutsherrn übergehen. Das also wäre die Wirkung der Armensteuern in einer fortschreitenden Gesellschaft; dagegen würde in einem stationären oder in einem rückschrittlichen Lande, insofern das Kapital nicht aus dem Boden zurückgezogen werden könnte, wenn eine weitere Steuer für die Armenunterstützung erhoben würde, derjenige Teil davon, welcher die Landwirtschaft träfe, während der Pachtdauer von den Landwirten bezahlt werden; beim Ablauf jener Pachtverträge aber würde er fast gänzlich die Gutsherrn belasten. Der Landwirt, welcher sein Kapital während seiner früheren Pacht verausgabt hätte, um seinen Boden zu verbessern, würde, falls das Gut noch in seinen Händen

wäre, für diese neue Steuer im Verhältnis zum neuen Werte, den der Boden infolge seiner Verbesserung angenommen hätte, veranlagt werden, und diesen Betrag müßte er während seiner Pacht bezahlen, obgleich seine Profite dadurch unter die allgemeine Profitrate herabgedrückt werden könnten; denn das von ihm verausgabte Kapital könnte vielleicht derartig in den Boden übergegangen sein, daß es ihm nicht mehr entzogen werden kann. Wenn allerdings er selbst oder sein Gutsherr (falls dieser es verausgabt haben sollte) imstande wären, dieses Kapital zurückzuziehen und auf diese Weise den Jahreswert des Bodens zu verringern, so würde die Steuer entsprechend sinken und, da sich der Ertrag gleichzeitig verringert hätte, würde sein Preis steigen. Er würde dadurch für die Steuer schadlos gehalten werden, daß er den Konsumenten mit ihr belastete, und kein Teil würde die Rente treffen. Allein, das ist unmöglich, wenigstens mit Rücksicht auf einen gewissen Teil des Kapitals, und deshalb wird die Steuer in jenem Verhältnis während ihrer Pachten von den Landwirten, und bei ihrem Erlöschen von den Gutsherrn bezahlt werden. Diese Zusatzsteuer, so weit sie die Fabrikanten besonders schwer belastete, würde unter solchen Umständen auf den Preis ihrer Waren aufgeschlagen werden; denn es kann kein Grund vorliegen, weshalb sich ihre Profite unter die allgemeine Profitrate reduzieren sollten, wo ihre Kapitalien der Landwirtschaft leicht zugeführt werden könnten.[1])

[1]) In einem früheren Teile dieses Werks habe ich auf den Unterschied hingewiesen, welcher zwischen der eigentlichen Rente und der Vergütung besteht, die dem Grundbesitzer unter diesem Namen für die Vorteile bezahlt wird, welche die Verausgabung seines Kapitals dem Pächter verschafft hat. Aber ich habe vielleicht noch nicht genug den Unterschied hervorgehoben, welcher aus den verschiedenen Modalitäten entspringen würde, in welchen dieses Kapital angewandt werden könnte. Da ein Teil dieses Kapitals, wenn

erst einmal zur Verbesserung eines Gutes verwandt, unzertrennlich mit dem Boden verbunden ist und seine produktiven Kräfte zu erhöhen neigt, so besitzt die dem Gutsherrn für seinen Gebrauch bezahlte Entschädigung genau die Natur der Rente und ist allen Gesetzen der Rente unterworfen. Mag die Verbesserung auf Kosten des Gutsherrn oder des Pächters geschehen sein, sie wird zunächst nicht vorgenommen werden, wenn nicht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden ist, daß der Gewinn daraus wenigstens demjenigen Profit gleichkommt, der sich aus der Anlage jedes anderen, gleichen Kapitals erzielen läßt. Ist sie aber einmal gemacht, so wird der erzielte Ertrag nachher stets vollständig die Rentennatur besitzen und allen Veränderungen der Rente unterworfen sein. Etliche dieser Ausgaben jedoch gereichen dem Boden nur auf gewisse Zeit zum Vorteil und steigern seine produktiven Kräfte nicht beständig: sind sie nämlich auf Gebäude und andere vergängliche Verbesserungen verwendet, so müssen sie ständig erneuert werden und bringen dem Grundbesitzer infolgedessen keinen dauernden Zuwachs zu seiner wirklichen Rente.

Kapitel XIX.

Über plötzliche Veränderungen in den Handelswegen.

Ein großes Industrieland ist zeitweiligen Wechselfällen und Zufälligkeiten, welche durch die Überführung von Kapital aus der einen Verwendung in eine andere entstehen, ganz besonders ausgesetzt. Die Nachfragen nach dem Erzeugnis der Landwirtschaft sind gleichmäßig und stehen nicht unter dem Einflusse von Mode, Vorurteil oder Laune. Um das Leben zu erhalten, sind Nahrungsmittel notwendig, und die Nachfrage nach Nahrungsmitteln muß zu allen Zeiten und in allen Ländern fortbestehen. Bei den

Gewerben ist das anders; die Nachfrage nach irgendeinem besonderen Fabrikat ist nicht bloß vom Bedarf, sondern auch von Geschmack und Laune der Käufer abhängig. Außerdem kann auch eine neue Steuer den verhältnismäßigen Vorteil, den ein Land vorher in der Fabrikation eines bestimmten Gutes besaß, zunichte machen; oder die Wirkungen eines Krieges können die Fracht- und Versicherungskosten bei seinem Versandt derartig in die Höhe treiben, daß es nicht länger in Wettbewerb mit dem einheimischen Fabrikat des Landes treten kann, nach welchem es früher exportiert wurde. In allen diesen Fällen werden jene erhebliches Ungemach und zweifellos auch gewisse Verluste zu erleiden haben, die sich mit der Herstellung solcher Güter befassen; und das wird sich nicht nur zur Zeit der Veränderung fühlbar machen, sondern während der ganzen Zwischenzeit, innerhalb deren sie ihre Kapitalien und die Arbeit, über welche sie verfügen können, aus der einen Verwendung in eine andere überführen.

Auch wird das Ungemach nicht allein in dem Lande, wo solche Schwierigkeiten entstehen, empfunden zu werden, sondern auch in denjenigen, nach welchen seine Güter vorher exportiert wurden. Kein Land kann lange einführen, wenn es nicht auch ausführt, oder kann lange ausführen, wenn es nicht auch einführt. Wenn also irgendein Umstand eintreten sollte, der ein Land dauernd verhindern sollte, den üblichen Betrag ausländischer Güter zu importieren, so wird dadurch notwendigerweise die Fabrikation etlicher Güter zurückgehen, welche gewöhnlich exportiert wurden; und obgleich sich der Gesamtwert der Produkte des Landes wahrscheinlich nur wenig ändern wird, da dasselbe Kapital zur Verwendung gelangen wird, so werden sie doch nicht ebenso reichlich und billig sein, und man wird während des Wechsels der Verwendungsarten erhebliches Ungemach zu bestehen haben. Wenn wir durch die Verwendung

von 10 000 £ bei der Fabrikation von Baumwollwaren für die Ausfuhr jährlich 3000 Paar seidene Strümpfe im Werte von 2000 £ einführten und dann wegen der Unterbrechung des auswärtigen Handels gezwungen sein sollten, dieses Kapital aus der Baumwollfabrikation zurückzuziehen und es selber zur Herstellung von Strümpfen zu verwenden, so müßten wir, unter der Voraussetzung, daß kein Teil des Kapitals vernichtet wäre, immer noch Strümpfe im Werte von 2000 £ erhalten; aber statt 3000 Paar zu haben, könnten wir vielleicht nur 2500 haben. Bei der Überführung des Kapitals aus dem Baumwollgewerbe in das Strumpfgewerbe könnte sich vielleicht manches Ungemach bemerkbar machen, aber es würde den Wert des Nationaleigentums nicht erheblich beeinträchtigen, obschon es die Menge unserer jährlichen Produktion möglicherweise verringern könnte.[1])

Der Beginn des Krieges nach einem langen Frieden, oder

[1]) „Der Handel setzt uns in den Stand, ein Gut an dem Orte zu erlangen, wo es zu finden ist, und es nach einem anderen zu schaffen, wo es verbraucht werden soll. Er bietet uns daher die Möglichkeit, den Wert des betreffenden Gutes um die ganze Differenz zwischen seinem Preise am ersten und am zweiten dieser Orte zu erhöhen.“ (Say, Bd. II S. 458.) Richtig; aber auf welche Weise wird ihm dieser Zusatzwert verliehen? Erstens dadurch, daß man zu den Produktionskosten die Versandtkosten, zweitens den Profit für den vom Kaufmann gemachten Kapitalsaufwand hinzuschlägt. Das Gut ist nur wertvoller aus denselben Gründen, aus welchen jedes andere Gut wertvoller werden kann, weil man zu seiner Herstellung und Versendung mehr Arbeit verausgabt, ehe es vom Konsumenten gekauft wird. Daß muß aber nicht als ein besonderer Vorteil des Handels hingestellt werden. Bei näherer Prüfung des Gegenstandes wird man finden, daß der ganze Segen des Handels auf den Umstand zurückzuführen ist, daß wir mit seiner Hilfe keine wertvolleren, wohl aber nützlichere Gegenstände erwerben können.

des Friedens nach einem langen Kriege erzeugt im Handel gewöhnlich beträchtliche Not. Er verändert in hohem Grade die Natur der Anlagen, welchen die betreffenden Kapitalien der Länder vorher gewidmet waren; und während der Zwischenzeit, in der sie sich an den Stellen niederlassen, welche neue Umstände am vorteilhaftesten gestaltet haben, ist viel stehendes Kapital unbenutzt, vielleicht gänzlich verloren gegangen, und die Arbeiter sind ohne volle Beschäftigung. Die Dauer dieser Notlage wird je nach der Stärke der Abneigung, welche die meisten Menschen gegen das Aufgeben ihrer langgewohnten Kapitalsanlage empfinden, länger oder kürzer ausfallen. Oftmals wird sie auch noch durch die Einschränkungen und Verbote verlängert, welche der unverständlichen, unter den verschiedenen Staaten der Handelswelt herrschenden Eifersucht ihre Entstehung verdanken.

Die Not, welche aus einem Umschwung des Handels entsteht, wird oft fälschlich für das gehalten, was mit einer Verminderung des nationalen Kapitals und einem rückschrittlichen Zustand der Gesellschaft verbunden ist. Es würde vielleicht schwer fallen, irgendwelche Kennzeichen herauszufinden, nach welchen sich beide genau unterscheiden lassen.

Wenn jedoch solche Not unmittelbar einen Wechsel von Krieg zu Frieden begleitet, so werden wir bei unserer Kenntnis von dem Bestehen einer derartigen Ursache vernünftigerweise glauben, daß die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel eher aus ihrer gewöhnlichen Bahn abgelenkt, als wesentlich geschmälert worden sind, und daß das Volk nach vorübergehendem Leiden wieder an Reichtum zunehmen wird. Man muß sich auch erinnern, daß der Rückgang stets ein unnatürlicher Zustand der Gesellschaft ist. Der Mensch wächst von der Jugend zur Mannheit heran, dann altert er und stirbt. Allein, die Entwicklung der Völker gestaltet

sich nicht so. Sind sie erst einmal in das Stadium der größten Kraft gelangt, so kann einem weiteren Fortschreiten allerdings Einhalt geboten werden, aber in ihrem natürlichen Streben wollen sie auf Jahrhunderte noch ihren Wohlstand und ihre Bevölkerung unvermindert beibehalten.

In reichen und mächtigen Ländern, wo große Kapitalien in Maschinen investiert sind, wird sich bei einem Umschwung im Handel mehr Not fühlbar machen als in ärmeren Ländern, wo verhältnismäßig ein viel kleinerer Betrag an stehendem, und ein weit größerer an umlaufendem Kapital vorhanden ist, und wo infolgedessen mehr Arbeit durch Menschenhände geleistet wird. Ein umlaufendes Kapital läßt sich nicht so schwer als ein stehendes aus einer Verwendung ziehen, in der es gerade beschäftigt ist. Oft ist es unmöglich, die Maschinerie, die für eine bestimmte Fabrikation aufgestellt sein mag, für die Zwecke einer anderen umzustellen. Aber die Kleidung, Nahrung und Wohnung des Arbeiters in dem einen Gewerbszweig kann leicht für den Unterhalt des Arbeiters in einem anderen verwendet werden; oder der selbige Arbeiter kann die nämliche Nahrung, Kleidung und Wohnung erhalten, während sich seine Verwendung geändert hat. Dies freilich ist ein Übel, dem sich eine reiche Nation unterwerfen muß; und darüber zu klagen, wäre nicht begründeter, als wenn ein reicher Kaufmann darüber jammern wollte, daß sein Schiff den Gefahren der See ausgesetzt wäre, während die Hütte seines armen Nachbars vor solchem Zufall sicher wäre.

Von Wechselfällen dieser Art, wenn auch in geringerem Maße, ist selbst die Landwirtschaft nicht ausgenommen. Der Krieg, welcher in einem handeltreibenden Lande den Handel der Staaten unterbricht, hindert häufig den Export des Getreides aus Ländern, wo es mit wenig Kosten erzeugt werden kann, nach anderen, die nicht so günstig gelegen sind. Unter solchen Umständen wird eine un-

gewöhnliche Menge von Kapital der Landwirtschaft zugeführt, und das vorher importierende Land wird von ausländischer Hilfe unabhängig. Bei der Beendigung des Krieges fallen die Einfuhrhindernisse fort, und für den inländischen Produzenten beginnt nun eine vernichtende Konkurrenz, aus der er unfähig ist, ohne das Opfer eines großen Teiles seines Kapitals zu entkommen. Die beste Politik des Staates würde sein, den Import ausländischen Getreides auf eine beschränkte Reihe von Jahren mit einer im Betrage von Zeit zu Zeit abnehmenden Steuer zu belegen, um dem inländischen Produzenten Gelegenheit zu bieten, sein Kapital nach und nach aus dem Boden herauszuziehen.[1]) Hierdurch

---

[1]) Im letzten Ergänzungsbande der Encyclopaedia Britannica, Artikel „Getreidegesetze und Handel", befinden sich die folgenden ausgezeichneten Ratschläge und Bemerkungen: „Wenn wir später einmal daran denken sollten, unsere Schritte zurückzulenken so möge man einen allmählich abnehmenden Zolltarif einführen, damit man Zeit gewinne, unser Kapital von der Bewirtschaftung unserer armen Böden abzulenken und lukrativeren Verwendungen zuzuführen. Der Preis, bei welchem das ausländische Getreide zollfrei eingelassen werden sollte, mag jährlich um 4 sh. oder 5 sh. per Quarter von 80 sh., seiner augenblicklichen Grenze, bis auf 50 sh., herabgesetzt werden; in welchem Falle die Häfen ruhig geöffnet, und das Einschränkungssystem für immer beseitigt werden könnte. Wenn dieses glückliche Ereignis stattgefunden hat, wird es nicht mehr nötig sein, die Natur zu vergewaltigen. Das Kapital und der Unternehmungsgeist des Landes werden sich solchen Industriezweigen wieder zuwenden, in welchen uns unsere physikalische Lage, unser Nationalcharakter oder unsere politischen Institutionen die Überlegenheit sichern. Dann wird das Getreide von Polen und die Rohbaumwolle von Karolina gegen die Waren Birminghams und die Musseline Glasgows ausgetauscht werden. Der angeborene Handelsgeist, er, der dauernd die Wohlfahrt der Völker sichert, läßt sich mit einer trüben und seichten Monopolpolitik nicht ver-

könnte zwar das betreffende Land nicht die vorteilhafteste Verteilung seines Kapitals bewerkstelligen, aber die zeitweilige Steuer, der es unterworfen wäre, würde einer besonderen Klasse zum Vorteil gereichen, die Verteilung von deren Kapital beim Stillstand der Einfuhr für die Beschaffung von Nahrungsmitteln höchst nützlich war. Wenn solchen Bemühungen in einer Zeit dringender Not bei Beendigung der Schwierigkeit das Risiko des Ruines folgte, so würde sich das Kapital vor einer derartigen Verwendung hüten. Die Landwirte würden außer dem üblichen Kapitalprofit erwarten, für das Risiko entschädigt zu werden, dem sie bei einer plötzlichen Getreidezufuhr ausgesetzt wären; und deshalb würde der Preis für den Konsumenten zu den Zeiten, wo er am meisten eine Zufuhr brauchte, nicht nur durch die höheren Kosten der inländischen Produktion gesteigert werden, sondern auch durch die Versicherung, welche er in dem Preise für das besondere Risiko zu zahlen haben würde, dem diese Kapitalverwendung ausgesetzt wäre. Trotzdem es also dem Wohlstande des Landes dienlicher wäre, die Einfuhr billigen Getreides unter jedwedem Opfer an Kapital zu gestatten, so würde es vielleicht doch geboten sein, sie auf einige Jahre mit einem Zoll zu belasten.

Bei Untersuchung der Rentenfrage fanden wir, daß mit jeder Vermehrung des Getreideangebotes und mit dem darauf folgenden Preisrückgange Kapital von dem ärmeren Boden zurückgezogen werden würde; und ein Boden besserer Art, der dann keine Rente zahlen würde, würde das Normalmaß werden, nach dem der natürliche Preis des Getreides

einen. Die Nationen der Erde sind gleichsam Provinzen desselben Königreiches — ein freier und ungehinderter Verkehr erzeugt gleichzeitig allgemeinen und örtlichen Vorteil.“ Der ganze Artikel ist sehr der Beachtung wert, er ist sehr lehrreich, ist gewandt geschrieben und zeigt, daß der Autor vollkommen Herr des Gegenstandes ist.

reguliert werden würde. Bei 4 £ pro Quarter könnte Boden von geringerer Qualität, der mit Nr. 6 bezeichnet sei, bebaut werden; bei 3 £ 10 sh. Nr. 5, bei 3 £ Nr. 4 usw. Wenn Getreide infolge dauernden Überflusses auf 3 £ 10 sh. herabginge, würde das auf Nr. 6 verwandte Kapital aufhören, verwandt zu werden; denn nur als Getreide auf 4 £ stand, konnte es den allgemeinen Profit erlangen, selbst ohne Rente zu bezahlen. Infolgedessen würde es zurückgezogen werden, um solche Güter zu fabrizieren, mit welchen man alles Getreide, das auf Nr. 6 wuchs, kaufen und importieren würde. Bei dieser Verwendung würde es notwendigerweise für seinen Besitzer produktiver sein, oder es würde nicht der anderen entzogen werden; denn wenn er mehr Getreide erhalten könnte von dem Boden, für welchen er keine Rente bezahlte, als er erlangen könnte, indem er es mit einem Gute erkaufte, das er fabrizierte, könnte sein Preis nicht unter 4 £ stehen.

Allerdings ist gesagt worden, daß Kapital nicht aus dem Boden zurückgezogen werden könne; es nehme die Gestalt von Ausgaben an, die sich nicht wieder erlangen ließen, wie Düngung, Einhegung, Entwässerung usw., die notwendigerweise von dem Boden untrennbar seien. Das ist in gewissem Grade richtig; aber das aus Rindvieh, Schafen Heu- und Getreidescheunen, Wagen usw. bestehende Kapital kann zurückgezogen werden; und es wird daher stets eine Sache der Kalkulation sein, ob diese, trotz des niedrigen Getreidepreises, auch fernerhin auf den Boden verwandt werden sollen, oder ob sie verkauft, und ihr Wert in eine andere Anlage übergeführt werden soll.

Nehmen wir es jedoch als Tatsache hin, daß kein Teil des Kapitals zurückgezogen werden könnte,[1] so würde der

[1] Welches Kapital auch immer im Boden den Charakter des stehenden annimmt, so muß es doch am Ende der Pacht notwen-

Landwirt weiter Getreide anbauen, und noch dazu dieselbe Menge, zu welchem Preise es sich auch immer verkaufen ließe. Denn es könnte gar nicht in seinem Interesse liegen, weniger zu erzeugen, und wenn er sein Kapital nicht auf diese Weise verwendete, würde er von ihm überhaupt keinen Gewinn haben. Man könnte kein Getreide einführen, weil er es lieber niedriger als 3 £ 10 s, als überhaupt nicht verkaufen würde, und der Voraussetzung nach könnte es der Importeur nicht unter diesem Preise verkaufen. Obschon also die Landwirte, welche Boden von dieser Qualität bewirtschafteten, durch das Sinken des Tauschwertes des

digerweise das des Gutsherrn und nicht des Pächters sein. Welche Entschädigung der Gutsherr auch immer für dieses Kapital bei der Weiterverpachtung seines Bodens erhalten mag, sie wird stets in der Form der Rente erscheinen. Allein, man wird keine Rente zahlen, wenn sich mit einem bestimmten Kapitale mehr Getreide von auswärts beziehen läßt, als auf dem betreffenden Boden im Inlande erzeugt werden kann. Wenn die Verhältnisse der Gesellschaft es nötig machen sollten, daß Getreide eingeführt wird, und durch Anwendung eines bestimmten Kapitals 1000 Quarter gewonnen werden können, und wenn dieser Boden bei der Verwendung desselben Kapitals 1100 Quarter trägt, so werden 100 Quarter unbedingt der Rente zufallen. Lassen sich aber 1200 Quarter vom Auslande erlangen, dann wird dieser Boden außer Kultur kommen; denn er wird nun nicht einmal die allgemeine Profitrate abwerfen. Das ist jedoch kein Nachteil, wie groß auch immer das Kapital gewesen sein mag, welches in den Boden gesteckt worden war. Solches Kapital wird in der Erwartung, den Ertrag zu vermehren, investiert — das, wie man sich erinnern muß, ist der Zweck. Welche Bedeutung kann es dann für die Gesellschaft haben, ob die Hälfte ihres Kapitals im Werte sinkt, oder sogar vernichtet wird, wenn sie eine größere Jahresproduktion erhält? Diejenigen, welche in diesem Falle den Kapitalverlust beklagen, bringen den Zweck den Mitteln zum Opfer.

Gutes, welches sie erzeugten, zweifellos Schaden erlitten, — wie würde das Land davon betroffen werden? Wir würden genau dieselbe Menge von jedem erzeugten Gute haben, aber Rohprodukte und Getreide würden zu einem viel billigeren Preis verkauft werden. Das Kapital eines Landes besteht in seinen Gütern, und da diese die nämlichen wie früher bleiben würden, so würde die Reproduktion in demselben Grade fortdauern. Dieser niedrige Getreidepreis würde jedoch nur den üblichen Kapitalprofit auf Boden Nr. 5 einbringen, der dann keine Rente bezahlen würde, und die Rente von allem besseren Boden würde sinken, desgleichen auch der Lohn, und der Profit würden steigen.

Wie tief auch immer der Getreidepreis sinken möchte, so würde doch keine Einfuhr erfolgen, wenn das Kapital nicht dem Boden entzogen werden könnte, und die Nachfrage nicht stiege; denn es würde dieselbe Menge wie zuvor im Inlande erzeugt werden. Obgleich eine andere Verteilung des Ertrages stattfände, und einzelne Klassen bevorteilt, und andere benachteiligt würden, so wäre die Gesamtproduktion doch genau dieselbe, und die Nation insgesamt würde weder reicher noch ärmer sein.

Doch ergibt sich aus einem verhältnismäßig niedrigen Getreidepreise stets der Vorteil, daß die Verteilung der jeweiligen Produktion wahrscheinlich die Mittel zum Unterhalt von Arbeit vermehren wird, insofern der produktiven Klasse ein größerer Anteil unter dem Namen des Profits, der unproduktiven Klasse ein kleinerer unter dem Namen der Rente zufallen wird.

Das ist wahr, selbst wenn das Kapital aus dem Boden nicht zurückgezogen werden kann, und daselbst verwendet werden oder gänzlich unverwendet bleiben muß. Läßt sich jedoch ein beträchtlicher Teil des Kapitals daraus zurückziehen, wie offenbar geschehen könnte, so wird er nur

zurückgezogen werden, wenn er durch seine Zurücknahme dem Eigentümer mehr einbringt, als wenn man ihn dort bleiben ließe, wo er war; man wird ihn nur dann zurückziehen, wenn er anderwärts für den Eigentümer wie für die Gesamtheit produktiver verwendet werden kann. Er willigt ein, jenen Teil seines Kapitals, welcher vom Boden nicht getrennt werden kann, aufzugeben, weil er mit dem Teil, den er wegnehmen kann, einen größeren Wert und eine größere Menge Rohprodukte erhalten kann, als wenn er diesen Teil des Kapitals nicht aufgäbe. Sein Fall ist ganz ähnlich dem eines Mannes, der in seiner Fabrik mit bedeutenden Kosten Maschinen aufgestellt hat, die später durch neuere Erfindungen derartig verbessert werden, daß die von ihm erzeugten Güter sehr erheblich im Werte sinken. Es würde für ihn gänzlich eine Frage der Kalkulation sein, ob er die alten Maschinen abschaffen und vollkommenere aufstellen sollte, *indem er den ganzen Wert der alten verliert*, oder ob er sich mit seinen verhältnismäßig schwachen Kräften weiter behelfen sollte. Wer würde ihm unter solchen Umständen raten, auf den Gebrauch der besseren Maschinen zu verzichten, weil sonst der Wert der alten verringert oder vernichtet werden würde? Dennoch ist dies das Argument derjenigen, welche uns anempfehlen wollen, die Getreideeinfuhr zu verhindern, weil dadurch der Teil des Kapitals des Landwirts, der für immer im Boden stecken bleibt, entwertet oder vernichtet wird. Sie sehen nicht ein, daß der Zweck alles Handels ist, die Produktion zu vermehren, und daß durch Vermehrung der Produktion das Gemeinwohl gehoben wird, wenn auch ein teilweiser Verlust entstehen sollte. Um konsequent zu sein, müßten sie alle Verbesserungen in der Landwirtschaft und den Gewerben, sowie alle maschinellen Erfindungen aufzuhalten suchen; denn obgleich diese zum allgemeinen Überfluß und deshalb zum Gemeinwohl beitragen, so verfehlen sie doch im Augenblicke ihrer Einführung nie, den

Wert eines Teiles des vorhandenen Kapitals der Landwirte und Gewerbetreibenden zu entwerten oder zu vernichten.[1])

Die Landwirtschaft ist, wie alle anderen Gewerbe, gerade in einem Handelsstaate einer Rückwirkung unterworfen, welche in entgegengesetzter Richtung auf die Wirkung eines starken Ansporns folgt. So führt, wenn der Krieg die Einfuhr von Getreide unterbricht, sein dadurch bedingter hoher Preis dem Boden Kapital zu, der großen Profite halber, welche eine derartige Verwendung desselben einbringt. Das wird wahrscheinlich verursachen, daß mehr Kapital verwendet wird, und daß mehr Rohprodukte zu Markte gebracht werden, als die Nachfrage des Landes erfordert. In solchem Falle wird der Getreidepreis infolge der Wirkungen eines Überflusses sinken, und viel landwirtschaftliches Ungemach wird erzeugt werden, bis das durchschnittliche Angebot mit der durchschnittlichen Nachfrage wieder ins Gleichgewicht gebracht ist.

Kapitel XX.

Wert und Reichtum, ihre Unterscheidungsmerkmale.

„Ein Mann ist reich oder arm," sagt Adam Smith, „je nach dem Grad, in welchem er sich den Genuß der Bedarfsartikel, Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens leisten kann."

[1]) Zu den trefflichsten Veröffentlichungen über die unkluge Politik einer Beschränkung der Getreideeinfuhr kann auch Major Torrens' „Abhandlung über den auswärtigen Getreidehandel" gezählt werden. Seine Beweisführung scheint mir unwiderlegt und unwiderleglich zu sein.

Der Wert unterscheidet sich also wesentlich vom Reichtum; denn der Wert hängt nicht vom Überfluß, sondern von der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Produktion ab. Die Arbeit einer Million Menschen in den Gewerben wird zwar stets denselben Wert erzeugen, wird aber nicht immer denselben Reichtum erzeugen. Durch die Erfindung von Maschinen, durch Fortschritte in der Geschicklichkeit, durch eine bessere Arbeitsteilung oder die Entdeckung neuer Märkte, wo sich vorteilhaftere Umsätze erzielen lassen, kann eine Million Menschen in dem einen Gesellschaftszustande möglicherweise das Doppelte oder Dreifache an Reichtümern, „an Bedarfsartikeln, Annehmlichkeiten und Vergnügungen“ hervorbringen, die sie in einem anderen erzeugen könnte; aber deswegen wird sie dem Werte doch nichts hinzufügen; denn jedes Ding steigt oder sinkt im Werte im Verhältnis zu der Leichtigkeit oder Schwierigkeit seiner Produktion oder, mit anderen Worten, im Verhältnis zu der auf seine Erzeugung verwandten Arbeitsmenge. Gesetzt, die Arbeit einer gewissen Anzahl Menschen produziere mit einem bestimmten Kapital 1000 Paar Strümpfe, und durch maschinelle Erfindungen könne dieselbe Anzahl Menschen 2000 Paar verfertigen, oder sie könne weiterhin 1000 Paar verfertigen und außerdem 500 Hüte. Dann wird der Wert der 2000 Paar Strümpfe, oder von 1000 Paar Strümpfen und 500 Hüten, weder größer noch kleiner sein, als der von 1000 Paar Strümpfen vor der Einführung der Maschinen, weil sie das Produkt derselben Arbeitsmenge sein werden. Nichtsdestoweniger wird sich der Wert der gesamten Gütermasse verringern; denn, obgleich der Wert der infolge der Verbesserung vergrößerten Produktenmenge genau derselbe sein wird, wie der Wert der kleineren Menge gewesen wäre, die erzeugt worden sein würde, wäre keine Verbesserung eingetreten, so wird doch auch eine Wirkung auf den noch nicht konsumierten Teil der Waren, die vor der Verbesserung produziert wurden, ausgeübt. Der Wert jener Waren wird sich insofern vermindern, als sie Stück für Stück auf den Stand der mit allen Vorteilen der Verbesserung erzeugten Waren herabsinken müssen; und trotz der vermehrten Gütermasse, trotz ihres gesteigerten Reichtums und ihrer gesteigerten Genußmittel, wird die Gesellschaft einen geringeren Wertbetrag haben. Indem wir beständig die Leichtigkeit der Produktion vermehren, vermindern wir fortgesetzt den Wert etlicher der vorher erzeugten Güter, obschon wir durch dieselben Mittel nicht bloß den Nationalreichtum, sondern auch die künftige Produktionskraft steigern. Viele der Irrtümer in der Volkswirtschaftslehre sind aus Irrtümern über diesen Gegenstand hervorgegangen; dadurch, daß man einen Zuwachs an Reichtum und einen Zuwachs an Wert für dieselbe Sache hielt, und aus haltlosen Begriffen über das, was ein Normalmaß des Wertes darstellte. Der eine betrachtet Geld als den Wertmaßstab, und nach ihm wird ein Volk reicher oder ärmer, je nachdem es seine Güter aller Arten gegen mehr oder weniger Geld austauschen kann. Andere stellen Geld als ein sehr bequemes Mittel zum Zwecke des Tauschhandels hin, doch nicht als ein geeignetes Maß, nach welchem sich der Wert anderer Dinge schätzen läßt; nach ihnen ist der wahre Wertmesser Getreide,[1]) und ein Land gilt für reich oder arm, je nachdem seine Güter sich für mehr

[1]) Adam Smith sagt: „Der Unterschied zwischen dem wirklichen und dem nominellen Preise von Gütern und Arbeit ist nicht nur eine Sache der Spekulation, sondern kann in der Praxis oft von bedeutendem Nutzen sein.“ Ich stimme mit ihm überein; aber der wirkliche Preis von Arbeit und Gütern läßt sich durch ihren Preis in Waren, Adam Smiths wirklichen Maßstab, nicht besser bestimmen als durch ihren Gold- und Silberpreis, seinen nominellen Maßstab. Der Arbeiter erhält nur dann einen in Wirklichkeit hohen Preis für seine Arbeit, wenn sein Lohn den Ertrag einer großen Arbeitsmenge ersteht.

oder weniger Getreide austauschen lassen.[1]) Andere wiederum betrachten ein Land als reich oder arm, je nach der Menge von Arbeit, die es erstehen kann. Warum aber sollte Gold oder Getreide oder Arbeit ein besseres Normalmaß des Wertes sein, als Kohle oder Eisen? — besser als Tuch, Seife, Kerzen und die übrigen Bedarfsartikel des Arbeiters? — kurz, warum sollte irgendein Gut oder alle Güter zusammen den Maßstab bilden, wenn solch ein Maßstab selbst Wertschwankungen unterliegt? Getreide wie Gold kann sich infolge von Produktionserleichterung oder -erschwerung in bezug auf andere Dinge um 10, 20 oder 30 % verändern; warum sollten wir stets sagen, daß sich gerade jene übrigen Dinge verändert haben, und nicht das Getreide? Das Gut allein bleibt unveränderlich, welches zu allen Zeiten dasselbe Opfer an Mühe und Arbeit zu seiner Erzeugung erfordert. Ein solches Gut kennen wir zwar nicht; doch können wir hypothetisch argumentieren und darüber sprechen, als ob wir es besäßen, und können unsere wissenschaftlichen Kenntnisse dadurch vervollkommnen, daß wir die absolute Unanwendbarkeit aller bisher angenommenen Maßstäbe eingehend nachweisen. Aber selbst, wenn wir annähmen, daß einer von diesen ein genauer Wertmaßstab wäre, würde er trotzdem noch immer kein Maßstab des Reichtums sein; denn Reichtum hängt nicht vom Werte ab. Jemand ist reich oder arm, je nach der Fülle von Bedarfsartikeln und Luxusgegenständen, über die er verfügen kann; und ob der Tauschwert dieser für Geld, für Getreide oder für Arbeit hoch oder niedrig ist, sie werden dennoch zum Genuß ihres Besitzers in gleicher Weise beitragen. Durch

[1]) Im 1. Bande S. 108 zieht Herr Say den Schluß, daß Silber jetzt denselben Wert hat, als unter der Regierung Ludwigs XIV., „weil dieselbe Silbermenge dieselbe Getreidemenge erkaufen wird".

Verwechslung der Begriffe Wert und Wohlstand oder Reichtum hat man behauptet, daß der Reichtum durch eine Verminderung der Menge von Gütern, d. h. der Bedarfsartikel, Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens, vermehrt werden könne. Wäre der Wert das Maß des Reichtums, dann könnte man das nicht bestreiten, weil sich der Wert der Güter durch Knappheit erhöht; ist aber Adam Smith im Rechte, besteht der Reichtum in Bedarfsartikeln und Genüssen, dann kann er durch eine Quantitätsverminderung nicht vermehrt werden.

Es ist wahr, daß der Besitzer eines seltenen Gutes reicher ist, wenn er damit über mehr Bedarfsartikel und Genüsse des menschlichen Lebens verfügen kann. Da aber das allgemeine Vermögen, aus welchem der Reichtum jedes Einzelnen hervorgeht, um alles, was irgend jemand daraus entnimmt, an Menge verringert wird, so müssen sich die Anteile der anderen notwendigerweise in dem Maße verkürzen, als sich dieser Begünstigte eine größere Menge für sich selbst anzueignen imstande ist.

Man lasse einmal das Wasser knapp werden, sagt Lord Lauderdale, und es ausschließlich im Besitze eines Einzelnen sein, und man wird seinen Reichtum vermehren, weil das Wasser nunmehr Wert haben wird; und wenn der Wohlstand die Summe von Einzelreichtümern ist, wird man den Wohlstand auf dieselbe Weise ebenfalls vermehren. Ohne Zweifel wird der Reichtum dieses Einzelnen zunehmen; aber insofern der Landwirt einen Teil seines Getreides, der Schuhmacher einen Teil seiner Schuhe verkaufen, und jedermann einen Teil seines Besitzes hingeben muß, einzig um sich mit Wasser zu versorgen, das vorher für nichts zu haben war, sind sie um die gesamte Gütermenge, welche sie zu dem Zwecke opfern müssen, ärmer, und der Eigentümer des Wassers ist genau um den Betrag ihres Verlustes bevorteilt. Zwar erfreut sich die Gesamtheit noch

derselben Wasser- und derselben Gütermenge, aber sie werden verschieden verteilt. Dies heißt jedoch eher ein Monopol, als eine Knappheit an Wasser annehmen. Wenn es knapp sein sollte, würde sich der Reichtum von Land und Leuten insofern tatsächlich vermindern, als sie um einen Teil eines ihrer Genüsse gebracht würden. Der Landwirt würde nicht nur weniger Getreide haben, um es für die anderen Güter auszutauschen, die ihm nötig oder wünschenswert sein könnten, sondern er, wie jeder andere Einzelne, würde um den Genuß einer der wesentlichsten ihrer Annehmlichkeiten verkürzt werden. Nicht nur würde eine andere Verteilung von Reichtum, sondern ein tatsächlicher Verlust an Wohlstand vorliegen.

Man kann also von zwei Ländern, die genau dieselbe Menge an allen Bedarfsartikeln und Annehmlichkeiten des Lebens haben, behaupten, daß sie gleich reich sind, aber der Wert ihres entsprechenden Reichtums würde von der verhältnismäßigen Leichtigkeit oder Schwierigkeit, mit der er erzeugt würde, abhängen. Denn, wenn uns eine bessere Maschine in den Stand setzen sollte, statt ein Paar Strümpfe, zwei Paar ohne Zusatzarbeit zu fabrizieren, so würde man für eine Elle Tuch die doppelte Menge davon hingeben. Wenn eine ähnliche Verbesserung in der Tuchfabrikation einträte, werden Strümpfe und Tuch zwar in denselben Verhältnissen wie früher gegeneinander ausgetauscht werden, aber beide werden im Werte gesunken sein; denn, um sie gegen Hüte, Gold oder gegen andere Güter im allgemeinen auszutauschen, muß man das Doppelte der früheren Menge dafür hingeben. Man dehne die Verbesserung auch auf die Produktion von Gold und jedes anderen Gutes aus, und sie werden alle ihre früheren Verhältnisse wieder erlangen. Im Lande wird die doppellte Menge an Gütern jährlich erzeugt, und der Wohlstand des Landes infolgedessen um das Doppelte vermehrt werden, aber dieser Wohlstand wird nicht an Wert zugenommen haben.

Obgleich Adam Smith die richtige Beschreibung von Reichtum, die ich mehr als einmal erwähnt habe, gegeben hat, legt er ihn später anders aus und sagt, „daß jemand reich oder arm sein muß, je nach der Arbeitsmenge, die er zu erstehen vermag“. Nun, diese Beschreibung unterscheidet sich von der anderen wesentlich und ist sicher unrichtig; denn, angenommen, die Minen sollten produktiver werden, so daß Gold und Silber infolge erheblicher Produktionserleichterung im Werte fielen; oder angenommen, es ließe sich Samt mit soviel weniger Arbeit als früher fabrizieren, daß er auf die Hälfte seines früheren Wertes fiele; dann würde der Reichtum von allen, die jene Güter erstanden, größer geworden sein; der eine könnte die Menge seines Silbergeschirrs vermehren, der andere könnte die doppelte Menge Samt kaufen; aber mit dem Besitz dieses Zusatzes an Silbergeschirr und Samt könnten sie nicht mehr Arbeit als vorher verwenden; denn, da der Tauschwert von Samt und Silbergeschirr gesunken wäre, müßten sie von diesen Arten des Reichtums entsprechend mehr aufwenden, um eine Tagesarbeit zu erstehen. Daher läßt sich der Reichtum nicht nach der Arbeitsmenge, welche er erstehen kann, schätzen.

Aus dem, was gesagt worden ist, wird man ersehen, daß sich der Wohlstand eines Landes auf zweierlei Weise vermehren läßt: Er läßt sich vermehren, indem man einen größeren Teil des Einkommens für den Unterhalt produktiver Arbeit verwendet, wodurch nicht bloß die Menge, sondern auch der Wert der Gütermasse erhöht wird; oder er läßt sich vermehren durch produktivere Ausnutzung der nämlichen Arbeitsmenge, ohne eine Zusatzmenge von Arbeit anzuwenden, was wohl die Fülle, aber nicht den Wert der Güter erhöhen wird.

Im ersteren Falle würde ein Land nicht nur reich werden, sondern auch der Wert seines Reichtums würde sich vermehren. Es würde reich werden durch Sparsamkeit, durch Einschränkung seiner Ausgaben für Luxusgegenstände und

Genüsse, und durch Anwendung dieser Ersparnisse zur Reproduktion.

Im zweiten Falle wird nicht notwendigerweise entweder eine verringerte Ausgabe für Luxusgegenstände und Genüsse vorliegen, oder eine vermehrte Menge von produktiver Arbeit verwendet werden, sondern man würde mit derselben Arbeit mehr produzieren; der Wohlstand würde zunehmen, aber nicht der Wert. Von diesen zwei Arten, den Wohlstand zu vermehren, muß die letztere vorgezogen werden, weil sie dieselbe Wirkung ohne die Entziehung oder Verringerung von Genüssen erzeugt, was mit der ersteren Art unfehlbar verbunden ist. Kapital ist derjenige Teil des Wohlstandes eines Landes, der in der Absicht künftiger Produktion verwendet wird und in derselben Weise wie der Wohlstand vermehrt werden kann. Ein Zusatzkapital wird für die Erzeugung künftigen Wohlstandes gleich wirksam sein, mag man es nun infolge technischer und maschineller Verbesserungen erlangt haben, oder indem man mehr Einkommen reproduktiv gebraucht. Denn Wohlstand hängt stets von der Menge der erzeugten Güter ab, ohne jede Rücksicht auf die Leichtigkeit, mit der man sich die bei der Produktion verwendeten Werkzeuge verschafft haben mag. Eine gewisse Menge Tuch und Lebensmittel wird dieselbe Anzahl Menschen unterhalten und beschäftigen und wird infolgedessen dieselbe Menge Arbeitsleistung verschaffen, ob sie nun mit der Arbeit von 100 oder von 200 Mann gewonnen werden; wenn aber zu ihrer Produktion 200 verwendet worden sind, werden sie den doppelten Wert haben.

Herr Say scheint mir, trotz der in der vierten und letzten Auflage seines Werkes, „Traité d'Économie Politique", vorgenommenen Verbesserungen, in seiner Definition von Reichtum und Wert besonders unglücklich gewesen zu sein. Er hält diese beiden Ausdrücke für synonym und meint, jemand sei in dem Maße reich, als er den Wert seines Besitzes vermehre und

imstande sei, über eine Fülle von Gütern zu verfügen. „Der Wert der Einkommen hat sich dann vermehrt," bemerkt er, „wenn sie, gleichgültig womit es geschieht, eine größere Menge an Erzeugnissen verschaffen können." Hätte sich die Schwierigkeit in der Tuchfabrikation verdoppelt, und würde daher Tuch gegen die doppelte Menge von Gütern getauscht, gegen die es zuvor getauscht wurde, so würde es sich nach Herrn Say an Wert verdoppelt haben, wozu ich meine völlige Zustimmung gebe. Wenn jedoch irgend welche besondere Erleichterung bei der Produktion der Güter, und keine größere Schwierigkeit bei der Tucherzeugung bestände, und Tuch sich infolgedessen für die doppelte Gütermenge wie vorher vertauschen lassen sollte, dann würde Herr Say immer noch sagen, daß sich das Tuch an Wert verdoppelt hätte, während er nach meiner Ansicht über den Gegenstand sagen müßte, daß das Tuch seinen früheren Wert beibehalten hätte, und jene Güter auf die Hälfte ihres früheren Wertes gesunken wären. Muß nicht Herr Say mit sich selbst in Widerspruch geraten, wenn er sagt, daß durch Produktionserleichterung zwei Sack Getreide mit denselben Mitteln, mit denen vorher einer gewonnen wurde, erzeugt werden können, und daß deshalb jeder Sack auf die Hälfte seines früheren Wertes sinken wird, und dennoch behauptet, daß der Tuchmacher, welcher sein Tuch gegen zwei Sack Getreide tauscht, das Doppelte des früher erhaltenen Wertes erhalten wird, wo er für sein Tuch nur einen Sack bekommen konnte. Wenn zwei Sack denselben Wert haben, wie einer vorher, so bekommt er offenbar den nämlichen Wert und nicht mehr, — er erhält allerdings die doppelte Menge an Reichtum, — die doppelte Menge an Nützlichkeit, — die doppelte Menge von dem, was Adam Smith Gebrauchswert nennt, keineswegs aber die doppelte Menge an Wert; und deshalb kann Herr Say nicht recht haben, wenn er Wert, Reichtum und Nützlichkeit für synonym hält. Allerdings gibt es in Herrn Say's Werk viele

Stellen, auf welche ich mich zum Beweise meiner Lehre hinsichtlich des wesentlichen Unterschiedes zwischen Wert und Reichtum ruhig beziehen kann, obgleich ich bekennen muß, daß auch mehrere andere Stellen vorhanden sind, in denen eine entgegengesetzte Lehre behauptet ist. Diese Stellen kann ich nicht vereinbaren, und ich hebe sie dadurch hervor, daß ich sie einander gegenüberstelle, damit Herr Say, wenn er mir bei einer späteren Auflage seines Werkes die Ehre erweisen sollte, diese Bemerkungen zu berücksichtigen, solche Erklärungen seiner Ansichten geben möge, daß sie die Schwierigkeit beseitigen können, auf welche viele so gut wie ich bei unseren Versuchen, sie zu ergründen, stoßen.

1. Beim Tausch zweier Produkte tauschen wir in Wirklichkeit die produktiven Leistungen, welche zu ihrer Schaffung gedient haben. . . . S. 504

2. Es gibt keine wirkliche Teuerung, außer der, welche aus den Produktionskosten entspringt. Ein wirklich teures Ding ist ein solches, das viel zu produzieren kostet . S. 497

3. Der Wert aller produktiven Leistungen, welche zur Schaffung eines Produktes verbraucht werden müssen, bilden die Produktionskosten jenes Produktes . . . . . S. 505

4. Die Nützlichkeit bestimmt die Nachfrage nach einem Gute, aber seine Produktionskosten schränken die Größe seiner Nachfrage ein. Wenn seine Nützlichkeit seinen Wert nicht auf den Stand seiner Produktionskosten hebt, dann ist das Ding nicht das wert, was es kostet; es ist ein Beweis dafür, daß die produktiven Leistungen zur Herstellung eines höherwertigen Gutes verwandt werden könnten. Die Besitzer produktiver Mittel, d. h. diejenigen, welche die Verfügung über Arbeit, über Kapital oder Boden besitzen, befassen sich ständig mit der Vergleichung der Produktionskosten und des Wertes der erzeugten Dinge oder, was auf dasselbe herauskommt, mit der Vergleichung des Wertes der verschiedenen Güter untereinander; weil die Produktionskosten nichts anderes als der Wert der produktiven Leistungen sind, die beim Zustandebringen einer Produktion verbraucht werden; und der Wert einer produktiven Leistung nichts anderes ist, als der Wert des Gutes, welches das Ergebnis ist. Der Wert eines Gutes, der Wert einer produktiven Leistung, der Wert der Produktionskosten sind also insgesamt ähnliche Werte, wenn jedes Ding seinem natürlichen Laufe überlassen bleibt.

5. Der Wert von Einkommen ist dann gewachsen, wenn sie (gleichgültig, womit dies geschieht) ein größeres Quantum von Produkten verschaffen können.

6. Der Preis ist das Maß des Güterwertes, und ihr Wert ist das Maß ihrer Nützlichkeit . . . . . Bd. II S. 4

7. Der freie Tauschhandel gibt zu der Zeit, an dem Orte und in dem Zustande der Gesellschaft, in dem wir uns befinden, den Wert an, den man den ausgetauschten Dingen beimißt. S. 466

8. Produzieren heißt Wert schaffen dadurch, daß man einem Dinge Nützlichkeit verleiht oder sie vermehrt, und damit eine Nachfrage danach hervorruft, die die erste Ursache seines Wertes ist . . Bd. II S. 487

9. Geschaffene Nützlichkeit bildet ein Produkt. Der daraus sich ergebende Tauschwert ist bloß das Maß dieser Nützlichkeit, das Maß der Produktion, die stattgefunden hat . . S. 490

10. Die Nützlichkeit, welche Menschen eines besonderen Landes an einem Produkte finden, kann nicht anders geschätzt werden, als nach dem Preise, welchen sie dafür bezahlen . S. 502

11. Der Preis ist das Maß der Nützlichkeit, welche es in dem Urteile der Menschen hat; der Befriedigung, welche sie aus seinem Verbrauch ableiten, weil sie diese Nützlichkeit lieber nicht verbrauchen würden, wenn sie für den Preis, den sie kostet, eine Nützlichkeit erwerben könnten, die ihnen mehr Befriedigung bieten würde . S. 506

12. Die Menge aller anderen Güter, welche jemand für das Gut, das er zu veräußern wünscht, sofort erhalten kann, ist zu allen Zeiten ein nicht zu bestreitender Wert. Bd. II S. 4

Wenn es keine wirkliche Teuerung gibt, als die, welche aus den Produktionskosten entspringt (siehe Nr. 2), wie kann dann von einem Gute behauptet werden, es steige im Werte (siehe Nr. 5), wenn seine Produktionskosten nicht gewachsen sind? und bloß, weil es gegen mehr von einem billigen Gute getauscht werden wird — gegen mehr von einem Gute, dessen Produktionskosten sich verringert haben? Wenn ich für ein Pfund Gold 2000 mal mehr Tuch gebe, als ich für ein Pfund Eisen gebe, beweist das, daß ich dem Golde 2000 mal mehr Nützlichkeit als dem Eisen beimesse? Sicherlich nicht; es beweist nur, wie Herr Say (siehe Nr. 4) zugibt, daß die Produktionskosten des Goldes 2000 mal so groß als die des Eisens sind. Wären die Produktionskosten der beiden Metalle gleich, so würde ich denselben Preis für sie bezahlen; wäre aber Nützlichkeit das Maß des Wertes, so würde ich wahrscheinlich für das Eisen mehr geben. Die Konkurrenz unter den Produzenten, „welche sich beständig mit der Vergleichung der Produktionskosten und des Wertes des erzeugten Dinges befassen“ (siehe Nr. 4), ist es, welche den Wert verschiedener Güter reguliert. Wenn ich also für ein Laib Brot einen Schilling und für eine Guinee deren 21 gebe, so beweist das nicht, daß dies meiner Schätzung nach das verhältnismäßige Maß ihrer Nützlichkeit ist.

In Nr. 4 vertritt Herr Say mit kaum einer Abweichung die Lehre, an der ich hinsichtlich des Wertes festhalte. In seine produktiven Leistungen schließt er die Leistungen von Boden, Kapital und Arbeit ein; in meine schließe ich nur Kapital und Arbeit ein und schließe den Boden gänzlich aus. Unsere Meinungsverschiedenheit ergibt sich aus der verschiedenen Ansicht, die wir von der Rente haben: Ich betrachte sie stets als das Resultat eines teilweisen Monopols, das in Wirklichkeit niemals den Preis bestimmt, sondern vielmehr die Wirkung desselben ist. Wenn die Grundbesitzer auf

alle Rente verzichteten, so bin ich der Meinung, daß die auf dem Boden erzeugten Güter nicht billiger sein würden, weil immer ein Teil derselben Güter auf einem Boden erzeugt wird, für den man keine Rente bezahlt oder bezahlen kann, da der Ertragsüberschuß gerade genügend ist, um den Kapitalprofit zu bezahlen.

Obgleich niemand mehr als ich dazu geneigt ist, den Vorteil hoch einzuschätzen, den alle Konsumentenklassen von einer wirklichen Fülle und Wohlfeilheit der Güter haben, so kann ich doch, um zu schließen, Herrn Say nicht darin beistimmen, wenn er den Wert eines Gutes nach der Menge anderer Güter schätzt, gegen die es getauscht werden wird. Ich bin der Meinung eines ganz ausgezeichneten Schriftstellers, Herrn Destutt de Tracy's, welcher sagt, „daß, ein Ding messen, so viel heißt, als es mit einer bestimmten Menge des nämlichen Dinges zu vergleichen, welches wir als Maßstab der Vergleichung, als Einheit wählen. Eine Länge, ein Gewicht, einen Wert messen, also bestimmen, heißt finden, wie oft sie Meter, Gramme, Franken, kurz, Einheiten derselben Art enthalten.“ Ein Frank ist nicht ein Wertmaß für jegliches Ding, sondern nur für eine Menge desselben Metalls, aus welchem Franken hergestellt werden, wenn Franken und das zu messende Ding sich nicht auf ein anderes Maß zurückführen lassen, welches beiden gemeinsam ist. Das, glaube ich, ist möglich; denn beide sind das Ergebnis von Arbeit; und deshalb ist Arbeit ein gemeinsames Maß, nach welchem sich ihr wirklicher, wie auch ihr verhältnismäßiger Wert schätzen läßt. Das scheint, zu meiner Freude, auch die Meinung Herrn Destutt de Tracy's zu sein.[1]) Er sagt: „Da es fest steht, daß unsere phy-

[1]) Éléments d'Idéologie, Bd. IV S. 99. — In diesem Werke hat Herr de Tracy eine nützliche und eine treffliche Abhandlung über die allgemeinen Grundsätze der Volkswirtschaftslehre ge-

sischen und moralischen Fähigkeiten allein unseren ursprünglichen Reichtum bilden, so ist die Anwendung jener Fähigkeiten, Arbeit irgendwelcher Art, unser einziger, ursprünglicher Schatz, und stets infolge dieser Anwendung werden alle jene Dinge geschaffen, die wir Reichtum nennen; die, welche die notwendigsten sind, so gut als die, welche die lediglich angenehmsten sind. Es ist auch sicher, daß alle jene Dinge nur die Arbeit repräsentieren, welche sie geschaffen hat, und, wenn sie einen Wert oder sogar zwei verschiedene Werte haben, können sie diese nur von dem der Arbeit herleiten. aus welcher sie stammen."

Herr Say legt es Adam Smith, wo er von den Vorzügen und den Mängeln seines großen Werkes spricht, als Irrtum aus, daß „er der Arbeit des Menschen allein die Fähigkeit zuspricht, Wert zu erzeugen. Eine genauere Analyse zeigt uns, daß der Wert von der Arbeitstätigkeit herrührt, oder vielmehr von dem menschlichen Fleiße im Verein mit der Wirkung jener Kräfte, welche die Natur liefert, und mit der des Kapitals. Seine Unkenntnis dieses Grundsatzes hinderte ihn daran, die wahre Theorie vom Einfluß des Maschinenwesens bei der Produktion von Reichtum aufzustellen."

Im Gegensatz zu Adam Smith's Ansicht spricht Herr Say im vierten Kapitel von dem Werte, der den Gütern durch Naturkräfte verliehen wird, wie die Sonne, die Luft, der Atmosphärendruck usw., die bisweilen die menschliche Arbeit ersetzen, bisweilen auch bei der Produktion mit ihr zusammen wirken. [1]) Aber obgleich diese Naturkräfte den *Gebrauchswert* eines Gutes bedeutend erhöhen, so erhöhen sie doch niemals seinen Tauschwert, von dem Herr Say spricht: Sobald als man mit Hilfe von Maschinen oder der Kenntnis der Naturwissenschaften Naturkräfte zwingt, die Arbeit zu leisten, welche vorher vom Menschen geleistet wurde, sinkt der Tauschwert dieser Arbeit in entsprechender Weise. Wenn 10 Mann eine Getreidemühle trieben, und man die Entdeckung macht, daß sich die Arbeit dieser 10 Mann mit Hilfe des Windes oder Wassers ersparen läßt, so würde das Mehl, welches zum Teil das Produkt der von der Mühle geleisteten Arbeit ist, sogleich im Verhältnis zur ersparten Arbeitsmenge im Werte sinken; und die Gesellschaft würde um die Güter, welche die Arbeit der 10 Mann erzeugen könnte, reicher sein, da die zu ihrem Unterhalte bestimmten Mittel in keiner Weise beeinträchtigt wären.

schaffen, und ich bedauere nur, hinzufügen zu müssen, daß er mit seiner Autorität die Definitionen stützt, welche Herr Say von den Worten „Wert", „Reichtum" und „Nützlichkeit" gegeben hat.

[1]) „Der erste Mensch, welcher die Metalle durch Feuer schmelzen lernte, ist nicht der Erzeuger des Wertes, der dem geschmolzenen Metalle durch diesen Prozeß hinzugefügt wird. Jener Wert ist das Resultat der physischen Wirkung des Feuers, verbunden mit dem Fleiße und dem Kapitale von denjenigen, die sich diese Kenntnis zunutze machten." — „Aus diesem Irrtume hat Smith den falschen Schluß gezogen, daß der Wert aller Produkte die derzeitige oder frühere Arbeit des Menschen repräsentiert oder, *mit anderen Worten, daß Reichtum nichts weiter als angehäufte Arbeit ist, weshalb nach einer zweiten, gleich unrichtigen Folgerung die Arbeit den einzigen Maßstab des Reichtums oder des Produktenwertes bildet.*" (Kap. IV S. 31.) Die Folgerungen, mit denen Herr Say schließt, sind seine eigenen und nicht diejenigen Dr. Smith's; sie sind richtig, wenn man zwischen Wert und Reichtum keinen Unterschied macht, und an dieser Stelle macht Herr Say keinen. Aber obgleich Adam Smith, welcher den Reichtum als die Fülle von Bedarfsartikeln, Annehmlichkeiten und Genüssen des menschlichen Lebens definierte, zugestanden haben würde, daß Maschinen und Naturkräfte den Reichtum eines Landes ganz bedeutend steigern könnten, so würde er doch nicht zugegeben haben, daß sie dem Werte jenes Reichtums irgend etwas hinzufügen.

Herr Say übersieht fortwährend den wesentlichen Unterschied, welcher zwischen Gebrauchswert und Tauschwert besteht.

Herr Say wirft Dr. Smith vor, er hätte den Wert übersehen, welcher den Gütern durch Naturkräfte und durch Maschinen verliehen wird, weil er meinte, daß der Wert aller Dinge aus der menschlichen Arbeit hervorginge. Doch scheint es mir nicht, daß dieser Vorwurf gerechtfertigt ist; denn Adam Smith unterschätzt nirgends die Dienste, welche uns diese Naturkräfte und Maschinen leisten, wohl aber unterscheidet er sehr richtig die Natur des Wertes, den sie den Gütern hinzufügen: Sie sind uns dadurch dienlich, daß sie die Fülle der Erzeugnisse mehren, daß sie die Menschen reicher machen und den Gebrauchswert erhöhen; da sie jedoch ihre Arbeit umsonst leisten, da man für den Gebrauch von Luft, von Hitze und von Wasser nichts bezahlt, so erhöht der Beistand, den sie uns leisten, in nichts den Tauschwert.

Kapitel XXI.

Wirkungen der Kapitalsansammlung auf Profit und Zins.

Nach den Mitteilungen, die über den Kapitalprofit gemacht worden sind, wird es scheinen, daß keine Kapitalsansammlung den Profit dauernd drücken wird, wenn nicht eine bleibende Ursache für das Steigen des Lohnes vorhanden ist. Wären die dem Unterhalt der Arbeit dienenden Mittel verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht, so würde irgendwelche Schwierigkeit in der Beschaffung der erforderlichen Anzahl von Händen für die Verwendung dieser Mittel nicht

lange bestehen; doch würden infolge der wachsenden Schwierigkeit, fortwährende Zusätze zu dem Nahrungsmittelvorrat des Landes zu machen, Mittel von gleichem Werte wahrscheinlich nicht die nämliche Arbeitsmenge unterhalten. Wenn sich die Bedarfsartikel des Arbeiters beständig mit derselben Leichtigkeit vermehren ließen, so könnte es keine dauernde Veränderung im Profit- oder Lohnsatze geben, bis zu welchem Betrage auch immer Kapital angesammelt werden möchte. Adam Smith jedoch schreibt das Sinken des Profits durchweg der Kapitalsansammlung und dem Wettbewerbe zu, der daraus folgen wird, ohne jemals auf die wachsende Schwierigkeit der Nahrungsbeschaffung für die zusätzliche Zahl von Arbeitern, welche das zusätzliche Kapital verwenden wird, Bezug zu nehmen. „Die Kapitalszunahme," sagt er, „welche den Lohn steigert, hat die Tendenz, den Profit zu drücken. Wenn sich die Kapitalien vieler reicher Kaufleute demselben Gewerbszweige zuwenden, so strebt ihre gegenseitige Konkurrenz natürlich dahin, seinen Profit zu drücken; und wenn eine gleiche Kapitalszunahme in allen den verschiedenen Gewerben, welche in derselben Gesellschaft betrieben werden, vorhanden ist, so muß derselbe Wettbewerb die nämliche Wirkung in allen herbeiführen." Adam Smith spricht hier von einem Steigen des Lohnes, aber von einem vorübergehenden Steigen, das von dem Anwachsen der Mittel, bevor die Bevölkerung sich vermehrte, herrührt; und er scheint nicht zu sehen, daß zur selben Zeit, wo sich das Kapital vermehrt, sich auch die vom Kapital zu leistende Arbeit in demselben Verhältnis vermehrt. Herr Say hat indessen in der befriedigendsten Weise gezeigt, daß es keinen Kapitalsbetrag gibt, der in einem Lande nicht verwendet werden kann, weil der Nachfrage nur durch die Produktion Schranken gesetzt sind.[1] Niemand produziert, als in der Absicht, zu konsumieren oder zu verkaufen, und er verkauft nur in der Absicht, ein anderes Gut zu kaufen,

das ihm unmittelbar nützlich sein, oder das zu zukünftiger Produktion beitragen kann. Daher wird er durch Produzieren notwendigerweise entweder zum Konsumenten seiner eigenen Waren oder zum Käufer und Konsumenten der Waren einer anderen Person. Es ist nicht anzunehmen, daß er auf längere Zeit hinsichtlich der Güter schlecht informiert sein sollte, die er am vorteilhaftesten produzieren kann, um das Ziel, welches er im Auge hat, nämlich den Besitz anderer Waren, zu erreichen; und infolgedessen ist es nicht wahrscheinlich, daß er fortwährend ein Gut hervorbringen wird, nach dem keine Nachfrage vorhanden ist.[1])

Es kann also in einem Lande kein Kapitalbetrag angesammelt werden, der sich nicht produktiv anlegen ließe, bis der Lohn infolge des Steigens der Bedarfsartikel derartig steigt, und demnach für den Kapitalprofit so wenig übrigbleibt, daß der Grund zur Ansammlung zu wirken aufhört.[2]) Solange der Kapitalprofit hochsteht, werden die

[1]) Adam Smith sagt, daß uns Holland ein Beispiel für das Sinken des Profits infolge der Kapitalsansammelung und die daraus folgende Überladung jedes Gewerbszweiges biete. „Die Regierung borgt dort zu 2 %. und ein kreditwürdiger Privatmann zu 3 %." Aber man sollte sich daran erinnern, daß Holland gezwungen war, fast das ganze Getreide, das es verbrauchte, einzuführen, und dadurch, daß es schwere Steuern auf die Bedarfsartikel des Arbeiters legte, erhöhte es den Arbeitslohn noch mehr. Diese Tatsachen werden die niedrige Rate von Profit und Zins in Holland genügend erklären.

[2]) Stimmt das Folgende mit Herrn Say's Grundsatz wohl ganz überein? „In je größerem Überfluß verfügbare Kapitalien im Verhältnis zum Umfang ihrer Verwendung vorhanden sind, desto mehr wird der Zinsfuß für Kapitalsdarlehen sinken." (Bd. II S. 108.) Wenn sich Kapital bis zu jeder Höhe von einem Lande verwenden läßt, wie kann man es dann im Vergleich mit dem Umfang seiner Verwendung als im Überfluß vorhanden bezeichnen?

Menschen einen Grund haben, Kapital anzusammeln. Solange noch jemand ein unbefriedigtes Bedürfnis empfindet, wird er eine Nachfrage nach mehr Gütern haben; und es wird eine wirksame Nachfrage sein, solange als der Betreffende noch irgendeinen neuen Wert im Austausche für sie zu bieten hat. Wenn jemand, der 100 000 £ im Jahre hätte, 10 000 £ erhielte, so würde er diese Summe nicht in einen Kasten verschließen, sondern entweder seine Ausgaben um 10 000 £ vermehren, oder sie selbst produktiv verwenden, oder aber sie zu dem Zwecke an jemand anderen ausleihen; in jedem Falle würde sich die Nachfrage vermehrt haben, obgleich nach verschiedenen Gegenständen. Wenn er seine Ausgaben vermehrte, so könnte sich seine wirksame Nachfrage wahrscheinlich auf Bauten, Möbel oder irgendeinen derartigen Genuß richten. Verwendete er seine 10 000 £ produktiv, dann würde sich seine wirksame Nachfrage auf Nahrung, Kleidung und Rohmaterial richten, die neue Arbeiter beschäftigen könnten; doch würde es immer Nachfrage sein.[1])

[1]) Adam Smith sagt, „daß, wenn das Erzeugnis eines besonderen Industriezweiges übersteigt, was die Nachfrage des Landes erfordert, der Überschuß ins Ausland geschickt und gegen etwas vertauscht werden muß, nach welchem im Lande selbst eine Nachfrage besteht. *Ohne eine solche Ausfuhr muß ein Teil der produktiven Arbeit des Landes aufhören, und der Wert ihres jährlichen Ertrages sich vermindern.* Der Boden und die Arbeit von Großbritannien bringen gewöhnlich mehr Getreide, Wolle und Eisenwaren hervor, als der Bedarf des heimischen Marktes erfordert. Daher muß der überschüssige Teil ins Ausland versandt und gegen etwas vertauscht werden, nach dem im Lande eine Nachfrage vorhanden ist. Nur mit Hilfe solcher Ausfuhr kann dieser Überschuß einen Wert erhalten, der groß genug ist, um die auf seine Produktion verwandte Arbeit und Auslage bezahlt zu machen." Man würde durch die obige Stelle verführt werden, zu denken, Adam Smith schlösse, wir befänden uns

Produkte werden stets mit Produkten oder Diensten gekauft; Geld ist nur das Mittel, welches den Austausch bewirkt. Es kann zuviel von einem besonderen Gute erzeugt werden, von dem eine solche Fülle auf dem Markte vorhanden sein kann, daß sich das dafür verausgabte Kapital nicht bezahlt macht. Jedoch kann das nicht bei allen Gütern der Fall sein. Die Nachfrage nach Getreide wird durch die Münder eingeschränkt, die es verzehren sollen, nach Schuhen und Kleidern durch die Anzahl der Personen, welche sie tragen sollen. Obgleich aber ein Gemeinwesen oder ein Teil eines Gemeinwesens so viel Getreide und so viel Hüte und Schuhe haben kann, als es zu verbrauchen imstande ist oder wünschen mag, so läßt sich doch nicht ein gleiches von jedem Gute behaupten, welches durch die Natur oder durch die Kunst hervorgebracht wird. Etliche würden mehr Wein konsumieren, wenn sie die Möglichkeit hätten, sich ihn zu verschaffen. Andere, die Wein genug besitzen, möchten die Menge ihrer Möbel vermehren oder deren Qualität verbessern. Andere wiederum möchten vielleicht ihr Besitztum verschönern oder ihre Häuser vergrößern. Der

---

in der Zwangslage, einen Überschuß an Getreide, Wollwaren und Eisenwaren zu produzieren, und das Kapital, welches sie produzierte, könnte nicht anders verwendet werden. Es ist indessen immer eine Sache der Wahl, auf welche Weise ein Kapital verwandt werden soll, weshalb es auch auf längere Zeit nie einen Überschuß irgendeines Gutes geben kann. Denn, wenn dem so wäre, dann würde es unter seinen natürlichen Preis sinken, und das Kapital sich einer gewinnbringenderen Verwendung zuwenden. Kein Schriftsteller hat befriedigender und trefflicher als Dr. Smith die Tendenz des Kapitals gezeigt, sich aus solchen Verwendungsarten zurückzuziehen, in denen die erzeugten Waren in ihrem Preise nicht die gesamten Auslagen, einschließlich der ordentlichen Profite, für ihre Herstellung und Verschickung auf den Markt bezahlt machen. (Siehe Buch I Kap. X.)

Wunsch, dies alles oder eins davon zu tun, ist in die Brust jedes Menschen eingepflanzt; nichts weiter ist nötig, als die Mittel, und nichts kann die Mittel gewähren, als eine Steigerung der Produktion. Ständen mir Nahrungsmittel und Bedarfsartikel zur Verfügung, so würde ich nicht lange Mangel an Arbeitern leiden, die mich in den Besitz einiger von den Gegenständen bringen würden, die mir am nützlichsten oder begehrenswertesten erschienen.

Ob diese vermehrten Produkte und die daraus folgende Nachfrage, die sie verursachen, den Profit drücken wird, oder nicht, hängt einzig und allein vom Steigen des Lohnes ab; und das Steigen des Lohnes, ausgenommen auf eine beschränkte Zeit, von der Leichtigkeit, die Nahrungsmittel und Bedarfsartikel des Arbeiters zu erzeugen. Ich sage, angenommen auf eine beschränkte Zeit, weil kein Punkt besser begründet ist, als daß das Angebot von Arbeitern letzthin immer im Verhältnis zu ihren Unterhaltsmitteln stehen wird.

Es gibt nur einen Fall, und auch der tritt nur zeitweilig ein, in welchem die Kapitalsansammlung bei einem niedrigen Lebensmittelpreise mit einem Sinken des Profits verbunden sein kann; und der ist, wenn die Mittel für den Unterhalt der Arbeit bedeutend schneller als die Bevölkerung zunehmen; dann wird der Lohn hoch und der Profit niedrig stehen. Wenn jedermann auf den Gebrauch von Luxusgegenständen Verzicht leistete und nur auf Kapitalsansammlung bedacht wäre, dann ließe sich eine Menge von Bedarfsartikeln produzieren, für welche kein unmittelbarer Konsum vorhanden sein könnte. An der Zahl nach so begrenzten Gütern könnte zweifellos ein allgemeiner Überfluß bestehen, weshalb weder eine Nachfrage nach einer Zusatzmenge solcher Güter, noch Profit auf die Verwendung von mehr Kapital möglich wären. Wenn die Menschen den Konsum einstellten, würden sie zu produzieren auf-

hören. Dieses Zugeständnis widerspricht nicht dem allgemeinen Grundsatze. Von einem solchen Lande, wie England z. B., ist schwerlich anzunehmen, daß eine Neigung bestehen könne, das ganze Kapital und die ganze Arbeit des Landes nur der Produktion von Bedarfsartikeln zu widmen.

Wenn sich die Kaufleute mit ihren Kapitalien am auswärtigen oder am Zwischenhandel beteiligen, so geschieht das stets aus Wahl und niemals aus Zwang: Es geschieht, weil sich ihre Profite in jenem Handel etwas höher als im Binnenhandel gestalten werden.

Adam Smith hat treffend bemerkt, „daß das Verlangen nach Nahrung bei jedem Menschen durch das beschränkte Fassungsvermögen des menschlichen Magens begrenzt wird, daß aber das Verlangen nach Annehmlichkeiten und Gebäudeschmuck, Kleidung, Equipage und Hausgerät keine Grenze oder sichere Schranke zu haben scheint." Die Natur hat also die Größe des Kapitals, das zu irgendeiner Zeit mit Gewinn beim Ackerbau verwendet werden kann, notwendigerweise begrenzt; aber sie hat der Größe des Kapitals, das sich zur Beschaffung von „Annehmlichkeiten und Verschönerungen" des Lebens verwenden läßt, keine Grenzen gezogen. Das Ziel, das man im Auge hat, ist die Erlangung dieser Befriedigungsmittel in größter Fülle, und nur weil es beim Außenhandel oder beim Zwischenhandel besser erreicht werden wird, beteiligt man sich lieber an ihnen, als daß man die gewünschten Güter oder ein Ersatzmittel dafür im Inlande herstellte. Wären wir jedoch infolge besonderer Umstände an der Anlage von Kapital im Außenhandel oder im Zwischenhandel gehindert, so würden wir es, wenn auch mit geringerem Vorteile, im Lande selbst verwenden. Und solange der Wunsch nach „Annehmlichkeiten, Gebäudeschmuck, Kleidung, Equipage und Hausgerät" ohne Grenze ist, kann auch keine Grenze für das Kapital bestehen, das sich zu ihrer Beschaffung verwenden läßt; ausgenommen die, welche unserer Fähigkeit einschränken, die Arbeiter zu unterhalten, die sie produzieren sollen.

Adam Smith allerdings spricht vom Zwischenhandel nicht wie von einer Frage der Wahl, sondern der Notwendigkeit; als ob das daran beteiligte Kapital untätig bliebe, wenn es nicht auf diese Weise verwendet würde, als ob das Kapital im einheimischen Handel überfließen könnte, wenn es sich nicht auf eine bestimmte Größe beschränkte. Er sagt: „Wenn sich das Kapitalvermögen eines Landes bis zu dem Grade vermehrt hat, *daß nicht mehr alles dazu verwandt werden kann, den Konsum zu versorgen und die produktive Arbeit des betreffenden Landes zu unterhalten*, so drängt sich der überschüssige Teil ganz von selbst in den Zwischenhandel und wird dazu verwandt, die nämlichen Dienste für andere Länder zu verrichten."

„Ungefähr 96000 Oxhoft Tabak werden jährlich mit einem Teile des überschüssigen Ertrages britischen Fleißes gekauft. Aber der Bedarf Großbritanniens erfordert vielleicht nicht mehr als 14000. Könnten also die übrig bleibenden 82000 nicht ins Ausland verschickt *und gegen etwas anderes vertauscht werden, wonach im Inland mehr Nachfrage ist*, so würde ihre Einfuhr sofort aufhören *und damit auch die produktive Arbeit aller der Einwohner von Großbritannien, die sich gegenwärtig damit befassen, die Waren herzustellen, mit denen diese 82000 Oxhoft jährlich gekauft werden.*" Könnte aber dieser Teil der produktiven Arbeit Großbritanniens nicht zur Verfertigung irgendeiner anderen Art Waren verwandt werden, mit dem sich etwas, wonach im Inland mehr Nachfrage wäre, erstehen ließe? Und wenn das nicht möglich wäre, könnten wir dann, wenn auch mit geringerem Vorteile, diese produktive Arbeit nicht dazu verwenden, jene gewünschten Waren oder wenigstens ein Ersatzmittel dafür im Inlande zu erzeugen? Wenn wir Samt brauchten, könnten wir

nicht versuchen, Samt herzustellen; und wenn uns das nicht gelingen wollte, könnten wir dann nicht mehr Tuch oder irgend etwas anderes, das uns begehrenswert erschiene, verfertigen?

Wir fabrizieren Güter und kaufen im Auslande Waren damit, weil wir eine größere Menge erhalten können, als wir im Inlande verfertigen könnten. Man nehme uns diesen Handel, und wir fabrizieren sogleich wieder für uns selbst. Aber diese Ansicht Adam Smith's steht mit allen seinen allgemeinen Lehren über diesen Gegenstand in Widerspruch. „Wenn uns ein fremdes Land mit einem Gute billiger versehen kann, als wir es selbst herzustellen imstande sind, so ist es besser, wir kaufen von ihm mit einem Teil des Erzeugnisses unseres eigenen Gewerbefleißes, der sich auf eine Weise betätigt, in welcher wir einen gewissen Vorteil haben. *Die allgemeine gewerbliche Tätigkeit des Landes wird, da sie stets im Verhältnis zum angewandten Kapitale steht*, dadurch nicht verringert werden, sondern es bleibt ihr nur überlassen, den Weg herauszufinden, auf welchem sie sich mit dem größten Vorteile verwenden läßt."

Wiederum: „Diejenigen, denen mehr Nahrung zu Gebote steht, als sie selbst verzehren können, sind infolgedessen immer bereit, ihren Überfluß oder, was auf dasselbe hinausläuft, den Preis desselben gegen Annehmlichkeiten anderer Art zu vertauschen. Was nach Befriedigung des begrenzten Bedürfnisses übrigbleibt, wird zur Befriedigung solcher Wünsche verwandt, denen nie Genüge geschehen kann, und die völlig endlos zu sein scheinen. Um Nahrung zu erhalten, bemühen sich die Armen, den Geschmack der Reichen zu befriedigen; und um es desto sicherer zu erreichen, überbieten sie sich gegenseitig in der Wohlfeilheit und Güte ihrer Arbeit. Die Anzahl der Arbeiter wächst mit der zunehmenden Menge von Nahrungsmitteln oder mit der fortschreitenden Verbesserung und Bebauung der Ländereien; und

da die Art ihrer Tätigkeit die äußerste Arbeitsteilung gestattet, so nimmt die Menge der Materialien, welche sie aufarbeiten können, in weit größerem Maße als ihre Zahl zu. Daraus entsteht eine Nachfrage nach jeder Art Material, das menschliche Erfindungsgabe zu Nutz oder Schmuck von Wohnung, Kleidung, Equipage oder Hausrat verwenden kann, nach den im Innern der Erde liegenden Fossilien und Mineralien, nach Edelmetallen und kostbaren Steinen."

Es folgt also aus diesen Zugeständnissen, daß der Nachfrage keine Schranken gesetzt sind, keine Schranken der Kapitalsverwendung, solange dieses noch einen Profit abwirft, und daß es, wie reichlich auch das Kapital werden mag, keinen angemessenen Grund für ein Sinken des Profits gibt, als ein Steigen des Lohnes; und daß ferner, wie man gleich hinzusetzen kann, die einzige angemessene und dauernde Ursache für das Steigen des Lohnes die zunehmende Erschwerung bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln für die wachsende Zahl von Arbeitern ist.

Adam Smith hat richtig bemerkt, daß es außerordentlich schwierig ist, die Profitrate des Kapitals zu bestimmen. „Der Profit ist so schwankend, daß es selbst bei einem bestimmten Gewerbe und noch viel mehr bei Gewerben im allgemeinen schwierig sein würde, seine Durchschnittsrate festzustellen. Mit irgendeinem Grad von Genauigkeit zu beurteilen, wie sie vorher oder in vergangenen Zeitläuften gewesen sein mag, muß ganz unmöglich sein." Da es jedoch einleuchtet, daß man viel für den Gebrauch von Geld geben wird, wenn man viel damit anfangen kann, so meint er, „daß uns der marktgängige Zinsfuß dazu führen werde, uns einen Begriff von der Profitrate zu bilden, und die Geschichte der Entwicklung des Zinses uns die der Entwicklung des Profites bieten werde". Zweifellos müßten wir, falls der marktgängige

Zinsfuß für einen längeren Zeitraum genau festgestellt werden könnte, ein leidlich sicheres Kriterium haben, nach dem sich die Entwicklung des Profites schätzen ließe.

Aber in allen Ländern hat der Staat aus falschen politischen Anschauungen eingegriffen, um einen billigen und freien marktgängigen Zinsfuß dadurch zu verhindern, daß er alle diejenigen mit harten und vernichtenden Strafen belegte, welche mehr als die gesetzlich festgelegte Rate nehmen sollten. Wahrscheinlich sind diese Gesetze in allen Ländern umgangen worden; allein die Berichte bieten uns über diesen Punkt wenig Aufklärung und sagen mehr über die gesetzlich festgelegte Rate als den marktgängigen Zinsfuß aus. Während des gegenwärtigen Krieges haben die Schatz- und Marinescheine häufig auf einem so hohen Diskontsatze gestanden, daß sie ihren Käufern 7%, 8% oder einen noch größeren Zinsfuß für ihr Geld einbrachten. Anleihen sind von der Regierung zu einem Zins, der 6% überstieg, aufgenommen worden, und Einzelne sind oft auf indirektem Wege gezwungen worden, über 10% als Geldzins zu bezahlen; und dennoch hat der gesetzliche Zinsfuß während derselben Zeit gleichförmig auf 5% gestanden. Wenig Gewicht kann daher zur Informierung darauf gelegt werden, welcher der gesetzlich festgelegte Zinsfuß ist, wenn wir finden, daß er so erheblich von dem marktgängigen abweichen kann. Adam Smith berichtet uns, daß der gesetzliche Zinsfuß vom 37. Regierungsjahre Heinrichs VIII. bis zum 21. Jakobs I. fortgesetzt 10% gewesen sei. Bald nach der Restauration wurde er auf 6%, und durch ein Gesetz vom 12. Regierungsjahre Anna's auf 5% herabgesetzt. Er glaubt, daß der gesetzliche Zinsfuß dem marktgängigen folgte, und ihm nicht vorausging. Vor dem amerikanischen Kriege borgte die Regierung zu 3%, und die kreditwürdigen Leute in der Hauptstadt und in vielen anderen Teilen des Königreichs zu 4 und 4½%.

Obgleich der Zinsfuß letzthin und dauernd durch die Profitrate bestimmt wird, ist er aus anderen Gründen doch zeitweiligen Veränderungen unterworfen. Bei jeder Schwankung in der Menge und im Werte des Geldes verändern sich natürlich auch die Preise der Güter. Sie verändern sich, wie wir bereits gezeigt haben, auch infolge der Veränderung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, obgleich weder eine besondere Erleichterung noch Erschwerung in der Produktion vorhanden zu sein braucht. Wenn die Marktpreise der Waren wegen überreichlichen Angebotes, verringerter Nachfrage oder Steigens des Geldwertes sinken, häuft sich bei einem Fabrikanten naturgemäß eine ungewöhnliche Menge von fertigen Waren an, da er nicht gewillt ist, sie zu sehr gedrückten Preisen zu verkaufen. Um seine laufenden Zahlungen zu leisten, für die er sich gewöhnlich auf den Verkauf seiner Waren verließ, versucht er jetzt, auf Kredit zu borgen, und ist oft gezwungen, einen erhöhten Zinsfuß zu zahlen. Das ist jedoch nur von vorübergehender Dauer; denn entweder waren des Fabrikanten Erwartungen wohl begründet, und der Marktpreis seiner Güter steigt, oder er entdeckt, daß eine dauernd verminderte Nachfrage vorhanden ist, und dann widersetzt er sich dem Laufe der Dinge nicht mehr länger. Die Preise sinken, und Geld und Zins gewinnen wieder ihren wirklichen Wert. Wenn durch die Entdeckung einer neuen Mine, durch Mißbräuche im Bankwesen oder irgendeine andere Ursache die Geldmenge bedeutend vermehrt wird, so geht ihre schließliche Wirkung dahin, den Preis der Güter im Verhältnis zu der vermehrten Geldmenge zu erhöhen. Wahrscheinlich aber vergeht bis dahin stets eine gewisse Zeit, während welcher eine Wirkung auf den Zinsfuß ausgeübt wird.

Der Preis von Staatspapieren ist kein ständiges Kriterium, nach welchem sich der Zinsfuß beurteilen läßt. Zu Kriegs-

zeiten ist der Effektenmarkt infolge der fortwährenden Anleihen der Regierung derartig überladen, daß der Kurs derselben gar keine Zeit hat, sich auf seinen angemessenen Stand einzustellen, bevor eine neue Fundierungsoperation eintritt; oder aber er wird durch das Vorgefühl politischer Ereignisse beeinflußt. In Friedenszeiten dagegen wird der Kurs der Staatspapiere durch die Operationen des Tilgungsfonds, sowie die Abneigung gehoben, welche eine gewisse Klasse von Menschen dagegen empfindet, ihr Vermögen einer anderen Anlage als der zuzuwenden, an welche sie sich gewöhnt hat, die ihr sicher dünkt, und bei der ihre Zinsen mit äußerster Regelmäßigkeit bezahlt werden, und folglich der Zinsfuß dieser Obligationen unter die allgemeine Marktrate herabgedrückt. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Regierung für verschiedene Obligationen sehr verschiedene Zinssätze zahlt. Während ein Kapital von 100 £ in 5prozentigen Staatspapieren für 95 £ verkauft wird, läßt sich ein Schatzschein von 100 £ oft zu 100 £ 5 sh. unterbringen, für welchen Schatzschein im Jahre nicht mehr als 4 £ 11 sh. 3 d. Zinsen bezahlt werden. Die eine von diesen Obligationen bringt dem Käufer bei den obigen Preisen mehr als 5¼ % Zinsen ein, die andere kaum mehr als 4¼ %. Eine gewisse Menge dieser Schatzscheine wird von den Bankiers als eine sichere und marktgängige Anlage gesucht; wenn sie über diesen Bedarf bedeutend vermehrt würden, würden sie wahrscheinlich ebensosehr entwertet werden, als das 5prozentige Staatspapier. Ein Papier, das jährlich 3 % abwirft, wird stets zu einem verhältnismäßig höheren Preise verkauft werden, als ein 5prozentiges, weil die Kapitalsschuld beider nur al pari oder 100 £ Geld gegen 100 £ Papier getilgt werden kann. Der marktgängige Zinsfuß kann vielleicht auf 4 % sinken, und dann würde die Regierung den Inhaber des 5prozentigen Papiers al pari bezahlen, wenn er nicht einwilligte, 4 % zu nehmen oder einen kleineren

Zinsfuß als 5 %; sie würde von einer derartigen Abfindung des Inhabers des 3prozentigen Papieres keinen Vorteil haben, als bis der marktgängige Zinsfuß unter 3 % im Jahre gesunken wäre. Um die Zinsen für die Staatsschuld zu bezahlen, werden viermal im Jahre dem Umlauf große Summen Geldes auf einige Tage entzogen. Da diese Nachfrage nach Geld nur vorübergehend ist, so wirkt sie selten auf die Preise ein; sie wird im allgemeinen durch die Zahlung eines hohen Zinsfußes überragt.[1])

Kapitel XXII.

Exportprämien und Einfuhrverbote.

Eine Prämie auf die Ausfuhr von Getreide hat wohl die Tendenz, seinen Preis für den ausländischen Konsumenten zu erniedrigen, aber sie hat keine bleibende Wirkung auf seinen Preis auf dem inländischen Markte.

[1]) „Alle Arten von Staatsanleihen," bemerkt Herr Say, „werden von der Unannehmlichkeit begleitet, daß Kapital oder Kapitalteile produktiven Verwendungen entzogen werden, um sie dem Verbrauch zu widmen; und wenn sie in einem Lande erfolgen, *dessen Regierung nicht viel Zutrauen einflößt*, so haben sie die weitere Unannehmlichkeit, den Kapitalzins zu erhöhen. Wer würde der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel zu 5 % im Jahre leihen, wenn sich ein Borger bereit finden ließe, 7 oder 8 % Zinsen zu zahlen? Die Art des Einkommens, welche Kapitalprofit heißt, würde also auf Kosten des Konsumenten steigen. Der Verbrauch würde sich infolge des Steigens des Produktenpreises vermindern; und es würde nach den anderen produktiven Dienstleistungen weniger Nachfrage vorhanden, sie

Angenommen der Getreidepreis müßte, um den allgemein üblichen Kapitalprofit abzuwerfen, in England 4 £ pro Quarter betragen; dann könnte es nach fremden Ländern, wo es für 3 £ 15 sh. pro Quarter verkauft würde, nicht exportiert werden. Wenn aber auf die Ausfuhr eine Prämie von 10 sh. pro Quarter gewährt würde, so könnte man es auf dem ausländischen Markte zu 3 £ 10 sh. verkaufen, und folglich würde der Getreideproduzent denselben Profit erhalten, ob er es nun auf dem ausländischen Markte für 3 £ 10 sh., oder auf dem inländischen für 4 £ verkaufte.

Eine Prämie also, welche den Preis des britischen Getreides in dem fremden Lande unter die Produktionskosten des Getreides in jenem Lande herabdrücken sollte, würde naturgemäß die Nachfrage nach britischem Getreide vergrößern und die Nachfrage nach eigenem verringern. Diese Erweiterung der Nachfrage nach britischem Getreide könnte nicht umhin, seinen Preis auf dem einheimischen Markte zeitweilig zu steigern und während jener Zeit auch zu verhindern, daß er auf dem auswärtigen Markte so tief sänke, als die

---

weniger gut bezahlt sein. Das gesamte Volk mit Ausnahme der Kapitalisten würde bei einem solchen Stande der Dinge der leidende Teil sein.“ Auf die Frage, „wer den Landwirten, Fabrikanten und Kaufleuten Geld zu 5 % im Jahre leihen würde, wenn ein anderer Borger von geringem Kredit 7 oder 8 % gäbe?“, antwortete ich, daß das jeder kluge und vernünftige Mensch tun würde. Gibt es einen Grund, daß der Zinsfuß, weil er da, wo der Verleiher ein außerordentliches Risiko läuft, 7 oder 8 % beträgt, an den Stellen, wo man vor solchen Risiken gesichert ist, ebenso hoch sein müßte? Herr Say gibt zu, daß der Zinsfuß von der Profitrate abhängt; aber deshalb folgt noch nicht, daß die Profitrate vom Zinsfuß abhängt. Das eine ist die Ursache, das andere die Wirkung, und es ist unmöglich, daß irgendwelche Umstände sie ihre Plätze wechseln lassen könnten.

Prämie zu bewirken strebt. Doch würden die Ursachen, welche auf diese Weise den Marktpreis von Getreide in England beeinflussen würden, auf dessen natürlichen Preis oder auf seine wirklichen Produktionskosten keinerlei Wirkung ausüben. Zum Anbau von Getreide würde weder mehr Arbeit noch mehr Kapital nötig sein, weshalb der Profit von des Landwirts Kapital, wenn er vorher dem Profit des Kapitals anderer Gewerbetreibenden nur gleich war, nach der Preissteigerung beträchtlich darüber stehen wird. Dadurch, daß die Prämie den Profit von des Landwirts Kapital erhöht, wird sie als eine Aufmunterung für die Landwirtschaft wirken, und es wird aus der Industrie Kapital zurückgezogen werden, um auf den Boden verwandt zu werden, bis die erweiterte Nachfrage für den ausländischen Markt befriedigt worden ist; in welchem Falle der Getreidepreis auf dem einheimischen wieder auf seinen natürlichen und notwendigen Preis sinken, und der Profit seinen ordentlichen und gewöhnlichen Stand wieder erreichen wird. Das vergrößerte Angebot von Korn, das auf den ausländischen Markt einwirkt, wird seinen Preis auch in demjenigen Lande erniedrigen, in das es ausgeführt wird, und dadurch den Profit des Exporteurs auf den niedrigsten Satz herabmindern, bei welchem er noch Handel treiben kann.

Die schließliche Wirkung einer Ausfuhrprämie auf Getreide ist also nicht, den Preis auf dem inländischen Markte zu erhöhen oder zu erniedrigen, sondern den Getreidepreis für den ausländischen Konsumenten herabzusetzen, und zwar um den Gesamtbetrag der Prämie, wenn der Getreidepreis vorher auf dem ausländischen Markte nicht niedriger gestanden hatte, als auf dem inländischen; und in einem geringeren Grade, wenn der Preis auf dem inländischen höher als auf dem aus ländischen Markte gewesen war.

Ein Schriftsteller über die Getreideexportprämie hat im fünften Bande der Edinburgh Review deren Wir-

kungen auf die ausländische und inländische Nachfrage sehr einleuchtend dargestellt. Er hat auch richtig bemerkt, daß sie nicht verfehlen würde, die Landwirtschaft in dem exportierenden Lande anzuregen; doch scheint er den gewöhnlichen Irrtum in sich aufgenommen zu haben, welcher Dr. Smith und, wie ich glaube, auch die meisten anderen Schriftsteller über diesen Gegenstand irregeführt hat. Er glaubt, daß der Getreidepreis, weil er letzthin den Lohn regelt, deshalb auch den Preis aller anderen Güter regeln werde. Er sagt, daß die Prämie „dadurch, daß sie den Profit der Landwirtschaft hebt, wie eine Ermunterung zum Ackerbau wirken wird; während sie dadurch, daß sie den Preis des Getreides für die einheimischen Konsumenten erhöht, zeitweilig deren Kaufkraft in bezug auf diese Lebensnotdurft vermindern und daher ihren wirklichen Wohlstand schmälern wird. Es ist jedoch einleuchtend, daß diese letztere Wirkung eine vorübergehende sein muß: Der Lohn der arbeitenden Konsumenten war vorher durch Konkurrenz angepaßt worden, und das nämliche Prinzip wird sie derselben Rate dadurch wieder anpassen, daß es den Geldpreis der Arbeit, *und durch ihn auch den anderer Güter, auf den Geldpreis des Getreides hebt.* Daher wird die Exportprämie letzthin den Geldpreis des Getreides auf dem inländischen Markte in die Höhe treiben; allerdings nicht direkt, sondern vermittelst einer erweiterten Nachfrage auf dem ausländischen Markte und einer daraus folgenden Erhöhung des wirklichen Preises im Inlande: *und dieses Steigen des Geldpreises wird natürlich, wenn es sich erst einmal anderen Gütern mitgeteilt hat, dauernden Charakter erhalten.*"

Wenn es mir indessen gelungen ist, zu zeigen, daß nicht das Steigen des Geldlohnes der Arbeit den Güterpreis erhöht, sondern daß ein solches Steigen stets den Profit beeinflußt, so wird daraus folgen, daß die Güterpreise infolge einer Prämie nicht steigen würden.

Doch würde ein zeitweiliges Steigen des Getreidepreises, welches von einer größeren Nachfrage seitens des Auslandes herrührte, keine Wirkung auf den Geldpreis der Arbeit haben. Das Steigen des Getreides geht aus einer Konkurrenz um dasjenige Angebot hervor, welches vorher ausschließlich dem einheimischen Markt vorbehalten war. Infolge der Profiterhöhung wird Zusatzkapital in der Landwirtschaft verwendet, und somit ein größeres Angebot erzielt; bis es aber erzielt worden, ist der hohe Preis unbedingt nötig, um den Verbrauch dem Angebot anzupassen, was durch eine Lohnerhöhung verhindert würde. Das Steigen des Getreides ist die Folge seiner Knappheit und bildet das Mittel, durch welches die Nachfrage der einheimischen Käufer vermindert wird. Würde der Lohn gesteigert, so würde die Konkurrenz zunehmen, und eine weitere Preiserhöhung des Getreides notwendig werden. Bei dieser Erörterung der Wirkungen einer Prämie ist angenommen, daß sich nichts ereignet, um den natürlichen Getreidepreis zu erhöhen, durch den sein Marktpreis letzthin bestimmt wird; denn es ist nicht angenommen worden, daß irgendwelche Zusatzarbeit auf dem Boden erforderlich sein würde, um eine gegebene Produktion zu sichern, und dies allein kann seinen natürlichen Preis steigern. Wäre der natürliche Preis von Tuch 20 sh. pro Elle, so könnte vielleicht eine bedeutende Zunahme der ausländischen Nachfrage den Preis auf 25 sh. oder noch mehr steigern, aber der Profit, den der Tuchmacher dann erzielte, würde nicht verfehlen, Kapital in dieser Richtung anzuziehen, und auch wenn sich die Nachfrage verdoppeln, verdreifachen oder vervierfachen sollte, würde das Angebot doch schließlich erzielt werden, und das Tuch auf seinen natürlichen Preis von 20 sh. sinken. So verhält es sich auch mit dem Angebot von Getreide; selbst wenn wir 2, 3 oder 800 000 Quarter davon im Jahr ausführen sollten, so würde es letzthin doch zu seinem natürlichen Preise produziert

werden, der sich niemals ändert, wenn nicht eine verschiedene Arbeitsmenge zur Produktion erforderlich wird.

Vielleicht geben die Folgerungen Adam Smith's in keinem Teile seines mit Recht so berühmten Werkes mehr zu Einwendungen Anlaß, als in dem Kapitel über Prämien. An der ersten Stelle spricht er von Getreide als von einem Gute, dessen Produktion infolge einer Ausfuhrprämie nicht vermehrt werden kann; er nimmt durchweg an, daß dieselbe nur auf die jeweilen produzierte Menge einwirkt und nicht ein Ansporn zu weiterer Produktion ist. „In Jahren der Fülle", sagt er, „hält die Prämie, weil sie einen außergewöhnlichen Export verursacht, notwendigerweise den Getreidepreis auf dem inländischen Markte höher, als er naturgemäß stehen würde. In Jahren der Knappheit muß, obwohl die Prämie öfters suspendiert wird, die starke Ausfuhr, welche sie in Jahren der Fülle veranlaßt, doch häufig mehr oder weniger verhindern, daß die Fülle des einen Jahres der Knappheit des anderen abhelfe. Infolgedessen hat die Prämie in reichen wie in kargen Jahren unbedingt die Tendenz, den Geldpreis des Getreides etwas höher zu treiben, als er sonst auf dem heimischen Markte stehen würde." [1])

[1]) An einer anderen Stelle sagt er, daß, „wie sehr auch der ausländische Markt durch die Prämie an Umfang gewinnen kann, dies doch in jedem einzelnen Jahre ganz auf Kosten des inländischen Marktes geschehen muß, da jeder Scheffel Getreide, welcher mit Hilfe der Prämie ausgeführt wird, und der nicht ohne die Prämie ausgeführt worden sein würde, auf dem inländischen Markt geblieben wäre, um den Konsum zu vermehren und den Preis jenes Gutes herabzudrücken. Man darf nicht übersehen, daß die Getreideprämie, wie jede andere Ausfuhrprämie, dem Volke zwei verschiedene Steuern auferlegt: erstens die Steuer, welche es aufbringen muß, um die Prämie zu bezahlen, und zweitens die Steuer, welche von dem höheren Preise des Gutes auf dem inländischen Markte herrührt, und die bei diesem besonderen Gute von der ganzen Masse des Volkes bezahlt werden muß, weil die ganze Masse des Volkes Käufer von Getreide ist. Infolgedessen ist gerade bei diesem Gute die zweite Steuer bei weitem die schwerste von beiden." „Für jede 5 sh., die sie zur Bezahlung der ersten Steuer aufbringt, muß sie also 6 £ 4 sh. zur Bezahlung der zweiten beisteuern." „Daher vermindert der durch die Prämie verursachte außerordentliche Getreideexport nicht nur den inländischen Markt in jedem einzelnen Jahr um genau so viel, als er den ausländischen Markt und Konsum erweitert, sondern seine schließliche Tendenz ist, durch Einschränkung der Bevölkerung und der Industrie des Landes die allmähliche Ausdehnung des inländischen Marktes zu hemmen und einzuschränken und auf die Dauer den ganzen Getreidemarkt und -konsum eher zu verringern, als zu vermehren."

Adam Smith scheint vollkommen gewahr geworden zu sein, daß die Richtigkeit seiner Beweisführung ganz und gar von der Tatsache abhing, ob die Erhöhung „des Geldpreises des Getreides dadurch, daß sie dieses Gut für den Landwirt gewinnbringender gestaltet, nicht notwendigerweise auch seine Produktion anregen würde".

„Ich antworte," sagt er, „daß das der Fall sein könnte, wenn die Wirkung der Prämie wäre, den wirklichen Preis des Getreides zu erhöhen, oder den Landwirt in den Stand zu setzen, mit einer gleichen Menge davon eine größere Zahl von Arbeitern in derselben Weise reichlich, mäßig oder kärglich zu unterhalten, wie andere Arbeiter gewöhnlich in seiner Nachbarschaft unterhalten werden."

Wenn von dem Arbeiter nichts als Getreide konsumiert würde, und der Anteil, den er empfinge, der allergeringste wäre, den sein Unterhalt erforderte, so könnte vielleicht einiger Grund sein, anzunehmen, daß sich die dem Arbeiter bezahlte Menge unter keinen Umständen verringern ließe. Allein, der Geldlohn der Arbeit steigt oftmals überhaupt nicht und steigt niemals im Verhältnis zu dem Steigen des Geldpreises

des Getreides, weil Getreide, obgleich ein wichtiger Teil, doch immerhin nur ein Teil vom Konsum des Arbeiters ist. Würde die eine Hälfte seines Lohnes für Getreide ausgegeben, und die andere Hälfte für Seife, Kerzen, Feuerung, Tee, Zucker, Kleidung usw., also für Güter, bei welchen keine Preiserhöhung vorausgesetzt wird, so wäre er offenbar mit 1 ½ Scheffel Weizen zu 16 sh. ebensogut bezahlt, als mit 2 Scheffel, als der Preis 8 sh. pro Scheffel war; oder mit 24 sh. in Geld, wie vorher mit 16 sh. Obschon das Getreide um 100 % stiege, würde sein Lohn bloß um 50 % steigen, und demnach würde Grund genug vorhanden sein, dem Boden mehr Kapital zuzuwenden, wenn die Profite in anderen Gewerben dieselben blieben wie zuvor. Aber eine derartige Lohnsteigerung würde auch die Fabrikanten zur Zurückziehung ihrer Kapitalien aus den gewerblichen Anlagen veranlassen, um sie auf den Boden zu verwenden; denn, während der Landwirt den Preis seines Gutes um 100 % und seine Löhne nur um 50 % erhöhte, würde sich der Fabrikant ebenfalls genötigt sehen, seine Löhne um 50 % zu steigern, wogegen er für diese vermehrte Produktionsbelastung in dem Steigen seines Fabrikates keinerlei Entschädigung fände. Infolgedessen würden der Landwirtschaft so lange Kapitalien aus den Gewerben zuströmen, bis das Angebot den Getreidepreis wieder auf 8 sh. pro Scheffel und den Lohn auf 16 sh. pro Woche herabdrücken würde; in welchem Falle der Fabrikant denselben Profit wie der Landwirt erhalten, und der Kapitalstrom aufhören würde, um in jeder Richtung zu versiegen. In der Tat ist dies die Art und Weise, in welcher der Getreideanbau stets ausgedehnt, und der gesteigerte Bedarf des Marktes gedeckt wird. Die Mittel für den Unterhalt der Arbeit wachsen, und die Löhne werden gesteigert. Den Arbeiter verleitet seine angenehme Lage, zu heiraten — die Bevölkerung wächst, und die Nachfrage nach Getreide treibt den Preis

desselben im Vergleich mit anderen Dingen in die Höhe — mehr Kapital wird mit Gewinn auf die Landwirtschaft verwandt und strömt ihr so lange zu, bis das Angebot der Nachfrage gleichsteht, worauf der Preis wieder sinkt, und die landwirtschaftlichen und gewerblichen Profite wieder zu einem Gleichstand gebracht werden.

Ob jedoch die Löhne nach dem Steigen des Getreidepreises stationär waren, oder ob sie mäßig, oder beträchtlich zunahmen, ist von keiner Bedeutung für diese Frage; denn der Lohn wird vom Fabrikanten ebensogut wie vom Landwirt bezahlt, und deshalb müssen beide in dieser Hinsicht durch ein Steigen des Getreidepreises gleichmäßig berührt werden. Doch werden sie in ihren Profiten insofern ungleich getroffen, als der Landwirt sein Gut zu einem höheren Preise verkauft, während der Fabrikant seines zum selben Preise wie vorher verkauft. Indessen liegt gerade in der Ungleichheit des Profits stets der Anlaß Kapital aus einer Verwendung in eine andere zu verschieben; und folglich würde mehr Getreide gebaut, und weniger Güter fabriziert werden. Die Industrieprodukte würden nicht steigen, weil weniger fabriziert würden; denn man würde eine Zufuhr derselben im Tausche gegen das ausgeführte Getreide erhalten.

Wenn eine Prämie den Getreidepreis erhöht, so erhöht sie ihn entweder im Vergleich mit dem Preis anderer Güter, oder sie tut es nicht. Wenn ja, so ist es unmöglich, die größeren Profite des Landwirts und die Versuchung zur Kapitalsverschiebung zu leugnen, bis sein Preis durch ein reichliches Angebot wieder ermäßigt ist. Wenn sie ihn nicht im Vergleich mit anderen Gütern steigert, wo ist dann der Schaden für den inländischen Konsumenten, über die Unbequemlichkeit, die Steuer zu bezahlen, hinaus? Zahlt der Fabrikant einen höheren Preis für sein Getreide, dann wird er durch den höheren Preis entschädigt, zu welchem er sein Gut verkauft, mit dem er letzthin sein Getreide ersteht.

Der Irrtum Adam Smith's entspringt genau aus der nämlichen Quelle, wie der des Autors in der Edinburgh Review; denn beide glauben, „daß der Geldpreis des Getreides den aller übrigen inländischen Erzeugnisse reguliert".[1] Er „reguliert", sagt Adam Smith, „den Geldpreis der Arbeit, der immer so beschaffen sein muß, daß er den Arbeiter in den Stand setzt, eine Menge von Getreide zu kaufen, die genügt, ihn und seine Familie so reichlich, mäßig oder kärglich zu erhalten, als der fortschreitende, stillstehende oder sinkende Zustand der Gesellschaft seine Arbeitgeber zwingt, ihn zu erhalten. Dadurch, daß er den Geldpreis aller übrigen Teile des Rohproduktes des Bodens reguliert, reguliert er den der Rohstoffe von fast allen Gewerben. Dadurch, daß er den Geldpreis der Arbeit reguliert, reguliert er den von Fabrikation und Gewerbefleiß; und indem er beide reguliert, reguliert er den des fertigen Erzeugnisses. *Der Geldpreis der Arbeit, sowie der jedes Dinges, welches das Produkt entweder des Bodens oder der Arbeit ist, muß notwendigerweise im Verhältnis zum Geldpreise des Getreides steigen oder sinken.*"

Diese Ansicht Adam Smith's habe ich vorhin zu widerlegen versucht. Indem er ein Steigen des Güterpreises als eine notwendige Folge eines Steigens des Getreidepreises betrachtet, urteilt er, als ob es keinen anderen Fonds gäbe, aus welchen die erhöhten Kosten bezahlt werden könnten. Er hat die Profite, deren Verringerung diesen Fonds bildet, ohne den Güterpreis zu erhöhen, gänzlich außer acht gelassen. Wenn diese Ansicht Dr. Smith's wohl begründet wäre, so könnten die Profite in Wirklichkeit niemals sinken, welche Kapitalsansammlung auch immer stattfände. Wenn der Landwirt bei steigenden Löhnen den Preis seines Getreides erhöhen, und auch der Tuch-, Hut-, Schuhmacher und jeder

[1]) Dieser selben Ansicht ist Herr Say. Bd. II S. 335.

andere Gewerbetreibende den Preis seiner Waren im Verhältnis zum Aufschlage steigern könnte, so würden sie auch ferner in demselben relativen Wertverhältnis zueinander stehen, obwohl sie, in Geld geschätzt, alle gestiegen sein könnten. Jedes von diesen Gewerben könnte noch über die gleiche Menge von Waren der anderen verfügen wie zuvor, was, da Güter, und nicht Geld, den Wohlstand ausmachen, der einzige Umstand ist, welcher für sie von Bedeutung sein könnte; und die ganze Preiserhöhung von Rohprodukten und Waren würde niemandem weiter nachteilig sein, als jenen, deren gesamtes Eigentum in Gold oder Silber bestände, oder deren jährliches Einkommen in Gestalt einer beigesteuerten Menge jener Metalle, sei es in Barren oder in Geld, bezahlt würde. Nehmen wir einmal an, daß der Gebrauch des Geldes gänzlich beseitigt wäre, und der gesamte Handel durch Tausch bewerkstelligt würde. Könnte unter solchen Umständen Getreide anderen Dingen gegenüber im Tauschwert steigen? Könnte es dies, dann ist es nicht richtig, daß der Wert des Getreides den Wert aller übrigen Güter reguliert; denn, um das zu tun, dürfte es sich nicht in seinem verhältnismäßigen Werte zu ihnen ändern. Könnte es dies nicht, dann muß man daran festhalten, daß Getreide stets gegen eine gleiche Menge aller übrigen Güter ausgetauscht würde, mag es nun von reichem oder armem Boden, mit viel oder mit wenig Arbeit, mit Hilfe von Maschinen oder ohne diese, gewonnen werden.

Obwohl Adam Smith's allgemeine Lehren mit dem übereinstimmen, was ich soeben erörtert habe, so kann ich doch nicht umhin, zu bemerken, daß er in einem Teile seines Werkes eine richtige Auffassung von der Natur des Wertes gegeben zu haben scheint. „Das Verhältnis zwischen dem Werte von Gold und Silber und dem von Waren von jeder anderen Art hängt in allen Fällen," sagt er, „*von dem Verhältnis zwischen der Arbeitsmenge ab, welche erforderlich ist, um eine bestimmte Menge an Gold und Silber zu Markte zu bringen*,

und derjenigen, die nötig ist, um eine gewisse Menge von irgendeiner anderen Art von Waren dorthin zu bringen.“ Gibt er hier nicht vollkommen zu, daß, wenn irgendeine Erhöhung der Arbeitsmenge stattfindet, welche nötig ist, um die eine Art von Waren zu Markte zu bringen, während eine solche Erhöhung nicht stattfindet, wenn man eine andere Art dorthin-bringt, die erstere Art in ihrem verhältnismäßigen Werte steigen wird? Wenn nicht mehr Arbeit als vorher erforderlich ist, um Tuch oder Gold zu Markte zu bringen, so werden sie sich in ihrem verhältnismäßigen Werte nicht verändern; ist jedoch mehr Arbeit nötig, um Getreide und Schuhe zu Markte zu bringen, werden dann nicht Getreide und Schuhe in bezug auf Tuch und Goldgeld im Werte steigen?

Adam Smith glaubt ferner, daß die Wirkung der Prämie ist, eine teilweise Herabsetzung im Geldwerte zu verursachen. „Diejenige Herabsetzung des Silberwertes,“ sagt er, „welche die Wirkung der Ergiebigkeit der Minen ist und im größten Teile der handeltreibenden Welt die gleiche oder nahezu die gleiche Wirkung hat, ist für irgendein einzelnes Land von sehr geringer Bedeutung. Das daraus folgende Steigen aller Geldpreise, obwohl es diejenigen, welche sie erhalten, in Wirklichkeit nicht reicher macht, macht sie auch nicht wirklich ärmer. Ein Silbergeschirr wird wirklich billiger, und alles andere behält genau denselben wirklichen Wert wie vorher.“ Diese Bemerkung ist sehr richtig.

„Dagegen ist diejenige Herabsetzung des Silberwertes, welche, da sie die Wirkung entweder der besonderen Lage oder der politischen Einrichtungen eines einzelnen Landes ist, nur in diesem Lande eintritt, eine Sache von äußerster Wichtigkeit, die, weit entfernt, irgend jemanden wirklich reicher zu machen, die Tendenz hat, jedermann wirklich ärmer zu machen. Das Steigen des Geldpreises aller Güter, das in diesem Falle jenem Lande eigentümlich ist, strebt, jede Art wirtschaftlicher Tätigkeit, die in ihm gepflegt wird,

mehr oder weniger zu entmutigen und fremde Nationen in den Stand zu setzen, dadurch, daß sie fast alle Waren für eine kleinere Menge Silbers liefern, als seine eigenen Arbeiter es zu tun vermögen, sie zu unterbieten, nicht nur auf dem ausländischen, sondern sogar auf dem heimischen Markte.“

Ich habe an anderer Stelle zu zeigen versucht, daß eine teilweise Herabsetzung des Geldwertes, die sowohl landwirtschaftliche Produkte wie Fabrikate beeinflussen muß, unmöglich von Dauer sein kann. Wenn man sagt, daß Geld in diesem Sinne teilweise herabgesetzt sei, so heißt das, daß alle Güter hoch im Preise stehen. Solange jedoch Gold und Silber nach Belieben auf dem billigsten Markte kaufen können, wird man sie gegen die wohlfeileren Waren anderer Länder ausführen, und die Verminderung ihrer Menge wird ihren Wert daheim erhöhen. Die Güter werden ihren gewöhnlichen Stand wieder erreichen, und man wird diejenigen, welche sich für die ausländischen Märkte eignen, wie früher exportieren.

Daher läßt sich meines Erachtens gegen eine Prämie aus diesem Grunde nichts einwenden.

Wenn also eine Prämie den Preis des Getreides im Vergleich mit allen übrigen Dingen steigert, so wird der Landwirt daraus Nutzen ziehen, und mehr Boden wird bebaut werden; steigert jedoch die Prämie den Wert des Getreides im Verhältnis zu anderen Dingen nicht, dann wird keine andere Unannehmlichkeit damit verbunden sein, als die, die Prämie zu bezahlen; eine, die ich weder zu verschweigen, noch zu unterschätzen wünsche.

Dr. Smith behauptet, „daß dadurch, daß die Landedelleute hohe Zölle auf die Einfuhr von Getreide legten und Prämien auf die Ausfuhr setzten, sie das Vorgehen der Fabrikanten nachgeahmt zu haben schienen.“ Beide hätten den Wert ihrer Güter durch dieselben Mittel zu steigern versucht.

„Sie beachteten wohl nicht den großen und wesentlichen Unterschied, den die Natur zwischen dem Getreide und fast jeder anderen Art von Waren begründet hat. Wenn man unsere Fabrikanten durch eines der beiden obigen Mittel in den Stand setzt, ihre Waren zu einem etwas besseren Preise zu verkaufen, als sie sonst dafür erlangen könnten, so erhöht man nicht nur den nominellen, sondern auch den wirklichen Preis jener Waren. Man vermehrt nicht nur den nominellen, sondern auch den wirklichen Profit, den wirklichen Reichtum und das wirkliche Einkommen jener Fabrikanten — man fördert wirklich jene Gewerbe. Wenn man aber durch die gleichen Einrichtungen den nominellen oder den Geldpreis des Getreides erhöht, so hebt man damit nicht seinen wirklichen Wert, man vermehrt nicht den wirklichen Wohlstand unserer Landwirte oder Landedelleute, man fördert nicht den Getreidebau. Die Natur der Dinge hat dem Getreide einen wirklichen Wert aufgeprägt, der nicht geändert werden kann, indem man nur seinen Geldpreis ändert. In der ganzen Welt ist dieser Wert allgemein der Arbeitsmenge gleich, welche es erhalten kann."

Ich habe bereits zu zeigen versucht, daß der Marktpreis des Getreides bei einer durch die Wirkungen einer Prämie gesteigerten Nachfrage seinen natürlichen Preis übersteigen würde, bis das erforderliche Mehrangebot erzielt wäre, und daß es dann wieder auf seinen natürlichen Preis sinken würde. Allein, der natürliche Preis des Getreides steht nicht so fest wie der natürliche Preis von Gütern, weil mit jeder großen zusätzlichen Nachfrage nach Getreide Boden von geringerer Qualität in Anbau genommen werden muß, auf den man zur Gewinnung einer bestimmten Menge mehr Arbeit benötigen wird, und der natürliche Preis des Getreides wird erhöht werden. Durch eine ständige Prämie auf die Getreideausfuhr würde daher eine Tendenz zu einem dauernden Steigen des Getreidepreises erzeugt werden, was,

wie ich anderwärts[1]) gezeigt habe, unfehlbar die Rente steigert. Landedelleute haben demnach nicht nur ein vorübergehendes, sondern ein dauerndes Interesse an Getreideeinfuhrverboten und Prämien auf seine Ausfuhr; Fabrikanten aber haben kein dauerndes Interesse an der Errichtung hoher Zölle auf die Einfuhr und von Prämien auf die Ausfuhr von Gütern; ihr Interesse ist durchaus vorübergehend.

Eine Prämie auf die Ausfuhr von Fabrikaten wird, wie Dr. Smith behauptet, zweifellos den Marktpreis von Fabrikaten zeitweilig steigern, aber sie wird nicht ihren natürlichen Preis steigern. Die Arbeit von 200 Mann wird die doppelte Menge dieser Waren erzeugen, die vorher 100 produzieren konnten; und wenn daher die erforderliche Menge von Kapital zur Beschaffung der erforderlichen Menge von Fabrikaten verwendet würde, so würden sie wieder auf ihren natürlichen Preis sinken, und aller Vorteil aus einem hohen Marktpreise wieder aufhören. Die Fabrikanten werden also nur während der Zwischenzeit, nach dem Steigen des Marktpreises der Güter bis zur Erlangung des zusätzlichen Angebots, hohe Profite genießen; denn sobald die Preise gewichen wären, würden ihre Profite wieder auf den allgemeinen Stand zurücksinken.

Statt also Adam Smith darin beizustimmen, daß die Landedelleute kein so großes Interesse daran hätten, die Getreideeinfuhr zu verbieten, als der Fabrikant an der Verhinderung der Einfuhr von Fabrikaten hätte, behaupte ich, daß sie ein viel größeres Interesse daran haben; denn ihr Vorteil ist dauernder Natur, während der des Fabrikanten nur vorübergehend ist. Dr. Smith bemerkt, die Natur habe einen großen und wesentlichen Unterschied zwischen dem Getreide und anderen Waren begründet; allein, die richtige Folgerung aus diesem

[1]) Siehe das Kapitel über die Rente.

Umstande ist gerade das Gegenteil von dem, was er daraus schließt. Denn auf Grund dieses Unterschiedes wird die Rente geschaffen, und haben die Landedelleute eine Interesse am Steigen des natürlichen Getreidepreises. Statt das Interesse des Fabrikanten mit dem des Landedelmannes zu vergleichen, hätte es Dr. Smith mit dem des Landwirtes vergleichen sollen, welches sehr verschieden ist von dem Interesse seines Gutsherrn. Weder haben Fabrikanten ein Interesse am Steigen des natürlichen Preises ihrer Güter, noch haben die Landwirte ein Interesse am Steigen des natürlichen Preises des Getreides oder der anderen Rohprodukte, obdiese beiden Klassen im Vorteile sind, solange der Marktpreis ihrer Erzeugnisse deren natürlichen Preis übersteigt. Dagegen haben die Gutsherren ein ganz besonderes Interesse an dem Steigen des natürlichen Getreidepreises; denn das Steigen der Rente ist die unvermeidliche Folge der Schwierigkeit, Rohprodukte zu erzeugen, ohne welche deren natürlicher Preis nicht steigen könnte. Da nun Exportprämien und Einfuhrverbote auf Getreide die Nachfrage steigern und uns zur Bebauung ärmerer Böden zwingen, so verursachen sie notwendigerweise eine vermehrte Produktionserschwerung.

Die einzige Wirkung hoher Zölle auf die Einfuhr von Fabrikaten oder von Getreide, oder einer Prämie auf ihre Ausfuhr ist die, einen Teil des Kapitals einer Verwendung zuzuführen, welche es natürlicherweise nicht suchen würde. Sie erzeugt eine verderbliche Verteilung des Vermögens der Gesellschaft, sie besticht einen Fabrikanten, ein verhältnismäßig weniger gewinnbringendes Unternehmen anzufangen oder fortzuführen. Sie ist die schlechteste Art von Besteuerung; denn sie gibt dem Auslande nicht alles, was sie dem Inlande entzieht, da der Bilanzverlust durch die weniger vorteilhafte Verteilung des Gesamtkapitals ausgeglichen wird. Wenn demnach der Getreidepreis in England auf 4 £ und in Frankreich auf 3 £ 12 sh. steht, so wird ihn eine Prämie von 10 sh. schließlich auf 3 £ 10 sh. in Frankreich herabsetzen und ihn in England auf demselben Preise von 4 £ halten. Für jeden ausgeführten Quarter zahlt England eine Steuer von 10 sh. Für jeden nach Frankreich eingeführten Quarter gewinnt Frankreich nur 5 sh., so daß der Wert von 5 sh. pro Quarter für die Welt absolut verloren ist, infolge einer solchen Verteilung ihrer Mittel, daß sie eine Verringerung der Produktion verursacht, wahrscheinlich nicht von Getreide, sondern von irgendeinem anderen Gegenstand des Bedarfes oder Genusses.

Herr Buchanan scheint den trügerischen Charakter von Dr. Smith's Argumenten Prämien betreffend erkannt zu haben, und bemerkt zu der letzten Stelle, die ich zitiert habe, sehr treffend: „Wenn Dr. Smith behauptet, daß die Natur dem Getreide einen wirklichen Wert aufgeprägt habe, der sich durch eine bloße Veränderung seines Geldpreises nicht ändern lasse, so verwechselt er seinen Gebrauchswert mit seinem Tauschwerte. Ein Scheffel Weizen wird in Zeiten der Knappheit nicht mehr Menschen ernähren, als in Zeiten der Fülle; aber ein Scheffel Weizen läßt sich bei Knappheit gegen eine größere Menge von Luxusgegenständen und Annehmlichkeiten austauschen, als bei Überfluß. Deshalb werden die Grundbesitzer, die über einen Überschuß an Nahrungsmitteln zu verfügen haben, in Zeiten der Knappheit reichere Leute sein; sie werden ihren Überschuß gegen einen größeren Wert an anderen Genüssen austauschen, als wenn Getreide in größerer Fülle vorhanden ist. Daher ist es verfehlt, zu argumentieren, daß, wenn die Prämie eine erzwungene Getreideausfuhr verursacht, sie nicht auch eine wirkliche Preiserhöhung verursachen wird.“ Herrn Buchanan's Ausführungen über diesen Teil der Prämienfrage scheinen mir vollkommen klar und erschöpfend zu sein.

Doch hat Herr Buchanan, wie ich glaube, keine richtigeren Ansichten über den Einfluß einer Steigerung des Arbeitspreises auf fabrizierte Güter, als Dr. Smith oder der Schrift-

steller in der Edinburgh Review. Infolge seiner eigenartigen Anschauungen, die ich anderswo erwähnt habe, meint er, daß der Preis der Arbeit zu dem des Getreides keine Beziehungen habe, und daß infolgedessen der wirkliche Wert des Getreides steigen könnte und auch steigen würde, ohne den Preis der Arbeit zu beeinflussen. Wenn jedoch die Arbeit betroffen würde, so würde er mit Adam Smith und dem Schriftsteller in der Edinburgh Review behaupten, daß der Preis von Fabrikaten ebenfalls steigen würde; und dann sehe ich nicht ein, wie er ein solches Steigen des Getreides von einem Sinken des Geldwertes unterscheiden würde, oder wie er zu irgendeinem anderen Schluß, als zu dem Dr. Smith's gelangen könnte. In einer Anmerkung zu Seite 276 des ersten Bandes des Wealth of Nations bemerkt Herr Buchanan: „Aber der Getreidepreis reguliert nicht den Geldpreis von allen anderen Teilen des Rohproduktes des Bodens. Er reguliert weder den Preis der Metalle, noch den von verschiedenen anderen nützlichen Stoffen, wie Kohle, Holz, Steine usw.; *und da er nicht den Preis der Arbeit bestimmt, so bestimmt er auch nicht den der Fabrikate;* so daß die Prämie, insofern sie den Getreidepreis steigert, zweifellos ein wirklicher Vorteil für den Landwirt ist. Von diesem Standpunkte aus darf man daher ihre Politik nicht beurteilen. Man muß zugeben, daß sie die Landwirtschaft durch Erhöhung des Getreidepreises fördert; und es kommt dann auf die Frage an, ob die Landwirtschaft so gefördert werden sollte?" — Nach Herrn Buchanan ist sie also ein wirklicher Vorteil für den Landwirt, weil sie den Arbeitspreis nicht steigert; wenn sie dies aber täte, so würde sie den Preis aller Dinge im Verhältnis steigern, und sie würde dann der Landwirtschaft keine besondere Förderung gewähren.

Allerdings muß man zugestehen, daß die Tendenz einer Prämie auf die Ausfuhr irgendeines Gutes die ist, den

Geldwert in einem geringen Grade herabzudrücken. Alles, was die Ausfuhr erleichtert, hat die Tendenz, Geld in einem Lande anzuhäufen; wogegen alles, was die Ausfuhr hindert, die hat, es zu vermindern. Die allgemeine Wirkung der Besteuerung hat die Tendenz, durch Erhöhung der Preise der besteuerten Güter die Ausfuhr zu verringern und daher den Geldzufluß zu hemmen, während eine Prämie aus demselben Grunde den Geldzufluß fördert. Das ist eingehender in den allgemeinen Bemerkungen über die Besteuerung auseinandergesetzt.

Die schädlichen Folgen des Merkantilsystems sind von Dr. Smith erschöpfend dargelegt worden; das ganze Streben dieses Systems lief darauf hinaus, den Güterpreis durch Verhinderung fremden Wettbewerbs auf dem inländischen Markte zu steigern; doch war dieses System den ackerbautreibenden Klassen nicht schädlicher, als irgendeinem anderen Teil des Gemeinwesens. Dadurch, daß es Kapital in Kanäle zwang, wohin es sonst nicht fließen wollte, verminderte es den Gesamtbetrag produzierter Güter. Obwohl der Preis dauernd höher stand, wurde er nicht durch Knappheit, sondern durch Produktionserschwerung hochgehalten; und obwohl die Verkäufer solcher Güter sie für einen höheren Preis verkauften, so verkauften sie dieselben deshalb doch nicht mit höherem Gewinn, nachdem die zu ihrer Produktion erforderliche Kapitalmenge aufgewendet war.[1])

[1]) Herr Say glaubt, der Vorteil der heimischen Industriellen sei ein mehr als bloß vorübergehender. „Eine Regierung, welche die Einfuhr gewisser ausländischer Waren unbedingt verbietet, errichtet ein Monopol *zugunsten jener*, welche solche Güter im Inlande produzieren, jedoch *zum Schaden jener*, die sie verbrauchen. Mit anderen Worten, da diejenigen im Inlande, welche sie erzeugen, das ausschließliche Privileg ihres Verkaufes haben, so können sie ihren Preis über den natürlichen Preis erhöhen; und da die einheimischen Konsumenten sie anderwärts nicht er-

Die Gewerbetreibenden selber hatten als Konsumenten einen Zusatzpreis für solche Güter zu bezahlen; und daher kann die Behauptung nicht richtig sein, daß „der durch beide (Zunftsatzungen und hohe Zölle auf die Einfuhr ausländischer Güter) verursachte Preisaufschalg überall zuletzt von den Grundherren, Landwirten und Arbeitern des Landes bezahlt wird."

Es ist um so notwendiger, diese Bemerkung zu machen, als in unseren Tagen Adam Smith's Autorität von Landedelleuten zwecks Auferlegung ähnlich hoher Zölle auf den Import ausländischen Getreides angeführt wird. Weil die Produktionskosten und folglich auch die Preise verschiedener Fabrikate durch einen Irrtum in der Gesetzgebung für den Konsumenten gesteigert sind, hat man das Land unter dem Vorwande der Gerechtigkeit aufgefordert, sich ruhig neuen Leistungen zu unterwerfen. Weil wir alle für unser Leinen, Musselin und Baumwollzeug einen höheren Preis bezahlen, wird es gerecht erachtet, daß wir auch für unser Getreide einen höheren Preis bezahlen sollten. Weil wir, bei der allgemeinen Verteilung der Arbeit der Welt, uns die Erlangung der größtmöglichen Produktionsmenge, mit unserem Anteil an jener Arbeit, in Fakrikaten verscherzt haben, sollten

langen können, sind sie gezwungen, sie zu einem höheren Preise zu kaufen." (Bd. I S. 201.) — Wie können sie aber den Marktpreis ihrer Waren dauernd über dem natürlichen Preise halten, wenn es jedem ihrer Mitbürger freisteht, in das Gewerbe einzutreten? Vor dem fremden Wettbewerb sind sie geschützt, aber nicht vor dem inländischen. Das wirkliche Übel, das dem Lande aus solchen Monopolen erwächst, wenn sie mit diesen Namen bezeichnet werden können, liegt nicht in einer Steigerung des Marktpreises solcher Waren, sondern in einer Steigerung ihres wirklichen und natürlichen Preises. Durch Vermehrung der Produktionskosten wird ein Teil der Arbeit des Landes weniger produktiv verwendet.

wir uns noch weiter strafen, indem wir die produktiven Kräfte der Gesamtarbeit bei der Beschaffung von Rohprodukten vermindern. Viel klüger wäre es, die Irrtümer, in welche uns eine verkehrte Politik verstrickt hat, zu bekennen und sogleich mit einer allmählichen Rückkehr zu den gesunden Grundsätzen eines allgemeinen Freihandels den Anfang zu machen.[1])

„Ich habe bereits," sagt Herr Say, „als ich über das sprach, was man unpassend die Handelsbilanz nennt, Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß, wenn es einem Kaufmann besser paßt, Edelmetalle, als andere Waren, nach einem fremden Lande zu exportieren, es auch das Interesse des Staates ist, daß er sie exportiert, weil der Staat nur durch den Kanal seiner Bürger gewinnt oder verliert; und daß, soweit es den auswärtigen Handel betrifft, alles, was dem einzelnen zum Wohl gereicht, auch dem Staate zum Wohle gereicht. Deshalb erreicht man, wenn man der Ausfuhr der Edelmetalle, die einzelne zu betreiben geneigt sein würden, Schwierigkeiten bereitet, nichts anderes, als daß man sie zwingt, als Ersatz zu irgendeinem anderen Gute zu greifen, das ihnen und dem Staate weniger einbringt. Indessen ist

[1]) „Ein Land, wie Großbritannien, das mit all den verschiedenen Erzeugnissen des Fleißes und mit einem den Bedürfnissen jeder Gesellschaft entsprechenden Handelsgute versehen ist, bedarf allein der Handelsfreiheit, um es vor der Möglichkeit einer Teuerung zu schützen. Die Völker der Erde sind nicht verdammt, zu würfeln, um zu entscheiden, welches von ihnen sich der Hungersnot unterwerfen soll. In der Welt ist stets eine Fülle von Nahrungsmitteln vorhanden. Um uns eines dauernden Überflusses zu erfreuen, brauchen wir nur unsere Verbote und Einschränkungen zu beseitigen und abzulassen, der gütigen Weisheit der Vorsehung zuwiderzuhandeln." Artikel: „Getreidegesetze und Handel", Ergänzungsband der Encyclopaedia Britannica.

zu bemerken, daß ich nur sage, *soweit es den auswärtigen Handel betrifft;* weil die Profite, welche die Kaufleute in den Geschäften mit ihren Landsleuten erzielen, ebenso wie diejenigen, welche im ausschließlichen Handel mit den Kolonien gemacht werden, nicht gänzlich Gewinne für den Staat sind. Im Verkehr zwischen einzelnen Personen desselben Landes gibt es keinen anderen Gewinn als den Wert eines erzeugten Nutzens, *que la valeur d'une utilité produite.*"[1]) (Bd. I S. 401.) Ich kann den hier zwischen den Gewinnen des inländischen und auswärtigen Handels gemachten Unterschied nicht einsehen. Bei jedem Handel kommt es auf die Vermehrung der Erzeugnisse an. Wenn ich es zwecks Ankaufs eines Fasses Wein in meiner Macht hätte, Barren zu exportieren, welche mit dem Werte des Produktes einer 100tägigen Arbeit erstanden wurden, die Regierung aber mich durch ein Ausfuhrverbot auf Barren zwingen sollte, meinen Wein mittels eines Gutes zu kaufen, das mit dem Werte des Produkts einer 105tägigen Arbeit erstanden wurde, so geht der Ertrag einer 5tägigen Arbeit für mich verloren und durch mich für den Staat. Fänden aber diese Umsätze zwischen Individuen in verschiedenen Provinzen eines und desselben Landes statt, so würde für den einzelnen, und

[1]) Stehen nicht die folgenden Stellen der oben zitierten entgegen? „Abgesehen davon, daß der inländische Handel, obgleich er weniger beachtet wird (weil er in einer ganzen Reihe von Händen liegt), am bedeutendsten ist, ist er auch am vorteilhaftesten. Die bei diesem Handel ausgetauschten Güter sind notwendig Erzeugnisse desselben Landes." Bd. I S. 84. — „Die englische Regierung hat nicht bemerkt, daß die einträglichsten Verkäufe die sind, welche ein Land an sich selbst macht, weil sie nicht erfolgen können, ohne daß die Nation zwei Werte erzeugt; den Wert, der verkauft wird, und den, mit welchem der Kauf geschieht." Bd. I S. 221. — Ich werde im 26. Kapitel die Richtigkeit dieser Ansicht prüfen.

durch ihn für das Land, der nämliche Vorteil erwachsen, wenn er in seiner Wahl der Güter, mit denen er seine Einkäufe machte, ungehindert wäre; und derselbe Nachteil, wenn er durch die Regierung genötigt würde, mit dem am wenigsten einträglichen Gute zu kaufen. Könnte ein Fabrikant mit dem gleichen Kapital mehr Eisen da aufbereiten, wo Kohlen reichlich vorhanden sind, als dort, wo Kohlen knapp sind, dann würde dem Lande durch die Differenz Vorteil erwachsen. Wenn sich jedoch Kohlen nirgends reichlich vorfänden, und er Eisen importierte und diese zusätzliche Menge durch die Herstellung eines Gutes mit gleichem Kapitale und gleicher Arbeit erlangen könnte, so würde er in gleicher Weise sein Land um die zusätzliche Menge Eisen bereichern. Im 6. Kapitel dieses Werkes habe ich zu zeigen versucht, daß jeder Handel, ob auswärtiger oder inländischer, dadurch Nutzen bringt, daß er die Menge, und nicht den Wert, der Erzeugnisse vermehrt. Ob wir nun den einträglichsten Binnen- und Außenhandel betreiben, oder infolge davon, daß wir durch Prohibitivgesetze gefesselt sind, uns mit dem am wenigsten vorteilhaften begnügen müssen, wir werden keinen größeren Wert erlangen. Die Profitrate und der produzierte Wert werden dieselben bleiben. Der Vorteil läuft stets auf das hinaus, was Herr Say auf den Binnenhandel zu beschränken scheint; in beiden Fällen ist kein anderer Gewinn vorhanden, als der des Wertes einer *utilité produite.*

Kapitel XXIII.

Über Produktionsprämien.

Vielleicht ist es ganz lehrreich, die Wirkungen einer Prämie auf die *Produktion* von Rohprodukten und anderen

Gütern zu betrachten, um die Anwendung der Grundsätze, welche ich aufzustellen versucht habe, in bezug auf den Kapitalprofit, die Verteilung des jährlichen Ertrages von Boden und Arbeit und die verhältnismäßigen Preise von Fabrikaten und Rohprodukten zu beobachten. Zunächst wollen wir annehmen, daß eine Steuer auf alle Güter gelegt wäre, um einen Fonds anzusammeln, den die Regierung zur Gewährung einer Prämie auf die *Produktion* von Getreide verwenden sollte. Da von einer derartigen Steuer die Regierung keinen Teil für sich verausgaben würde, und alles, was sie von der einen Klasse des Volkes empfinge, einer anderen zugeteilt würde, so würde die Nation insgesamt infolge einer solchen Steuer und Prämie weder reicher noch ärmer sein. Man würde bereitwillig zugeben, daß die Steuer auf Güter, durch welche der Fonds geschaffen wurde, den Preis der besteuerten Güter steigerte; folglich würden alle Konsumenten jener Güter zu diesem Fonds beitragen; mit anderen Worten, da sich ihr natürlicher oder notwendiger Preis erhöht hätte, so würde es auch ihr Marktpreis. Aber aus demselben Grunde, aus welchem der natürliche Preis dieser Güter gesteigert wird, würde der natürliche Preis des Getreides erniedrigt. Ehe die Produktionsprämie gezahlt wurde, erhielten die Landwirte für ihr Getreide einen so hohen Preis, wie nötig war, um ihnen ihre Rente und ihre Unkosten zurückzuzahlen und ihnen die allgemeine Profitrate abzuwerfen. Nach der Prämie würden sie mehr als diesen Satz bekommen, falls nicht der Getreidepreis um einen Betrag sänke, der zum wenigsten der Prämie gleich wäre. Die Wirkung der Steuer und der Prämie würde also sein, den Preis der Güter in einem der Steuer entsprechenden Grade zu steigern, und den Preis des Getreides um eine Summe zu drücken, die mindestens der Prämie gleich wäre. Zudem wird man finden, daß keine dauernde Veränderung in der Kapitalverteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie

stattfinden könnte, weil genau dieselbe Nachfrage nach Brot und Fabrikaten bestehen würde, da in der Größe weder des Kapitals noch der Bevölkerung eine Veränderung eingetreten wäre. Nach dem Sinken des Getreidepreises würde sich der Profit des Landwirts nicht über den allgemeinen Stand erheben, noch würde der Profit des Fabrikanten nach dem Steigen von Fabrikaten niedriger stehen; die Prämie würde also keine größere Verwendung von Kapital auf den Boden für den Getreidebau, noch eine geringere für gewerbliche Zwecke verursachen. Wie aber würde das Interesse des Grundbesitzers davon berührt werden? Nach denselben Grundsätzen, nach welchen eine Rohproduktensteuer die Getreiderente des Bodens erniedrigen würde, indem sie die Geldrente unverändert ließe, würde eine Produktionsprämie, die das direkte Gegenteil einer Steuer ist, die Getreiderente erhöhen und die Geldrente unberührt lassen.[1]) Bei gleicher Geldrente würde der Grundbesitzer für seine Fabrikate einen höheren, und für sein Getreide einen niedrigeren Preis zu bezahlen haben; infolgedessen würde er wahrscheinlich weder reicher noch ärmer sein.

Ob nun eine solche Maßnahme irgendeine Wirkung auf den Arbeitslohn ausübte, würde von der Frage abhängen, ob der Arbeiter beim Kauf von Gütern zur Steuer ebensoviel beitragen würde, als er infolge der Wirkungen der Prämie im niedrigen Preise seiner Lebensmittel empfangen würde. Wären diese beiden Quantitäten gleich, würden die Löhne unverändert bleiben; gehörten die besteuerten Güter aber nicht zu den Konsumartikeln des Arbeiters, so würde sein Lohn sinken, und sein Arbeitgeber um die Differenz bereichert werden. Das ist jedoch für seinen Arbeitgeber kein wirklicher Vorteil; zwar würde sich dadurch seine Profit-

[1]) Siehe S. 152.

rate erhöhen, wie dies jeder Lohnrückgang bewirken muß; aber in dem Maße, als der Arbeiter weniger zu dem Fonds beisteuerte, aus welchem die Prämie bezahlt würde, und der, wie man sich zu erinnern hat, aufgebracht werden muß, muß sein Arbeitgeber mehr beisteuern. Mit anderen Worten, er würde infolge seiner Ausgaben ebensoviel zur Steuer beizutragen haben, als er an den Wirkungen der Prämie und der höheren Profitrate gewinnen würde. Er bekommt, um ihn für seine Zahlung zu entschädigen, eine höhere Profitrate, und zwar nicht bloß für seine eigene Steuerquote, sondern auch für die seines Arbeiters. Die Entschädigung, welche er für die Quote seines Arbeiters empfängt, erscheint in verringerten Löhnen oder, was dasselbe ist, in vergrößertem Profit; die Vergütung für seine eigene erscheint in der Ermäßigung des Preises des von ihm konsumierten Getreides, die aus der Prämie entspringt.

Hier wird es angemessen sein, eine Bemerkung über die verschiedenen Wirkungen einzuflechten, welche durch eine Veränderung des wirklichen Arbeits- oder natürlichen Getreidewertes und durch eine infolge von Besteuerung oder Prämien entstehende Veränderung des verhältnismäßigen Getreidewertes auf den Profit ausgeübt werden. Wenn Getreide durch eine Veränderung seines Arbeitspreises einen Preisrückgang erfährt, wird sich nicht nur die Rate des Kapitalprofits ändern, sondern die Lage des Kapitalisten wird sich verbessern. Bei höherem Profit wird er für die Dinge, für welche jener Profit verausgabt wird, nicht mehr zu bezahlen haben; was nicht geschieht, wie wir soeben gesehen haben, wenn das Sinken künstlich durch eine Prämie verursacht wird. Bei dem wirklichen Sinken des Getreidewertes, das aus einem geringeren Arbeitserfordernis zur Erzeugung eines der wichtigsten menschlichen Konsumartikel entspringt, wird die Arbeit produktiver gestaltet. Es wird

mit demselben Kapital die nämliche Arbeit beschäftigt, und eine Zunahme der Produktion ist die Folge davon; nicht nur die Rate des Profits also wird erhöht, sondern auch die Lage desjenigen, der ihn einsteckt, wird sich verbessern; nicht allein wird jeder Kapitalist bei Verwendung desselben Geldkapitals ein größeres Einkommen an Geld haben, sondern, wenn das Geld ausgegeben ist, wird es ihm auch eine größere Summe von Gütern verschaffen; seine Genüsse werden sich vermehren. Im Falle der Prämie hat er, um den Vorteil auszugleichen, der ihm aus dem Sinken des einen Gutes erwächst, den Nachteil, daß er für ein anderes einen mehr als verhältnismäßig hohen Preis bezahlen muß; um diesen höheren Preis bezahlen zu können, empfängt er eine größere Profitrate, so daß sich seine wirkliche Lage, wenn auch nicht verschlechtert, so doch keineswegs verbessert hat: obgleich er eine höhere Profitrate empfängt, besitzt er doch keine größere Verfügung über den Ertrag von Arbeit und Boden des Landes. Wenn das Sinken des Getreidewertes durch natürliche Ursachen herbeigeführt wird, wirkt demselben ein Steigen der anderen Güter nicht entgegen; im Gegenteil, sie sinken, weil das Rohmaterial, aus dem sie verfertigt werden, sinkt; wird jedoch das Sinken des Getreides durch künstliche Mittel hervorgerufen, so wirkt ihm stets ein tatsächliches Steigen des Wertes irgendeines anderen Gutes entgegen, so daß, wenn Getreide billiger gekauft wird, andere Güter teuerer gekauft werden.

Dies also ist ein weiterer Beweis dafür, daß aus Steuern auf Bedarfsartikel wegen ihrer den Lohn steigernden und den Profit erniedrigenden Wirkung kein besonderer Nachteil entsteht. Allerdings wird der Profit herabgesetzt, aber nur bis zum Betrage der Steuerquote des Arbeiters, die auf alle Fälle entweder von seinem Arbeitgeber oder von dem Konsumenten des Ertrages von des Arbeiters Arbeitsleistung bezahlt werden muß. Ob man vom Einkommen des Arbeit-

gebers im Jahr 50 £ abzieht, oder zu den Preisen der Güter, die er konsumiert, 50 £ zufügt, kann für ihn oder für die Gesamtheit keine andere Folge haben, als wie sie gleichmäßig alle übrigen Klassen treffen mag. Werden sie auf die Preise des Gutes geschlagen, so kann sich ein Geizhals der Steuer durch Nichtverbrauch entziehen; werden sie aber vom Einkommen eines jeden indirekt in Abzug gebracht, so kann er der Bezahlung seines gerechten Anteils an den öffentlichen Lasten nicht entgehen.

Also würde eine Prämie auf die Produktion von Getreide keine tatsächliche Wirkung auf den jährlichen Ertrag der Arbeit und des Boden des Landes ausüben, obschon sie das Getreide verhältnismäßig verbilligen, und die Fabrikate verhältnismäßig verteuren würde. Aber nehmen wir einmal an, daß man eine entgegengesetzte Maßnahme träfe, daß man zu dem Zwecke, um einen Fonds für eine Prämie auf die Produktion von Gütern zu beschaffen, eine Steuer vom Getreide erheben sollte.

In solchem Falle würde Getreide offenbar teuer, und Güter billig sein; Arbeit würde denselben Preis behalten, wenn der Arbeiter durch die Wohlfeilheit von Gütern ebenso sehr begünstigt, als er durch die Verteuerung von Getreide benachteiligt würde. Wenn dem aber nicht so wäre, würden die Löhne steigen, und die Profite würden sinken, während die Geldrente dieselbe wie vorher bliebe; die Profite würden sinken, weil, wie wir soeben auseinandergesetzt haben, das die Methode wäre, in der der Steueranteil des Arbeiters von den Arbeitgebern bezahlt werden würde; durch die Lohnsteigerung würde der Arbeiter für die Steuer, die er in dem erhöhten Getreidepreise bezahlte, entschädigt werden; dadurch, daß er keinen Teil seines Lohnes für die Fabrikate verausgabte, würde er keinen Teil von der Prämie erhalten; die Prämie würde gänzlich von den Arbeitgebern eingesteckt werden, und die Steuer würde teilweise von den Arbeitnehmern

bezahlt werden; den Arbeiter würde eine Entschädigung für diese ihnen auferlegte größere Last in Gestalt von Löhnen erwachsen, und somit würde die Profitrate herabgesetzt. Auch in diesem Falle würde es sich um eine komplizierte Maßnahme handeln, von der die Nation keinerlei Wirkungen verspürte.

Bei der Erörterung dieser Frage haben wir die Wirkung einer solchen Maßnahme auf den auswärtigen Handel absichtlich außeracht gelassen; wir haben vielmehr den Fall eines isolierten Landes angenommen, das mit anderen Ländern keinerlei Handelsbeziehungen unterhält. Wir haben gesehen daß, da die Nachfrage des Landes nach Getreide und Gütern dieselbe wäre, welche Richtung die Prämie auch nehmen möchte, keine Versuchung bestehen würde, das Kapital aus dem einen Gewerbezweig in einen anderen hinüberzuleiten; das würde jedoch nicht länger der Fall sein, wenn auswärtiger Handel bestände, und dieser Handel frei wäre. Durch die Veränderung des verhältnismäßigen Wertes von Gütern und Getreide, durch die Erzeugung einer so mächtigen Wirkung auf ihre natürlichen Preise, würden wir der Ausfuhr derjenigen Güter, deren natürliche Preise gedrückt würden, einen mächtigen Anstoß verleihen, und einen gleichen Anstoß der Einfuhr jener Güter, deren natürliche Preise erhöht würden; und auf diese Weise könnte eine derartige finanzielle Maßnahme die natürliche Verteilung der Gewerbe vollständig ändern; zweifellos zum Vorteil der fremden Länder, aber zum Verderben desjenigen, in welchem eine so absurde Politik eingeleitet würde.

Kapitel XXIV.

Adam Smith's Lehre über die Grundrente.

„In der Regel können nur solche Teile des Bodenertrages zu Markte gebracht werden," sagt Adam Smith, „deren ordentlicher Preis genügt, um das Kapital, welches, um sie dorthin zu bringen, aufgewandt werden muß, samt seinem ordentlichen Profit zu ersetzen. Steigt der ordentliche Preis darüber hinaus, so wird der Überschuß natürlich der Grundrente zufallen. *Beträgt er nicht mehr, so kann das Gut, obschon es sich zu Markte bringen läßt, dem Grundherrn keine Rente abwerfen.* Ob der Preis höher steht, oder nicht, hängt von der Nachfrage ab."

Diese Stelle würde natürlich den Leser zu dem Schlusse führen, daß ihr Verfasser die Natur der Rente nicht mißverstanden haben könnte, und daß er gesehen haben müßte, daß diejenige Bodenqualität, deren Anbau die Bedürfnisse der Gesellschaft etwa benötigen möchten, abhängen würde von *„dem ordentlichen Preis ihres Ertrages"*, *ob dieser „genügte, um das Kapital, welches auf ihren Anbau verwandt werden muß, samt seinem ordentlichen Profit zu ersetzen"*.

Allein er war zu der Überzeugung gelangt, daß „es einige Teile des Bodenertrages gäbe, nach denen die Nachfrage immer so stark sein muß, daß sie einen höheren Preis abwerfen, als den, der genügt, um sie zu Markte zu bringen"; und er betrachtete die Nahrungsmittel als einen jener Teile.

Er sagt, daß „Land fast in jeder Lage eine größere Menge Nahrungsmittel hervorbringt, als genügt, um all die Arbeit, die nötig ist, um sie zu Markte zu bringen, in der freigebigsten Weise, in der jene Arbeit je unterhalten wird, zu unterhalten. Auch ist der Überschuß immer noch mehr als

hinreichend, um das auf diese Arbeit verwandte Kapital samt seinem Profit wieder zu ersetzen. Daher bleibt stets etwas als Rente für den Grundherrn übrig."

Aber welchen Beweis erbringt er dafür? — Keinen anderen als die Behauptung, daß „die ödesten Moore in Norwegen und Schottland eine Art Futter für das Vieh hervorbringen, von dem die Milch und der Nachwuchs stets mehr als hinreichend ist, nicht nur um die zur Wartung erforderliche Arbeit zu unterhalten und dem Landwirt oder dem Eigentümer der Herde oder Schar den ordentlichen Profit zu bezahlen, sondern dem Grundherrn eine kleine Rente abzuwerfen." Nun, daran möge man mir einen Zweifel nicht verwehren; ich glaube, daß es bis jetzt in jedem Lande, vom rohesten bis zum zivilisiertesten, noch Boden von solcher Qualität gibt, daß er nicht einen Ertrag liefern kann, dessen Wert mehr als genügt, um das darauf verwandte Kapital samt dem in diesem Lande ordentlichen und üblichen Profit zu ersetzen. Wir alle wissen, daß dies in Amerika der Fall ist, und dennoch behauptet niemand, daß die Grundsätze, welche die Rente bestimmen, in diesem Lande andere als in Europa sind. Wäre es aber wahr, daß England im Ackerbau so weit fortgeschritten wäre, daß heutzutage keine Ländereien mehr übrig wären, die keine Rente abwürfen, so würde es gleichermaßen wahr sein, daß es früher solche Ländereien gegeben haben muß; und daß, ob es welche gibt, oder nicht, für diese Frage von keinerlei Bedeutung ist; denn es kommt, wenn in Großbritannien Kapital auf Land verwandt wird, das nur das Stammkapital mit seinem ordentlichen Profit ersetzt, auf dasselbe hinaus, ob es auf altes oder neues Land verwandt wird. Wenn ein Landwirt einen Pachtvertrag auf 7 oder 14 Jahre über Land abschließt, kann er sich vornehmen, ein Kapital von 10 000 £ darauf zu verwenden, da er weiß, daß er bei dem bestehenden Getreide- und Rohproduktenpreise den Teil seines Stammkapitals, den er ausgeben

muß, ersetzen, seine Rente bezahlen und die allgemeine Profitrate erzielen kann. Er wird keine 11 000 £ anwenden, wenn sich die letzten 1000 £ nicht so produktiv verwenden lassen, um ihm den üblichen Kapitalprofit abzuwerfen. Bei seiner Berechnung, ob er sie aufwenden wird, oder nicht, überlegt er nur, ob der Rohproduktenpreis hinreicht, um ihm seine Auslagen und seinen Profit einzubringen, da er weiß, daß er keine zusätzliche Rente zu bezahlen braucht. Selbst beim Ablauf seines Vertrages wird seine Rente nicht gesteigert werden; denn, wenn der Grundbesitzer, weil diese zusätzlichen 1000 £ aufgewendet wurden, eine Rente fordern sollte, so würde er sie zurückziehen, da er durch ihre Aufwendung, der Voraussetzung nach, bloß den ordentlichen und üblichen Profit erhält, den er durch jede andere Kapitalanlage erzielen kann; und deshalb kann er sich nicht dazu verstehen, eine Rente dafür zu bezahlen, es sei denn, daß der Rohproduktenpreis weiter steigen, oder, was dasselbe ist, daß die übliche und allgemeine Profitrate sinken sollte.

Wäre der umfassende Verstand Adam Smith's auf diese Tatsache hingelenkt worden, so würde er nicht behauptet haben, daß die Rente einen der integrierenden Bestandteile des Rohproduktenpreises bildet; denn der Preis wird überall durch den mit diesem letzten Kapitalteil erzielten Ertrag bestimmt, für den keinerlei Rente bezahlt wird. Hätte er diesen Grundsatz beachtet, so würde er zwischen dem Gesetz, das die Bergwerksrente und die Grundrente regelt, keinen Unterschied gemacht haben.

„Ob beispielsweise eine Kohlengrube," sagt er, „irgendeine Rente abwerfen kann, hängt teilweise von ihrer Ergiebigkeit und teilweise von ihrer Lage ab. Ein Bergwerk irgendwelcher Art kann entweder ergiebig, oder arm genannt werden, je nachdem die Menge von Mineral, die mit einer bestimmten Arbeitsmenge daraus gefördert werden kann, größer oder

geringer als diejenige ist, welche sich mit einer gleichen Menge aus dem größeren Teile anderer Gruben der gleichen Art fördern läßt. Einige Kohlengruben, die vorteilhaft gelegen sind, können wegen ihrer Armut nicht betrieben werden. Ihr Ertrag deckt die Kosten nicht. Sie können weder Profit noch Rente abwerfen. Es gibt etliche, deren Ertrag kaum genügt, um die Arbeit zu bezahlen und, zusammen mit seinem ordentlichen Profit, das auf ihren Betrieb verwandte Kapital zu ersetzen. Sie gewähren wohl dem Unternehmer des Werkes einigen Profit, dem Grundeigentümer aber keine Rente. Sie können mit Vorteil von niemandem, als vom Grundeigentümer betrieben werden, welcher, da er selbst der Unternehmer des Werkes ist, den ordentlichen Profit des Kapitals, das er in ihm aufwendet, erhält. Viele schottische Kohlengruben werden auf diese Weise im Gang erhalten und lassen sich anders nicht betreiben. Der Grundeigentümer wird niemandem anderen erlauben, sie in Betrieb zu setzen, ohne eine Rente zu bezahlen, und niemand kann sich dazu verstehen, eine zu bezahlen."

„Andere Kohlengruben in demselben Lande, die ergiebig genug sind, lassen sich ihrer Lage wegen nicht ausbeuten. Zwar könnte genug Mineral zur Deckung der Betriebskosten mit der ordentlichen, oder sogar mit weniger als der ordentlichen, Arbeitsmenge aus der Grube gefördert werden; doch ließe sich diese Menge in einem dünn bevölkerten Binnenlande, das weder gute Wege noch Wasserstraßen besitzt, nicht verkaufen." Das ganze Rentenprinzip wird hier bewunderungswürdig und scharfsinnig auseinandergesetzt; aber jedes Wort ist ebenso auf Boden anwendbar, wie auf Bergwerke; und doch behauptet er, daß sich „dies bei Liegenschaften auf der Erdoberfläche anders verhält. Das Verhältnis sowohl ihres Ertrages wie ihrer Rente steht im Verhältnis zu ihrer absoluten, und nicht zu ihrer relativen Ergiebigkeit." Doch gesetzt, es gäbe keinen Boden, der keine Rente brächte; dann würde der Betrag

der Rente auf dem schlechtesten Boden im Verhältnis zum Überschusse des Ertragswertes über die Kapitalauslage und den ordentlichen Kapitalprofit stehen. Derselbe Grundsatz würde die Rente einer etwas besser gearteten oder günstiger gelegenen Bodenqualität beherrschen, und deshalb würde die Rente dieses Bodens, der größeren Vorteile halber, die er besäße, die Rente des ihm gegenüber minderwertigen übersteigen. Das gleiche ließe sich von dem der dritten Qualität behaupten, und so fort, bis zur allerbesten. Ist es daher nicht ebenso gewiß, daß gerade die relative Fruchtbarkeit des Bodens die Ertragsquote bestimmt, die als Grundrente bezahlt werden muß, als es die relative Ergiebigkeit der Gruben ist, die den Anteil ihres Ertrages bestimmt, der als Bergwerksrente bezahlt werden muß?

Nachdem Adam Smith erklärt hat, daß etliche Bergwerke nur von den Eigentümern betrieben werden können, da sie nur so viel einbringen werden, als hinreicht, die Betriebskosten samt dem ordentlichen Profit des angelegten Kapitals zu decken, sollten wir erwarten, er würde zugeben, daß gerade diese besonderen Bergwerke den Preis der Produkte aller Bergwerke bestimmten. Wenn die alten Gruben ungenügend sind, um die erforderliche Kohlenmenge zu beschaffen, wird der Kohlenpreis steigen und wird so lange zu steigen fortfahren, bis der Eigentümer einer neuen und geringeren Grube findet, daß er den üblichen Kapitalprofit erlangen kann, indem er seine Grube in Betrieb setzt. Ist seine Grube leidlich ergiebig, so bedarf es keiner bedeutenden Preiserhöhung, bis es sein Interesse wird, sein Kapital so anzulegen; ist sie aber nicht leidlich ergiebig, so muß der Preis offenbar so lange steigen, bis er ihm die Mittel liefert, um seine Auslagen zu bezahlen und den ordentlichen Kapitalprofit zu erzielen. Daraus folgt also, daß stets die am wenigsten ergiebige Grube den Kohlenpreis bestimmt. Adam Smith jedoch ist anderer Meinung; er bemerkt, daß „die ergiebigste Grube auch den

Kohlenpreis aller anderen Gruben in der Nachbarschaft bestimmt. Der Eigentümer sowohl als der Unternehmer des Werkes finden, daß, wenn sie ihre sämtlichen Nachbarn etwas unterbieten, jener eine höhere Rente, dieser einen größeren Profit erhalten kann. Bald sehen sich ihre Nachbarn gezwungen, zu demselben Preise zu verkaufen, obgleich sie sich das nicht so gut leisten können, und obgleich das sowohl ihre Rente, als auch ihren Profit immer verringert und bisweilen völlig aufzehrt. Manche Werke werden gänzlich aufgegeben; andere können keine Rente abwerfen und können nur vom Eigentümer betrieben werden.“ Wenn sich die Nachfrage nach Kohle verringern, oder wenn sich ihre Produktion durch neue Verfahren vergrößern sollte, würde der Preis sinken, und manche Grube aufgegeben werden; aber auf jeden Fall müßte der Preis hinreichen, um die Kosten und den Profit derjenigen Grube zu decken, die ohne Rentenbelastung arbeitet. Daher ist es gerade die am wenigsten ergiebige Grube, die den Preis bestimmt. Tatsächlich bestätigt Adam Smith dies an einer anderen Stelle selbst; denn er sagt: „Der niedrigste Preis, zu welchem sich Kohlen auf eine längere Zeit verkaufen lassen, ist, wie der aller anderen Güter, derjenige Preis, der gerade hinreicht, um, zusammen mit seinem ordentlichen Profit, das Stammkapital zu ersetzen, das aufgewandt werden muß, um sie zu Markte zu bringen. Bei einer Kohlengrube, für welche der Eigentümer keine Rente bekommen kann, und die er entweder selbst betreiben, oder ganz und gar sich überlassen muß, muß der Kohlenpreis im allgemeinen etwa diesem Preise entsprechen.“

Allein, derselbe Umstand, nämlich der Überfluß und die daraus folgende Wohlfeilheit der Kohlen, gleichgültig, von welcher Ursache das herrühren möge, der es notwendig machen würde, diejenigen Gruben aufzugeben, welche keine oder nur eine mäßige Rente brächten, würde, wenn derselbe Überfluß und die daraus folgende Wohlfeilheit von Rohpro-

dukten vorläge, es nötig machen, den Anbau solcher Böden einzustellen, für die entweder keine oder eine sehr kleine Rente bezahlt würde. Wenn beispielsweise Kartoffeln, wie in einigen Ländern der Reis, das allgemein gebräuchliche Nahrungsmittel des Volkes werden sollten, würde wahrscheinlich ein Viertel oder die Hälfte des jetzt angebauten Bodens sofort im Stiche gelassen werden. Denn, wenn, wie Adam Smith sagt, „ein Acker Kartoffeln 6000 Pfund guter Nahrung zu produzieren pflegt, dreimal soviel als ein Acker Weizen", so könnte es für eine beträchtliche Zeit nicht eine solche Bevölkerungszunahme geben, um die Menge zu verzehren, welche von dem Boden, der vorher für den Anbau von Weizen verwendet wurde, gewonnen werden könnte; viel Land würde infolgedessen im Stich gelassen werden, und die Rente würde sinken; und erst, nachdem sich die Bevölkerung verdoppelt oder verdreifacht hätte, könnte dieselbe Bodenmenge wieder in Anbau genommen, und eine ebenso hohe Rente, als früher, dafür bezahlt werden.

Auch würde kein größerer Teil vom Rohertrage dem Grundeigentümer bezahlt werden, ob er nun in Kartoffeln, die 300 Menschen, oder in Weizen bestände, der bloß 100 ernähren würde. Denn, obgleich sich die Produktionskosten ganz erheblich verringern würden, wenn der Lohn des Arbeiters hauptsächlich nach dem Kartoffelpreise, und nicht nach dem Weizenpreise bemessen wäre, und obgleich daher der nach Bezahlung der Arbeiter übrig bleibende Teil des ganzen Rohertrages bedeutend zugenommen haben würde, so würde doch nichts von diesem zusätzlichen Teile der Rente, sondern alles unabänderlich dem Profit zufallen, da der Profit zu allen Zeiten steigt, wenn der Lohn sinkt, und sinkt, wenn der Lohn steigt. Ob Weizen oder Kartoffeln angebaut wären, die Rente würde durch denselben Grundsatz beherrscht werden; sie würde stets gleich sein der Differenz zwischen den Ertragsmengen, die man mit gleichen Kapitalien entweder auf demselben

Boden, oder auf Boden von verschiedenen Qualitäten erntete; und daher würde, solange Böden von gleicher Qualität bebaut wären, und verhältnismäßig keine Veränderung in ihrer Fruchtbarkeit oder ihren Vorzügen einträte, die Rente stets im selben Verhältnis zum Rohertrage stehen.

Adam Smith allerdings behauptet, daß sich der dem Grundeigentümer zufallende Anteil durch eine Verringerung der Produktionskosten vermehren würde, und daß er infolgedessen von einem reichen Ertrag ebenso einen größeren Anteil wie auch eine größere Menge erhalten würde, als von einem kärglichen Ertrage. „Ein Reisfeld", sagt er, „bringt eine weit größere Menge Nahrung hervor, als das fruchtbarste Getreidefeld. Zwei Ernten im Jahre, zu je 30 bis 60 Scheffeln jede, sollen der gewöhnliche Ertrag eines Ackers sein. Obgleich sein Anbau daher mehr Arbeit verlangt, so verbleibt, nachdem man alle jene Arbeit unterhalten hat ein weit größerer Überschuß. Daher müßte in jenen Reisländern, wo der Reis die allgemein beliebte Pflanzennahrung des Volkes ist, und wo die Landleute hauptsächlich, damit unterhalten werden, *dem Grundeigentümer von diesem größeren Überschuß ein größerer Anteil, als in Getreideländern gehören.*"

Auch Herr Buchanan bemerkt: „Es ist ganz klar, daß, wenn irgend ein anderes Erzeugnis, welches der Boden reichlicher als das Getreide hervorbrächte, allgemeines Volksnahrungsmittel werden sollte, die Rente des Grundbesitzers im Verhältnis zu seiner größeren Fülle aufgebessert werden würde."

Wenn die Kartoffeln zum allgemeinen Volksnahrungsmittel werden sollten, so würden die Grundeigentümer lange Zeit hindurch unter einer gewaltigen Rentenverkürzung zu leiden haben. Wahrscheinlich bekämen sie nicht annähernd so viel von dem Unterhalt eines Menschen, als sie jetzt bekommen, während jener Unterhalt auf ein Drittel seines

heutigen Wertes sinken würde. Doch würden alle Fabrikate, für die ein Teil der Rente des Grundeigentümers verausgabt wird, kein anderes Sinken erleiden als das, welches aus dem Sinken des zu ihrer Herstellung dienenden Rohstoffes entstände, und das nur von der größeren Fruchtbarkeit desjenigen Bodens herrühren würde, der nunmehr seiner Erzeugung gewidmet werden könnte.

Wenn infolge der Bevölkerungszunahme Boden von der gleichen Qualität wie zuvor in Anbau genommen werden sollte, so würde der Grundbesitzer nicht nur den früheren Anteil vom Ertrage beziehen, sondern dieser Anteil würde auch denselben Wert wie zuvor haben. Folglich würde die Rente dieselbe wie zuvor bleiben; der Profit jedoch würde bedeutend höher sein, weil der Nahrungsmittelpreis, und daher der Lohn, viel niedriger sein würde. Hohe Profite sind der Kapitalsansammlung günstig. Die Nachfrage nach Arbeit würde weiter zunehmen, und den Grundbesitzern würde die gesteigerte Nachfrage nach Boden dauernd zugute kommen.

Zweifellos könnten genau die nämlichen Ländereien bedeutend intensiver bewirtschaftet werden, wenn sich eine solche Fülle von Nahrungsmitteln auf ihnen hervorbringen ließe, und daher würden sie beim Fortschreiten der Gesellschaft weit höhere Renten zulassen und eine viel größere Bevölkerung als früher ernähren. Dies könnte nicht verfehlen, für die Grundbesitzer höchst vorteilhaft zu sein, und ist mit dem Grundsatze vereinbar, den diese Untersuchung festzulegen nicht verfehlen wird; nämlich, daß alle außerordentlichen Profite ihrer Natur nach nur von beschränkter Dauer sind, da der gesamte Mehrertrag des Bodens, nach Abzug nur so mäßiger Profite, wie sie zur Förderung der Kapitalsansammlung hinreichen, letzthin dem Grundbesitzer verbleiben muß.

Bei einem so niedrigen Arbeitspreise, wie ihn solch ein

reicher Ertrag herbeiführen würde, würden nicht nur die bereits in Anbau befindlichen Böden eine viel größere Produktenmenge liefern, sondern sie würden auch gestatten, daß ein großes Zusatzkapital auf sie verwandt würde, und ein größerer Wert aus ihnen gezogen würde; und zugleich könnten auch Böden von einer weit geringeren Qualität mit hohem Profit bebaut werden, zum großen Vorteil der Grundbesitzer sowohl wie auch der ganzen Klasse der Konsumenten. Die Maschine, welche den wichtigsten Konsumartikel erzeugte, würde vervollkommnet werden und, je nachdem man ihre Dienste benötigte, sich sehr gut bezahlt machen. Alle Vorteile würden in erster Linie den Arbeitern, Kapitalisten und Konsumenten zugute kommen; aber mit dem Fortschreiten der Bevölkerung würden sie allmählich auf die Eigentümer des Bodens übertragen werden.

Unabhängig von diesen Verbesserungen, an denen die Gesamtheit ein unmittelbares, und die Grundbesitzer ein entferntes Interesse haben, ist das Interesse des Grundbesitzers dem des Konsumenten und Gewerbetreibenden stets entgegengesetzt. Getreide kann beständig im Preise steigen, nur weil zu seiner Produktion zusätzliche Arbeit erforderlich ist; weil seine Produktionskosten gestiegen sind. Die nämliche Ursache steigert unabänderlich die Rente, daher liegt es im Interesse des Grundbesitzers, daß die mit der Getreideproduktion verbundenen Kosten steigen möchten. Dies jedoch ist nicht das Interesse des Konsumenten; für ihn ist es wünschenswert, daß Getreide im Vergleich zu Geld und Gütern niedrig stehe; denn Getreide wird immer mit Gütern oder Geld erstanden. Ebensowenig hat der Gewerbetreibende ein Interesse daran, daß Getreide hoch m Preise stehe; denn der hohe Getreidepreis wird hohe Löhne verursachen, aber wird nicht den Preis seines Gutes erhöhen. Nicht allein muß also mehr von seinem Gute oder, was auf dasselbe hinausläuft, der Wert von mehr von seinem

Gute im Tausche für das von ihm selbst konsumierte Getreide hingegeben werden, sondern es muß auch mehr oder der Wert von mehr seinen Arbeitern als Lohn gegeben werden, wofür er keine Vergütung erhalten wird. Infolgedessen werden alle Klassen, mit Ausnahme der Grundbesitzer, durch eine Steigerung des Getreidepreises geschädigt werden. Die Beziehungen zwischen dem Grundbesitzer und der Gesamtheit sind nicht wie Handelsgeschäfte, an denen Käufer wie Verkäufer sozusagen in gleicher Weise verdienen können, sondern der Verlust liegt hier gänzlich auf der einen Seite, und der Gewinn gänzlich auf der anderen; und wenn Getreide durch Einfuhr billiger beschafft werden könnte, so ist der Schaden infolge davon, daß es nicht eingeführt wird, weit größer auf der einen Seite, als der Gewinn auf der anderen ist.

Adam Smith macht niemals einen Unterschied zwischen einem niedrigen Geldwert und einem hohen Getreidewert und gelangt daher zu dem Schlusse, daß das Interesse des Grundbesitzers dem des Restes des Gemeinwesens nicht entgegengesetzt ist. Im ersten Falle steht das Geld im Vergleich mit allen Gütern niedrig; im anderen steht Getreide im Vergleich zu allen hoch. Im ersten behalten Getreide und Güter dieselben verhältnismäßigen Werte; im zweiten steht Getreide im Verhältnis zu Gütern wie Gelde höher.

Die folgende Bemerkung Adam Smith's ist wohl auf einen niedrigen Geldwert anwendbar, aber sie ist vollkommen unanwendbar auf einen hohen Getreidewert. „Wenn der Import (von Getreide) zu allen Zeiten frei wäre, so würden unsere Landwirte und unsere Landedelleute wahrscheinlich ein Jahr ums andere für ihr Getreide weniger Geld erhalten als jetzt, wo die Einfuhr die meiste Zeit hindurch tatsächlich unterbunden ist; aber das Geld, welches sie erhielten, würde mehr Wert haben, *würde mehr Waren von*

allen übrigen Arten kaufen und würde mehr Arbeit verwenden. Ihr wirklicher Wohlstand, ihr wirkliches Einkommen, würde deshalb das gleiche wie heute bleiben, obgleich es in einer kleineren Menge Silbers ausgedrückt sein könnte; und sie würden weder außerstandgesetzt, noch abgeschreckt werden, ebenso viel Getreide zu bauen, als sie jetzt tun. Im Gegenteil, da das Steigen des wirklichen Silberwertes, infolge des niedrigeren Geldpreises des Getreides, auch den Geldpreis aller übrigen Güter etwas erniedrigt, so gewährt es dem Gewerbefleiß des Landes, wo es eintritt, einigen Vorteil auf allen ausländischen Märkten und hat daher die Tendenz, jenen Gewerbefleiß anzuregen und zu vermehren. Die Ausdehnung des einheimischen Getreidemarktes aber muß mit dem allgemeinen Gewerbefleiß des Landes, wo es wächst oder mit der Zahl derjenigen im Verhältnis stehen, die etwas anderes produzieren, um es gegen Getreide auszutauschen. Nun aber ist der inländische Markt in jedem Lande, da er der nächste und bequemste ist, auch der größte und wichtigste für Getreide. Daher hat jenes Steigen des wirklichen Silberwertes, welches die Wirkung einer Verringerung des durchschnittlichen Geldpreises des Getreides ist, die Tendenz, den größten und wichtigsten Markt für Getreide zu erweitern und daher zu seinen Anbau anzuregen, anstatt, davon abzuschrecken."

Ein hoher oder niedriger Geldpreis des Getreides, der von dem Überflusse und der Wohlfeilheit von Gold und Silber herrührt, hat für den Grundbesitzer keinerlei Bedeutung, da jedwedes Erzeugnis, gerade so, wie es Adam Smith beschreibt, gleichmäßig betroffen werden würde. Aber ein verhältnismäßig hoher Getreidepreis ist dem Grundbesitzer zu jeder Zeit höchst vorteilhaft; denn erstens bringt er ihm an Rente eine größere Menge Getreide ein; und zweitens wird er für jedes gleiche Maß Getreide die Verfügung nicht nur über eine größere Menge Geldes, sondern

über eine größere Menge jeglichen Gutes haben, das Geld erstehen kann.

Kapitel XXV.

Über Kolonialhandel.

Adam Smith hat in seinen Betrachtungen über den Kolonialhandel die Vorteile eines freien Handels höchst befriedigend gezeigt, sowie die Ungerechtigkeit, unter welcher Kolonien dadurch zu leiden haben, daß sie von ihren Mutterländern daran gehindert werden ihre Produkte auf dem teuersten Markte zu verkaufen und ihre Fabrikate und Vorräte auf dem billigsten einzukaufen. Er hat gezeigt, daß die beste Verteilung der Arbeit der Welt dadurch bewirkt, und die größte Fülle an Bedarfsartikeln und Genüssen des menschlichen Lebens dadurch gesichert werden wird, daß man es jedem Lande erlaubt, die Erzeugnisse seines Fleißes, wann und wo es ihm beliebt, auszutauschen.

Auch hat er zu beweisen versucht, daß diese Handelsfreiheit, welche ohne Zweifel das Interesse der Gesamtheit fördert, auch das jedes einzelnen Landes fördert; und daß die engherzige Politik, welche die europäischen Staaten hinsichtlich ihrer Kolonien befolgten, für die Mutterländer selbst nicht weniger schädlich ist, als für die Kolonien, deren Interessen geopfert werden.

„Das Monopol des Kolonialhandels," sagt er, „bedrückt, wie alle die übrigen kleinlichen und böswilligen Maßnahmen des Merkantilsystems, die wirtschaftliche Tätigkeit aller anderen Länder, hauptsächlich aber die der Kolonien, ohne sie auch nur im geringsten in dem Lande zu vermehren, zu dessen

Gunsten es eingeführt ist; sondern vermindert sie im Gegenteil."

Doch hat er diesen Teil seines Themas nicht so klar und überzeugend behandelt, als den, wo er uns die Ungerechtigkeit dieses Systems gegen die Kolonien zeigt.

Ich glaube, daß man darüber im Zweifel sein kann, ob ein Mutterland bisweilen nicht doch aus den Einschränkungen, welche es seinen Kolonialbesitzungen auferlegt, Vorteil haben könne. Wer kann es z. B. bezweifeln, daß Frankreich in dem Falle, wenn England eine französische Kolonie wäre, aus einer beträchtlichen Prämie, die England auf die Ausfuhr von Getreide, Tuch oder irgendwelchen anderen Güter bezahlte, Nutzen ziehen würde? Bei der Untersuchung der Prämienfrage sahen wir, daß Getreide, bei einem angenommenen Preise von 4 £ pro Quarter und einer englischen Exportprämie von 10 sh. pro Quarter, in Frankreich auf 3 £ 10 sh. herabgesetzt worden sein würde. Hätte nun das Getreide vorher in Frankreich auf 3 £ 15 sh. gestanden, so würden den französischen Konsumenten 5 sh. pro Quarter von allem importierten Getreide zugute gekommen sein; wäre der natürliche Preis des Getreides vorher 4 £ gewesen, so würden sie die ganze Prämie von 10 sh. pro Quarter gewonnen haben. Frankreich würde auf die Weise durch den Verlust, den England erleidet, Nutzen haben: Es würde nicht bloß einen Teil, sondern das Ganze von dem gewinnen, was England einbüßte.

Allerdings kann man behaupten, daß eine Ausfuhrprämie eine innenpolitische Maßnahme ist und nicht leicht durch das Mutterland auferlegt werden könnte.

Wenn es den Interessen Jamaicas und Hollands förderlich wäre, diejenigen Güter, welche jedes einzelne produziert, ohne Vermittlung Englands auszutauschen, so ist es ganz sicher, daß die Interessen Hollands und Jamaicas, wenn sie daran verhindert wären, geschädigt würden. Ist aber Jamaica

gezwungen, seine Waren nach England zu senden und sie dort gegen holländische Waren auszutauschen, so wird ein englisches Kapital oder eine englische Agentur bei einem Handel Verwendung finden, bei dem sie sonst nicht in Anspruch genommen würden. Es wird durch eine Prämie, die nicht England, sondern Holland und Jamaica bezahlen, angelockt.

Adam Smith selbst hat erklärt, daß der infolge einer unvorteilhaften Arbeitsverteilung in zwei Ländern erlittene Verlust dem einen von ihnen nützlich sein kann, während das andere mehr geschädigt wird, als der von einer solchen Verteilung tatsächlich herrührende Verlust ausmacht; und wenn es wahr ist, zugleich beweisen wird, daß eine Maßnahme, welche einer Kolonie sehr schädlich sein mag, dem Mutterlande teilweise zum Vorteile gereichen kann.

Wo er von Handelsverträgen spricht, sagt er: „Wenn sich eine Nation durch Vertrag bindet, entweder die Einfuhr gewisser Waren aus einem fremden Lande zu gestatten, die sie aus allen übrigen verbietet, oder die Waren eines Landes von Zöllen auszunehmen, denen sie die aller anderen unterwirft, so muß dasjenige Land, oder wenigstens die Kaufleute und Fabrikanten des Landes, dessen Handel so begünstigt wird, notwendigerweise aus dem Vertrage großen Vorteil ziehen. Jene Kaufleute und Fabrikanten genießen in dem Lande, welches ihnen gegenüber so nachsichtig ist, eine Art Monopol. Jenes Land wird ein umfangreicherer wie gewinnbringenderer Markt für ihre Waren; umfangreicher, weil es, da die Waren anderer Nationen entweder ausgeschlossen, oder mit schweren Zöllen belastet sind, eine größere Menge davon abnimmt; gewinnbringender, weil die Kaufleute des begünstigten Landes, da sie dort eine Art Monopol genießen, in dem anderen ihre Waren häufig zu einem besseren Preise verkaufen werden, als wenn sie dem freien Wettbewerb aller anderen Nationen ausgesetzt wären.“

Lassen wir einmal die beiden Nationen, zwischen denen der Handelsvertrag zustande gekommen ist, das Mutterland und seine Kolonie sein, und Adam Smith gibt offenbar zu, daß ein Mutterland durch die Bedrückung seiner Kolonie Vorteile ziehen kann. Dagegen läßt sich freilich wiederum einwenden, daß in dem Falle, wo sich das Monopol des ausländischen Marktes nicht in den Händen einer ausschließlichen Gesellschaft befindet, von fremden Käufern nicht mehr für Güter bezahlt werden wird, als von einheimischen Käufern; der Preis, den sie beide bezahlen werden, wird von ihrem natürlichen Preise in dem Lande, wo sie erzeugt werden, nicht erheblich abweichen. England z. B. wird unter gewöhnlichen Umständen stets imstande sein, französische Waren zum natürlichen Preise jener Waren in Frankreich zu kaufen, und Frankreich würde ein gleiches Privileg haben, englische Waren zu ihrem natürlichen Preise in England zu kaufen. Aber zu diesen Preisen würden Waren ohne einen Vertrag gekauft werden. Von welchem Vorteil oder Nachteil ist dann der Vertrag für beide Teile?

Der Nachteil des Vertrages würde für das einführende Land dieser sein: Er würde es verbinden, ein Gut aus England z. B. zum natürlichen Preise jenes Gutes in England zu kaufen, während es dasselbe vielleicht zu einem bedeutend niedrigeren natürlichen Preise von irgendeinem anderen Lande hätte kaufen können. Er bewirkt also eine unvorteilhafte Verteilung des allgemeinen Kapitals, welche hauptsächlich das Land trifft, das durch seinen Vertrag verbunden ist, auf dem am wenigsten einträglichen Markte zu kaufen. Doch erwächst daraus dem Verkäufer kein Vorteil auf Grund eines vermeintlichen Monopols; denn er wird infolge des Wettbewerbes seiner eigenen Landsleute daran gehindert, seine Waren über ihrem natürlichen Preise zu verkaufen; zu welchem er sie verkaufen würde, ob er sie nun nach Frankreich, Spanien oder Westindien

exportierte, oder sie für den inländischen Verbrauch verkaufte.

Worin besteht dann der Vorteil der in dem Vertrage getroffenen Übereinkunft? Er besteht darin: Diese besonderen Waren hätten in England zu Exportzwecken nicht erzeugt werden können, wenn es nicht das alleinige Privileg besäße, diesen besonderen Markt zu versorgen; denn die Konkurrenz desjenigen Landes, wo der natürliche Preis niedriger wäre, würde es jeder Möglichkeit, jene Güter zu verkaufen, beraubt haben. Das jedoch würde von geringer Bedeutung gewesen sein, wenn England ganz sicher wäre, daß es irgendwelche anderen Waren, die es fabrizieren könnte, im gleichen Betrage entweder auf dem französischen, oder mit gleichem Vorteile auf irgendeinem anderen Markte verkaufen könnte. Das Ziel, das England im Auge hat, ist z. B., eine Menge französischer Weine im Werte von 5000 £ zu kaufen; es möchte daher gern irgendwo Waren verkaufen, um dadurch die 5000 £ zu diesem Zwecke zu erlangen. Wenn ihm Frankreich ein Monopol auf dem Tuchmarkte einräumt, wird es zu diesem Zwecke sogleich Tuch exportieren; ist aber der Handel frei, so kann die Konkurrenz anderer Länder verhindern, daß der natürliche Tuchpreis in England niedrig genug stehe, um es instand zu setzen, die 5000 £ durch den Tuchverkauf zu erlangen und den üblichen Profit bei einer derartigen Anlage seines Kapitals zu erzielen. Die Industrie Englands muß sich daher auf irgendein anderes Gut werfen; vielleicht aber gibt es unter seinen Produkten kein einziges, das es bei dem bestehenden Geldwerte zum natürlichen Preise anderer Länder zu verkaufen vermöchte. Was ist die Folge? Die englischen Weintrinker sind noch immer willens, 5000 £ für ihren Wein auszugeben, und folglich werden 5000 £ in Geld zu dem Zwecke nach Frankreich ausgeführt. Durch diese Ausfuhr von Geld wird sein Wert in England erhöht und in anderen Ländern gedrückt; und mit ihm wird der

natürliche Preis aller Güter, die britischer Gewerbefleiß hervorgebracht hat, ebenfalls erniedrigt. Das Steigen des Geldwertes ist dasselbe wie das Sinken des Güterpreises. Um 5000 £ zu erlangen, können britische Güter jetzt ausgeführt werden; denn sie können zu ihrem herabgesetzten natürlichen Preise mit den Waren anderer Länder in Wettbewerb treten. Jedoch werden mehr Waren zu den niedrigen Preisen verkauft, um die erforderlichen 5000 £ zu erlangen, mit welchem Erlöse man sich nicht dieselbe Menge Wein verschaffen wird; denn, während die Geldverminderung in England den natürlichen Warenpreis gedrückt hat, hat die Geldvermehrung in Frankreich den natürlichen Preis der Waren und Weine gesteigert. Infolgedessen wird nach England, bei völliger Handelsfreiheit, im Tausch gegen seine Güter weniger Wein eingeführt werden, als wenn es durch Handelsverträge besondere Vergünstigungen genießt. Doch wird sich die Profit*rate* nicht verändert haben; das Geld wird in den beiden Ländern in seinem verhältnismäßigen Werte gewechselt haben, und der von Frankreich erzielte Gewinn wird der sein, daß es im Tausch gegen eine bestimmte Menge französischer Waren eine größere englischer erhält, während der Verlust Englands darin bestehen wird, daß es im Tausch gegen eine bestimmte Menge englischer Waren eine kleinere französischer erhält.

Der auswärtige Handel also, gefesselt, begünstigt, oder frei, wird stets fortbestehen, wie sich die verhältnismäßige Produktionsschwierigkeit in verschiedenen Ländern auch gestalten möge; er kann aber nur durch Veränderung des natürlichen Preises, nicht des natürlichen Wertes, zu welchem sich die Güter in jenen Ländern produzieren lassen, reguliert werden, und das geschieht durch eine Veränderung in der Verteilung der Edelmetalle. Diese Ausführung bestätigt die Meinung, die ich anderwärts vertreten habe, nämlich, daß es in bezug auf die Ein- oder Ausfuhr

von Gütern nicht eine Steuer, eine Prämie oder ein Verbot gibt, wodurch nicht eine andere Verteilung der Edelmetalle verursacht, und daher überall auch eine Veränderung des natürlichen wie des Marktpreises der Güter bewirkt wird.

Demnach ist es klar; daß sich der Handel mit einer Kolonie so regeln läßt, daß er zu gleicher Zeit weniger günstig für die Kolonie und günstiger für das Mutterland wird, als ein vollkommener Freihandel. Wie es für einen einzelnen Konsumenten nachteilig ist, wenn er bei seinen Kaufgeschäften auf einen einzelnen Laden angewiesen ist, ebenso gereicht es einer Nation von Konsumenten zum Nachteil, wenn sie gezwungen ist, von einem einzelnen Lande zu kaufen. Wenn der Laden oder das Land die gewünschten Waren am billigsten lieferte, so würden sie sicher sein, dieselben auch ohne ein solches ausschließliches Privileg verkaufen; und wenn sie nicht wohlfeiler verkauften, so würde das allgemeine Interesse fordern, daß man sie nicht zur Fortführung eines Handels ermunterte, den sie anderen gegenüber nicht mit gleichem Vorteile betreiben könnten. Möglicherweise würde der Laden oder das verkaufende Land durch den Wechsel der Beschäftigungen verlieren, aber das Gemeinwohl ist niemals so völlig gesichert, als durch die produktivste Verteilung des allgemeinen Kapitals, d. h. durch einen universellen Freihandel.

Eine Steigerung der Produktionskosten eines Gutes, wenn es nicht zu den unentbehrlichsten Dingen gehört, wird nicht notwendigerweise seinen Verbrauch verringern; denn, obgleich die allgemeine Konsumtionsfähigkeit der Käufer durch das Steigen jedes einzelnen Gutes verringert wird, so können sie doch dem Verbrauch eines anderen Gutes entsagen, dessen Produktionskosten nicht gestiegen sind. In jenem Falle wird die angebotene und nachgefragte Menge dieselbe sein wie zuvor; es werden sich nur die Produktionskosten

vermehrt haben, und dennoch wird der Preis steigen und muß steigen, um den Profit des Produzenten des verteuerten Gutes mit den aus anderen Gewerben abgeleiteten Profiten auf eine Stufe zu stellen.

Herr Say erkennt die Produktionskosten als Grundlage des Preises an, und doch behauptet er in verschiedenen Teilen seines Buches, daß der Preis durch das Verhältnis bestimmt werde, in dem die Nachfrage zum Angebot steht. Der wirkliche und letzte Regulator des verhältnismäßigen Wertes von irgend welchen zwei Gütern sind ihre Produktionskosten, und nicht die betreffenden Mengen, welche erzeugt werden mögen, noch der Wettbewerb unter den Käufern.

Nach Adam Smith hat der Kolonialhandel, weil in ihm nur britisches Kapital verwendet werden kann, die Profitrate aller anderen Handelszweige erhöht; und da seiner Meinung nach hohe Profite wie hohe Löhne den Güterpreis steigern, so glaubt er, daß die Monopolisierung des Kolonialhandels dem Mutterlande nachteilig gewesen ist, da sie dessen Fähigkeit, Fabrikate ebenso billig als andere Länder zu verkaufen, verringert hat. Er sagt, daß „infolge des Monopols die Zunahme des Kolonialhandels nicht so sehr den Handel, den Großbritannien vorher besaß, vermehrt, als seine Richtung vollständig verändert hat. Zweitens hat dieses Monopol notwendigerweise dazu beigetragen, die Profitrate in all den verschiedenen Zweigen des britischen Handels höher zu halten, als es natürlicherweise geschehen sein würde, wenn allen Nationen ein freier Handel mit den britischen Kolonien offen gestanden hätte.“ „Aber alles, was die ordentliche Profitrate in einem Lande höher treibt, als sie sonst stehen würde, bringt für jenes Land notwendigerweise in jedem Handelszweige, von dem es nicht das Monopol hat, einen absoluten wie einen relativen Nachteil. Es bringt ihm einen absoluten Nachteil, weil seine Kaufleute in solchen Handelszweigen diesen höheren Profit nicht erzielen können, ohne sowohl die

Waren fremder Länder, welche sie in ihr eigenes einführen, als die ihres Heimatlandes, welche sie ins Ausland ausführen, teurer, als sie es sonst tun würden, zu verkaufen. Ihr Heimatland muß teuerer kaufen und teurer verkaufen; muß weniger kaufen und weniger verkaufen; muß weniger konsumieren und weniger produzieren, als es sonst tun würde."

„Unsere Kaufleute geben bei ihren Klagen häufig den hohen Löhnen britischer Arbeit die Schuld, daß ihre Fabrikate auf fremden Märkten unterboten werden; aber über den hohen Kapitalprofit schweigen sie sich aus. Sie klagen über den übermäßigen Verdienst anderer Leute, lassen aber von dem ihrigen nichts verlauten. Indessen können die hohen Profite britischen Kapitals in vielen Fällen zur Erhöhung des Preises britischen Fabrikates ebenso sehr beitragen, und in einigen vielleicht noch viel mehr, als die hohen Löhne britischer Arbeit."

Ich gebe zu, daß die Monopolisierung des Kolonialhandels die Richtung des Kapitals ändern wird, und oft sogar in nachteiliger Weise. Allein, man wird aus dem, was ich bereits über den Profit gesagt habe, ersehen, daß jeder Übergang von einem auswärtigen Handel zu einem anderen, oder vom inländischen zum auswärtigen Handel, meines Erachtens die Profitrate nicht beeinflussen kann. Der erlittene Schaden wird sich als der eben beschriebene darstellen; es wird eine schlechtere Verteilung des allgemeinen Kapitals und Gewerbefleißes eintreten, und daher wird weniger produziert werden. Der natürliche Güterpreis wird sich erhöhen, und der Konsument infolgedessen eine geringere Gütermenge erhalten, obgleich er zum selben Geldwerte zu kaufen imstande sein wird. Außerdem wird man sehen, daß, selbst wenn sie eine profiterhöhende Wirkung hätte, sie doch nicht die geringste Veränderung in den Preisen verursachen würde; da Preise weder durch Löhne noch Profite geregelt werden.

Und stimmt Adam Smith nicht dieser Ansicht bei,

wenn er sagt, daß „die Güterpreise, oder der Wert von Gold und Silber im Vergleich mit Gütern, von dem Verhältnis zwischen der *Menge von Arbeit* abhängt, welche erforderlich ist, um eine gewisse Menge von Gold und Silber zu Markte zu bringen, und dem, was erforderlich ist, um eine gewisse Menge irgendeiner anderen Art von Waren dorthin zu bringen?" Jene Menge wird nicht beeinflußt werden, ob die Profite hoch oder niedrig, oder die Löhne niedrig oder hoch stehen. Wie also können die Preise durch hohe Profite gesteigert werden?

Kapitel XXVI.

Über Roh- und Reineinkommen.

Adam Smith preist beständig die Vorteile, welche ein Land eher von einem großen Roh-, als von einem großen Reineinkommen bezieht. „Ein je größerer Teil des Kapitals eines Landes im Ackerbau Verwendung findet," sagt er, „desto größer wird die Menge produktiver Arbeit sein, welche es innerhalb des Landes in Bewegung setzt, und desto größer wird sich auch der Wert gestalten, welchen seine Verwendung dem jährlichen Ertrage des Bodens und der Arbeit der Gesellschaft hinzufügt. Nach der Landwirtschaft setzt das in den Gewerben verwandte Kapital die größte Menge produktiver Arbeit in Bewegung und fügt zum Jahresertrage den größten Wert hinzu. Das im Exporthandel verwandte übt die geringste Wirkung jedes von den dreien aus." [1])

[1]) Herr Say ist derselben Ansicht wie Adam Smith: „Die für das Land im allgemeinen produktivste Kapitalverwendung ist nächst der auf den Boden die auf Gewerbe und Binnenhandel,

Geben wir für einen Augenblick zu, daß dies wahr wäre; worin würde der Vorteil bestehen, der einem Lande infolge der Verwendung einer großen Menge produktiver Arbeit zuflösse, wenn, gleichgültig, ob es jene oder eine kleinere Menge aufwendete, seine Nettorente und sein Nettoprofit zusammen gleichbleiben würden? Der Gesamtertrag des Bodens und der Arbeit eines jeden Landes zerfällt in drei Teile, von denen ein Teil dem Lohn, ein anderer dem Profit und ein weiterer der Rente gewidmet ist. Nur von den beiden letzten Teilen können irgendwelche Abzüge für Steuern oder für Ersparnisse vorgenommen werden; während der erstere, wenn er mäßig ist, stets den notwendigen Produktionsaufwand bildet.[1]) Für ein Individuum mit einem Kapital von 20 000 £, dessen Profit sich im Jahre auf 2000 £ beliefe, würde es völlig gleichgültig sein, ob sein Kapital ein Hundert oder ein Tausend Menschen beschäftigte, ob sich das produzierte Gut zu 10 000 £ oder zu 20 000 £ verkaufte; vorausgesetzt, daß in allen Fällen sein Profit nicht unter 2000 £ vermindert würde. Ist das wirkliche Interesse der Nation nicht ähnlich? Gesetzt, ihr wirkliches Reineinkommen, ihre Rente und ihr Profit, seien dieselben,

weil sie einen Fleiß in Tätigkeit setzt, dessen Gewinne im Lande erzielt werden, während jene Kapitalien, welche im auswärtigen Handel Verwendung finden, den Fleiß und die Bodenflächen aller Länder ohne Unterschied produktiv gestalten. Die einer Nation am wenigsten günstige Kapitalanlage ist die, welche dazu dient, die Produkte des einen Landes nach einem anderen zu schaffen.“ Say, Bd. II S. 120.

[1]) Dies ist vielleicht etwas zu stark ausgedrückt, da dem Arbeiter unter dem Namen Lohn im allgemeinen mehr zugeteilt wird, als der absolut notwendige Produktionsaufwand. In jenem Falle erhält der Arbeiter einen Teil vom Reinertrage des Landes, den er sparen oder ausgeben kann; oder er mag es ihm ermöglichen, zur Verteidigung des Landes beizutragen.

so ist es ohne Belang, ob das Volk aus zehn, oder aus zwölf Millionen Einwohnern besteht. Seine Fähigkeit, Flotten und Heere, sowie alle Arten unproduktiver Arbeit zu erhalten, muß im Verhältnis zu seinem Reineinkommen, und nicht im Verhältnis zu seinem Roheinkommen stehen. Könnten fünf Millionen Menschen soviel Nahrung und Kleidung produzieren, als zehn Millionen brauchten, dann würden Nahrung und Kleidung für fünf Millionen das Reineinkommen bilden. Würde es dem Lande irgendwie zum Vorteile gereichen, wenn zur Erzeugung dieses selben Reineinkommens sieben Millionen Menschen erforderlich wären, d. h. wenn man zur Erzeugung von Nahrung und Kleidung für zwölf Millionen sieben Millionen verwendete? Die Nahrung und Kleidung von fünf Millionen würden noch immer das Reineinkommen bilden. Die Verwendung einer größeren Anzahl Menschen würde uns in den Stand setzen, weder einen Mann unserer Armee oder Marine hinzuzufügen, noch eine Guinee mehr in Steuern beizutragen.

Adam Smith gründet den Vorzug jener Kapitalverwendung, welche die größte Menge wirtschaftlicher Energie in Bewegung setzt, nicht auf irgendeinen vermeintlichen Vorteil, der von einer großen Bevölkerung herrührt, oder auf das Glück, dessen sich eine größere Anzahl Menschen erfreuen mag, sondern ausdrücklich auf ihre Befähigung, die Macht des Landes zu vermehren;[1]) denn er sagt, daß „der Reichtum und, soweit Macht von Reichtum abhängt, die Macht jedes Landes stets im Verhältnis zum Werte seines jährlichen Ertrages stehen muß, des Fonds, aus welchem alle Steuern

[1]) Herr Say hat mich vollständig mißverstanden, wenn er meint, ich habe das Glück so vieler Menschen für nichts erachtet. Ich glaube, der Text zeigt zur Genüge, daß ich meine Bemerkungen auf die besonderen Gründe beschränkte, auf die Adam Smith sich gestützt hatte.

letzthin bezahlt werden müssen". Indessen dürfte es ersichtlich sein, daß die Fähigkeit, Steuern zu bezahlen, im Verhältnis zum Rein-, und nicht im Verhältnis zum Roheinkommen steht.

Bei der Verteilung der Gewerbe unter alle Länder wird das Kapital ärmerer Nationen naturgemäß in solchen Zweigen verwendet zu werden, in welchen eine große Arbeitsmenge daheim unterhalten wird, weil sich in solchen Ländern die Nahrungs- und Bedarfsartikel für eine wachsende Bevölkerung am leichtesten beschaffen lassen. Dagegen wird in reichen Ländern, wo die Lebensmittel teuer sind, das Kapital, wenn der Handel frei ist, naturgemäß solchen Beschäftigungen zufließen, wo die geringste Arbeitsmenge daheim erhalten werden muß, wie z. B. im Zwischenhandel, dem Handel nach fernen Ländern, und Gewerben, wo kostspielige Maschinen erforderlich sind; Gewerben, wo der Profit im Verhältnis zum Kapital, und nicht im Verhältnis zur verwendeten Arbeitsmenge steht.[1])

Obgleich ich zugebe, daß der Natur der Rente zufolge ein bestimmtes Kapital, das in der Landwirtschaft auf irgendeinen Boden, mit Ausnahme des zuletzt bebauten, verwandt wird, eine größere Arbeitsmenge in Bewegung

---

[1]) „Zum Glück wird das Kapital im natürlichen Lauf der Dinge nicht zu solchen Beschäftigungen hingezogen, wo die größten Gewinne erzielt werden, sondern zu denen, wo sich seine Wirkung für die Gesamtheit am vorteilhaftesten gestaltet." (Bd. II S. 122.) Herr Say hat uns nicht mitgeteilt, welche jene Beschäftigungen sind, die, während sie für das Individuum am gewinnbringendsten, nicht am gewinnbringendsten für den Staat sind. Wenn sich Länder mit beschränkten Kapitalien, aber mit einer Fülle von fruchtbarem Land, nicht früh dem auswärtigen Handel zuwenden, so liegt der Grund darin, daß er für die Individuen weniger gewinnbringend und folglich auch weniger gewinnbringend für den Staat ist.

setzt, als ein gleiches in Gewerben und Handel angelegtes Kapital, so kann ich doch nicht zugeben, das zwischen der Arbeitsmenge, welche von einem im Binnenhandel tätigen Kapital, und der, welche von einem gleichen im auswärtigen Handel tätigen Kapital beschäftigt wird, irgendein Unterschied besteht.

„Das Kapital, welches schottische Fabrikate nach London sendet und englisches Getreide und Fabrikate nach Edinburg zurückbringt," sagt Adam Smith, „ersetzt durch jede solche Operation notwendigerweise zwei britische Kapitalien, die beide im Ackerbau oder in den Gewerben Großbritanniens Verwendung gefunden hatten."

„Das Kapital, welches dazu verwandt wird, fremde Waren für den inländischen Konsum zu kaufen, ersetzt durch jede derartige Operation, wenn dieser Kauf mit Erzeugnissen heimischen Gewerbefleißes bewirkt wird, ebenfalls zwei verschiedene Kapitalien; aber nur das eine von ihnen ist damit beschäftigt, heimischen Gewerbefleiß zu unterhalten. Das Kapital, welches britische Waren nach Portugal sendet und portugiesische nach Großbritannien zurückbringt, ersetzt durch jede derartige Operation bloß ein britisches Kapital, während das andere ein portugiesisches ist. Wenn daher die Umschläge im auswärtigen Handel mit Konsumartikeln auch ebenso schnell erfolgen sollten, wie im inländischen, so wird das in ihm verwendete Kapital dem Gewerbefleiß oder der produktiven Arbeit des Landes doch nur die halbe Aufmunterung zuteil werden lassen."

Dieses Argument scheint mir trügerisch zu sein; denn obgleich zwei Kapitalien, ein portugiesisches und ein englisches, wie Dr. Smith annimmt, verwendet werden, so wird im auswärtigen Handel immer noch ein Kapital verwendet werden, das doppelt so groß ist wie das, das im Binnenhandel verwendet würde. Gesetzt, Schottland verwende ein Kapital von 1000 £ zur Herstellung von Linnen, das es

gegen das Produkt eines gleichen Kapitals austauscht, welches in England zur Seidenfabrikation verwendet wird, so werden 2000 £ und eine entsprechende Arbeitsmenge von den beiden Ländern verwendet werden. Nehmen wir nun an, England entdecke, daß es für die Seidenwaren, die es vorher nach Schottland ausführte, aus Deutschland mehr Linnen importieren kann, und Schottland entdecke, daß es als Entgelt für sein Linnen von Frankreich mehr Seidenstoffe erhalten kann, als es bisher von England bekam; werden nicht England und Schottland sofort aufhören, miteinander Handel zu treiben, und wird dann nicht der Binnenhandel von Konsumartikeln gegen einen Außenhandel mit Konsumartikeln vertauscht werden? Wird aber, obschon zwei weitere Kapitalien in diesen Handel eintreten werden, das deutsche und das französische, nicht derselbe Betrag schottischen und englischen Kapitals auch ferner Verwendung finden, und wird er nicht die gleiche Menge wirtschaftlicher Energie in Bewegung setzen als da es sich im Binnenhandel betätigte?

Kapitel XXVII.

Über Geldumlauf und Banken.

So viel ist schon über die Umlaufsmittel geschrieben worden, daß von denjenigen, welche solchen Gegenständen ihre Beachtung schenken, nur noch die in Vorurteilen Befangenen über ihre wahren Grundsätze im unklaren sind. Ich werde daher nur einen kurzen Überblick über einige der allgemeinen Gesetze geben, welche ihre Menge und ihren Wert bestimmen.

Wie alle anderen Güter, sind auch Gold und Silber wertvoll nur im Verhältnis zu der Arbeitsmenge, die er-

forderlich ist, um sie zu produzieren und zu Markte zu bringen. Gold ist ungefähr fünfzehnmal teurer als Silber, nicht weil eine größere Nachfrage nach ihm besteht, noch, weil das Angebot von Silber fünfzehnmal größer ist als das des Goldes, sondern einzig und allein, weil zur Produktion einer bestimmten Menge davon die fünfzehnfache Arbeitsmenge notwendig ist.

Die Menge Geldes, welche in einem Lande Verwendung finden kann, muß von seinem Werte abhängen. Würde Gold allein für den Güterumlauf verwendet, so würde eine Menge erforderlich sein, die nur ein Fünfzehntel von dem ausmachte, was nötig sein würde, wenn man Silber zum nämlichen Zwecke benutzte.

Ein Umlauf kann niemals so reichlich sein, daß er überfließt; denn in dem Maße, als man seinen Wert verringert, wird man seine Menge vermehren, und indem man seinen Wert vermehrt, seine Menge verringern.

Solange der Staat Münzen prägt und keinen Schlagschatz erhebt, wird Geld den nämlichen Wert haben, wie jedes andere Stück desselben Metalles von gleichem Gewicht und Feingehalt; wenn aber der Staat einen Schlagschatz für die Prägung erhebt, wird das gemünzte Geldstück im allgemeinen den Wert des ungemünzten Metallstückes um den gesamten erhobenen Schlagschatz übersteigen, weil seine Beschaffung eine größere Arbeitsmenge oder, was dasselbe ist, den Wert des Ertrages einer größeren Arbeitsmenge erfordern wird.

Solange der Staat allein prägt, kann es keine Grenze für diese Münzgebühr geben; denn durch Einschränkung der Münzmenge kann sie auf jeden denkbaren Wert gesteigert werden.

Auf diesem Grundsatze beruht der Umlauf von Papiergeld: Die gesamten Kosten für Papiergeld können als Schlagschatz betrachtet werden. Obgleich es keinen inneren Wert

besitzt, ist sein Tauschwert durch die Einschränkung seiner Menge ebenso groß, als ein gleicher Nennwert in Münze oder in Barren in jener Münze. Nach demselben Grundsatze, nämlich durch Einschränkung ihrer Menge, würde auch eine verschlechterte Münze zu dem Werte umlaufen, den sie haben müßte, wenn sie dem gesetzlichen Gewicht und Feingehalt entspräche, und nicht zu dem Werte der Metallmenge, die sie tatsächlich enthielte. In der Geschichte des englischen Münzwesens finden wir dementsprechend, daß die Umlaufsmittel niemals im selben Verhältnis entwertet waren, als sie verschlechtert waren; der Grund dafür lag darin, daß ihre Menge nie im Verhältnis zu ihrem verminderten inneren Werte vermehrt wurde.[1])

Bei der Ausgabe von Papiergeld ist nichts bedeutsamer, als daß man sich der Wirkungen völlig bewußt ist, die aus dem Grundsatze der Quantitätsbegrenzung folgen. Man wird es nach 50 Jahren kaum glauben wollen, daß Bankdirektoren und Minister zu unseren Zeiten sowohl im Parlament als auch vor Parlamentskommissionen allen Ernstes behauptet haben, daß die Ausgabe von Noten durch die Bank von England, ungehemmt durch die Macht der Inhaber solcher Noten, entweder Bargeld oder Barren im Austausch zu verlangen, auf die Preise von Gütern, Barren oder Devisen keinen Einfluß hätte, noch haben könnte.

Nach der Errichtung von Banken hat der Staat nicht mehr das alleinige Recht, Geld zu prägen oder in Umlauf zu setzen. Der Geldumlauf kann ebenso wirksam durch Papier wie durch Münze vermehrt werden; so daß, wenn ein Staat sein Geld verschlechtern und dessen Menge einschränken sollte, sein Wert nicht aufrechterhalten werden

[1]) Was ich von Goldmünzen sage, ist in gleicher Weise auch auf Silbermünzen anwendbar; aber ich brauche beide nicht bei jeder Gelegenheit zu erwähnen.

könnte, weil die Banken eine gleiche Macht hätten, die Gesamtmenge des Umlaufs zu vermehren.

Aus diesen Grundsätzen wird man ersehen, daß es nicht nötig ist, daß Papier in bar einlöslich sei, um seinen Wert zu behalten; nötig ist nur, daß seine Menge nach dem Werte des Metalls, das zur Währung erklärt worden ist, reguliert werde. Wäre Gold von bestimmtem Gewicht und Feingehalt die Währung, könnte Papier mit jedem Sinken des Goldwertes vermehrt werden oder, was der Wirkung nach dasselbe ist, mit jedem Steigen der Warenpreise.

„Infolge der Ausgabe einer zu großen Menge Papiergeldes," sagt Dr. Smith, „dessen Überschuß beständig zurückfloß, um gegen Gold und Silber ausgetauscht zu werden, war die Bank von England viele Jahre über gezwungen, Gold in der Höhe zwischen 800 000 £ und 1 Million im Jahre, oder etwa 850 000 £ im Durchschnitt auszuprägen. Für diese große Prägung sah sich die Bank infolge des abgenutzten und verschlechterten Zustandes, in welchen die Goldmünzen einige Jahre vorher geraten waren, häufig genötigt, Barren zu dem hohen Preise von 4 £ pro Unze anzukaufen, die sie bald darauf zu 3 £ 17 sh. 10 1/2 d. pro Unze gemünzt ausgab, indem sie auf diese Weise bei der Prägung einer so außerordentlich großen Summe 2 1/2 bis 3 % verlor. Obgleich die Bank infolgedessen keinen Schlagschatz bezahlte, obgleich eigentlich die Regierung die Kosten der Prägung trug, so vermochte diese Freigebigkeit der Regierung dennoch die Ausgabe der Bank nicht ganz zu verhüten."

Nach dem oben festgestellten Grundsatze scheint es mir vollkommen klar, daß durch Zurückhalten des derart eingegangenen Papiers der Wert der gesamten Umlaufsmittel, der verschlechterten wie der neuen Goldmünzen, erhöht worden wäre, worauf alle Anforderungen an die Bank geendet haben würden.

Herr Buchanan allerdings ist anderer Meinung; denn er

sagt, „daß die großen Unkosten, denen die Bank damals ausgesetzt war, nicht, wie Dr. Smith sich einzubilden scheint, durch eine unkluge Ausgabe von Papier verursacht wurden, sondern durch den schlechten Zustand der Umlaufsmittel und den daraus folgenden hohen Preis von Barren. Da, wie bemerkt, der Bank zur Beschaffung von Guineen kein anderer Weg offen stand, als der Münze Barren zur Prägung zu übersenden, so war sie stets gezwungen, neugeprägte Guineen für ihre wieder eingegangenen Noten auszugeben; und als die Umlaufsmittel allgemein an Gewicht verloren hatten, und der Barrenpreis verhältnismäßig hoch stand, erwies es sich vorteilhaft, diese vollwichtigen Guineen der Bank im Austausch für ihr Papier zu entziehen; sie in Barren zu verwandeln und sie mit einem Gewinn gegen Bankpapier zu veräußern, um es abermals der Bank gegen eine neue Zufuhr von Guineen zurückzugeben, welche man wieder einschmolz und verkaufte. Diesen Abfluß von Bargeld muß sich die Bank stets gefallen lassen, solange die Umlaufsmittel nicht vollwichtig sind, da sich dann aus dem beständigen Umtausch von Papier gegen Bargeld ein leichter und sicherer Gewinn ergibt. Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, daß, welchen Unannehmlichkeiten und Ausgaben die Bank infolge des Abflusses ihres Bargeldes damals auch ausgesetzt war, es doch niemals notwendig erachtet wurde, die Einlösungspflicht ihren Noten gegenüber aufzuheben."

Offenbar glaubt Herr Buchanan, daß der gesamte Geldumlauf notwendigerweise auf den Wertstand der verschlechterten Geldstücke herabgesetzt werden muß; sicherlich kann jedoch durch eine Verringerung der Menge der Umlaufsmittel der ganze übrigbleibende Teil auf den Wert der besten Stücke gehoben werden.

Dr. Smith scheint bei seiner Beurteilung kolonialer Umlaufsmittel sein eigenes Prinzip vergessen zu haben. Anstatt die Entwertung jenes Papiers seinem allzu großen Überfluß

zuzuschreiben, wirft er die Frage auf, ob, völlige Sicherheit des kolonialen Wertpapieres vorausgesetzt, ein hundert Pfund, zahlbar nach 15 Jahren von jetzt ab, denselben Wert wie ein hundert sofort zahlbare Pfund haben würden? Ich antworte ja, wenn es nicht zu reichlich vorhanden ist.

Indessen lehrt die Erfahrung, daß weder ein Staat, noch eine Bank jemals die uneingeschränkte Macht der Papiergeldausgabe besessen hat, ohne diese Macht zu mißbrauchen. Die Ausgabe von Papiergeld sollte daher in allen Staaten einer gewissen Beschränkung und Kontrolle unterliegen; und für jenen Zweck scheint nichts besser geeignet, als die Ausgeber von Papiergeld der Verpflichtung zu unterwerfen, ihre Noten entweder in Goldmünzen oder -barren zu bezahlen.

[„Das Publikum[1]) vor allen anderen Veränderungen im Werte der Umlaufsmittel zu schützen, außer denjenigen, welchen der Münzwert selbst unterworfen ist, und den Umlauf gleichzeitig mit einem möglichst wenig kostspieligen Mittel zu bewerkstelligen, heißt den vollkommensten Zustand erreichen, auf welchen sich ein Geldumlauf überhaupt bringen läßt, und wir würden alle diese Vorteile besitzen, indem wir die Bank, im Austausch für ihre Noten, zur Auslieferung ungemünzten Goldes oder Silbers zum Münzfeingehalt und -preis, statt der Auslieferung von Guineen, verpflichteten. Dadurch würde das Papiergeld niemals unter den Barrenwert sinken, ohne daß dem eine Verminderung seiner Menge folgte. Um dem Steigen des Papiergeldes über den Barrenwert vorzubeugen, müßte die Bank auch gezwungen werden, ihr Papier im Austausch gegen Währungsgold zum Preise von 3 £ 17 sh. pro Unze auszugeben. Um der Bank nicht zuviel Mühe zu

[1]) Dieser und die folgenden Absätze, die in Klammern stehen, sind einer Gelegenheitsschrift entnommen, betitelt: „Vorschläge zu einem ökonomischen und sicheren Umlaufsmittel", welche der Autor im Jahre 1816 veröffentlicht hat.

machen, dürfte die im Austausch für Papier zum Münzpreise von 3 £ 17 sh. 10 1/2 d. verlangte Menge Gold, oder die der Bank zu 3 £ 17 sh. verkaufte Menge niemals weniger als 20 Unzen betragen. Mit anderen Worten, die Bank müßte verpflichtet sein, jede ihr angebotene Menge Gold, jedoch nicht unter 20 Unzen, zu 3 £ 17 sh.[1]) pro Unze zu kaufen und jede etwa verlangte Menge für 3 £ 17 sh. 10 1/2 d. zu verkaufen. Solange die Bank die Macht hat, die Menge ihres Papiers zu regulieren, könnte ihr aus einer solchen Bestimmung unmöglich ein Nachteil erwachsen.

Zu gleicher Zeit sollte die vollkommenste Freiheit gewährt werden, um jede Art Barren aus- oder einzuführen. Diese Geschäfte in Barren würden an Zahl sehr gering sein, wenn die Bank ihre Anleihen und Notenemissionen nach dem Kriterium einrichtete, das ich so oft erwähnt habe, nämlich dem Preise von Währungsbarren, ohne Rücksicht auf die absolute Menge des im Umlauf befindlichen Papiergeldes.

Das Ziel, das ich im Auge habe, würde sich zum guten Teile erreichen lassen, wenn die Bank verpflichtet wäre, im Austausch für ihre Noten, ungeprägte Barren zum Münzpreis und -feingehalt auszuliefern, auch wenn sie nicht unter dem Zwange stände, jede ihr zu den festzusetzenden Preisen angebotene Barrenmenge zu kaufen, besonders wenn die Münze dem Publikum auch ferner zur Prägung von Gold offen stände.

---

[1]) Der hier erwähnte Preis von 3 £ 17 sh. ist natürlich nur ein willkürlicher Preis. Es könnten vielleicht gute Gründe vorliegen, ihn entweder ein wenig darüber, oder ein wenig darunter festzusetzen. Wenn ich 3 £ 17 sh. nenne, so wünsche ich damit nur das Prinzip zu erläutern. Der Preis sollte so festgesetzt sein, daß es im Interesse des Verkäufers liegt, das Gold lieber an die Bank zu verkaufen, als es zur Prägung in die Münze zu bringen. Dieselbe Bemerkung bezieht sich auch auf die spezifizierte Menge von 20 Unzen. Es könnten gute Gründe vorliegen, sie auf 10 oder 30 festzusetzen.

Denn jene Regelung ist bloß in Vorschlag gebracht, um zu verhindern, daß der Geldwert vom Barrenwerte mehr abweiche, als um den geringen Unterschied zwischen den Preisen, zu welchen die Bank kaufen und verkaufen sollte, und welche eine Annäherung an jene Gleichförmigkeit seines Wertes sein würde, welche anerkanntermaßen so wünschenswert ist.

Wenn die Bank die Menge ihres Papiers nach Belieben einschränkte, würde sie seinen Wert erhöhen; und Gold könnte scheinbar unter die Grenzen sinken, innerhalb deren die Bank nach meinem Vorschlage kaufen sollte. In dem Falle könnte Gold der Münze zugeführt werden, und das von dort zurückströmende Geld, das dem Umlauf zuflösse, würde dann die Wirkung haben, seinen Wert herabzumindern, und es dem Münzwert wieder anpassen. Aber es würde weder so sicher, noch so ökonomisch, noch so schnell geschehen, als durch die von mir anempfohlenen Mittel, gegen welche die Bank keine Einwendung machen kann, da es in ihrem Interesse liegt, den Umlauf lieber mit Papier zu versorgen, als andere zu nötigen, ihn mit Münze zu versorgen.

Unter einem solchen Systeme und bei einem so regulierten Geldumlauf würde die Bank keinen wie immer gearteten Verlegenheiten ausgesetzt sein, außer bei jenen ungewöhnlichen Gelegenheiten, wo eine allgemeine Panik das Land ergreift, und jedermann die Edelmetalle besitzen möchte, als die bequemste Form, sein Vermögen zu realisieren und zu verbergen. Vor solchen Paniken sind die Banken *bei keinem Systeme* sicher; sie sind ihnen ihrer eigensten Natur zufolge unterworfen, da in einer Bank oder in einem Lande zu keiner Zeit soviel Bargeld oder Barren vorhanden sein können, als die Geldleute eines solchen Landes ein Recht haben, zu forden. Sollte jedermann sein Guthaben bei seinem Bankier am selben Tage zurückziehen, so würde selbst eine erhebliche Vervielfachung der jetzt im Umlauf

befindlichen Banknotenmenge unzulänglich sein, um solcher Nachfrage zu entsprechen. Eine derartige Panik war die Ursache der Krisis im Jahre 1797, und nicht, wie man angenommen hat, die großen Vorschüsse, die die Bank der Regierung damals gemacht hatte. Weder die Bank noch die Regierung waren damals zu tadeln. Die ansteckende Verbreitung unbegründeter Befürchtungen im ängstlichen Teile des Gemeinwesens war es, die den Sturm auf die Bank herbeiführte, und er würde in gleicher Weise stattgefunden haben, wenn die Bank der Regierung überhaupt keine Vorschüsse bewilligt und das Doppelte ihres gegenwärtigen Kapitals besessen hätte. Wenn die Bank weiter in bar gezahlt hätte, würde sich die Panik wahrscheinlich gelegt haben, ehe sich ihr Münzbestand erschöpft hätte.

Bei der bekannten Ansicht der Bankdirektoren hinsichtlich der Regel für die Ausgabe von Papiergeld kann man von ihnen sagen, daß sie ihre Machtbefugnisse ohne jede größere Unbedachtsamkeit ausgeübt haben. Offenbar haben sie ihr Prinzip mit äußerster Vorsicht befolgt. Bei dem heutigen Stande des Gesetzes haben sie die Macht, den Geldumlauf ohne irgendwelche Kontrolle nach eigenem Gutdünken in jedem ihnen angemessen erscheinenden Maße zu vermehren oder zu vermindern; eine Macht, die man weder dem Staate selbst, noch irgendeiner Körperschaft in ihm einräumen sollte; da es für die Gleichförmigkeit des Wertes der Umlaufsmittel keine Sicherheit geben kann, wenn ihre Vermehrung oder Verminderung einzig und allein vom Willen der Ausgeber abhängt. Daß die Bank die Macht haben solle, den Geldumlauf auf die allerengsten Grenzen zu beschränken, wird nicht einmal von denen in Abrede gestellt werden, welche mit den Direktoren einer Ansicht sind, daß sie nicht die Macht besitzen, seine Menge unbegrenzt zu vermehren. Obgleich ich völlig davon überzeugt bin, daß es sowohl dem Interesse wie dem Wunsche der Bank zuwider ist, diese Macht

zum Nachteil des Publikums auszuüben, so kann ich, wenn ich die üblen Folgen betrachte, welche aus einer plötzlichen und bedeutenden Einschränkung des Geldumlaufs, wie auch aus einer starken Vermehrung desselben entstehen könnten, nur die Leichtfertigkeit bedauern, mit welcher der Staat die Bank mit einem so ungeheuerlichen Vorrecht ausgestattet hat.

Die Unannehmlichkeit, welcher Landbanken vor der Einschränkung der Barzahlungen ausgesetzt waren, muß bisweilen sehr groß gewesen sein. In allen unruhigen Zeiten oder solchen erwarteter Beunruhigung müssen sie unter dem Zwange gestanden haben, sich mit Guineen zu versorgen, um für jeden Notfall, der eintreten könnte, gerüstet zu sein. Guineen wurden bei diesen Gelegenheiten im Austausch gegen die höheren Noten bei der Bank bezogen und den Landbanken auf eigene Rechnung und Gefahr durch Vertrauensmänner überbracht. Nachdem sie die Dienste, für die sie bestimmt waren, erfüllt hatten, fanden sie ihren Weg wieder nach London zurück und wurden aller Wahrscheinlichkeit nach wieder in die Bank niedergelegt, falls sie nicht einen solchen Gewichtsverlust erlitten hatten, daß sie unter dem gesetzlichen Münzfuß standen.

Würde der jetzt in Vorschlag gebrachte Plan, die Banknoten in Barren zu bezahlen, befolgt, so würde es nötig sein, entweder das gleiche Privileg auf Landbanken auszudehnen, oder aber die Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben; in welchem letzteren Falle in dem Landbanken betreffenden Gesetze keine Änderung eintreten würde, da sie genau wie heutzutage genötigt wären, ihre Noten auf Verlangen in Noten der Bank von England zu bezahlen.

Die Ersparnis, welche eintreten würde, wenn man die Guineen nicht dem Gewichtsverlust infolge der bei ihren wiederholten Reisen unvermeidlichen Reibung aussetzte, sowie auch an Verschickungskosten, würde ziemlich erheblich

sein. Allein, der bei weitem größte Vorteil würde daraus hervorgehen, daß man den dauernden Bedarf an Umlaufsmitteln der Provinz, wie denjenigen Londons, soweit die kleineren Zahlungen in Betracht kommen, mit dem sehr billigen Mittel Papier, statt mit dem sehr wertvollen Mittel Gold befriedigte und dadurch das Land in den Stand setzte, sich allen Gewinn, der durch die produktive Anlage eines Kapitals in diesem Betrage erzielt werden kann, zunutze zu machen. Wir wären gewiß nicht berechtigt, einen so entschiedenen Vorteil von uns zu weisen, falls man nicht einen besonderen Übelstand nachweisen könnte, der sich voraussichtlich aus der Wahl des billigeren Mittels ergeben würde."]

Ein Geldumlauf ist in seinem vollkommensten Zustande, wenn er gänzlich in Papiergeld besteht, aber in Papiergeld von einem gleichen Werte wie das Gold, das es zu vertreten erklärt. Der Gebrauch von Papier, anstatt von Gold, ersetzt das kostspieligste durch das billigste Mittel und befähigt das Land, ohne irgend jemanden zu benachteiligen, alles Gold, das es vorher zu diesem Zwecke benutzte, gegen Rohstoffe, Werkzeuge und Nahrungsmittel einzutauschen, durch deren Gebrauch sein Wohlstand wie seine Genüsse vermehrt werden.

Von einem nationalen Standpunkte aus betrachtet, ist es ohne Belang, ob der Ausgeber dieses wohlgeregelten Papiergeldes die Regierung oder eine Bank ist; es wird, im ganzen genommen, gleichmäßig Reichtum erzeugen, ob es nun von der einen, oder von der anderen ausgegeben ist; aber das gilt nicht bezüglich des Interesses der Individuen. In einem Lande, wo die Marktrate des Zinses 7 % beträgt, und wo der Staat für eine bestimmte Ausgabe jährlich 70000 £ benötigt, ist es für die Individuen jenes Landes eine wichtige Frage, ob sie besteuert werden müssen, um diese 70000 £ im Jahr zu bezahlen, oder ob sie dieselben ohne Steuern aufbringen könnten. Angenommen, daß zur Ausrüstung einer Expedition Geld in Höhe von einer Million erforderlich wäre. Wenn der Staat eine Million Papier ausgäbe und eine Million Münzen ausschaltete, würde die Expedition ohne jede Belastung des Volkes ausgerüstet werden. Gäbe aber ein Bank eine Million Papier aus und liehe sie diese der Regierung zu 7 %, indem sie dadurch eine Million Münzen ausschaltete, so würde das Land mit einer laufenden Steuer von 70000 £ im Jahr belastet. Das Volk würde die Steuer bezahlen, die Bank würde sie in Empfang nehmen, und die Gesellschaft würde in beiden Fällen so reich wie zuvor sein; die Expedition würde in Wirklichkeit durch die Verbesserung unseres Systems ausgerüstet worden sein, dadurch, daß man Kapital im Werte von einer Million in der Form von Gütern produktiv gestaltet hätte, anstatt es in der Form von Münzen unproduktiv zu belassen; der Vorteil jedoch würde stets den Ausgebern von Papier zugute kommen; und da der Staat das Volk darstellt, würde das Volk die Steuer gespart haben, wenn es, und nicht die Bank, diese Million ausgegeben hätte.

Ich habe bereits bemerkt, daß, wenn vollständige Sicherheit bestände, daß die Befugnis, Papiergeld auszugeben, nicht mißbraucht würde, es für den Reichtum des Landes im ganzen nicht von Bedeutung wäre, von wem es ausgegeben würde; und ich habe jetzt gezeigt, daß das Publikum ein direktes Interesse daran hätte, daß der Ausgeber der Staat, und nicht eine Gesellschaft von Kaufleuten oder Bankiers wäre. Indessen besteht die Gefahr, daß diese Befugnis viel eher mißbraucht würde, wenn sie sich in den Händen der Regierung, als wenn sie sich in denen einer Bankgesellschaft befände. Eine Gesellschaft, sagt man, würde mehr unter der Aufsicht des Gesetzes stehen, und wenn es auch in ihrem Interesse liegen könnte, ihre Emissionen über die Grenzen des Erlaubten auszudehnen, so würde sie doch durch die Befugnis von Einzelpersonen, Barren oder Bargeld zu verlangen, einge-

sein. Allein, der bei weitem größte Vorteil würde daraus hervorgehen, daß man den dauernden Bedarf an Umlaufsmitteln der Provinz, wie denjenigen Londons, soweit die kleineren Zahlungen in Betracht kommen, mit dem sehr billigen Mittel Papier, statt mit dem sehr wertvollen Mittel Gold befriedigte und dadurch das Land in den Stand setzte, sich allen Gewinn, der durch die produktive Anlage eines Kapitals in diesem Betrage erzielt werden kann, zunutze zu machen. Wir wären gewiß nicht berechtigt, einen so entschiedenen Vorteil von uns zu weisen, falls man nicht einen besonderen Übelstand nachweisen könnte, der sich voraussichtlich aus der Wahl des billigeren Mittels ergeben würde."]

Ein Geldumlauf ist in seinem vollkommensten Zustande, wenn er gänzlich in Papiergeld besteht, aber in Papiergeld von einem gleichen Werte wie das Gold, das es zu vertreten erklärt. Der Gebrauch von Papier, anstatt von Gold, ersetzt das kostspieligste durch das billigste Mittel und befähigt das Land, ohne irgend jemanden zu benachteiligen, alles Gold, das es vorher zu diesem Zwecke benutzte, gegen Rohstoffe, Werkzeuge und Nahrungsmittel einzutauschen, durch deren Gebrauch sein Wohlstand wie seine Genüsse vermehrt werden.

Von einem nationalen Standpunkte aus betrachtet, ist es ohne Belang, ob der Ausgeber dieses wohlgeregelten Papiergeldes die Regierung oder eine Bank ist; es wird, im ganzen genommen, gleichmäßig Reichtum erzeugen, ob es nun von der einen, oder von der anderen ausgegeben ist; aber das gilt nicht bezüglich des Interesses der Individuen. In einem Lande, wo die Marktrate des Zinses 7 % beträgt, und wo der Staat für eine bestimmte Ausgabe jährlich 70 000 £ benötigt, ist es für die Individuen jenes Landes eine wichtige Frage, ob sie besteuert werden müssen, um diese 70 000 £ im Jahr zu bezahlen, oder ob sie dieselben ohne Steuern aufbringen könnten. Angenommen, daß zur Ausrüstung einer Expedition Geld in Höhe von einer Million erforderlich wäre. Wenn der Staat eine Million Papier ausgäbe und eine Million Münzen ausschaltete, würde die Expedition ohne jede Belastung des Volkes ausgerüstet werden. Gäbe aber ein Bank eine Million Papier aus und liehe sie diese der Regierung zu 7 %, indem sie dadurch eine Million Münzen ausschaltete, so würde das Land mit einer laufenden Steuer von 70 000 £ im Jahr belastet. Das Volk würde die Steuer bezahlen, die Bank würde sie in Empfang nehmen, und die Gesellschaft würde in beiden Fällen so reich wie zuvor sein; die Expedition würde in Wirklichkeit durch die Verbesserung unseres Systems ausgerüstet worden sein, dadurch, daß man Kapital im Werte von einer Million in der Form von Gütern produktiv gestaltet hätte, anstatt es in der Form von Münzen unproduktiv zu belassen; der Vorteil jedoch würde stets den Ausgebern von Papier zugute kommen; und da der Staat das Volk darstellt, würde das Volk die Steuer gespart haben, wenn es, und nicht die Bank, diese Million ausgegeben hätte.

Ich habe bereits bemerkt, daß, wenn vollständige Sicherheit bestände, daß die Befugnis, Papiergeld auszugeben, nicht mißbraucht würde, es für den Reichtum des Landes im ganzen nicht von Bedeutung wäre, von wem es ausgegeben würde; und ich habe jetzt gezeigt, daß das Publikum ein direktes Interesse daran hätte, daß der Ausgeber der Staat, und nicht eine Gesellschaft von Kaufleuten oder Bankiers wäre. Indessen besteht die Gefahr, daß diese Befugnis viel eher mißbraucht würde, wenn sie sich in den Händen der Regierung, als wenn sie sich in denen einer Bankgesellschaft befände. Eine Gesellschaft, sagt man, würde mehr unter der Aufsicht des Gesetzes stehen, und wenn es auch in ihrem Interesse liegen könnte, ihre Emissionen über die Grenzen des Erlaubten auszudehnen, so würde sie doch durch die Befugnis von Einzelpersonen, Barren oder Bargeld zu verlangen, einge-

schränkt und gehemmt werden. Man hat den Einwand erhoben, daß dasselbe Hemmnis nicht lange beachtet werden würde, wenn die Regierung das Privileg der Geldemission besäße; daß sie allzusehr geneigt sein würde, eher augenblicklichen Vorteil als künftige Sicherheit in Betracht zu ziehen, und infolgedessen, angeblich aus Zweckmäßigkeitsgründen, nur zu sehr bereit sein könnte, die Hemmnisse zu beseitigen, durch welche die Höhe ihrer Emissionen eingeschränkt wurde.

Unter einer willkürlichen Regierung würde dieser Einwand von großem Gewichte sein; aber in einem freien Lande, mit einer aufgeklärten Gesetzgebung, könnte die Befugnis zur Papiergeldausgabe, unter Wahrung der notwendigen Beschränkung der Einlösbarkeit auf Wunsch des Inhabers, ruhig in die Hände von zu diesem besonderen Zwecke angestellten Beamten gelegt werden, und sie könnten von der ministeriellen Aufsicht gänzlich unabhängig gemacht werden.

Der Tilgungsfonds wird von Beamten verwaltet, die nur dem Parlament verantwortlich sind, und die Investierung des ihrer Obhut anvertrauten Geldes geht mit der äußersten Regelmäßigkeit vor sich; aus welchem Grunde kann man bezweifeln, daß die Ausgabe von Papiergeld mit gleicher Gewissenhaftigkeit geregelt werden könnte, wenn sie einer ähnlichen Verwaltung unterstellt würde?

Man kann sagen, daß, obwohl der aus der Ausgabe von Papiergeld dem Staate, und folglich auch dem Volke, erwachsende Vorteil, hinreichend offenbar ist, weil sie einen Teil der Staatsschuld, deren Zinsen das Publikum zu bezahlen hat, in eine Schuld, die keine Zinsen trägt, umwandeln würde, sie dem Handel dennoch zum Schaden gereichen würde, da sie es den Kaufleuten verwehren würde, Geld zu leihen und ihre Wechsel diskontieren zulassen, die Methode, in der Banknoten zum Teil ausgegeben werden.

Das heißt jedoch annehmen, daß man kein Geld borgen

könnte, wenn es die Bank nicht liehe, und daß die Marktrate von Zins und Profit von der Höhe der Geldemissionen und von dem Kanal, durch den es ausgegeben wird, abhängt. Wie aber ein Land keinen Mangel an Tuch, Wein oder irgendeinem anderen Gute leiden würde, wenn es die Mittel hätte, dafür zu bezahlen, so würde in derselben Weise auch kein Mangel an Bargeld bestehen, wenn die Entleiher gute Sicherheit böten und bereit wären, die Marktrate des Zinses zu zahlen.

In einem anderen Teile dieses Werkes habe ich zu zeigen versucht, daß der wirkliche Wert eines Gutes bestimmt wird, nicht durch die zufälligen Vorteile, deren sich etliche seiner Produzenten etwa erfreuen mögen, sondern durch die tatsächlichen Schwierigkeiten, denen der am wenigsten begünstigte Produzent begegnet. So verhält es sich auch mit dem Geldzins; er richtet sich nicht nach dem Satze, zu dem die Bank ausleihen wird, mag er nun 5, 4 oder 3 % betragen, sondern nach der Profitrate, welche sich aus der Anlage von Kapital erzielen läßt, und die von der Menge oder von dem Werte des Geldes gänzlich unabhängig ist. Ob eine Bank 1 Million, 10 oder 100 Millionen ausliehe, sie würde die Marktrate des Zinses nicht dauernd ändern; sie würde nur den Wert des Geldes ändern, welches sie auf diese Weise ausgäbe. Um ein und dasselbe Geschäft zu betreiben, könnte in einem Falle 10 oder 20 mal mehr Geld erforderlich sein, als in einem anderen nötig sein könnte. Die Darlehnsgesuche bei der Bank hängen dann von dem Vergleich zwischen der Profitrate ab, welche sich bei der Anlage des Geldes erzielen läßt, und der Rate, zu welcher sie es zu leihen bereit ist. Fordert sie weniger als die Marktrate des Zinses, so gibt es keinen Geldbetrag, den sie nicht ausleihen könnte; wenn sie mehr als jene Rate verlangt, so würden sich nur Prasser und Verschwender bereit finden, von ihr zu borgen. Wir sehen daher, daß,

wenn die Marktrate des Zinses den Satz von 5 % übersteigt, zu welchem die Bank durchweg leiht, die Diskontabteilung von Darlehnsuchenden belagert ist; wogegen, wenn die Marktrate auch nur vorübergehend unter 5 % steht, die Beamten jener Abteilung nichts zu tun haben.

Der Grund also, warum in den letzten zwanzig Jahren die Bank angeblich den Handel dadurch so sehr unterstützte, daß sie den Kaufleuten mit Geld aushalf, ist der, daß sie während dieser ganzen Zeit ihr Geld unter der Marktrate des Zinses auslieh; unter dem Satze, zu dem die Kaufleute anderwärts hätten borgen können. Aber ich gestehe, daß mir dies mehr ein Vorwurf für ihr Institut, als ein Argument zu seinen Gunsten scheint.

Was würden wir wohl von einem Institute sagen, das regelmäßig die Hälfte der Tuchfabrikanten unter dem Marktpreise mit Wolle versorgte? Was für einen Vorteil brächte das dem Gemeinwesen? Es würde unseren Handel nicht erweitern, weil man die Wolle ebensogut gekauft hätte, wenn der Marktpreis dafür gefordert worden wäre. Es würde den Preis des Tuches für den Konsumenten nicht ermäßigen, weil der Preis, wie ich bereits bemerkt, durch die Produktionskosten derjenigen bestimmt werden würde, die am wenigsten begünstigt wären. Seine einzige Wirkung wäre also die, den Profit eines Teiles der Tuchmacher über die allgemeine und gewöhnliche Profitrate anschwellen zu lassen. Das Institut würde um seinen angemessenen Profit gebracht, und ein anderer Teil des Gemeinwesens würde in demselben Grade bevorzugt. Nun, dies ist genau die Wirkung unserer Bankinstitute; ein Zinsfuß wird durch das Gesetz festgesetzt, der unter demjenigen steht, zu welchem man auf dem Markte borgen kann, und zu diesem Satze hat die Bank zu leihen, oder überhaupt nicht zu leihen. Nach der Natur ihres Instituts besitzt sie bedeutende Mittel, über welche sie nur auf diese Weise verfügen kann; und ein Teil der Gewerbetreibenden

des Landes wird ungerecht und ohne Nutzen für das Land bevorzugt, indem er in den Stand gesetzt wird, sich mit einem Erwerbsmittel mit geringeren Kosten zu versorgen als diejenigen, welche nur unter dem Einfluß des Marktpreises stehen müssen.

Die gesamte geschäftliche Tätigkeit, welche das ganze Gemeinwesen entfalten kann, hängt von der Menge seines Kapitals ab, d. h. von seinen Rohstoffen, Maschinen, Nahrungsmitteln, Schiffen usw., die bei der Produktion verwendet werden. Nachdem ein gut geregeltes Papiergeld eingeführt ist, lassen sich diese durch die Bankoperationen weder vermehren noch vermindern. Wenn also der Staat das Papiergeld des Landes ausgeben sollte, so würde, auch wenn er niemals einen Wechsel diskontieren, oder dem Publikum einen Schilling leihen sollte, im Umfange des Geschäftslebens keine Änderung eintreten; denn wir würden dieselbe Menge an Rohstoffen, Maschinen, Nahrungsmitteln und Schiffen besitzen. Auch ist es wahrscheinlich, daß derselbe Geldbetrag ausgeliehen werden dürfte, zwar nicht immer zu 5 %, dem gesetzlichen Zinsfuße, wenn jener unter der Marktrate stehen sollte, wohl aber zu 6, 7 oder 8 %, dem Ergebnis des redlichen Wettbewerbs zwischen Darleihern und Borgern.

Adam Smith spricht von den Vorteilen, welche den Kaufleuten aus der Überlegenheit der schottischen Methode, dem Geschäftsleben vermittelst von Kassenkonten zu Hilfe zu kommen, über die englische Methode erwachsen. Diese Kassenkonten sind Kredite, die der schottische Bankier seinen Kunden über die Wechsel hinaus gewährt, welche er für sie diskontiert. Da jedoch der Bankier in dem Maße, als er auf die eine Art Geld vorschießt und in Umlauf setzt, verhindert ist, soviel auf die andere auszugeben, läßt es sich schwer begreifen, worin der Vorteil besteht. Wenn der gesamte Geldumlauf nur eine Million Papier verträgt, wird nur eine Million zirkulieren; und es kann weder für den Bankier noch

den Kaufmann von wirklicher Bedeutung sein, ob der Gesamtbetrag durch Wechseldiskontierung ausgegeben wird, oder nur ein Teil so ausgegeben wird, und der Rest vermittelst dieser Kassenkonten ausgegeben wird.

Es kann vielleicht notwendig sein, einige wenige Worte über die beiden Metalle, Gold und Silber, zu sagen, die beim Geldumlauf verwendet werden, zumal diese Frage die klaren und einfachen Grundsätze des Geldumlaufs in mancher Leute Köpfen zu verwirren scheint. „In England" sagt Dr. Smith, „wurde Gold, nachdem es zu Geld ausgeprägt war, lange Zeit hindurch nicht als gesetzliches Zahlungsmittel angesehen. Das Wertverhältnis zwischen Gold- und Silbergeld war durch keinerlei öffentliche Satzung oder Verordnung festgelegt, sondern seine Feststellung wurde dem Markte überlassen. Wenn ein Schuldner Zahlung in Gold anbot, konnte der Gläubiger solche Zahlung entweder gänzlich zurückweisen, oder sie zu einer Bewertung des Goldes annehmen, über die er und sein Schuldner sich verständigen konnten."

Bei diesem Stand der Dinge ist es klar, daß eine Guinee zuweilen 22 sh. oder mehr gelten konnte, und bisweilen auch nur 18 sh. oder weniger, was gänzlich von dem Wechsel des verhältnismäßigen Marktwertes von Gold und Silber abhing. Auch wurden alle Veränderungen im Gold- wie im Silberwerte in Goldmünzen geschätzt, es mußte scheinen, als ob Silber unveränderlich wäre, und als ob nur Gold einem Steigen und Sinken unterworfen wäre. Dennoch mochte sich also Gold, obwohl eine Guinee 22 sh. statt 18 sh. galt, im Werte nicht verändert haben; die Veränderung konnte sich gänzlich auf das Silber beschränkt haben, weshalb 22 sh. nicht mehr als vorher 18 sh. wert sein konnten. Und andererseits mochte die ganze Veränderung beim Golde stattgefunden haben; eine Guinee, die 18 sh. wert war, konnte auf den Wert von 22 sh. gestiegen sein.

Nehmen wir nun an, dieses Silberkurantgeld wäre durch Beschneiden verschlechtert und zudem an Menge vermehrt, dann könnte eine Guinee 30 sh. gelten; denn das in 30 sh. eines solchen Geldes enthaltene Silber könnte möglicherweise nicht mehr Wert haben, als das Gold in einer Guinee. Führte man das Silberkurantgeld auf seinen Münzwert zurück, so mußte das Silbergeld steigen; aber es mußte den Anschein haben, als ob Gold fiele; denn eine Guinee würde wahrscheinlich nicht mehr wert sein als 21 solcher guten Schillinge.

Wenn jetzt auch das Gold zum gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht, und es jedem Schuldner freigestellt wird, eine Schuld durch Zahlung von 420 sh. oder 20 Guineen für jede 21 £, die er schuldet, zu begleichen, dann wird er in dem einen oder dem anderen bezahlen, je nachdem er seine Schuld am billigsten tilgen kann. Wenn er sich mit 5 Quarter Weizen ebensoviel Goldbarren verschaffen kann, als die Münze in 20 Guineen, und für denselben Weizen ebensoviel Barrensilber, als die Münze in 430 sh. ausprägen wird, dann wird er seine Schuld lieber mit Silber bezahlen, weil er 10 sh. gewinnen würde, indem er seine Schuld so bezahlte. Könnte er dagegen mit diesem Weizen ebensoviel Gold erhalten, als in 20½ Guineen, und nur soviel Silber, als in 420 sh. ausgeprägt wären, würde er natürlich seine Schuld lieber in Gold bezahlen. Wenn sich die Menge Gold, welche er sich beschaffen könnte, nur in 20 Guineen ausprägen ließe, und die Menge Silber in 420 sh., würde es ihm vollkommen gleichgültig sein, in welchem Gelde, Silber oder Gold, er seine Schuld bezahlte. Das alles geschieht also nicht von ungefähr; nicht deshalb bezahlt man seine Schulden stets lieber in Gold, weil Gold sich besser zum Umlaufsmittel eines reichen Landes eignet, sondern einfach, weil es im Interesse des Schuldners liegt, sie so zu bezahlen.

Während einer langen Periode vor 1797, dem Jahre

der Einschränkung der Bankzahlungen in Münze, war Gold im Vergleich zu Silber so billig, daß es der Bank von England und allen übrigen Schuldnern paßte, nicht Silber, sondern Gold auf dem Markte zu kaufen, um es zur Prägung in die Münze zu schaffen, da man mit diesem gemünzten Metall seine Schulden billiger tilgen konnte. Das Silbergeld war während eines großen Teiles dieser Periode sehr erheblich verschlechtert; allein, es existierte in einer gewissen Knappheit, weshalb es, nach dem Grundsatze, den ich vorher auseinandergesetzt habe, niemals in seinem Kurantwerte fiel. Obgleich es so verschlechtert war, lag es immer noch im Interesse der Schuldner, in Goldmünze zu bezahlen. Wenn allerdings die Menge dieser entwerteten Silbermünze gewaltig groß gewesen wäre, oder wenn die Münze solche schlechten Stücke ausgegeben hätte, dann hätte es im Interesse der Schuldner liegen können, in diesem verschlechterten Gelde zu bezahlen; allein, seine Menge war beschränkt, und es behielt seinen Wert, und folglich war Gold in der Praxis der wirkliche Maßstab des Geldumlaufs.

Daß es sich so verhielt, wird nirgends bestritten; doch hat man behauptet, daß dies infolge des Gesetzes geschah, welches erklärte, daß Silber für jede Schuld über 25 £ nicht als gesetzliches Zahlungsmittel zu gelten hätte, es sei denn nach Gewicht, dem Münzfuß entsprechend.

Dieses Gesetz hinderte jedoch keinen Schuldner daran, seine Schuld, wie hoch auch ihr Betrag, in Silberkurantgeld, frisch von der Münze, zu bezahlen. Daß der Schuldner nicht in diesem Metalle bezahlte, geschah nicht aus Zufall, auch nicht aus Zwang, sondern gänzlich aus freier Wahl; es paßte ihm nicht, Silber zur Münze zu tragen; es paßte ihm, Gold dorthin zu tragen. Wahrscheinlich würde, wenn die Menge dieses verschlechterten Silbers im Umlauf gewaltig groß und auch gesetzliches Zahlungsmittel gewesen wäre, eine Guinee wieder 30 sh. wert gewesen sein; es würde aber der verschlechterte

Schilling gewesen sein, der im Werte gesunken, und nicht die Guinee, die gestiegen wäre.

Es scheint demnach, daß wir einem fortwährenden Wechsel in dem hauptsächlichen Wertmaßstab ausgesetzt waren, solange jedes der beiden Metalle gleichmäßig als gesetzliches Zahlungsmittel für Schulden in jeder Höhe galt. Bisweilen mochte es Gold, bisweilen Silber sein, je nachdem sich Veränderungen in dem verhältnismäßigen Werte der beiden Metalle vollzogen hatten; und in solchen Zeiten wurde das Metall, welches nicht der Maßstab war, eingeschmolzen und aus dem Verkehr gezogen, da es in Barren einen größeren Wert, als in Münze hatte. Das war ein Übelstand, dessen Abstellung sehnlichst herbeigewünscht wurde; so langsam aber vollzieht sich der Fortschritt zur Besserung, daß, obgleich er von Herrn Locke unwiderleglich nachgewiesen und von allen Schriftstellern über die Frage des Geldes seit seiner Zeit bemerkt worden war, ein besseres System erst in der Parlamentssession des Jahres 1816 angenommen wurde, als gesetzlich bestimmt wurde, daß Gold allein als gesetzliches Zahlungsmittel für jede Summe über 40 sh. zu gelten hätte.

Dr. Smith scheint sich nicht ganz der Wirkung bewußt geworden zu sein, welche aus der Verwendung zweier Metalle als Umlaufsmittel, sowie als gesetzlicher Zahlungsmittel für Schulden in jeder Höhe, folgen; denn er sagt, daß „während des Fortbestehens irgendeines geregelten Verhältnisses zwischen den verhältnismäßigen Werten der verschiedenen Metalle in Münze der Wert des kostbarsten Metalles tatsächlich den Wert aller Münzen bestimmt“. Weil Gold zu seiner Zeit das Mittel war, in welchem Schuldner ihre Schulden zu bezahlen liebten, dachte er, daß es irgendeine ihm innewohnende Eigenschaft besäße, vermittelst welcher es damals und immer den Wert von Silbermünzen regeln würde.

Bei der Reform der Goldmünze im Jahre 1774 tauschte

sich eine neue Guinee, frisch von der Münze, gegen nur 21 verschlechterte Schillinge; aber unter der Regierung König Wilhelms, als sich das Silbergeld in genau demselben Zustande befand, eine Guinee, ebenso neu und frisch von der Münze, gegen 30 sh. Dazu bemerkt Herr Buchanan: „Hier also haben wir eine höchst eigentümliche Tatsache vor uns, über welche die gewöhnlichen Geldtheorien nichts verlauten lassen; einmal wird die Guinee für 30 sh., ihren eigentlichen Wert in einem verschlechterten Silbergeld, eingetauscht, und nachher ließ sich dieselbe Guinee für nur 21 jener verschlechterten Schillinge eintauschen. Sicherlich muß zwischen diesen zwei verschiedenen Perioden eine bedeutende Veränderung in dem Zustande des Geldumlaufs vor sich gegangen sein, über welche uns Dr. Smith's Hypothese keine Aufklärung bietet.“

Mir scheint es, daß sich die Schwierigkeit sehr einfach dadurch beheben läßt, daß man diesen verschiedenen Stand des Wertes der Guinee während der beiden erwähnten Perioden mit den verschiedenen *Mengen* in Umlauf befindlichen, verschlechterten Silberkurantgeldes in Beziehung setzt. Unter König Wilhelms Regierung war Gold nicht ein gesetzliches Zahlungsmittel; es lief nur zu einem konventionellen Werte um. Alle großen Zahlungen wurden wahrscheinlich in Silber geleistet, zumal Papiergeld und die Bankoperationen damals noch wenig verstanden wurden. Die Menge dieses verschlechterten Silbergeldes überstieg die Menge von Silbergeld, welche sich im Umlauf behauptet haben würde, wenn nichts als vollwichtiges Geld im Gebrauch gewesen wäre; und daher war es sowohl entwertet als verschlechtert. Aber in der folgenden Periode, als Gold ein gesetzliches Zahlungsmittel war, als auch Banknoten zur Leistung von Zahlungen benutzt wurden, überstieg die Menge des verschlechterten Silbergeldes nicht die Menge der frisch aus der Münze kommenden Silbermünze, welche umgelaufen wäre,

wenn kein verschlechtertes Silbergeld vorhanden gewesen wäre; infolgedessen war das Geld, obwohl verschlechtert, nicht entwertet. Herrn Buchanan's Erklärung ist etwas anders; er denkt, daß ein subsidiäres Umlaufsmittel keiner Entwertung fähig ist, wohl aber das Hauptumlaufsmittel. Unter König Wilhelms Regierung war Silber das Hauptumlaufsmittel und war daher der Entwertung fähig. Im Jahre 1774 war es ein subsidiäres Umlaufsmittel und behauptete deshalb seinen Wert. Indessen hängt Entwertung nicht davon ab, ob ein Umlaufsmittel das subsidiäre oder das Hauptumlaufsmittel ist, es hängt einzig und allein davon ab, ob es im Übermaße vorhanden ist.[1])

[1]) Jüngst ist im Parlamente von Lord Lauderdale behauptet worden, daß die Bank bei der bestehenden Münzordnung ihre Noten nicht in bar bezahlen könnte, weil der verhältnismäßige Wert der beiden Metalle derartig ist, daß es im Interresse aller Schuldner liegen würde, ihre Schulden in Silber, und nicht in Gold, zu bezahlen, während das Gesetz allen Gläubigern der Bank die Macht gibt, im Austausch für Banknoten Gold zu verlangen. Dieses Gold, denkt seine Lordschaft, könnte mit Gewinn exportiert werden, und für diesen Fall behauptet er, daß die Bank, um einen Vorrat zu halten, genötigt sein wird, beständig Gold mit einer Prämie zu kaufen und es al pari zu verkaufen. Wenn jeder andere Schuldner in Silber bezahlen könnte, würde Lord Lauderdale recht haben; doch er kann das nicht, falls seine Schuld 40 sh. übersteigt. Dies also würde den Betrag der im Umlauf befindlichen Silbermenge beschränken (wenn die Regierung sich nicht selbst die Macht vorbehalten hätte, die Ausprägung jenes Metalls einzustellen, wenn immer sie es für angebracht hielte), weil, wenn zuviel Silber ausgeprägt wäre, es im verhältnismäßigen Werte zu Gold sinken würde, und niemand es als Zahlung einer Schuld über 40 sh. annehmen würde, falls nicht eine Entschädigung für dessen niedrigeren Wert zugebilligt würde. Um eine Schuld von 100 £ zu bezahlen, würden 100 Sovereigns oder Banknoten im Betrage von 100 £ erforderlich sein; doch würden 105 £ in Silbermünze erforderlich sein,

Gegen einen mäßigen Schlagschatz auf die Ausprägung von Geld läßt sich nicht viel einwenden, besonders wenn er das Umlaufsmittel trifft, welches die kleineren Zahlungen durchzuführen hat. Geld wird im allgemeinen um den vollen Betrag des Schlagschatzes im Werte erhöht, weshalb er eine Steuer ist, die in keiner Weise diejenigen trifft, welche sie bezahlen, solange die Geldmenge nicht überhandgenommen hat. Allerdings muß bemerkt werden, daß in einem Lande, wo ein Papiergeldumlauf eingerichtet ist, auch wenn die Ausgeber solchen Papiers verpflichtet sein sollten, es auf Verlangen des Inhabers in bar einzulösen, sowohl die Noten als die Münzen um den vollen Betrag des Schlagschatzes derjenigen Münze entwertet werden könnten, die allein das gesetzliche Zahlungsmittel ist, bevor das Hemmnis, welches den Umlauf von Papier einschränkt, wirken würde. Wenn z. B. der Schlagschatz auf Goldmünze 5 % wäre, könnten die Umlaufsmittel durch eine übermäßige Ausgabe von Banknoten tatsächlich um 5 % entwertet werden, ehe es im Interesse der Inhaber liegen würde, Münze zu verlangen, um sie in Barren einzuschmelzen; eine Entwertung, der wir niemals ausgesetzt sein würden, wenn entweder kein Schlagschatz auf die Goldmünze bestände; oder, falls ein Schlagschatz zugelassen wäre, die Inhaber von Banknoten, im Austausch für sie, Barren, nicht Münzen, verlangen könnten zum Münzpreise von 3 £ 17 sh. 10½ d. Wenn also die Bank nicht verpflichtet sein sollte, auf Verlangen des Inhabers ihre

---

wenn zuviel Silber im Umlauf wäre. Es gibt also zwei Hemmnisse gegen eine überreiche Menge an Silbermünzen: erstens das direkte Hemmnis, das die Regierung zu jeder Zeit in den Weg legen kann, um zu verhindern, daß mehr ausgeprägt wird; zweitens würde niemand ein Interesse daran haben, Silber zur Münze zu tragen, wenn er das könnte; denn, wäre es ausgeprägt, so würde es nicht zu seinem Münz-, sondern nur zu seinem Marktwerte umlaufen.

Noten in Barren oder Münze einzulösen, dann ist das kürzlich erlassene Gesetz, das einen Schlagschatz von 6 % oder 4 Pence pro Unze auf die Silbermünze gestattet, das aber bestimmt, daß Gold von der Münze ohne jedweden Aufschlag ausgeprägt werden soll, vielleicht das bestgeeignete, da es jeder unnötigen Veränderung des Geldumlaufs höchst wirksam vorbeugen wird.

Kapitel XXVIII.

Über den verhältnismäßigen Wert von Gold, Getreide und Arbeit in reichen und armen Ländern.

„Gold und Silber," sagt Adam Smith, „suchen, wie alle anderen Güter, naturgemäß den Markt auf, wo für sie der beste Preis bezahlt wird; und der beste Preis wird gewöhnlich für jedes Ding in dem Lande bezahlt, welches ihn am besten geben kann. Die Arbeit, daran muß man sich erinnern, ist der letzte Preis, der für jedes Ding bezahlt wird; und in Ländern, wo die Arbeit gleich gut vergolten wird, wird der Geldpreis der Arbeit im Verhältnis zu dem der Subsistenzmittel des Arbeiters stehen. Aber Gold und Silber werden natürlich in einem reichen Lande gegen eine größere Menge an Subsistenzmitteln, als in einem armen Lande ausgetauscht werden; in einem Lande, welches Subsistenzmittel im Überfluß hat, für mehr, als in einem, das nur leidlich damit versehen ist."

Aber Getreide ist ein Gut, wie Gold, Silber und andere Dinge; wenn daher alle Güter in einem reichen Lande einen hohen Tauschwert haben, so darf das Getreide keine Ausnahme bilden; und daher könnten wir mit Recht sagen, daß

Getreide für eine große Menge Geldes ausgetauscht würde, weil es teuer wäre, und daß Geld, für eine große Menge Getreide ausgetauscht würde, weil das ebenfalls teuer wäre; was soviel heißt, als daß Getreide zu gleicher Zeit teuer und billig ist. Nichts läßt sich in der Volkswirtschaftslehre besser beweisen, als daß durch die fortschreitende Erschwerung in der Beschaffung von Nahrungsmitteln ein reiches Land in demselben Verhältnis als ein armes Land in der Bevölkerungszunahme behindert ist. Jene Erschwerung muß notwendigerweise den verhältnismäßigen Preis der Lebensmittel erhöhen und zu deren Einfuhr ermuntern. Wie kann also Geld, oder Gold und Silber, in reichen Ländern für mehr Getreide ausgetauscht werden, als in armen? Nur in reichen Ländern, wo das Getreide teuer ist, verleiten die Grundbesitzer die Gesetzgebung zum Verbot der Getreideeinfuhr. Wer hätte jemals von einem Gesetze zur Verhinderung der Einfuhr von Rohprodukten in Amerika oder Polen gehört? — Die Natur hat in jenen Ländern seine Einfuhr durch die verhältnismäßige Leichtigkeit seiner Produktion wirksam unterbunden.

Wie also kann es wahr sein, daß, „wenn man Getreide und solche anderen Vegetabilien, wie sie sämtlich durch menschlichen Fleiß geerntet werden, ausnimmt, alle übrigen Arten von Rohprodukten — Vieh, Geflügel, Wild aller Art, die nützlichen Fossilien und Mineralien der Erde usw., mit dem Fortschreiten der Gesellschaft naturgemäß teurer werden". Warum sollten Getreide und Pflanzenstoffe allein ausgenommen sein? Dr. Smith's Irrtum, der sein ganzes Werk durchzieht, liegt in der Annahme, daß der Wert des Getreides konstant ist; daß wohl der Wert aller anderen Dinge, niemals der des Getreides erhöht werden kann. Getreide hat nach ihm immer denselben Wert, weil es stets die gleiche Anzahl Menschen ernähren wird. Auf dieselbe Weise könnte man sagen, daß Tuch stets denselben Wert hat, weil sich stets die nämliche Zahl Röcke daraus

machen läßt. Was kann Wert mit der Fähigkeit, zu ernähren und zu kleiden, zu tun haben?

Getreide, wie jedes andere Gut, hat in jedem Lande seinen natürlichen Preis, d. h. den Preis, der zu seiner Produktion erforderlich ist, und ohne den es nicht angebaut werden könnte: dieser Preis ist es, der seinen Marktpreis bestimmt, und der über die Zweckmäßigkeit entscheidet, es nach fremden Ländern zu exportieren. Wenn die Einfuhr von Getreide in England verboten wäre, könnte sein natürlicher Preis in England auf 6 £ pro Quarter steigen, während es in Frankreich bloß auf halb diesem Preise stände. Wäre jetzt das Einfuhrverbot beseitigt, würde Getreide auf dem englischen Markte nicht auf einen Preis zwischen 6 £ und 3 £, sondern letzthin und dauernd auf den natürlichen Preis von Frankreich sinken, den Preis, zu welchem es dem englischen Markte geliefert werden, und den üblichen und ordentlichen Kapitalprofit in Frankreich abwerfen könnte; und bei diesem Preise würde es stehen bleiben, ob England nun 100000 oder eine Million Quarter konsumierte. Wenn die Nachfrage Englands der letzeren Menge entspräche, dann wurde wahrscheinlich, in Anbetracht des Zwanges, unter dem sich Frankreich befände, zur Deckung dieses großen Bedarfes zu einer geringeren Bodenqualität seine Zuflucht zu nehmen, der natürliche Preis in Frankreich steigen; und das würde natürlich auch den Getreidepreis in England beeinflussen. Alle meine Behauptungen laufen darauf hinaus, daß es der natürliche Preis der Güter im exportierenden Lande ist, der letzthin die Preise bestimmt, zu welchen sie, falls sie keine Monopolgüter sind, im importierenden Lande verkauft werden müssen.

Allein, Dr. Smith, der so geschickt die Lehre vertreten hat, daß der natürliche Preis der Güter letzthin ihren Marktpreis bestimmt, hat einen Fall angenommen, in welchem seiner Meinung nach der Marktpreis durch den natürlichen Preis weder des ausführenden noch des einführenden Landes be-

stimmt werden würde. „Man vermindere den wirklichen Reichtums Hollands oder des genuesischen Territoriums“, sagt er, „während die Zahl ihrer Einwohner dieselbe bleibt; man verringere ihre Fähigkeit, ihren Bedarf aus fernen Ländern zu decken, und der Getreidepreis, anstatt mit jener Verminderung in der Menge ihres Silbers zu sinken, die diesen Niedergang notwendigerweise entweder als seine Ursache oder als seine Wirkung begleiten muß, wird auf den Preis einer Hungersnot steigen.“

Mir scheint es, daß gerade das Umgekehrte eintreten würde: die im allgemeinen verminderte Kaufkraft der Holländer oder Genuesen könnte zwar den Preis von Getreide zeitweilig unter seinen natürlichen Preis in dem Lande, aus dem es ausgeführt würde, wie in den Ländern, in die es eingeführt würde, herabdrücken; aber es ist ganz unmöglich, daß sie es jemals über diesen Preis hinaus steigern könnte. Nur durch eine Vermehrung des holländischen oder genuesischen Reichtums ließe sich die Nachfrage vermehren, und der Getreidepreis über seinen früheren Preis hinaus steigern; und das würde bloß auf eine sehr kurze Zeit stattfinden, falls nicht neue Schwierigkeiten in der Gewinnung der Zufuhr entständen.

Dr. Smith bemerkt ferner über diesen Gegenstand: „Wenn wir an notwendigen Gütern Mangel leiden, müssen wir von allem Überflüssigen lassen, dessen Wert in Zeiten der Armut und des Elends sinkt, wie er in Zeiten des Reichtums und der Wohlfahrt steigt.“ Das ist zweifellos richtig; allein er fährt fort: „Anders steht es mit notwendigen Gütern. Ihr wirklicher Preis, die Arbeitsmenge, welche sie erstehen oder über die sie verfügen können, steigt in Zeiten der Armut und des Elends und sinkt in Zeiten des Reichtums und der Wohlfahrt, welche stets Zeiten großer Fülle sind, weil sie sonst nicht Zeiten des Reichtums und der Wohlfahrt sein könnten. Getreide ist ein notwendiges, Silber ist nur ein überflüssiges Gut.“

Hier werden zwei Behauptungen aufgestellt, die keinerlei Beziehung zueinander haben. Die eine, daß unter den angenommenen Umständen Getreide über mehr Arbeit verfügen würde, was nicht bestritten wird; die andere, daß Getreide zu einem höheren Geldpreise verkauft, daß es für mehr Silber ausgetauscht werden würde; das, behaupte ich, ist irrig. Es könnte zutreffen, wenn Getreide zur selben Zeit knapp wäre, wenn die gewöhnliche Zufuhr nicht geliefert worden wäre. Aber in diesem Falle ist es im Überfluß vorhanden; es wird nicht behauptet, daß eine kleinere Menge als gewöhnlich eingeführt wird, oder daß mehr erfordert wird. Um Getreide zu kaufen, brauchen die Holländer und Genuesen Geld, und um dieses Geld zu erlangen, sind sie genötigt, ihre überflüssigen Güter zu verkaufen. Der Marktwert und Preis dieser überflüssigen Dinge ist es, welcher sinkt, und Geld scheint im Vergleich mit ihnen zu steigen. Allein, das wird die Nachfrage nach Getreide nicht zu vermehren, noch den Geldwert zu erniedrigen streben, die beiden einzigen Ursachen, die den Getreidepreis erhöhen können. Geld kann infolge von Mangel an Kredit und aus anderen Gründen sehr gesucht und folglich im Vergleich mit Getreide teuer sein; aber auf kein richtiges Prinzip läßt sich die Behauptung gründen, daß Geld unter solchen Umständen billig sein, und daß infolgedessen der Getreidepreis steigen würde.

Wenn wir von dem hohen oder niedrigen Wert von Gold, Silber oder irgend einem anderen Gute in verschiedenen Ländern sprechen, sollten wir stets ein Maßgut erwähnen, nach dem wir sie schätzen, sonst kann man sich von dem Gesagten keinen Begriff machen. Wenn es also heißt, Gold sei in England teurer als in Spanien, und es wird dabei kein Gut erwähnt, welche Vorstellung vermittelt dann diese Behauptung? Stehen Getreide, Oliven, Öl, Wein und Wolle in Spanien billiger im Preise als in England, dann ist Gold in diesen Gütern geschätzt, teurer in Spanien.

Haben dagegen Kurzwaren, Zucker, Tuch usw. in England einen niedrigeren Preis als in Spanien, dann ist Gold, nach diesen Gütern geschätzt, teurer in England. So erscheint Gold in Spanien teurer oder billiger, je nachdem die Einbildungskraft des Beobachters sich auf das Maßgut richten mag, nach dem er seinen Wert schätzt. Adam Smith, der Getreide und Arbeit zu einem universellen Wertmesser gestempelt hat, würde natürlich den verhältnismäßigen Wert des Goldes nach derjenigen Menge dieser beiden Dinge schätzen, für welche es sich austauschen ließe; und wenn er demgemäß von dem verhältnismäßigen Wert von Gold in zwei Ländern spricht, so verstehe ich ihn dahin, daß er den im Getreide und Arbeit geschätzten Wert desselben meint.

Aber wir haben gesehen, daß, in Getreide geschätzt, Gold in zwei Ländern von sehr verschiedenem Werte sein kann. Ich habe bereits zu zeigen versucht, daß es niedrig in reichen Ländern, und hoch in armen stehen wird. Adam Smith ist anderer Ansicht; er glaubt, daß der Goldwert, in Getreide geschätzt, in reichen Ländern am höchsten steht. Aber ohne daß man weiter untersucht, welche von diesen beiden Ansichten richtig ist, zeigt jede zur Genüge, daß Gold in jenen Ländern, welche sich im Besitze der Minen befinden, nicht notwendig niedriger stehen wird, obgleich dies eine von Adam Smith aufgestellte Behauptung ist. Gesetzt, England besäße die Minen, und Adam Smith's Ansicht, daß Gold in reichen Ländern den größten Wert hat, wäre richtig, so würde, obwohl naturgemäß Gold aus England nach allen übrigen Ländern im Austausch gegen ihre *Waren* fließen würde, doch nicht daraus folgen, daß Gold im Vergleich mit Getreide und Arbeit in England notwendig niedriger als in jenen Ländern stände. An einer anderen Stelle freilich spricht Adam Smith davon, daß die Edelmetalle in Spanien und Portugal notwendig niedriger stehen, als in den anderen Teilen Europas, weil jene Länder zufällig die fast ausschließlichen Besitzer der Minen sind, die sie hervorbringen. „Polen, wo sich das Feudalsystem noch immer behauptet, ist heutzutage noch ein ebenso bettelhaftes Land, als es vor der Entdeckung Amerikas war. *Dennoch ist der Geldpreis des Getreides gestiegen; der wirkliche Wert der Edelmetalle ist gesunken*, in Polen ebenso wie in anderen Teilen von Europa. Ihre Menge muß also dort, wie an anderen Plätzen zugenommen haben, *und fast im selben Verhältnis zum Jahresertrage von Boden und Arbeit.* Doch hat diese Vermehrung der Menge jener Metalle anscheinend nicht jenen Jahresertrag vermehrt; hat weder Gewerbe und Landwirtschaft des Landes gehoben, noch die Lage seiner Einwohner verbessert. Spanien und Portugal, die Länder, welche die Minen besitzen, sind nächst Polen vielleicht die beiden bettelhaftesten Länder Europas. Indessen muß der Wert der Edelmetalle *in Spanien und Portugal niedriger sein*, als in irgend welchen anderen Teilen von Europa, belastet, nicht nur mit den Kosten von Fracht und Versicherung, sondern mit den Ausgaben des Schmuggels, weil ihre Ausfuhr entweder verboten, oder einem Zoll unterworfen ist. *Im Verhältnis zum Jahresertrage des Bodens und der Arbeit muß ihre Menge daher größer sein* in jenen Ländern, als in irgend einem anderen Teile Europas; und doch sind jene Länder ärmer als der größte Teil Europas. Obgleich das Feudalsystem in Spanien und Portugal abgeschafft worden, ist kein viel besseres darauf gefolgt.“

Dr. Smith's Argument scheint mir dies zu sein: Gold, wenn in Getreide geschätzt, ist billiger in Spanien als in anderen Ländern, und der Beweis dafür ist, nicht daß Getreide von anderen Ländern Spanien für Gold gegeben wird, sondern daß Tuch, Zucker und Kurzwaren von jenen Ländern im Austausch für jenes Metall hingegeben werden.

Kapitel XXIX.

Steuern, die vom Produzenten bezahlt werden.

Herr Say übertreibt erheblich die Nachteile, welche entstehen, wenn eine Steuer auf ein Fabrikat eher in einem früheren, als in einem späteren Abschnitte seiner Fabrikation erhoben wird. Die Fabrikanten, bemerkt er, durch deren Hände das Gut nacheinander laufen mag, müssen, um die Steuer vorschießen zu können, größere Mittel aufwenden, was für einen Fabrikanten von sehr beschränktem Kapital und Kredit oftmals mit erheblicher Schwierigkeit verbunden ist. Gegen diese Bemerkung kann keine Einwendung gemacht werden.

Ein anderer Nachteil, den er betont, ist der, daß infolge des Steuervorschusses der Konsument auch mit dem Profit auf den Vorschuß belastet werden muß, und daß dieser Steuerzuschlag einer ist, von dem der Staatsschatz keinen Vorteil hat.

In diesem letzteren Einwand kann ich Herrn Say nicht beistimmen. Der Staat, wollen wir annehmen, braucht *augenblicklich* 1000 £ und erhebt sie von einem Fabrikanten, der sie nicht vor zwölf Monaten auf den Konsumenten seines fertigen Gutes abzuwälzen vermag. Infolge solchen Verzuges sieht er sich genötigt, einen höheren Preis für sein Gut zu fordern, nicht bloß von 1000 £, dem Steuerbetrag, sondern wahrscheinlich von 1100 £, wobei 100 £ auf Zinsen für die vorgeschossenen 1000 £ zu verrechnen sind. Aber als Entgelt für diese weiteren, vom Konsumenten bezahlten 100 £ hat er einen tatsächlichen Vorteil insofern, als seine Bezahlung der Steuer, die die Regierung sogleich verlangte, und die er schließlich bezahlen muß, auf ein Jahr verschoben worden ist. Infolgedessen hat sich ihm eine Gelegenheit geboten,

dem Fabrikanten die erforderlichen 1000 £ zu 10 % oder zu irgend einem anderen Zinsfuße zu leihen, auf den man sich einigen konnte. Elfhundert Pfund, zahlbar am Ende eines Jahres, sind, wenn der Geldzins 10 % beträgt, nicht mehr wert als 1000 £, die sofort zu bezahlen sind. Schöbe die Regierung die Annahme der Steuer auf ein Jahr hinaus, bis das Fabrikat fertig gestellt wäre, so würde sie vielleicht einen zinstragenden Schatzschein ausgeben und ebensoviel an Zinsen bezahlen müssen, als der Konsument am Preise sparen würde; allerdings mit Ausnahme desjenigen Teiles des Preises, den der Fabrikant infolge der Steuer vielleicht seinen eigenen wirklichen Gewinnen zuzuschlagen vermöchte. Würde die Regierung als Zins für den Schatzschein 5 % bezahlt haben, wird bei einer etwaigen Nichtausgabe desselben eine Steuer von 50 £ erspart. Wenn der Fabrikant das Zusatzkapital zu 5 % borgte und den Konsumenten mit 10 % belastete, wird auch er auf seine Auslage 5 % über seinen üblichen Profit hinaus gewonnen haben, so daß also der Fabrikant und die Regierung zusammen genau die Summe verdienen oder sparen, welche der Konsument bezahlt.

Herr Simonde, der in seinem ausgezeichneten Werke *De la Richesse Commerciale* dieselbe Linie der Beweisführung wie Herr Say einhält, hat berechnet, daß eine ursprünglich vom Fabrikanten, dessen Profit auf dem mäßigen Satze von 10 % stände, bezahlte Steuer von 4000 Fr. sich für den Konsumenten auf 6734 Fr. erhöhen würde, wenn das Fabrikat nur durch die Hände von fünf verschiedenen Personen liefe. Diese Berechnung geht von der Annahme aus, daß derjenige, welcher zuerst die Steuer vorschösse, von dem folgenden Fabrikanten 4400 Fr. erhalten würde, und dieser wieder vom nächsten 4840 Fr.; so daß bei jedem Schritt 10 % auf ihren Wert ihr zugesetzt würden. Dies heißt annehmen, daß der Wert der Steuer sich zu Zinseszins anhäuft; nicht zu einem Satze von 10 % im Jahre, sondern

zu einem absoluten Satze von 10 % bei jedem Schritt seines Fortschreitens. Diese Ansicht von Herrn de Simonde würde richtig sein, wenn zwischen dem ersten Steuervorschuß und dem Verkauf des besteuerten Gutes an den Konsumenten fünf Jahre verstrichen; verstriche aber bloß ein Jahr, so würde eine Entschädigung von 400 Fr., anstatt von 2734 Fr., einen Profit zum Satze von 10 % im Jahre für alle diejenigen ergeben, die zu dem Vorschießen der Steuer beigetragen hätten, wäre das Gut nun durch die Hände von fünf oder von fünfzig Fabrikanten gelaufen.

Kapitel XXX.

Über den Einfluß von Nachfrage und Angebot auf die Preise.

Die Produktionskosten sind es, welche den Preis der Güter letzthin bestimmen müssen, und nicht, wie oftmals behauptet worden ist, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage kann zwar den Marktwert eines Gutes eine Zeitlang beeinflussen, bis es in größerer oder geringerer Fülle beschafft ist, je nachdem sich die Nachfrage vermehrt oder vermindert haben mag; aber diese Wirkung wird nur von vorübergehender Dauer sein.

Man verringere die Produktionskosten von Hüten, und ihr Preis wird schließlich auf ihren neuen natürlichen Preis sinken, auch wenn sich die Nachfrage verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht haben sollte. Man verringere die Kosten für den Lebensunterhalt der Menschen durch Verringerung des natürlichen Preises von Nahrung und Kleidung,

durch welche das Leben erhalten wird, und die Löhne werden schließlich sinken, trotzdem die Nachfrage nach Arbeitern sehr erheblich zunehmen mag.

Die Ansicht, daß der Güterpreis einzig und allein von dem Verhältnis des Angebotes zur Nachfrage oder der Nachfrage zum Angebot abhängt, ist in der Volkswirtschaftslehre fast zu einem Axiom geworden und ist in dieser Wissenschaft die Quelle vielen Irrtumes gewesen. Es ist diese Ansicht, die Herrn Buchanan hat behaupten lassen, daß die Löhne von einem Steigen oder einem Sinken der Lebensmittelpreise nicht beeinflußt werden, sondern lediglich durch das Angebot von und der Nachfrage nach Arbeit; und daß eine Steuer auf den Arbeitslohn die Löhne nicht erhöhen würde, weil sie das Verhältnis der Nachfrage nach Arbeitern zum Angebot nicht ändern würde.

Man kann nicht behaupten, daß die Nachfrage nach einem Gute zunimmt, wenn keine zusätzliche Menge davon gekauft oder verbraucht wird; und doch kann unter solchen Umständen sein Geldwert steigen. So würde, wenn der Geldwert sinken sollte, der Preis jedes Gutes steigen; denn jeder der Konkurrenten würde bereit sein, mehr Geld als vorher für seinen Kauf auszugeben. Aber obwohl sein Preis um 10 oder 20 % stiege, so würde, wenn nicht mehr als früher davon gekauft würde, es meines Erachtens nicht zulässig sein, zu sagen, daß die Veränderung im Preise des Gutes durch die stärkere Nachfrage nach ihm hervorgerufen wurde. Sein natürlicher Preis, seine Produktionskosten in Geld, würden durch den veränderten Geldwert tatsächlich verändert worden sein; und ohne jede Zunahme der Nachfrage würde der Preis des Gutes natürlich jenem neuen Werte angepaßt werden.

„Wir haben gesehen,“ sagt Herr Say, daß die Produktionskosten den niedrigsten Preis bestimmen, auf den Dinge sinken können: den Preis, unter welchem sie auf längere Zeit nicht verharren können, weil sonst die Produktion ent-

weder gänzlich eingestellt, oder verringert werden würde." Bd. II, S. 26.

Später bemerkt er, daß, da die Nachfrage nach Gold seit der Entdeckung der Minen in einem noch größeren Verhältnis als das Angebot zugenommen hatte, „sein Preis in Waren, statt im Verhältnis von 10:1, nur im Verhältnis von 4:1 fiel", das heißt, anstatt im Verhältnis, als sein natürlicher Preis gesunken war, zu sinken, sank es im Verhältnis, als das Angebot die Nachfrage überstieg.[1] „*Der Wert jedes Gutes steigt immer in einem geraden Verhältnis zur Nachfrage und in einem umgekehrten zum Angebot.*"

In denselben Sinne hat sich Graf Lauderdale geäußert. „Wenn wir mit Rücksicht auf die Wertveränderungen, denen jedes wertvolle Ding ausgesetzt ist, für einen Augenblick annehmen könnten, daß irgend ein Stoff inneren und feststehenden Wert besäße, so daß eine angenommene Menge davon unter allen Umständen beständig von gleichem Werte wäre, dann würde der Wertgrad aller Dinge, durch einen solchen feststehenden Maßstab gesichert, im Verhältnis *zwischen ihrer Menge* und der Nachfrage nach ihnen schwanken, und jedes Gut würde natürlich einer Veränderung seines Wertes infolge vier verschiedener Umstände ausgesetzt sein:

[1]) Wenn die Menge von Gold und Silber, welche jeweilen existiert, nur zur Verfertigung von Geräten und Schmucksachen diente, würden sie reichlich vorhanden und würden bedeutend billiger sein, als sie heutzutage sind. Mit anderen Worten, wir würden bei einem Austausch derselben gegen irgendwelche andere Art von Waren genötigt sein, eine verhältnismäßig größere Menge von ihnen hinzugeben. Da jedoch eine bedeutende Menge dieser Metalle als Geld benutzt wird, und da dieser Teil keinem anderen Zwecke dient, so bleibt für die Verwendung zu Geräten und Geschmeiden weniger übrig; diese Knappheit nun erhöht ihren Wert. Say, Bd. II S. 316; siehe auch Anmerkung zu S. 78.

1. Es würde einer Zunahme seines Wertes infolge einer Verminderung seiner Menge unterworfen sein;
2. einer Verminderung seines Wertes infolge einer Vermehrung seiner Menge;
3. es könnte eine Vermehrung seines Wertes infolge einer vermehrten Nachfrage erfahren;
4. sein Wert könnte sich aus Mangel an Nachfrage verringern.

Da es sich jedoch klar herausstellen wird, daß kein Gut feststehenden und inneren Wert besitzen kann, um es zu einem Maßstabe des Wertes anderer Güter zu qualifizieren, wird der Mensch dazu geführt, als einen praktischen Wertmesser das zu wählen, was jeder diesen vier Quellen von Veränderungen, *welche die einzigen Ursachen der Wertveränderung sind*, am wenigsten unterliegt.

Wenn wir daher in gewöhnlicher Sprechweise den *Wert* irgendeines Gutes ausdrücken, so kann er zu einer bestimmten Zeit von dem, was er zu einer anderen ist, infolge acht verschiedener Umstände abweichen:

1. Infolge der oben erwähnten vier Umstände im Verhältnis zu dem Gute, dessen Wert wir ausdrücken wollen;
2. infolge derselben vier Umstände im Verhältnis zu dem Gute, das wir als Wertmesser gewählt haben."[1])

Das trifft auf Monopolgüter und tatsächlich auch auf den Marktpreis aller übrigen Güter für eine beschränkte Zeitspanne zu. Wenn sich die Nachfrage nach Hüten verdoppeln sollte, würde der Preis sofort steigen; doch wäre dieses Steigen bloß vorübergehend, falls sich nicht die Produktionskosten von Hüten oder ihr natürlicher Preis erhöht

[1]) Eine Untersuchung über die Natur und den Ursprung des Nationalwohlstandes, S. 13.

hätte. Sollte der natürliche Preis von Brot infolge einer großen Erfindung in der Agrikulturwissenschaft um 50 % sinken, so würde die Nachfrage nicht bedeutend wachsen, weil niemand mehr begehren würde, als seinen Bedarf befriedigte; und da sich die Nachfrage nicht vermehren würde, würde es auch nicht das Angebot; denn ein Gut wird nicht angeboten, bloß weil es produziert werden kann, sondern weil eine Nachfrage danach besteht. Hier haben wir also einen Fall vor uns, wo sich das Angebot und die Nachfrage kaum verändert haben, oder, wenn sie gestiegen sind, so sind sie im selben Verhältnis gestiegen; und dennoch wird der Brotpreis um 50 % gesunken sein, und noch dazu zu einer Zeit, wo der Geldwert unverändert geblieben war.

Güter, welche entweder von einem einzelnen oder von einer Gesellschaft monopolisiert sind, schwanken nach dem von Lord Landerdale niedergelegten Gesetz: sie sinken im Verhältnis, als die Verkäufer ihre Menge vermehren, und steigen im Verhältnis zur Lust der Käufer, sie zu erstehen; ihr Preis hat keine notwendige Beziehung zu ihrem natürlichen Werte. Allein, die Preise von Gütern, welche dem Wettbewerb unterworfen sind, und deren Menge sich in auch nur mäßigem Umfange vermehren läßt, werden letzthin nicht vom Stande von Nachfrage und Angebot abhängen, sondern von den vermehrten oder verringerten Kosten ihrer Produktion.

Kapitel XXXI.

Über Maschinenwesen.

In dem vorliegenden Kapitel werde ich in eine Untersuchung über den Einfluß des Maschinenwesens auf die Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen eintreten, einen Gegenstand von großer Bedeutung, und einen, der nie in einer zu irgendwie bestimmten und befriedigenden Ergebnissen führenden Weise erforscht worden zu sein scheint. Es ist um so mehr meine Pflicht, meine Ansichten über diese Frage auseinander zu setzen, als sie bei weiterem Nachdenken einen wesentlichen Wandel erfahren haben; und obgleich ich mir nicht bewußt bin, daß ich jemals etwas über Maschinenwesen veröffentlicht habe, was ich zurücknehmen müßte, so habe ich doch auf andere Weise Lehren, welche ich jetzt für irrig halte, meine Unterstützung gewährt. Ich fühle mich daher innerlich verpflichtet, meine gegenwärtigen Ansichten und meine Gründe für diese meine Stellungnahme zur Prüfung zu unterbreiten.

Seitdem ich meine Aufmerksamkeit zuerst volkswirtschaftlichen Fragen zuwandte, bin ich stets der Meinung gewesen, daß eine Anwendung von Maschinerie in irgendeinem Produktionszweige von der Art, daß sie eine Arbeitsersparnis bewirkte, eine allgemeine Wohltat war, begleitet nur von jenem Teil von Unbehagen, wie es in den meisten Fällen mit der Überführung von Kapital und Arbeit von einem Gewerbezweig zu einem anderen verbunden ist. Mir schien es, als ob den Grundeigentümern, vorausgesetzt, daß sie dieselben Geldrenten bezögen, die Ermäßigung in den Preisen einiger der Güter zugute käme, für welche jene Renten verausgabt würden, und welche Preisermäßigung unfehlbar die Folge der Anwendung von Maschinen sein müßte. Der Kapitalist, glaubte ich, hätte gegebenenfalls genau in derselben Weise seinen Nutzen. Der, welcher die Erfindung der Maschine machte, oder welcher sie zuerst nutzbringend anwandte, würde sich zwar eines besonderen Vorteils dadurch erfreuen, daß er eine Zeitlang große Gewinne erzielte; aber in dem Maße, als die Maschine in allgemeinen Gebrauch käme, würde der Preis des erzeugten Gutes infolge der Wirkungen der Konkurrenz auf

seine Produktionskosten sinken; worauf der Kapitalist dieselben Geldprofite wie früher beziehen würde, und er würde an dem allgemeinen Vorteil nur als ein Konsument dadurch teilhaben, daß er imstande wäre, mit demselben Geldeinkommen über eine größere Menge von Annehmlichkeiten und Genüssen zu verfügen. Auch für die Klasse der Arbeiter glaubte ich, wäre der Gebrauch von Maschinen in gleicher Weise vorteilhaft, da sie die Mittel haben würden, mit denselben Geldlöhnen mehr Güter zu kaufen; und ich glaubte, daß keine Lohnverkürzung eintreten würde, weil der Kapitalist die Macht haben würde, dieselbe Menge von Arbeit wie vorher zu fordern und zu verwenden, obwohl er sich in die Zwangslage versetzt sehen könnte, sie zur Produktion eines neuen, oder auf jeden Fall eines verschiedenen, Gutes zu verwenden. Wenn man mit Hilfe verbesserter Maschinen, bei der Verwendung derselben Arbeitsmenge, die Menge von Strümpfen vervierfachen könnte, und wenn die Nachfrage nach Strümpfen sich nur verdoppelt hätte, so würden notwendigerweise einige Arbeiter aus der Strumpfwirkerei entlassen werden; da jedoch das Kapital, welches sie beschäftigte, noch fortbestände, und da es im Interesse derjenigen, die es hätten, läge, es produktiv zu verwenden, so schien es mir, daß man es zur Herstellung irgendeines anderen Gutes verwenden würde, das der Gesellschaft von Nutzen wäre, und für das es an Nachfrage nicht fehlen könnte. Denn ich war und bin von der Richtigkeit der Bemerkung Adam Smith's tief durchdrungen, daß „das Verlangen nach Nahrung in einem jeden Menschen durch das enge Fassungsvermögen des menschlichen Magens begrenzt ist, wogegen das Verlangen nach Annehmlichkeiten und Gebäudeschmuck, Kleidung, Equipage und Hausrat keine Grenze oder bestimmte Schranke zu haben scheint". Da es mir demnach schien, daß dieselbe Nachfrage nach Arbeit wie früher vorhanden, und daß der

Lohn kein niedrigerer sein würde, glaubte ich, daß die arbeitende Klasse in gleicher Weise wie die anderen Klassen an dem Vorteile der allgemeinen, aus dem Gebrauch von Maschinen entspringenden Wohlfeilheit von Gütern teilhaben würde.

Das waren meine Ansichten, und ich behalte sie, soweit es den Grundeigentümer und den Kapitalisten anbetrifft, auch jetzt noch unverändert bei; doch bin ich davon überzeugt, daß der Ersatz von menschlicher Arbeit durch Maschinerie den Interessen der Arbeiterklassse oft sehr schädlich ist.

Mein Irrtum entsprang der Annahme, daß sich mit jedweder Zunahme des Reineinkommens einer Gesellschaft auch ihr Roheinkommen vermehren würde; jetzt aber sehe ich Grund genug, um überzeugt zu sein, daß der eine Fonds, aus dem die Grundeigentümer und Kapitalisten ihr Einkommen beziehen, größer werden kann, während sich der andere, der, von welchem die arbeitende Klasse hauptsächlich abhängt, sich vermindern kann; und daraus folgt, wenn ich recht habe, daß dieselbe Ursache, die das Reineinkommen des Landes vermehren kann, zu gleicher Zeit eine Übervölkerung herbeiführen und die Lage des Arbeiters verschlechtern kann.

Wir wollen annehmen, ein Kapitalist verwende ein Kapital im Werte von 20 000 £ und liege damit der vereinten Tätigkeit eines Landwirtes und eines Fabrikanten von Bedarfsartikeln ob. Ferner wollen wir annehmen, daß 7000 £ von diesem Kapitale in stehendem Kapital angelegt seien, nämlich in Gebäuden, Geräten usw., und daß die übrigbleibenden 13 000 £ als umlaufendes Kapital für den Unterhalt von Arbeit Verwendung finden. Außerdem wollen wir annehmen, daß der Profit 10 % betrage, und daß infolgedessen das Kapital des Kapitalisten in jedem Jahre auf seine ursprüngliche Leistungsfähigkeit zurückgebracht werde und einen Profit von 2000 £ abwerfe.

Jedes Jahr beginnt der Kapitalist seine Operationen mit einem Bestande an Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln im Werte von 13000 £, die er im Laufe des Jahres sämtlich an seine eigenen Arbeiter für diese Summe Geldes verkauft, und während derselben bezahlt er ihnen den gleichen Geldbetrag als Lohn: Am Ende des Jahres bringen sie in seinen Besitz Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Werte von 15000 £ zurück, von denen er 2000 £ selbst verbraucht oder zu seinem Vergnügen und Genuß beliebig verwendet. Insofern diese Produkte in Frage kommen, beträgt der Rohertrag für jenes Jahr 15000 £ und der Reinertrag 2000 £. Nehmen wir nun an, der Kapitalist beschäftige im folgenden Jahre die Hälfte seiner Leute mit dem Bau einer Maschine und die andere Hälfte mit der Produktion von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln, wie gewöhnlich. Während jenes Jahres würde er die Summe von 13000 £ an Lohn bezahlen, wie gewöhnlich, und an seine Arbeiter Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im selben Betrage verkaufen; aber was würde im folgenden Jahre der Fall sein?

Während sich die Maschine im Bau befände, würde nur die Hälfte der gewöhnlichen Menge von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln gewonnen werden, und sie hätten nur den halben Wert der vorher erzeugten Menge. Die Maschine würde 7500 £, und die Nahrungsmittel und Bedarfsartikel 7500 £ wert sein, weshalb das Kapital des Kapitalisten ebenso groß als früher wäre; denn er würde außer diesen beiden Werten ein stehendes Kapital im Werte 7000 £ haben, was im ganzen 20000 £ an Kapital und 2000 £ an Profit ausmachte. Nach Abzug dieser letzteren Summe für seine eigenen Ausgaben, hätte er kein größeres umlaufendes Kapital als 5500 £, mit dem er seine weiteren Operationen ausführen könnte; und infolgedessen würden seine Mittel für den Unterhalt der Arbeit im Verhältnis von 13000 £ zu 5500 £ verkürzt sein, und folglich die gesamte Arbeit,

welche vorher mit 7500 £ beschäftigt wurde, überflüssig werden.

Die verringerte Arbeitsmenge, welche der Kapitalist verwenden kann, muß allerdings mit Hilfe der Maschine und nach Abzug ihrer Reparaturkosten einen Wert von 7500 £ erzeugen, sie muß das umlaufende Kapital nebst einem Profit von 2000 £ auf das Gesamtkapital ersetzen. Wenn das aber geschehen ist, wenn das Reineinkommen nicht vermindert wird, von welcher Bedeutung ist es für den Kapitalisten, ob das Roheinkommen einen Wert von 3000 £, von 10000 £, oder von 15000 £ besitzt?

Obgleich sich also der Reinertrag im Werte nicht vermindert haben wird, obgleich seine Kraft, Güter zu erstehen, erheblich zugenommen haben kann, wird der Rohertrag in diesem Falle von einem Werte von 15000 £ auf einen Wert von 7500 £ gesunken sein, und da die Fähigkeit, eine Bevölkerung zu unterhalten und Arbeit zu verwenden, stets vom Rohertrage einer Nation abhängt, und nicht von ihrem Reinertrag, so wird notwendigerweise eine Verminderung in der Nachfrage nach Arbeit eintreten, die Bevölkerung wird überzählig werden, und die Lage der arbeitenden Klassen wird elend und armselig sein.

Da jedoch die Kraft, vom Einkommen Ersparnisse zu machen, um sie zum Kapital zu schlagen, von der Fähigkeit des Reineinkommens abhängen muß, die Bedürfnisse des Kapitalisten zu befriedigen, so müßte aus der Ermäßigung des Güterpreises infolge der Einführung von Maschinen unfehlbar folgen, daß er bei den gleichen Bedürfnissen größere Mittel zum Sparen, größere Leichtigkeit zur Kapitalisierung von Einkommen hätte. Aber mit jeder Kapitalzunahme würde er mehr Arbeiter anstellen; und deshalb würde ein Teil der zuerst außer Arbeit gesetzten Leute nachher wieder beschäftigt werden; und wenn die Vermehrung der Produktion infolge der Anwendung von Maschinen so groß wäre, daß sie

in Gestalt von Reineinkommen eine ebenso große Menge von Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln lieferte, als vorher in der Form von Roheinkommen vorhanden war, dann würde die gleiche Fähigkeit vorhanden sein, die gesamte Bevölkerung zu beschäftigen, und folglich auch nicht notwendigerweise irgendwelche Überzahl an Menschen bestehen.

Alles, was ich beweisen möchte, läuft darauf hinaus, daß die Erfindung und der Gebrauch von Maschinen mit einer Verminderung des Rohertrages verbunden sein kann; und so oft dies der Fall ist, wird es der arbeitenden Klasse zum Schaden gereichen, da ein gewisser Teil derselben aus seiner Tätigkeit gesetzt, und Bevölkerung im Vergleich mit den zu ihrer Beschäftigung bestimmten Mitteln überzählig werden wird.

Der von mir angenommene Fall ist der einfachste, den ich auswählen konnte. Es würde aber im Ergebnis keinen Unterschied ausmachen, wenn wir annähmen, daß die Maschinen in dem Gewerbe irgendeines Fabrikanten, dem eines Tuchwebers z. B., oder eines Baumwollspinners, Verwendung fänden. Wenn in dem Gewerbe eines Tuchwebers, so würde nach der Einführung von Maschinerie weniger Tuch produziert werden; denn ein Teil derjenigen Menge, welche zur Bezahlung einer großen Masse von Arbeitern bereit gestellt ist, würde von ihrem Arbeitgeber nicht gebraucht werden. Infolge der Benutzung der Maschine würde es für ihn notwendig sein, einen Wert zu reproduzieren, der nur dem konsumierten Werte nebst dem Profit auf das gesamte Kapital gleich wäre. Das könnten aber 7500 £ ebenso erfolgreich leisten, wie 15 000 £ vorher, so daß sich dieser Fall in keiner Hinsicht von dem früheren Beispiel unterschiede. Indessen kann man behaupten, daß die Nachfrage nach Tuch ebenso groß wie früher sein würde, und man kann die Frage aufwerfen, woher dieses Angebot kommen würde? Aber von wem würde das Tuch verlangt werden? Von den Landwirten und den anderen Produzenten von Bedarfsartikeln,

welche ihre Kapitalien zur Erzeugung dieser Bedarfsartikel verwandten, um damit Tuch zu erlangen: Sie gaben dem Tuchweber für sein Tuch Getreide und Bedarfsartikel, und dieser überließ beides seinen Arbeitern für das Tuch, das ihm ihre Arbeit lieferte.

Dieses Geschäft würde nun aufhören; der Tuchweber brauchte die Nahrungsmittel und die Kleidung nicht, da er weniger Leute zu beschäftigen und weniger Tuch zu vergeben hätte. Die Landwirte und andere, welche die Bedarfsartikel bloß als Mittel zum Zweck produzierten, könnten durch eine derartige Verwendung ihrer Kapitalien nicht länger Tuch bekommen, und sie würden daher ihre Kapitalien entweder selbst zur Erzeugung von Tuch verwenden, oder sie an andere ausleihen, damit das wirklich benötigte Gut geliefert, und die Produktion desjenigen Gutes, welches zu bezahlen niemand die Mittel hätte, oder nach dem keine Nachfrage bestände, eingestellt werden könnte. Dies führt uns also zu demselben Resultat; die Nachfrage nach Arbeit würde sich verringern, und die zum Unterhalt der Arbeit erforderlichen Güter würden nicht mehr in der gleichen Fülle erzeugt werden.

Wenn diese Ansichten richtig sind, so folgt daraus:

1. Daß die Erfindung und nützliche Anwendung von Maschinen stets zur Vergrößerung des Reinertrages des Landes führt, obschon sie den Wert jenes Reinertrages, nach einer unerheblichen Zwischenzeit, nicht vermehren kann und nicht wird.
2. Daß eine Zunahme des Reinertages eines Landes mit einer Abnahme des Rohertrages vereinbar ist, und daß die Gründe für den Gebrauch von Maschinen immer genügen, um ihre Verwendung zu sichern, wenn sie den Reinertrag vermehrt, obschon sie die Menge des Rohertrages und seinen Wert verringern mag und häufig muß.

3. Daß die bei der arbeitenden Klasse herrschende Meinung, die Anwendung von Maschinen schädige häufig ihre Interessen, nicht auf Vorurteil und Irrtum beruht, sondern mit den richtigen Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre übereinstimmt.

4. Daß, wenn die verbesserten Produktionsmittel, infolge der Anwendung von Maschinen, den Reinertrag eines Landes in einem solchen Grade vermehren sollten, daß sie den Rohertrag nicht vermindern, (ich meine stets die Menge von Gütern, und nicht Wert,) dann sich die Lage aller Klassen verbessern wird. Der Grundbesitzer und der Kapitalist wird Nutzen ziehen, nicht aus einer Vergrößerung von Rente und Profit, sondern aus den Vorteilen, welche aus der Verausgabung derselben Rente und desselben Profits für Güter entstehen, die sehr erheblich im Werte herabgesetzt sind, während sich auch die Lage der arbeitenden Klassen bedeutend verbessert haben wird: erstens, infolge der größeren Nachfrage nach Hausgesinde; zweitens, infolge des Antriebes zum Ersparen von Einkommen, das ein so reichlicher Reinertrag ermöglichen wird; und drittens, infolge des niedrigen Preises aller Konsumartikel, für welche ihr Lohn verausgabt werden wird.

Unabhängig von der Betrachtung über die Erfindung und Anwendung von Maschinen, auf welche unsere Aufmerksamkeit soeben gelenkt worden ist, hat die arbeitende Klasse kein geringes Interesse an der Art und Weise, in welcher das Reineinkommen des Landes ausgegeben wird, wenn es auch in allen Fällen zur Befriedigung und für die Genüsse derjenigen verausgabt werden sollte, welche einen gerechten Anspruch darauf haben.

Wenn ein Grundbesitzer oder ein Kapitalist sein Ein-

kommen nach Art eines Barons der Vorzeit zum Unterhalt einer großen Zahl von persönlichen Anhängern oder Hausgesinde verausgabt, wird er zur Beschäftigung von weit mehr Arbeit beitragen, als wenn er es zu schönen Kleidern oder kostbarer Einrichtung verausgabte; zu Wagen, zu Pferden oder zum Kauf irgendwelcher anderen Luxusgegenstände.

In beiden Fällen würde das Reineinkommen dasselbe sein, und ebenso auch das Roheinkommen, aber ersteres würde in verschiedenen Gütern realisiert werden. Wenn sich mein Einkommen auf 10 000 £ beliefe, würde nahezu dieselbe Menge produktiver Arbeit Verwendung finden, ob ich es nun in schönen Kleidern und kostbarer Einrichtung usw. usw., oder in einer Menge von Nahrung und Kleidung von gleichem Werte anlegte. Realisierte ich jedoch mein Einkommen in der ersten Gütergruppe, so würde *in der Folge* keine Arbeit mehr beschäftigt werden: Ich würde mich meiner Einrichtung und meiner Kleider erfreuen, und damit hätten diese ihren Zweck erfüllt. Wenn ich aber mein Einkommen in Nahrung und Kleidung realisierte und Hausgesinde zu halten wünschte, so würden alle diejenigen, welche ich auf diese Weise mit meinem Einkommen von 10 000 £, oder mit der für diese Summe zu erstehenden Nahrung und Kleidung beschäftigen könnte, zu der früheren Nachfrage nach Arbeit hinzuzufügen sein, und dieser Zuwachs würde nur stattfinden, weil ich diese Form, mein Einkommen auszugeben, wählte. Da die Arbeiter demnach an der Nachfrage nach Arbeit interessiert sind, so müssen sie natürlich wünschen, daß so viel als möglich vom Einkommen von der Verausgabung für Luxusgegenstände abgelenkt und zum Unterhalt von Hausgesinde verwendet werde.

Auf dieselbe Weise beschäftigt ein in Krieg verwickeltes Land, welches sich gezwungen sieht, große Flotten und Heere zu halten, eine bedeutend größere Anzahl von Menschen, als werden beschäftigt werden, wenn der Krieg zu Ende

geht, und die jährlichen Ausgaben, welche er mit sich bringt, aufhören.

Wenn ich während des Krieges nicht zu einer Steuer von 500 £ herangezogen würde, welche für Leute in den Stellungen von Soldaten und Matrosen verausgabt wird, könnte ich wahrscheinlich jenen Teil meines Einkommens für Hausrat, Kleidung, Bücher usw. usw. verausgaben; und ob er in der einen, oder in der anderen Weise verausgabt würde, es würde dieselbe Menge von Arbeit in der Produktion verwendet werden; denn die Nahrung und Kleidung des Soldaten und Matrosen würden zu ihrer Erzeugung denselben Betrag von Fleiß erfordern, als die reicher ausgestatteten Güter; aber im Falle des Krieges wäre die zusätzliche Nachfrage nach Leuten, wie Soldaten und Matrosen, vorhanden; und deshalb begünstigt ein Krieg, welcher aus dem Einkommen, und nicht aus dem Kapital, des Landes unterhalten wird, die Bevölkerungszunahme.

Am Ende des Krieges, wenn ein Teil meines Einkommens wieder zu mir zurückkehrt und wie früher zum Kauf von Wein, Hausrat oder anderen Luxusgegenständen verwendet wird, wird die Bevölkerung, welche er zuvor unterhielt, und die der Krieg ins Leben rief, überzählig werden und, durch ihre Einwirkung auf den Rest der Bevölkerung und ihren Wettbewerb mit ihr um Beschäftigung, den Lohnwert senken und die Lage der arbeitenden Klassen ganz erheblich verschlechtern.

Es ist noch ein anderer Fall der Möglichkeit einer Vermehrung im Betrage des Reineinkommens eines Landes, und sogar seines Roheinkommens, bei einer Verringerung der Nachfrage nach Arbeit, zu beachten, und das ist, wenn die Arbeit von Menschen durch die von Pferden ersetzt wird. Beschäftigte ich auf meinem Gute 100 Mann und fände ich, daß sich die auf 50 dieser Leute verwendete Nahrung auf die Haltung von Pferden übertragen ließe, die mir nach

Abzug des Zinses für das durch den Kauf von Pferden in Anspruch genommene Kapital einen größeren Ertrag an Rohprodukten verschaffen würden, so würde es für mich vorteilhaft sein, die Menschen durch die Pferde zu ersetzen, was ich demgemäß tun würde; aber das würde nicht im Interesse der Menschen sein, und wenn das von mir bezogene Einkommen sich nicht so sehr vergrößert hätte, um mich instand zu setzen, die Menschen wie die Pferde zu beschäftigen, dann ist es klar, daß die Bevölkerung überzählig werden, und die Lage des Arbeiters in der allgemeinen Skala sinken würde. Offenbar könnte er unter keinen Umständen beim Ackerbau Verwendung finden; hätte sich jedoch der Ertrag des Bodens infolge des Ersatzes von Menschen durch Pferde vermehrt, dann könnte man ihn in Gewerben oder als Hausgesinde verwenden.

Die Feststellungen, welche ich gemacht habe, werden hoffentlich nicht zu dem Schlusse führen, daß das Maschinenwesen nicht gefördert werden sollte. Um das Prinzip zu erläutern, habe ich angenommen, daß die verbesserte Maschinerie *plötzlich* erfunden und ausgedehnt benutzt wird. Allein die Wahrheit ist, daß diese Erfindungen allmählich von statten gehen und eher dahin wirken, die Verwendung des Kapitals zu beeinflussen, das erspart und angesammelt wird, als Kapital von seiner gegenwärtigen Anlage abzulenken.

Mit jeder Kapitals- und Bevölkerungszunahme werden die Nahrungsmittel allgemein steigen, weil es schwieriger ist, sie zu erzeugen. Die Folge eines Steigens der Lebensmittel wird ein Steigen des Lohnes sein, und jede Lohnsteigerung wird eine Tendenz zu haben, das ersparte Kapital in größerem Verhältnis als vorher zur Anwendung von Maschinen zu drängen. Maschinerie und Arbeit befinden sich in beständigem Wettbewerb, und die erstere kann häufig nicht eher Verwendung finden, als bis die Arbeit steigt.

In Amerika und vielen anderen Ländern, wo sich die

menschlichen Nahrungsmittel leicht beschaffen lassen, ist die Versuchung zur Anwendung von Maschinen nicht annähernd so groß als in England, wo die Nahrungsmittel teuer sind, und ihre Erzeugung viel Arbeit kostet. Dieselbe Ursache, welche die Arbeit steigert, steigert nicht den Wert von Maschinen, und deshalb wird mit jeder Vermehrung von Kapital ein größerer Anteil desselben in Maschinerie angelegt. Die Nachfrage nach Arbeit wird mit einer Vermehrung von Kapital weiter zunehmen, aber nicht im Verhältnis zu seiner Vermehrung; das Verhältnis wird notwendigerweise immer kleiner werden.[1])

[1]) „Die Nachfrage nach Arbeit hängt von der Zunahme umlaufenden, und nicht stehenden Kapitals ab. Wenn es wahr wäre, daß das Verhältnis zwischen diesen beiden Kapitalarten zu allen Zeiten und in allen Ländern dasselbe ist, dann folgte daraus in der Tat, daß die Zahl beschäftigter Arbeiter im Verhältnis zum Wohlstand des Staates steht. Aber eine solche Behauptung hat nicht den Anschein von Wahrscheinlichkeit für sich. In dem Maße, als die Künste gepflegt werden, und die Zivilisation sich ausbreitet, nimmt das stehende Kapital ein größeres und immer größeres Verhältnis zum umlaufenden Kapital ein. Der Betrag stehenden Kapitals, welcher bei der Herstellung eines Stückes britischen Musselins Verwendung findet, ist wenigstens hundertmal, wahrscheinlich tausendmal größer als der zur Herstellung eines ähnlichen Stückes von indischem Musselin verwendete. Und das Verhältnis des angewandten umlaufenden Kapitals ist hundert- oder tausendmal kleiner. Es ist leicht zu begreifen, daß unter gewissen Umständen die gesamten jährlichen Ersparnisse eines fleißigen Volkes zum stehenden Kapitale hinzugefügt werden könnten, in welchem Falle sie auf die Vermehrung der Nachfrage nach Arbeit keine Wirkung ausüben würden.“ (Barton, Über die Lage der arbeitenden Klassen der Gesellschaft, S. 16.) Ich glaube, es ist nicht leicht, zu begreifen, daß unter irgendwelchen Umständen eine Kapitalszunahme keine größere Nachfrage nach Arbeit zur Folge haben sollte; das

Ich habe vorhin auch bemerkt, daß die in Gütern geschätzte Zunahme von Reineinkommen, welche stets die Folge verbesserter Maschinerie ist, zu neuen Ersparnissen und Kapitalsansammlungen führen wird. Man muß bedenken, daß diese Ersparnisse jährliche sind, und daß sie bald einen Fonds schaffen müssen, der bedeutend größer ist, als das ursprünglich durch die Erfindung der Maschine verlorene Roheinkommen, worauf die Nachfrage nach Arbeit ebenso groß wie zuvor, und die Lage des Volkes noch weiter durch die vermehrten Ersparnisse verbessert sein wird, welche das größere Reineinkommen es weiter zu machen befähigen wird.

Von der Anwendung von Maschinen könnte man in einem Staate niemals ohne Gefahr abschrecken; denn, wenn es einem Kapitale nicht erlaubt wird, das größte Reineinkommen zu erzielen, welches die Benutzung von Maschinen hier liefern wird, dann wird es ins Ausland gebracht werden, und das muß von der Nachfrage nach Arbeit viel ernster abschrecken als die ausgedehnteste Anwendung von Maschinerie. Solange nämlich ein Kapital in diesem Lande beschäftigt wird, muß es eine Nachfrage nach einiger Arbeit schaffen; Maschinen können ohne die Mitwirkung von Menschen nicht betrieben, sie können nur mit Hilfe ihrer Arbeit hergestellt werden. Durch die Anlage eines Kapitalteiles in verbesserter Maschinerie wird eine Abnahme in der fortschreitenden Nachfrage nach Arbeit entstehen; durch seine Ausfuhr in ein anderes Land wird die Nachfrage gänzlich vernichtet werden.

Höchste, was man sagen kann, ist, daß die Nachfrage verhältnismäßig abnehmen wird. Herr Barton hat meines Erachtens in der obigen Publikation einige der Wirkungen eines zunehmenden Betrages an stehendem Kapital auf die Lage der arbeitenden Klassen richtig erkannt. Seine Untersuchung enthält viele wertvollen Aufschlüsse.

Zudem werden die Preise von Gütern durch ihre Produktionskosten bestimmt. Durch die Anwendung verbesserter Maschinerie werden die Produktionskosten von Gütern herabgesetzt, und folglich kann man sie auf fremden Märkten zu einem billigeren Preise verkaufen. Wenn man jedoch den Gebrauch von Maschinen verwerfen sollte, während ihn alle übrigen Länder förderten, so würde man sich genötigt sehen, sein Geld im Austausch gegen fremde Waren auszuführen, bis man die natürlichen Preise seiner Waren auf die Preise anderer Länder herabgedrückt hätte. Indem man mit diesen Ländern Tauschgeschäfte macht, könnte man vielleicht ein Gut, das hier eine zweitägige Arbeit kostet, für ein Gut hingeben, das im Ausland eine eintägige kostet, und dieser unvorteilhafte Tausch würde die Folge eigenen Verschuldens sein; denn das Gut, welches man ausführt, und das eine zweitägige Arbeit kostet, würde einen bloß eine eintägige gekostet haben, wenn man nicht den Gebrauch von Maschinen verworfen hätte, deren Dienste sich die Nachbarn klüger zunutze gemacht hätten.

Kapitel XXXII.

Herrn Malthus' Ansichten über die Rente.

Obschon die Natur der Rente auf den früheren Seiten dieses Werkes des längeren behandelt worden ist, so halte ich mich doch für verpflichtet, auf einige Ansichten über den Gegenstand hinzuweisen, die mir irrig erscheinen, und die um so wichtiger sind, als sie sich in den Schriften jemandes finden, dem von allen heute Lebenden einige Zweige der Volkswirtschaftslehre am meisten zu verdanken

haben. Ich bin glücklich über die Gelegenheit, die sich mir hier bietet, meine Bewunderung über Herrn Malthus' Abhandlung über die Bevölkerung auszudrücken. Die Angriffe der Gegner dieses großen Werkes haben nur dazu gedient, seine Stärke zu beweisen; und ich bin fest davon überzeugt, daß sich sein wohlverdienter Ruf mit der Pflege jener Wissenschaft, für die es eine so hervorragende Zierde bildet, weiter verbreiten wird. Herr Malthus hat auch die Grundsätze der Rente befriedigend klargelegt und gezeigt, daß sie im Verhältnis zu den relativen Vorzügen, entweder der Fruchtbarkeit oder der Lage, der verschiedenen im Anbau befindlichen Ländereien, steigt oder fällt, und hat dadurch auf viele schwierige Punkte, die mit der Rentenfrage zusammenhängen, und die vorher teils unbekannt waren, teils sehr unvollkommen verstanden wurden, viel Licht geworfen. Dennoch scheint er in einige Irrtümer verfallen zu sein, welche hervorzuheben seine Autorität doppelt notwendig macht, während die Lauterkeit seines Charakters dies weniger unerfreulich gestaltet. Einer von diesen Irrtümern liegt in der Annahme, daß die Rente ein reiner Gewinn und eine Neuschöpfung von Vermögen sei.

Ich billige nicht alle Ansichten Herrn Buchanan's über die Rente; aber mit den in der folgenden Stelle ausgesprochenen, welche Herr Malthus seinem Werke entnommen hat, stimme ich vollständig überein; und daher muß ich auch von Herrn Malthus' Kommentar zu denselben abweichen.

„In dieser Hinsicht kann sie (die Rente) für das Vermögen des Gemeinwesens keinen allgemeinen Zuwachs bilden, da der hierbei in Frage kommende reine Überschuß nichts anderes ist, als ein von der einen Klasse auf die andere übertragenes Einkommen; und es ist klar, daß aus dem bloßen Umstande eines derartigen Besitzwechsels kein Fonds entstehen kann, aus dem sich Steuern bezahlen lassen. Das Einkommen, welches für den Bodenertrag bezahlt wird,

existiert bereits in den Händen derjenigen, welche diesen Ertrag erstehen; und wenn der Preis der Subsistenzmittel niedriger wäre, würde es weiter in ihren Händen verbleiben, wo es für Besteuerungszwecke gerade so gut verfügbar sein würde, als wenn es infolge eines höheren Preises auf den Grundeigentümer übertragen ist."

Nach verschiedenen Bemerkungen über den Unterschied zwischen Rohprodukten und Fabrikaten fragt Herr Malthus: „Ist es also möglich, mit Herrn de Sismondi die Rente als den einzigen Arbeitsertrag zu betrachten, der einen rein nominellen Wert hat, und der bloß das Resultat jener Preissteigerung ist, welche ein Verkäufer infolge eines besonderen Privilegs erzielt; oder sie mit Herrn Buchanan nicht als einen Zuwachs zum Nationalvermögen, sondern als eine bloße Wertübertragung zu betrachten, welche nur den Grundbesitzern vorteilhaft, und für die Konsumenten verhältnismäßig *nachteilig* ist?" [1])

Ich habe meine Meinung über diesen Gegenstand bereits bei der Behandlung der Rente ausgesprochen und habe jetzt nur noch hinzuzufügen, daß die Rente wohl eine Wertschöpfung ist, sowie ich jenes Wort verstehe, nicht aber eine Vermögensschöpfung. Wenn der Preis des Getreides infolge der Schwierigkeit, irgend einen Teil davon zu produzieren, von 4 £ auf 5 £ pro Quarter steigen sollte, wird eine Million Quarter, statt einen Wert von 4 000 000 £, einen solchen von 5 000 000 £ haben, und da dieses Getreide nicht nur für mehr Geld, sondern für mehr von jedem anderen Gute ausgetauscht werden wird, so werden die Besitzer einen größeren Betrag an Wert haben; und da infolgedessen niemand sonst einen geringeren haben wird, so wird sich die Gesellschaft insgesamt im Besitze eines größeren Wertes befinden,

[1]) Eine Untersuchung über die Natur und Entwicklung der Rente, S. 15.

und in diesem Sinne ist die Rente eine Wertschöpfung. Allein, dieser Wert ist insofern nur ein nomineller, als er dem Vermögen, d. h. den Bedarfsartikeln, Annehmlichkeiten und Genüssen der Gesellschaft, nichts hinzufügt. Wir würden genau dieselbe Menge, und nicht mehr, von Gütern haben und die nämliche Million Quarter Getreide wie vorher; aber die Wirkung seiner Schätzung zu 5 £ pro Quarter, statt zu 4 £, würde sein, daß ein Teil des Wertes des Getreides und der Güter von ihren früheren Besitzern auf die Grundeigentümer übertragen wird. Rente ist also eine Wertschöpfung, aber nicht eine Vermögensschöpfung; sie fügt den Hilfsquellen des Landes nichts hinzu, sie setzt es nicht in den Stand, Flotten und Heere zu halten; denn das Land würde einen größeren verfügbaren Fonds besitzen, wenn sein Boden von besserer Qualität wäre, und es dasselbe Kapital verwenden könnte, ohne eine Rente zu erzeugen.

Man muß also zugeben, daß Herr Sismondi und Herr Buchanan, denn die Ansichten beider sind im wesentlichen dieselben, recht hatten, wenn sie die Rente als einen rein nominellen Wert auffaßten, der keinen Zuwachs zum Nationalvermögen bilde, sondern bloß als eine Wertübertragung, welche nur für die Grundbesitzer vorteilhaft, und verhältnismäßig nachteilig für den Konsumenten sei.

In einem andern Teil seiner „Untersuchung" bemerkt Herr Malthus, „daß die unmittelbare Ursache der Rente offenbar der Überschuß des Preises, zu welchem sich Rohprodukte auf dem Markt verkaufen lassen, über die Produktionskosten ist"; und an einer anderen Stelle sagt er, „daß sich als die Gründe des hohen Preises von Rohprodukten drei feststellen lassen:

„Erstens, und zwar hauptsächlich, jene Eigenschaft der Erde, durch welche sie dahin gebracht werden kann, eine größere Menge von Lebensmitteln zu erzeugen, als zum Unterhalt der auf dem Lande beschäftigten Leute erforderlich ist."

Zweitens, jene den Lebensmitteln eigentümliche Eigenschaft, sich ihre eigene Nachfrage schaffen oder eine im Verhältnis zur Menge der produzierten Lebensmittel stehende Zahl von Nachfragenden aufziehen zu können.

Und drittens, die verhältnismäßige Knappheit des fruchtbarsten Bodens.“ Indem Herr Malthus vom hohen Getreidepreise spricht, meint er offenbar damit nicht den Preis pro Quarter oder Scheffel, sondern vielmehr den Überschuß des Preises, zu dem sich der Gesamtertrag verkaufen lassen wird, über die Kosten seiner Produktion hinaus, wobei er in den Ausdruck „Kosten seiner Produktion“ stets Profit wie Lohn einbegreift. Einhundert und fünfzig Quarter Getreide, zu 3 £ 10 sh. pro Quarter, würden dem Grundbesitzer eine größere Rente einbringen, als 100 Quarter zu 4 £, vorausgesetzt, daß die Produktionskosten in beiden Fällen dieselben wären.“

Ein hoher Preis, wenn der Ausdruck in diesem Sinne gebraucht wird, kann also nicht als eine *Ursache* der Rente bezeichnet werden; man kann nicht sagen, „daß die unmittelbare Ursache der Rente offenbar der Überschuß des Preises, zu dem sich Rohprodukte auf dem Markte verkaufen lassen, über die Produktionskosten hinaus ist,“ da jener Überschuß selbst die Rente ist. Rente hat Herr Malthus definiert als „den Teil vom Werte des Gesamtertrages, welcher dem Eigentümer des Landes übrig bleibt, nachdem alle zu seinem Anbau gehörenden Ausgaben jeglicher Art gedeckt worden sind, einschließlich des Profits des angewandten Kapitals, und zwar bemessen nach der üblichen und ordentlichen, derzeitigen Profitrate landwirtschaftlichen Kapitals.“ Die Summe nun, für welche immer sich dieser Überschuß verkaufen läßt, ist die Geldrente; sie ist, was Herr Malthus mit „dem Überschuß des Preises, zu dem sich Rohprodukte auf dem Markte verkaufen lassen, über die Produktionskosten hinaus“, meint; und daher untersuchen wir in einer Untersuchung über die Ursachen, welche den Preis von Rohprodukten im Vergleich mit den Produktionskosten heben können, zugleich auch die Ursachen, welche die Rente heben können.

In Bezug auf die erste Ursache, welche Herr Malthus für das Steigen der Rente angegeben hat, nämlich, „jene Eigenschaft der Erde, durch welche sie dahin gebracht werden kann, eine größere Menge von Lebensmitteln zu erzeugen, als zum Unterhalt der auf dem Lande beschäftigten Leute erforderlich ist“, macht er die folgenden Bemerkungen: „Wir wissen noch immer nicht, warum der Verbrauch und das Angebot derart sind, daß sie den Preis die Produktionskosten so bedeutend übersteigen lassen, und die Hauptursache ist offenbar der *Fruchtbarkeit* der Erde in der Erzeugung der Lebensmittel. Man vermindere diese Fülle, man vermindere die Fruchtbarkeit des Bodens, und der Überschuß wird abnehmen; man vermindere sie noch weiter, und er wird verschwinden.“ Richtig, der Lebensmittelüberschuß wird abnehmen und verschwinden, aber das ist nicht die Frage. Die Frage ist, ob der Überschuß ihres Preises über ihre Produktionskosten hinaus abnehmen und verschwinden wird; denn gerade davon hängt die Geldrente ab. Ist Herr Malthus mit seiner Folgerung im Recht, daß, weil der Quantitätsüberschuß abnehmen und verschwinden wird, deshalb „die Ursache des *hohen Preises* der Lebensmittel über die Produktionskosten hinaus mehr in ihrer Fülle als in ihrer Knappheit liegt; und nicht nur von dem durch künstliche Monopole hervorgerufenen hohen Preise, sondern von dem hohen Preise jener besonderen, nicht mit der Nahrung in Verbindung stehenden Produkte der Erde, welche man natürliche und notwendige Monopolgüter nennen kann, wesentlich verschieden ist?“

Gibt es keine Umstände, unter denen die Fruchtbarkeit des Landes und die Fülle seiner Produkte vermindert werden kann, ohne daß dadurch ein verminderter Überschuß ihres Preises über die Produktionskosten hinaus erzeugt würde, d. h. eine verminderte Rente? Gibt es aber solche, dann ist

Herrn Malthus' Behauptung viel zu umfassend; denn er scheint es mir als einen unter allen Umständen wahren, allgemeinen Grundsatz hinzustellen, daß die Rente mit der zunehmenden Fruchtbarkeit des Bodens steigen, und mit seiner abnehmenden Fruchtbarkeit sinken wird.

Herr Malthus würde zweifellos recht haben, wenn in dem Maße, als das Land reiche Ernten brächte, ein größerer Teil vom Gesamtertrage irgendeines beliebigen Gutes dem Grundbesitzer bezahlt würde; allein, das Gegenteil ist der Fall: wenn sich kein anderes als das fruchtbarste Land im Anbau befindet, hat der Grundbesitzer den kleinsten Anteil vom Gesamtertrage, wie auch den kleinsten Wert, und nur wenn geringere Böden benötigt werden, um eine zunehmende Bevölkerung zu ernähren, nimmt sowohl der Anteil des Grundbesitzers am Gesamtertrage, als der Wert, den er empfängt, fortschreitend zu.

Gesetzt, es sei Nachfrage nach einer Million Quarter Getreide, und sie seien der Ertrag des augenblicklich im Anbau befindlichen Bodens. Nehmen wir nun an, die Fruchtbarkeit alles Landes sei derartig vermindert, daß genau die nämlichen Flächen nur 900 000 Quarter tragen. Da nach einer Million Quarter Nachfrage vorhanden wäre, würde der Getreidepreis steigen, und man müßte notgedrungen eher zu Boden von einer geringeren Qualität seine Zuflucht nehmen, als wenn das bessere Land fortgesetzt eine Million Quarter erzeugt hätte. Aber gerade diese Notwendigkeit, schlechteren Boden in Anbau zu nehmen, ist die Ursache des Steigens der Rente und wird sie heben, auch wenn die Getreidemenge, welche der Grundbesitzer erhält, quantitativ geringer werden sollte. Die Rente, das muß man bedenken, steht nicht im Verhältnis zur absoluten Fruchtbarkeit des im Anbau befindlichen Bodens, sondern im Verhältnis zu seiner relativen Fruchtbarkeit. Jede Ursache, welche Kapital nach geringerem Boden treiben mag, muß die Rente auf dem besseren Boden heben, da die

Ursache der Rente, wie Herr Malthus in seinem dritten Satze erklärt, „die verhältnismäßige Knappheit des fruchtbarsten Bodens" ist. Der Getreidepreis wird mit der Schwierigkeit, die letzten Anteile davon zu erzeugen, naturgemäß steigen, und der Wert der auf einem bestimmten Gute produzierten Gesamtmenge wird sich vermehren, wenn sie sich auch quantitativ verringert haben sollte. Da aber die Produktionskosten auf dem fruchtbareren Boden nicht zunehmen werden, weil Lohn und Profit, zusammengenommen, stets denselben Wert behalten werden,[1]) so ist es klar, daß der Preisüberschuß über die Produktionskosten oder, mit anderen Worten, die Rente mit der verringerten Fruchtbarkeit des Bodens steigen muß, falls dem nicht eine bedeutende Abnahme von Kapital, Bevölkerung und Nachfrage entgegenwirkt. Herrn Malthus' Behauptung scheint also nicht richtig zu sein: Die Rente steigt oder sinkt nicht unmittelbar und notwendigerweise mit der vermehrten oder verringerten Fruchtbarkeit des Bodens; sondern seine vermehrte Fruchtbarkeit befähigt ihn, künftighin eine erhöhte Rente zu bezahlen. Boden von sehr geringer Fruchtbarkeit kann niemals eine Rente abwerfen; Boden von mäßiger Fruchtbarkeit kann bei wachsender Bevölkerung dazu gebracht werden, eine mäßige Rente zu tragen; und Boden von großer Fruchtbarkeit, eine hohe Rente; aber es ist zweierlei, imstande zu sein, eine hohe Rente abzuwerfen, und sie wirklich zu bezahlen. Die Rente kann in einem Lande, wo die Böden ungemein fruchtbar sind, niedriger sein als in einem solchen, wo sie einen mäßigen Ertrag liefern, da sie eher im Verhältnis zur relativen, als zur absoluten

[1]) Vgl. S. 110, wo ich zu zeigen versucht habe, daß bei jederlei vorhandenen Erleichterung oder Erschwerung in der Getreideproduktion Lohn und Profit insgesamt denselben Wert haben werden. Wenn der Lohn steigt, so geschieht es stets auf Kosten des Profits; und wenn er sinkt, so steigt stets der Profit.

Herrn Malthus' Behauptung viel zu umfassend; denn er scheint es mir als einen unter allen Umständen wahren, allgemeinen Grundsatz hinzustellen, daß die Rente mit der zunehmenden Fruchtbarkeit des Bodens steigen, und mit seiner abnehmenden Fruchtbarkeit sinken wird.

Herr Malthus würde zweifellos recht haben, wenn in dem Maße, als das Land reiche Ernten brächte, ein größerer Teil vom Gesamtertrage irgendeines beliebigen Gutes dem Grundbesitzer bezahlt würde; allein, das Gegenteil ist der Fall: wenn sich kein anderes als das fruchtbarste Land im Anbau befindet, hat der Grundbesitzer den kleinsten Anteil vom Gesamtertrage, wie auch den kleinsten Wert, und nur wenn geringere Böden benötigt werden, um eine zunehmende Bevölkerung zu ernähren, nimmt sowohl der Anteil des Grundbesitzers am Gesamtertrage, als der Wert, den er empfängt, fortschreitend zu.

Gesetzt, es sei Nachfrage nach einer Million Quarter Getreide, und sie seien der Ertrag des augenblicklich im Anbau befindlichen Bodens. Nehmen wir nun an, die Fruchtbarkeit alles Landes sei derartig vermindert, daß genau die nämlichen Flächen nur 900 000 Quarter tragen. Da nach einer Million Quarter Nachfrage vorhanden wäre, würde der Getreidepreis steigen, und man müßte notgedrungen eher zu Boden von einer geringeren Qualität seine Zuflucht nehmen, als wenn das bessere Land fortgesetzt eine Million Quarter erzeugt hätte. Aber gerade diese Notwendigkeit, schlechteren Boden in Anbau zu nehmen, ist die Ursache des Steigens der Rente und wird sie heben, auch wenn die Getreidemenge, welche der Grundbesitzer erhält, quantitativ geringer werden sollte. Die Rente, das muß man bedenken, steht nicht im Verhältnis zur absoluten Fruchtbarkeit des im Anbau befindlichen Bodens, sondern im Verhältnis zu seiner relativen Fruchtbarkeit. Jede Ursache, welche Kapital nach geringerem Boden treiben mag, muß die Rente auf dem besseren Boden heben, da die

Ursache der Rente, wie Herr Malthus in seinem dritten Satze erklärt, „die verhältnismäßige Knappheit des fruchtbarsten Bodens" ist. Der Getreidepreis wird mit der Schwierigkeit, die letzten Anteile davon zu erzeugen, naturgemäß steigen, und der Wert der auf einem bestimmten Gute produzierten Gesamtmenge wird sich vermehren, wenn sie sich auch quantitativ verringert haben sollte. Da aber die Produktionskosten auf dem fruchtbareren Boden nicht zunehmen werden, weil Lohn und Profit, zusammengenommen, stets denselben Wert behalten werden,[1]) so ist es klar, daß der Preisüberschuß über die Produktionskosten oder, mit anderen Worten, die Rente mit der verringerten Fruchtbarkeit des Bodens steigen muß, falls dem nicht eine bedeutende Abnahme von Kapital, Bevölkerung und Nachfrage entgegenwirkt. Herrn Malthus' Behauptung scheint also nicht richtig zu sein: Die Rente steigt oder sinkt nicht unmittelbar und notwendigerweise mit der vermehrten oder verringerten Fruchtbarkeit des Bodens; sondern seine vermehrte Fruchtbarkeit befähigt ihn, künftighin eine erhöhte Rente zu bezahlen. Boden von sehr geringer Fruchtbarkeit kann niemals eine Rente abwerfen; Boden von mäßiger Fruchtbarkeit kann bei wachsender Bevölkerung dazu gebracht werden, eine mäßige Rente zu tragen; und Boden von großer Fruchtbarkeit, eine hohe Rente; aber es ist zweierlei, imstande zu sein, eine hohe Rente abzuwerfen, und sie wirklich zu bezahlen. Die Rente kann in einem Lande, wo die Böden ungemein fruchtbar sind, niedriger sein als in einem solchen, wo sie einen mäßigen Ertrag liefern, da sie eher im Verhältnis zur relativen, als zur absoluten

[1]) Vgl. S. 110, wo ich zu zeigen versucht habe, daß bei jederlei vorhandenen Erleichterung oder Erschwerung in der Getreideproduktion Lohn und Profit insgesamt denselben Wert haben werden. Wenn der Lohn steigt, so geschieht es stets auf Kosten des Profits; und wenn er sinkt, so steigt stets der Profit.

Fruchtbarkeit steht, zum Werte des Ertrages, und nicht zu seiner Fülle.[1])

Herr Malthus nimmt an, daß die Rente auf Boden, der jene besonderen Erzeugnisse der Erde liefert, welche natürliche und notwendige Monopolgüter genannt werden können, durch ein Prinzip geregelt wird, das sich wesentlich von dem unterscheidet, welches die Rente von Boden bestimmt, der die Lebensmittel liefert. Er glaubt, daß es die Knappheit der Produkte des ersteren ist, welche die Ursache einer hohen Rente ist, daß es aber die Ergiebigkeit des letzteren ist, welche dieselbe Wirkung erzeugt.

Diese Unterscheidung scheint mir nicht stichhaltig zu sein; denn man würde durch Vermehrung seiner Ertragsmenge die Rente von Boden, der seltene Weine liefert, ebenso sicher steigern, als die Rente von Getreideland, wenn gleichzeitig die Nachfrage nach diesem bestimmten Gute zunähme; und ohne eine gleiche Vermehrung der Nachfrage würde ein reichliches Angebot von Getreide die Rente von Getreideland erniedrigen, statt erhöhen. Welche auch immer die Natur des Bodens sein mag, eine hohe Rente muß von dem hohen Preise des Ertrages abhängen; aber, den hohen

[1]) Herr Malthus hat vor kurzem bemerkt, daß ich ihn an dieser Stelle mißverstanden habe, da er nicht sagen wollte, daß die Rente unmittelbar und notwendigerweise mit der vermehrten oder verminderten Fruchtbarkeit des Bodens steige oder sinke. Wenn dem so ist, habe ich ihn allerdings mißverstanden. Herrn Malthus' Worte lauten: „Man vermindere diese Fülle, man vermindere die Fruchtbarkeit des Bodens, und der Überschuß (die Rente) wird kleiner werden; man vermindere sie noch weiter, und er wird verschwinden." Herr Malthus stellt seine Behauptung nicht bedingungsweise, sondern absolut auf. Ich bestritt, was ich aus seinen Worten herauslese, daß eine Verringerung der Fruchtbarkeit des Bodens mit einer Zunahme der Rente unvereinbar sei,

Preis vorausgesetzt, muß die Rente im Verhältnis zur Fülle, und nicht zur Knappheit, hoch sein.

Wir haben es nicht nötig, fortwährend eine größere Menge von einem Gute zu produzieren, als verlangt wird. Wenn zufällig eine größere Menge erzeugt wäre, würde es unter seinen natürlichen Preis sinken und würde deshalb nicht die Produktionskosten, einschließlich des üblichen und ordentlichen Kapitalprofits, bezahlen. Auf diese Weise würde das Angebot gehemmt werden, bis es mit der Nachfrage übereinstimmte, und der Marktpreis auf den natürlichen Preis stiege.

Herr Malthus scheint mir allzusehr der Ansicht zuzuneigen, daß die Bevölkerung nur durch die vorherige Versorgung mit Nahrungsmitteln wächst, — „daß sich die Nahrungsmittel ihre eigene Nachfrage schaffen", — daß es die zuvorige Versorgung mit Nahrungsmitteln ist, welche zur Ehe ermuntert, anstatt zu bedenken, daß die allgemeine Bevölkerungszunahme durch die Kapitalsvermehrung, die daraus folgende Nachfrage nach Arbeit und die Lohnsteigerung beeinflußt wird; und daß die Erzeugung von Nahrungsmitteln nur die Folge jener Nachfrage ist.

Die Lage der Arbeiter verbessert sich dadurch, daß man ihnen mehr Geld oder von irgend einem anderen Gute gibt, in welchem der Lohn bezahlt wird, und das im Werte nicht gesunken ist. Im allgemeinen wird die Vermehrung der Bevölkerung und die Vermehrung der Nahrungsmittel die Wirkung, aber nicht die notwendige Wirkung hoher Löhne sein. Die Verbesserung der Lage des Arbeiters infolge des größeren Wertes, welcher ihm bezahlt wird, zwingt ihn nicht notwendigerweise, zu heiraten und die Last einer Familie auf sich zu nehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er einen Teil seines höheren Lohnes dazu verwenden, sich reichlich mit Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu versehen; aber mit dem Rest

kann er nach Belieben irgend welche anderen, zu seinen Genüssen beitragende Güter kaufen, wie Stühle, Tische und Kurzwaren, oder bessere Kleidung, Zucker und Tabak. Sein höherer Lohn wird dann von keiner anderen Wirkung begleitet sein als von einer stärkeren Nachfrage nach etlichen von jenen Gütern; und da sich das Geschlecht der Arbeiter nicht bedeutend vermehrt haben wird, wird sein Lohn beständig hoch bleiben. Wenn dies aber auch die Folge hoher Löhne sein könnte, so sind doch die Freuden des häuslichen Zusammenlebens so groß, daß man in Wirklichkeit als Folge der Verbesserung der Lage des Arbeiters unveränderlich eine Bevölkerungszunahme finden wird; und nur weil es so ist, entsteht mit der bereits erwähnten geringfügigen Ausnahme eine neue und vermehrte Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Diese Nachfrage ist also die Wirkung, aber nicht die Ursache, einer Vermehrung von Kapital und Bevölkerung; nur weil die Ausgaben des Volkes diese Richtung nehmen, übersteigt der Marktpreis von Lebensmitteln den natürlichen Preis, wird die erforderliche Menge von Nahrung erzeugt; und weil die Volkszahl vermehrt wird, sinken die Löhne wieder.

Welchen Grund kann ein Landwirt wohl haben, mehr Getreide zu produzieren, als jeweilen verlangt wird, wenn die Folge eine Herabdrückung von dessen Marktpreis unter dessen natürlichen Preis sein würde, und folglich für ihn ein Verlust eines Teiles seines Profits, indem sie ihn unter die allgemeine Rate herabsetzte? „Wenn", sagt Herr Malthus, „die Lebensmittel, die wichtigsten Bodenprodukte, nicht die Eigenschaft besäßen, im Verhältnis zu ihrer vergrößerten Menge eine Vermehrung der Nachfrage zu erzeugen, dann würde eine solche vergrößerte Menge ein Sinken ihres Tauschwertes verursachen.[1]) Wie reichlich sich auch der

[1]) Von welcher größeren Menge spricht Herr Malthus? Wer soll sie erzeugen? Wer kann irgendeinen Grund haben, zu produzieren, ehe irgendwelche Nachfrage nach einer zusätzlichen Menge vorhanden ist?

Ertrag des Landes gestalten möge, seine Bevölkerung könnte stationär bleiben; und diese Fülle ohne eine entsprechende Nachfrage und bei einem sehr hohen Arbeitspreis in Getreide, der natürlich unter diesen Umständen platzgreifen würde, könnte den Preis von Rohprodukten, gleich dem von Fabrikaten, auf die Produktionskosten herabsetzen."

Könnte den Preis von Rohprodukten auf die Produktionskosten herabsetzen. Steht er jemals auf irgendwie längere Zeit über oder unter diesem Preise? Behauptet Herr Malthus nicht selbst, daß dem niemals so sei? „Ich hoffe," sagt er, „man wird es entschuldigen, wenn ich hier etwas verweile und dem Leser in verschiedenen Formen die Lehre darbiete, daß Getreide, in Ansehung der *jeweilen produzierten* Menge, wie Fabrikate, zu seinem notwendigen Preise verkauft wird, weil ich dies für eine äußerst wichtige Wahrheit halte, die von den Nationalökonomen, von Adam Smith und allen denjenigen Schriftstellern übersehen worden ist, welche Rohprodukte als stets zu einem Monopolpreise verkäuflich dargestellt haben.

Man kann somit jedes ausgedehnte Land als im Besitze einer Stufenfolge von Maschinen für die Produktion von Getreide und Rohstoffen befindlich ansehen, wobei man in diese Stufenfolge nicht nur alle die verschiedenen Qualitäten armen Bodens einschließt, an denen gewöhnlich jedes Gebiet Überfluß hat, sondern auch die minderwertige Maschinerie, welche sozusagen angewandt wird, wenn gutem Boden mehr und mehr ein zusätzlicher Ertrag abgezwungen wird. Je nachdem der Preis von Rohprodukten weiter steigt, werden diese minderwertigen Maschinen nach und nach in Tätigkeit gesetzt; und je nachdem der Preis von Rohprodukten weiter sinkt, werden sie nacheinander außer

Tätigkeit gesetzt. Das hier gebrauchte Bild dient dazu, um zugleich die *Notwendigkeit des jeweiligen Getreidepreises für den jeweiligen Ertrag* und die verschiedene Wirkung zu zeigen, welche mit einem bedeutenden Rückgang im Preise irgendeines bestimmten Fabrikates und mit einem bedeutenden Rückgang im Preise von Rohprodukten verbunden sein würde."[1])

Wie lassen sich diese Stellen mit jener vereinbaren, welche versichert, daß, wenn die Lebensmittel nicht die Eigenschaft besäßen, eine ihrer vergrößerten Menge entsprechende Vermehrung der Nachfrage zu erzeugen, die erzeugte

[1]) Untersuchung usw. „In allen fortschrittlichen Ländern ist der durchschnittliche Getreidepreis niemals höher als der, welcher zur Fortführung der durchschnittlichen Produktionsvermehrung notwendig ist." (Bemerkungen, S. 21.) „Bei der Anwendung frischen Kapitals auf den Boden, um den Bedarf einer wachsenden Bevölkerung zu decken, mag dieses frische Kapital nun dazu verwendet werden, um mehr Boden unter den Pflug zu bringen, oder aber um bereits in Anbau genommenen Boden zu verbessern, hängt die Hauptfrage stets von den zu erwartenden Erträgnissen dieses Kapitals ab; und ohne den Beweggrund zu dieser Form seiner Verwendung zu schwächen, kann kein Teil des Rohprofits vermindert werden. Jede Preisermäßigung, welche nicht vollständig und sogleich durch ein entsprechendes Sinken in allen notwendigen Ausgaben eines Landgutes ausgeglichen wird, jede Grundsteuer, jede Steuer auf landwirtschaftliches Kapital, jede Steuer auf die Bedarfsartikel von Landwirten, werden bei der Berechnung mitsprechen; und wenn, nach Abzug aller dieser Unkosten, der Preis des Ertrages keine angemessene Entschädigung für das verwendete Kapital, nach der allgemeinen Profitrate bemessen, und keine Rente übrigläßt, welche zum mindesten der Rente des Bodens in seinem früheren Zustande gleichkommt, kann kein hinlänglicher Grund vorhanden sein, um die beabsichtigte Verbesserung vorzunehmen." (Bemerkungen, S. 22.)

überflüssige Menge dann, und zwar nur dann, den Rohproduktenpreis auf die Produktionskosten herabsetzen würde? Wenn Getreide nie unter seinem natürlichen Preise steht, so ist niemals mehr davon vorhanden, als die jeweilige Bevölkerung für ihren eigenen Verbrauch benötigt; kein Vorrat kann für den Konsum anderer zurückgelegt werden; es kann also niemals durch seine Wohlfeilheit und Fülle ein Ansporn für die Bevölkerung sein. In dem Maße, als Getreide sich billig produzieren läßt, werden die erhöhten Löhne der Arbeiter eine größere Fähigkeit haben, Familien zu unterhalten. In Amerika nimmt die Bevölkerung schnell zu, weil Nahrungsmittel zu einem billigen Preise erzeugt werden können, und nicht weil zuvor für ein reichliches Angebot gesorgt worden ist. In Europa wächst die Bevölkerung verhältnismäßig langsam, weil Nahrungsmittel nicht zu einem billigen Werte erzeugt werden können. Beim üblichen und ordentlichen Verlauf der Dinge eilt die Nachfrage nach allen Gütern ihrem Angebote voraus. Wenn Herr Malthus sagt, daß Getreide, gleich Fabrikaten, auf seinen Produktionspreis sinken würde, falls es keine Nachfrager aufziehen könnte, so kann er nicht meinen, daß alle Rente aufgehoben werden würde; denn er selbst hat richtig bemerkt, daß, wenn die Grundbesitzer auf jede Rente verzichten sollten, Getreide im Preise nicht sinken würde. Denn die Rente ist die Wirkung, und nicht die Ursache, eines hohen Preises, und stets befindet sich eine Bodenqualität im Anbau, welche überhaupt keine Rente bezahlt, deren Getreide mit seinem Preise nur Lohn und Profit ersetzt.

In der folgenden Stelle hat Herr Malthus eine treffliche Auseinandersetzung der Ursachen des Steigens der Rohproduktenpreise in reichen und fortschrittlichen Ländern gegeben, mit der ich Wort für Wort übereinstimme; allein, sie scheint mir von einigen der Behauptungen abzuweichen, die von ihm in seiner Abhandlung über die Rente aufgestellt

worden sind. „Ich zögere nicht, zu erklären, daß die Ursache des hohen verhältnismäßigen Geldpreises von Getreide, unabhängig von den Unregelmäßigkeiten in dem Geldumlauf eines Landes und anderen zeitweiligen und zufälligen Umständen, sein hoher verhältnismäßiger *wirklicher Preis* oder die größere Menge von Kapital und Arbeit ist, welche auf seine Produktion verwandt werden muß; und daß der Grund, warum der wirkliche Getreidepreis höher steht und in den Ländern beständig steigt, die schon reich sind und an Wohlfahrt und Bevölkerung immer noch zunehmen, in der Notwendigkeit zu finden ist, fortwährend zu ärmerem Boden zu greifen, zu Maschinen, welche zu ihrem Betriebe eine größere Ausgabe erfordern, und die folglich bewirken, daß jeder frische Zuwachs zu den Rohprodukten des Landes mit größeren Kosten erkauft werden muß; kurz, er ist in der wichtigen Wahrheit zu finden, daß Getreide in einem fortschrittlichen Lande zu einem Preise verkauft wird, der nötig ist, um das jeweilige Angebot zu liefern; und daß in dem Maße, als die Bereitstellung dieses Angebotes immer schwieriger wird, der Preis entsprechend steigt."

Hier wird der wirkliche Preis eines Gutes richtig als von der größeren oder geringeren Menge von Arbeit und Kapital (d. h. angehäufter Arbeit) abhängig hingestellt, welche zu seiner Produktion aufgewandt werden muß. Der wirkliche Preis hängt nicht, wie einige behauptet haben, vom Geldwerte ab; auch nicht, wie andere gesagt haben, vom Werte im Verhältnis zu Getreide, Arbeit oder irgend einem anderen Gute, jedes für sich genommen, oder allen Gütern zusammen, sondern, wie Herr Malthus mit Recht sagt, „von der größeren (oder geringeren) Menge von Arbeit und Kapital, welche auf seine Produktion verwandt werden muß."

Unter den Ursachen des Steigens der Rente erwähnt Herr Malthus „eine solche Bevölkerungszunahme, daß sie

den Arbeitslohn erniedrigt". Wenn aber in dem Maße, als der Lohn fällt, der Kapitalprofit steigt, und beide zusammen stets denselben Wert haben,[1] so kann kein Sinken des Lohnes die Rente erhöhen; denn es wird weder den Anteil, noch den Wert des Anteils vom Ertrage vermindern, welcher dem Landwirt und Arbeiter zusammen zugemessen werden wird; und wird deshalb für den Grundbesitzer keinen größeren Anteil, noch einen größeren Wert übrig lassen. In dem Maße, als dem Lohne weniger zugeeignet wird, wird dem Profit mehr zugeeignet werden, und *umgekehrt*. Diese Teilung wird von dem Landwirt und seinen Arbeitern ohne jedes Eingreifen des Grundbesitzers geregelt werden und ist tatsächlich eine Angelegenheit, an der er kein Interesse haben kann, außer insofern als eine Teilung mehr als eine andere neue Kapitalsansammlungen und eine weitere Nachfrage nach Land begünstigen kann. Wenn der Lohn sänke, würde der Profit, und nicht die Rente, steigen. Wenn der Lohn stiege, würde der Profit, und nicht die Rente, sinken. Das Steigen der Rente und des Lohnes und das Sinken des Profits sind allgemein die unvermeidlichen Wirkungen einer und derselben Ursache — der vermehrten Nachfrage nach Nahrungsmitteln, der zu ihrer Produktion erforderlichen, vermehrten Arbeitsmenge und ihres folglich hohen Preises. Sollte der Grundbesitzer auf seine ganze Rente verzichten, so würden die Arbeiter nicht den geringsten Vorteil davon haben. Wenn es für die Arbeiter möglich wäre, auf ihre gesamten Löhne zu verzichten, würden die Grundbesitzer aus einem solchen Umstande keinen Nutzen ziehen; aber in beiden Fällen würde der Landwirt alles empfangen und zurückbehalten, was sie aufgeben. Es ist mein Bestreben gewesen, in diesem Werke zu zeigen, daß ein Sinken des Lohnes keine andere Wirkung haben würde, als den

[1]) Siehe S. 111.

Profit zu erhöhen. Jedes Steigen des Profits ist der Kapitalsansammlung und der weiteren Bevölkerungsvermehrung günstig und würde daher, aller Wahrscheinlichkeit nach, schließlich zu einer Vermehrung der Rente führen.

Eine weitere Ursache für das Steigen der Rente sind nach Herrn Malthus „solche landwirtschaftliche Verbesserungen oder eine solche Steigerung der Anstrengungen, daß dadurch die zur Erzielung einer gegebenen Wirkung nötige Arbeiterzahl verringert wird.“ Gegen diese Stelle habe ich dieselbe Einwendung, welche ich gegen die hatte, welche davon spricht, daß erhöhte Fruchtbarkeit des Bodens die Ursache eines unmittelbaren Steigens der Rente sei. Sowohl der Fortschritt in der Landwirtschaft, wie die größere Fruchtbarkeit wird den Boden befähigen, in einer künftigen Zeit eine höhere Rente abzuwerfen, weil bei demselben Nahrungsmittelpreise eine große zusätzliche Menge vorhanden sein wird. Allein, bis die Bevölkerungszunahme im selben Verhältnis stände, würde die zusätzliche Menge von Nahrungsmitteln nicht benötigt werden, und deshalb würden die Renten erniedrigt, und nicht erhöht werden. Die Menge, welche unter den nunmehr bestehenden Verhältnissen verzehrt werden könnte, ließe sich entweder mit weniger Händen oder mit einer geringeren Bodenmenge liefern, der Rohproduktenpreis würde sinken, und Kapital vom Boden zurückgezogen werden.[1]) Nichts kann die Rente steigern als eine Nachfrage nach neuem Boden von einer geringeren Qualität, oder eine Ursache, welche eine Veränderung in der verhältnismäßigen Fruchtbarkeit des bereits im Anbau befindlichen Bodens bewirken muß.[2]) Verbesserungen in der

---

[1]) Siehe S. 68 usw.

[2]) Es braucht nicht bei jeder Gelegenheit hervorgehoben, muß jedoch stets verstanden werden, daß, soweit der Preis von Rohprodukten und das Steigen von Renten in Betracht kommt,

Landwirtschaft und in der Arbeitsteilung erstrecken sich auf allen Boden; sie vermehren die absolute Menge von Rohprodukten, die von jedem gewonnen wird, stören aber wahrscheinlich nicht sehr die verhältnismäßigen Beziehungen, welche vorher zwischen ihnen bestanden.

Herr Malthus hat den Irrtum in Dr. Smith's Argumentation berichtigt, daß Getreide von so besonderer Natur sei, daß seine Produktion nicht durch dieselben Mittel angeregt werden könne, wodurch die Produktion aller übrigen Güter angeregt wird. Er bemerkt: „Der mächtige Einfluß des Getreidepreises auf den Arbeitspreis, im Durchschnitt einer beträchtlichen Anzahl von Jahren, soll keines-

---

sich dieselben Resultate ergeben werden, ob ein Zusatzkapital von bestimmter Höhe nun auf neuen Boden, für welchen man keine Rente bezahlt, oder auf bereits in Anbau befindlichen Boden verwendet wird, wenn der von beiden erzielte Ertrag der Menge noch genau derselbe ist. (Siehe S. 57.) — Herr Say hat in seinen Anmerkungen zur französischen Übersetzung dieses Werkes sich zu zeigen bemüht, daß es zu keiner Zeit Land im Anbau gibt, das nicht eine Rente bezahlt; und nachdem er sich über diesen Punkt gehörig ausgelassen hat, meint er schließlich, daß er alle Schlüsse, welche aus jener Lehre folgen, umgestoßen habe. Er wendet z. B. ein, daß ich nicht im Rechte sei, wenn ich sage, daß Steuern auf Getreide und andere Rohprodukte durch Hebung ihres Preises den Konsumenten, und nicht die Rente treffen. Er behauptet, daß solche Steuern die Rente treffen müssen. Aber ehe Herr Say die Richtigkeit dieses Einwandes begründen kann, muß er auch beweisen, daß keinerlei Kapital auf den Boden verwendet ist, für den keine Rente bezahlt wird (vgl. den Kopf dieser Anmerkung und die Seiten 52 und 61 des vorliegenden Werkes); Nun, das hat er nicht versucht. An keiner Stelle seiner Anmerkungen hat er diese wichtige Lehre widerlegt, oder auch nur erwähnt. Nach seiner Anmerkung zu Seite 182 des zweiten Bandes der französischen Ausgabe scheint er nicht zu bemerken, daß sie auch nur vorgetragen worden ist.

wegs in Abrede gestellt werden; daß aber dieser Einfluß nicht von der Art ist, um die Kapitalbewegung nach und von dem Boden zu verhindern, was gerade der fragliche Punkt ist, wird durch eine kurze Untersuchung über die Art und Weise, nach welcher die Arbeit bezahlt und zu Markte gebracht wird, hinreichend klar gelegt werden, sowie auch durch eine Betrachtung der Folgen, zu welchen die Annahme von Adam Smith's Behauptung unvermeidlich führen würde."[1])

Herr Malthus geht dann dazu über, zu zeigen, daß Nachfrage und hoher Preis zur Produktion von Rohprodukten ebenso wirksam anregen werden, als die Nachfrage und der hohe Preis irgendeines anderen Gutes zu seiner Produktion anregen wird. Man wird aus dem, was ich über die Wirkungen von Prämien gesagt habe, ersehen, daß ich mit ihm in dieser Ansicht vollkommen übereinstimme. Ich habe die Stelle aus Herrn Malthus' „Bemerkungen über die Getreidegesetze" zu dem Zwecke angeführt, um zu zeigen, in einem wie verschiedenen Sinne die Bezeichnung wirklicher Preis hier und in seiner anderen kleinen Schrift, betitelt „Gründe einer Meinung usw.", gebraucht wird. An dieser Stelle sagt uns Herr Malthus, daß „offenbar nur eine Erhöhung des wirklichen Preises zur Getreideproduktion anregen kann", und mit wirklichem Preise meint er augenscheinlich die Erhöhung seines Wertes inbezug auf alle übrigen Güter; oder, mit anderen Worten, das Steigen seines Marktpreises über seinen natürlichen Preis oder die Kosten seiner Produktion. Wenn es das ist, was mit wirklichem Preis gemeint ist, so ist Herrn Malthus' Meinung zweifellos richtig, obgleich ich die Zweckmäßigkeit dieser Benennung nicht zugebe; es ist das Steigen des Marktpreises von Getreide, welches allein zu seiner Produktion anregt; denn man kann es

[1]) Bemerkungen über die Getreidegesetze, S. 4.

als einen ausnahmslos richtigen Grundsatz hinstellen, daß die einzige mächtige Anregung zur Vermehrung der Produktion eines Gutes darin besteht, daß sein Marktwert seinen natürlichen oder notwendigen Wert übersteigt.

Allein, das ist nicht die Bedeutung, welche Herr Malthus der Bezeichnung „wirklicher Preis" bei anderen Gelegenheiten beilegt. In der Abhandlung über die Rente sagt Herr Malthus: „Unter wirklichem Gestehungspreis des Getreides verstehe ich die wirkliche *Menge* von Arbeit und Kapital, welche *aufgewandt worden ist*, um die letzten Zusatzmengen zu erzeugen, die dem nationalen Ertrag hinzugefügt worden sind." An einer anderen Stelle behauptet er, „daß die Ursache des hohen verhältnismäßigen wirklichen Getreidepreises die größere *Menge* von Kapital und Arbeit ist, welche zur Produktion *aufgewandt* werden muß".[1]) Angenommen, wir setzten diese Definition des wirklichen Preises in die vorhergehende Stelle ein, würde sie dann nicht folgendermaßen lauten? „Es ist offenbar die Vermehrung der Menge von Arbeit und Kapital, die zur Getreideproduktion aufgewandt werden muß, welche allein zu seiner Produktion anregen kann." Das hieße so viel, als daß es offenbar das Steigen des natürlichen oder notwendigen Getreidepreises sei, welches zu seiner Produktion anregt, — eine Behauptung, die sich nicht aufrecht erhalten ließe. Nicht der Preis, zu dem Getreide erzeugt werden kann, ist es, der auf die erzeugte Menge irgendeinen Einfluß hat, sondern der Preis, zu welchem es

[1]) Als ich Herrn Malthus diese Stelle zu der Zeit zeigte, wo diese Blätter in die Druckerei wanderten, bemerkte er, „daß er in diesen zwei Fällen aus Unachtsamkeit die Bezeichnung *wirklicher Preis* statt *Produktionskosten* gebraucht hätte". Aus meinen früheren Worten wird man ersehen, daß er meines Erachtens in diesen zwei Fällen die Bezeichnung *wirklicher Preis* in ihrem wahren und richtigen Sinne gebraucht hat, und daß sie nur in dem früheren Falle fehlerhaft angewandt worden ist,

verkauft werden kann. Im Verhältnis zum Grade des Unterschiedes seines Preises über oder unter den Produktionskosten wird Kapital zum Boden hingezogen, oder von ihm abgestoßen. Ist dieser Überschuß derartig, daß er dem so angewandten Kapital einen höheren als den allgemeinen Kapitalprofit gewährt, so wird Kapital dem Boden zuwandern; wenn einen geringeren, wird es von ihm zurückgezogen werden.

Also nicht durch eine Veränderung im wirklichen Getreidepreise wird zu seiner Produktion angeregt, sondern durch eine Veränderung in seinem Marktpreise. Nicht „wird mehr Kapital und Arbeit zum Boden hingezogen, weil eine größere Menge von Kapital und Arbeit zu seiner Produktion aufgewandt werden muß (Herrn Malthus' richtige Definition des wirklichen Preises), sondern weil der Marktpreis diesen seinen wirklichen Preis übersteigt und, trotz der vermehrten Kosten, den Anbau des Bodens zur gewinnbringenderen Kapitalanlage macht".

Nichts kann richtiger sein als die folgenden Bemerkungen Herrn Malthus' über Adam Smith's Wertmaßstab. „Adam Smith wurde offenbar durch seine Gewohnheit, *Arbeit als das Normalmaß des Wertes*, und Getreide als das Maß der Arbeit zu betrachten, zu dieser Reihe von Schlüssen geführt. Daß aber Getreide ein sehr ungenaues Maß für Arbeit ist, wird die Geschichte unseres Landes zur Genüge zeigen, wo man finden wird, daß Arbeit im Vergleich mit Getreide sehr bedeutende und auffallende Veränderungen erfahren hat, nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern von Jahrhundert zu Jahrhundert; und auf 10, 20 und 30 Jahre zusammengenommen. *Und daß weder Arbeit noch irgend ein anderes Gut ein genaues Maß für den wirklichen Tauschwert bilden kann*, wird heute als eine der unbestreitbarsten Lehren der Volkswirtschaftslehre betrachtet und folgt in der Tat aus der bloßen Definition des Tauschwertes"

Wenn weder Getreide noch Arbeit genaue Maße für den wirklichen Tauschwert bilden, was sie offenbar nicht sind, welches andere Gut gibt es dann? — Sicherlich keines. Wenn also der Ausdruck „wirklicher Güterpreis" irgend eine Bedeutung haben soll, so muß es die sein, welche Herr Malthus in der Abhandlung über die Rente festgestellt hat, — er muß durch die zu ihrer Produktion erforderliche verhältnismäßige Menge von Kapital und Arbeit gemessen werden.

In seiner „Untersuchung über die Natur der Rente" sagt Herr Malthus, „daß, unabhängig von Unregelmäßigkeiten in dem Geldumlauf eines Landes und anderen zeitweiligen und zufälligen Umständen, die Ursache des hohen verhältnismäßigen Geldpreises von Getreide sein hoher verhältnismäßiger wirklicher Preis ist, *oder die größere Menge von Kapital und Arbeit, welche auf seine Produktion verwandt werden muß*."[1])

Dies ist meiner Ansicht nach die richtige Erklärung für alle dauernden Preisveränderungen, ob von Getreide oder irgend einem anderen Gute. Ein Gut kann nur dauernd im Preise steigen, entweder weil eine größere Menge von Kapital und Arbeit auf seine Produktion verwandt werden muß, oder weil Geld im Werte gesunken ist; und, umgekehrt, kann es nur im Preise sinken, entweder weil sich eine geringere Menge von Kapital und Arbeit auf seine Produktion verwenden läßt, oder weil Geld im Werte gestiegen ist.

Eine Veränderung, welche aus der letzteren dieser Alternativen, einem veränderten Geldwerte, entspringt, erstreckt sich sogleich auf alle Güter; aber eine Veränderung, welche der ersteren Ursache entspringt, ist auf das besondere Gut beschränkt, das zu seiner Produktion mehr oder weniger Arbeit benötigt. Durch Freigabe der Getreideeinfuhr

---

[1]) Siehe S. 40.

oder infolge von Verbesserungen in der Landwirtschaft würden die Rohprodukte sinken; doch würde der Preis keines anderen Gutes betroffen werden, ausgenommen im Verhältnis zum Sinken des wirklichen Wertes oder der Produktionskosten der Rohprodukte, welche in seine Zusammensetzung eingingen.

Da Herr Malthus diesen Grundsatz anerkannt hat, so kann er meines Erachtens folgerichtig nicht behaupten, daß der gesamte Geldwert aller Güter im Lande genau im Verhältnis zum Fallen des Getreidepreises sinken muß. Hätte das im Lande konsumierte Getreide den Wert von 10 Millionen im Jahre, und wären die konsumierten Fabrikate und ausländischen Güter 20 Millionen wert, was zusammen 30 Millionen betrüge, so wäre es nicht angängig, daraus zu schließen, daß die jährliche Ausgabe auf 15 Millionen herabgesetzt wäre, weil Getreide um 50 %, oder von 10 auf 5 Millionen, gesunken wäre.

Der Wert des Rohproduktes, das in die Zusammensetzung dieser Fabrikate einginge, könnte z. B. 20 % ihres Gesamtwertes nicht übersteigen, und deshalb würde der Wert von Fabrikaten, statt von 20 auf 10 Millionen, nur von 20 auf 18 Millionen sinken; und nach dem Sinken des Getreidepreises um 50 % würde der Gesamtbetrag der jährlichen Ausgabe statt von 30 auf 15 Millionen, von 30 auf 23 Millionen sinken [1])

Das, sage ich, würde ihr Wert sein, wenn man es für möglich hielte, daß bei einem so billigen Getreidepreise

[1]) Fabrikate könnten tatsächlich nicht in einem solchen Verhältnis sinken, weil, unter den angenommenen Voraussetzungen, eine neue Verteilung der Edelmetalle unter den verschiedenen Ländern erfolgen würde. Unsere billigen Güter würden im Austausch gegen Gold und Getreide ausgeführt werden, bis die Ansammlung von Gold seinen Wert erniedrigen und den Geldpreis von Gütern erhöhen würde.

nicht mehr Getreide und Güter konsumiert werden würden. Da jedoch alle die, welche Kapital zum Zwecke des Getreidebaues auf jene Böden verwendet hätten, die nicht länger bestellt werden würden, sie zur Herstellung von Fabrikaten verwenden könnten; und nur ein Teil jener Fabrikate im Austausch gegen fremdes Getreide hingegeben würde, weil unter jeder anderen Voraussetzung durch Einfuhr oder niedrige Preise kein Vorteil zu gewinnen wäre; so würden wir den zusätzlichen Wert jener ganzen Menge von Fabrikaten, welche so produziert und nicht ausgeführt würden, zum obigen Wert hinzufügen können, so daß die wirkliche Verminderung, selbst in Geldwert, aller inländischen Güter, einschließlich des Getreides, nur dem Verluste der Grundbesitzer infolge der Verkürzung ihrer Renten gleich sein würde, während sich die Menge von Genußgütern bedeutend vermehrt hätte.

Statt die Wirkung eines Sinkens des Rohproduktenwertes unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten, wie Herr Malthus nach seinem vorherigen Zugeständnis hätte tun sollen, betrachtet er sie als genau dasselbe wie ein Steigen des Geldwertes um 100 % und schließt daher, als ob alle Güter auf die Hälfte ihres früheren Preises sinken würden.

„Während der zwanzig Jahre, von 1794 an bis einschließlich 1813," sagt er, „stand der Durchschnittspreis britischen Getreides ungefähr auf 83 Schilling pro Quarter; während der zehn Jahre bis einschließlich 1813 auf 92 Schilling; und während der letzten fünf Jahre dieser zwanzig auf 108 Schilling. Im Laufe dieser zwanzig Jahre borgte die Regierung an 500 Millionen wirklichen Kapitals, für das sie, ausschließlich des Tilgungsfonds, im rohen Durchschnitt sich verpflichtete, etwa 5 % zu bezahlen. Wenn aber das Getreide auf 50 Schilling pro Quarter, und die anderen Güter entsprechend sinken sollten, dann würde die Regierung, statt eines Zinses von

ungefähr 5%, in Wirklichkeit einen Zins von 7, 8, 9% und für die letzten 200 Millionen 10% bezahlen.

Gegen diese außerordentliche Großmut den Kapitalisten gegenüber würde ich geneigt sein, keinerlei Einwand zu machen, wenn es nicht nötig wäre, zu bedenken, von wem es bezahlt werden muß; und eine kurze Überlegung wird uns zeigen, daß es nur von den industriellen Klassen der Gesellschaft und den Grundbesitzern bezahlt werden kann; d. h. von allen denjenigen, deren nominelles Einkommen sich mit den Veränderungen des Wertmaßes verändern wird. Die nominellen Einkünfte dieses Teiles der Gesellschaft werden im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre um die Hälfte vermindert worden sein, und aus diesem nominell herabgesetzten Einkommen werden sie denselben nominellen Betrag an Steuern zu bezahlen haben."[1])

Erstens, glaube ich, bereits gezeigt zu haben, daß selbst der Wert des Roheinkommens des ganzen Landes nicht in dem Verhältnis verringert sein wird als hier Herr Malthus behauptet. Daraus, daß Getreide um 50% sänke, würde nicht folgen, daß jedermanns Roheinkommen um 50% im Werte herabgesetzt wäre;[2]) in Wirklichkeit könnte sein Reineinkommen an Wert zugenommen haben.

Zweitens, glaube ich, wird der Leser mir darin beistimmen, daß die vermehrte Last, wenn zugegeben, nicht ausschließlich „auf die Grundbesitzer und industriellen Klassen der Gesellschaft" fallen würde: der Kapitalist trägt durch seine Ausgaben seinen Anteil zur Deckung der öffentlichen Lasten in derselben Weise bei, wie die übrigen Klassen der Gesellschaft. Wenn also Geld wirklich wertvoller würde,

[1]) Die Gründe einer Meinung usw., S. 36.

[2]) Herr Malthus nimmt an einer anderen Stelle desselben Werkes an, daß sich die Güter um 25 oder 20% verändern, wenn sich das Getreide um $33^1/_3$% verändert.

so würde er, obgleich er einen größeren Wert empfinge, auch einen größeren Wert in Steuern bezahlen, und deshalb kann es nicht wahr sein, daß der Gesamtzuwachs zum wirklichen Wert des Zinses von „den Grundbesitzern und industriellen Klassen der Gesellschaft" bezahlt werden würde.

Herrn Malthus' ganze Beweisführung ist auf einer unsicheren Grundlage aufgebaut: sie setzt voraus, daß, weil sich das Roheinkommen des Landes verringert hat, deshalb auch das Reineinkommen sich im selben Verhältnis verringert haben muß. Eines der Ziele dieses Werkes ist es gewesen, zu zeigen, daß mit jedem Sinken des wirklichen Wertes von Bedarfsartikeln die Arbeitslöhne fallen würden, und daß die Kapitalprofite steigen würden; mit anderen Worten, daß von jedem gegebenen Jahreswerte ein geringerer Teil der arbeitenden Klasse, und ein größerer denjenigen bezahlt werden würde, deren Mittel diese Klasse beschäftigten. Angenommen, der Wert der in einer bestimmten Fabrik hergestellten Güter beliefe sich auf 1000 £ und würde zwischen dem Arbeitgeber und seinen Arbeitern im Verhältnis von 800 £ für die Arbeiter und 200 £ für den Arbeitgeber geteilt; sollte nun der Wert dieser Güter auf 900 £ sinken, und 100 £ von den Arbeitslöhnen infolge des Sinkens von Bedarfsartikeln gespart werden, dann würde das Reineinkommen der Arbeitgeber in keiner Weise beeinträchtigt werden, und er könnte deshalb denselben Steuerbetrag gerade so leicht nach wie vor dem Preisrückgange bezahlen.[1])

[1]) Über Rein- und Rohertrag läßt sich Herr Say folgendermaßen aus: „Der erzeugte Gesamtwert ist der Rohertrag; dieser Wert, nach Abzug der Produktionskosten, ist der Reinertrag." (Bd. II S. 491.) Weil nun die Produktionskosten nach Herrn Say in Rente Lohn und Profit bestehen, kann es keinen Reinertrag geben. Auf Seite 508 sagt er: „Der Wert eines Produktes, der Wert einer produktiven Leistung, der Wert der Produktionskosten, sind also alle ähnliche Werte, sobald man

Es ist von Wichtigkeit, zwischen Roh- und Reineinkommen klar zu unterscheiden; denn alle Steuern müssen vom Reineinkommen einer Gesellschaft bezahlt werden. Man nehme an, daß alle im Lande vorhandenen Güter, alles Getreide, alle Rohprodukte, Fabrikate usw., die im Laufe des Jahres zu Markte gebracht werden könnten, einen Wert von 20 Millionen besäßen, und daß zur Erlangung dieses Wertes die Arbeit einer bestimmten Anzahl Menschen erforderlich wäre, und daß die unbedingt notwendigen Bedürfnisse dieser Arbeiter eine Ausgabe von 10 Millionen beanspruchten. Dann würde ich sagen, das Roheinkommen einer solchen Gesellschaft beliefe sich auf 20 Millionen, und ihr Reineinkommen auf 10 Millionen. Aus dieser Annahme folgt jedoch nicht, daß die Arbeiter nur 10 Millionen für ihre Arbeit erhalten müßten; sie könnten 12, 14 oder 15 Millionen erhalten, und in jenem Falle würden sie 2, 4 oder 5 Millionen vom Reineinkommen haben. Der Rest verteilte sich unter Grundbesitzer und Kapitalisten; doch würde das gesamte Reineinkommen nicht 10 Millionen übersteigen. Gesetzt, eine solche Gesellschaft bezahlte 2 Millionen Steuern, so würde sich ihr Reineinkommen auf 8 Millionen ermäßigen.

Nehmen wir nun an, Geld steige um ein Zehntel in seinem Werte, dann würden alle Güter sinken, und auch der Arbeitspreis würde sinken, weil die absoluten Bedarfsartikel des Arbeiters einen Teil dieser Güter bildeten; folglich würde das Roheinkommen auf 18 Millionen, und das Reineinkommen auf 9 Millionen herabgesetzt werden. Wenn die Steuern im selben Verhältnis fielen, und statt 2 Millionen nur 1800000 £ erhoben würden, so würde das Reineinkommen weiter auf 7200000 £ herab-

den Dingen ihren natürlichen Lauf läßt." Man nehme ein Ganzes von einem Ganzen, und nichts bleibt übrig.

gesetzt werden, die aber genau denselben Wert hätten wie die 8 Millionen vorher, weshalb die Gesellschaft durch ein solches Ereignis weder verlieren, noch gewinnen würde. Aber gesetzt, es würden nach dem Steigen des Geldes 2 Millionen an Steuern wie zuvor erhoben, dann würde die Gesellschaft um 200000 £ im Jahre ärmer sein; ihre Steuern hätten sich in Wirklichkeit um ein Neuntel erhöht. Den Geldwert der Güter durch eine Änderung des Geldwertes verändern, und doch denselben Geldbetrag in Steuern erheben, heißt also zweifellos die Lasten der Gesellschaft vermehren.

Man nehme aber an, daß die Grundbesitzer von den 10 Millionen Reineinkommen 5 Millionen als Rente empfingen, und daß infolge von Produktionserleichterung oder durch die Einfuhr von Getreide die notwendigen Kosten jenes Artikels in Arbeit um 1 Million ermäßigt wären, dann würde die Rente um 1 Million sinken, und die Preise der Gütermasse würden auch um denselben Betrag sinken, aber das Reineinkommen wäre gerade so groß als zuvor. Allerdings würde das Roheinkommen nur 19 Millionen, und die zu seiner Gewinnung notwendigen Ausgaben 9 Millionen betragen, doch das Reineinkommen beliefe sich auf 10 Millionen. Jetzt, wollen wir annehmen, erhebe man von diesem verminderten Roheinkommen 2 Millionen in Steuern; würde die Gesellschaft insgesamt reicher oder ärmer sein? Sicherlich reicher; denn nach der Bezahlung ihrer Steuern hätte sie ein reines Einkommen von 8 Millionen wie vorher für den Kauf von Gütern zur Verfügung, die an Menge zugenommen hätten und im Verhältnis von 20 zu 19 im Preise gesunken wären. Folglich könnte nicht nur dieselbe, sondern eine noch größere Besteuerung ertragen werden, und dennoch die Masse des Volkes mit Annehmlichkeiten und Bedarfsartikeln besser versorgt sein.

Wenn das Reineinkommen der Gesellschaft, nach Be-

zahlung derselben Geldsteuerlast; ebenso groß wie zuvor wäre, und die Klasse der Grundbesitzer infolge eines Rentenrückganges 1 Million verlöre, müßten die anderen produktiven Klassen, trotz des Sinkens der Preise, größere Geldeinkommen haben. Der Kapitalist wird sich also doppelt im Vorteile befinden; das von ihm und seiner Familie verzehrte Getreide und Fleisch wird im Preise herabgesetzt sein; und die Löhne seines Hausgesindes, seiner Gärtner und Arbeiter jeder Art werden ebenfalls erniedrigt sein. Seine Pferde und sein Vieh werden weniger kosten und sich mit einem geringeren Aufwand unterhalten lassen. Alle die Güter, in welche Rohprodukte als Hauptbestandteil ihres Wertes eingehen, werden sinken. Dieser Gesamtbetrag an Ersparnissen, die an den Ausgaben vom Einkommen, bei gleichzeitiger Vermehrung seines Geldeinkommens, gemacht werden, wird ihm also doppelt zugute kommen und wird ihn instand setzen, nicht nur seine Genüsse zu vermehren, sondern gegebenenfalls auch mehr Steuern zu tragen: sein stärkerer Verbrauch an besteuerten Gütern wird die, infolge der Verkürzung ihrer Renten, verringerte Nachfrage der Grundbesitzer weit mehr als aufwiegen. Dieselben Bemerkungen treffen auch auf Landwirte und Gewerbetreibende jeder Art zu.

Allein, man kann sagen, daß sich das Einkommen des Kapitalisten nicht vermehrt haben wird; daß die von der Rente des Grundbesitzers in Abzug gebrachte Million den Arbeitern in höheren Löhnen bezahlt werden wird! Sei es so; dies wird in der Beweisführung keinen Unterschied machen; die Lage der Gesellschaft wird verbessert sein, und sie wird imstande sein, dieselben Geldlasten leichter als früher zu tragen; es wird, was noch wünschenswerter ist, nur bezeugen, daß es gerade die Lage einer anderen, und bei weitem der wichtigsten, Klasse der Gesellschaft ist, welcher die neue Verteilung hauptsächlich zugute kommt.

Alles, was sie über 9 Millionen empfängt, bildet einen Teil des Reineinkommens des Landes, und es kann ohne eine Steigerung seines Einkommens, seines Glückes oder seiner Macht nicht ausgegeben werden. Man verteile also das Reineinkommen ganz nach Belieben. Man gebe der einen Klasse etwas mehr und einer anderen etwas weniger, und man wird es dadurch dennoch nicht vermindern; man wird mit derselben Arbeit immer noch eine größere Masse von Gütern produzieren, obgleich sich der Betrag des Brutto-Geldwertes solcher Güter verringert haben wird; doch würde das Netto-Geldeinkommen des Landes, der Fonds, aus dem Steuern bezahlt und Genüsse befriedigt werden, weit mehr als früher dazu angetan sein, die jeweilige Bevölkerung zu erhalten, ihr Genüsse und Luxusgüter zu bieten und jeden gegebenen Steuerbetrag aufzubringen.

Daß ein beträchtliches Sinken des Getreidewertes dem Rentner zugute kommt, läßt sich nicht bezweifeln; wenn aber sonst niemand benachteiligt wird, so ist das kein Grund, warum das Getreide verteuert werden sollte; denn die Gewinne des Rentners sind nationale Gewinne und vermehren, wie alle anderen Gewinne, den wirklichen Wohlstand und die Macht des Landes. Werden sie ungerecht bevorzugt, so möge man genau feststellen lassen, in welchem Grade dies geschieht, und dann ist es Sache der Gesetzgebung ein Heilmittel ausfindig zu machen; aber es gibt keine unklügere Politik, als uns von den bedeutenden Vorteilen, die aus billigem Getreide und reichlicher Produktion erwachsen, bloß deshalb auszuschließen, weil der Rentner einen ungebührlichen Anteil des Zuwachses haben würde.

Eine Regelung der Zinsen von Staatspapieren nach dem Geldwerte des Getreides ist noch niemals versucht worden. Wenn Gerechtigkeit und Treu und Glauben eine derartige Regelung erheischen sollten, dann schuldet man den alten Rentnern eine große Schuld; denn sie haben mehr als ein

Jahrhundert lang dieselben Geldzinsen erhalten, obgleich sich das Getreide im Preise vielleicht verdoppelt oder verdreifacht hat.[1])

Allein, man befindet sich sehr im Irrtum, wenn man annimmt, daß sich die Lage des Rentners mehr verbessern wird, als die des Landwirts, des Fabrikanten und der anderen Kapitalisten des Landes; sie wird sich in Wirklichkeit weniger verbessern.

Zweifellos wird der Rentner dieselben Geldzinsen bekommen, während nicht bloß der Preis der Rohprodukte und der Arbeit fielen, sondern auch die Preise vieler anderen Dinge, in welche die Rohprodukte als Bestandteil eingingen. Das ist jedoch, wie ich soeben festgestellt habe, ein Vorteil, dessen er sich im Verein mit allen anderen Personen, die dasselbe Geldeinkommen auszugeben hätten, erfreuen würde: sein Geldeinkommen hätte sich nicht vermehrt; wohl aber das des Landwirts, Fabrikanten und anderer Arbeitgeber, weshalb sie alle doppelten Nutzen zögen.

Man kann sagen, daß sich die Einkommen der Kapitalisten durch das Sinken des Geldwertes ihrer Güter vermindern würden, wenn es auch zutreffen möge, daß ihnen ein Steigen des Profits infolge eines Sinkens der Löhne zugute käme. Was soll sie herabdrücken? Keinerlei Veränderung des Geldwertes; denn nichts geschieht der Annahme nach um den Geldwert zu verändern. Keinerlei Verminderung der zur Produktion ihrer Güter erforderlichen Arbeitsmenge; denn keine solche Ursache hat gewirkt, und wenn sie doch gewirkt hätte, würde sie nicht die Geldprofite erniedrigen, obgleich sie die Geldpreise erniedrigen könnte. Aber die Rohprodukte, aus welchen Güter hergestellt werden, sind der Annahme nach im Preise gesunken, und deswegen werden die Güter sinken. Richtig, sie werden sinken, aber ihr Sinken wird mit keinerlei Verringerung des Geldeinkommens des Produzenten verbunden sein. Verkauft dieser sein Gut für weniger Geld, so tut er es nur, weil einer der Rohstoffe, aus dem es verfertigt wird, im Werte gesunken ist. Verkauft der Tuchmacher sein Tuch, anstatt für 1000 £, für 900 £, so wird sich sein Einkommen nicht geringer stellen, wenn die Wolle, aus der es verfertigt wird, um 100 £ im Werte heruntergegangen ist.

[1]) M'Culloch ist in einer trefflichen Publikation sehr lebhaft für die Gerechtigkeit der Maßnahme eingetreten, die Staatsschuldzinsen dem verringerten Getreidewerte anzupassen. Er ist für einen Freihandel in Getreide, aber glaubt, daß derselbe mit einer Zinsermäßigung gegenüber dem Staatsgläubiger verbunden sein sollte.

Herr Malthus sagt: „Es ist wahr, daß die letzten Zusätze zum landwirtschaftlichen Ertrage eines aufsteigenden Landes mit keinem großen Rentenanteil verbunden sind und gerade dieser Umstand kann ein reiches Land bestimmen, einen Teil seines Getreides einzuführen, wenn es sicher sein kann, ein gleichmäßiges Angebot zu erlangen. Allein, die Einfuhr fremden Getreides muß in allen Fällen dem nationalen Interesse widersprechen, wenn es nicht so viel billiger ist denn das Getreide, welches im Inlande gebaut werden kann, als sowohl dem Profit wie der Rente des Getreides entspricht, das es verdrängt." — *Gründe usw.*, S. 36.

Mit dieser Bemerkung hat Herr Malthus vollkommen recht; aber das eingeführte Getreide *muß* stets um so viel billiger sein, denn das Getreide, welches im Inlande gebaut werden kann, „als sowohl dem Profit wie der Rente des Getreides entspricht, das es verdrängt". Wenn dem nicht so wäre, könnte kein einziger durch seine Einfuhr einen Vorteil erlangen.

Da die Rente die Folge des hohen Getreidepreises ist, so ist der Rentenverlust die Wirkung eines niedrigen Preises. Niemals tritt fremdes Getreide mit solchem inländischen

Getreide in Wettbewerb, das eine Rente abwirft; das Fallen des Preises trifft unabänderlich den Grundbesitzer, bis seine ganze Rente aufgesogen ist; fällt er noch mehr, so wird der Preis nicht einmal den üblichen Kapitalprofit abwerfen; das Kapital wird dann den Boden zugunsten einer anderen Verwendung verlassen, und das Getreide, welches vorher auf ihm gebaut wurde, wird dann, und zwar nicht eher als dann, eingeführt werden. Aus dem Rentenverlust wird sich zwar ein Verlust an Wert, an geschätztem Geldwert, ergeben, aber auch ein Gewinn an Wohlstand. Der Betrag der Rohprodukte und der anderen Erzeugnisse, zusammengenommen, wird sich vermehren; infolge der größeren Leichtigkeit, mit der sie produziert werden, werden sie, obschon an Menge vermehrt, an Wert verringert sein.

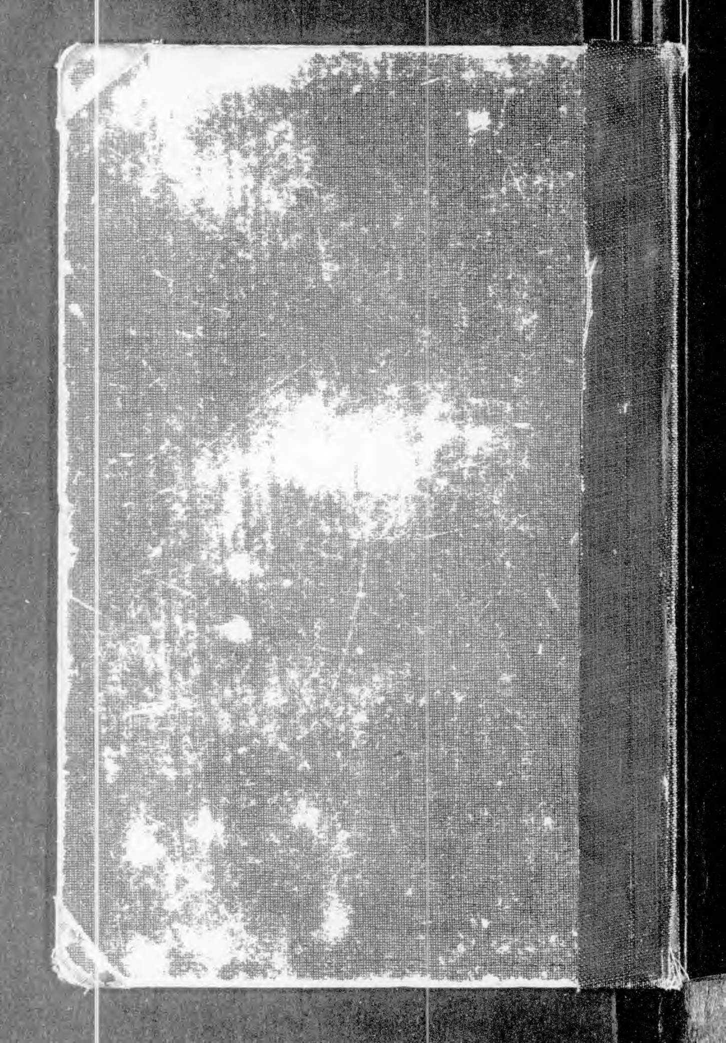
Zwei Personen wenden gleiche Kapitalien an; die eine im Ackerbau, die andere im Gewerbe. Das im Ackerbau erzeugt einen Netto-Jahreswert von 1200 £, von denen 1000 £ als Profit zurückbehalten, und 200 £ als Rente bezahlt werden; das andere im Gewerbe erzeugt nur einen Jahreswert von 1000 £. Nehmen wir nun an, daß dieselbe Getreidemenge, die 1200 £ kostet, für Güter erhalten werden kann, die 950 £ kosten, und daß folglich das im Ackerbau verwendete Kapital dem Gewerbe zugeführt wird, wo es einen Wert von 1000 £ erzeugen kann. Dann wird das Reineinkommen des Landes von geringerem Werte sein, es wird von 2200 £ auf 2000 £ herabgesetzt sein; aber nicht nur wird dieselbe Menge an Gütern und Getreide für seinen eigenen Verbrauch vorhanden sein, sondern auch noch ein so großer Zuwachs zu jener Menge, wie ihn 50 £ erstehen würden, die Differenz zwischen dem Werte, zu dem seine Fabrikate an das fremde Land verkauft wurden, und dem Werte des Getreides, das dafür erstanden wurde.

Dies nun ist genau die Frage bezüglich des Vorteils von Getreideeinfuhr oder Getreideanbau; es kann niemals eingeführt werden, als bis die durch die Verwendung eines bestimmten Kapitals von auswärts bezogene Menge die Menge übersteigt, welche wir mit demselben Kapitale bei uns werden erbauen können, — nicht allein die Menge übersteigt, welche auf den Anteil des Landwirts entfällt, sondern auch die, welche dem Grundbesitzer als Rente bezahlt wird.

Herr Malthus sagt: „Es ist von Adam Smith richtig bemerkt worden, daß keine in den Gewerben angewandte gleiche Menge produktiver Arbeit jemals eine so große Reproduktion hervorrufen kann, als im Ackerbau.“ Wenn Adam Smith vom Werte spricht, so ist er im Recht; spricht er aber vom Reichtum, und das ist der wichtige Punkt, so befindet er sich im Irrtum; denn er selbst hat ja den Reichtum als in Bedarfsartikeln, Annehmlichkeiten und Genüssen des menschlichen Lebens bestehend definiert. Eine Gruppe von Bedarfsartikeln und Annehmlichkeiten gestattet keinen Vergleich mit einer anderen Gruppe; der Gebrauchswert kann nicht an irgendeinem bekannten Maßstabe gemessen werden: er wird von verschiedenen Personen verschieden geschätzt.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.





END OF
TITLE